320.943
Se4d

Deutschland

und das angelsächsische Weltherrschaftsziel

von Otto Seltmann

Volksschriften-Verlag Calw

Return this book on or before the **Latest Date** stamped below. A charge is made on all overdue books.

University of Illinois Library

OCT 30 1950

MAY 08 1957

L161—H41

Deutschland

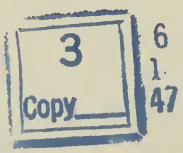
und das angelsächsische Weltherrschaftsziel

von

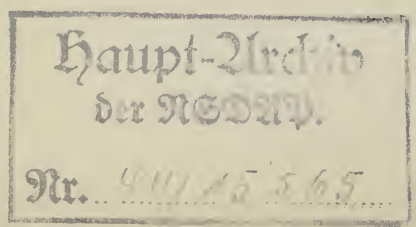
Otto Seltmann

Calw
Volksschriftenverlag Calw
1921

Alle Rechte einschließlich des Uebersetzungsrechts
vorbehalten



Druck der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw



320.943
Se4d

Vorwort.

Die Ermordung des Reichstagsabgeordneten und Zentrumsführers Erzberger hat mit furchtbarer Deutlichkeit den Abgrund gezeigt, an den die seit Monaten — wir müssen auf Grund unserer Beobachtungen leider sagen — systematisch, betriebene Verschärfung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze uns geführt hat. Der Mord an diesem in den letzten Jahren des Krieges und mehr noch nach dem Kriege meist umstrittenen Parlamentarier hat wieder alle die Fragen wachgerufen, die durch seine politische Wirksamkeit im Kriege mit seinem Namen aufs engste verknüpft sind und deren gefühlsmäßige bzw. subjektive Behandlung unser innerpolitisches und gesellschaftliches Leben zersetzt hat, und wie die Mordtat gezeigt hat, heute noch in einem Maße beherrscht, dessen Auswirkungen mehr noch als der immer brutaler in Erscheinung tretende Vernichtungswille unserer Feinde geeignet sind, unsere nationale Existenz vollends zu ruinieren.

Jeder deutsche Staatsbürger, dem das Wohl des gemeinsamen Vaterlandes über die Vertretung seiner persönlichen und im Zusammenhang damit seiner politischen und Standesintressen geht, wird mit mir der Auffassung sein, daß die den politischen Gegner, mit der Beschuldigung absoluter Verantwortung belastende Geltendmachung einer einseitigen Auffassung über die Ursachen unseres Zusammenbruchs die ohnehin wahrlich schon stark genug zur Auslösung gelangenden gesellschaftlichen und politischen Gegensätze nur immer noch weiter verschärfen muß. Es ist deshalb dringend notwendig, daß dieser Selbstzerfleischung des deutschen Volkes endlich Einhalt getan wird durch den Versuch, die beiden Anschauungen vom Standpunkt der einen und der anderen Partei zu erklären und gegeneinander abzuwägen, um auf den Befunden in Verbindung mit einer nüchternen Beurteilung der einschlägigen politischen und militärischen Ereignisse sowie der physischen und moralischen Kräfteverhältnisse jener Zeit ein möglichst objektives Bild über die tieferen Ursachen der Katastrophe zu erlangen, gleichzeitig aber auch beiden Richtungen die ihnen zukommende Anerkennung ihres subjektiv ehrlichen und vom nationalen Standpunkt aus besten Willen zu gewähren. Von diesen Gesichtspunkten aus habe ich versucht, alle jene Momente zusammenzufassen,

die meiner Ansicht nach sowohl hinsichtlich der inneren Entwicklung des deutschen Volkes wie – im Zusammenhang damit – auch im Hinblick auf die Gestaltung unserer Beziehungen zum Auslande das völlige Fiasko unserer Außenpolitik zur Folge gehabt haben, woraus schon bei Kriegsausbruch für unsere Kriegführung im allgemeinen und die Oberste Heeresleitung im besonderen die denkbar ungünstigste Situation sich ergab. Unter Berücksichtigung der militärischen und politischen Entwicklung werden dann die Probleme behandelt, die zu den Kampfparolen vom „Verständigungs"- und „Sieg"-frieden geführt haben, und letzten Endes die Ursachen der Revolution.

Jeder Politiker und Staatsmann wird mir aber beipflichten müssen, wenn ich behaupte, daß wir die Ursachen und Auswirkungen dieser gewaltigsten aller Menschheitskatastrophen nur aus einem gründlichen Studium der Geschichte der letzten Jahrhunderte heraus zu verstehen vermögen und so habe ich versucht, in großen Strichen unter Zugrundelegung der geistigen und seelischen Entwicklungstendenzen einen Ueberblick über den gesamten Fragenkomplex zu geben, aus dem heraus seit dem dreißigjährigen Kriege die Politik der führenden Weltmächte besonders beeinflußt worden ist, und zwar bis auf den heutigen Tag. Dadurch bekommen wir einen Blick für die großen Richtlinien der Politik Englands, Frankreichs, Rußlands und der Habsburger inbezug auf die Gestaltung der Machtverhältnisse in Europa bis zum Ausbruch des Krieges, und von da an sehen wir auch das geheime Zusammenwirken der beiden angelsächsischen Staaten, Englands und der Vereinigten Staaten von Amerika, zum Zwecke der Erringung der wirtschaftlichen und damit politischen Weltherrschaft. Gerade der geschichtliche Rückblick und die darauf aufbauenden Betrachtungen über die Politik der führenden Weltmächte vor dem Kriege geben uns die volle Begründung und Uebersicht der erdrückenden Beweise für die Schuld der Entente am Ausbruch des Weltkrieges.

Solange Rußland noch militärisch aktionsfähig war, und damit die Gefahr einer Schwenkung der russischen Politik im Bereich der Möglichkeit lag, hatte sich Amerika zurückgehalten, um die befürchtete Verbindung Deutschlands mit Rußland und dem die Beherrschung Asiens vorläufig vereitelnden Japan zu verhindern. Als aber Rußland zusammengebrochen war, da erforderte die Lage der Ententestaaten das offene Eingreifen Amerikas, denn die Amerikaner mußten im Hinblick auf die seitherige kriegswirtschaftliche und politische Unterstützung der Alliierten damit rechnen, daß ein, wenn auch nicht völlig siegreiches, so doch ungebrochen aus dem Krieg hervorgehendes Deutschland sich nach Asien hin wieder orientieren, und so die

Pläne der Angelsachsen nach politischer und damit militärischer Beherrschung der Konstellationen der Weltmächte zuschanden machen könnte. Nach der militärischen Niederwerfung Deutschlands, des einzigen Staates, der nachweislich nur friedliche Ziele verfolgt hatte, und daher auch die einzige Macht darstellte, die wirklich die „Freiheit der kleinen Völker" gewährleistete, kam es für die Angelsachsen darauf an, den Hauptsieg durch entsprechende neue politische und militärische Aktionen sicherzustellen. In dieser Richtung gingen die militärischen Operationen in den ehemaligen Hoheitsgebieten der Türkei, in Persien und Afghanistan, die Unterstützung der russischen Gegenrevolutionäre sowie der von der Entente zwecks Trennung Rußlands und Deutschlands geschaffenen russischen Randstaaten, namentlich aber Polens. Während es der Entente gelungen ist, Deutschland durch ein System von imperialistischen Groß- und Kleinstaaten in Europa zu umstellen, vermochte man bis auf den heutigen Tag weder die russische noch die Orient- und asiatische Frage in einem den Interessen der Entente endgültig Rechnung tragenden Sinne zu erledigen, denn weder in der Türkei wie in Mittelasien, und noch weniger in Rußland haben die Alliierten bis jetzt die absolute politische Macht zu erringen vermocht. Die seitherige Politik der Ausspielung der orientalischen Stämme und Völker gegeneinander scheint nicht mehr die alte Zugkraft zu haben, denn sowohl Persien als Afghanistan haben sich wieder dem englischen Einfluß zu entziehen vermocht, und die Verwendung Griechenlands — dessen König aus Prestigegründen die Politik des Abenteurers Venizelos fortzusetzen gezwungen wurde — gegen die Türkei, hat ebenfalls noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Mehr als der Außenstehende zu beobachten Gelegenheit hat, stehen für die Alliierten die Fragen der Gestaltung der Verhältnisse in Rußland, im Orient und in Asien in engster Wechselwirkung zueinander, und wir müssen jeden Tag damit rechnen, daß die hier auf Lösung drängenden gewaltigen Probleme durch irgend welchen Anlaß — wir erinnern an die Unruhen in Indien — akut werden, wodurch die ganze asiatisch-orientalische Frage aufgerollt werden könnte, mit der weiteren Möglichkeit der Rückwirkung auf Rußland und damit auf Europa.

Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir die Fragen zu betrachten, die im November auf der Washingtoner „Abrüstungskonferenz" zur Erörterung stehen sollen. Auf dieser Konferenz werden die Angelsachsen versuchen, Japan, als den einzigen im Hinblick auf die innere Lage Rußlands noch aktionsfähigen Gegner der Entente, sowohl militärisch als auch politisch schachmatt zu setzen. Wir hören jetzt schon, daß Japan inbezug auf die chinesische sowie die sog. „Mandats"-fragen nachzugeben geneigt ist, und daß man darauf dringen will, daß das Flottenverhältnis zwischen Amerika und

Japan wie 3:2 gestaltet werden soll. Unwillkürlich erinnert man sich angesichts dieses Drucks Amerikas an dieselben Vorgänge anläßlich des „Bündnisangebots" Englands an Deutschlands, das von ähnlichen Bedingungen begleitet war. Es handelt sich hier also nicht um eine allgemeine Abrüstung, sondern um die durch politische Druckmittel zu erzwingende Verhinderung der Rüstungen des letzten Gegners der Weltherrschaftspläne der Angelsachsen und ihrer Verbündeten. Dieselben Tendenzen verfolgt auch der Völkerbund, mit seiner organisatorischen und propagandistischen Tätigkeit auf allen nur möglichen Gebieten, um unter dem Deckmantel der angeblichen Vertretung allgemein kultureller Interessen die politischen Geschäfte der Entente zu besorgen, denn die im Völkerbund vertretenen ehemaligen neutralen Staaten sind nicht in der Lage, den militärisch und politisch glänzend organisierten Ententestaaten hinsichtlich ihrer brutalen Machtpolitik entgegenzutreten, dagegen ist der „pazifizierende" Charakter dieser Organisation geeignet, der öffentlichen Meinung der Welt den Blick für die unter den Augen des Völkerbunds vor sich gehende Vergewaltigung der größten Völker Europas und Asiens zu verschleiern.

Die nachfolgenden Betrachtungen die alle oben angeschnittenen Fragen eingehend behandeln, verfolgen nun den Zweck, einen möglichst umfassenden Ueberblick über sämtliche Probleme inner- wie außenpolitischer Natur zu geben, und damit unserem seither infolge seiner Erziehung in nationaler Hinsicht instinktlosen Volke Anregungen zur Heranbildung eines selbständigen gesunden Urteils über unsere innere und äußere Lage zu bieten.

Calw, im August 1921.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 1

Die Teilnehmer am Weltkriege

Deutschland. Ein geschichtlicher Rückblick 6

Bismarck 34

Die innere Entwicklung Deutschlands 42

Die Staats- und Gesellschaftsordnung in England und Frankreich . . . 46

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands seit 1870 55

Zentrum und Papsttum 71

Der Sozialismus 83

Die Auswirkungen der Erziehungsmethoden der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung 97

Die deutsche Presse 103

Die Idee der Demokratie 108

Die Judenfrage 114

Die Entwicklungstendenzen der modernen Volkswirtschaft 117

Der nationale Gedanke 122

China 123

Rußland 125

Die falschen nationalen Erziehungsmethoden in Deutschland 136

Die Kriegsschuldfrage 143

„Verständigungs-" oder „Sieg"-Frieden 151

Die Ursachen der Revolution 158

Deutschlands Außenpolitik seit 1871 170

Das Propagandamittel des „Völkerrechts" 180

Amerika und Japan

Das amerikanische Volk und die amerikanische Politik 186

Japan 194

Die angelsächsische Weltherrschaftspolitik 196

Die letzten Vorbereitungen der Entente zum Kriege 206

Die angelsächsische Politik während des Krieges 212

Der Waffenstillstand 221

Der Charakter der Friedensbedingungen 224

Der fortdauernde „moralische" Krieg gegen Deutschland 227

Der „Völker"-Bund 229

Des deutschen Volkes Recht und Hoffnung 232

Digitized by the Internet Archive
in 2017 with funding from
University of Illinois Urbana-Champaign Alternates

https://archive.org/details/deutschlandundda00selt

Einleitung.

In meinem Werke „Das Urteil der Vernunft"*), mit dessen Bearbeitung ich in den ersten Tagen der Revolution begonnen hatte, und das im August 1920 herausgekommen ist, wollte ich eigentlich eine umfassende, auf den Ereignissen und Ergebnissen des Weltkriegs aufgebaute völkerpsychologische Betrachtung schreiben, um dem politisch völlig instinktlosen deutschen Volke die Ursachen dieser unerhörten Menschheitskatastrophe so klar als möglich vor Augen zu führen. Die fast unübersehbare Fülle von Nebenerscheinungen des Weltkriegs inbezug auf die Gestaltung der Völkerpsyche, insbesondere auf gesellschaftlichem, sozialem, ethischem, sittlichem und religiösem Gebiete führte mich aber — einem, in meiner Veranlagung begründeten, unbezwinglichen Streben nach Wahrheit und Klarheit folgend — zu dem Gedanken der Ergründung des Wesens der Völkerpsyche überhaupt, und damit letzten Endes zur Frage des menschlichen Ursprungs, aus dessen Erkenntnis heraus die geistigen und seelischen Äußerungen des Einzelmenschen wie einer irgendwie gearteten Gemeinschaft erst einwandfrei gedeutet werden können. So habe ich meinen **„Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung des Ursprungs und der gesetzmäßigen Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens"** unter oben genanntem Titel geschrieben, und damit die eigentliche Grundlage für die beabsichtigten völkerpsychologischen Betrachtungen geschaffen, die ich jedoch aus buchtechnischen Gründen in den Schlußausführungen dieses Werkes nur ganz flüchtig zu skizzieren vermochte. Da meine grundsätzliche Auffassung inbezug auf das gesamte Menschheitsproblem aber auf dieser Weltanschauung beruht, für deren Erklärung eine eigene Begriffsbildung nötig war, und da ich diese Begriffsbildung auch in den nachfolgenden Gedankengängen beibehalten möchte, so sollen in großen Zügen die Hauptgrundsätze meiner Auffassung über Ursprung und Wesen des geistigen und seelischen Lebens vorangestellt werden.

Aus der Beobachtung der geistigen und seelischen Lebensäußerungen im Tierreich wie innerhalb der menschlichen Gesellschaft leitet sich mein Grundsatz her, daß **alle geistigen Fähigkeiten, auf der gesetzmäßigen Entwicklung des Bewußtseins, des Trägers der Wahrnehmungen und Erfahrungen der Sinnesorgane beruhen, und daß das gesamte seelische Leben den drei ursprünglichen Trieben, dem Selbsterhaltungs-, Nahrungs- und Fortpflanzungstrieb, entspringt, welch letztere im Verhältnis zum Ausbildungsgrade des Bewußtseins alle seelischen Regungen und Äußerungen beeinflussen.** Die Entwicklung der geistigen Fähigkeiten und seelischen Eigenschaften beim Einzelmenschen wie innerhalb einer kleineren oder größe-

*) Volksschriftenverlag Calw.

ren Gemeinschaft ist von 3 Faktoren abhängig, und zwar von der (vererbten) **Veranlagung, der Erziehung** und der **Umgebung.** Die **gesetzmäßige Entwicklung aller geistigen und seelischen Vorgänge** kennzeichnet sich dahin, daß diese zuerst **instinktiv** zur Auswirkung gelangen, auf Grund der Erfahrungen des Bewußtseins, sodann **willkürlich,** d. h. mehr oder weniger gewollt und daher in gewissem Sinne bewußt in Erscheinung treten, um schließlich **unwillkürlich** wirksam zu werden, wodurch die geistige und seelische Betätigung in ganz bestimmte Bahnen geleitet wird. Im Zusammenhang mit der Wirksamkeit dieses letztgenannten Gesetzes bestimmen Veranlagung, Erziehung und Umgebung eine ebenso **gesetzmäßig wirksame Auslösung aller nur möglichen sympathischen bzw. störenden Reizempfindungen,** mögen diese nun geistigen Ursprungs sein, sich also auf die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Sinnesorgane beziehen, oder seelischen Charakter tragen, d. h. unbewußt oder bewußt beeinflußt sein durch die obengenannten drei ursprünglichen Triebe, die wir, da sie alle drei demselben Zwecke, nämlich der Erhaltung des Lebens dienen, in einem Sammelwort als **Lebenstrieb** bezeichnen. Dadurch, daß vererbte Veranlagung, Erziehung und Umgebung sowohl in geistiger wie seelischer Hinsicht unzählige Einwirkungsmöglichkeiten beim Einzelmenschen wie bei der irgendwie gearteten Gemeinschaft zulassen, können wir beim Menschengeschlecht jene unbeschränkte Vielseitigkeit des geistigen und seelischen Lebens beobachten, die das Studium des Geistes und der Seele so sehr erschwert, aber auch so interessant macht. Unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesetze, die nach meiner, für jede Lebensäußerung beweisbaren Auffassung das gesamte geistige und seelische Leben beherrschen, sollen die nachfolgenden völkerpsychologischen Betrachtungen über die Ursachen und das bisherige Ergebnis des Weltkriegs durchgeführt werden.

Bekanntlich ist die psychologische Kriegführung gegen Deutschland zuerst von der europäischen Entente mit dem Schlagwort vom Kampf für das „Selbstbestimmungsrecht" und die „Freiheit" der kleinen Völker angeblich gegen die „Autokratie" der Hohenzollern und deren Schöpfung, den preußisch-deutschen „Militarismus" eröffnet und mit Erfolg in der ganzen Welt betätigt worden. Wenn wir uns über die Ursachen der gewaltigen Wirkung dieser Massensuggestion*) Klarheit verschaffen wollen, so müssen wir uns zuerst eine Vorstellung von den Faktoren zu bilden suchen, die sowohl die Einzel- wie die Massenpsyche in erster Linie beeinflussen. Aus unsern vorhergehenden Darlegungen über das Wesen der seelischen Äußerungen ist zu entnehmen, daß sämtliche Empfindungen der Seele unbewußte oder bewußte Reaktionen (Auswirkungen) des Lebenstriebs, also des Selbsterhaltungs-, Nahrungs- oder Fortpflanzungstriebs darstellen. Hier interessieren uns vorläufig nur die Auswirkungen des Selbsterhaltungstriebs der Einzel- wie der Massenpsyche. Denn gerade die unbewußten oder bewußten Reaktionen des Selbsterhaltungstriebs sind es, die im Verhältnis zur vererbten Veranlagung, Erziehung und Umgebung die Äußerungen der Einzel- wie der Massenpsyche ausschlaggebend beeinflussen. Zwecks Charakterisierung der verschiedenartigen Äußerungen der Völkerpsyche, deren mannigfaltigsten Auswirkungen im Weltkriege die große Masse des deutschen Volkes — einschließlich der Intellektuellen — vielfach verständnislos, und

*) Ueber Ursprung und Wesen der Suggestion siehe „Urteil der Vernunft" S. 170—185.

daher mit Grausen vor dem moralisch Unbegreiflichen gegenübergestanden ist, wollen wir der Behandlung unseres eigentlichen Themas eine philosophische Betrachtung über die Entwicklungstendenzen der Auswirkungen des Selbsterhaltungstriebs inbezug auf die Einzel- und Massenpsyche voranstellen, die wir als Grundlage für sämtliche völkerpsychologischen Ausführungen benützen möchten.

Die mannigfaltigste und komplizierteste Art der Reaktionen des Selbsterhaltungstriebs zeigt sich in der — je nach Veranlagung, Erziehung und Umgebung — mehr oder weniger zur Geltung gelangenden Wirksamkeit von Erfahrungsreizen im Bewußtsein, die im Intresse einer möglichst reibungslosen Regelung des Zusammenlebens irgend einer Gemeinschaft infolge entsprechender Erziehung sich den instinktiven oder bewußten Äußerungen des Lebenstriebs hemmend entgegenstellen sollen. Die primitivste Form der Wirksamkeit der anerzogenen hemmenden Erfahrungsreize inbezug auf die Reaktionen des Lebenstriebs können wir an den in Gefangenschaft lebenden Tieren sowie an unseren Haustieren beobachten. Die Psyche dieser Tiere stellt sich infolge der mehr oder weniger erzwungenen Erfahrungen des Bewußtseins auf die **Beschränkung der Bewegungsfreiheit** ein. Den Haustieren ist diese Beschränkung infolge Vererbung schon so ins Bewußtsein übergegangen, daß sie ihre Unselbständigkeit und die daraus sich ergebende Abhängigkeit vom Menschen — schlechte Behandlung natürlich ausgenommen — gar nicht mehr als störend empfinden, psychologisch ausgedrückt: ihr ehemals aktiver bzw. aggressiver **Selbsterhaltungstrieb hat passiven Charakter** angenommen. Diese Passivität des Selbsterhaltungstriebs ist allerdings auch bei den Haustieren bis zu gewissem Grade nur bedingt, weil sie vielfach nur für die Menschen und Tiere der Umgebung Geltung hat. Dagegen werden die gefangenen oder in der Gefangenschaft geborenen Tiere jede Gelegenheit zur Wiedererlangung ihrer Freiheit wahrnehmen, ein Zeichen, daß diese Tiere noch über einen aktiven, und wenn sich ihrem Freiheitsbestreben Widerstände entgegenstellen, auch aggressiven Selbsterhaltungstrieb verfügen. **Die individuelle Bewegungsfreiheit ist es also, die jedes Tier instinktiv als höchstes Gut empfindet, und daher um jeden Preis zu erhalten bzw. wiederzuerlangen trachtet.** Bei den Haustieren äußert sich das Bestreben nach Erhaltung der individuellen Bewegungsfreiheit infolge vererbter Veranlagung und entsprechender Erziehung in der Hauptsache nur innerhalb des ihnen zugestandenen Bewegungs- und Betätigungskreises. Auf der Festsetzung entsprechender Erfahrungsreize im Bewußtsein der Haustiere über den erlaubten Betätigungskreis, der den Äußerungen ihres Lebenstriebs gezogen ist, beruht die **Bildung des passiven Rechtsbewußtseins,** d. h. das Bewußtsein der Tiere erlangt ein Unterscheidungsvermögen darüber, was sie tun dürfen und was sie nicht tun dürfen. Dieselbe Erziehungsmethode wird auch beim Menschen angewendet. Durch Strafandrohung und bei fortgeschrittener Ausbildung des Bewußtseins auch durch ethische Erziehungsmittel wird das passive Rechtsbewußtsein herangebildet. Aus der Betätigung des passiven Rechtsbewußtseins heraus entwickelt sich sodann das **aktive Rechtsbewußtsein.** Das Empfinden des aktiven Rechtsbewußtseins setzt die **Anwendung gerechter Erziehungsmethoden** voraus. Wird ein Kind von dem Erzieher aus Launenhaftigkeit oder Böswilligkeit dauernd schlecht behandelt, so leidet darunter erstens die Entwicklung des passiven Rechtsbewußtseins, weil das Bewußtsein keine klaren Vorstellungen über recht und

unrecht zu erwerben vermag, und die Auswirkungen des Selbsterhaltungstriebs sich daher mehr oder weniger bewußt den jeweiligen Stimmungen des Erziehers anzupassen suchen. Der daraus entstehende Mangel an passivem Rechtsbewußtsein äußert sich je nach der (vererbten) Veranlagung des Kindes in Kriecherei, Lügenhaftigkeit oder Verstocktheit, als Ausdruck der Notwehr des passiven Selbsterhaltungstriebs, der bei krankhafter Entwicklung auch den Charakter der Hysterie annehmen kann. Der Begriff „aktives Rechtsbewußtsein" soll das **bewußt fordernde Moment einer gerechten Behandlung** zum Ausdruck bringen, auf Grund der durch eine gerechte Erziehungsmethode erworbenen Erfahrungsreize; mit andern Worten, das nach gesunden und gerechten Grundsätzen erzogene Kind wird bei ungerechtfertigt schlechter Behandlung diesen — je nach seiner Veranlagung oder den gegebenen Verhältnissen — passiven oder aktiven Widerstand in irgendwelcher Form entgegensetzen. Die nächst höhere Form des Rechtsempfindens bezeichnen wir als **subjektives Rechtsbewußtsein,** das auf der Weiterentwicklung der hinsichtlich des aktiven Rechtsbewußtseins erworbenen Erfahrungsreize beruht. Das Vorhandensein subjektiven Rechtsbewußtseins zeigt sich darin, daß das Bewußtsein im Verhältnis zum Charakter der Erziehungsmethoden und damit zur individuellen Ausbildung auf Grund des dadurch erworbenen Unterscheidungsvermögens über den Grad der Bewegungsfreiheit inbezug auf die Äußerungen des Lebenstriebs mehr und mehr diejenigen Erfahrungsreize in den Vordergrund rückt und zur Auswirkung gelangen läßt, welche die bei der Erziehung zugestandenen oder selbst erworbenen Rechte in erster Linie berücksichtigen, wodurch naturgemäß die anerzogenen hemmenden Erfahrungsreize soviel wie möglich in den Hintergrund gedrängt werden. Die besondere Hervorhebung der in der Erziehung gewährten und durch Ausnützung der Erfahrung selbst erworbenen individuellen Rechte führt also zuerst willkürlich und schließlich unwillkürlich zur Vernachlässigung der die Äußerungen des Lebenstriebs hemmenden Erfahrungen, und wird daher stets mit dem unwillkürlich wirksamen Bestreben nach möglichst weitgehender Befriedigung des Lebenstriebs verbunden sein. Durch frühe Ausbildung des subjektiven Rechtsbewußtseins infolge Gewährung weitgehender Bewegungsfreiheit wird die **Fähigkeit zu selbständigen Handlungen** viel rascher erworben, als wenn in der Erziehung der zugestandene Betätigungskreis möglichst stark und möglichst lange beschränkt wird. Die Fähigkeit zu selbständigen Handlungen aber führt zur **Heranbildung des Selbstbewußtseins,** das bei entsprechenden geistigen Fähigkeiten, gutem Charakter und namentlich einer richtigen Erziehung die geistige und seelische Entwicklung des Menschen günstig zu beeinflussen vermag. Das Selbstbewußtsein kann sich aber auch auf geistigem Gebiete zur **Selbstüberhebung,** auf materiellem Gebiete zur **Selbstsucht** entwickeln. Sowohl in der Selbstüberhebung wie in der Selbstsucht liegt der Keim zur **Anmaßung größerer Rechte** gegenüber anderen, aus der wiederum gesetzmäßig die Neigung zur **Herrschsucht** und damit letzten Endes zur **Gewalttätigkeit** im Falle entgegenstehender Hemmungen herauswächst. Die aus der seitherigen Darstellung des Ursprungs und Wesens des Rechtsbewußtseins hervorgehende Tatsache, daß das Rechtsempfinden lediglich durch Anerziehung von Hemmungen gegenüber den Auswirkungen des Lebenstriebs, daß also eigentlich die autoritative Erziehung die Grundlage für jeglichen Rechtsgedanken wie für jegliche

Rechtsbildung darstellt, scheint die bekannte philosophische Rechts- und Staatsauffassung zu unterstützen, die dahin geht, daß **nur die Autorität**, bzw. **die Macht**, und letzten Endes **die Gewalt rechtsbildend** von jeher gewesen sei und **bleiben** werde. Die Vertreter dieser Auffassung gehen von der nicht widerlegbaren Erfahrungstatsache aus, daß die Aufrechterhaltung eines irgendwie gearteten Rechtszustandes nur möglich ist, wenn die individuellen oder gesellschaftlichen Machtmittel, mögen sie nun physischer oder geistiger Natur sein, dazu vorhanden sind. Gegen diese materialistische Auffassung über die Grundlagen des Rechtsgedankens wäre an sich nichts einzuwenden, wenn die Vertreter dieser Anschauung nicht gleichzeitig theoretisch oder praktisch das mehr oder weniger verhüllte Bestreben zeigen würden, durch die Propaganda für diese Staatsphilosophie der rücksichtslosen Geltendmachung bestimmter individueller, gesellschaftlicher oder völkischer Intressen zum Schaden anderer Individuen, Gesellschaftsklassen oder Völker ein **Scheinrecht** zu verschaffen. Die vorgenannte Verwertung der Grundlagen für die Bildung des Rechtsbewußtseins führt nämlich bei Gelegenheit unwillkürlich zur **Ausschaltung des Rechtsgedankens und damit des Rechtszustandes**, und zwar in derselben psychologischen Entwicklungslinie wie die gesteigerte Auswirkung des objektiven Rechtsempfindens die Neigung zur Anmaßung größerer Rechte, zur Herrschsucht und schließlich Gewalttätigkeit herausbildet. Diese Rechtsauffassung ist es auch, auf deren Grundlage die philosophischen Theorien vom **Herrenmenschen** und **Herrenvolk** entstanden sind.

Die Anerziehung des subjektiven Rechtsbewutseins in der Richtung der Geltendmachung und Verteidigung berechtigter persönlicher, gesellschaftlicher oder völkischer Ansprüche liegt durchaus im Sinne der Betätigung eines gesunden Selbsterhaltungs- bzw. Lebenstriebs, wenn dadurch die Rechte anderer Menschen, Gesellschaftskreise oder Völker nicht bewußt geschädigt werden. **Die höchste Entwicklungsform des Rechtsgedankens** bildet jedoch **das objektive Rechtsbewußtsein**, das dann vorhanden ist, wenn das Rechtsempfinden nicht nur inbezug auf die eigenen Rechte und gerechtfertigten Ansprüche reagiert, sondern auch inbezug auf die Rechte und gerechtfertigten Ansprüche anderer Personen, Gesellschaftskreise oder Völker. Es ist für jeden rechts- und moral-philosophisch Geschulten selbstverständlich, daß die Bezeichnung „objektives Rechtsbewußtsein" keinen Anspruch auf absolute Geltung gegenüber einem irgendwie gearteten Rechts- oder Sittenzustand erheben kann, sondern **nur relativ** zu bewerten ist, denn bei Beurteilung des Rechtsempfindens einer Einzelperson, einer Gesellschaftsklasse oder eines Volkes müssen wir die verschiedenen gekennzeichneten Entwicklungsstadien des Rechtsbewußtseins **der jeweils geltenden Rechts- und Moralauffassung anpassen**, die wiederum von dem geistigen und seelischen Entwicklungsgrade einer Person, einer Gesellschaftsklasse oder eines Volkes abhängig ist. Der Begriff „Rechtsbewußtsein" ist also auch nicht juristisch, sondern psychologisch — im weitesten Sinne — aufzufassen, und wir werden deshalb die darüber aufgestellte Definition als Wertungsmaßstab bei allen Betrachtungen in Anwendung bringen, mögen diese sich nun auf Einzelpersonen, soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche Klassen oder ganze Völker beziehen, oder im Zusammenhang damit von rechts- und staatsphilosophischem, bzw. sittlich-ethischem Charakter getragen sein.

*

Wenn wir uns über die Ursachen, die eigenartigen Erscheinungen und das Ergebnis des Weltkriegs Klarheit verschaffen wollen, so müssen wir uns bemühen, die Triebkräfte zu ergründen, die diese furchtbare Menschheitskatastrophe herbeigeführt haben. Ein umfassendes Bild von diesen Kräften können wir aber nur erhalten, wenn wir das Wesen der Psyche der am Kriege beteiligten Völker, und damit die Tendenzen zu erkennen vermögen, von denen ihre Lebensäußerungen beherrscht sind. Wie wir schon in der Einleitung gesagt haben, hängt die Entwicklung der geistigen Fähigkeiten und seelischen Eigenschaften eines Volkes von der (vererbten) **Veranlagung**, der **Erziehung** und der **Umgebung** ab. Diese 3 Hauptfaktoren, die dauernd in inniger Wechselwirkung zu einander stehen, sind also maßgebend für die Gestaltung und Auswirkung sämtlicher Lebensäußerungen eines Volkes, sowohl innerhalb der Volksgemeinschaft wie nach außen hin. Auf der bisher gekennzeichneten Grundlage wollen wir also nun die geistigen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften der am Kriege beteiligten Völker gewissermaßen zu analysieren suchen, um im Zusammenhang damit die Triebkräfte ihrer Lebensäußerungen kennen zu lernen.

Die Teilnehmer am Weltkriege.

Deutschland.

Eine umfassende Ergründung der deutschen Volkspsyche erfordert selbstverständlich auch eine eingehende Behandlung der innerpolitischen Entwicklungsfaktoren, und wir möchten daher von vornherein betonen, daß wir die dazu notwendigen Betrachtungen **einzig und allein nur von dem Standpunkt völkischen Empfindens und der Gesamtinteressen des Vaterlandes anzustellen bestrebt** sind, daß wir also kritische Äußerungen nicht in subjektiv-aggressivem Sinne bewertet wissen möchten, sondern von der objektiven Stellung eines Beobachters, dem **das Wohl des Vaterlandes über alle Partei- und sonstigen Sonderinteressen** geht, und der daher eine Kritik nur in dem Bestreben anwendet, durch das Mittel der Erkenntnis der Schwächen und Fehler unserer gesellschaftlichen, politischen und völkischen Erziehung **den Weg anzudeuten, auf dem wir zur Bildung eines in sich gefestigten, alle Kreise des Volkes umfassenden, nationalen Geistes gelangen** können, der allein imstande ist, alle inneren Zersetzungselemente zu ersticken, und dem Ansturm unserer äußeren Feinde, über deren Vernichtungswillen inbezug auf die Einheit der deutschen Stämme wir uns nicht einen Augenblick im Unklaren sein dürfen, einen unüberwindlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Ein geschichtlicher Rückblick.

Es gehört zu den stehenden Redensarten in Deutschland wie anderswo, **der Deutsche habe kein Nationalbewußtsein wie andere Völker**, d. h. es fehlen dem Charakter der deutschen Volkspsyche die sicheren Merkmale jenes unbedingten völkischen Empfindens, das bei allen Äußerungen geistigen und seelischen Lebens, in höchster Begeisterung wie in höchster Not, unbewußt oder bewußt als primäres Moment in den Vordergrund tritt und gegebenenfalls als schärfste Reaktion eines

auf **Wahrung der Existenz, des Rechts und der Freiheit der Volksgemeinschaft** eingestellten nationalen Selbsterhaltungstriebs zum Ausdruck gelangt. Mit andern Worten, es wird behauptet, es fehle dem deutschen Volke der **nationale Instinkt**, der bei jeder Gelegenheit inbezug auf völkische Intressen sofort — aus dem Unterbewußtsein oder aus bewußter Erkenntnis heraus — in Tätigkeit tritt und jede Handlung in völkischem Sinne beurteilt und zu leiten versucht. In folgendem soll nun die Untersuchung angestellt werden, ob die Behauptung, daß der Deutsche kein Nationalbewußtsein in obengenanntem Sinne besitzt, zutrifft, und, bei einer bejahenden Lösung der Frage, inwieweit die Behauptung richtig ist, und woher sich dieser etwaige Charakterfehler in der deutschen Volkspsyche herleitet.

Seit dem Auftreten der germanischen Stämme auf dem Schauplatze der Völkergeschichte können wir beobachten, daß die Bildung der deutschen Volkspsyche in der Richtung einer einheitlichen Geltendmachung innerhalb des Gemeinschaftslebens wie nach außen hin immer wieder durch die in den stark entwickelten Stammeseigentümlichkeiten — die wohl meist den individuellen Intressen des Stammesführertums entsprangen — begründeten inneren Gegensätze gestört wurde. Darin haben wir die Ursachen des Versagens der Absichten der deutschen Kaiser zu erblicken, ein europäisches Kaisertum zu gründen, darin liegen die Gründe des Zerfalls des römischen Reichs deutscher Nation, darin ist der Ursprung der Vorherrschaft Frankreichs in Europa seit dem 30jährigen Kriege zu erblicken, und letzten Endes hat England infolge der dauernden Auswirkungen der Uneinigkeit der germanischen Stämme, die eine Konsolidierung der europäischen Verhältnisse nicht aufkommen ließ, nicht nur die Vorherrschaft zur See, sondern auch den vorherrschenden Einfluß bezüglich der politischen Gestaltung des europäischen Festlandes zu erlangen vermocht, indem es nach dem alten und ewig neuen Grundsatze der alten Römer: „Teile und herrsche" handelte. Während nach dem Zerfall des weströmischen Reichs und dem Übergang der Vorherrschaft in Europa an die Germanen die sächsischen, fränkischen und hohenstaufischen Kaiser im großen ganzen ihre Herrschaft gegenüber den deutschen Stammesfürsten aufrechtzuerhalten vermochten, wenn sie sich nicht zu sehr nach außen engagiert hatten, trat namentlich seit der dauernden Übernahme der deutschen Kaiserkrone durch das Haus Habsburg ein Umschwung inbezug auf die Betonung des deutschen Gedankens ein, weil die Habsburger infolge der Angliederung von fremdvölkischen Ländern, die meistens durch Heiraten erworben wurden, nach und nach das Empfinden des deutschen Charakters ihrer Herrschaft verloren, und dadurch ihre Pflichten als deutsche Kaiser und Fürsten immer mehr vernachlässigten. Unter Karls V. Regierung stellte das „heilige Römische Reich deutscher Nation", das 962 von Otto I. als Erneuerung des Kaisertums Karls des Großen gestiftet worden war, zum letzten Mal eine imposante Macht dar, die über ganz Europa ging, die aber schon wegen des völligen Aufgehens der Habsburger in ausländischen Intressen (Italien, Spanien, Böhmen, Mähren, Ungarn) den Keim des Zerfalls inbezug auf die deutsche Vorherrschaft in sich trug, weil die deutschen Stammesfürsten sich immer mehr gegen das von den romanischen Ländern und namentlich durch das Papsttum beeinflußte Haus Habsburg auflehnten. Aus diesen Verhältnissen heraus wurde der Boden für den dreißigjährigen Krieg geschaffen, dessen Ergebnis als eine Liqui-

dation des Römischen Reiches deutscher Nation zu betrachten ist, in dessen Konkursmasse sich einerseits die Franzosen, andererseits die in slawischen und romanischen Intressen verankerten Habsburger, und drittens indirekt die Engländer teilten, indem sie die nördlichen Randstaaten von Belgien bis Schweden in dem Bestreben nach einer unabhängigen Gestaltung ihres Stammeslebens begünstigten.

Es liegt im Intresse einer richtigen Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklung der europäischen Verhältnisse, daß wir den tieferen Ursachen des dreißigjährigen Krieges*) etwas nachzuforschen suchen. Von vielen deutschen Geschichtsschreibern, und namentlich solchen, die Schulausgaben herausgegeben haben, wird der dreißigjährige Krieg als Religionskrieg bezeichnet, und je nach der Stellung des Herausgebers zu der oder jener Konfession beurteilt. In Wirklichkeit handelte es sich lediglich um die militärische Austragung des seit langem politisch vorbereiteten Kampfes inbezug auf die Gestaltung der Machtverhältnisse in Europa, in demselben Sinne, wie seinerzeit die entscheidenden Kämpfe zwischen dem Römischen Reich und den Germanen ausgefochten wurden, wie 150 Jahre nach dem dreißigjährigen Kriege die napoleonischen Kriege und schließlich der heute in seinem Endergebnis noch nicht abzusehende Krieg der verbündeten Angelsachsen und Romanen um die endgültige Weltherrschaft. Sowohl dem 30jährigen Kriege wie den napoleonischen Kriegen und schließlich dem letzten Weltkriege ist eine der geistigen Entwicklung der Völkerpsyche entsprungene oder aber in deren Vorstellungswelt absichtlich hineingetragene große geistige Bewegung vorangegangen, die in geschickter Weise für völkische Intressen aller Art ausgenützt wurde. Der geistigen Bewegung, die dem dreißigjährigen Kriege vorangegangen war, und dem letzteren den äußeren Stempel aufgedrückt hat, lag bekanntlich das Bestreben zugrunde, der sittlichen Entartung des Papsttums Einhalt zu gebieten. Daß Luther es wagen konnte, dem damals noch mit allen staatlichen Machtmitteln ausgestatteten Papsttum entgegenzutreten, ist darin begründet, daß seine religiöse Psyche dem Bedürfnis weitester Kreise nach einer Gesundung der religiösen Vorstellungswelt entgegenkam, die durch die roh materialistische Entwicklung und sittliche Entartung des Papsttums und seiner Organe irritiert worden war. In Luthers Auftreten gelangte aber auch zugleich eine Reaktion der deutschen Volkspsyche gegen den namentlich in den oberen Schichten herrschenden, vom Papsttum begünstigten Einfluß des romanischen Kulturwesens zur Geltung. Gerade durch die Betonung des deutschvölkischen Empfindens in allen seinen reformatorischen Bestrebungen vermochte er sich in allen deutschen Gauen eine große Anhängerschaft zu gewinnen. So zeigen auch seine Schriften „an den christlichen Adel deutscher Nation" deutlich die Verbindung seiner religiösen Vorstellungswelt mit einer deutschen Denkweise. Die Betonung des deutschen Charakters seiner Reformbestrebungen sicherte ihm auch die Unterstützung verschiedener deutscher Fürsten, ohne die ihm im Hinblick auf die Haltung des damaligen deutschen Kaisers Karls V. fraglos dasselbe Schicksal wie Huß zuteil geworden wäre. Daher konnte er es auch wagen, die gegen ihn geschleuderte päpstliche Bannbulle öffentlich zu verbrennen, und auf dem Reichstag zu Worms jeden Widerruf zu verweigern. Daß die religiösen Reformideen bei einer Reihe von

*) Siehe auch „Das Urteil der Vernunft" über die Reformation S. 352 u. f.

deutschen Fürsten Eingang fanden, ist nicht nur aus dem sittlichen Verfall des Papsttums zu erklären, sondern auch aus den zunehmenden Bestrebungen der Kirche, sich in Deutschland materielle Güter zu erwerben, und diesen Besitzstand zum Schaden der deutschen Fürsten politisch auszuwerten. Wenn man weiß, welchen gewaltigen, überragenden Einfluß damals die Kirche und ihre Organe in fast sämtlichen Kulturstaaten Europas ausübten, so wird man verstehen, daß das Papsttum nicht geneigt war, gutwillig auf seine beherrschende Stellung zu verzichten. Solange die Reformbestrebungen noch unorganisiert lediglich geistig in der religiösen Vorstellungswelt der Volkspsyche zum Ausdruck kamen, vermochte die Kirche durch Inanspruchnahme der ihr aus Gründen der Aufrechterhaltung der Autorität bereitwillig eingeräumten staatlichen Machtmittel entgegenzutreten. Die Einrichtung der Inquisition, d. h. des sog. Glaubensgerichts, durch das überwiesene und angebliche Ketzer, in letzterem Falle der Priesterschaft unbequeme Elemente in einer dem christlichen Glauben geradezu Hohn sprechenden Weise gepeinigt und zum Flammentode verurteilt wurden, war natürlich nur dazu angetan, den Widerstand des Volkes gegen die in ihren Ausartungen immer unerträglicher werdende Gewaltherrschaft der Kirche zu steigern.

Es ist gerade heute, wie wir später noch deutlicher sehen werden, von besonderer Wichtigkeit, das Wesen der **Ideenwelt des Papsttums** und damit dessen Haltung der Entwicklung der Weltgeschichte gegenüber zu erkennen. Wir müssen uns daher der Mühe unterziehen, uns über den Ursprung und die Entwicklung der römischen Kirche etwas zu unterrichten. Jede Idee, mag sie geistigen oder seelischen, bzw. materiellen Charakter tragen, wird von deren Träger bzw. Trägerkreis im Intresse der Erhaltung und Festigung in der Richtung einer möglichst unbeschränkten Verbreitung auszuwerten versucht. Wir haben es hier mit einem physiologischen bzw. psychologischen Gesetz zu tun, das auf sämtliche Erscheinungen geistigen bzw. seelischen Lebens zutrifft, also auch inbezug auf die Bildung und Entwicklung der religiösen Vorstellungswelt anwendbar ist. Selbstverständlich sind bei Beurteilung dieser gesetzmäßigen Entwicklung auch die hemmenden Faktoren zu beachten, die der Auswirkung der irgendwie gearteten Idee aus irgend welchen ideellen oder materiellen Gründen heraus gegebenenfalls entgegenzuarbeiten vermögen. Um nun den konkreten Fall der katholischen Kirche wieder aufzugreifen, so war, nachdem das politische Führertum der führenden Völker Europas, in deren religiöse Vorstellungswelt das Christentum sich Eingang verschafft hatte, einerseits die Aussichtslosigkeit der Bekämpfung desselben eingesehen, andererseits aber auch dessen Wirksamkeit als Erziehungsmittel schätzen gelernt hatte, die christliche Religion nach und nach als Staatsreligion eingeführt worden. Von diesem Zeitpunkt an mußte sich das religiöse Führertum, wie das bei allen Religionen zu beobachten ist, bei Ausübung der Lehre natürlich den jeweils geltenden Erziehungsgrundsätzen und -methoden und im Zusammenhang damit den durch Überlieferung geregelten sozialen Verhältnissen anpassen. Bezeichnend für die Anpassung des religiösen Führertums an den Staatsgedanken ist die Trennung der griechisch-katholischen Kirche von der römisch-katholischen, die sich aus der Trennung des römischen Kaiserreichs ergab, was die natürliche Folge zeitigte, daß die griechisch-katholische Kirche das Primat des Bischofs von Rom, das aber der römische Kaiser Valenti-

nian für die gesamte christliche Kirche des Abendlandes ausgesprochen hatte, nicht anerkannte, und sich eine eigene hierarchische Verfassung gab. Vom geistig-religiösen Standpunkt aus steht ja die Anpassung und Unterordnung der Verkünder der Lehre Jesu unter den staatlichen Zweckmäßigkeits- und Erziehungsgedanken durchaus im Widerspruch mit dem Charakter der religiösen Vorstellungswelt Jesu, noch mehr aber das Streben nach materieller Machtäußerung vom Zeitpunkt der Anerkennung der christlichen Religion durch den Staat an, psychologisch ist die Entwicklung in dieser Richtung jedoch verständlich. Im Augenblick der Anpassung und Unterordnung des religiösen Führertums an den Staatsgedanken mußte naturgemäß der rein geistig-religiöse Gesichtspunkt gegenüber der materiellen Staatsauffassung in den Hintergrund treten, was schließlich in der Auswahl eines nach dieser Richtung besonders geeigneten und zuverlässigen religiösen Führertums zum Ausdruck kam. Die Einführung des religiösen Führertums in die psychologischen Ideengänge des autoritativen Staatsgedankens führte schließlich zur Entwicklung des Machtbewußtseins und damit zu dem unwillkürlich wirksamen Streben nach Machtäußerung. Wir finden auch diese letztere psychologische Entwicklung, d. h. den offenen oder versteckten Kampf der religiösen gegen die völkischen Führer, nachdem erstere das Bewußtsein ihrer Macht erlangt haben, bei den verschiedensten Gelegenheiten, die ihnen Anlaß zur Erprobung derselben geben. Ob die Kämpfe, die das Papsttum, d. h. die Leitung der römisch-katholischen Kirche, nach Erlangung einer äußeren Machtstellung gegen die politischen Führer der germanischen Völker führte, nachdem diese die Herrschaft des Römerreichs angetreten hatten, mehr dem politischen oder dem religiösen Machtgedanken entsprangen, ist nicht ohne weiteres festzustellen, denn es ist bei Beurteilung dieser Entwicklung zu beachten, daß einerseits die Übertragung des Machtbewußtseins auf die religiöse Vorstellungswelt eine folgerichtige Auswirkung des bewußten Strebens nach tatsächlicher Beherrschung sämtlicher christlicher Völker nach sich ziehen konnte, daß andererseits aber auch damals schon völkische Instinkte inbezug auf die Rivalität der germanischen und romanischen Völker mitgespielt haben dürften. Daß das Papsttum eine zeitlang die politische Herrschaft über die deutschen Kaiser aufrechtzuerhalten vermochte, so daß Heinrich IV. sogar den Gang nach Canossa antreten mußte, hatte seinen Grund in der stetigen Eifersüchtelei und Uneinigkeit der deutschen Fürsten. Seit dem 10. Jahrhundert stand die Papstwahl unter dem Einfluß der deutschen Kaiser sowie des römischen Adels. Die dauernden Bemühungen der deutschen Kaiser, die Herrschaft in Italien und gleichzeitig auch über das Papsttum aufrechtzuerhalten, und die zu diesem Zwecke geführten Kriege, in welchen das Papsttum stets offen oder versteckt gegen die deutsche Oberherrschaft intrigierte, lassen den Einfluß der romanischen Völker auf das Papsttum immer deutlicher in Erscheinung treten. In dem Grade, in dem das Römische Reich deutscher Nation infolge der dauernden Kämpfe der deutschen Fürsten untereinander und der vom deutsch-völkischen Standpunkt aus unglückseligen Bestrebungen der deutschen Kaiser nach Erhaltung ihrer Herrschaft in den westlichen und südlichen Grenzländern dem inneren Zerfall entgegenging, ging auch der Einfluß auf die katholische Kirche an das französische Führertum über, das sich schließlich als Beschützer der Kirche aufwarf, und dadurch seine politischen Ziele unter christlich-kulturellem

Deckmantel sowohl in Europa wie auf dem Balkan und im Orient v
fördern verstand.

Daß die Geschichtschreibung dem Dreißigjährigen Kriege den Cha
Religionskrieges zu geben geneigt war, ist im Hinblick auf den formale
Anlaß nicht weiter verwunderlich, denn die unter dem Einfluß Roms ha
Habsburger zeigten zu Anfang wie während des weiteren Verlaufs des K
das unzweideutige Bestreben, in den ihrer Herrschaft unterworfenen Länd
namentlich aber auch in Deutschland den Protestantismus auszurotten. Dies
Bestreben der Habsburger entsprang natürlich nicht nur geistig-religiösen Grund
sätzen, sondern in erster Linie machtpolitischen Erwägungen, und ebenso waren auch
die Widerstände, die sich diesen Bestrebungen entgegenstellten, in ihren letzten
Konsequenzen von dem Gedanken der Erlangung der Unabhängigkeit von den
Habsburgern, bezw. der Machterweiterung getragen. Dieses letztere Moment trat
denn auch schließlich im weiteren Verlauf des Krieges infolge des Eingreifens
Frankreichs und Schwedens klar in Erscheinung. Letztere beiden Mächte waren
es denn auch, die aus dem Kampf der deutschen Fürsten untereinander und gegen
die Machtpolitik Habsburg-Roms einen positiven Erfolg zum Schaden Deutsch-
lands für sich buchen konnten. Schweden hatte durch den Westfälischen Frieden
die wichtigsten Strecken der Nord- und Ostseeküste erhalten, Vorpommern, Wis-
mar, die Bistümer Bremen und Verden, die Niederlande und die Schweiz
waren für Deutschland für immer verloren, Frankreich aber war bis an den
Rhein vorgedrungen, und hatte nicht nur die Reichsgebiete links des Rheins seinem
Einfluß unterworfen, sein politischer Machtbereich erstreckte sich auf den ganzen
Westen Deutschlands. Das Zusammengehen Schwedens und Frankreichs läßt die
Haltung des ersteren gegenüber der deutsch-protestantischen Frage in einem etwas
anderen Lichte erscheinen, als hier und dort eine von konfessionellen Gesichtspunkten
beeinflußte Geschichtschreibung annimmt. Es liegt uns fern, den ernsten religiösen
Charakter der Persönlichkeit Gustav Adolfs in Zweifel zu ziehen, und es wäre wohl
auch im Intresse einer Sicherung des deutschen Besitzes wie der Festigung der
deutschen Volkspsyche gewesen, wenn er seinen großen Plan der Errichtung eines
protestantischen deutschen Kaisertums durchzuführen vermocht hätte, wodurch wahr-
scheinlich die Losreißung Elsaß-Lothringens vom Reiche hätte vermieden, und eine
politische Annäherung der nordgermanischen Randstaaten an das Reich hätte herbei-
geführt werden können. Daß aber auch die Schweden — begreiflicherweise — bei
ihrem Eingreifen in den europäischen Krieg, in erster Linie von völkischer Macht-
politik beherrscht waren, steht außer Frage und wird auch durch ihre fernere
Haltung den europäischen Problemen gegenüber bestätigt. Während nun die
weiteren Eroberungsabsichten Schwedens durch Bündnisse mit Brandenburg, Polen
und Dänemark abgewendet werden konnten, gelang es dem immer offener nach der
Vorherrschaft in Europa strebenden Ludwig XIV. nach wechselvoller Kriegfüh-
rung, in deren Verlauf die Pfalz und große rechtsrheinische Gebiete von den
Franzosen ohne Not furchtbar verwüstet und gebrandschatzt wurden, dem Deutschen
Reich Elsaß mit Straßburg und Lothringen zu entreißen. Die politische Vor-
herrschaft Frankreichs wirkte sich auch „kulturell" aus, und leider in hohem Grade
auch in Deutschland. Die Sprache der Gebildeten war das Französische. Der

Geschmack, die französischen Sitten waren für die deutsche Gesellschaft
An den Fürstenhöfen wurde das verschwenderische und sittenlose
es „Sonnenkönigs" nachgeahmt, die meisten deutschen Fürsten wurden
gebildet, sprachen nur französisch und nahmen deshalb natürlich auch un-
ch französische Denkart an. (Selbst Friedrich der Große beherrschte die
he Sprache nur mäßig, seine Vorliebe für Voltäre und das französische
stesleben überhaupt ist bekannt.) Das deutsche Volk, d. h. die Untertanen der
erschiedenen, ebenso verschiedenen Intressen nachjagenden deutschen Stammes-
fürsten war jedoch seiner Sprache und seiner sittlich reinen Lebensauffassung, die
es durch die schrecklichen Kriegszeiten noch vertieft hatte, treu geblieben und es
zeigte, da ihm der gesunde frische Kern seines Wesens geblieben war, auch mit der
Zeit wieder das Streben nach Verbesserung seiner geistigen und materiellen Güter.
In erster Linie wurde der deutsche Geist durch die preußisch-brandenburgischen
Fürsten, den Großen Kurfürsten, König Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den
Großen von neuem belebt, indem sie sowohl im Hofleben wie in der Verwaltung
ihres Landes auf Einfachheit, Sittenstrenge und Pflichttreue hielten, und das
Staatswohl den persönlichen Intressen voranstellten. Diese sittliche Auffassung
des Staatsgedankens befähigte Preußen zur Übernahme der Führung um die
Wiederaufrichtung des Reichs.

Das Zusammengehen Frankreichs und Östreichs im Siebenjährigen Kriege
zeigt, daß diese beiden europäischen Hauptmächte, die seit dem Dreißigjährigen
Kriege dem gesamten europäischen Staatensystem die Hauptrichtlinien gewiesen
hatten, in dem großen Preußenkönig einen gefährlichen Rivalen inbezug auf die
Politik gegenüber Deutschland erkannten, den sie zwecks Aufrechterhaltung der
Herrschaft über die deutschen Stämme zu vernichten suchten. Überhaupt ist die
europäische Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Wiener Kongreß in
ihren wesentlichen Zügen von der Tendenz des Wiener und Pariser Hofes beherrscht,
trotz der Austragung verschiedenster Intressenkonflikte sich in der gemeinsamen
Politik, die gelegentlich auch von England und Rußland unterstützt wurde, zusam-
menzufinden, die Einigung der deutschen Stämme zu verhindern. Diese Be-
strebungen wurden wie vor so auch nach dem Dreißigjährigen Kriege immer aufs
angelegentlichste von den in selbstischen Intressen befangenen und über ihre Sou-
veränität eifersüchtig wachenden deutschen Stammesfürsten unterstützt. Gerade
diese Uneinigkeit der deutschen Stammesfürsten ergab von selbst deren Anlehnungs-
bedürfnis an außerdeutsche Fürsten bei Gelegenheit von europäischen Konflikten,
gleichzeitig aber auch die notwendige Folge, daß vom Dreißigjährigen Kriege an
bis zur Wiedervereinigung der deutschen Stämme die deutschen Lande der Tummel-
platz für die Austragung der Streitigkeiten ihrer Nachbarn waren. In weitesten
Kreisen des deutschen Volkes nahm aber die Sehnsucht nach einer Einigung der
deutschen Stämme im Intresse der Verteidigung des deutschen Bodens gegen die
stetigen Übergriffe und Anmaßungen der Nachbarstaaten immer mehr zu, und so
können wir es verstehen, daß gerade auch während des Siebenjährigen Krieges das
instinktive Empfinden Geltung gewann, daß die Kämpfe Friedrichs des Großen
gegen sämtliche Großmächte des Kontinents nicht allein um Preußens Großmacht-
stellung gingen, sondern daß sie dazu bestimmt waren, den Weg für einen neuen

Aufstieg Deutschlands zu ebnen. Deshalb bejubelte man auch in allen deutschen Gauen die preußischen Siege über die übermächtigen Feinde im Westen, Süden und Osten. Durch die Selbstbehauptung Preußens in diesem Kriege war die ein Jahrhundert dauernde Rivalität der Habsburger und Hohenzollern um den vorherrschenden Einfluß in Deutschland gegeben. Diese Rivalität war es auch, die beide Staaten verhinderte, die französischen Revolutionskriege wie die napoleonischen Kriege gegen Deutschland zusammen mit den deutschen Stämmen geschlossen abzuwehren, sodaß sich die süddeutschen Staaten schließlich gezwungen sahen, zum Schutze ihrer Gebiete mit Napoleon Bündnisse zu schließen.

In der französischen Revolution haben wir wie in der Reformation die praktische Auswirkung des geistigen Fortschreitens der europäischen Massenpsyche in der Richtung individualistischer Entwicklung zu erblicken. Wenn in der Reformationsbewegung die Reaktion der europäischen Massenpsyche gegen die sittliche Entartung und in ihrer Auswirkung die seelische Mißhandlung und Irreleitung sowie die Unterdrückung jeder freien Forschung und jedes individuellen Denkens durch das Papsttum und dessen Organe zum Durchbruch gelangte, so kamen in der französischen Revolution die Reaktionen der geistig fortgeschrittenen Massenpsyche der europäischen Völker gegen die Ausartungen des Absolutismus der Fürsten, des Adels und der Geistlichkeit, sowie des gesamten politischen Staatsorganismus zur Auslösung. Die Fortschritte der europäischen Massenpsyche inbezug auf die Stellung zum Staate und seinen Einrichtungen sind einmal auf die Nachwirkung der Reformation zurückzuführen, durch welche mit der Durchbrechung des geistigen Absolutismus der Kirche auch freiere Bahn für das geistige Leben überhaupt geschaffen worden war, zum andern auf die im Zusammenhang mit der Erringung größerer geistiger Schaffensfreiheit stehende rasche Entwicklung der Naturwissenschaften und nicht zuletzt infolge der raschen Fortentwicklung der Buchdruckerkunst, auf Grund deren das Bewußtsein des Einzelnen und damit auch der Masse sich wesentlich schneller als bisher in der Richtung individuellen Denkens, Wollens und Handelns auszubilden vermochte. Die Hervorhebung des letzteren Faktors inbezug auf die Ausbildung der Massenpsyche könnte den Eindruck erwecken, als würden wir den damaligen Bildungsgrad der europäischen, und insbesondere der west- und mitteleuropäischen Völker, besonders hoch einschätzen, wir möchten einem etwaigen Einwand durch den Hinweis darauf begegnen, daß wir uns über den Umfang der durchschnittlichen Allgemeinbildung der europäischen Völker jener Zeit durchaus klar sind, daß aber **die Allgemeinbildung eines Volkes nicht mit dem jeweiligen Stand der Ausbildung der Volkspsyche absolut identisch und daher vergleichbar** ist. Während die Allgemeinbildung, d. h. der Bildungsgrad des Volksbewußtseins, nach dem Grade der Entwicklung des geistigen Lebens (im weitesten Sinne genommen) innerhalb einer Volksgemeinschaft zu bewerten ist, ist die Ausbildung der Volkspsyche*), d. h. der Triebkräfte eines Volkes, von der Entwicklung des in seinem Lebenstrieb, insbesondere aber seinem Selbsterhaltungstrieb verankerten Rechtsbewußtseins abhängig, und zwar inbezug auf seine Wirksamkeit sowohl innerhalb der Gemeinschaft wie nach außen hin. Es ist nun zu beachten, daß zwar die

*) „Das Urteil der Vernunft": Volksbewußtsein und Volkspsyche, S. 462—502.

Ausbildung der Volkspsyche in enger Wechselbeziehung zum Entwicklungsgrade der geistigen Fähigkeiten eines Volkes steht, daß aber (vererbte) Veranlagung, Erziehung und Umgebung die Ausbildung der Volkspsyche in der Richtung der Höherentwicklung des Rechtsbewußtseins verhindern bzw. hintanzuhalten vermögen. Betrachten wir unter Berücksichtigung dieser hemmenden Einwirkungsfaktoren den Stand der europäischen Massenpsyche vor Beginn der französischen Revolution, so finden wir zwar die geistigen Vorbedingungen für eine Höherentwicklung des Rechtsbewußtseins der Massenpsyche gegenüber dem völkischen Führertum, die im Hinblick auf die geistige Entwicklung des Volkes vom Standpunkt der Erhaltung eines erträglichen Gemeinschaftslebens notwendige Gewährung entsprechender politischer und individueller Rechte wurde aber mit allen Mitteln staatlicher Autorität verhindert. Das Rechtsbewußtsein weitester Volksschichten wurde dazu noch durch die Ausschreitungen der Organe der staatlichen Macht und der politisch ohnedies zum Schaden der Allgemeinheit bevorrechteten Gesellschaftskreise (Adel und Geistlichkeit) aufs gröblichste verletzt. So haben wir den Ausbruch der französischen Revolution als Auseinandersetzung der zur Geltendmachung des subjektiven Rechtsbewußtseins herangereiften Volkspsyche mit den Bestrebungen des völkischen Führertums und seiner Organe nach Aufrechterhaltung ihrer autoritativen, zur Ausartung neigenden Herrschaft zu betrachten. Daß speziell Ludwig XVI. zur Nachgiebigkeit inbezug auf die politischen Ansprüche des Volkes bereit war, ändert an der Tatsache des herrschenden Systems natürlich nichts, und wenn er an den Auswirkungen der Revolution wie viele Anhänger des alten Regimes zugrundegegangen ist, so liegt die Schuld eben darin, daß seine **Vorgänger** in den traditionellen Anschauungen so stark befangen waren, daß sie die psychologische Wirkungskraft der geistig fortgeschrittenen Volkspsyche nicht erkannten oder erkennen wollten. In den maßlosen Ausschreitungen der Revolution kennzeichnet sich wiederum die Auswirkung des psychologischen Gesetzes, wonach nach Erwerbung einer irgendwie gearteten Macht unwillkürlich das Bestreben nach dauernder Erhaltung und wenn möglich Erweiterung des Machtkreises sich einstellt, sodaß gegebenenfalls keine Mittel, also selbst nicht die der brutalen Gewalt, gescheut werden, um das jeweilige Ziel der Machtbestrebungen zu erreichen und das Erreichte zu sichern.

Es lag im Wesen der in ihren Grundzügen gemeinsamen geistigen Kulturentwicklung der west- und mitteleuropäischen Staaten, daß ihre völkische Psyche ebenfalls die Ideen der französischen Revolution, die schon von der Reformation an geistig vorbereitet worden waren, aufnahm. Auch in Deutschland wurde die Revolution nicht nur von der großen Masse des Volkes, sondern in großem Umfange auch von den Intellektuellen mit begeisterter Zustimmung begrüßt. Die herrlichen Leistungen seiner Dichter und Philosophen, die unzweifelhaft im Zusammenhang mit der durch die politischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges erzwungenen Verinnerlichung der deutschen Volkspsyche stehen, hatten in den vorhergehenden Jahren eine geistige Revolution in Deutschland verursacht, die auf der Grundlage eines gesunden klassischen Humanismus die in Überlieferungen erstarrten Gebiete des gesamten Geisteslebens erfaßt hatte. In weitesten Kreisen wurde der Umsturz des Feudalsystems erwartet, von dem an man den Beginn eines neuen

auf Freiheit und Vernunft beruhenden Staates erhoffte. Die von der europäischen Massenpsyche getragene Idee von dem Rechte jedes Menschen auf individueller **Freiheit** und **Gleichheit**, in deren Geltendmachung wir die Erwerbung des subjektiven Rechtsempfindens im Sinne unserer rechts- und staatsphilosophischen Entwicklungstheorie erblicken, wurde jedoch bald durch die Einwirkung völkischer Faktoren verdrängt. Wir haben es hier in gewissem Sinne mit einer Parallelerscheinung des Dreißigjährigen Krieges zu tun. Dort löste sich die geistig-religiöse Umwälzung innerhalb der europäischen Massenpsyche durch die Reformation in machtpolitische Kämpfe der europäischen Kabinette aus, in den Revolutions- und nachfolgenden napoleonischen Kriegen haben wir ebenfalls den Sieg der völkischen Machtpolitik über einen ideellen Gemeinschaftsgedanken der europäischen Gesamtpsyche zu erblicken. Und wenn wir das bisherige Ergebnis des heutigen Weltkrieges betrachten, so haben wir letzten Endes wiederum eine furchtbare Enttäuschung der europäischen Gesamtpsyche festzustellen, denn das Losungswort der Entente und ihres Herolds in Washington, das jedem Volke in Europa die Freiheit versprach, wurde von diesen aggressiven Nationalstaaten lediglich zur Verschleierung ihrer politischen und wirtschaftlichen Weltherrschaftsgelüste benützt. Und noch eine weitere historische Tatsache möchten wir im Zusammenhang mit den vorstehenden Betrachtungen feststellen: **In den drei größten europäischen Krisen der letzten Jahrhunderte war es immer das deutsche Volk, das mit Gut und Blut die Zeche für die völkischen Auseinandersetzungen zu bezahlen hatte.** Wir haben nach unserem heutigen Zusammenbruch das größte Intresse daran, den Ursachen der — man könnte meinen — beinahe gesetzmäßig in Erscheinung tretenden Schicksalsschläge, die das deutsche Volk in den letzten drei Jahrhunderten betroffen haben, nachzuforschen, um daraus, soweit es heute und in Zukunft im Bereich unserer noch vorhandenen Kräfte und — nicht zuletzt — des guten Willens jedes einzelnen Volksgenossen wie aller Gesellschaftsklassen liegt, die ernsten Folgerungen für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes, d. h. für die Gestaltung unserer inneren Verhältnisse wie der Beziehungen zu andern Völkern zu ziehen.

Wir sind weit davon entfernt, uns als Anhänger der historischen Schule der Geschichtschreibung und -deutung zu bekennen, die, wie wir es in den letzten Jahrzehnten auch in Deutschland beobachten konnten, immer Gefahr läuft, durch Anwendung derselben Grundsätze und Methoden in Erstarrung zu geraten, und dadurch ihre unseres Erachtens doch primäre Aufgabe der Erziehung der jeweils gegenwärtigen Generation im Hinblick auf die stetigen Veränderungen der inneren und äußeren Verhältnisse und deren Einwirkung auf den Gang der Ereignisse zu vernachlässigen geneigt ist. Mit andern Worten, wir möchten uns von vornherein gegen die etwaige Auffassung sichern, als ob wir die tatsächlichen Ergebnisse der Geschichte als unumstößliche Grundlage für die Bewertung der nachfolgenden Entwicklungen betrachtet wissen wollten, von der aus also die Zukunft gewissermaßen nach den Regeln einer Wahrscheinlichkeitsrechnung vorausgesehen und -bestimmt werden kann. Die Geschichtschreibung muß sich als in hohem Grade flüssige Wissenschaft ebenso wie die Rechts- und Staatswissenschaft und besonders die Nationalökonomie von der gefährlichen Annäherung an die Methoden und entsprechenden Vorstellungen der exakten Wissenschaften fernhalten, um den Kontakt mit der

Gegenwart, und damit die für diese Wissenschaften unbedingt notwendige Lebendigkeit und Elastizität nicht zu verlieren. Die Entwicklung eines Volkes bietet im Hinblick auf seine (vererbte) Veranlagung, seine Erziehung und die durch die Umgebung geschaffenen Verhältnisse soviele Möglichkeiten, daß sie nicht nach — wenn auch variablen — Grundsätzen und Regeln vorausbestimmt werden kann. Wir können uns aber — wie schon in der Einleitung betont — durch die Kenntnis der geistigen und seelischen Veranlagung und Erziehung eines Volkes, welch letztere in stetiger unbewußt oder bewußt wirksamer Wechselbeziehung zu seiner Umgebung, d. h. zu den geistigen und seelischen Auswirkungen der Nachbarvölker stehen, bei Berücksichtigung aller dieser Einwirkungsfaktoren — also der Veranlagung, Erziehung **und** Umgebung — eine für jeden Staatsmann, Politiker und Historiker wichtige Hilfskonstruktion bilden, auf Grund deren wir mit einem Grade von wenn auch nicht mathematischer, so doch psychologischer Wahrscheinlichkeit einerseits die Richtlinien, innerhalb deren ein Volk in einem gegebenen Falle sein Ziel zu erstreben sucht, andererseits aber auch die Schwächen und die daraus entstehenden Fehler seiner geistigen und seelischen Veranlagung und Erziehung — immer im Verhältnis zur Umgebung — zu erkennen vermögen.

Betrachten wir von dieser Grundlage aus die Erscheinungen und Ergebnisse der **Revolutions- und napoleonischen Kriege** in ihrer Auswirkung auf die Entwicklung des deutschen Volkes, so können wir, ohne Widerspruch gewärtigen zu müssen, feststellen, daß die durch das Ergebnis des dreißigjährigen Krieges womöglich noch vertiefte, fortdauernde Uneinigkeit der deutschen Stammesfürsten wiederum die Hauptschuld daran trägt, daß auch diese Kriege in der Hauptsache auf deutschem Boden geführt wurden, wobei zudem noch gewaltige Werte deutschen Gutes verloren gegangen und Ströme deutschen Blutes geflossen sind, ohne einen den Opfern entsprechenden Enderfolg in der Richtung der Wiedererwerbung machtpolitischer Geltung des deutschen Volkes als Ausdruck der Wirksamkeit des gesunden Selbsterhaltungstriebs eines einheitlichen Staatskörpers zu erreichen. Um das die Wiedergesundung der deutschen Volkspsyche seit dem dreißigjährigen Kriege dauernd behindernde psychologische Zersetzungsmoment der Uneinigkeit der deutschen Stämme in seinen materiellen Auswirkungen richtig bewerten zu können, wollen wir im Rahmen der uns gestellten Hauptaufgabe versuchen, die Probleme, aus denen heraus die Revolutions- und napoleonischen Kriege entstanden sind und sich fortentwickelt haben, flüchtig zu skizzieren. Den äußeren Anlaß zu den Revolutionskriegen gaben die Übergriffe, die sich die französische Nationalversammlung gegen die von französischem Gebiet eingeschlossenen Besitzungen deutscher Reichsstände dadurch zuschulden kommen ließ, daß sie die Aufhebung aller feudalen und kirchlichen Rechte auch ohne weiteres auf diese Besitzungen übertrug, was zur Folge hatte, daß sich die dadurch geschädigten deutschen Fürsten beschwerdeführend an den deutschen Reichstag wandten. Dieser deutsche Reichstag stellte ein zur lächerlichen politischen Puppe gewordenes Überbleibsel des Römischen Reiches deutscher Nation unter formaler Führung Östreichs dar, in welchem unter Mitwirkung auch fremder Herrscher die deutschen Reichsstände, d. h. die Fürsten und Reichsunmittelbaren jeweils über das Wohl und die Sicherheit des deutschen Volkes ratschlagen — sollten. In Wirklichkeit aber war, wie gesagt, dieser Reichs-

tag ein machtpolitisch völlig stumpfes Instrument, weil die lebendigen Kräfte eines einheitlich organisierten Volkskörpers, die zu seiner Handhabung nötig gewesen wären, fehlten. Dieser Mangel eines gesamtvölkischen Empfindens in der Politik der deutschen Stammesfürsten war ja auch anläßlich des 7jährigen Krieges recht offensichtlich in Erscheinung getreten, und so trägt auch die Haltung sämtlicher beteiligten deutschen Stammesfürsten in den Revolutions- und napoleonischen Kriegen in erster Linie den Charakter dynastischer Intressenpolitik, wenn auch manchen Fürsten im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse mildernde Umstände zugestanden werden müssen. Aus diesen chaotischen Verhältnissen heraus ist es auch zu verstehen, daß die Dynastien der deutschen Stämme weder die geistigen Fähigkeiten noch die dadurch zu schaffenden materiellen Kräfte aufzubringen vermochten, um im Intresse der Sicherung Deutschlands vor den Auswirkungen der französischen Revolution entsprechende Maßnahmen treffen zu können. Solche Maßnahmen wären in zweierlei Richtung notwendig gewesen, indem man einmal, um den Ideen der französischen Revolution ihre zersetzende Wirkungskraft zu nehmen, die Ansprüche der geistig fortgeschrittenen Volkspsyche auf größere politische Freiheit und Rechte soweit nötig befriedigt hätte, und dadurch andererseits die Grundlagen für eine gesamtvölkische Einheitsfront gegen die schon bald nach Ausbruch der französischen Revolution sich Geltung verschaffenden nationalistischen Instinkte der führenden Elemente in Frankreich vorbereitet hätte. Wir sind uns natürlich über die absolute Wirkungskraft der damals in Europa, und namentlich in Deutschland, herrschenden Machtfaktoren durchaus im Klaren, und geben daher den großenteils akademischen Wert unserer vorstehenden Überlegungen im Hinblick auf die tatsächlichen Machtverhältnisse auch zu, der durch die Werke seiner Denker und Dichter beeinflußte Zustand der Gesamtpsyche des deutschen Volkes, d. h. der breiten Massen aller Stämme unter Führung des größten Teils der Intelligenz spricht jedoch dafür, daß innerhalb des Volkes selbst die hier ausgesprochenen Gedankengänge schon greifbare Gestalt gewonnen hatten, und deren konkrete Auslösungen nur durch den Krieg zurückgedrängt und schließlich unterdrückt wurden.

So stand also Deutschland, — richtiger gesagt, die deutschen Stämme mit ihrer in dynastischen Intressen verankerten Sonderpolitik — sowohl geistig wie materiell der französischen Revolution mit ihren darauffolgenden nationalistischen Auswirkungen ohnmächtig gegenüber. Die damals unter den führenden deutschen Stammesfürsten herrschende Geistesverfassung inbezug auf die deutschvölkische Frage wird dadurch gekennzeichnet, daß weder die rheinischen Fürsten etwas zur militärischen Sicherung der deutschen Grenze unternahmen, noch der deutsche Reichstag auf die früher genannten Beschwerden der von den französischen Übergriffen betroffenen deutschen Reichsstände besonders reagierte. Zwar war zwischen Östreich und Preußen ein Bündnis zu gegenseitiger Verteidigung und Aufrechterhaltung der deutschen Reichsverfassung geschlossen worden, aber die von beiden Staaten verfolgten geheimen Sonderziele ließen ein erfolgreiches Zusammenarbeiten nicht zu. Östreich wollte bei den zu gewärtigenden Verwicklungen seine alten Absichten auf Bayern und andere süddeutsche Gebiete verwirklichen, was Preußen zu ähnlichen Plänen anregte. So kam es, daß die östreichisch-preußischen Heere, als die Girondisten, um die wachsende Gärung im Innern des Landes abzulenken und die Monarchie zu

stürzen, Deutschland den Krieg unter dem Vorwand erklärten, daß es die staatsfeindlichen Treibereien des geflüchteten französischen Adels gegen Frankreich im Rheinland dulde und unterstütze, nach einem leicht erkauften Vormarsch in Frankreich wieder den Rückzug antreten mußten, weil die gegenseitigen geheimen Intrigen natürlich auch die Maßnahmen der Heerführer beeinflußten. Bei einer Betonung gemeinsamer deutschvölkischer Intressen und entsprechender einheitlicher politischer und militärischer Führung hätte es den deutschen Fürsten mit Einschluß Östreichs leicht fallen müssen, das durch die revolutionäre Bewegung völlig desorganisierte französische Heer zu schlagen. Die gekennzeichneten Eifersüchteleien aber zeitigten die Folge, daß die Revolutionsheere in Belgien und am Rhein vordrangen, und die dadurch bedrohten kleinen deutschen Fürsten und Reichsunmittelbaren, großenteils auch aus Furcht vor der nach politischer Freiheit verlangenden eigenen Bevölkerung, ihre Besitztümer freigaben und ihr Heil in der Flucht suchten. Die nach der Erklärung der Republik in Frankreich und der Hinrichtung Ludwigs XVI. gegen die Revolution gebildete europäische Koalition wurde bald wiederum durch die selbstsüchtigen Abmachungen und Pläne Östreichs wie Preußens zum Vorteil der Franzosen politisch und damit militärisch gehemmt. Im Hinblick auf die auch in den letzten Jahren aus Gründen der Zertrümmerung der deutschen Einheit namentlich von Frankreich betriebenen Bestrebungen der Trennung Bayerns und der Rheinlande vom Reiche und der Bildung eines südwestdeutschen Staates (Östreich, Bayern und Rheinland) unter politischer Führung Frankreichs ist es intressant, die Pläne der Habsburger und Franzosen inbezug auf Teilfragen des auch damals aktuellen Problems kennen zu lernen. Es waren zwischen dem Wiener und Berliner Hofe im Zusammenhang mit den materiellen Ansprüchen bezüglich der gemeinschaftlichen Kriegführung Besprechungen eingeleitet worden, die zum Ziele hatten, den belgischen Besitz Östreichs gegen Bayern umzutauschen, wodurch der schon lange gehegte Wunsch der Habsburger, ihren deutschen Besitz zu vermehren, und so ihr Machtgebiet hübsch abzurunden, in Erfüllung gegangen wäre. Diese Bestrebungen der Habsburger, die in München natürlich nicht unbekannt blieben, erklären auch die Zuneigung Bayerns während der napoleonischen Kriege zu Frankreich, von dem man die Erhaltung der bayrischen Unabhängigkeit erhoffte. Preußen war mit dem Tausch Bayerns gegen Belgien einverstanden, wehrte sich aber energisch gegen das östreichische Ansinnen, die 1791 an Preußen gefallenen Fürstentümer Ansbach und Baireuth abzutreten. Als nun Östreich den Inhalt eines neuen preußisch-russischen Teilungsvertrags über Polen erfuhr, wonach Rußland einen großen Teil Litauens und Wolhyniens, Preußen dagegen Danzig, Thorn und Südpreußen (Großpolen) erhielt, wurde Belgien von den Östreichern militärisch ganz preisgegeben, wogegen der Wiener Hof seine Haupttätigkeit auf das politische Gebiet verlegte, und in einem Sonderabkommen mit Rußland die Zuteilung Westgaliziens aus dem polnischen Staatskörper erreichte. Als sich das militärisch erschöpfte Preußen so übervorteilt und im Stiche gelassen sah, schloß es 1795 einen Separatfrieden mit Frankreich, in welchem es seine linksrheinischen Besitzungen an dieses unter der Zusicherung abtrat, daß, wenn im allgemeinen Frieden der Rhein die französische Grenze werde, es durch geistliches Gebiet auf dem rechten Rheinufer entschädigt werde. Wir sehen, daß also zu jener Zeit das deutschvölkische Empfinden nicht nur den durch ihre fremd-

völkischen Besitzungen am deutschen Gedanken wenig oder gar nicht interessierten Habsburgern fehlte, sondern auch dem preußischen Hofe wie fast sämtlichen deutschen Fürstenhöfen jener Zeit die Urteilsfähigkeit über die gewaltigen seelischen Kräfte abging, die aus der Geltendmachung des im Volke schon lange wieder erwachten, aber aus engen dynastischen Beweggründen unterdrückten Nationalgefühls hätten gezogen werden können. Die Fortsetzung der seit dem Ausgang des dreißigjährigen Krieges betriebenen rein dynastischen Kabinettspolitik der deutschen Fürsten ermöglichte es deshalb auch weiterhin den Franzosen, ihre Expansionsbestrebungen inbezug auf das deutsche Rheingebiet weiter zu verfolgen.

Wenn die psychologische Kriegführung der Revolutionskriege von französischer Seite aus noch mit dem formal berechtigten Hinweis auf die Verteidigung der geistigen Errungenschaften der Revolution bestritten werden konnte, so war mit dem militärischen Auftreten Napoleons und seiner daraus hervorgehenden politischen Machterwerbung die französische Außenpolitik wieder bewußt in rein nationalistisch-imperialistische Bahnen geraten wie zur Zeit Ludwigs XIV. Daß Napoleon beinahe 20 Jahre lang seine militärische und politische Herrschaft über fast ganz Europa aufrechterhalten konnte, ist einmal seinem Genie zuzuschreiben, dem sowohl militärische wie diplomatische Fähigkeiten in höchster Potenz zur Verfügung standen, dann aber auch dem für ihn glücklichen Umstande, daß trotz schlimmster Erfahrungen die deutschen Fürsten — abgesehen von den inbezug auf den deutschen Standpunkt stets unzuverlässigen Habsburgern — sich auf die Dauer nicht zu einem einheitlichen Zusammengehen, das wohl manchmal auch durch die militärischen Operationen Napoleons unmöglich gemacht worden war, zu entschließen vermochten. Diesem uneinigen Deutschland und den in den verschiedensten Intressenrichtungen befangenen, sonstigen europäischen Groß- und Kleinstaaten konnte Napoleon außer seinen überragenden Fähigkeiten die disziplinierte Macht eines vom nationalen Gedanken beherrschten Volkes entgegenstellen, dessen konzentrierte Stoßkraft zudem noch durch die Einheitlichkeit der politischen und militärischen Führung an Intensität gewann. Über die politischen Ziele Napoleons sind ja unzählige Bände geschrieben worden. In fast allen darüber geschriebenen Geschichtswerken finden wir die Auffassung, als seien seine Pläne auf die Erwerbung einer dauernden Militärherrschaft über Europa eingestellt gewesen. Wir glauben, daß in einer solchen Auffassung — die außerdem noch ihres Schlagwortcharakters entkleidet werden müßte — die politischen und psychologischen Fähigkeiten Napoleons stark unterschätzt werden. Daß Napoleon die politische Vorherrschaft in Europa angestrebt hat, erscheint allerdings außer Zweifel, daß er diese Bestrebungen aber während seiner ganzen Laufbahn in der Hauptsache nur durch militärische Operationen zu verfolgen vermochte, ist unseres Erachtens einerseits darin begründet, daß in seinem Charakter das militärische Moment stets vorherrschend war, was ihn unwillkürlich dazu verführte, die letzten Entscheidungen in dieser Richtung herbeizuführen, andererseits darf jedoch nicht unbeachtet gelassen werden, daß seine politischen Gegner, namentlich aber England, durch heimliche oder offene Bildung von Koalitionen gegen seine Politik ihn vielfach im Intresse der Erhaltung ihrer politischen Macht auf den Weg der Waffenentscheidung trieben. Es werden in der Geschichtschreibung — namentlich auch der deutschen — infolge der meistens unbewußt subjektiven Stellungnahme

bei Betrachtung der geschichtlichen Ereignisse die Absichten und Handlungen der tatsächlich treibenden Machtfaktoren, die aus begreiflichen Gründen ihre Ziele so gut wie möglich zu verschleiern suchen, oft gegenüber den Ereignissen selbst in den Hintergrund gedrängt, worunter die objektive Geschichtsforschung zu leiden hat. So liegt gerade auch in der Betrachtung des dreißigjährigen Krieges wie der napoleonischen Kriege vom rein deutschen Standpunkt aus die Gefahr einer Verkennung der damaligen Machtverhältnisse, wenn man sich nicht darüber klar ist, daß infolge der Uneinigkeit der deutschen Stämme in beiden europäischen Krisen das deutsche Volk als politischer Machtfaktor gar nicht in Betracht kam, weshalb sein Wohngebiet auch jedesmal Kampfgelände der Gegner sowie deren Handels- und Tauschobjekt war.

In dem Grade, in dem Napoleon die Vorherrschaft in Europa erwarb, namentlich aber den Nordwesten mit Einschluß Belgiens und Hollands beherrschte, bekam er **England** zum Hauptgegner. Von dem Zeitpunkt an, da England als Seemacht zur Geltung kam, hatte es das von seinem Standpunkt aus durchaus begreifliche Intresse, im Hinblick auf seine insulare Lage einmal die Entwicklung jeder Seemacht auf dem Kontinent zu hemmen, zum andern jede Macht zu bekämpfen, die nach einer unumschränkten Vorherrschaft in Europa strebte, oder aber jede politische Kombination zu vereiteln, die zu einer dauernden gemeinschaftlichen Herrschaft einer Gruppe von Kontinentalmächten hätte führen können. Sowohl die Überflügelung der englischen Seemacht durch die Kriegsflotte einer Kontinentalmacht wie die Vorherrschaft einer Kontinentalmacht oder einer Mächtegruppe hätte die Stellung Englands als Groß- und späterhin Weltmacht erschüttert. Da nach dem Zusammenbruch des Römischen Reichs deutscher Nation die Völker Europas aus nationalistischen Instinkten, gepaart mit dynastischen Bestrebungen sich gegenseitig dauernd bekämpften, so wurde es dem zuschauenden England nicht allzuschwer gemacht, jeweils die gefährlich werdenden Flotten der Kontinentalmächte zu erledigen, oder die Rivalität der europäischen Mächte untereinander wachzuhalten. In seinem eigenen Intresse begünstigte es auch den Unabhängigkeitskampf der Niederländer, um an der Kanalküste keinen starken Kontinentalgegner zu bekommen, der die Mittel zum Bau einer England ebenbürtigen Flotte hätte aufbringen können. Auch die finanzielle Unterstützung Preußens im Siebenjährigen Kriege geschah nur zu dem Zwecke, den französisch-östreichischen Absichten auf gemeinschaftliche Regelung der west- und mitteleuropäischen, namentlich aber der Verhältnisse in Deutschland entgegenzuwirken. Vom englischen Standpunkt aus war es daher auch wohlbegründet, daß England sowohl diplomatisch wie militärisch alle Kräfte anspannte, um die napoleonische Herrschaft zu stürzen. Nach der Niederwerfung Preußens beherrschte Napoleon das gesamte Deutschland militärisch und politisch, und beutete es auch finanziell in rücksichtsloser Weise aus. Deutsche Gebiete wurden im Intresse der Sicherung der französischen Herrschaft ohne Rücksicht auf ihre seitherige Zugehörigkeit verteilt und vertauscht, und die deutschen Fürsten fügten sich aus Furcht oder egoistischen Beweggründen willig den Maßnahmen des Imperators. Auch Östreich mußte sich nach seiner wiederholten Niederlage im Jahre 1809 dem Machtwillen Napoleons unterordnen. Die Vermählung Napoleons mit der östreichischen Kaisertochter Marie Luise, die östreichischerseits auf das Sündenkonto Metternichs zu schreiben sein dürfte, geschah von Napoleon aus fraglos ebenfalls

im Sinne einer Staatsaktion, deren psychologischer Ursprung daher zu leiten ist, daß Napoleon sich über Grad und damit Dauer der Tragfähigkeit seines damaligen Machtbereichs im Klaren war, und daher ein durch verwandtschaftliche Beziehungen gestärktes Bündnis mit Östreich zum Zwecke einer dauernden Beherrschung Europas, insbesondere aber Deutschlands, für notwendig hielt. Bei entsprechender Berücksichtigung der Wünsche Östreichs hätte ein solches Bündnis wohl auch für eine längere Zeitdauer vermocht, die Regelung der europäischen Verhältnisse im Sinne der Vorherrschaft dieser beiden Staaten zu sichern, und das um so mehr, als der von Napoleon geschaffene Rheinbund ganz im Banne und der Intressenwelt Napoleons stand, und sich dadurch seines völkischen Charakters vollständig entkleidet hatte. Diese Annäherungspolitik Napoleons inbezug auf Östreich, über deren beabsichtigte Wirkung auf die Verhältnisse in Europa er sich auch ganz offen mit den östreichischen Staatsmännern aussprach, hatte aber auch noch einen andern, weniger offen zu Tag tretenden Grund. Wie Friedrich der Große schon die englische Festlandspolitik richtig erkannt und daher die jeweilige Hilfe von dieser Seite entsprechend bewertet hatte, so war sich auch Napoleon des Charakters der Politik Englands wohl bewußt, und wußte daher Englands Stärke wie seine Schwäche gebührend einzuschätzen. Letzten Endes ging nämlich, was bei Beurteilung der napoleonischen Kriege viel zu wenig beachtet wird, der Endkampf nicht etwa um die Befreiung Deutschlands und Europas vom korsischen Joche, sondern **um das von Napoleon wie England erstrebte Ziel der Vorherrschaft in Europa.**

Es erscheint uns zur völligen Ergründung der Psyche der englischen Politik notwendig, nochmals auf den in der insularen Lage Englands begründeten Charakter seiner Festlandspolitik hinzuweisen, der deshalb in Europa, und wie schon verschiedentlich betont, besonders auch in Deutschland, bis heute noch nicht richtig erkannt ist, weil **die englische Politik bei ihrem Eingreifen in die europäischen Konflikte stets den Vorwand der Unterstützung der schwachen, unterdrückten Völker zu benützen vermochte,** und daher von dieser Seite aus natürlich immer als Retter in der Not begrüßt und gefeiert wurde. Daß die Engländer von dieser billigen psychologischen Beeinflussung des Kontinents bei jeder Gelegenheit weitestgehenden Gebrauch gemacht haben, kann man ihnen natürlich nicht verdenken, und das umsoweniger, als auf diese Weise die wahren Tendenzen der englischen Politik inbezug auf Europa jeweils aufs beste verschleiert blieben. In Wirklichkeit hat England nach dem 100jährigen Kriege mit Frankreich, in dem es noch das Ziel verfolgte, sich auf dem Kontinent dauernd festzusetzen, wodurch es ganz Nordeuropa vom Ozean hätte abschließen können, diese Bestrebungen grundsätzlich aufgegeben, wohl in der richtigen Erkenntnis, daß früher oder später die völkischen Triebkräfte der von dieser offenen Eroberungspolitik betroffenen Staaten die Erhaltung dieser Gebiete doch nicht zugelassen hätten, wodurch eine großzügige Politik, wie sie durch die bevorzugte insulare Lage Englands gegeben war, bei jeder Gelegenheit hätte behindert werden müssen. Wenn auch durch die Gelegenheit und die Umstände begünstigt, dieses Prinzip hier und dort nicht fest eingehalten wurde, (Gibraltar ist heute noch englisch), so wurde doch für die Zukunft mit eiserner Folgerichtigkeit die **zur Erwerbung und Sicherung der Groß- bzw. Weltmachtstellung des Inselreichs einzig gegebene Politik** verfolgt, **jede Seemacht zu vernichten, die der englischen**

Flotte hätte gefährlich werden können, jede Großmacht zu bekämpfen, die nach Vorherrschaft auf dem Kontinent strebte, und drittens jede Kombination zu hintertreiben, die zur Vorherrschaft einer bestimmten Mächtegruppe in Europa geführt hätte, denn in jedem der drei Fälle hätte in absehbarer Zeit England seine Weltmachtstellung verloren, und würde sie auch heute noch, wo es auf der Höhe seiner Macht steht, verlieren. Ein in den letzten Jahren vielgenannter Universitätsprofessor, dessen hohen Idealismus und dessen edle Absichten im Intresse des deutschen Volkes wir nicht im geringsten anzweifeln möchten, schrieb nach dem Zusammenbruch über die Auffassung der englischen Politik in Deutschland, die Behauptung, Englands Politik gehe dahin, immer die stärkste Macht auf dem Kontinent zu erledigen, sei ein Hirngespinst deutscher Professoren. Auf die Gefahr hin, daß unsere Auffassung von der englischen Politik eine ebensolche Kritik erfährt, wagen wir obige leider in Deutschland vor dem Kriege zu wenig bekannte und durch die glänzenden diplomatischen und propagandistischen Fähigkeiten Englands stets sorgsam verhüllte **Erfahrungstatsache** zu unterstreichen. Es wird heute keinen ernsthaften Historiker geben, der es leugnen wollte, daß die Römer Jahrhunderte lang das von ihnen geschaffene und dauernd vergrößerte Weltreich nach dem alten und ewig neuen Grundsatz „Teile und herrsche" zu erhalten vermochten, und wenn wir uns die Mühe nehmen, uns von der oberflächlichen Beurteilung des Entwicklungsgangs der Geschichte lediglich auf Grund historischer Ereignisse und der immer zeitlich wie durch die Verhältnisse begrenzten Wirksamkeit einzelner Persönlichkeiten freizumachen, so werden wir bei Betrachtung der englischen Politik der letzten Jahrhunderte die Anwendung dieses Grundsatzes in konsequentester Form durchgeführt sehen. **Derselbe natürliche, und daher gesunde Instinkt des Lebens- bzw. Selbsterhaltungstriebs, der in den physischen, geistigen und seelischen Grenzen der (vererbten) Veranlagung, Erziehung und Umgebung ein Familienoberhaupt zu stetiger Arbeitsleistung in der Richtung der Erhaltung und Sicherung der Existenz der Familie, gegebenenfalls über Generationen hinaus, antreibt, wird und muß auch das gesunde Führertum eines gesunden Volkes beherrschen.** In welcher Richtung jedoch die Auswirkungen dieses Selbsterhaltungstriebs sich bewegen, das hängt, sowohl bei der Familie wie beim Volke wiederum von den Entwicklungsmöglichkeiten ab, die die **Umgebung** den durch Veranlagung und Erziehung ausgebildeten geistigen Fähigkeiten und seelischen Eigenschaften zu weiterer Betätigung der natürlichen Triebkräfte bietet. Ein Volk wird nun ebenso wie der Einzelmensch — der Einfluß der dynamischen Kräfte des Lebenstriebs, sowie der Veranlagung und der entsprechenden Erziehung immer vorausgesetzt — die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich ihm inbezug auf die Verfolgung seiner Intressen, d. h. in weitestem Sinne genommen die Sicherung seiner Existenz bieten, in dem Grade auszunützen in der Lage sein, in dem es sich physisch, geistig und seelisch befähigt erweist, die ihm durch die Umgebung gebotenen Gelegenheiten für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen. Für unsere gegenwärtigen Betrachtungen können wir den für die Entwicklung eines Volkes wichtigsten Beeinflussungsfaktor, die Umgebung, in gewissem Sinne als gegeben, d. h. mehr oder weniger feststehende Größe annehmen. Solange ein Volk nicht innerlich ausgeglichene Zustände hat, wird das völkische Führertum, weil es dann seine Fähigkeiten und Kräfte in hohem Grade auf die

Regelung der inneren Verhältnisse einzustellen hat, nicht in dem Maße die völkischen Intressen nach außen hin zu vertreten in der Lage sein wie das Führertum eines innerlich konsolidierten Volkes. Um nicht mißverstanden zu werden, möchten wir hier gleich betonen, daß der Begriff „Konsolidation" (Ausgeglichenheit) nur relativ zu bewerten ist, und zwar jeweils im Verhältnis zum politischen Entwicklungsgrade eines Volkes, also zum Grade der politischen Reife der Volkspsyche. Es kann nicht im Rahmen unserer gegenwärtigen Aufgabe liegen, den Entwicklungsgang eines Volkes in allen seinen Phasen und mit den mannigfaltigen hindernden und fördernden Momenten bis zur Erwerbung der politischen Reife zu kennzeichnen, zwecks Erleichterung des Verständnisses für unsere nachfolgenden Betrachtungen möchten wir aber nochmals kurz im Zusammenhang mit unserer in der Einleitung eingeführten Begriffsbildung auf die Entwicklungstendenzen inbezug auf die Ausbildung des Rechtsbewußtseins der Volkspsyche hinweisen. Bei diesen Betrachtungen handelt es sich zuerst um die Entwicklung des Rechtsbewußtseins des Volkes in seinen Beziehungen zum durch Tradition, besondere Umstände oder Fähigkeiten bestellten Führertum. Den niedersten Entwicklungsgrad der Volkspsyche in ihren Beziehungen zum Führertum haben wir als passives Rechtsbewußtsein bezeichnet, um damit anzudeuten, daß das Volk dem Führertum (Dynastie), sowie den von ihm zwecks Festigung seiner Herrschaft geschaffenen oder zugelassenen bevorrechteten Ständen und seinen Organen (Politik, Verwaltung, Militär) in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenübersteht, innerhalb dessen die Volkspsyche in der Hauptsache lediglich darauf reagiert, ob die dem Volk zugestandenen, vom Staatsintresse diktierten, Rechte auf den verschiedensten Gebieten des Gemeinschaftslebens von dem Führertum und seinen Organen, sowie den bevorrechteten Gesellschaftsschichten geachtet, und nicht willkürlich oder böswillig verletzt werden. Es liegt, wie schon früher angedeutet, im Wesen des Erziehers bzw. Führers, den Zustand der Abhängigkeit des Erziehungsobjekts auf irgend welchem Gebiete solange als möglich zu erhalten, und so finden wir bei Betrachtung des Entwicklungsganges jedes Volkes im Verhältnis zum Ausbildungsgrade der Volkspsyche einen stetigen Kampf um die Erwerbung von politischen Rechten. Solange die Masse des Volkes noch mehr oder weniger zwangsweise im Zustande des passiven, höchstens aktiven Rechtsbewußtseins gegenüber dem herrschenden Staatssystem sich befindet, sind es in erster Linie die bevorrechteten Gesellschaftskreise, der Adel und die Geistlichkeit, die sowohl ihre Rechte gegenüber der Dynastie wie auch ihren Machtbereich nach unten hin zu erweitern trachten, im Sinne der Geltendmachung des durch Tradition und Erziehung erworbenen subjektiven Rechtsbewußtseins, das wie wir gesehen haben, psychologisch gesetzmäßig das unwillkürliche Bestreben nach dauernder Erweiterung des Machtbereichs in sich trägt. Das oberste Führertum, d. h. das jeweilige Oberhaupt der Dynastie und seine Ratgeber, zeigt nun, im Intresse der Aufrechterhaltung seines Machtbereichs das Bestreben, die Rechte der bevorrechteten Stände in bestimmten Grenzen zu halten. In welchem Grade das gelingt, das hängt, neben der Einwirkungsmöglichkeit der verschiedensten Faktoren, hauptsächlich von den Fähigkeiten der herrschenden Dynastie und ihrer Ratgeber, sodann aber auch in hohem Maße von den äußeren Verhältnissen ab, die die Entwicklung des Staatswesens beeinflussen.

Wenn wir nun wiederum zur praktischen Anwendung der vorstehenden theoretisch-psychologischen Betrachtungen inbezug auf den Entwicklungsgang eines Volkes zurückkehren, so können wir die für die Entwicklung der Volkspsyche der führenden europäischen Staaten überaus wichtige, ja geradezu ausschlaggebende historische Erfahrungstatsache feststellen, daß, wie schon mehrfach betont, die innere Festigung des deutschen Volkskörpers dauernd darunter gelitten hat, daß sein oberstes Führertum es nicht vermochte, die Entwicklung der Stammesfürsten zu selbständigen, die Stoßkraft des Reichs jeweils schwer beeinträchtigenden Machtfaktoren zu verhindern, weil die Bestrebungen der Erweiterung seines außerdeutschen Machtbereichs seine Fähigkeiten und Kräfte in überwiegendem Maße in Anspruch nahmen, daß jedoch das oberste völkische Führertum Englands und Frankreichs, einmal begünstigt durch die geographische Lage, zum andern infolge der Ausnützung der inneren Zerrissenheit Deutschlands die Bestrebungen der bevorrechteten Stände nach Machterweiterung zum Schaden des gesamten Staatskörpers viel früher zu unterdrücken vermochten, wodurch erstens die Bildung einer national gefestigten Volkspsyche erleichtert und gefördert, und zweitens die Hauptkräfte des obersten Führertums zur Wahrung und Verfolgung der äußeren Intressen des Volkes, in deren Dienst sich auch die bevorrechteten Stände stellen mußten, frei wurden. In dem Maße, in dem — jeweils im Verhältnis zum Ausbildungsgrade der Volkspsyche — eine Vereinheitlichung des Volkskörpers im Sinne der Wirksamkeit des nationalen Empfindens erreicht ist, wird das völkische Führertum entsprechend seinen Fähigkeiten oder denjenigen seiner Ratgeber jede Gelegenheit wahrnehmen, die ihm durch die gegebenen äußeren Verhältnisse und Ereignisse zur Verfolgung der Intressen des Volkes (in der Richtung der Erweiterung des völkischen Machtbereichs) geboten werden. Inwieweit die äußeren Verhältnisse und Ereignisse die Verfolgung der völkischen Intressen ermöglichen, das hängt einmal von der richtigen Einschätzung und Anwendung der eigenen Fähigkeiten und Kräfte ab, zum andern von der richtigen Beurteilung der zu gewärtigenden entgegenwirkenden Kräfte. Gerade darin zeigt sich die Befähigung eines Staatsmanns wie die Befähigung des völkischen Führertums überhaupt, daß sie jeweils über die Machtverhältnisse, die ihre Außenpolitik beeinflussen, namentlich aber über die Kräftewirkungen, die sich bei Verfolgung der völkischen Intressen ihnen entgegenstellen könnten, unterrichtet sind, und die Auswirkungsmöglichkeiten derartiger Faktoren gefühlsmäßig oder bewußt vorauszuschauen vermögen, um sie entsprechend in ihre politischen Berechnungen einzusetzen. Ein von gesunden völkischen Instinkten geleitetes Staatswesen wird und muß inbezug auf die Außenpolitik immer ein ganz bestimmtes Ziel vor Augen halten, das wohl aus taktischen Gründen, wenn die Kräfteverhältnisse es nicht zulassen, zeitweise scheinbar in den Hintergrund gedrängt werden kann, das jedoch trotzdem immer unverrückbar im Auge behalten wird. Auch bei einem grundsätzlich von gesunden völkischen Instinkten geleiteten Staatswesen kann zeitweise infolge unfähiger Leitung eine Stockung in der Verfolgung des Hauptziels eintreten, die für die äußere Entwicklung des Staatswesens unter Umständen schwere Folgen haben kann. Solange aber die völkischen Triebkräfte gesund bleiben, und ihre Wirksamkeit nicht durch innere oder äußere Verhältnisse behindert wird, werden sich immer wieder die Kräfte finden, die das Staatswesen aus dem natürlichen Instinkt

des völkischen Selbsterhaltungstriebs heraus auf die richtige Bahn leiten. **Wenn wir von einem Hauptziele sprechen, das jedes Staatswesen unverrückbar im Auge behalten muß, so braucht es sich dabei keineswegs um die formale Erweiterung des Machtbereichs in der Richtung der Erwerbung fremden Landbesitzes durch Gewalt oder geeignete diplomatische Aktionen handeln, die tatsächliche Sicherung der Existenz und des Machtbereichs eines Staatswesens wird viel mehr durch die — offene oder geheime — Beherrschung der jeweils die äußere Lage beeinflussenden Machtfaktoren und die dadurch gegebenen Einwirkungsmöglichkeiten inbezug auf die Gestaltung der äußeren Machtverhältnisse erreicht.**

Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen möchten wir auch vor der oft zu falschen Schlüssen und Kombinationen führenden Auffassung über die sog. **Kabinettspolitik** warnen, die durch vorgenannte Bezeichnung in Verkennung der wahren Ursachen, Triebkräfte und Umstände die Außenpolitik eines Staatswesens als rein persönlichen oder dynastischen Beweggründen und Intressen entspringend und dienend charakterisieren will, womit also gleichzeitig gesagt sein soll, daß durch eine solche Politik die wahren Intressen des betreffenden Staatswesens im Sinne einer gesunden und damit günstigen Fortentwicklung nicht vertreten würden. Wir wollen durchaus nicht bestreiten, daß namentlich bei unumschränkt, d. h. ohne Kontrolle von Ständen oder Parlamenten herrschenden Dynastieen bzw. Staatsmännern unter gewissen Umständen, die durch innere und auch äußere Verhältnisse hervorgerufen sein können, je nach Charakter und Fähigkeit, aus persönlichem bzw. dynastischem Selbsterhaltungstrieb oder Ehrgeiz heraus das Bedürfnis nach außenpolitischen Aktionen sich geltend macht. Die dabei hier und dort in Erscheinung tretenden Mißerfolge sind meistens auf schlechte Fundierung der politischen und militärischen Berechnungen infolge überstürzten Handelns zurückzuführen. Der Nachweis dafür aber, daß bei einer solchen Kabinettspolitik durch die Schaffung oder Begünstigung äußerer Verwicklungen, eventuell auch durch Einmischung in diese, die für jedes Staatswesen durch die vorhandenen Triebkräfte und die Umgebung vorgezeichneten Richtlinien zur Erreichung des Hauptziels (der Sicherung des Machtbereichs) völlig außer acht gelassen werden, dürfte wohl für keinen konkreten Fall zu führen sein, denn immer werden wir Anhaltspunkte dafür finden, daß die bei einer noch so offensichtlichen individuellen Machtpolitik verfolgten Ziele mehr oder weniger sich mit dem Hauptziel decken, dessen Verfolgung sich aus den vorhandenen Triebkräften und der Umgebung (in geographischer wie politischer Beziehung) ergibt. Wir können grundsätzlich feststellen, daß **das Hauptziel völkischer Politik, nämlich das Bestreben nach Erhaltung und bestmöglicher Sicherung der Existenz eines Staatswesens sich stets gleich bleibt, ganz unabhängig vom jeweils herrschenden Regierungssystem.** Der Weg zum Hauptziel kann, wie schon angedeutet, durch individuelle, aus persönlichem oder dynastischem Selbsterhaltungstrieb bzw. Ehrgeiz entspringender Kabinettspolitik, die aus inneren oder äußeren Ursachen auf Augenblickserfolge eingestellt ist, und daher vielfach infolge überstürzter Maßnahmen schließlich versagt, verzögert, bzw. verlängert werden, ja es kann für lange Perioden infolge unglücklicher Umstände überhaupt jeder Weg zum Hauptziel versperrt erscheinen, das durch die physischen, geistigen und seelischen Triebkräfte eines Volkes sowie durch die (geographische und politische) Umgebung vorgezeichnete

Hauptziel der Erhaltung der Existenz wird stets gefühlsmäßig oder bewußt in der Volkspsyche fortleben, und deshalb auch von den Führern des Volkes bei jeder Gelegenheit aufgegriffen bzw. **wieder** aufgegriffen werden. Wie im Hinblick auf die Verfolgung des Hauptziels die Art des Regierungssystems relativ gleichgültig ist, — zu beachten im Interesse des Gesamterfolgs ist der Entwicklungsgrad der Volkspsyche, die dementsprechende Erziehung und vorherrschende Anschauung — so ist auch die Wahl der Wege im großen ganzen gleichgültig, denn **die Hauptsache ist der Erfolg,** der von der Volkspsyche gefühlsmäßig oder bewußt stets anerkannt wird.

Die vorstehenden Erfahrungstatsachen finden wir bei Verfolgung der Entwicklungstendenzen aller großen und der bis zu gewissem Grade selbständigen kleinen Völker der alten wie der neueren und neuesten Geschichte bestätigt, und ganz besonders klar verfolgbar inbezug auf die auswärtige Politik Englands, Frankreichs und Rußlands in den letzten Jahrhunderten. Die sog. Kabinettspolitik, die also ohne eine formale oder tatsächliche Sanktionierung seitens der bevorrechteten Stände oder einer mehr oder weniger mitwirkenden Volksvertretung nach außen hin geführt wird, hat am frühesten in England einer, anfangs gefühlsmäßig später aber immer mehr bewußt von der Zustimmung der Volkspsyche getragenen großzügigen nationalen Weltpolitik Platz gemacht, deren konsequente Durchführung in der verschiedentlich gekennzeichneten Richtung durch die glückliche insulare Lage begünstigt wurde, welch letztere auch im Verhältnis zum geistigen Fortschreiten der Volkspsyche eine gegenüber den Völkern des Festlandes raschere Konsolidierung der inneren Politik ermöglichte, weil diese nicht in dem Grade wie bei den Festlandsstaaten, namentlich aber bei Deutschland, durch äußere Einwirkungen behindert wurde. Auch bezüglich der französischen Außenpolitik ist unschwer der Nachweis zu führen, daß sich die Kabinettspolitik der jeweils herrschenden Machthaber durchaus in der Richtung bewegt hat, in der auch eine von demokratisch-parlamentarischen Gesichtspunkten geleitete Regierung sich außenpolitisch betätigt hätte. Ein Vergleich der französischen Außenpolitik während des dreißigjährigen Krieges, während der Herrschaft Ludwigs XIV., Napoleons I. und des III. mit derjenigen der Staatsmänner der Republik nach 1871 dürfte unsere Auffassung hinlänglich rechtfertigen. Recht deutlich können wir die Kongruenz zwischen äußerer Kabinettspolitik und reiner völkischer Politik an der Außenpolitik Rußlands verfolgen. Bekanntlich bestand die durch das Zarentum der Großrussen konsequent durchgeführte, wenn auch meistens infolge der ungesunden inneren Verhältnisse nicht vom Glück begünstigte Politik nach Westen hin darin, freien Zugang zum Meer für den russischen Einfuhr- und Ausfuhrhandel im Nord- bzw. Südwesten des Reichs zu erreichen. Aus diesen Bestrebungen heraus verstehen wir die verschiedenen Kriege gegen Schweden und die Türkei, und schließlich die in den letzten Jahrzehnten systematisch genährte, und von England und Frankreich begreiflicherweise unterstützte Feindschaft gegen Deutschland. Der russische Ausspruch: **Der Weg nach Konstantinopel führt über Berlin!** ist typisch für die in den letzten Jahren immer mehr in den maßgebenden politischen Kreisen Rußlands zur Geltung gelangende außenpolitische Stimmung. Die für diese Zwecke benützten propagandistischen Ideen des Panslavismus und der Wiederaufrichtung des byzantinischen Kaiserreichs mit dem Sitz des griechisch-katholischen Oberhaupts in Konstantinopel boten den ethisch-religiösen Schleier, hinter dem die

Machtidee der Erlangung der Herrschaft über die slawischen Völker des Balkans und der Dardanellen sich schamhaft versteckte. Und als das lediglich auf der unsicheren Grundlage der absoluten Autoritätsidee herrschende Zarentum in dem Augenblick, als es in Erkenntnis der hinterhältigen Politik Englands und des Fortschreitens der Umsturzbestrebungen im Innern, die von der Entente in der Befürchtung des Rücktritts Rußlands vom Bündnis unterstützt wurden, durch die mehr oder weniger demokratischen Elemente gestürzt wurde, da nahmen diese Parteien sofort die seither vom Zarentum verfolgten Kriegsziele der Erwerbung Konstantinopels wieder auf. Daß diese Parteien später von den Bolschewisten verdrängt werden konnten, dürfte einmal auf den Mißerfolg der Kerenski-Offensive zurückzuführen sein, sodann auf das durch den Umsturz begünstigte weitere Fortschreiten der Untergrabung der Disziplin im Heere und im Innern, weiterhin auf die in den russischen Verhältnissen begründete Desorganisation inbezug auf Wirtschaft und Ernährung, und schließlich nicht am wenigsten auf die politische Unreife der bisher gewaltsam in dem niedersten Entwicklungszustand erhaltenen Volkspsyche, die die erlangte Freiheit psychologisch gesetzmäßig zu erweitern trachtete, und daher den bolschewistischen Ideen sich besonders zugänglich erwies. Aber, und das ist fraglos **die interessanteste und beachtenswerteste Erfahrungstatsache des Weltkriegs inbezug auf die geistigen Kampfmittel,** auch die Bolschewisten, die doch bei der Verfolgung des Ziels der Vernichtung des kapitalistischen Wirtschaftssystems theoretisch jedes völkische Moment aus ihrer Ideenwelt ausschalten, waren in dem Bestreben nach Verwirklichung dieser Ideen gezwungen, nicht nur im Innern des Versuchslandes alle politischen Methoden des schärfsten Absolutismus in Anspruch zu nehmen, sondern auch nach außen hin, politisch wie militärisch die Grundsätze reiner Nationalstaaten anzuwenden, sodaß man heute schon nicht ohne gewisse Berechtigung von einem bolschewistischen Imperialismus spricht. Diese nicht zu bestreitenden Entwicklungstendenzen des Bolschewismus sind aber doch wohl eher mit den früheren Bestrebungen der gewaltsamen Ausdehnung des Islamismus sowie des Papsttums nach Erlangung der weltlichen Herrschaft zu vergleichen, wobei noch weiterhin zu beachten ist, daß in allen drei Fällen trotz des Vorherrschens der Idee immer wieder das völkische Moment, wie wir später noch eingehender darlegen werden, mehr oder weniger versteckt zur Geltung gelangt.

Wir haben die vorstehenden grundsätzlichen Betrachtungen über sog. Kabinettspolitik im Gegensatz zu einem vom Volk bzw. dessen Vertretung gefühlsmäßig oder bewußt gutgeheißenen Politik für notwendig gehalten, um einerseits den vielfach durch den Begriff „Kabinettspolitik" veranlaßten irreführenden Kombinationen zu begegnen, als ob eine solche Politik in jedem Falle der herrschenden Volksmeinung entgegengesetzt sein müsse, und gleichzeitig andererseits unsere früher gekennzeichnete Auffassung zu unterstreichen, daß jede völkische Außenpolitik ein durch den Grad der Triebkräfte sowie die geographische und politische Umgebung vorgezeichnetes Hauptziel vorfindet, dessen Verfolgung bei einem gesunden und freien Volke immer wieder aufgenommen wird. Betrachten wir nun von diesem Gesichtspunkt aus **die Haltung der führenden Staaten Europas in den napoleonischen Kriegen,** so verstehen wir, daß England im Intresse der Erhaltung seines bisherigen vorherrschenden Einflusses inbezug auf die Gestaltung der politischen Ver-

hältnisse in Europa die stetig zunehmende Machterweiterung Napoleons nicht ruhig hinnehmen konnte. Hätte, wie es zeitweise schien, das staatsmännische Geschick Napoleons über sein militärisches Genie, das begreiflicherweise mehr zu militärischen Entscheidungen neigte, gesiegt, so wäre es wohl möglich gewesen, bei einem durch die Verheiratung mit der österreichischen Kaiserstochter angebahnten Bündnis mit Österreich-Ungarn den englischen Einfluß in Europa für absehbare Zeit auszuschalten. Das in der Charakterveranlagung Napoleons begründete Streben nach raschen Erfolgen und Entscheidungen, in dem sich eben die Schattenseiten individueller Kabinettspolitik zum Schaden einer stetig fortschreitenden gesunden Entwicklung eines Staatswesens äußern, begünstigte aber die diplomatische Gegenaktion Englands. Daß Napoleon den Hauptgegner auf seinem Wege zur Erstrebung der Vorherrschaft in Europa wohl erkannt hatte, das geht aus seinen vielfachen privaten Äußerungen und den politischen Kundgebungen über den Charakter der englischen Politik klar hervor, und es wäre intressant, wenn man den Franzosen von heute eine Sammlung der Charakteristiken über die politische Moral des „perfiden Albion", wie er England in seinem Hasse nannte, vorlegen würde, womit wir jedoch nicht sagen wollen, daß dadurch die französische Politik, die später immer wieder Hemmungen und Demütigungen aller Art von Seiten Englands erfuhr, wenn sie die englische Kolonialpolitik störte, von ihrem gefühlsmäßigen Streben nach Erweiterung des geographischen und politischen Machtbereichs gegen Osten hin durch vernunftgemäße Überlegungen abgelenkt werden könnte. Nach der Vernichtung der französischen Flotte bei Abukir besaß England die unumschränkte Herrschaft zur See. Napoleon befand sich also nach der militärischen Unterwerfung Europas durch seine Siege über Preußen und Österreich-Ungarn ungefähr in einer ähnlichen Lage wie Deutschland während des Weltkrieges, nur mit dem für ihn günstigen Unterschiede, daß Europa damals infolge des großenteils landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Charakters seines Wirtschaftslebens und im Hinblick auf die weit geringere Bevölkerungsdichte nicht in dem Maße auf die überseeische Einfuhr angewiesen war wie 100 Jahre später Deutschland und seine Verbündeten. Dieser wirtschafts- und ernährungstechnische Vorteil ermöglichte es ihm, mit andern Mitteln denselben Wirtschaftskrieg gegen England zu inscenieren, den dieses später mit Unterstützung seitens der Amerikaner gegen Deutschland erfolgreich durchführte.

Welche psychologischen Irrwege eine vorherrschend von militärischen Gesichtspunkten geleitete Politik einschlagen kann, dafür bietet die Geschichte genug Beispiele. Wie, um ein Musterbeispiel aus der alten Geschichte zu entnehmen, der Zug Hannibals über die Alpen vom politischen Standpunkt aus nur als ein militärisches Virtuosenstück zu bewerten ist, weil den hierbei aufgebrachten völkischen Kraftaufwendungen im Hinblick auf die physische und politische Unmöglichkeit einer dauernden militärischen Beherrschung des durch das Meer getrennten Roms immer nur ein relativer, den Kraftaufwand nicht rechtfertigender Erfolg beschieden sein konnte, so steckt auch in dem immer wieder von Napoleon gehegten Plan, England auf seinen Inseln anzugreifen, um seine Gegnerschaft endgültig zu beseitigen, lediglich eine durch das Vorherrschen der militärischen Vorstellungswelt bedingte politisch konstruktive Idee, deren Ausführung solange die reale Unterlage gefehlt hätte, als nicht die englische Seeherrschaft endgültig beseitigt gewesen, und einer Mächte-

koalition in Europa neben der Vorherrschaft auf dem Kontinent auch eine allen Kombinationen überlegene Kriegsflotte zur Verfügung gestanden wäre. Die Bildung einer solchen Koalition verhinderte Napoleon aber durch sein brutales Auftreten, und so nützten ihm weder die gerade heute reizvoll anmutenden propagandistischen **Kundgebungen gegen die Jahrhunderte lang verfolgte Seetyrannei Englands**, mit denen er die gegen den englischen Handel verhängte Kontinentalsperre zu rechtfertigen suchte, noch diese letztere selbst, weil seine auf reiner Gewaltherrschaft aufgebaute Festlandspolitik es den diplomatisch überlegenen Engländern nur allzu leicht machte, die Stimmung der europäischen Staaten und Völker gegen ihn aufzubringen. Die Beweise für die ausgesprochene Tendenz der englischen Politik, die Entwicklung jeder auf dem Kontinent sich bildenden Seemacht zu verhindern, standen Napoleon ja genügend zur Verfügung, und die Uferstaaten Westeuropas, Spanien, Holland und schließlich Frankreich kannten diese Politik Englands, die jeden noch so fadenscheinigen Vorwand ergriffen hatte, um die der englischen Seemacht unbequemen Kriegsflotten der Festlandsmächte zu vernichten, aus eigener Erfahrung. 1799 und 1800 hatten die Engländer übrigens auch ohne Kriegsgrund dänische Fregatten weggenommen, und in der Furcht, Napoleon möchte, nachdem er im Besitze großer Küstengebiete war, die dänische Flotte für seine Landungspläne in Beschlag nehmen, hatte die Londoner Regierung 1807 ein „Bündnis"-Angebot an Dänemark gerichtet mit der gleichzeitigen kategorischen Forderung der Auslieferung der dänischen Flotte als Unterpfand und der Übergabe von Kronenborg. Als diese Forderungen zurückgewiesen wurden, wurde Kopenhagen ohne weiteres bombardiert, und die dänische Flotte als Beute weggeführt. Vom Standpunkt einer sittlichen Weltanschauung kann dieses Vorgehen Englands nur als ein Akt schlimmster Seeräuberei angesehen werden, vom Standpunkt des völkischen Selbsterhaltungstriebs, der bis heute die Politik der in der Weltgeschichte erfolgreichsten Staaten unumschränkt beherrscht hat, ist diese Maßnahme durchaus begreiflich, und wir Deutsche haben bisher zum Schaden unseres Ansehens in der Welt nicht die heuchlerische Gebärde aufgebracht, uns über solche Maßnahmen, die subjektiv betrachtet, immerhin doch als Notwehr bewertet werden dürfen, zu entrüsten, weil andere Völker sie ergriffen haben. Wenn wir in diesem Zusammenhang an das Durchmarscherſuchen Deutschlands an Belgien im August 1914 erinnern, das England zum Vorwand für sein Eingreifen in den Krieg nahm, so wird wohl nicht der spitzfindigste Jurist einen Unterschied bezüglich des Grades der moralischen Berechtigung in beiden Fällen finden können, denn auch Vertragspflichten wie die des belgischen Neutralitätsvertrags vom Jahre 1839 (!) können im Falle der Notwehr, der für Deutschland angesichts des Zweifrontenkrieges zahlenmäßig überlegenen Gegnern gegenüber fraglos gegeben war, nicht in jeder Form geltend gemacht werden, und in diesem konkreten Falle umso weniger, als die begründete Gefahr bestand, daß Belgien sich gezwungen oder aus eigener Initiative dem feindlichen Bunde angeschlossen hätte.

Die Kontinentalsperre, die Napoleon über alle englischen Waren verhängt hatte, traf natürlich nicht nur den englischen Handel, sondern auch den Handel der Uferstaaten, deren Wirtschaft großenteils ebenfalls auf Überseegeschäfte eingestellt war. Die Aufschriebe aus jener Zeit zeigen aber deutlich, welch schwerer Schlag

durch diese Absperrung Europas vom englischen Handel dem Wirtschaftsleben Englands zugefügt worden war, und sie lassen auch erkennen, daß die englische Wirtschaftskraft diesen Zustand nicht mehr lange ertragen hätte. Da kam der englischen Politik der Zusammenstoß Napoleons, dessen Machtbewußtsein infolge der Unterwerfung fast ganz Europas zum Größenwahn ausgeartet war, mit Rußland zur Hilfe, dem er ebenfalls die Einhaltung der Kontinentalsperre aufzwingen wollte. Wir brauchen wohl nicht erst zu betonen, daß die englische Diplomatie auch bei diesem Konflikt die Hände im Spiel hatte. Der Ausgang des russischen Feldzuges, für den nicht nur fast alle deutschen Stämme, sondern auch Östreich Napoleon Hilfstruppen zur Verfügung stellen mußten, und der den Anfang des Zusammenbruchs der französischen Gewaltherrschaft bedeutete, ist ja bekannt. Im Intresse der klaren Erkenntnis der damals herrschenden politischen Machtverhältnisse und der daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen möchten wir aber noch den Charakter der sog. „deutschen Befreiungskriege" näher beleuchten. Diese letztere Bezeichnung hat lediglich vom deutschen Standpunkt aus eine allerdings auch nur formale Bedeutung in der Richtung, daß die militärische und politische Gewaltherrschaft der Franzosen in Deutschland gebrochen wurde, vom Gesichtspunkt der **Bewertung des Ausgangs der napoleonischen Kriege** inbezug auf die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in Europa muß unbedingt **England** als der eigentliche Sieger betrachtet werden.

Charakteristisch für die psychologische Kriegführung, die die englische Politik von jeher ausgezeichnet hat, und unter deren Maske stets die Verfolgung der eigenen Intressen geschickt verborgen wurde, ist die Bewachung des nach Helena verbannten Napoleons durch englische Militärorgane, womit man der Welt so recht demonstrieren konnte, welche Opfer England immer für die „Freiheit der Völker Europas" zu bringen gewillt ist. Lloyd George hat ja im Weltkriege die Taktlosigkeit gegenüber seinen diesmaligen Bundesgenossen besessen, offen zu erklären, daß wie England vor 100 Jahren Europa von der Gewaltherrschaft Napoleons befreit habe, es auch die „Weltherrschaftsgelüste" der Hohenzollern zunichte machen werde. Und der Gedanke der Vertreibung der Hohenzollern aus Deutschland, der doch nichts anderes als ein durchsichtiges Propagandamittel darstellte, ging ebenfalls von England aus. Daß die Engländer solche Propagandamittel zwecks Verschleierung ihrer Intressenpolitik und zwecks Hebung ihres Ansehens in moralischer Hinsicht schon lange anzuwenden verstanden, ersieht man auch aus dem Hexenprozeß, durch welchen sie die Macht der „Jungfrau von Orleans" auf das französische Volk brechen wollten. Es ist ganz reizvoll im Hinblick auf die jetzige, „innige" Freundschaft zwischen England und Frankreich, die Betrachtungen des französischen Geschichtsprofessors und Schriftstellers George Duruy über diese „Perfide", wie er die englische Handlungsweise so hübsch nannte, in seinen 1890 herausgegebenen „Biographies d'Hommes célèbres" nachzulesen.

Was nun das tatsächliche Ergebnis der napoleonischen Kriege inbezug auf die Gestaltung der Machtverhältnisse in Europa anbetrifft, die uns die Grundlage zur Beurteilung der weiteren Entwicklung der europäischen Völkergeschichte und -psyche liefern, so ist erstens festzustellen, daß Deutschland vom machtpolitischen Standpunkt aus außer der Befreiung seines Landes vom französischen Joche gar nichts

gewonnen hatte, ja daß es nicht einmal die geraubten Provinzen Elsaß und Lothringen wieder zu erlangen vermochte. Zwar konnte Preußen sein Gebiet besonders im Westen erheblich abrunden, während Östreich seine Machtstellung im mittleren Donaugebiet verstärkte, aber der Traum des deutschen Volkes nach Bildung eines starken deutschen Staates, der sich gegen Übergriffe seiner Nachbarn, denen das Volk seit dem dreißigjährigen Kriege dauernd ausgesetzt war, mit vereinten Kräften aller deutschen Stämme hätte zu wehren vermocht, ging nicht in Erfüllung, nicht nur allein deswegen, weil die deutschen Stammesfürsten eifersüchtig über ihre dynastische Unabhängigkeit wachten, und der preußisch-östreichische Dualismus auch hier wieder in Erscheinung trat, in der Hauptsache auch deshalb, weil namentlich England ein vitales Intresse daran hatte, die deutsche Einheitsbewegung zu hintertreiben, was der englischen Diplomatie im Hinblick auf die gleichlaufenden Bestrebungen Rußlands und Östreichs nicht schwer fiel, sodaß England noch nicht einmal gezwungen war, seinen Charakter als Hauptspieler zu verraten. Auf diese Weise kam die Auffassung der Geschichtschreibung zur Geltung, als ob die Ergebnisse des Pariser Friedens und des nachfolgenden Wiener Kongresses in der Hauptsache auf die Gewandtheit des gerissenen Talleyrand und des Intriganten Metternich zurückzuführen seien, während diese beiden Diplomaten — ihre persönlichen Fähigkeiten und ihre Tätigkeit zum Vorteil ihres Landes sollen hierbei keineswegs bestritten werden — tatsächlich doch nach der Lage der Dinge nur Figuren auf dem Schachbrett Englands waren. Wie England seit seinem aktiven Eingreifen in die Politik der europäischen Staaten in seinem ureigensten Intresse stets bereit war, die Unabhängigkeitsbestrebungen der germanischen Uferstaaten im allgemeinen, und diejenige der Deutschen im besonderen gegen irgend eine deutsche Zentralmacht zu unterstützen, so war im Hinblick auf seine europäische Gesamtpolitik seine Haltung bei den vorgenannten Friedensverhandlungen, die auf eine direkte Unterstützung Frankreichs hinauslief, durchaus folgerichtig. Auf Grund dieser Politik Englands konnte daher auch Talleyrand seine großen Erfolge für Frankreich buchen, das trotzdem es beinahe 20 Jahre Europa mutwillig mit Krieg überzogen hatte, nichts an seinem Besitzstand verloren hatte, weil England zwecks „Erhaltung des europäischen Gleichgewichts" in der Aufrechterhaltung der politischen Macht Frankreichs ein wertvolles Gegengewicht gegen die deutschen Mächte erblickte, und in dieser Auffassung auch von Rußland unterstützt wurde.

Die nach den napoleonischen Kriegen in ganz Europa einsetzende Reaktion, die durch die „heilige Allianz" Rußlands, Östreichs und Preußens gekennzeichnet ist, in welcher alle drei Staaten sich zu gegenseitiger Hilfe im Sinne der „Aufrechterhaltung der Ordnung und christlichen Religion" verpflichteten, nahm besonders auch in Deutschland einen den völkischen Intressen und Einheitsbestrebungen direkt zuwiderlaufenden häßlichen Charakter an. Man hatte während der Befreiungskriege zum Zwecke der Aufpeitschung der Volkspsyche Versprechungen in der Richtung der Gewährung freiheitlicher politischer Rechte gemacht, und weiteste Kreise aller deutschen Stämme hatten gehofft, daß aus diesem, mit furchtbaren Opfern an Gut und Blut erkauften Befreiungskampfe auch die deutsche Einheit erblühen würde. Aber nach beiden Richtungen wurden die Hoffnungen des Volkes bitter enttäuscht. Der nach dem Kriege gegründete „Deutsche Bund", der einen Ersatz

für das 1806 auch formell aufgegebene blutleere Gebilde des „Römischen Reichs deutscher Nation" darstellen sollte, stand von Anfang an unter dem unglücklichen Zeichen der preußisch-östreichischen Eifersucht, und die kleineren deutschen Fürsten fürchteten nach den Erfahrungen der napoleonischen Kriege noch viel mehr für ihren Besitzstand und ihre Souveränität. So wurden sowohl die Einheitsbestrebungen wie diejenigen nach freiheitlicher Ausgestaltung der Verfassungen durch schärfste Maßnahmen unterdrückt. Die akademische Jugend, die diese Bestrebungen mit nationalem Eifer pflegte, wurde aufs strengste überwacht, die Burschenschaften und die ehedem zum Zwecke der körperlichen, geistigen und nationalen Ertüchtigung gegründeten Turnvereine unterdrückt, wobei viele, meist schuldlose junge Leute, ins Gefängnis geworfen wurden. Wie schwer damals von den Fürsten gegen die Entwicklung des nationalen Empfindens gesündigt wurde, ist daraus zu ersehen, daß echt vaterländisch gesinnte Männer wie der Dichter der deutschen Freiheitslieder, Ernst Moritz **Arndt** und der Gründer der deutschen Turnerschaft, **Jahn**, verhaftet und ihrer Ämter entsetzt wurden. Angesichts der völligen Intresselosigkeit der meisten deutschen Fürsten an einer Einigung der deutschen Stämme und im Hinblick auf die reaktionäre Strömung, die das öffentliche Leben Deutschlands beherrschte, versteht man es, daß es gerade die idealistischen und geistig hochstehenden Schichten Deutschlands waren, die die **Bewegung von 1848** im Sinne einer Vereinigung aller deutschen Stämme auszuwerten suchten. Die Pariser Revolutionen von 1830 und 1848 hatten auch in Deutschland zu ähnlichen Bewegungen Anlaß gegeben, die aber nicht nur in der Richtung der Forderungen liberaler Verfassungen lagen, sondern immer wieder den Charakter des nationalen Einheitsgedankens trugen. Die Bewegung von 1830, die nur in einem verhältnismäßig kleinen Teile Deutschlands praktische Gestalt annahm, gab dem Bundestag unter der Leitung des vollständig im absolutistischen Regime verankerten Metternich Anlaß zu neuen reaktionären Maßnahmen gegen jede liberale Forderung des Volkes. Alle Vereinigungen politischen Charakters, alle Volksversammlungen wurden verboten und alle liberalen Zeitungen unterdrückt. Die unter Metternichs Leitung 1833 und 1834 tagenden Ministerkonferenzen des deutschen Bundes beschlossen trotz des Einspruchs mehrerer mittelstaatlicher Vertreter, daß den Ständeversammlungen das von ihnen in Anspruch genommene Steuerverweigerungsrecht, ohne das sie eigentlich nur dekorativen Charakter besessen hätten, überhaupt nicht zustehe, die Zensur wurde sogar auf die Veröffentlichung der ständischen Verhandlungen ausgedehnt, die Kontrolle der Universitäten noch weiter verschärft, und eine Kommission eingesetzt, die das „Demagogentum" verfolgen sollte, was denn auch den Erfolg eintrug, daß Hunderte edler deutscher Männer in die Verbannung getrieben oder zu langer Festungshaft verurteilt wurden. Als hübsches Charakteristikum für die damals an den deutschen Fürstenhöfen (wie natürlich auch anderwärts) herrschende beschränkte Auffassung über den Staatsgedanken mag hier auch noch angeführt sein, daß den Handwerksgesellen verboten wurde, sowohl nach Frankreich wie Belgien oder in die Schweiz zu wandern, damit sie von den dort weiter fortgeschrittenen Ideen des Liberalismus nicht angesteckt würden. Während im Innern der deutschen Staaten die nach Mitwirkung am Staatsleben und nach einer Einigung der deutschen Stämme strebenden besten Volkskräfte durch die Maßnahmen der Reaktion lahmgelegt wurden, leistete

der „Deutsche Bund" nach außen hin in der Richtung der Vertretung der deutschen Intressen rein gar nichts. Die Deutschen im Auslande vermochten ihre Privatintressen nur unter dem mehr oder weniger wirksamen Schutze Östreichs oder Preußens zu verfolgen, zum Schutze der deutschen Grenzen wurde, trotzdem die französische Kriegsentschädigung von 1815 zum Ausbau der Festungen an der französischen Grenze zur Verfügung stand, und dauernd die Gefahr eines französischen Angriffs auf Deutschland zwecks Eroberung des linken Rheinufers bestand, nichts getan. Auch dachte man weder an die Schaffung einer deutschen Kriegsflotte noch an die Erstellung von Küstenbefestigungen.

Unter gebührender Berücksichtigung dieser inneren und äußeren Zustände innerhalb Deutschlands wird man den starken Widerhall verstehen können, den die Pariser Revolution von 1848 sofort nach ihrem Bekanntwerden in allen Teilen Deutschlands und in weitesten Kreisen des Bürgertums und der Intelligenz hervorrief. Man darf zwar den Charakter der französischen Revolution von 1848 mit der gleichzeitigen Freiheitsbewegung in Deutschland nicht völlig gleichstellen. Während die französischen Revolutionen von 1789, 1830 und 1848, die das absolutistische Regime stürzen und im Zusammenhang damit die Willkür des Beamtentums, die Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit bekämpfen wollten, in der Hauptsache von republikanischen Ideen getragen waren, und ihren Hauptstützpunkt in Paris hatten, woher auch jeweils die Ausartungen in Pöbelherrschaft ihren Ursprung haben, besaß die deutsche Revolutionsbewegung neben der Verfolgung freiheitlicher Bestrebungen einen idealistisch-nationalen Charakter, der ebensowohl durch die Führer der Bewegung, wie durch deren Ziele gekennzeichnet ist. Auf der ersten deutschen Nationalversammlung waren die trefflichsten Männer aller deutschen Stämme vertreten, darunter über 100 Gelehrte. Die republikanisch gesinnten Mitglieder waren vollständig in der Minderheit, und neben den Forderungen auf Mitwirkung des Volkes an der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung, sowie eines freiheitlichen Wahlrechts wurde in erster Linie die Schaffung eines deutschen Bundesstaats erstrebt. Allerdings trat hierbei, doch wohl mehr aus Zweckmäßigkeitsgründen die sog. **groß- und kleindeutsche Frage** in den Mittelpunkt der Erörterungen, da die einen (Großdeutschen) die Einigung mit Einschluß Östreichs wünschten, die andern ein erbliches Kaiserreich unter Preußens Führung ohne die Teilnahme Östreichs erstrebten. Da aber hinter dem Frankfurter Parlament keine reale Macht stand, weil die Revolution eben nicht unter machtpolitischen, sondern idealistischen Gesichtspunkten begonnen hatte, und auch keine dementsprechende straffe Organisation in ersterer Richtung vorhanden war, so gelang es den Regierungen nach dem Abflauen der ersten Stürme der Begeisterung bald, die öffentliche Gewalt wieder in ihre Hände zu bringen, und die Reaktion gewann wieder Boden. Der König von Preußen, der anfangs geneigt war, die Wahl zum Kaiser anzunehmen, wurde jedoch daran durch starken Druck des von Rußland unterstützten Östreichs verhindert, das nach Niederwerfung der ungarischen Revolution mit russischer Truppenhilfe sich wieder der deutschen Frage zuzuwenden vermochte. Auch die süddeutschen Regierungen waren auf die Seite Östreichs getreten. So wurde die Lösung der deutschen Einheitsfrage einerseits wohl infolge des Versagens der Nationalversammlung, die aus den verschiedensten Gründen eben zu praktischer Bearbeitung des gesamten Problems nicht

in der Lage war, und auch den Umständen nach nicht sein konnte, und andererseits infolge der fortdauernden Eifersüchteleien der Dynastien, namentlich aber der Einwirkung Östreichs, das aus Gründen der Erhaltung seines Einflusses auf Deutschland die Einigung hintertrieben hatte, wiederum vereitelt. Es ist nicht zu verwundern, daß nach diesem letzten vergeblichen Versuch des Bürgertums und der Intelligenz der deutschen Stämme sich des ganzen Volkes eine dumpfe Müdigkeit inbezug auf den nationalen Gedanken bemächtigte, und die von neuem Triumphe feiernde Reaktion veranlaßte die Auswanderung von Hunderttausenden deutscher Volksgenossen, darunter der besten Kräfte, die über dem Ozean ein freieres Menschentum suchten.

Bismarck.

Wenn wir den mühseligen, von den schwersten Heimsuchungen begleiteten Lebensweg des deutschen Volkes seit dem dreißigjährigen Kriege überblicken, so drängt sich uns unwillkürlich die Frage auf, welche Ursachen und Umstände tragen die Hauptschuld an dieser furchtbaren Leidensgeschichte. Die Haupturſachen haben wir ja schon hinreichend beleuchtet, sie sind in der unglücklichen Stammesgliederung des Volkes zu suchen, deren Trennungs- und Unabhängigkeitstendenzen durch die in diesem Falle noch besonders ungünstig wirkende zentrale Lage verstärkt wurden. Ein im Innern konsoliderter Staat in zentraler Lage wird bei entsprechender Lebenskraft stets eine expansive Neigung — in politischem oder geographischem Sinne — zeigen, und wird es auch verstehen, namentlich die kleineren, auf Schutz angewiesenen Nachbarstaaten zu ihrem eigenen Vorteil für sich zu gewinnen, dagegen wird ein durch Stammes- oder politische Gegensätze nach außen hin geschwächter, zentral gelegener Staat in seiner machtpolitischen Entwicklung stets durch die Nachbarstaaten gehemmt werden, indem sie die irgendwie gearteten Gegensätze für ihre Zwecke auszunützen und deshalb womöglich zu vertiefen suchen. Wir haben für diese Erfahrungstatsache Musterbeispiele nicht nur an der deutschen Geschichte, auch durch die Geschichte der griechischen Städtestaaten, die auf diese Weise schließlich dem Römischen Weltreich einverleibt wurden, wird sie bestätigt und wenn wir die bisherige Entwicklung der Verhältnisse in Rußland betrachten, so sehen wir auch hier denselben Prozeß sich anbahnen, wie er nach dem dreißigjährigen Kriege infolge der Uneinigkeit der deutschen Stämme von den siegreichen Mächten in dem Bestreben nach Geltendmachung ihres Einflusses auf die Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland dem deutschen Volke mehr oder weniger aufgezwungen wurde. Namentlich die griechische und die deutsche Geschichte eignen sich vorzüglich zu gegenseitigem Vergleich sowohl inbezug auf die politische wie kulturelle Entwicklung. Die kulturelle Fortbildung eines Volkes steht in engem Zusammenhang und entsprechender stetiger Wechselbeziehung zu seiner Gesamtentwicklung im Innern wie nach außen hin. Solange die griechischen Städtestaaten nach außen hin einig waren, vermochten sie eine großzügige und erfolgreiche Außenpolitik zu treiben, in dem Grade aber, in dem sie durch innere Eifersüchteleien ihre Kräfte zersplitterten, verloren sie auch jeweils ihre äußere Machtstellung, und fielen so schließlich der zielbewußten, straff organisierten Weltpolitik der Römer zum Opfer. Die erzwungene Aufgabe der völkischen Außenpolitik begünstigte aber die Verinnerlichung der Volkspsyche,

aus der heraus im Hinblick auf den hohen geistigen Entwicklungsgrad die wundervollen Schöpfungen der dramatischen und plastischen Kunst*) entstanden, und besonders auch die hervorragenden Leistungen der Philosophie herzuleiten sind. Und so bewirkte auch die erzwungene Verinnerlichung der deutschen Volkspsyche seit dem dreißigjährigen Kriege eine besondere Einstellung ihrer besten Kräfte auf das geistig-kulturelle Gebiet, mit dem Erfolge, daß das deutsche Volk „das Land der Dichter und Denker" wurde, zur Befriedigung seiner Nachbarn, die heute wieder mit den brutalsten Mitteln der Gewalt danach streben, Deutschland in diesem für seine geistige und seelische Schaffenskraft so günstigen und für sie so profitlichen Zustand der äußeren Hilfslosigkeit auf ewige Zeiten zu erhalten. Das ist doch der Sinn der Worte Clémenceau's, als er sagte, die Mentalität, d. h. der Charakter der Lebensäußerungen der deutschen Volkspsyche werde in 50 Jahren (auf Grund der jetzt systematisch durchgeführten Entmannung) nicht mehr aggressiv sein und daraufhin deuten auch die Absichten des ehrenwerten Lloyd George, die er mit echt englischem Zynismus dahin formulierte, das deutsche Volk müsse lernen, daß seine Entwicklung seit 150 Jahren falsch gewesen sei, mit andern Worten, die Wiedervereinigungsbestrebungen, die mit dem Beginn einer aktiven Außenpolitik Preußens eingesetzt haben, waren in Englands Augen ein „Vergehen gegen die Menschheit", das nicht schwer genug gesühnt werden kann. Wir werden uns diese liebenswürdigen Wünsche recht deutlich einzuprägen haben.

Die in den wohl hinreichend gekennzeichneten inneren und äußeren Verhältnissen begründete ungünstige völkische Entwicklung Deutschlands erklärt es auch, daß der Gedanke nach einer Vereinigung aller deutschen Volksstämme Jahrhunderte lang lediglich im deutschen Geistesleben wachgehalten und daher auch von der Volkspsyche in der Hauptsache nur gefühlsmäßig nachempfunden wurde, während das durch Tradition bestellte völkische Führertum, die Dynastieen, aus egoistischen Beweggründen der Verwirklichung dieses Gedankens so viel als möglich Hemmungen entgegensetzten. So verstehen wir auch, daß Deutschland, obwohl es die größten Männer auf dem Gebiete des geistigen Lebens, der Kunst, der Philosophie und der Wissenschaften aller Art hervorzubringen vermochte, keine günstigen Vorbedingungen für die geistige und seelische Ausbildung großer Staatsmänner aufzuweisen hatte, weil die Staatsmänner in den ihnen durch die dynastischen und die entgegenwirkenden Intressen der andern Stammesfürsten gezogenen Grenzen große gesamtvölkische Gedanken nicht entfalten und zu praktischer Auswirkung bringen konnten. Daß von der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts an die deutsche Volkspsyche sich in völkischer Richtung wieder stärker geltend machte, ist einmal auf die geistigen Fortschritte der europäischen Völkerpsyche im allgemeinen zurückzuführen, die sich in allen Staaten gegen die Übergriffe und Auswüchse des absolutistischen Regimes auflehnte, sodann aber auch hauptsächlich auf die furchtbaren Erfahrungen, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit durch seine Uneinigkeit nach außen hin seit dem dreißigjährigen Kriege hatte machen müssen. So waren es im Grunde genommen die Äußerungen eines gesunden Selbsterhaltungstriebs der Volkspsyche, die sich während und nach den sog. Befreiungskriegen und später in der 48er Bewegung mit elementarer Ge-

*) Siehe auch „Das Urteil der Vernunft" über Kunst und Volkspsyche S. 439–462.

walt ausgewirkt, die aber jedesmal zum Schaden der Gesamtentwicklung gerade bei den Dynastieen und deren Ratgeber keinen Widerhall gefunden hatten. Die seit den Befreiungskriegen bewußt einsetzenden Bestrebungen der deutschen Volkspsyche nach Einigung aller deutschen Stämme, deren Auswirkungen in der Revolutionsbewegung ihren Höhepunkt erreicht hatten, hatten trotz des äußeren Mißerfolgs doch das ideelle Ergebnis, daß die Staatsmänner der Stammesdynastieen zu dem Problem Stellung zu nehmen gezwungen waren. Und so wurde nach der Auflösung der Nationalversammlung, die wegen völligen Mangels machtpolitischer Faktoren von vornherein keine Lebensfähigkeit besaß, der durch Kompromisse aller Art wieder zu „Ehren" gelangte Bundestag die Arena für den nun zu endgültiger Lösung drängenden Endkampf um die Einigung der deutschen Stämme.

Für diesen Endkampf kamen begreiflicher Weise nur die führenden Mächte **Preußen** und **Östreich** in Betracht, um die sich die größeren und kleineren Staaten je nach den mehr oder weniger stichhaltigen dynastischen bzw. politischen Intressen gruppierten. Während die norddeutschen Staaten sich an Preußen anlehnten, wollten die süddeutschen Dynastieen und auch Sachsen wohl aus Besorgnis für ihre Selbständigkeit von einer Einigung der deutschen Stämme unter Preußens Führung nichts wissen, und unterstützten daher die östreichische Politik auf dem Bundestag. Zudem war nach dem Scheitern der Revolutionsbewegung auch die Volksmeinung in Deutschland über den nun einzuschlagenden Weg sehr geteilt. In Süddeutschland, wo sich infolge des durch den wirtschaftlichen Charakter der Länder begünstigten stärkeren Einflusses der bürgerlichen Elemente in den Landtagen doch schon bis zu gewissem Grade ein konstitutionelles Leben entwickelt, und daher die Reaktion auch keine so schroffen Formen anzunehmen vermocht hatte, war entgegen den früheren Anschauungen eine antipreußische Stimmung namentlich in den demokratischen und liberalen Lagern eingetreten, die durch den Kampf der liberalen Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses gegen die Regierung natürlich noch verstärkt wurde. Dazu kam, namentlich in Bayern, die starke klerikale Strömung gegen das protestantische Preußen und für das katholische Östreich, und schließlich war, abgesehen von der Einwirkung der innerpolitischen und konfessionellen Faktoren, ein großer Teil des deutschen Volkes gegen die stets drohende gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Preußen und Östreich in ihrem Streben um den vorherrschenden Einfluß in Deutschland mit der Begründung der Ablehnung eines Bruderkriegs. Alle diese Momente müssen wir beachten, wenn wir uns ein objektives Urteil über die letzten Widerstände bilden wollen, die sich der Einigung der deutschen Stämme entgegenstellten. Und schließlich kam zu allem dann noch das sehr wesentliche Moment der Haltung der europäischen Mächte, besonders Frankreichs und Englands, die bisher unter Mithilfe Östreichs und teilweise Rußlands die Vereinigung der deutschen Stämme zu hintertreiben bestrebt waren. Zur glücklichen Lösung einer durch die vorgenannten verschiedenartigen Probleme gewaltig erschwerten Aufgabe konnte nur ein wirklich großer Staatsmann fähig sein. Wie weit man nach der Revolution vom Einigungsgedanken entfernt war, beweist die Tatsache, daß die aus Mitteln der Nation gebildete **deutsche Flotte** 1852 **versteigert** wurde. Angesichts des preußisch-östreichischen Dualismus inbezug auf die deutsche Frage war es verständlich, daß dieses Problem in grundlegender Weise auf dem Bundestag offen gar

nicht mehr berührt wurde. Umso mehr aber waren die beiden führenden Mächte bestrebt, die Mitgliedsstaaten im geheimen für ihre Auffassungen zu gewinnen. Wenn nicht die obengekennzeichneten dynastischen, innerpolitischen und konfessionellen Einflüsse verwirrend und zersetzend auf die deutsche Volkspsyche eingewirkt hätten, so hätte den maßgebenden dynastischen und politischen Faktoren die Wahl des führenden Staates in dem von den meisten Volksgenossen erstrebten, straffer organisierten neuen deutschen Bundesstaat nicht schwer fallen können, denn daß Österreich mit seiner überwiegend fremdvölkischen Bevölkerung und dementsprechend andersgerichteten Intressen als führender Staat für die deutschen Stämme zum Wohle des deutschen Volkes nicht geeignet gewesen wäre, das hatten die Habsburger durch ihre ausgesprochene Hausmachtspolitik, die schließlich die Berücksichtigung völkischer Momente überhaupt nicht mehr oder nur vom Gesichtspunkte des inneren Machtausgleichs zuließ, doch seit Jahrhunderten so deutlich wie möglich gezeigt, insbesondere aber im Siebenjährigen und in den napoleonischen Kriegen.

Die inneren Widerstände, die die preußische Regierung und später Bismarck bei Verfolgung des Einigungsgedankens zu überwinden hatte, werden heute vielfach zu sehr vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet, woraus die verschiedenartigen, meist einseitigen Werturteile in nationaler Richtung sich herleiten, die das objektive Gesamtbild der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes nur trüben. Die nach der Revolution einsetzende scharfe Reaktion in Deutschland hatte begreiflicherweise eine starke Gegenströmung der liberalen Elemente des Bürgertums und der Intelligenz zur Folge, die in den Landtagen den Regierungen Opposition machten. Daß diese Opposition bei Gelegenheit in der Verweigerung der Erhöhung der Ausgaben des Staatshaushalts, insbesondere aber derjenigen für das Heer, ihren Ausdruck fand, darf bei Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse nicht als unnationale Haltung bezeichnet werden, und das umsoweniger, als die Führer der Oppositionsparteien durch und durch wahrhaft nationalgesinnte Männer waren, die die Auffassung des in Gewerbe und Handel verankerten Bürgertums und weiter Kreise der Intelligenz vertraten. Es ist nämlich bei Beurteilung einer solchen Haltung der Opposition zu beachten, daß die Inanspruchnahme des Rechts der Budgetverweigerung in einem mehr oder weniger konstitutionellen Staatswesen schließlich das einzige Mittel der Opposition ist, um ihren innerpolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Zudem ist es auch psychologisch verständlich, wenn die Mehrheit der Volksvertretung einer als reaktionär angesehenen Regierung gerade die Mittel zur Erhöhung der Heeresbestände, die doch schließlich die Macht der Regierung stärken, verweigert, ausgenommen natürlich der Fall einer Bedrohung der Existenz des Staates. Um nun auf den konkreten Fall der Haltung der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses zu kommen, so müssen wir einmal in Betracht ziehen, daß es sich bei dem Konflikt mit der Regierung in erster Linie um reine Machtkämpfe handelte, die in dem damals überall in Europa sich geltend machenden Streben des Volkes nach aktiver Mitwirkung in der Staatsverwaltung begründet sind, und daß weiterhin die Opposition über den eigentlichen Zweck der Heeresvermehrung nicht in überzeugender Weise unterrichtet werden konnte, weil ja die Pläne der endgültigen Auseinandersetzung Preußens mit Österreich geheim gehalten werden mußten, und zwar auch deshalb, weil große Teile des Volkes, wie schon gesagt, einen solchen

„Bruderkrieg" nicht wünschten. So war Bismarck, dessen Persönlichkeit außerdem noch infolge seiner bekannten Haltung während der Revolution in reaktionärer Richtung belastet war, gezwungen, nicht nur die Heeresvermehrungen ohne Genehmigung der Volksvertretung vorzunehmen, also einen Verfassungsbruch zu begehen, der ihm von seinen extremen politischen Gegnern nie verziehen wurde, sondern auch den dänischen Feldzug, gegen den sich das Abgeordnetenhaus ausgesprochen hatte, da es auch hier über die letzten Absichten Bismarcks nicht unterrichtet war und werden konnte, ohne Einverständnis der Mehrheit des Abgeordnetenhauses durchzuführen.

Die wohl von England nach der bekannten Tendenz der Schaffung und Unterstützung von unabhängigen kleinen Uferstaaten im geheimen genährten Absichten Dänemarks, Schleswig-Holstein dem Deutschen Reiche ganz zu entreißen, gaben Bismarck den Anlaß zu einer vorläufigen **Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.** Nach einer neuen Verfassung war Schleswig-Holstein vollständig in den dänischen Staat einverleibt worden, womit sich Dänemark einer Verletzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen schuldig gemacht hatte, die eine Vereinigung der Herzogtümer Lauenburg, Schleswig und Holstein vorsah. Um einerseits den Verdacht, daß es sich bei dem Vorgehen gegen Dänemark um die Absicht einer preußischen Besitzerweiterung durch Erwerbung dieser deutschen Herzogtümer handeln könne, und andererseits ein Eingreifen Englands und Frankreichs zu verhindern, bewegte Bismarck Österreich zu einer gemeinsamen Aktion, die lediglich in der Forderung der Aufhebung der vorgenannten Verfassung bestand, wodurch in der öffentlichen Meinung Deutschlands der Eindruck entstand, als wolle Preußen und Österreich schließlich die Herzogtümer überhaupt preisgeben, was einen Sturm nationaler Entrüstung hervorrief, und auch, wie schon oben angedeutet, die Nichtbewilligung der Heeresforderungen für die notwendige Exekution durch das preußische Abgeordnetenhaus zur Folge hatte. Im Vertrauen auf Englands Hilfe gab Dänemark nicht nach, und so wurde es durch den schleswig-holsteinischen Krieg gezwungen, die Herzogtümer und Lauenburg gemeinsam an Preußen und Österreich abzutreten. Daß Dänemark von England im Stiche gelassen worden war, ist bei Beachtung der gesamtpolitischen Lage durchaus begreiflich. Preußen hatte sich für alle seine Aktionen die Rückendeckung Rußlands verschafft, indem es im Krimkriege im Gegensatz zu Österreich, Frankreich und England strengste Neutralität gewahrt hatte, und außerdem mußte England bei einem Eingreifen zu Gunsten Dänemarks im Hinblick auf das Zusammengehen Preußens und Österreichs im Ernstfalle auch mit einem Aufgebot des gesamten Deutschen Bundes rechnen.

Die vorläufige Lösung der schleswig-holsteinischen Frage war auf die Dauer nicht haltbar. Die getrennte Verwaltung schuf eine Menge Möglichkeiten von Intressenkonflikten, und Österreich sah bald ein, daß es von Bismarck regelrecht übertölpelt worden war, denn der gemeinsame Besitz Schleswig-Holsteins war für Österreich wertlos, und Preußen verstand sich unter keinen Umständen zu Gegenleistungen im Falle der Abtretung der österreichischen Rechte. Österreich suchte nun seinen taktischen Fehler dadurch gutzumachen, daß es sich den süddeutschen und andern Kleinstaaten des Bundes wieder zuwandte, und mit deren Unterstützung die Errichtung eines selbständigen Schleswig-Holsteins innerhalb des Deutschen Bundes, wie es die öffentliche Volksmeinung verlangte, anstrebte. Nach verschiedenen diplomatischen Winkelzügen auf beiden Seiten, die lediglich eine Hinauszögerung und Verbesserung

der politischen Positionen bezweckten, kam nun der durch die oben wohl hinlänglich gekennzeichneten Verhältnisse unvermeidlich gewordene Entscheidungskampf zwischen den beiden deutschen Vormächten zum Austrag, wobei selbstverständlich die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage nur den äußeren Vorwand bot.

Wenn wir die damals in Deutschland herrschenden Verhältnisse, die infolge der ungünstigen Einwirkung der dynastischen und parteipolitischen Einflüsse eine gemeinsame völkische Aktion in der Richtung der Einigung der deutschen Stämme nicht aufkommen ließen, gebührend in Rechnung stellen, und außerdem auch die Konstellation der europäischen Mächte, und ihre grundsätzlich feindliche Haltung gegenüber den deutschen Einigungsbestrebungen berücksichtigen, so werden wir die Erklärung Bismarcks, daß die deutsche Einheit nicht durch Parlamentsdebatten und Majoritätsbeschlüsse, sondern nur durch Blut und Eisen gegründet werden konnte, nicht als unrichtig bezeichnen können. Die innere Konsolidierung völkischer Staaten im Sinne der Konzentration und Vereinheitlichung aller gesellschaftlichen Kräfte ist zu allen Zeiten nur durch Zwangsmittel erreicht worden, weil begreiflicherweise die durch Verdienst oder Tradition bevorrechteten Stände (Fürsten, Adel, Hohe Geistlichkeit) freiwillig nie zur Aufgabe ihrer das Staatsganze bei Gelegenheit schädigenden Vorrechte, — die außerdem noch soviel wie möglich unrechtmäßig erweitert wurden — zu bringen waren. Diesen Konsolidierungsprozeß vermochten aber andere völkische Staaten, wie beispielsweise England und Frankreich infolge ihrer günstigeren geographischen Lage, viel schneller durchzuführen, weil diese den nach Konzentration der Staatsgewalt strebenden Herrschern eine verhältnismäßig raschere Beseitigung der dezentralistisch wirkenden Nebenmächte ermöglichte. Die Faktoren, die einen solchen inneren Konsolidierungsprozeß in Deutschland verhindert hatten, haben wir ja schon mehrfach gekennzeichnet, und letzten Endes haben wir darin, daß der völkische Einigungsprozeß Deutschlands gegenüber dem Englands und Frankreichs so langsam fortzuschreiten vermochte, auch die Ursachen für die langsamere innerpolitische Entwicklung Deutschlands zu suchen, weil das gesamtvölkische Empfinden noch nicht so stark in die Volkspsyche eingedrungen war, daß es alle andern Momente, seien es die des Standes- oder Klassenbewußtseins, seien es politische, soziale oder konfessionelle Fragen, in den Hintergrund hätte drängen können.

Durch die Vertretung der Auffassung der kleineren deutschen Staaten, namentlich Süddeutschlands, inbezug auf die schleswig-holsteinische Frage war Östreich wieder zu seinem alten Plan der Vorherrschaft in Süddeutschland zurückgekehrt, und glaubte damit den preußischen Plänen gewachsen zu sein. Die östreichischen Staatsmänner hatten aber vergessen, die Fähigkeiten Bismarcks genügend zu berücksichtigen. Seine letzten Versuche, die süddeutschen Staaten für sich zu gewinnen, scheiterten an den Befürchtungen der Dynastien um ihre Selbständigkeit, und so war er gezwungen, mit dem ebenfalls nach Einigung strebenden Italien ein Bündnis zu schließen, auf Grund dessen den Italienern das noch in östreichischem Besitz befindliche Venetien zugesichert wurde, während er sich in einer Unterredung mit Napoleon III. einer zuwartenden Haltung von Frankreichs Seite versicherte, die dadurch erreicht wurde, daß er inbezug auf die Frage des linken Rheinufers die französischen Anspielungen nicht rundweg ablehnte. Der Verlauf des Krieges von 1866 ist ja bekannt. Der rasche preußische Sieg ist einmal auf die straffe mili-

tärische Führung und Organisation seiner Heere zurückzuführen, sodann auf die Zersplitterung des in Italien ebenfalls engagierten östreichischen Heeres, und wohl auch auf die geringe Kriegslustigkeit der süddeutschen Truppen. Im Hinblick auf seine weiteren großen Pläne und nicht am wenigsten auch in der Sorge um die Haltung der Großmächte, namentlich Frankreichs und Englands, schloß Bismarck entgegen der Auffassung des preußischen Generalstabs mit Östreich einen raschen und für letzteres sehr glimpflichen Frieden. Mit den süddeutschen Staaten, die nun den Gedanken an einen engeren Zusammenschluß mit Östreich aufgegeben hatten, wurde ein geheimes Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen, und so war die Bahn für den letzten Schritt zur Einigung der deutschen Stämme, nämlich die Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens, frei.

Wir können im Hinblick auf die erneut von Frankreich mit Hilfe der Entente erzwungene Abtretung Elsaß-Lothringens nicht oft und nicht scharf genug betonen, daß die 1870 wieder erworbenen Provinzen **Elsaß und Lothringen**, abgesehen von kleinen Grenzstrichen, die aus strategischen und technischen Gründen mit inbegriffen wurden, **deutsches Land** waren, das dem innerlich zerrissenen Deutschen Reich von Ludwig XIV. einfach geraubt worden, und nur deshalb 200 Jahre in französischem Besitz geblieben war, weil die Habsburger als deutsche Vormacht bei ihren vielseitigen fremdvölkischen Intressen die deutsche Frage seit dem 30jährigen Kriege als rein nebensächlich behandelt und die andern deutschen Dynastien aus ebenso egoistischen Gründen sich auch nicht zu einer ernsten Verteidigung der deutschen Grenzlande aufzuschwingen vermocht hatten. Es entsprach daher nur dem von jedem gesunden Volke in Anspruch genommenen Rechte der Äußerung seines völkischen Selbsterhaltungstriebs, wenn die endlich geeinigten deutschen Stämme die ehemaligen westlichen Grenzlande wieder zu erwerben wünschten. Und wenn heute die Angelsachsen, um mit Hilfe der Franzosen ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen, das unverjährbare historische Recht auf die deutschen Provinzen leugnen wollen, so erinnern wir sie an die früheren Erklärungen und Anschauungen englischer Historiker und Staatsmänner, und an die Haltung der öffentlichen Meinung Englands im Jahre 1870/71, und wir erinnern an das Werk des Geschichtsprofessors Wilson, „Der Staat", in dem er im Gegensatz zu seiner nachmaligen Haltung als Staatsmann auf Grund unbeeinflußten Studiums der europäischen Verhältnisse zu dem zutreffenden Urteil kam, daß die **französische Politik gegenüber Deutschland seit Jahrhunderten einen ausgesprochen aggressiven Charakter** getragen habe. Mit demselben Scheinrechte, mit dem die Entente heute dem deutschen Volke seinen Anspruch auf Elsaß-Lothringen wegdisputieren will, hätte man die Forderungen Italiens auf Herausgabe der östreichischen Grenzgebiete mit italienisch sprechender Bevölkerung ebenso abweisen können, wenn es im Intresse der Entente gelegen gewesen wäre. Daß die Franzosen die deutschen Provinzen während der 200 Jahre bis zu gewissem Grade sprachlich und kulturell — wenigstens äußerlich — zu französisieren vermocht haben, kann an ihrem deutschen Charakter natürlich nichts ändern. **Straßburg war und bleibt deutsch**, und wenn es heute tausendmal „Strassbourg" geschrieben wird. Kein Volk, das noch über einen unverdorbenen nationalen Instinkt verfügt, hätte an Deutschlands Stelle anders gehandelt, und nur der ungeheuerlichen Lügenpro-

paganda der Alliierten ist es zu verdanken, daß dieses offenkundige Recht Deutschlands vor der Welt ins Gegenteil umgedeutet werden konnte.

Bekanntlich hat den äußeren Anlaß zum deutsch-französischen Kriege von 1870/71 die Frage der spanischen Thronkandidatur geboten, welche von Frankreich zur Anstellung einer Machtprobe benützt wurde. Der im Hinblick auf den französischen Widerstand ausgesprochene Verzicht des Prinzen Leopold von Hohenzollern genügte der Pariser Regierung nicht und es wurde an Preußen das Ansinnen gestellt, der König möge sich schriftlich verpflichten, nie wieder die Erneuerung einer hohenzollerischen Kandidatur zu gestatten. Es war klar, daß Preußen eine solche demütigende Forderung nicht annehmen konnte, und diese war auch nur in der Absicht einer Verschärfung des Konflikts mit Preußen gestellt worden, weil Napoleon sich einerseits inbezug auf die Bereitwilligkeit Preußens zu Zugeständnissen auf dem linken Rheinufer getäuscht sah, und weil er andererseits der drohenden Einigung der deutschen Stämme unter Preußens Führung, durch die der vorherrschende französische Einfluß in Europa im allgemeinen und in Südwestdeutschland im besonderen gefährdet erschien, nur durch einen Krieg gegen Preußen glaubte zuvorkommen zu können. Dabei hoffte er auf Neutralität, wenn nicht gar Unterstützung seitens der süddeutschen Staaten, und weiterhin vielleicht auch gegebenenfalls auf östreichische Hilfe. Der Krieg gegen Preußen sollte gleichzeitig auch die innere Stellung Napoleons, die durch die feindliche Haltung der demokratischen Elemente namentlich in den größeren Städten beeinträchtigt wurde, festigen. Die Kriegserklärung Frankreichs an Preußen bewirkte, daß die süddeutschen Staaten ohne weiteres den Bündnisfall für gegeben erachteten, und so war seit Jahrhunderten wieder zum ersten Male eine Streitmacht aller deutschen Stämme vereint, zum Schutze der deutschen Grenzen und des Besitzstandes des deutschen Volkes. Diese Einigkeit der deutschen Stämme trug fraglos auch, zusammen mit der von Bismarck betriebenen Politik der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Rußland, dazu bei, daß Östreich, obwohl gewisse Strömungen für ein Eingreifen tätig waren, bis zum Abschluß der deutsch-französischen Auseinandersetzungen und damit der Wiederherstellung der Einigkeit der deutschen Stämme neutral blieb. Die wohlwollende Haltung Rußlands und die Aufrechterhaltung der Neutralität Östreichs beeinflußten auch die Stellungnahme Englands. Der zunehmende Einfluß Frankreichs in Italien und im Orient, der durch die politischen Erfolge des französisch-östreichischen Krieges (1859) und des Krimkrieges (1854) noch gesteigert worden war, hatte in London eine Zeitlang den Eindruck aufkommen lassen, als ob das erneute Streben Frankreichs nach der Vorherrschaft in Europa von Erfolg begleitet sein könnte. Aus dieser Auffassung der kontinentalen Verhältnisse heraus ist auch die Haltung der öffentlichen Meinung Englands während des deutsch-französischen Krieges zu verstehen, die die deutschen Erfolge gegen die „übermütigen" Franzosen begrüßt, die Einigung der deutschen Stämme zum Schutze gegen die Jahrhunderte alte Bedrohung des deutschen Bodens, sowie die Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens als notwendig und gerechtfertigt anerkannt hatte. Die überragende Vitalität der englischen Staatsmänner hatte jedoch nach den überraschenden Erfolgen der deutschen Heere die tatsächlichen Machtverhältnisse rasch erfaßt und aus den militärischen Ergebnissen sofort die für die englische Politik notwendigen Kombinationen ange-

stellt, die im Hinblick auf die freundschaftlichen Beziehungen Preußens zu Rußland, das inbezug auf seine Orientpolitik Englands gefürchtetster Gegner war, und die mindestens korrekten Beziehungen zu Östreich zu ernsten Befürchtungen gegenüber einem erstarkenden Preußen-Deutschland führten. Deshalb nahm auch sofort nach Erkenntnis der notwendigen politischen Folgen der preußisch-deutschen Siege die offizielle englische Politik eine ausgesprochen franzosenfreundliche Stellung ein, und die englische Regierung versuchte verschiedentlich zu Gunsten Frankreichs zu intervenieren, was jedoch von Bismarck abgelehnt wurde. Nach dem Sturz Napoleons wurde auch die französische Republik mit Waffen und sonstigem Kriegsmaterial von England unterstützt, und schließlich verhinderte England die Schaffung einer vom preußischen Generalstab geforderten besseren strategischen Grenze im Südwesten, wodurch 1914 der französische Einfall im Elsaß begünstigt worden sein dürfte. Bismarck, der wie jeder großzügige Staatsmann immer nur jeweils eine Politik des praktisch Erreichbaren verfolgt hatte, unter stetiger Berücksichtigung der äußeren Verhältnisse, konnte auch hier wie 1866 den Forderungen des Generalstabs nicht gerecht werden, weil ebenso wie damals die gesamtpolitische Lage eine möglichst rasche Beendigung des Krieges erforderte. Wir sehen aber auch hier wieder deutlich den Charakter der englischen, seit Jahrhunderten systematisch betriebenen Politik der „Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts", d. h. der offenen oder versteckten Begünstigung des schwächer erscheinenden Teils der führenden Mächte zum Zwecke der Beherrschung der gesamtpolitischen Situation.

Die innere Entwicklung Deutschlands seit 1870.

Wenn wir ein möglichst objektives Urteil über die Katastrophe erhalten wollen, in die das deutsche Volk durch den Weltkrieg geführt worden ist, so dürfen wir nicht nur zusammenhanglose Betrachtungen über die äußere Entwicklung Deutschlands und die Gestaltung seiner Beziehungen zu den führenden Weltmächten anstellen, wir müssen dabei auch die innere Entwicklung des deutschen Volkes, namentlich aber der Volkspsyche beachten, denn die Äußerungen der Volkspsyche, d. h. die Reaktionen des Lebenstriebs eines Volkes nach außen hin stehen in dauernder Wechselwirkung mit seiner inneren Entwicklung, also seiner geistigen und seelischen Ausbildung. Die Ausbildung der deutschen Volkspsyche nach 1870 litt, man kann fast sagen, noch bis zum Ausbruch des Weltkrieges, an den inneren materiellen und geistigen Kräftewirkungen, die neben den äußeren Schwierigkeiten die Einigung solange verzögert hatten. Gewiß, Millionen von Deutschen haben die Einigung der deutschen Stämme mit Jubel begrüßt, aber die vorhergehenden inneren Kämpfe auf innerpolitischem Gebiete, das seit Jahrhunderten im Intresse der Dynastieen eingeimpfte partikularistische Stammesempfinden und die von außen hereingetragenen und stetig geschürten konfessionellen Gegensätze hatten bewirkt, daß eine nicht unwesentliche Anzahl von Volksgenossen der Gründung des Reichs verständnislos, ja mißtrauisch und sogar feindselig gegenüberstand. Die Bestrebungen zu einer nationalen Einigung waren schon 1869 und in den ersten Monaten von 1870 stark

in den Vordergrund getreten; in Baden, dem von Frankreich am meisten bedrohten deutschen Staat, war auch dem Willen zum Zusammenschluß schon positiv Ausdruck gegeben worden, aber namentlich in Bayern und Württemberg hatten sich am meisten die Widerstände gegen die Reichsgründung unter preußischer Vorherrschaft geltend gemacht. Noch im März 1870 mußte, infolge des Ausfalls der Wahlen zur bayrischen Abgeordnetenkammer der deutschnationale Ministerpräsident Fürst Hohenlohe dem von den Klerikalen begünstigten partikularistischen Grafen Bray weichen, und auch in Württemberg verhinderte eine aus Klerikalen und Demokraten zusammengesetzte partikularistische Mehrheit den Anschluß an den Norddeutschen Bund. Erst die Herausforderung seitens Frankreichs vermochte die inneren Widerstände wenigstens zeitweise zu überbrücken.

Bevor wir den Versuch unternehmen, in großen Strichen ein Bild von der innerpolitischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands zu zeichnen, möchten wir nochmals **mit aller Entschiedenheit betonen**, daß wir die darüber anzustellenden Betrachtungen **ganz allein nur vom nationalen Standpunkt aus aufgefaßt** wissen wollen, daß dabei also insbesondere **keine parteipolitischen Bestrebungen verfolgt** werden. Es kommt uns bei dieser Kennzeichnung der inneren Entwicklung der deutschen Volkspsyche lediglich darauf an, sie später für Vergleiche mit der Ausbildung der Psyche anderer Völker, namentlich aber unserer siegreichen Gegner, zu benützen, um daraus die für uns notwendigen Schlußfolgerungen ziehen zu können.

Die Anerziehung einer innerlich im Verhältnis zum geistigen Entwicklungsgrade des Volkes sich stets ausgleichenden Volkspsyche, wie sie die durch eine glücklichere geographische Lage begünstigten Nachbarstaaten Frankreich und namentlich England durchzuführen vermochten, wurde auch nach der Gründung des neuen Deutschen Reiches infolge der Fortwirkung der partikularistischen Strömungen, die bei dem bundesstaatlichen Charakter der Reichsorganisationen aufrechterhalten, und zu den verschiedensten, der gesamtnationalen Empfindungswelt meistens nicht förderlichen Zwecken verwendet wurden, infolge der innerpolitischen Gegensätze, die durch die Entwicklungsunterschiede hinsichtlich der Volksrechte im Norden und Süden geschaffen wurden, schließlich infolge der allerdings künstlich aufrechterhaltenen, hinter partikularistischer Maske versteckten konfessionellen Gegensätze behindert. Der bundesstaatliche Charakter des Reichs beschwerte sowohl den rein technischen wie auch den politischen Verwaltungsapparat ganz bedeutend, sodaß auch dadurch den aus irgend welchen Beweggründen sich geltend machenden partikularistischen Einflüssen immer wieder Vorschub geleistet wurde. Das beste im Sinne einer Konsolidierung der deutschen Volkspsyche wäre es wohl gewesen, wenn die Verfassungen der Einzelstaaten der Reichsverfassung, besonders inbezug auf das Wahlrecht angepaßt worden wären, die Verhältnisse in den Einzelstaaten hätten sich im Hinblick auf die verschiedenartige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung schon von selbst reguliert. So aber blieb Preußen mit seiner einem modernen Staatswesen nicht mehr gerecht werdenden Verfassung gegenüber dem fortschreitenden Verfassungsleben in den süddeutschen Staaten zurück, was einerseits zur Folge hatte, daß sich die sog. politische „Mainlinie" bildete, die die Grenze darstellen sollte zwischen den fortgeschrittenen Staaten Süddeutschlands und dem rückständigen Norddeutschland, und andererseits die Reichspolitik auch noch durch die scharfe Opposition der mit den

politischen Zuständen in Preußen unzufriedenen preußischen Volksgenossen beschwert wurde.

Während die preußischen Liberalen (Nationalliberalen) nach der Revolution noch ganz energisch für eine Ausgestaltung der Verfassungsrechte des Volkes nach modernen Gesichtspunkten eingetreten waren, und nach glaubwürdigen Darstellungen in der Zeit des offenen Konflikts mit der Regierung (von 1862 – 1866) sich sogar mit dem Gedanken des Sturzes der Monarchie getragen hatten, gaben sie nach 1870 ihre Oppositionsstellung gegen Bismarck vollständig auf, was einmal auf die glänzenden Erfolge seiner Außenpolitik zurückzuführen ist, zum andern aber auch auf das starke Hervortreten der wirtschaftlichen Faktoren, die die früheren politischen Bestrebungen eines großen Teils des Bürgertums in den Hintergrund treten ließen. Gerade die fast ausschließliche Einstellung der Psyche eines großen Teils des Bürgertums auf das sich gewaltig entwickelnde wirtschaftliche Leben verhinderte eine gesunde politische Fortentwicklung des größten deutschen Bundesstaates, und überhaupt eine Anpassung der deutschen Verfassung an eine nach neuzeitlichen Gesichtspunkten orientierte Staatsauffassung. **Ein gesundes Fortschreiten der politischen Ausbildung eines Volkes begünstigt gleichzeitig auch die gesellschaftliche und soziale Entwicklung in nationalem Sinne.** Daß diese psychologische Erfahrungstatsache in den politisch und gesellschaftlich führenden Kreisen Deutschlands nicht in ihrer für die Ausbildung des Nationalbewußtseins eines geistig hochstehenden Volkes geradezu ausschlaggebenden Bedeutung erkannt wurde, darin haben wir neben der ablenkenden Wirksamkeit der Aufrechterhaltung der sog. „Stammeseigenarten" zum großen Teile die Gründe für die erschreckende Instinktlosigkeit der deutschen Volkspsyche nach außen hin zu suchen. Die vollständige Ausschließung der deutschen Volksvertretung von den Regierungsgeschäften, und namentlich die Unmöglichkeit, sich über die Außenpolitik zu unterrichten, hatte die natürliche Folge, daß fast sämtliche Parteiführer, mit Ausnahme vielleicht der durch bevorzugte gesellschaftliche Stellung begünstigten, weder die Geschäftsführung des Auswärtigen Amtes und seiner Organe kontrollieren und gegebenenfalls mit Erfolg kritisieren konnten, noch auch sich selbst inbezug auf äußere Politik auszubilden vermochten. Das hatte wiederum das psychologisch durchaus verständliche Ergebnis, daß sich bei den Volksvertretern, weil sich diese nur verhältnismäßig wenig mit Außenpolitik beschäftigten, keine wirklich großen Fähigkeiten auf diesem Gebiete entwickeln konnten; und wenn solche Anlagen vorhanden waren, so konnten sie sich nicht entfalten aus Mangel an praktischer Betätigungsmöglichkeit. Solange Bismarck die auswärtige Politik leitete, wurde der Mangel an gutem diplomatischem Nachwuchs ja auch nicht empfunden, und die nächstfolgenden Jahre konnte die deutsche Diplomatie noch von seinem gewaltigen Ansehen und der deutschen Machtstellung zehren, um die Jahrhundertwende machte sich aber schon der Mangel einer sicheren deutschen Führung nach außen hin deutlich bemerkbar, und man begann hier und dort den Fehler einzusehen, der infolge des Zuschneidens der Reichsverfassung auf die überragende Persönlichkeit Bismarcks seinerzeit gemacht worden war, indem man die Organisation des Auswärtigen Amtes und die Geschäfte der Außenpolitik vollständig in die Hand des jeweiligen preußischen Königs bzw. Deutschen Kaisers gab, von dessen unkontrollierbaren Fähigkeiten, bzw. denjenigen seiner verantwortlichen und vielleicht in noch höherem Grade

seiner unverantwortlichen Ratgeber die Wahl sämtlicher diplomatischen Vertreter, die Gestaltung der Beziehungen zum Auslande und damit letzten Endes das Schicksal des gesamten deutschen Volkes abhängig gemacht wurde.

Die vorstehenden Betrachtungen geben uns im Zusammenhang mit der heute wieder in den Vordergrund der parteipolitischen Erörterungen geschobenen Frage, welches Regierungssystem das geeignetste für Deutschland sei, Anlaß, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Vor dem Kriege vertraten die Anhänger der konstitutionellen Monarchie, in der die Volksvertretung lediglich das Kontrollrecht über den Staatshaushalt und damit natürlich auch das Recht der Kritik über diese oder jene Position, aber keinerlei Einfluß auf die Besetzung der Staatsämter besaß, die Auffassung, das deutsche Volk habe noch nicht die genügende politische Reife für den Parlamentarismus erreicht, und überhaupt sei das parlamentarische System zu verwerfen, weil es den ganzen staatlichen Verwaltungsapparat politisiere, und dadurch das Beamtentum der Gefahr der Korruption aussetze. Die hier geltend gemachten Bedenken hatten ihren Ursprung entweder in einem schlechten Willen, oder aber — was wohl für den größten Teil der Gegner des parlamentarischen Systems auch heute noch gelten dürfte — in der Unkenntnis des psychologischen Ursprungs und des Charakters des Parlamentarismus. **Der Parlamentarismus stellt sich als organische Fortentwicklung der konstitutionellen Regierungsform dar, und zwar in Verbindung mit dem Fortschreiten der politischen Ausbildung der Volkspsyche.** Während die konstitutionelle Regierungsweise nur mit einer grundsätzlich passiven Mitarbeit des Volkes an den Regierungsgeschäften zu rechnen hat, erhebt durch die Regierungsform des Parlamentarismus das gesamte Volk, d. h. die in den Wahlen ihren Ausdruck findenden politischen Machtfaktoren Anspruch auf aktive Mitarbeit. Wir haben hier also auf psychologisch-politischem Gebiete eine **Fortbildung des aktiven Rechtsbewußtseins der Volkspsyche,** das sich in der Forderung des Rechts der Kontrolle, bzw. der Bewilligung oder Verweigerung der Ausgaben des Staatshaushalts geltend machte, **zum subjektiven Rechtsbewußtsein,** das Anspruch auf selbständige Wahrung seiner Intressen auf allen Gebieten des Staatsorganismus erhebt. Dabei tritt die Frage, ob durch das parlamentarische System der Regierungsapparat zum Schaden des Ganzen eventuell kompliziert wird, ob darin Gefahren für die Beamten- oder politische Moral überhaupt liegen, und auch ob schließlich das Allgemeinwohl unter diesem System tatsächlich besser vertreten ist als bei der konstitutionellen Regierungsform, zunächst in den Hintergrund, denn **den Anstoß zur Fortentwicklung einer Staatsverfassung geben** weder verwaltungstechnische bzw. -rechtliche, noch staatsphilosophische bzw. -rechtliche Erwägungen sondern **immer nur** aus politischer Klugheit oder Zweckmäßigkeit, vielleicht auch aus augenblicklichem Zwang geborene, also in der Hauptsache **psychologische Überlegungen.** Diese Erfahrungstatsache finden wir bei Verfolgung der Entwicklung der Staatsformen der ältesten Staaten mit parlamentarischem Regime, England und Frankreich, bestätigt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika können hier wegen ihrer kurzen geschichtlichen, von traditionellen gesellschaftlichen Faktoren unbelasteten Entwicklung zum Vergleich nicht herangezogen werden.

*

Die Staats- und Gesellschaftsordnung in England und Frankreich.

England galt schon vor der ersten französischen Revolution als das klassische Land der geistigen und politischen Freiheit und der von allen fortschrittlich gesinnten Elementen Europas als Ideal erstrebten Regierungsform des Parlamentarismus. Wie wir schon früher hervorgehoben haben, wurde die im Verhältnis zu den europäischen Staaten raschere politische Ausbildung der englischen Volkspsyche durch die insulare Abgeschlossenheit des Landes begünstigt. Die Anfänge einer staatlichen Verfassung im Sinne der Anteilnahme des Volkes an der Entwicklung des Staatsorganismus finden sich schon im 13. Jahrhundert, also in einer Zeit, in der die Psyche der europäischen Völker noch grundsätzlich in der, allerdings mehr oder weniger erzwungenen Anschauungswelt des Absolutismus und seiner Unterorganisation, des Feudalismus befangen war. Die ersten Verfassungsrechte bestanden neben der Garantie der Freiheit und des Eigentums des Staatsbürgers, die in jenen Zeiten durchaus nicht immer von den herrschenden Mächten geachtet wurden, in dem Zugeständnis des Budgetrechts, das anfangs von Vertretern des Adels, später auch von Vertretern der Städte ausgeübt wurde. Die Erweiterung der Volksrechte erfolgte sodann durch Gewährung des Wahlrechts nach der Größe und dem Werte des Besitzes. Der Kreis der Wahlberechtigten wurde im Verhältnis zur politischen Fortentwicklung des Volkes von Zeit zu Zeit vergrößert, allerdings immer auf der Grundlage des Besitzes und Einkommens, jedoch wurde schließlich der Zensus so niedrig angesetzt, daß weiteste Kreise des Volkes wahlberechtigt wurden. Das englische Wahlrecht war also bis zum Kriege dem deutschen Reichstagswahlrecht inbezug auf den Kreis der Wahlberechtigten nicht ganz ebenbürtig, obwohl man im Hinblick auf die ganz geringe Höhe des Zensus hier nicht von einem Klassenwahlrecht wird sprechen können, sowenig man diese Bezeichnung etwa dem früheren württembergischen Wahlrecht, dessen Ausübung von der Versteuerung eines Mindesteinkommens von 400 Mark abhängig gemacht worden war, geben dürfte. Die Handhabung des Verfassungsrechts durch Genehmigung oder Verweigerung des Staatshaushalts führte entsprechend der Haltung und Macht der Volksvertretung zur Berücksichtigung der Wünsche der Mehrheit inbezug auf die Wahl der leitenden Staatsmänner, weiterhin zur Aufnahme von Führern der Mehrheitspartei in die Regierung und schließlich zur Bildung des gesamten Kabinetts aus Angehörigen der Mehrheitspartei, wodurch erst der eigentliche Charakter des Parlamentarismus geschaffen wurde. Dieses letzte Entwicklungsstadium des Parlamentarismus, das sich aus den Jahrhunderte alten Erfahrungen der politischen Führer des englischen Volkes organisch herausgebildet hatte, beruht auf der bis heute unübertroffenen glänzenden Fähigkeit des englischen Führertums in der Anpassung an alle politischen Entwicklungsstadien der Volkspsyche und dadurch in der Beherrschung des Volkes. Das meistens erzwungene Zugeständnis des Budgetrechts an die Stände betrachteten die Fürsten gewissermaßen, wie man uns in der Schule sagte, als „Sicherheitsventil", durch das der Volksvertretung Gelegenheit gegeben werden sollte, sich des aufgespeicherten „Überdrucks" auf gesetzlich zugelassenem Wege zu entledigen. Dieses Zuge-

ständnis hatte aber nicht nur Vorteile für die Volksvertretung, sondern auch für die Herrschenden, sofern sie nicht zu Ausschweifungen und Gewalttätigkeiten neigten, indem sich der Verkehr zwischen Regierung und Volksvertretung reibungsloser vollziehen konnte. Und daran liegt doch im Grunde genommen **Ursprung und Wesen jeder Verfassung und jeder Gesetzgebung, das Gemeinschaftsleben so reibungslos als möglich zu gestalten.** Bei Berücksichtigung dieses elementaren Grundsatzes jeder staatsphilosophischen und damit auch jeder staats- bzw. verwaltungstechnischen Überlegung müßte die Entwicklung des Verfassungslebens eines Staates immer dann fortschreiten, wenn neue Machtfaktoren sich geltend machen. Es liegt aber im Wesen der menschlichen Psyche, daß die jeweiligen Inhaber der Herrscher- oder Erziehergewalt ihre Macht nicht gerne einschränken lassen, oder sie gar aus der Hand geben wollen. Und so mußten zu allen Zeiten die jeweils aufstrebenden Bevölkerungsklassen um ihre machtpolitische Geltung ringen.

Die Jahrhunderte alte politische Erziehung des englischen Volkes, die durch die glückliche Insellage begünstigt wurde, ließ die inneren machtpolitischen Kämpfe nicht in dem Grade in Erscheinung treten wie bei den Volksstaaten des Kontinents, deren politische Fortbildung dauernd durch äußere Verwicklungen gestört und vielfach auch absichtlich verhindert wurde. Wie die Gewährung des Budgetrechts so ist also auch die Aufstellung bzw. Beseitigung der Volksvertretung genehmer bzw. nicht genehmer Mitglieder der Regierung eines konstitutionellen Staatsregimes lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit im Sinne eines möglichst reibungslosen Zusammenarbeitens mit der Mehrheit der Volksvertretung, und ebenso auch die Aufnahme von Führern der Mehrheitsparteien in die Regierung. Von diesem letzteren erzwungenen oder als zweckmäßig erkannten Zugeständnis an die Volksvertretung bis zur Einführung des parlamentarischen Regimes bedeutete es nur einen logischen Gedankenfortschritt, der sich aus dem psychologisch wohlbegründeten Zweckmäßigkeitsprinzip von der Schaffung eines möglichst reibungslosen Verkehrs zwischen Regierung und Volksvertretung organisch herausgebildet hatte. Die Einführung des parlamentarischen Regimes wird vom Laienstandpunkt aus gesehen als ausschließlicher Erfolg der Volksvertretung im Sinne eines Sieges des politischen Radikalismus gewertet. Bei näherer Betrachtung finden wir aber, daß **das monarchische System durch den Parlamentarismus eher gefestigt als geschwächt wird,** und daß die parlamentarische Regierungsweise in der Republik keineswegs die politisch radikalen Elemente in den Vordergrund treten läßt, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil die mehr oder weniger traditionell wirksamen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Faktoren ein dauerndes Regulativ inbezug auf die Gestaltung der Machtverhältnisse bilden. **Die parlamentarische Regierungsform,** d. h. die Übernahme der Regierung durch die größte Partei oder durch Parteigruppen, die aus gleich- oder ähnlich gerichteten Ideen und Intressen heraus, oder aber aus Zweckmäßigkeitsgründen zusammen gehen, **entlastet die Monarchie von der Verantwortung für die Geschäftsführung ganz erheblich, und bürdet diese zum größten Teil den Mehrheitsparteien, bzw. deren Wählern, also dem „Volk" selbst auf,** das durch die Wahl zu entscheiden hat, ob und bis zu welchem Grade es die seitherige Geschäftsführung gutheißt, und in welcher Richtung es gegebenenfalls neue Bahnen einzuschlagen wünscht. Eine dem Willen der Volksmehrheit nicht entsprechende Politik oder ein Mißerfolg

auf innerem oder äußerem Gebiete wird sich also in der Hauptsache immer nur gegen die herrschenden Parteien richten, sodaß das Ansehen des Monarchen, soweit er nicht offensichtlich beteiligt ist, keinerlei Schaden leidet. Und was die Hauptsache ist, alle Parteien, die grundsätzlich auf dem Boden des monarchistischen Systems stehen, betrachten die Institution der Monarchie als Konzentrationspunkt für die Äußerungen ihres nationalen Empfindens und Wollens, wenn die Monarchie durch die vorherrschende Betonung ihres repräsentativen Charakters sich über die Parteien stellt, und dadurch einerseits von der Verwicklung in die Intressenkämpfe verschont bleibt, und andererseits immer die Möglichkeit zur Vermittlung oder zur Überleitung in neue, den politischen Verhältnissen Rechnung tragende Bahnen behält. Dieser staatsphilosophisch wie volkspsychologisch wohl durchdachte Ausbau des englischen Parlamentarismus ist es, der trotz des konservativen, ja in gewissem Sinne heute noch aristokratischen Charakters der äußeren Gesellschaftsformen Englands die Bildung republikanischer Bestrebungen in nennenswertem Umfang bis auf den heutigen Tag verhindert hat. England ist heute noch inbezug auf die Festhaltung überlieferter gesellschaftlicher Formen so konservativ wie das ehemalige monarchistische Deutschland, und doch vollzog und vollzieht sich dort das gesellschaftliche Leben reibungsloser, vornehmer als bei uns, weil die führenden gesellschaftlichen Schichten den geistigen Fortschritten der Volkspsyche jeweils sowohl politisch wie gesellschaftlich Rechnung getragen haben. Adel, Beamtentum und Bürgertum sind ebenso wie bei uns in sich abgeschlossene Schichten, aber die aus ihrer äußeren Kultur herausgewachsenen gesellschaftlichen Formen treten nirgends in einer das subjektive Rechtsbewußtsein der unteren Schichten verletzenden Weise in Erscheinung, und alle Kreise bemühen sich, trotz der gesellschaftlichen und sozialen Gegensätze in erster Linie das nationale Bewußtsein als gemeinsames Bindemittel zu betonen. Wer die aus dem individuellen (subjektiven) Rechtsbewußtsein entspringenden Kräftewirkungen der Massenpsyche kennt, und sie gebührend einzuschätzen versteht, der weiß, welche gewaltigen Werte inbezug auf die Erziehung und Festigung des Nationalbewußtseins die Anerkennung jedes Volksgenossen als gleichberechtigten Staatsbürger in sich trägt. Die insulare Abgeschlossenheit Englands begünstigte aber nicht nur die politische Ausbildung der Volkspsyche in der Richtung eines möglichst reibungslosen Gemeinschaftslebens, sie trug im Zusammenhang mit dem steten Streben nach bestmöglicher Konsolidierung auch zur Ausbildung eines gefestigten sittlichen Charakters des Volkes bei, wobei allerdings zu beachten ist, daß diese Eigenschaft nur für die Äußerungen innerhalb der Volksgemeinschaft in Erscheinung tritt, während der Charakter der englischen Volkspsyche nach außen hin bei Verfolgung der völkischen Intressen inbezug auf Rücksichtslosigkeit keine Grenzen kennt. Diese Unterschiede der Charakteräußerungen der englischen Psyche werden als Heuchelei gedeutet. Von einem absoluten moralischen Standpunkt aus betrachtet ist diese Bezeichnung auch durchaus berechtigt, wenn wir aber den Ursprung und das Wesen der Lebensäußerungen des menschlichen Gesellschaftslebens betrachten, so finden wir, daß sowohl in der kleinsten Gemeinschaft (der Familie) wie in der größten (dem Volksstaate) inbezug auf die Geltendmachung der eigenen Intressen nach außen hin andere moralische Wertmaße angelegt werden, wie innerhalb der Gemeinschaft, und in allen Fällen lehrt die Erfahrung, daß der Erfolg die Wahl der Mittel rechtfertigt.

Der **gewaltige äußere Erfolg Englands** in den letzten Jahrhunderten **liegt zum größten Teil** — abgesehen von seiner insularen Lage, die die Richtlinien seiner äußeren Politik im großen ganzen vorgezeichnet hat — **in der Heranbildung der Volkspsyche zur politischen Reife**, d. h. zum bewußten, selbständigen Urteil über die Mittel und Wege, die für die Existenz und Sicherung des Staates im Innern wie nach außen hin sich als notwendig erweisen. So wurde nicht nur die politische und sittliche Erziehung in den Dienst der nationalen Idee gestellt, sondern, wie wir schon angedeutet haben, **inbezug auf die gesamte gesellschaftliche Entwicklung das Hauptaugenmerk auf die Erzielung eines inneren Ausgleichs und die Erhaltung der Elastizität des völkischen Organismus** eingestellt. Aus diesen Bestrebungen heraus verstehen wir, daß beispielsweise die Standesvorrechte des niederen Adels nur auf den Erstgeborenen übertragen werden, während der Namen der anderen Mitglieder der Familie bürgerlichen Charakter trägt. Wir haben in dieser Einrichtung den Beweis der bewußten Erkenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaftspsyche, deren Tendenz darin besteht, daß sich die Psyche der gesellschaftlich bevorrechteten Klassen gesetzmäßig auf die äußeren Vorteile der bevorrechteten Stellung einstellt, wobei aus den instinktiven oder bewußten Bestrebungen des individuellen bzw. gesellschaftlichen Selbsterhaltungstriebs heraus unwillkürlich die Neigung zur stärkeren Betonung der Rechte im Verhältnis zu den Pflichten gegenüber der Gemeinschaft in den Vordergrund tritt, was ebenso gesetzmäßig mit der Zeit eine Erstarrung der geistigen Fähigkeiten und seelischen Eigenschaften in äußeren Formen zur Folge hat. Diese Einschränkung der Vorrechte des niederen Adels, die sich nicht nur gesellschaftlich, sondern auch in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auswirkte, veranlaßte die andern Mitglieder der niederen Adelsfamilien die Militär- oder Beamtenlaufbahn oder andere bürgerliche Berufe zu ergreifen, was namentlich durch die stetige Ausdehnung des Kolonialbesitzes begünstigt wurde. Auf diese Weise wurde also eine Brücke vom Adel zum Bürgertum und dessen Intressen- und Anschauungswelt geschaffen, die einerseits eine scharfe Herausbildung von gesellschaftlichen Gegensätzen, andererseits eine Erstarrung des Adels in traditionellen Formen verhinderte. Ein weiteres charakteristisches Beispiel für die Fähigkeit der führenden Schichten Englands hinsichtlich der Behandlung der Volkspsyche zeigt sich in der äußeren Stellung des Militärs und Beamtentums gegenüber dem Volke. Militär und Beamtentum haben wie der Adel in allen Staaten mit großer historischer Vergangenheit ein in ihrer bevorzugten äußeren Stellung, die stets mit autoritativer Macht ausgestattet war, begründetes instinktives Mißtrauen beim Bürgertum erregt, weil bekanntlich das Machtbewußtsein unwillkürlich zur Überschreitung der Grenzen der dem Amtskreis zustehenden Rechte verlockt, und das umsomehr, als in den Zeiten des Absolutismus und Feudalismus ein solches Vorgehen nichts Seltenes war, denn es wurde in den wenigsten Fällen im Intresse der Aufrechterhaltung der autoritativen Macht geahndet. In der Erkenntnis, daß ein solches durch die Erfahrung mehr oder weniger begründetes, vielleicht auch nur gefühlsmäßiges, im Unterbewußtsein herrschendes Mißtrauen gegen die Organe der staatlichen Macht und Verwaltung die Ausbildung einer in der nationalen Vorstellungswelt fest verankerten Volkspsyche behindert, weil ein politisch fortgeschrittenes Volk offen in Erscheinung tretende Standesvorrechte als Bevormundung und Anmaßung empfindet, ist man in den nach demokra-

tischen Grundsätzen regierten großen Volksstaaten bemüht gewesen, Militär und Beamtentum in der staatsbürgerlichen Anschauungswelt festzuhalten, d. h. den militärischen oder Beamtencharakter gegenüber der Eigenschaft als Staatsbürger zurückzustellen. Durch diese aus psychologischen Erwägungen heraus entwickelte Einordnung in das Wesen des Staatsbürgergedankens haben Militär und Beamtentum an gesellschaftlichem Ansehen keineswegs eingebüßt, während gleichzeitig die vorgenannten Reibungsmomente soviel als möglich beseitigt worden sind. So findet beispielsweise die Anpassungsfähigkeit des englischen Offizierskorps an das Volksempfinden ihren Ausdruck darin, daß der Offizier zwecks grundsätzlicher Betonung des völkischen bzw. staatsbürgerlichen Charakters des Militärs in Gesellschaft nicht in Uniform sondern im Gesellschaftsanzug zu gehen pflegt, wodurch er zu erkennen gibt, daß er jede auch formale Äußerung vermeiden will, die den Eindruck der Überhebung in der Richtung der Geltendmachung von Standesvorrechten aufkommen lassen könnte. Und dabei ist zu beachten, daß das höfische, gesellschaftliche und selbst parlamentarische Zeremoniell inbezug auf die Aufrechterhaltung überlieferter Formen von einem starken Konservativismus erfüllt ist, der aber, und darin liegt seine Lebensfähigkeit, infolge der stetigen inneren Anteilnahme seiner Träger an dem geistigen Fortschreiten der Volkspsyche in diesen äußeren Formen nicht erstarrt, sondern sie nur dazu benützt, wozu sie ihrem Wesen nach bestimmt sind, nämlich als Ausdrucksmittel gesellschaftlicher bzw. völkischer Kultur. Als Zeichen dafür, daß die Führer des englischen Volkes jedem geistigen Fortschreiten der Volkspsyche Rechnung zu tragen bemüht sind, darf auch die Stellungnahme zum politischen Einfluß des Adels einerseits und der untersten, durch die Arbeiterorganisationen vertretenen Volksschichten andererseits gelten. Der englische Adel hat, wie gezeigt, infolge seiner stetigen inneren Anteilnahme an den geistigen Fortschritten des Volkes, die gesetzmäßig eine Erweiterung der politischen Geltung verlangten, bis auf den heutigen Tag seine bevorrechtete Stellung in gesellschaftlicher wie politischer Hinsicht im Verhältnis zu seiner traditionellen Bedeutung aufrechtzuerhalten vermocht. Im Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung des Landes drängten aber die an Bedeutung für die Gesamtinteressen der Nation stetig zunehmenden wirtschaftlichen Faktoren nach einer entsprechenden Berücksichtigung dieser Momente und so sehen wir neben der stetigen Erweiterung des Wählerkreises durch die Herabsetzung des Wahlzensus eine organische Zurückdrängung des politischen Einflusses des Adels, der nach außen hin dadurch in Erscheinung getreten ist, daß noch kurz vor dem Kriege die absolute Geltung des Einspruchsrechts des Oberhauses bezüglich der vom Unterhause angenommenen Gesetze aufgehoben wurde. Das Oberhaus hat einen ähnlichen Charakter in seiner Zusammensetzung wie das frühere preußische Herrenhaus in dem Sinne, daß dort auch der Adel eine gewisse durch Tradition festgelegte bevorrechtete Stellung einnimmt. Auch der geistigen und damit politischen Fortbildung der Arbeiterpsyche, die durch die industrielle Entwicklung Englands ebenso wie in anderen Kulturstaaten begünstigt wurde, wurde Rechnung getragen. Die Kämpfe der Arbeiterorganisationen mit dem Unternehmertum wurden nicht nach einer von einem einseitigen Klassen- und Gesellschaftsstandpunkt diktierten Moralanschauung beurteilt, sondern von dem in nationalpsychologischer Hinsicht einzig richtigen Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Kampfes, bei dem das nationale Moment nicht als billiges

Kampfmittel der wirtschaftlich gefestigten Partei benützt werden darf, solange es sich nur um rein wirtschaftliche Forderungen handelt. Bei großen wirtschaftlichen Kämpfen hat die Regierung daher stets ihre Vermittlung angeboten, und so den sozialen und nationalen Frieden mehr gefördert als durch die Bereitstellung von Militär. Und im Intresse des politischen Ausgleichs und damit des völkischen Gemeinschaftslebens hat man auch keine Bedenken getragen, einen Führer der Arbeiterwähler in die Regierung aufzunehmen, wie das die Liberalen bekanntlich nach den letzten Vorkriegsjahren zwecks Erbreiterung der Regierungsbasis getan haben.

Wenn wir nun auf Grund der vorstehenden Betrachtungen versuchen, **die organische Fortbildung der politischen Psyche des englischen Volkes** sowohl vom gesellschaftlichen wie nationalen Standpunkt aus zu bewerten, so sehen wir, daß **die jeweilige Anpassung der Regierungsformen und Heranziehung von Vertretern der volkswirtschaftlich zur Geltung gelangten und damit politisch nach Geltung strebenden Volksschichten** einmal eine **überaus günstige Wirkung in der Richtung des gesellschaftlichen Ausgleichs innerhalb des völkischen Gemeinschaftslebens ausübte,** die ihren Ausdruck in der Erhaltung und Festigung der nationalen Vorstellungswelt inbezug auf sämtliche Äußerungen der englischen Volkspsyche findet, und daß zum andern **das völkische Führertum Englands infolge der stetigen Verbindung zwischen Regierung, Volksvertretung und im Zusammenhang damit der Volkspsyche jene glänzenden Fähigkeiten erworben hat, vermittelst deren es nicht nur die nationale Psyche in denkbar vollkommener Weise auszubilden, sondern auch die politische Psyche anderer Völker zu beeinflussen und damit zu beherrschen vermocht hat, was letzten Endes folgerichtig zur psychologischen Beherrschung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt und dadurch zur politischen Weltherrschaft führen mußte.**

Es fällt dem in den Erziehungsmethoden der Autoritätsidee geistig und psychisch verankerten Deutschen der oberen Gesellschaftsschichten und selbst parteipolitisch nicht einseitig orientierten Vertretern der Intelligenz schwer, sich über die gesetzmäßige Wirkung einer neuzeitlichen volkspsychologischen Erziehungsweise klar zu werden, denn wie auf allen Gebieten geistiger und seelischer Entwicklung muß auch hier die praktische Erfahrung der theoretischen Erkenntnis vorausgehen, und erstere zu sammeln wurde dem Durchschnittsdeutschen infolge der völligen Vernachlässigung der politischen und gesamtnationalen Erziehung zu Gunsten der autoritativen Erziehung und im Zusammenhang damit der Betonung des Standes-, Klassen- und Berufsgesichtspunktes fast unmöglich gemacht. Daher finden wir auch heute noch die teils von schlechtem Willen, größtenteils aber tatsächlich von ausgesprochener politischer Instinktlosigkeit zeugende Auffassung, daß das deutsche Volk nicht für den Parlamentarismus reif sei. Wir möchten daher zwecks möglichst klarer Herausarbeitung unserer rein psychologischen Anschauung noch einmal kurz die Überlegungen zusammenfassen, die nach unserer Ansicht die Entwicklung des englischen Parlamentarismus gefühlsmäßig oder bewußt beeinflußt haben. **Die Entwicklung der Psyche eines Volkes vollzieht sich** — selbstverständlich in entsprechenden Ausmaßen — **nach denselben Gesetzen wie die der Einzelpsyche.** Jeder Pädagoge weiß, daß seine Aufgabe darin besteht, den Schüler zu einem in seinem Fache selbständig denkenden und handelnden Menschen zu erziehen. Dieser elementare Grundsatz der

Pädagogik, der für jede Erziehung gilt, mag sie nun auf geistigem oder seelischem Gebiete liegen, also auf die Ausbildung des Verstandes oder des Charakters berechnet sein, wurde gefühlsmäßig oder bewußt von den großen Demokraten des Westens folgerichtig auch als Erziehungsgrundlage für die politische Bildung der Volkspsyche verwendet. Indem man durch die Einführung des Parlamentarismus in England dem Volke gewissermaßen die Verantwortung nicht nur für die Entwicklung des inneren völkischen Lebens übertrug sondern auch für die Existenz und Sicherung des Staates nach außen hin, mußte mit der Zeit neben der Hebung des Selbstbewußtseins auch das Verantwortungsgefühl des Staatsbürgers gestärkt und ausgebildet werden. Von einer Radikalisierung der inneren Politik in der Richtung einer blinden Herrschaft der Masse, wie sie von den Gegnern des Parlamentarismus befürchtet wird, kann weder in England noch in den republikanischen Staaten Frankreich und Nordamerika doch wirklich nicht gesprochen werden. Die Annahme oder Verweigerung eines Gesetzes, die Verantwortung für die Verwaltung des staatlichen Organismus liegt letzten Endes bei der Mehrheit der Volksvertretung, die die Regierung stützt, also bei der Mehrheit der Wähler. Aber neben dem Vorzug einer systematischen Heranbildung des politischen Verantwortlichkeitsgefühls des einzelnen Staatsbürgers infolge der Übertragung der Verantwortung für sämtliche Handlungen der Regierung auf das Volk erhalten durch den Parlamentarismus — was für die Regierung eines Staates das Wichtigste ist — die politischen Führer die beste Schulung sowohl inbezug auf innere wie äußere Politik, und es wird stets die Möglichkeit geboten, daß die fähigsten Führer auch an die Spitze der Regierung und an den geeigneten Platz gestellt werden. Vor allem wird verhindert, daß die wichtigsten Posten des Staates mit Persönlichkeiten besetzt werden, die lediglich durch Stand oder gesellschaftliche Verbindung oder aus irgend welchen andern nebensächlichen Beweggründen zur Bekleidung solcher Ämter für fähig gehalten werden. **Die Existenz des Staates wird so auch nicht dem Zufall ausgesetzt, ob die herrschende Dynastie zur rechten Zeit gerade auch einen fähigen Monarchen zu stellen vermag,** der die geeigneten Persönlichkeiten mehr oder weniger beeinflußt auszuwählen hat. So liegt **in einer richtigen Handhabung des parlamentarischen Systems die Möglichkeit einer stetigen Durchflutung des staatlichen Organismus mit einer frischen, lebendigen Welle völkischen Lebens,** die bei Gelegenheit ungesunde Hemmungen aus dem Körper zu entfernen vermag, und namentlich im Gehirne des Staatsorganismus, der Regierung, keine Arterienverkalkung, d. h. keine Erstarrung der Geschäftsführung in traditionellen Gedankengängen und äußeren Formen aufkommen läßt. Von größter Bedeutung aber ist **der psychologische Wert des parlamentarischen Systems inbezug auf die nationale Erziehung.** Das Bewußtsein der Gleichberechtigung jedes Staatsbürgers hinsichtlich der Teilnahme am völkischen Leben, das Empfinden, daß keine autoritative Macht, sei es nun eine traditionell bevorrechtete Gesellschaftsklasse, sei es die Bürokratie, den Volkswillen, der sich in den Äußerungen des Parlamentarismus kundgibt, zu mißachten oder zu fälschen in der Lage ist, stärkt und festigt die nationale Vorstellungswelt, genau so wie der Familiensinn durch die Anerziehung des Gefühls der Gleichberechtigung und inneren Freiheit viel besser gepflegt wird als durch rein autoritative Erziehung, die vielleicht Achtung vor dem Erzieher, in den wenigsten Fällen

aber jenes starke Empfinden innerer Verbundenheit zu schaffen vermag, das auch gelegentlich der schwersten inneren und äußeren Konflikte als primäres Moment der Zusammengehörigkeit immer wieder zur Geltung gelangen wird. So stellen sich **die demokratischen Grundsätze des Parlamentarismus als bestes nationales Erziehungsmittel dar**, und die Äußerungen der nationalen Psyche des englischen, französischen und amerikanischen Volkes bestätigen die Richtigkeit dieser psychologischen Überlegungen.

Die Anwendung der demokratischen Grundsätze des parlamentarischen Systems hat aber den obengenannten Völkern nicht nur in innerpolitischer, gesellschaftlicher und nationaler Hinsicht große Dienste geleistet, sondern auch in hohem Grade ihre Außenpolitik gefördert, weil die in dieser Richtung nicht fortgeschrittenen Völker das Verfassungsleben dieser Staaten als Vorbild betrachteten, und so deren Volkscharakter eine günstige ethisch-moralische Bewertung erfuhr, die mehr wie das militärische Ansehen den Einfluß dieser Staaten in der öffentlichen Meinung der Welt gestärkt hat. Gerade die in der ganzen Welt, namentlich aber in Europa seit fast zwei Jahrhunderten verbreitete günstige Meinung über den hohen Entwicklungsgrad der englischen Volkspsyche hat es **England** ermöglicht, **trotzdem es seit Jahrhunderten weitaus die meisten Kriege, und zwar stets aus imperialistischen Gründen geführt hat, trotzdem es seit Jahrhunderten überall in der Welt bei jeder Gelegenheit rücksichtslos seine Ansprüche geltend gemacht hat, trotzdem es zur Unterdrückung des indischen, ägyptischen und irischen Volkes die furchtbarsten Gewaltmittel angewendet hat**, die Stimmung der ganzen Welt für sich einzunehmen. Und in Wirklichkeit war es doch das Schlagwort vom „Kampf der Demokratieen gegen die Autokratie der Hohenzollern", das sowohl England als Frankreich und zuletzt Amerika als psychologische Kriegswaffe mit leider nur zu gutem Erfolge gegen das deutsche Volk geführt haben.

Wie wir schon mehrfach betont haben, wurde die **Entwicklung der französischen Volkspsyche** ebenso wie diejenige Englands durch die geographische Lage begünstigt, sodann durch den Umstand, daß seit dem Ende des dreißigjährigen Krieges Deutschland als Machtfaktor auf dem Kontinent nicht mehr in Betracht kam, wodurch die französische Volkspsyche Gelegenheit fand, sich in höherem Grade als beispielsweise das dauernd von allen Seiten bedrohte und in sich uneinige deutsche Volk dem inneren Ausbau zuzuwenden. Es ist deshalb psychologisch durchaus begründet, daß die großen staatsphilosophischen Ideen, die im Zusammenhang mit der Erneuerung des geistigen Lebens auf der Grundlage der Reformation und der stetigen Fortschritte der Naturwissenschaften die geistige Signatur des 18. Jahrhunderts bilden, — das wir charakteristischer Weise als Aufklärungszeitalter bezeichnen — von Frankreich ausgingen. Daß in dem damals innerpolitisch doch am meisten fortgeschrittenen England staatsphilosophische Betrachtungen nicht in dem Grade angestellt wurden, ist psychologisch ebenso begreiflich, weil das praktische Streben des englischen Volkes nach Mitwirkung am staatlichen Leben die Theorie in den Hintergrund treten ließ. Diese Erfahrungstatsache können wir auch später anläßlich der Einwirkung der französischen Revolutionen auf die europäische Völkerpsyche und letzten Endes bezüglich des Einflusses der sozialistischen Ideenwelt auf die englische Arbeiterpsyche beobachten. In Deutschland vermochten weder die von

außen kommenden staatsphilosophischen Ideen noch die auf einer mehr oder weniger rein idealistischen Weltanschauung aufgebauten Gedankengänge des deutschen Geisteslebens praktisch wirksame politische Triebkräfte zu entwickeln, weil die durch die Hervorkehrung der Stammesgegensätze künstlich aufrechterhaltene Zerrissenheit der deutschen Volkspsyche keine geeignete feste und genügend breite Grundlage zu deren Ausbildung und Auswirkung bot. Die verschiedenen französischen Revolutionen, die ihren Ursprung aus der oben angedeuteten geistigen Entwicklung herleiteten, und die als Auswirkung der politisch fortgeschrittenen Volkspsyche im Sinne der Geltendmachung des erlangten subjektiven Rechtsbewußtseins gegenüber den durch Tradition herrschenden Machtfaktoren zu betrachten sind, konnten daher in dem völkisch zerrissenen Deutschland, wie früher schon gezeigt, nur einen ideellen Widerhall finden. Und so haben wir, historisch-psychologisch gesehen, die großen politischen Fortschritte der französischen gegenüber der deutschen Volkspsyche zu verstehen, welch letztere durch die Duldung der Aufrechterhaltung der Autoritätsidee und des konstitutionellen Systems in den Beziehungen zu den herrschenden Machtfaktoren im Zustande des aktiven Rechtsbewußtseins, oder anders gesagt des Untertanencharakters, zurückgeblieben war. Die innere Konsolidierung der französischen Volkspsyche ermöglichte daher auch nach der letzten Revolution von 1848 die Übernahme der Regierung durch die Führer der Volksvertretung nach dem Grundsatz des parlamentarischen Systems. Es ist bezeichnend für den Grad der politischen Entwicklung der französischen Volkspsyche, daß Napoleon III. seine Bestrebungen zur Wiedererrichtung eines Kaiserreichs auf der Grundlage einer Volksabstimmung verfolgen mußte, und daß er auch seinen Staatsstreich, durch den er sich die Präsidentschaft zum zweiten Male erzwang, durch eine allgemeine Abstimmung, die wegen der Kampfmüdigkeit der Republikaner und Arbeiter, und des Eintretens der Klerikalen für seine Wahl zu seinen Gunsten ausfiel, sanktionieren ließ. Die endgültige Errichtung der Republik nach dem Sturz des Kaisertums hatte die vollständige Abschaffung der Standesvorrechte zur Folge und brachte auf der Grundlage eines weitgehenden allgemeinen Wahlrechts jenes Führertum zur Entwicklung, das durch innige Verbindung mit den Äußerungen der Volkspsyche das gesamte Volk in der nationalen Vorstellungswelt zu erhalten wußte, und dadurch ebenso wie das englische Führertum seine Hauptkraft der äußeren Politik zuzuwenden vermochte, deren Bestreben nach „Revanche" für 1870 von Anfang an verfolgt und unverrückbar festgehalten wurde. Die durch das freie französische Wahlrecht und die Durchführung des parlamentarischen Systems begünstigte Teilnahme der fähigsten Köpfe am politischen Leben zeigte die charakteristische Erscheinung, daß gerade aus dem sozialistischen Lager die besten völkischen Führer hervorgingen, die nach Erlangung führender Stellungen mehr oder weniger bürgerliche Anschauungen annahmen. Diese Entwicklung ist namentlich in Deutschland vielfach mißverstanden und daher inbezug auf den nationalen Charakter dieser Persönlichkeiten falsch bewertet worden.

Die psychologischen Betrachtungen über die gesellschaftliche und politische Entwicklung des englischen und französischen Volkes haben wir vorausgestellt, um sie zum Vergleich mit dem gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsgang des deutschen Volkes jeweils heranziehen zu können.

Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands seit 1870.

Der politische Entwicklungsgang der deutschen Volkspsyche nach der Wiedervereinigung der Stämme vollzog sich begreiflicherweise im Zeichen derselben hemmenden Faktoren, die schon der friedlichen Einigung hindernd im Wege standen, denn die Erziehung der Einzelpsyche wie die einer irgendwie gearteten Gemeinschaft, sei es nun eine Gesellschaftsklasse oder ein Volk, in einer bestimmten Richtung, läßt sich nicht von heute auf morgen in andere Bahnen leiten, und das umso weniger, als immer aus ideellen oder materiellen Beweggründen wirksame Beharrungsmomente sich für das Festhalten an der seitherigen politischen, gesellschaftlichen, bzw. wirtschaftlichen oder allgemein kulturellen Vorstellungswelt einsetzen. Nach der Gründung des neuen deutschen Reichs traten im großen ganzen die früher aus dynastischen Beweggründen aufrechterhaltenen partikularistischen Tendenzen in den Hintergrund, und wenn der Stammespartikularismus in dieser oder jener Frage geltend gemacht wurde, so waren es in den meisten Fällen nicht etwa Gegensätze sog. Stammes-„Eigenart", die den Anlaß dazu boten, sondern in erster Linie Momente politischer, gesellschaftlicher und konfessioneller Natur, bei deren Auswirkung der Stammespartikularismus unbewußt oder bewußt als Kampfhilfsmittel verwendet wurde.

Die Entwicklung der gesamtdeutschen Volkspsyche krankte von Anfang an daran, daß den einzelnen Bundesstaaten zu große Zugeständnisse hinsichtlich ihrer innerstaatlichen „Souveränität", d. h. bezüglich der Ausgestaltung ihres Verfassungslebens gemacht werden mußten. Aus diesen erzwungenen Rücksichten heraus entstand das Kompromiß der deutschen Reichsverfassung, dessen Schwächen sich sofort in innerpolitischer Beziehung, nach Bismarcks Rücktritt aber auch inbezug auf die Führung der Außenpolitik bemerkbar machten. So wurde zwar für die Wahlen zum deutschen Reichstag das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht gewährt, den Einzelstaaten aber war die Gestaltung der Verfassung in dieser Richtung freigestellt. Das war vom psychologischen und gesamtnationalen Gesichtspunkt aus betrachtet wohl der schwerste Fehler, der bei der Reichsgründung gemacht wurde, und seine Auswirkungen haben wir heute noch zu spüren. Wie früher schon bemerkt, hätte man im Intresse des Ausgleichs des mehr oder weniger künstlich konstruierten Stammespartikularismus, besonders aber im Hinblick auf die Notwendigkeit der Schaffung einer einheitlich empfindenden deutschen Volkspsyche allen Bundesstaaten die Mindestpflicht zur Einführung des Reichstagswahlrechts auferlegen sollen, wodurch einerseits die Möglichkeit der Hervorkehrung von Stammesgegensätzen auf verfassungspolitischem Gebiete ausgeschaltet, andererseits aber auch die in den rückständigen Verfassungen der norddeutschen Staaten liegenden Konfliktsmomente bezüglich der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung gemildert worden wären. So wurde neben der in den Einflüssen der Umgebung sowie in der verschiedenartigen wirtschaftlichen und im Zusammenhang damit gesellschaftlichen Struktur begründeten geistigen auch eine politische und damit auch gesellschaftliche „Mainlinie" geschaffen, wozu noch das weitere Trennungsmoment der konfessio-

nellen Gegensätze trat. Da sowohl der Verwaltungsapparat des Reichs wie der der Bundesstaaten in den Händen einer Beamtenhierarchie sich befand, die im Grunde genommen bis in die höchsten Spitzen der Regierung hinauf sich lediglich dem Monarchen gegenüber verantwortlich fühlte, und zum weitaus größten Teil nur der Adel zur Bekleidung der höchsten Staatsämter für fähig erachtet wurde, so blieb den Vertretern des Volkes im Reichstag wie in den Landtagen in der Hauptsache nur das Vorschlagsrecht bezüglich der Gesetzgebung und das Budgetrecht, die beide im wesentlichen nur eine passive Mitwirkung an der Führung der Staatsgeschäfte ermöglichten. Diese Aufrechterhaltung der Passivität der Volksvertretung inbezug auf die Geschäftsführung der Regierung im Reich wie in den Bundesstaaten bewirkte einerseits, daß die Volksvertreter wenig Einblick in die wichtigsten Regierungsgeschäfte bekamen, also auch auf diesen Gebieten keine genügenden Erfahrungen zu erwerben vermochten, andererseits aber bildete sich namentlich in den höheren Gesellschaftsschichten eine gewisse Nichtachtung, ja Mißachtung der parlamentarischen Tätigkeit heraus. Im Hinblick auf den den Volksvertretern gezogenen geringen Betätigungskreis und die von gewissen Kreisen systematisch genährte Verächtlichmachung dieser Tätigkeit kann man es verstehen, daß die fähigsten Köpfe, — wie es in den demokratisch regierten Staaten der Fall war und ist, und wie sie noch die deutsche Nationalversammlung von 1848 umfaßte, — sich nicht in dem Maße, wie es das Allgemeinwohl erfordert hätte, am politischen Leben betätigten. Und die nächste natürliche Folge war, daß weite Kreise des Bürgertums und der Intelligenz sich höchstens anläßlich der Wahlen, sonst aber überhaupt nicht um die Politik bekümmerten, was gesetzmäßig zur Erstarrung des politischen Lebens führen mußte.

Der einzige Staatsmann zur Zeit der Reichsgründung, der die Macht und das Ansehen gehabt hätte, dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben, die einmal seiner geistigen Entwicklung entsprochen, zum andern die gesellschaftlichen und sozialen Gegensätze gemildert, vor allem aber die nationalen Triebkräfte lebendig erhalten hätte, Bismarck, war zu sehr in den Standestraditionen des preußischen Feudalismus verankert, als daß er die psychologische Bedeutung einer freiheitlichen Ausbildung der Volkspsyche sich einzugestehen vermocht hätte, selbst wenn er sie tatsächlich erkannt hatte, worauf viele seiner oft sprunghaften innerpolitischen Versuche hindeuten. Aus den Bismarckerinnerungen des früheren preußischen Landwirtschaftsministers von Ballhausen, der lange Jahre mit Bismarck zusammengearbeitet und auch in engem gesellschaftlichem Verkehr mit ihm gestanden ist, geht hervor, daß Bismarck nach seinen eigenen Aussagen 1866 das allgemeine Wahlrecht für den damaligen Norddeutschen Bund nur deshalb eingeführt hatte, um einen Trumpf gegen Östreich im Hinblick auf die süddeutschen Staaten auszuspielen, und zwar mit der stillen Absicht, es bei Gelegenheit wieder zu revidieren. Und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den deutschen Reichstag geschah fraglos unter dem Einfluß der süddeutschen Regierungen als Zugeständnis an die freieren Verfassungen der süddeutschen Staaten, in denen, wie schon früher bemerkt, ein großer Teil der Bevölkerung Bismarck starkes Mißtrauen sowohl wegen seiner Äußerungen während der Revolution wie wegen

seiner Haltung in den Konfliktsjahren der preußischen Volksvertretung gegenüber entgegenbrachte. Eine aus einer einheitlichen Stimmung des Volkes herausgewachsene Willenskundgebung hätte fraglos mit der Zeit auch in Preußen die Widerstände gegen eine nach neuzeitlichen Gesichtspunkten orientierte Ausgestaltung der Verfassung im Reich wie in den Einzelstaaten überwunden, und Bismarck wäre trotz seiner feudalistisch veranlagten Grundnatur ein zu guter Psychologe gewesen, als daß er sich einer großen Volksströmung dauernd entgegengestemmt hätte. Seine Unterhandlungen mit Führern des Zentrums und der Nationalliberalen, und die Anknüpfung von Beziehungen zu Marx und Engels sowie insbesondere zu Lassalle, von dem man die Gründung einer großen, im nationalen Gedanken festgehaltenen Arbeiterpartei erwartete, deuten doch darauf hin, daß er bei genügend starkem Anstoß aus der Volksvertretung heraus zu Konzessionen an den Parlamentarismus bereit gewesen wäre, und das vielleicht umsomehr, als seine stärkste Seite doch die Außenpolitik war, und er durch Zugeständnisse in innerpolitischer Hinsicht seine Kräfte für die Hauptaufgabe seines Lebens viel ökonomischer hätte verwenden können. Wenn wir bedenken, daß Bismarcks Hauptfähigkeit und im Zusammenhang damit naturgemäß auch seine Hauptvorstellungswelt gerade auf dem Gebiete der Außenpolitik lag, auf dem er doch seine eigentliche Laufbahn begonnen, erfolgreich durchgeführt und beendet hatte, und das ihn über seine staatsmännische Tätigkeit hinaus bis zum Tode gefesselt hielt, so verstehen wir, daß ihm, besonders im Hinblick auf seine Erziehung und die gesellschaftliche Umgebung, für eine auf Grund von Erfahrungen zu sammelnde methodisch fortschreitende Einfühlung in die Erfordernisse einer großzügigen nationalen Innenpolitik nur wenig Zeit und wohl auch Neigung übrig blieb. Und so begreifen wir auch, daß dieser glänzende Stratege und Taktiker auf außerpolitischem Gebiete, auf dem er mit überragender Genialität alle Stimmungen und Bestrebungen der zu beachtenden Machtfaktoren in seine Berechnungen einzustellen wußte, nie vorzeitige, etwa auf gefühlsmäßige Augenblickseingebungen aufgebaute Entschlüsse faßte, sondern jedes Ziel systematisch bis zur Handlungsreife verfolgte, inbezug auf seine innerpolitischen Handlungen nicht denselben Grad gereifter Überlegung aufzubringen vermochte, weil die Innenpolitik ihm doch wohl mehr als störende Ablenkung von seiner Hauptaufgabe erschien. In dieser rein psychologischen Auffassung über den politischen Charakter Bismarcks werden wir durch die Tatsache bestärkt, daß er gerade in der Innenpolitik seiner Kraftnatur am wenigsten Zügel angelegt hat, weil er hier eine Disziplinierung seiner Triebkräfte in der Richtung einer Methodisierung seiner Bestrebungen — immer mit Beziehung auf sein Hauptziel — nicht für notwendig erachtet haben dürfte. Aus diesen Überlegungen heraus verstehen wir einerseits seine leidenschaftliche Kampfesweise im Reichstag, namentlich aber gegen das Zentrum und gegen die Sozialisten, die ihren Niederschlag im sog. „Kulturkampf" bzw. im Sozialistengesetz fand, andererseits seine sprunghaften Versuche mit dieser oder jener Partei, deren Mitwirkung ihm bei Durchführung seiner Pläne gerade nützlich erschien.

Neben der trotz der äußeren Einigung naturgemäß noch fortbestehenden geistigen, gesellschaftlichen und politischen Verschiedenheit der deutschen Stämme war

es aber nach 1870 besonders das Hervortreten der wirtschaftlichen Faktoren, das eine einheitliche Geltendmachung der Bestrebungen nach einer neuzeitlichen Fortentwicklung der Verfassung in der Richtung einer mehr aktiven Mitwirkung des Volkes am Staatsorganismus verhinderte. Der glänzende machtpolitische Aufstieg Deutschlands unter Bismarcks genialer Außenpolitik, sowie der geradezu fabelhafte wirtschaftliche Aufschwung hatten zur Folge, daß ein großer Teil des Bürgertums und der Intelligenz im Zusammenhang mit dem psychischen Einfluß der Ausschaltung des Volkes von einer aktiven Mitwirkung an den Staatsgeschäften sich vom politischen Leben fast völlig zurückzog, und sich fast ausschließlich wirtschaftlichen, geistigen, wissenschaftlichen und allgemein kulturellen Problemen zuwandte, wodurch die geistigen und seelischen Triebkräfte in der Hauptsache auf das berufliche und gesellschaftliche Gebiet geleitet wurden. **In dieser in erster Linie nach der wirtschaftlichen, beruflichen und im Zusammenhang damit gesellschaftlichen Seite hin orientierten Entwicklung der deutschen Volkspsyche haben wir die Ursachen für die Erstarrung des politischen Lebens im Reiche, und insbesondere in den norddeutschen Staaten zu suchen.** Die Haupteinstellung der Volkspsyche auf das wirtschaftliche, berufliche und gesellschaftliche Moment zeitigte auch die für die unpolitische Denkweise gerade der oberen Gesellschaftsschichten charakteristische Erscheinung, daß die **politische Vorstellungswelt weitester Kreise** nicht etwa auf Grund von Erfahrungen im politischen Leben oder einer bestimmten Staatsauffassung bzw. kulturellen Weltanschauung gebildet wurde, sondern in der Hauptsache **nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten. Die Ausbildung der Gesellschaftspsyche Deutschlands aber vollzog sich auf der Grundlage der autoritativen Erziehung in der Richtung einer absoluten Anerkennung des monarchisch-feudalistisch-büreaukratischen Regierungssystems.** Es lag im Wesen der Geltendmachung der monarchisch-feudalistischen Staatsauffassung, daß neben dem Adel das Offizierskorps und in zweiter Linie der höhere Beamtenstand die erste gesellschaftliche Stellung in Deutschland einnahmen. Die unmittelbare Unterstellung dieser Stände unter die Machtvollkommenheit des Landesherrn, bzw. des Kaisers bewirkte die gewünschte vollkommene Einstellung derselben auf den monarchischen Autoritätsgedanken, demgegenüber der völkische Gemeinschaftsgedanke völlig in den Hintergrund trat. Die verfassungsrechtliche Stellung inbezug auf das Anstellungsverhältnis kam diesen Ständen überhaupt nicht zum Bewußtsein, denn die Gegenzeichnung trug nur einen gar nicht beachteten, formalen Charakter, und das umso mehr, als doch auch die Minister nur Beamtencharakter trugen. Es ist begreiflich, daß durch eine solche Erziehungsweise weder beim Beamtenstand und viel weniger noch beim Offizierskorps eine staatsbürgerliche Vorstellungswelt sich zu bilden vermochte, und daß die systematisch durchgeführte Heraushebung dieser Stände aus dem Volkskörper psychologisch gesetzmäßig zu einer unbewußten oder bewußten Überhebung gegenüber den anderen Gesellschaftsschichten führen mußte. Bei geistig wenig fortgeschrittenen Völkern ist die äußere Betonung der Klassen- und Standesunterschiede, bzw. des Standesbewußtseins etwas Selbstverständliches, weil die Volkspsyche, um in unserer Anschauungsweise zu sprechen, noch in einem passiven, höchstens aktiven Rechtsbewußtsein gegenüber den herrschenden Klassen verankert ist, die stetig fortschreitende geistige Ausbildung des

deutschen Volkes hatte aber selbstverständlich die Entwicklung des subjektiven Rechtsbewußtseins der Volkspsyche in der Richtung der Geltendmachung der staatsbürgerlichen Rechte gefördert, im Unterschiede zu dem Bestreben der herrschenden Faktoren, die im Volke die Anschauungswelt des Untertanen aufrechterhalten wollten. Daß es gerade die Angehörigen der unteren Schichten des Volkes, also des bürgerlichen Mittelstandes und der Arbeiterschaft waren, die die Bestrebungen nach neuzeitlicher Ausgestaltung der Verfassung in der Richtung der Ermöglichung der aktiven Mitwirkung des Volkes am Staatsorganismus fortsetzten, ist psychologisch durchaus begründet, denn sie empfanden die Degradierung ihres Standes und damit ihrer Persönlichkeit durch das Hervorkehren des Klassen- und Standesbewußtseins der herrschenden Schichten im gesellschaftlichen Leben naturgemäß am meisten, während die durch Beruf und Besitz wirtschaftlich besser gestellten Kreise des Bürgertums für diese überall in Erscheinung tretende Klassifizierung begreiflicherweise nicht jenes gefühlsmäßige oder bewußte Empfinden der Zurücksetzung besaßen, weil sie durch ihren Stand bzw. ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sich eine gesellschaftlich gehobene, mindestens aber unabhängige Stellung zu erringen vermochten, und auch die Gelegenheit hatten und wahrnahmen, ihre Familienmitglieder den besonders bevorzugten Ständen, dem Militär- und Beamtentum zuzuführen.

Die Einstellung der Gesellschaftspsyche auf die gekennzeichneten hierarchischen Verhältnisse — Dynastie, Adel, Offizierskorps, Beamtentum — hatte die natürliche Folge, daß die Zugehörigkeit zu diesen Ständen, mindestens aber die Anerkennung einer gewissen Gesellschaftsfähigkeit durch diese Kreise als erstrebenswertes Ziel betrachtet wurde, und vielfach zur Überschätzung der Bedeutung der herrschenden Faktoren inbezug auf das Staatswohl führte, während auf der andern Seite eine gefühlsmäßig oder bewußt in Erscheinung tretende **Geringschätzung**, ja **Mißachtung der Berufstätigkeit der unteren Gesellschaftsschichten**, also des gewerblichen oder Angestelltenmittelstandes, der Arbeiterschaft und des Kleinbauern entstand. Daraus leitete sich wiederum psychologisch gesetzmäßig das Streben aller intelligenten Kräfte der oben genannten Schichten in erster Linie nach der Beamtenlaufbahn her, dann aber auch nach solcher Berufstätigkeit, in der man eine gesellschaftliche Rangerhöhung erblickte. Der intelligente Sohn des Arbeiters mußte mindestens Kaufmann werden, der kleine Handwerker, Gewerbe- oder Handeltreibende trachtete danach, seinen Sohn in die mittlere Beamtenlaufbahn zu bringen, die vermöglicheren Angehörigen dieser Berufskreise aber ließen die Söhne, wenn nur ein gewisses Talent sich zeigte, womöglich studieren, um ihnen die höhere Beamtenlaufbahn oder einen „besseren" Beruf und damit eine entsprechende gesellschaftliche Stellung zugänglich zu machen, obwohl viele im väterlichen Beruf und Geschäft sich wirtschaftlich weit besser hätten entwickeln können. Für die wirtschaftlich gut gestellten Kreise und die in der höheren Gesellschaft verankerten Stände war das akademische Studium oder die Offizierslaufbahn geradezu eine Standesnotwendigkeit, und es bedeutete hier schon eine Entgleisung bzw. eine „Blamage", wenn der Sohn wegen geringer Begabung oder aus sonstigen Gründen „nur" den kaufmännischen Beruf ausübte. Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Ausbildung der Volkspsyche auch auf die gesellschaftliche und soziale Vorstellungswelt

der Jugend einwirken mußte, und das umsomehr als fast überall eine entsprechende Erziehung in der Familie erfolgte.

Wenn durch dieses in der Hervorkehrung der gesellschaftlichen Rangordnung begründete Streben nach höherer Berufsstellung auch viele guten Kräfte geweckt wurden und zur Entfaltung kamen, so führte andererseits die daraus entstandene **Überschätzung der Berufs- und Standesfragen unter Zurücksetzung des Persönlichkeitswertes zu ungesunden Zuständen in gesellschaftlicher, aber auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht, und ganz besonders inbezug auf die nationale Erziehung.** Das ganze gesellschaftliche Leben vollzog sich fast unter dem einzigen Gesichtspunkte der Beachtung und Wahrnehmung der Standesvorrechte, der Standesrücksichten, der Standesehre, wobei weiterhin noch zu berücksichtigen ist, daß innerhalb bestimmter Stände wiederum ein ganz spezifisches Standesbewußtsein zwecks Heraushebung aus den anderen Gesellschaftsschichten gepflegt wurde. Ganz abgesehen von der Exklusivität des Adels, des Offizierskorps — bei letzterem gab es bekanntlich ebenfalls Reibungen wegen der Bevorzugung des Adels — und des höheren Beamtentums, gliederte sich die gesamte bürgerliche Gesellschaft in fest umgrenzte Kreise, die je nach dem Grade der Schulbildung, der beruflichen und damit der gesellschaftlichen Rangstufe gezogen wurden. Im Hinblick auf die systematisch durchgeführte hierarchische Gesellschaftsordnung, die überall das Standesbewußtsein gegenüber dem Arbeits- und Persönlichkeitswert in den Vordergrund treten ließ, ist es verständlich, daß der Besitz, namentlich aber der in der Hauptsache durch Handarbeit erworbene, **durchaus nicht ausschlaggebend für die Zulassung in gesellschaftlich gehobene Kreise** war. Die Erziehung der Volkspsyche in dieser Anschauung, die später allerdings durch die Industrialisierung unserer Volkswirtschaft und die daraus hervorgehende mannigfaltigere Ausgestaltung der Lebensformen, letzten Endes aber durch den Einfluß des Krieges mit seinen materialistischen Begleiterscheinungen nach und nach verloren gegangen ist, hatte einerseits eine sehr bedeutsame sozialethische Wirkung, über deren großen Wert noch später zu sprechen sein wird, andererseits aber **bildete sich infolge der Geringschätzung der Handarbeit eine Überschätzung der geistigen Arbeit heraus, die die gesellschaftliche Psyche nicht nur in der Richtung der Verschärfung der Klassengegensätze ungünstig beeinflußte, sondern auch vom volkspsychologischen, bzw. rassenbiologischen Standpunkte aus.** Der ungünstige Einfluß der Geringschätzung der Handarbeit auf die Volkspsyche zeigte sich in den Erscheinungen der **Landflucht** in den letzten Jahrzehnten, die wohl mit der Industrialisierung der Volkswirtschaft und der daraus resultierenden stärkeren Anziehungskraft des Städtelebens und seiner lebhafteren, die geistigen und seelischen Bedürfnisse mehr anregenden Physiognomie zusammenhängt, teilweise auch mit der ungenügenden Bewertung der landwirtschaftlichen Produkte im Hinblick auf die steigende Einfuhr, in ihren letzten Ursachen aber doch auf das Bestreben zurückzuführen ist, die schwere, **mißachtete bäuerliche Arbeit** gegen leichtere Beschäftigung selbst auf das Risiko einer Entwurzelung aus der Heimatscholle und einer unsicheren Existenz hin einzutauschen. Dieselbe Erscheinung können wir, wie schon kurz angedeutet, **auch hinsichtlich des handwerklichen Nachwuchses** beobachten. Schon seit einer Reihe von Jahren vor dem Kriege stand in den Handwerkerorganisationen die

stete Klage der Schwierigkeiten der Beschaffung eines tüchtigen Nachwuchses auf der Tagesordnung. Zum Teil mochte in der geringen Steigerung der für den handwerklichen Nachwuchs in erster Linie in Betracht kommenden bäuerlichen und Arbeiterjugend die vielfach noch in patriarchalischen Verhältnissen verankerte Lehrlingserziehung eine gewisse Schuld tragen, in der Hauptsache aber war es die Scheu der intelligenten Jugend jener Schichten vor der Handarbeit, die schon durch die vergleichsweisen Äußerungen in der Familie geweckt und durch den Verkehr in der Schule weiter vertieft wurden. Die Erziehung in der Schule, die lediglich auf den ebenfalls in der gekennzeichneten Gesellschaftshierarchie verankerten Autoritätsgedanken und ein eng umgrenztes, in der Hauptsache abstraktes, d. h. zu dem späteren Leben kaum in Berührung stehendes Lehrmaterial eingestellt war, vermochte naturgemäß der Jugend, namentlich aber der intelligenten, auch keine bessere Meinung über die Vorteile eines gesunden Bauern- und Handwerkerstandes beizubringen. Erst im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege, als die Pädagogik mehr durch die Fortschritte der Physiologie und Psychologie angeregt worden war, und die Arbeiternot in der Landwirtschaft, der Lehrlingsmangel beim Handwerk, sowie die Überfüllung der kaufmännischen, Beamten- und aller akademischen Berufe offensichtlich in Erscheinung trat, ging man zu neuzeitlichen, auf das praktische Leben besser eingerichteten Lehrmethoden in der Richtung einer mehr individualistischen Behandlung des Schülers und seiner Veranlagung über.

Die Geringschätzung der Handarbeit, die sich darin zeigte, daß weder die begabten Söhne des gutsituierten Bauern noch des Handwerkers und Gewerbetreibenden den Beruf ihres Vaters ausüben und damit auf eigener Scholle bleiben wollten — denn die Väter selbst wünschten ihrem Nachwuchs einen „geachteteren" Beruf — **ging sogar auf die technischen Berufe über.** In den höheren Schulen wurden die Schüler, die die Absicht kundgaben, sich „nur" technischen Berufen zuwenden zu wollen, unter den Schulkameraden schon gefühlsmäßig in eine niedrigere gesellschaftliche Rangstufe eingereiht. Es bedeutete daher eine psychologische Folgerichtigkeit, daß die in gewissem Grade doch mehr auf das praktische Leben angelegten Realschulen eine geringere Bewertung als die humanistischen Schulen erfuhren, die sich dann weiterhin psychologisch gesetzmäßig auch auf die akademischen Anstalten erstreckte. Bekanntlich vollzog sich das gesamte akademische Leben der Vorkriegszeit gleichfalls in den Bahnen einer bis ins Kleinste der gesellschaftlichen Hierarchie nachgebildeten Differenzierung in Gesellschaftsklassen, denn das Verbindungswesen war vollständig auf das Moment der Klassenzugehörigkeit eingestellt, was sich im Verkehr oft in der schroffsten Form bemerkbar machte. Dadurch daß das Universitätsstudium in der Hauptsache sich auf den Grundlagen der humanistischen Vorbildung aufbaute, und daher die Söhne der führenden Gesellschaftsklassen selbstverständlich in erster Linie humanistische Erziehung genossen, erhielt die Realschulbildung schon an sich eine geringere Note, deren Auswirkung sich nicht nur bei der Schuljugend, sondern auch in beruflicher und gesellschaftlicher Hinsicht bemerkbar machte. Die Reifeprüfung an den Oberrealschulen wurde nicht für vollwertig angesehen, was schon dadurch zum Ausdruck kam, daß ein ordentliches Studium auf der Universität in fast sämtlichen Fakultäten nur auf Grund der humanistischen

Reifeprüfung möglich war. Erst im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege wurde es den Absolventen der Oberrealschule möglich gemacht, Rechts- und Staatswissenschaft, Medizin, Naturwissenschaft und Neuphilologie nach Ablegung des sog. Latinums zu studieren. Auch solange für das ordentliche Studium an den höheren technischen Lehranstalten die Reifeprüfung nicht obligatorisch war, wurde dieses Studium in akademischen Kreisen nicht als vollwertig angesehen, und das umso weniger als der technische Beruf eben den Beigeschmack der Vorstellung einer gewissen Handarbeit hatte. Diese gefühlsmäßige Differenzierung, die übrigens jedem Kenner der Verhältnisse geläufig ist, übertrug sich auch auf das Verbindungswesen in der Richtung, daß die sonst gesellschaftlich und ihrer Tendenz nach gleichartigen Verbindungen der technischen Hochschulen lange Zeit nicht als gleichwertig gegenüber den Universitätsverbindungen betrachtet wurden, daß also auch ein formaler akademisch-gesellschaftlicher Verkehr im Sinne der Kartellierung nicht stattfand. Erst die im Zusammenhang mit der Industrialisierung unserer Volkswirtschaft stetig steigende Bedeutung der technischen Wissenschaften und der Technik überhaupt vermochte nach und nach in der Psyche der akademischen Kreise alle diese beruflichen und gesellschaftlichen Vorurteile gegenüber dem Techniker und Ingenieur wenigstens in formaler Beziehung zu unterdrücken.

Die in unserem scharf umgrenzten Gesellschaftssystem begründete Überschätzung der geistigen Tätigkeit führte aber psychologisch gesetzmäßig auch zu einer **Geringschätzung der körperlichen Tüchtigkeit und Elastizität überhaupt**, soweit es sich nicht um einen „gesellschaftsfähigen" Sport wie das Reiten, Fechten und das von England übernommene Tennisspiel handelte. Namentlich das Turnen, dessen glänzende Organisation für die körperliche und geistige Ertüchtigung des deutschen Volkes unschätzbare Werte geschaffen hat, fand gerade in den oberen Gesellschaftskreisen nicht die ihm inbezug auf die nationale Erziehung zukommende Beachtung, wobei wohl der geschichtliche Werdegang der deutschen Turnerschaft etwas mitwirkte, der in seinen psychologischen Ursprüngen einen völkisch-politischen Hintergrund hatte, weshalb die deutsche Turnerschaft trotz ihrer völlig unpolitisch sich gestaltenden Weiterentwicklung — besonders in Norddeutschland — immer mit einem gewissen Mißtrauen verfolgt wurde, weil sie in der Auffassung gewisser Kreise das monarchistische Moment nicht gebührend betonte. Bezeichnend für die früher in maßgebenden Kreisen in Berlin herrschende Auffassung über den Charakter der deutschen Turnerschaft sind die Vorgänge anläßlich des letzten deutschen Turnfestes in Leipzig vor dem Kriege. Man hatte den sonst für Leibesübungen sich sehr interessiert zeigenden deutschen Kronprinzen zu dem Feste erwartet; der Besuch unterblieb jedoch und außerdem wurde der Vorsitzende mit einem gering bewerteten Orden bedacht, dessen Annahme er verweigerte. Neben der Geringschätzung der Leibesübungen war es aber auch das gesellschaftliche Moment, das die oberen Schichten von der Teilnahme am deutschen Turnwesen abhielt, da sich die Turnerorganisationen und -vereine in der Hauptsache aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung zusammensetzten. Erst als die nachteiligen Erscheinungen der Überschätzung der geistigen Tätigkeit sich in zunehmender Nervosität überall bemerkbar machten, wurde auch bei uns dem Turnen, Sport und Wandern größere Beachtung inbezug auf die Jugenderziehung

geschenkt. Aber auch hier haben wir — abgesehen vom Turnen, das einen ausgesprochen methodisch-deutschen Charakter trägt — in der Hauptsache das **Vorbild der angelsächsischen Völker nachgeahmt, die infolge der freieren individualistischen Ausbildung der Volkspsyche von jeher viel besser mit dem Wesen der lebendigen Triebkräfte der Völker vertraut** waren, und daher ein gewissermaßen instinktives Empfinden für die Notwendigkeiten einer gesunden Volkserziehung nach psychologischen und rassenbiologischen Gesichtspunkten besaßen. Es ist daher, worauf wir später noch näher eingehen werden, psychologisch durchaus begründet, daß gerade von der am wenigsten von gesellschaftlichen Traditionen belasteten nordamerikanischen Volkspsyche die großen Neuerungen hinsichtlich einer freieren Jugenderziehung, die die individuellen Triebkräfte besser zur Entfaltung kommen läßt, einer größeren Beachtung der Körperkultur und der größeren gesellschaftlichen, und damit auch geistigen und beruflichen Bewegungsfreiheit der Frau ausgegangen sind.

Die Geringschätzung der vorwiegend körperlichen Arbeit verhinderte im Hinblick auf die **starke Bevölkerungszunahme** und die angesichts der verhältnismäßig engen geographischen Begrenztheit unseres Landes geringen Ausbreitungsmöglichkeiten eine gesunde soziale Entwicklung in der Richtung des Ausgleichs der volkswirtschaftlichen Kräfte. Wie wir schon früher angedeutet haben, sind die in den letzten Jahrzehnten einsetzende Landflucht und die Klagen über die Nöte bezüglich des handwerklichen Nachwuchses zum großen Teil auf die lediglich auf gesellschaftliche Momente eingestellte Volkserziehung zurückzuführen. Die Landflucht hatte zur Folge, daß namentlich in Gegenden, mit vorwiegend landwirtschaftlichem Charakter ausländische Hilfskräfte beschäftigt werden mußten. Auch für den Bergbau sowie für primitive Handarbeiten, etwa für Erdarbeiten aller Art, mußten ausländische Kräfte (Polen, Italiener) herangezogen werden, weil nicht genügend inländische Kräfte für diese Arbeitsgebiete vorhanden waren, wobei allerdings auch zu beachten ist, daß es sich hier meistens um sog. Saisonarbeiten handelte, die nur einen Teil des Jahres Verdienst versprachen, also keine dauernde Beschäftigung boten, und deshalb für gelernte Arbeiter nicht in Betracht kamen. Die mit der Vorstellungswelt der Gesellschaftspsyche und der Industrialisierung unserer Volkswirtschaft zusammenhängende Landflucht sowie die Bevölkerungszunahme begünstigten einerseits die Entwicklung der Städte, namentlich aber der Industriestädte, andererseits eine **starke Arbeitsnachfrage** in den auf diese Weise sich herausbildenden Siedlungszentren, die naturgemäß die **Grundlage zu einem scharfen Wettbewerb der Arbeitskräfte auf allen Erwerbsgebieten** schuf. Da der Befähigungsnachweis in erster Linie durch den Umfang der erworbenen Schulbildung und eine entsprechende Bewertung durch die Schulleitung erbracht werden mußte, so begann der Wettbewerb natürlich schon in der Schule mit dem Streben nach einer möglichst günstigen Note beim Abschluß der Schulbildung. Das Überangebot besonders in den Berufsgebieten mit vorwiegend geistiger Betätigung — worunter wir auch mehr oder weniger mechanische und reproduktive Schreib- und technische Arbeit rechnen — bewirkte eine gesetzmäßige Steigerung der Ansprüche der privaten Arbeitgeber wie auch der staatlichen Behörden und öffentlichen Körperschaften inbezug auf die Schul- und Fachvorbildung und damit eine weitere Verschärfung des Wettbewerbs, die nach

einem natürlichen wirtschaftspsychologischen Gesetze die Gestaltung der Gehaltsverhältnisse wesentlich beeinflußte, sodaß im Hinblick darauf viele Berufsorganisationen von Angestellten und Beamten dauernd gezwungen waren, gegen den Andrang zu ihren Berufsgebieten durch Warnungen Stellung zu nehmen, unter gleichzeitiger Schilderung der ungünstigen Anstellungs- und Gehaltsaussichten. Auch die staatlichen Behörden mußten für verschiedene Berufsgebiete derartige Kundgebungen erlassen. Der in der Betonung des gesellschaftlichen Moments inbezug auf die Berufswahl begründete Andrang zu den Universitäten und technischen Hochschulen wirkte sich dahin aus, daß viele Absolventen dieser Anstalten als „Volontäre", d. h. ohne Bezahlung sich anstellen ließen, nur um in ihrem Berufsgebiete unterzukommen, und daß sie in den Anfangsstellungen mit geradezu lächerlich geringen Gehältern vorlieb nehmen mußten, die weder mit ihrer Ausbildungszeit noch den gestellten Ansprüchen in irgend einem Wertverhältnis standen. Auf diese Weise wurde in weitesten Gesellschaftskreisen ein **geistiges Proletariat** geschaffen, dessen Existenzverhältnisse vielfach schlechter als die des Arbeiterstandes waren, und das umsomehr, als aus gesellschaftlichen Rücksichten die äußeren Lebensformen stärker betont werden mußten, als das Einkommen es zugelassen hätte.

Die systematische Erziehung der Volkspsyche zu einer Überschätzung der geistigen Tätigkeit mußte ebenso wie die unpolitische Erziehung zum Autoritätsgedanken gesetzmäßig eine Erstarrung des völkischen Instinktes zur Folge haben, d. h. den Verlust des instinktiven Empfindens oder der bewußten Erkenntnis der volkspsychologischen bzw. rassenbiologischen Gesetze, deren Beachtung zwecks Aufrechterhaltung eines natürlichen gesunden Lebenstriebs notwendig gewesen wäre. Nur so können wir es verstehen, daß beispielsweise die zunehmende Bevölkerungsdichte in Deutschland in der Schule vielfach als etwas höchst Vorteilhaftes bezeichnet wurde, das wir vor anderen Völkern voraus hätten, und daß auf diese Weise der kolonisatorische Gedanke, der nach dem immerhin umfangreichen Erwerb von Kolonien im Intresse der nationalen Erhaltung unserer überschüssigen Bevölkerung eine großzügige **völkische** Propaganda hätte erfahren sollen, nicht die gebührende Berücksichtigung fand. Die an sich für die Entwicklung des geistigen und damit volkswirtschaftlichen und kulturellen Lebens Deutschlands überaus wertvolle Steigerung der geistigen Tätigkeit auf allen Gebieten zeitigte auch begreiflicherweise die **Herausbildung eines mittelmäßigen Virtuosentums**, dessen „Produktivität" sich namentlich auf dem Büchermarkt bemerkbar machte. Mit Stolz wurde zu Anfang des Krieges zwecks Kennzeichnung der geistigen Überlegenheit des deutschen Volkes über unsere Gegner hervorgehoben, daß in Deutschland im Jahre 1913 33 000 neue Bücher und Broschüren herauskamen, während es England nur auf 11 000 gebracht habe, die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf 11 200 und Japan auf 22 000. Betrachten wir diese Zahlen aber nicht nur vom Gesichtspunkt der rein geistigen Produktivität aus, sondern stellen wir sie in Beziehung zu den nationalen Erfolgen dieser Völker inbezug auf die Beeinflussung der Kulturwelt zu ihren Gunsten, so finden wir, daß die beiden angelsächsischen Staaten trotz unserer überragenden Erfolge auf geistigem, wissenschaftlichem, technischem, volkswirtschaftlichem und allgemein kulturellem Gebiete und „trotz" ihrer Unterlegenheit hinsichtlich der geistigen

„Produktivität" die gesamte zivilisierte Welt — mit Einschluß des größten Teils der deutschen Bevölkerung aller Klassen — tatsächlich schon moralisch für sich gewonnen hatten, und zwar deshalb, weil das Führertum dieser Völker aus einer wohldurchdachten Erziehung der Volkspsyche heraus nicht nur in der Empfindungs- und Vorstellungswelt ihrer eigenen Völker bewandert war, sondern diese auch zwecks Hebung des Ansehens dieser Staaten überall in der Welt zur entsprechenden „kulturellen" Würdigung und Geltung zu bringen suchte. Wenn Bismarck heute die Erfolge der Angelsachsen auf dem Gebiete der „Kultur"propaganda zu sehen Gelegenheit hätte, so würde er es sich wohl überlegen, so geringschätzig von den sog. „moralischen Eroberungen" zu sprechen, und er würde wohl auch sein Urteil über den Journalismus einer Revision unterziehen müssen, den er einmal ganz im Sinne der Anschauungsweise seines beruflichen und gesellschaftlichen Standes als einen „verfehlten Beruf" bezeichnet hatte. Vergleichen wir also die Bücherproduktivität wie überhaupt die gesamte geistige Arbeitsleistung Deutschands und der angelsächsischen Staaten mit den beiderseitigen materiellen völkischen Erfolgen, so finden wir, daß unsere geistige Überlegenheit im Wettbewerb um das kulturelle und damit auch das politische Ansehen in der Welt uns gegenüber den in der Behandlung der eigenen und fremden Völker infolge einer entsprechenden Erziehung weit überlegenen Angelsachsen nichts genützt hat. Es ist das übrigens **eine psychologische Erfahrungstatsache, die auch innerhalb einer jeden kleineren oder größeren Gemeinschaft in Erscheinung tritt, daß eine vorwiegend geistige Betätigung zu einer Erstarrung der Instinkte des Lebenstriebs führt,** die sich in einer Vernachlässigung der physischen Triebkräfte und schließlich auch des in der Beachtung der äußeren Lebensverhältnisse und damit des Erwerbsmoments nach Auswirkung strebenden natürlichen Selbsterhaltungstriebs äußert. Einer solchen Vergeistigung der Volkspsyche, die sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland infolge der eigenartigen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der dadurch bedingten Nichtberücksichtigung der Übervölkerung tatsächlich in hohem Grade eingestellt hatte, haben die angelsächsischen Staaten, bei denen allerdings das wichtige Moment der Überbevölkerung nicht mitgewirkt hat, durch möglichst freie, d. h. durch die Staatsautorität nicht beengte, individualistische Erziehung der Volkspsyche vorgebeugt, wodurch eine ungehemmte Entfaltung der gesunden Triebkräfte des Volkes ermöglicht wurde. Die Heranziehung zu körperlicher Tüchtigkeit und Elastizität durch weitgehende Betonung der Körperübungen in der Schule und im Volksleben (Sport) war schon geeignet, die Bewertung der körperlichen gegenüber der rein geistigen Betätigung nicht zu unterschätzen, wozu noch die individualistisch-politische Erziehung durch das parlamentarische System trat, die die selbstverständlich auch dort vorhandenen Klassenunterschiede weder in gesellschaftlicher noch in beruflicher Beziehung so scharf in Erscheinung treten ließ wie in Deutschland, weil **der Parlamentarismus nicht nur eine politische Schulung und Disziplinierung erfordert, sondern im Zusammenhang damit auch eine gesellschaftliche, in der Richtung der Beachtung der Empfindungs- und Anschauungswelt der gesamten Volkspsyche.** Diese in vorgenannter Erziehung systematisch verfolgte Individualisierung der Triebkräfte des Volkes, und die dadurch erzielte geistige Verselbständigung schufen jenen selbst-

bewußten angelsächsischen Typus, der alle Gesellschaftsklassen beherrscht, mit dem kleinen Unterschiede, daß er in England aus Gründen der Überlieferung bis in die Arbeiterklassen hinein etwas vornehmer stilisiert ist, während er in Amerika urwüchsiger und daher oft auch in auffälligeren Formen in Erscheinung tritt. Wir haben hier also eine ausgesprochen **freiheitlich-individualistische Erziehung der Volkspsyche zur Beachtung und Betonung des Persönlichkeitswertes** im Gegensatz zu der mehr autoritativ-schematischen Erziehungsweise nach Klassen-, Standes- und Berufsmomenten in Deutschland. Daraus erklärt sich auch die geringere Produktivität der angelsächsischen Völker auf rein geistigem Gebiete, weil man weder vom gesellschaftlichen noch vom völkischen Standpunkt aus die rein geistige Betätigung als besonders erstrebenswertes Hauptziel verfolgte, andererseits allerdings auch die **steigende Materialisierung der Volkspsyche**, die sich im Innern beispielsweise durch Unproduktivität und weitgehende Teilnahmslosigkeit auf dem Gebiete der Kunst äußerte, und nach außen hin durch die völkischen Ausartungen eines brutalen Imperialismus.

Die Stammesgliederung einerseits, die nach beruflichen und Standesmomenten sich vollziehende gesellschaftliche Entwicklung und die daraus im Zusammenhang mit der zunehmenden Übervölkerung hervorgehende **starke Vergeistigung der deutschen Volkspsyche** hatte aber **auch offensichtliche Vorzüge**, auf deren Konto großenteils die gewaltigen geistigen, wissenschaftlichen, technischen, volkswirtschaftlichen und gesamtkulturellen Fortschritte in den letzten Jahrzehnten zu schreiben sind. Die Stammesgliederung bewirkte eine gesunde Dezentralisation des geistigen und kulturellen Lebens, auf Grund deren infolge des Hervortretens der stammlichen Eigenarten eine Fülle von gegenseitigen Anregungen sich bot, aus denen heraus das innere völkische Leben auf allen Gebieten — wenn auch auf dem Umwege über oft scharfe Auseinandersetzungen — eine ungewöhnliche Bereicherung erfuhr. Die mit der monarchistisch-büreaukratischen Staatsauffassung zusammenhängende **streng autoritative Erziehung in der Schule und beim Militär begünstigte eine straffe Disziplinierung der gesamtvölkischen Triebkräfte auf geistigem und sittlichem Gebiete**, während die Einstellung der gesamten Volkspsyche auf die Gesellschaftshierarchie in allen Schichten einen **fast fieberhaften Wettbewerb auf sämtlichen Berufsgebieten** zeitigte in dem Bestreben, eine möglichst hohe Gesellschaftsstufe zu erreichen, **wodurch naturgemäß das gesamte Geistesleben in reichstem Maße befruchtet wurde.** Die besondere **Pflege der Sprach- und Kulturforschung des klassischen Altertums**, die in der großenteils humanistischen Erziehungsgrundlage gegeben war, **begünstigte in hohem Grade die Ausbildung zu systematischem und logischem Denken** und regte in Verbindung mit der durch Schule und Militär sowie die Gesellschaftsordnung geschaffenen straffen Disziplinierung der geistigen und sittlichen Triebkräfte jenen **Drang nach methodologischer Gedankenentwicklung und entsprechendem Handeln bis zur letzten Konsequenz auf allen Gebieten des Geisteslebens an.** Auf Grund dieser Kennzeichnung der Spezialeigenschaften der geistigen Verfassung der deutschen Volkspsyche verstehen wir auch das **deutsche Organisationstalent**, und den **deutschen Ordnungssinn**, die überall im staatlichen und volkswirtschaftlichen Leben wertvolle Dienste geleistet haben, in deren Auswirkung aber naturgemäß auch die Gefahr der

Schematisierung und Büreaukratisierung lag. Die in der gekennzeichneten Erziehung begründeten methodologischen Fähigkeiten kamen aber namentlich auf den Gebieten der exakten Wissenschaften, also der Naturwissenschaften im weitesten Sinne und der darauf aufbauenden technischen Wissenschaften zur Geltung, sodaß hier die deutschen Leistungen im Zusammenhang mit der praktischen Nutzbarmachung der wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften zu einer auf vielen Gebieten noch heute von den andern Völkern nicht erreichten Höhe gelangt sind, woher sich auch die fabelhaften industriellen und gesamtvolkswirtschaftlichen Erfolge Deutschlands in den letzten Jahrzehnten herleiten. Während noch in der Mitte des vorigen Jahrhunderts England auf technisch-industriellem Gebiete die unbestrittene Vorherrschaft besaß, vermochte die deutsche Volkswirtschaft auf Grund der gekennzeichneten wissenschaftlichen Durchdringung der Technik im Zusammenhang mit systematischer und organisatorischer Bearbeitung aller technischen Berufsgebiete in der Schule wie in der Praxis schon im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts der englischen Volkswirtschaft den ersten Platz streitig zu machen. Daß England auf industriellem und damit technischem Gebiete bahnbrechend vorangegangen ist, ist vom physiologischen Gesichtspunkt aus betrachtet durchaus begründet. Die Inselage hatte das englische Volk von Anfang an auf die Ausgestaltung der Handelsschiffahrt hingewiesen, auf deren Grundlage sich nicht nur die äußere Politik der Erringung und Erhaltung der Seeherrschaft aufbaute, sondern auch das Bestreben nach Erwerbung möglichst umfangreichen kolonialen Besitzes, aus dem die nötigen Rohstoffe zur Belebung des Handels und im Zusammenhang damit auch zur Verarbeitung durch das Gewerbe bezogen werden konnten. Aus der durch die Einwirkung der Umgebung und der daraus hervorgehenden entsprechenden Erziehung sich ausbildenden **Veranlagung der englischen Volkspsyche zu einem auf die praktisch-volkswirtschaftlichen Momente gerichteten Empfinden, Denken und Handeln** wuchsen physiologisch gesetzmäßig*) die Eigenschaften und Fähigkeiten, die die Entwicklung des Übergangs von der gewerblichen zur industriellen, d. h. von der mehr handlichen zur vorwiegend maschinellen Arbeitsweise begünstigten. In der durch Umgebung und Erziehung erworbenen hauptsächlich praktischen Veranlagung der englischen Volkspsyche begründen sich daher auch die Erfindung der Dampfmaschine und die Anfänge sowie die technische Fortbildung der maschinellen Hilfsmittel in der Industrie. Bekanntlich hat gerade Deutschland bis in das letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts sowohl auf dem Gebiete der Handelsbetätigung als auch auf dem der praktisch-technischen Arbeitsleistung von England sehr viel gelernt, und zu diesem Zwecke seine jungen Kaufleute und Ingenieure mit Vorliebe in englischen Betrieben unterzubringen gesucht. Erst die Verwissenschaftlichung unserer Volkswirtschaft in Verbindung mit dem durch stark disziplinierte Erziehung erworbenen Drang nach stetiger Steigerung der Arbeitsleistung, der zum Teil auch auf den zunehmenden inneren Wettbewerb zurückzuführen ist, hat es uns ermöglicht, das Ursprungsland der modernen Volkswirtschaft auf den verschiedensten Gebieten der industriellen Technik zu überflügeln, weil die in der Hauptsache auf praktische Mo-

*) „Das Urteil der Vernunft" über das Wesen geistiger Arbeit S. 110—160.

mente eingestellte Erziehung des englischen Volkes unseren nach methodologisch-wissenschaftlichen Grundsätzen arbeitenden, hervorragend erzogenen und geschulten technischen und volkswirtschaftlichen Kräften nicht mehr gewachsen war.

Auch die **gesellschaftliche Heraushebung des Offiziers- und Beamtenstandes** aus dem Volkskörper zu Zwecken der Aufrechterhaltung der Autoritätsidee hatte neben der ungünstigen Einwirkung des daraus hervorgehenden übertriebenen Standesbewußtseins auf die Volkspsyche ganz besondere Vorzüge für die Erziehung dieser Stände an sich. Die in der allgemeinen Erziehung der Volkspsyche angewandten Grundsätze autoritativer Disziplinierung traten hier naturgemäß noch in erhöhtem Grade in Wirksamkeit, sodaß in diesen Kreisen das **Empfinden der Unter- und Einordnung** in die traditionellen hierarchischen Verhältnisse des Staats- und Gesellschaftsorganismus als Hauptcharaktereigenschaft ihres Standes galt, deren Vorherrschen bei allen Äußerungen amtlicher, persönlicher und gesellschaftlicher Natur als absolute Selbstverständlichkeit betrachtet wurde. Es ist daher psychologisch verständlich, daß das nationale Empfinden dieser Stände sich nicht auf die gesamtvölkische Vorstellungswelt einstellte, sondern in erster Linie sich auf den Repräsentanten dieses Systems, den obersten Kriegsherrn bzw. den Landesherrn konzentrierte, sodaß der **höchste Ausdruck vaterländischer Gesinnung in treuester Pflichterfüllung und vollkommener Ergebenheit gegenüber dem Herrscherhause** erblickt wurde. Die auf diese Weise anerzogene vollkommene geistige und seelische Einstellung der beiden Stände in beruflicher und gesellschaftlicher Hinsicht auf die absolute Autorität des Landes- bzw. obersten Kriegsherrn bewirkte die Herausbildung jener **glänzenden Charaktereigenschaften eines unbegrenzten Pflichtgefühls und einer unerschütterlichen Unbestechlichkeit.** Die Heranbildung und Geltendmachung der vorgenannten Charaktereigenschaften zeitigte auch die sittlich-ethisch hochzubewertende Folgeerscheinung, daß diese Stände **auf die rein materielle Lebensweise,** die durch das ausschließliche Streben nach Geld- und Besitzerwerb gekennzeichnet ist, **nicht den Hauptwert** legten, sodaß ein sehr großer Prozentsatz des Beamtentums (in weitestem Sinne) und des Offizierskorps in eng begrenzten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leben gezwungen war.

Die ausschließliche Einstellung der für die Entwicklungswege des staatlichen und geistigen Lebens ausschlaggebenden Gesellschaftsschichten auf die bestimmt umgrenzten Aufgaben des Berufes und die Fragen des gesellschaftlichen Standes mußte zu einer einseitigen Ausbildung der geistigen und gesellschaftlichen Anschauungswelt und damit auch der nationalen Psyche führen, aus der heraus gesetzmäßig eine **Erstarrung der individuellen Triebkräfte** auf diesen Gebieten **in äußeren Formen** entstand. Die Erstarrung der führenden Gesellschaftsschichten in äußeren Formen hatte zur Folge, daß man in diesen Kreisen den Kontakt mit der Volkspsyche fast vollständig verlor, und dadurch das Wesen der seelischen Triebkräfte der unteren Volksschichten weder zu erkennen noch zu verstehen vermochte, woraus sich die psychologisch ungeschickte Behandlung der geistig stetig fortschreitenden Volkspsyche ergab. Während man einerseits bestrebt war, dem Volke die denkbar beste geistige Erziehung angedeihen zu lassen, sodaß **Deutschland auf dem Gebiete des Bildungswesens** — vom technisch-organisatorischen Standpunkt aus betrachtet — tatsächlich

an der Spitze aller Kulturnationen marschierte, und das deutsche Volk, man kann ruhig sagen, die beste geistige Durchschnittsbildung erworben hatte, vermochte man andererseits infolge der Einwirkung der traditionellen autoritativen Erziehungsmethode innerhalb der führenden Gesellschaftsschichten dem aus dem geistigen Fortschreiten der Volkspsyche sich ergebenden gefühlsmäßigen oder bewußten Verlangen nach Anerkennung der Gleichberechtigung als Staatsbürger nicht Rechnung zu tragen, weil eben sowohl die berufliche wie gesellschaftliche Erziehung der Ausbildung einer solchen Anschauung unwillkürlich entgegenwirkte. Gerade aber in der fast völligen Nichtachtung der seelischen Triebkräfte und Regungen der geistig fortgeschrittenen Volkspsyche haben wir die Ursachen dafür zu suchen, daß der größte Teil der Arbeiterschaft, der sich nicht durch die Autorität religiösen Einflusses gebunden fühlte, dem nationalen Empfinden entfremdet wurde. Wie wir schon früher betont haben, liegt es im Ursprung und Wesen der Massenpsyche, daß sie von denselben Empfindungen und Regungen, und damit Bestrebungen bewegt und geleitet wird wie die Einzelpsyche. Wenn ein Mitglied einer Familie wegen seines Berufs oder seines Bildungsniveaus oder aus sonst irgendwelchen Gründen nicht als gleichberechtigt, nicht als mündig betrachtet und behandelt wird, so wird sich das Familienmitglied bei noch so gutem Charakter, insofern es einen gesunden Selbsterhaltungstrieb besitzt, eben von seiner Familie lossagen, so schwer es ihm unter Umständen auch fallen mag, und seine eigenen Wege gehen. Eine derartige einfache Überlegung auf die Vorstellungswelt der geistig fortgeschrittenen Volkspsyche angewendet, hätte den führenden Volkskreisen die Richtlinien für die Behandlung der unteren Volksschichten vorschreiben sollen. Aber gerade die vollkommene Einstellung auf die im Sinne der Aufrechterhaltung des Untertanencharakters wirkende Autoritätsidee und die gleichzeitige Hervorkehrung des Standesbewußtseins nach unten hin verhinderten die Ausbildung von psychologischen Fähigkeiten inbezug auf die Behandlung der zu geistiger Selbständigkeit herangereiften Volksmassen. Dieser fast völlige Mangel an Verständnis für die Empfindungen und Bestrebungen der unteren Schichten des Volkes in ihren Beziehungen zum Staat ging durch alle führenden Stände bis weit in die Kreise des besitzenden Bürgertums hinein, das sich, namentlich in Norddeutschland, ganz der Anschauungsweise der traditionellen Gesellschaftshierarchie anpaßte.

Da wir wohl wissen, daß infolge unserer einseitigen, auf der Autoritätsidee beruhenden gesellschaftlichen Erziehung weiteste Kreise der oberen Gesellschaftsschichten gar nicht das Gefühl einer falschen Behandlung der unteren Volksschichten hatten, und auch heute noch nicht die Notwendigkeit einer Änderung ihrer seitherigen Anschauungsweise empfinden, so möchten wir betonen, daß unsere seitherigen Überlegungen nicht etwa als „Vorlesungen" zum Zwecke der Anerziehung sozialethischer Denkweise aufgefaßt werden wollen, oder gar parteipolitische Absichten verfolgen, es liegt uns hier lediglich daran, die psychologischen Ursachen der Abkehr eines großen Teils des Volkes vom nationalen Gedanken aufzudecken. Wer den feinen psychologischen Unterschied zwischen den Begriffen „Staatsbürger" und „Untertan" weder bewußt noch gefühlsmäßig zu bewerten versteht, der ist begreiflicherweise auch nicht imstande, die Wirkung der in diesen Begriffen zum Ausdruck gelangen-

den staatsphilosophischen bzw. staatsrechtlichen Vorstellungswelt auf die Volkspsyche gebührend einzuschätzen. **Da die oberen Gesellschaftsklassen Deutschlands durchweg in der Vorstellungswelt der Autoritätsidee erzogen wurden,** die als Grundlage für die Bildung der hierarchischen Gesellschaftspsyche diente, **empfanden diese Stände in der Betonung des Untertanencharakters gegenüber dem Herrscherhause keinerlei Degradierung ihrer Persönlichkeit,** und das natürlich umso weniger, als sie durch Stand und Beruf, bzw. Besitz nicht nur gesellschaftlich bevorrechtet waren, sondern auch moralische und in mancher Hinsicht materielle (beispielsweise die Pensionsberechtigung der Offiziere und Beamten) Vorrechte durch ihre berufliche und gesellschaftliche Stellung gegenüber den anderen Volksklassen besaßen. Wenn die führenden Stände daher den Bestrebungen des bürgerlichen Mittelstandes, gewisser Kreise der Intelligenz und eines großen Teils der Arbeiterschaft nach Demokratisierung der Staatsverwaltung in der Richtung der Einführung des parlamentarischen Systems starken Widerstand entgegensetzten, so haben wir darin die gefühlsmäßige bzw. bewußte Äußerung ihres Selbsterhaltungstriebs im Sinne der Aufrechterhaltung der beruflichen bzw. gesellschaftlichen Vorrechte zu erblicken. Daß die vorstehend gekennzeichneten Gründe das Eintreten dieser Stände für die Aufrechterhaltung der konstitutionellen Monarchie ausschlaggebend beeinflußten, ist von ihrem Standpunkt aus durchaus zu verstehen, und ebenso die durch Erziehung und deren praktische Auswirkung herangebildete Geringschätzung, ja Verachtung des demokratischen bzw. parlamentarischen Regierungssystems. Es ergibt sich auch aus der Erziehung einer solchen Anschauungsweise von selbst, daß bei Beurteilung des parlamentarischen Systems in anderen Staaten lediglich die dort in Erscheinung tretenden Schwächen hervorgehoben wurden, während man die hervorragende Bedeutung dieses Systems inbezug auf die politische, gesellschaftliche und nationale Erziehung eines Volkes nicht erkannte oder nicht anerkennen wollte.

Der glänzende machtpolitische Aufstieg Deutschlands nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme unter Bismarcks genialer Außenpolitik, die großen innerpolitischen Aufgaben, die sich im Hinblick auf den verschiedenartigen Charakter der Verfassung sowie des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der einzelnen Bundesstaaten einstellten, und schließlich die gewaltige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft auf allen Gebieten verhinderte auch bei einem großen Teil der führenden Kreise des Bürgertums im Zusammenhang mit der Einwirkung der in dieser Richtung gekennzeichneten gesellschaftlichen Erziehung die Ausbildung von psychologischen Fähigkeiten, aus denen heraus man die Notwendigkeit der gesellschaftlichen und politischen Modernisierung des Staatsgedankens hätte erkennen müssen. Während noch von 1848 bis zur Reichsgründung große Teile des Bürgertums und der Intelligenz, die durch die liberalen Parteien vertreten waren, nach politischer Machterweiterung im Sinne einer aktiveren Mitwirkung an den Regierungsgeschäften strebten, traten diese Bestrebungen nach der Reichsgründung fast vollständig hinter den nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten orientierten beruflichen und Standesfragen, sowie in ganz besonderem Maße den stetig sich erweiternden volkswirtschaftlichen Problemen zurück. Die Nationalliberalen kamen also für etwaige Bestrebungen zur Fortentwicklung der Verfassung im Sinne des parla-

mentarischen Systems oder einer ähnlichen, der Volksvertretung größeren Einfluß gewährenden Einrichtung ernstlich nicht mehr in Betracht, und das umso weniger, als neben den Konservativen, also der auf Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen, politischen und religiös-kulturellen Verhältnisse eingestellten Partei auch die mächtige Partei des Zentrums, deren Führer aus religiös-erzieherischen Beweggründen ebenfalls der Autoritätsidee und der mit ihr zusammenhängenden gesellschaftlichen Hierarchie sympathisch gegenüberstanden, kein besonderes Intresse an der Einführung des Parlamentarismus bezeugte, weil sie als ihre Hauptaufgabe die Sicherung der Stellung der katholischen Kirche innerhalb des neuen Deutschen Reichs betrachtete.

Zentrum und Papsttum.

Wir haben unseres Erachtens heute mehr als je ein eminentes Intresse daran, vom nationalen Gesichtspunkte aus den **Ursprung und das Wesen des Zentrums** zu erforschen, um seine Politik bzw. seinen Einfluß im neuen deutschen Reiche zu erkennen. Bekanntlich gehörten in den süddeutschen Staaten, namentlich aber in Bayern, die katholischen Parteien zu der starken Opposition, die sich einem engeren staatlichen Zusammenschluß der deutschen Stämme unter Preußens Führung entgegenstellte. Wie wir schon früher angedeutet haben, beruhte diese Opposition hier nicht etwa auf einem der „Stammeseigenart" entspringenden Partikularismus oder rein politischen Momenten, sondern in erster Linie auf den konfessionellen Gegensätzen zu dem vorwiegend protestantischen Preußen. Daß man dieses Widerstandsmoment nach außen hin nicht offen betonte, versteht sich von selbst, und so wurde das weniger angreifbare aber umso wirksamere Trennungsmittel der Betonung der „stammlichen Eigenart" zur Erziehung des bayerischen Volkes in antipreußischem Sinne angewendet. Diese antipreußische Stimmung leitete aber ihren Ursprung nicht aus den Kreisen der eingesessenen katholischen Geistlichkeit her, sondern aus **Rom.** Es ist ebenso selbstverständlich, daß diese Beeinflussung nicht offen zu Tage trat, sondern lediglich in **kirchenpolitischen Kundgebungen und religiös-erzieherischen Anordnungen**, die dem autoritativen Charakter der katholischen Kirche entsprechend **von den ausführenden Organen der Geistlichkeit als höchstes Gebot betrachtet** wurden, das **selbst unter Hintansetzung des nationalen Gedankens** beachtet werden mußte. Bekanntlich besteht die Stärke der römisch-katholischen Kirche darin, daß das Papsttum seinen Ursprung direkt von dem Auftrag des Gründers der christlichen Religion, bzw. seinen Aposteln herleitet, und auf dieser religiösen Vorstellungswelt die kirchliche Hierarchie gedanklich wie formell in denkbar straffster Weise auf- und ausgebaut hat. Auf dieser geistigen Grundlage versuchte das Papsttum nach Erwerbung des Charakters einer Staatskirche auch die materielle Herrschaft über sämtliche Völker zu erringen, die das Christentum angenommen hatten. In diesem Sinne haben wir den Kampf des Papsttums mit den deutschen Kaisern aufzufassen, die das Erbe des weströmischen Reichs angetreten und es Jahrhunderte lang selbst um den Preis der Vernachlässigung des nationalen Gedankens aufrechtzuerhalten versucht hatten. Während die reindeutschen Kaiserhäuser stets das Bestreben gezeigt hatten, das Papsttum ihren Plänen dienstbar zu machen, waren die letzten Inhaber der Kaiser-

krone des römischen Reichs deutscher Nation, die Habsburger, infolge der vorwiegenden Verankerung ihrer Hausmachtpolitik in fremdländischen Interessen nach und nach in völlige Abhängigkeit vom Papsttum geraten, sodaß letzteres in der Lage war, die deutsche Reformationsbewegung, die sowohl in kultureller wie nationaler Hinsicht die Unabhängigkeit von Rom und dem in ihm herrschenden Romanentum erstrebte, mit Hilfe der Habsburger zu bekämpfen. Das Mißlingen der Unterdrückung der Reformation und das Hervortreten des nationalen Gedankens unter den europäischen Völkern während des dreißigjährigen Krieges vereitelte die gleichlaufenden Pläne des Papsttums und der Habsburger, und so vermochte Luther, indem er genau so wie seinerzeit die Gründer der griechisch-katholischen Kirche aus staatspsychologischen Gründen das Primat des Papstes angefochten hat, die Reformation in einem großen Teil Deutschlands durchzuführen. Nur bei den unter dem Einfluß der Habsburger und des geistlichen Adels stehenden süddeutschen Stämmen vermochte die katholische Kirche ihre Herrschaft großenteils aufrechtzuerhalten. Daß das Papsttum den ihm durch die religiöse Erziehung gegebenen Einfluß zu Gunsten der Propagierung seines Ideals der geistigen und damit auch materiellen Beherrschung aller christlichen Völker in den ihm zugänglichen Staaten auszunützen suchte, ist begreiflich und ebenso auch sein aus dieser Idee resultierendes Bestreben möglichster Verhinderung der Ausdehnung des protestantischen Bekenntnisses. In diesem Sinne haben wir die Stellungnahme des Papsttums und seiner Organe zu dem protestantischen Preußen zu verstehen, und ebenso naturgemäß auch die Haltung der seinem Einfluß unterstehenden deutschstämmischen Geistlichkeit vor der Reichsgründung. Wer Gelegenheit gehabt hat, in gemischt konfessionellen Schulen erzogen zu werden, der weiß, welche schwere, wenn auch keineswegs gewollte Beeinträchtigung der Erziehung zum einheitlich nationalen Gedanken in der hier und dort hervortretenden scharfen Betonung der konfessionellen Gegensätze noch in den letzten Jahren vor dem Kriege zu beobachten war, trotzdem das Jahrzehnte lange Zusammenarbeiten der deutschen Stammesgenossen schon viele Reibungsflächen zu beseitigen vermocht hatte. Das Papsttum nahm denn auch schon gleich nach der Reichsgründung eine feindselige Haltung gegen Preußen-Deutschland ein, in dem es den Repräsentanten und die Schutzmacht des nach wie vor zu bekämpfenden Protestantismus erblickte. Die deutsche katholische Geistlichkeit wurde gegen die preußische Vorherrschaft aufgebracht, indem man Preußen der Unterdrückung des Katholizismus verdächtigte. Es wurde deshalb charakteristischerweise gerade von Bayern die Einführung des sog. „Kanzelparagraphen" beantragt, wonach Geistliche, welche öffentlich oder in der Kirche für den öffentlichen Frieden gefährliche politische Agitation trieben, zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden sollten. Der Kanzelparagraph wurde ebenso wie das Jesuitengesetz, durch welches die Niederlassungen der Jesuiten und der ihnen verwandten Orden aufgelöst und ihre ausländischen Mitglieder ausgewiesen wurden, angenommen, selbstverständlich gegen die schärfste Opposition des Zentrums, das diese Gesetze als Ausnahmegesetze gegen die katholische Konfession bekämpfte. Ebenso wurde auch das Gesetz über die Einführung der Zivilehe, welches der katholischen Kirche naturgemäß ebenfalls einen wichtigen Bestandteil ihres religiös-erzieherischen Einflusses nahm, aufs heftigste

vom Zentrum bekämpft. Daß bei diesen innerpolitischen Auseinandersetzungen des sog. „Kulturkampfes" das Papsttum hinter dem Zentrum stand, geht daraus hervor, daß gleichzeitig auch in Frankreich, Spanien und Belgien durch die von den Jesuiten geleiteten klerikalen Parteien eine großzügige Hetzpropaganda gegen Deutschland inszeniert wurde, gegen die Bismarck in den betreffenden Ländern diplomatische Schritte zu unternehmen gezwungen war. Ja der Papst selbst glaubte im Hinblick auf die Unterstützung durch das Zentrum sich durch Drohungen in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischen zu dürfen, was mit dem angeblich rein religiösen Charakter des Papsttums nicht zu vereinbaren war, denn alle die vorgenannten Gesetze enthielten keinerlei Beschränkung der Freiheit der Kirche inbezug auf religiös-erzieherische Tätigkeit.

Den Kampf zwischen religiösem und politischem Führertum um die Vorherrschaft finden wir bei allen Völkern und in allen Kulturperioden, und zwar von der primitivsten bis zur höchsten Entwicklungsstufe.*) Bei innerlich konsolidierten Staaten ist das völkische Führertum durch die reale Macht meistens in der Lage, das religiöse Führertum sich als Erziehungsfaktor unterzuordnen, durch Schaffung einer sog. Staatskirche. In der Erkenntnis der Gefahren des Einflusses einer überstaatlichen Kirchengewalt hatte schon der oströmische Staat sich durch Einrichtung der griechisch-katholischen Kirche von dem Papsttum freigemacht, und dieselben Absichten liegen späterhin der Einführung des griechisch-katholischen Bekenntnisses in Rußland, sowie der anglikanischen Kirche in England zu Grunde, und fraglos haben diese Momente auch bei der Unterstützung der Reformationsbestrebungen durch eine Anzahl von deutschen Fürsten mitgespielt, die sich auf diese Weise von den unter der Herrschaft des Papsttums stehenden Habsburgern loslösen wollten. Nach dem dreißigjährigen Kriege unterstanden nicht nur die Habsburger mit ihrem gemischtvölkischen Staat dem Einfluß des Papsttums, auch die Franzosen verfolgten überall unter dem Deckmantel des Schutzes der katholischen Kirche bzw. der „christlichen Kultur" völkisch-politische Ziele. Die geistigen Auswirkungen der ersten französischen Revolution drängten allerdings das religiös-politische und -kulturelle Moment in den Hintergrund, aber Napoleon III. nahm, und zwar aus rein politischen Gründen, die Idee des Schutzes der Kirche wiederum auf. Während man die Selbständigkeit des Kirchenstaates zu schützen vorgab, erfolgten die militärischen Aktionen der Franzosen gegen Rom doch nichts weiter als die Sicherung des Einflusses in Italien. Die dritte französische Republik gab schließlich aus innerpolitischen Gründen die äußere Verbindung mit dem Papsttum auf, während die klerikalen Parteien dagegen umso innigere Beziehungen zu Rom unterhielten. Die Aufgabe der offiziellen Beziehungen Frankreichs zu Rom mögen auch dadurch erleichtert worden sein, daß nach dem „Kulturkampf" sich die Beziehungen Deutschlands zum Papsttum von Jahr zu Jahr besser gestalteten, weil die deutsche Regierung jeden Anlaß wahrnahm, zu beweisen, daß Preußen-Deutschland die Freiheit der katholischen Bevölkerung in keiner Weise zu beeinträchtigen beabsichtigt hatte, und man dem Vatikan in jeder Hinsicht Entgegenkommen zeigte, um die Herausbildung scharfer konfessioneller Gegensätze zu vermeiden. Und so war — bezeichnend

*) „Das Urteil der Vernunft" über Ursprung und Wesen der Religion S. 308 u. f.

für den Charakter der deutschen Volkspsyche — in den letzten Jahrzehnten gerade Deutschland sowohl ideell wie materiell die sicherste Stütze der katholischen Kirche. Die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vatikan, die von innerpolitischen und wohl auch volkserzieherischen Erwägungen geleitet war, zeigt jedoch, daß man in Berlin die Psyche des Papsttums und damit seine letzten Ziele nicht richtig in Rechnung zu stellen gewußt hat. Trotz der fast übertrieben wohlwollenden Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Papsttum, namentlich unter Kaiser Wilhelm II., der unter dem Einfluß einer romantischen Religiosität stand, vermochte man die **deutschfeindliche Propaganda der katholischen Geistlichkeit in Elsaß-Lothringen, sowie in den östlichen Grenzprovinzen Oberschlesien und Posen nicht zu verhindern.**

Selbst auf die Gefahr hin, daß wir durch unser Bestreben nach möglichster Klärung der Haltung des Papsttums gegenüber Deutschland in Verkennung unseres Ziels des Ausgleichs der konfessionellen Gegensätze „kulturkämpferischer" Absichten verdächtigt werden, behaupten wir, daß der Mißerfolg hinsichtlich der Nationalisierung dieser Provinzen neben den psychologisch ungeschickten autoritativ-bürokratischen Methoden der preußischen Verwaltung in der Hauptsache der katholischen Geistlichkeit zuzuschreiben ist, die den fremdvölkisch-nationalistischen Einfluß versteckt oder offen begünstigt hat. Wenn man in Rom völkisch neutral zu denken imstande gewesen wäre, so hätte im Hinblick auf die absolute Autorität des Papstes gerade über die deutsche Geistlichkeit ein Wink genügt, dieser Propaganda Zügel anzulegen. Es ist aber bekannt, daß man in Rom bis in die letzten Jahre vor dem Kriege bestrebt war, die Bischofssitze dieser Provinzen mit Persönlichkeiten zu besetzen, die dem gelinde gesagt „partikularistischen" Lager näherstanden als dem preußisch-deutschen Empfinden, woraus sich vielfach ernstliche Verstimmungen zwischen Berlin und Rom ergaben. Vom konfessionell-psychologischen Gesichtspunkt aus verstehen wir die Haltung der Geistlichkeit in diesen Fragen durchaus, wenn sie anfangs in einer radikalen Nationalisierung bzw. „Verpreußung" der katholischen Bevölkerung der Grenzprovinzen eine Gefahr für ihren Einfluß witterte, der grundsätzlich deutsch empfindende Teil der Geistlichkeit erblickte auch in dieser Haltung fraglos keine Gefährdung des Deutschtums in diesen Provinzen, an dem tatsächlichen Eindringen ausgesprochen deutschfeindlicher Elemente in die Geistlichkeit ändert das aber nichts. Und ebenso sind wir überzeugt, daß die Führer und Vertreter der Zentrumspartei den deutschfeindlichen Charakter verschiedener ihrer Mitglieder aus diesen Provinzen nicht erkannt haben, weil die Propaganda eben im Zeichen der Geltendmachung konfessioneller Momente betrieben wurde, und man den Anschein zu erwecken suchte, als enthielten die Bestrebungen der Nationalisierung namentlich in der Schule versteckte Angriffe gegen das katholische Bekenntnis. So konnte es geschehen, daß die scharfe französische Propaganda, die in den letzten Jahren vor dem Kriege in Elsaß-Lothringen mit Hilfe eines großen Teils der Geistlichkeit einsetzte, fast völlig unbeachtet blieb, weil man die Kanäle nicht zu verstopfen vermochte, durch die sie ins Land getragen wurde.

Wenn man bedenkt, daß es **gerade die deutsche Regierung und mit ihr die katholische Bevölkerung Deutschlands** gewesen ist, die **in den letzten Jahrzehnten**

das Papsttum unter allen großen Kulturnationen ideell und materiell am meisten unterstützt hat, so kann man die Haltung Roms nur verstehen, wenn man die **rassenpsychologischen Unterströmungen** erkennt, die in den Bestrebungen des Papsttums, das der Lehre Jesu das Kennzeichen ihrer nationalen Abstammung durch die Übertragung der christlichen Weltanschauung vom Hebräischen ins Lateinische nahm, und ihr dadurch den Stempel romanischer Kultur aufdrückte, steht auch heute noch völlig **unter dem Einfluß der romanischen Völkerpsyche.** Das zeigt sich schon rein äußerlich dadurch, daß das Kardinalskollegium, das den Papst zu wählen und über die kirchliche Gesetzgebung zu entscheiden hat, fast durchweg von Romanen, d. h. Italienern und Franzosen besetzt ist, und daß seit mehreren Jahrhunderten überhaupt der Papst aus keiner andern Nation mehr gewählt wurde. Man muß weiterhin beachten, daß gerade durch die Einführung der Reformation in den germanischen Staaten das Streben des Papsttums nach geistiger und damit auch in gewissem Sinne materieller Beherrschung der christlichen Kulturwelt einen empfindlichen Schlag erhalten hat, der bis heute noch nicht überwunden ist. Es ist daher verständlich, wenn die gewaltige Machtentwicklung des ersten Repräsentanten der germanischen Völker Deutschlands, sowohl aus religiös-kulturellen wie rassenpsychologischen Beweggründen heraus in Rom mit gemischten Gefühlen verfolgt wurde, denn erstens befürchtete man wie gesagt eine weitere Gefährdung der geistigen Macht der katholischen Kirche durch das steigende Ansehen des protestantischen Deutschlands und zweitens wirkte fraglos auch die in der Erziehung der romanischen Völker begründete nationale Aktivität der führenden Kreise des Vatikans in der Richtung eines Jahrhunderte alten traditionellen Mißtrauens gegen das Germanentum. Daß man in Rom es nicht für notwendig gehalten hat, die ausgesprochen staatsfeindliche Betätigung eines Teils der Geistlichkeit in unsern Grenzprovinzen zu verbieten, ist ein Beweis für die ausgezeichnete Beurteilung der deutschen Volkspsyche, deren aus der autoritativen und wissenschaftlich systematisierenden Erziehung entspringende **Empfänglichkeit für strengste Disziplin und unbedingten Gehorsam irgendeiner anerzogenen Vorstellungs- bzw. Empfindungswelt gegenüber** man recht wohl kannte. Es ist undenkbar, daß in irgend einem anderen Nationalstaat die katholische oder evangelische Geistlichkeit in den Grenzprovinzen eine so ausgesprochen antinationale Propaganda hätte betreiben dürfen, ohne schärfste Gegenmaßnahmen der Regierung herauszufordern, und ebensowenig hätte man anderswo einen irgendwie gearteten die nationale Erziehung gefährdenden Einfluß einer überstaatlichen kirchlichen Autorität geduldet. Wir sind überzeugt, daß die Wahl eines deutschen oder überhaupt eines germanischen Papstes nicht nur von der Geistlichkeit und damit auch der Bevölkerung der romanischen Staaten mit schärfster Opposition beantwortet worden wäre, auch die Regierungen dieser Staaten hätten sich mit allen Mitteln dagegen gewehrt, in der Befürchtung einer progermanischen Beeinflussnug des Papsttums, und selbstverständlich hätte diese Opposition zum offenen Kampf geführt, wenn sich in den Äußerungen der Kurie auch nur das geringste Anzeichen der Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Organe der katholischen Kirche gezeigt hätte, weil in diesen Staaten der durch entsprechende Erziehung gefestigte nationale Instinkt sofort die in einer derartigen Beeinflussung liegenden Gefahren gewittert hätte. In

Deutschland jedoch war die Ausbildung des nationalen Instinktes einmal durch die Jahrhunderte lang wirkende Erziehung zum Stammespartikularismus, und nach der Reichsgründung durch die Beibehaltung der autoritativen Erziehungsmethoden — Erziehung von oben herab — behindert worden, und es ist daher einerseits verständlich, daß die katholische Bevölkerung und der weitaus größte Teil ihrer politischen und religiösen Führer die politischen Tendenzen des Papsttums nicht erkannt haben, und auch heute noch nicht erkennen, und daß deshalb auch andererseits die deutschen Katholiken und ihre Führer der Einwirkung der gerade vom Papsttum in absolutester Form betonten Autoritätsidee im Hinblick auf die Charakterveranlagung der deutschen Volkspsyche sich besonders zugänglich zeigten.

Diejenigen Kreise in Deutschland, die gefühlsmäßig oder bewußt die politischen Unterströmungen des Papsttums erkannt haben, erblicken in den Bestrebungen des Papsttums einen internationalen Charakter, indem sie von der sog. „schwarzen Internationale" sprechen. Ideologisch mag diese Charakteristik ebenso zutreffend sein wie vielleicht die Auffassung über die sog. „Rote" und „Goldene" Internationale, wenn wir jedoch die praktischen Auswirkungen dieser drei „internationalen" Organisationen verfolgen, so werden wir überall, selbstverständlich verschleiert, nationale oder rassenpolitische Unterströmungen darin finden, die infolge der nationalen Instinktlosigkeit der deutschen Volkspsyche bei uns nicht erkannt wurden, weshalb wir auch keine geeigneten Gegenmaßnahmen gegen das Eindringen dieser täuschenden Ideen zu treffen imstande waren, wie das durch eine individuelle politische und nationale Erziehung in den modernen Weststaaten geschehen ist.

Der Ausgang des Weltkrieges hat jedem, der die Äußerungen einer geistig-kulturellen Organisation psychologisch zu bewerten versteht, mit erschreckender Deutlichkeit den politischen Charakter des Papsttums enthüllt. Die Nachwirkungen der Jahrhunderte alten Erziehungsmethoden des deutschen Stammespartikularismus und die allerdings vielfach in der Fortwirkung der traditionellen Gesellschaftsbildung begründeten schweren Fehler bezüglich der nationalen Erziehung der Volkspsyche sind erst im Weltkriege und begreiflicherweise in erhöhtem Grade nach dem Zusammenbruch in Erscheinung getreten, denn die Trennungs- bzw. Rißlinien einer irgendwie gearteten Gemeinschaft, sei es nun eine Familie, eine Gesellschaftsgruppe oder ein Volk zeigen sich immer dann am stärksten, wenn sie einem äußeren Druck ausgesetzt sind, und naturgemäß noch mehr, wenn der äußere Druck einen inneren Zusammenbruch verursacht. Es ist vom Standpunkt der religiösen Erziehung der katholischen Bevölkerung Deutschlands psychologisch durchaus begreiflich, daß ihre Führer in unserer höchsten Not Verständnis für unsere gerechte Sache und entsprechende, wenigstens ideelle Unterstützung vom Oberhaupte der katholischen Kirche erhofften, und deshalb versucht haben, von dorther wenn möglich eine Vermittlung zu erlangen. Erzberger erzählt in seinen Kriegserinnerungen, wie es sein Bestreben gewesen sei, über die Glaubensgenossen der neutralen Länder zu einer Annäherung an die katholische Bevölkerung der feindlichen Staaten zu gelangen. Wenn das deutsche Volk durch einen entsprechenden Ausbau seiner Verfassung zu politisch selbständigem Denken erzogen worden wäre, so wäre es unmöglich gewesen, daß sich das Zentrum, von dem man sagen kann, daß es in den letzten Jahrzehnten mit die fähig-

sten Parlamentarier gestellt hat, so ununterrichtet über die Stimmung gerade der katholischen Bevölkerung in den feindlichen Ländern gezeigt hätte, denn speziell in diesen Kreisen war der Haß gegen Deutschland noch durch die Betonung der konfessionellen Gegensätze durch die Geistlichkeit vertieft worden, wofür die Haltung der Klerikalen Frankreichs und Belgiens schon vor dem Kriege, noch mehr aber während des Krieges den besten Beweis liefert. Die Unkenntnis über die politischen Unterströmungen im Vatikan trug auch die Schuld an dem verunglückten Vermittlungsgesuch in Rom im Juli 1917.

Hätte man in Deutschland einigermaßen den Charakter der Politik des Vatikans zu beurteilen verstanden, so hätte man sich sagen müssen, daß eine Organisation, die die Erringung der Oberherrschaft über die christlichen Völker der Welt zum Ziele hat, und die zudem ausschließlich von Romanen geleitet wird, zu einer ehrlichen Vermittlung nicht geeignet sein konnte, und das umso weniger, als selbst bei subjektiv gutem Willen der Vatikan in keinem der uns feindlichen Länder ein solches Ansehen gehabt hätte, um die Vermittlerrolle durchführen zu können, weil eben die nationale Erziehung in diesen Ländern einem derartigen autoritativen Einfluß des Papsttums hindernd im Wege gestanden wäre. Der politische Charakter des Papsttums ist nach dem Zusammenbruch Deutschlands begreiflicherweise noch deutlicher in Erscheinung getreten, weil man jetzt keine Ursache mehr zu haben glaubt, auf die deutschen Katholiken, die ja infolge ihrer „guten" Erziehung ohnehin treu zum Oberhaupt der katholischen Kirche halten werden, Rücksicht zu nehmen. Wir werden nicht sehr fehl gehen, wenn wir bei dem östreichischen Friedensfühler vom Jahre 1917 schon den Einfluß des Vatikans auf dem Umwege über die Familienbeziehungen des Kaiserhauses zum französischen Hochadel, der ja mit dem Papsttum von jeher in enger Verbindung gestanden ist, vermuten. Zwar sind wir überzeugt, daß Czernin keine bundesfeindlichen Absichten mit diesem Schritte verfolgte, und daß er wie auch Kühlmann und Graf Bernstroff in Erkenntnis der wahren Lage der Mittelmächte einen sog. „Verständigungs"-Frieden anstrebte, solange wir noch militärisch aktionsfähig waren, die späteren Erklärungen des Kaisers Karl bestätigen aber unsere Auffassung, daß schon damals die Beziehungen der Kaiserfamilie zu Frankreich und zum Vatikan dem Bundesverhältnis keineswegs zuträglich waren. Kaiser Karl hat selbst erklärt, daß er in der Richtung der Befriedigung der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen sich eingesetzt habe.

Die traditionellen Beziehungen der Habsburger zum Vatikan, die im Hinblick auf die katholischen Völker des östreich-ungarischen Nationalitätenstaates immer freundschaftlich gewesen sind, erhalten eine besondere Beleuchtung durch die von Frankreich heimlich unterstützten Bestrebungen, einen neuen östreich-ungarischen Nationalitätenstaat mit Einschluß des katholischen Südwestdeutschlands zu schaffen. Im Hinblick auf den großen Einfluß der französischen Geistlichkeit in Rom war es natürlich leicht, die aus innerpolitischen Gründen vor dem Kriege abgebrochenen Beziehungen zum Vatikan wieder anzuknüpfen. So wurde zuerst eine Kriegsvertretung in Rom geschaffen, die jetzt auf einmal mit Genehmigung der Kammer zur dauernden Einrichtung erhoben worden ist. Daß die in religiösen Dingen ziemlich freien Franzosen plötzlich das Bedürfnis nach der Wiedererrichtung einer dauernden

Vertretung beim Vatikan erkannt haben, hat selbstverständlich lediglich politische Beweggründe, deren Tendenzen sich denn auch schon recht deutlich zu erkennen gegeben haben. **Der fraglos von Rom unterstützte Plan Frankreichs**, der trotz der bisherigen Mißerfolge sicherlich noch nicht aufgegeben worden ist, **geht dahin, die Rheinlande, Bayern, Östreich und Ungarn zu einem großen katholischen Staate unter dem religiösen Einflusse Roms und der politischen Vorherrschaft Frankreichs zu gewinnen**, wodurch gleichzeitig das Ziel des Papsttums wie dasjenige Frankreichs, eine Machterneuerung Deutschlands ein für allemal zu verhindern, erreicht wäre. Unsere autoritative Erziehung, die die Ausbildung eines selbständigen nationalen Empfindens (im Sinne einer unwillkürlich wirksamen Geltendmachung des subjektiven Rechtsbewußtseins jedes einzelnen Staatsbürgers als Träger des Staatsgedankens) verhindert hatte, trägt neben der Einwirkung der konfessionellen Gegensätze zu dem protestantischen Preußen die Hauptschuld daran, daß es gewissen Kreisen überhaupt gelungen war, nach dem Zusammenbruch eine partikularistische Bewegung im Rheinland, in Bayern und in Oberschlesien zu Gunsten einer Trennung von Preußen oder gar vom Reiche in Szene zu setzen. Es ist mit ein Verdienst des trotz aller hauptsächlich in der ungeschickten gesellschaftlichen Behandlung begründeten ideologischen Verwirrung gesund gebliebenen nationalen Sinns der deutschen Arbeiterschaft, daß diese Pläne vorerst vereitelt worden sind, und auch wohl der größte Teil der Führer des Zentrums hat die Gefahren einer solchen Politik für unsere nationale Existenz noch rechtzeitig erkannt. Es ist bezeichnend für die Unfähigkeit psychologischen Denkens, wenn man, wie sich gelegentlich herausstellte, mit dem Gedanken gespielt hat, Bayern und die Rheinlande „zeitweise" vom Reiche zu trennen, um „scheinbar" den französischen Plänen entgegenzukommen bis zu einer für einen erneuten Zusammenschluß günstigen Gelegenheit. Daß wir durch eine solche Trennung großer Teile unseres Volkes „auf unbestimmte Zeit", ganz abgesehen von einer daraus zu gewärtigenden erneuten Stärkung des ohnehin noch wuchernden Stammespartikularismus, den letzten Rest unserer nationalen Stoßkraft eingebüßt hätten, muß jedem, der einigermaßen die völkischen Entwicklungsgesetze zu verfolgen imstande ist, sofort einleuchten, denn im Laufe der Jahre hätten sich einerseits wirtschaftliche und politische Gegensätze herausgebildet, und in der psychologischen Beeinflussung hätten Franzosen und Papsttum ihr Möglichstes geleistet, um einen Wiederanschluß zu hintertreiben. Wir dürfen keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß die Franzosen — unter geheimer Billigung der Angelsachsen — das Rheinland und das Saargebiet nur deshalb vorläufig fünfzehn Jahre besetzt halten wollen, um in dieser Zeit die Bevölkerung für einen wenn möglich vollständigen, mindestens aber politischen und „kulturellen" Anschluß an Frankreich reif zu machen. Genau dieselbe Tendenz verfolgten aber die offen von Frankreich unterstützten partikularistischen Bestrebungen im Rheinland und in Bayern.

Auch die **oberschlesische Frage** muß von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Wir haben schon früher darauf hingedeutet, daß der deutschfeindliche Einfluß der katholischen Geistlichkeit auch in unseren Ostprovinzen neben den in der rückständigen Verfassung Preußens begründeten ungeschickten autoritativen Verwaltungsmethoden die Hauptschuld an dem Mißerfolg hinsichtlich der Nationalisie-

rung der polnischen Sprachgebiete tragen dürfte. Wer die Verhältnisse in unsern Ostprovinzen kennt, ist darüber unterrichtet, daß vor dem Kriege die polnisch sprechende Bevölkerung von der großenteils polnisch sprechenden katholischen Geistlichkeit vollständig beherrscht wurde. Dieser Einfluß wurde sowohl in der Kirche wie in der Schule und selbstverständlich auch politisch im Sinne einer Behinderung des Eindringens der deutschen Sprache und damit des nationalen Empfindens in die polnischen Sprachgebiete geltend gemacht. Ein Vergleich mit den Nationalisierungserfolgen der Franzosen in Elsaß-Lothringen dürfte hier wertvoll sein. Wenn wir auch in Rechnung stellen, daß Frankreich bei seinen Nationalisierungsbestrebungen nach dem Raub Elsaß-Lothringens infolge der nationalen Zersplitterung Deutschlands, namentlich aber der größeren geistigen Beweglichkeit der Bevölkerung günstigere Vorbedingungen vorfand als Preußen in den Ostprovinzen, so dürfte doch das raschere Eindringen der französischen Sprache und Gesinnung neben der Wirksamkeit der geschlossenen nationalen Stoßkraft in erster Linie mit auf die intensive Mitarbeit der Geistlichkeit zurückzuführen sein. Und welchen hemmenden Einfluß die elsäßische Geistlichkeit den berechtigten und doch maßvoll durchgeführten Bestrebungen der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens für das Deutschtum entgegengesetzt hat, brauchen wir wohl nicht noch besonders hervorheben. Dieselben Hemmungsmomente, die die innere Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens für das Deutschtum behindert haben, sind auch heute inbezug auf die Frage der Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse Oberschlesiens wirksam. Das Zugeständnis einer Autonomie Oberschlesiens im Rahmen des preußischen Staats, wie es auch späterhin mit dem Rheinland geplant zu sein scheint, ist doch nur ein Kompromiß, durch das man den Wünschen der katholischen Geistlichkeit entgegengekommen ist. Und auch hier wieder sind die Spuren des Einflusses Roms unverkennbar. Die Polen stehen bekanntlich unter dem religiösen und damit auch dem politischen Einfluß des Papsttums. Wie sich der Papst bei seiner ersten Friedenskundgebung für die Freiheit des katholischen Belgiens eingesetzt hat, so hat er die politische Neutralität, die für eine angeblich überstaatliche religiös-kulturelle Organisation eine unantastbare Grundlage bilden müßte, durch **das offene Eintreten für Polen** gröblich verletzt, und das in einer Form, die jegliches Taktgefühl namentlich gegenüber der katholischen Bevölkerung Deutschlands vermissen ließ. Wir denken hier an den Erlaß anläßlich des Vordringens der Bolschewisten gegen Polen im vorjährigen Sommer, in dem ein allgemeiner Bettag zur Rettung Polens angeordnet worden war. Der Erlaß wirkt umso eigenartiger, als bekanntlich die Polen die Angreifer waren, und Frankreich die aggressive Haltung der Polen unterstützt hatte. Wenn wir demgegenüber die passive Haltung des Papsttums zur Aushungerung der Mittelmächte durch die Entente, zum Frieden von Versailles und St. Germain, und zu den fortgesetzten Erpressungen und Drohungen, die jedem menschlichen, und noch mehr christlichen Gefühl Hohn sprechen, betrachten, so wird man es uns Deutschen nicht übel nehmen können, wenn wir in die Objektivität des Papsttums berechtigten Zweifel setzen, und seinen Handlungen ebenso berechtigtes Mißtrauen entgegenbringen. Und noch eins: Selbst in den Deutschland feindlichen Ländern sind schärfste Proteste gegen die **Verwendung schwarzer Truppen durch die Franzosen** durch verschiedene Organisa-

tionen erhoben worden, in allen neutralen Ländern wurde der Empörung über die fortgesetzten Vergewaltigungen deutscher Kinder und Frauen durch diese unzivilisierten Truppen Ausdruck verliehen, das Papsttum hat es unseres Wissens bis heute noch nicht gewagt, sein christliches Gewissen gegen diese schmachvolle Behandlung einer christlichen, ja großenteils sogar **katholischen** Bevölkerung zur Geltung zu bringen.

Auch die neuesten politischen Ereignisse im ehemaligen Östreich-Ungarn deuten auf das geheime Zusammenarbeiten Frankreichs und Roms hin. Die Versailler Friedensbedingungen haben nämlich trotz der gewaltigen politischen Erfolge, die Frankreich allerdings nur mit Hilfe der Angelsachsen, speziell aber Amerikas, zu erringen vermochte, die Angst der Franzosen vor dem niedergeworfenen Deutschland nicht bannen können, denn die französischen Staatsmänner sind zu gute Kenner der angelsächsischen Politik, als daß sie sich zu sehr auf die dauernde Unterstützung von dieser Seite verlassen würden. **In Paris weiß man genau, daß wenn heute die Angelsachsen in Asien engagiert sind, sie bei einer Gefährdung ihrer politischen Macht ohne Gewissensbisse den französischen Bundesgenossen im Stiche lassen würden. Deshalb ist Frankreich sofort nach dem Abschluß des „Friedens" an den weiteren Ausbau seiner wiedergewonnenen politischen Vorherrschaft in Europa gegangen,** indem es einerseits mit Belgien und Polen enge militärische Bündnisse schloß, und andererseits, wie schon früher angedeutet, versuchte, die Nachfolgestaaten des ehemaligen Östreich-Ungarn in seinen politischen Einflußkreis zu ziehen. Bis zu gewissem Grade ist ihm das heute schon bezüglich der Tschechoslowakei und Ungarns gelungen. Die Tschechen sind infolge der widerrechtlichen Einverleibung Deutsch-Böhmens mit einer Bevölkerung von 3½ Millionen an sich auf die Unterstützung Frankreichs, mit dem sie schon vor dem Kriege geheime politische Beziehungen unterhalten haben, angewiesen. Allerdings ist die französische Politik, die auf eine Wiedererrichtung der Herrschaft der Habsburger über gewisse Teile des ehemaligen Östreich-Ungarns unter der Regie Frankreichs hinzielt, in Prag deshalb auf Widerstand gestoßen, weil man bei der geplanten Wiedervereinigung Ungarns, der Tschechoslowakei und Östreichs, womöglich mit dem Anschluß Bayerns und des Rheinlands den Verlust der Herrschaft über Deutsch-Böhmen befürchtet. In Östreich hat die französische Politik deshalb völlig Schiffbruch gelitten, weil man ihre Tendenz der politischen Abschnürung vom deutschen Reiche sofort erkannt hat, und weil die Erfahrungen, die die Deutschen Östreich-Ungarns in den letzten Jahrzehnten in den Nationalitätenkämpfen machen mußten, ihnen die Lust zu einer Neuaufnahme ihrer völkischen Entsagungspolitik genommen haben. Als Strafe für diese Haltung ist man bekanntlich bestrebt, das nach einem Anschluß an das Mutterland verlangende östreichische Volk wirtschaftlich in vollständiger Abhängigkeit von dem guten bzw. bösen Willen der Entente zu erhalten. Nur in Ungarn hat die französische Politik Erfolge zu erringen vermocht, weil man sich dort von einer Wiedererrichtung der östreich-ungarischen Monarchie für die nationale Erstarkung Ungarns ähnliche Vorteile verspricht, wie man sie früher zu erringen verstanden hat. Dazu tritt aber, und darin haben wir unseres Erachtens das Hauptmoment der hier in Betracht kommenden französischen Politik zu suchen, der konfessionelle Charakter

Ungarns. In der deutschen Öffentlichkeit, die infolge unserer unpolitischen Erziehung für derartige Vorgänge keinen Instinkt besitzt, wurde die Antrittserklärung des neuen päpstlichen Nuntius in Budapest vollständig unbeachtet gelassen. Die ungarische Telegraphenagentur meldete am 7. Oktober vorigen Jahres, der päpstliche Nuntius Chioppa habe bei Überreichung seines Beglaubigungsschreibens eine Erklärung abgegeben, in der er hervorgehoben habe, er sei der erste Gesandte des Heiligen Stuhls in der ungarischen Hauptstadt. „Dieses große (!) Volk," so habe er gesagt, „das durch die tragischen Geiselhiebe des Krieges und des Umsturzes heimgesucht worden ist, hat den Mut nicht verloren, und ist nicht niedergeschmettert, denn es hat vermocht, gestützt auf zwei unerschütterliche Pfeiler, den **christlichen Glauben (!) und den ungarischen Nationalgeist (!)**, sich heroisch auf die Füße zu stellen. **Der Heilige Vater will nur das Verhältnis zu der ungarischen Nation noch enger (!)** gestalten." Der ungarische Reichsverweser habe darauf im Namen der ungarischen Regierung für das Wohlwollen (!) des Papstes gedankt. Ungarn werde durch Benedikt XV. in seinem unwandelbaren Beschluß gestärkt, auf dem Wege des nationalen Lebens zur Aufrichtung zu gelangen. Der politische Unterton der Erklärung des päpstlichen Nuntius wird im Zusammenhang mit den gleichzeitig in Erscheinung getretenen Bestrebungen der ungarischen Königspartei und der anfänglich offenen, später geheimen Unterstützung Ungarns durch Frankreich erst richtig beleuchtet. Wir haben es hier fraglos mit einem gemeinsamen Unternehmen Frankreichs und des Vatikans zu tun. Unter diesen Gesichtspunkten haben wir auch den Schritt des Exkaisers Karl zu verstehen, der sowohl von der ungarischen Königspartei wie vom Papst und Frankreich begünstigt worden sein dürfte, und der nur infolge der nationalen Befürchtungen der Tschechen wie der Südslawen und Rumänen vorläufig mißlungen ist. Daß nachher Frankreich sich der gemeinsamen Erklärung der Entente angeschlossen hat, ändert an dem Wahrscheinlichkeitsgrade unserer Kombinationen gar nichts, denn die „große" Entente ist auf die Unterstützung der „kleinen" Entente angewiesen, und so mußte sich im Hinblick auf das Fiasko Frankreich der Gesamtpolitik der Alliierten fügen.

Es ist selbstverständlich, daß der rassenpolitische Charakter des Papsttums nach außen hin so gut wie möglich zu verschleiern versucht wird. Die Tatsachen aber reden eine so deutliche Sprache, daß wir es als Versündigung an unserem Vaterlande betrachten würden, wenn wir es vielleicht aus inneren taktischen Gründen unterlassen würden, offen auf die unneutrale Haltung Roms gegenüber dem deutschen Volke hinzuweisen. Das Papsttum hat bis auf den heutigen Tag bei keinem christlichen Staate so ergebene, pflichtgetreue und opferwillige Anhänger der Kirche gefunden, als sie sich in der katholischen Bevölkerung Deutschlands darstellen, die **Katholiken** Deutschlands dürfen daher auch verlangen, daß von Seiten des Oberhaupts der Kirche der nationale Charakter des deutschen Volkes in demselben Grade geachtet wird wie das andern Völkern gegenüber geschieht. Nirgends vermochte der autoritative Einfluß des Papsttums so stark zur Auswirkung zu kommen wie in Deutschland, nirgends hat er deshalb auch inbezug auf den nationalen Gedanken so zersetzend zu wirken vermocht wie bei uns, und nirgends hätte es die Geistlichkeit wagen dürfen, so offen gegen den nationalen Charakter eines Volkes zu sündigen

wie in unsern östlichen und westlichen Grenzgebieten. **Der internationale Charakter des Papsttums ist seit der Reformation zum historischen Begriff geworden, denn es sind in erster Linie die romanischen Völker, bei denen die katholische Religion vorherrscht,** und die auch die ideelle und materielle Unterstützung des Papsttums als etwas Selbstverständliches für sich in Anspruch nehmen, weil sie sich mit ihm sprachlich und kulturell wesensverwandt fühlen. In den angelsächsischen Staaten und auch im lateinischen Amerika besitzt das Papsttum keinerlei politischen Einfluß, da dort das konfessionelle Moment infolge einer entsprechenden Erziehung hinter die nationalen Intressen gestellt wird, ebenso wie auch in den romanischen Staaten Europas. Deshalb sind auch in allen diesen Staaten konfessionelle Gegensätze nicht in dem Grade in Erscheinung getreten, daß sie gegebenenfalls die nationalen Intressen hätten zu überwuchern vermögen, wie das durch den geheimen Einfluß des Papsttums in Deutschland geschehen ist. **Gerade die autoritative und wissenschaftlich-methodologische Erziehung des deutschen Volkes, aus der die geistige und seelische Disziplinierung im Denken und Handeln bis zur letzten Konsequenz herauswuchs, die wir in den Äußerungen der deutschen Volkspsyche auf allen Gebieten vorfinden, begünstigte auch die absolute Einstellung der Psyche der katholischen Bevölkerung auf die religiöse Vorstellungswelt des Papsttums.** Gerade diese Eigenart der deutschen Volkspsyche hat aber das Papsttum von jeher benützt, um konfessionelle Gegensätze zu konstruieren. Wir erinnern nochmals an den Widerstand der katholischen Geistlichkeit und des unter ihrem Einflusse stehenden Zentrums gegen die Einführung der obligatorischen Zivilehe und der Zivilstandsregister, die für jeden modernen Staat eine verwaltungstechnische Notwendigkeit darstellen. Auch die Bestimmungen bezüglich der Mischehe sind, abgesehen von ihrem u. E. mit den Grundsätzen der Lehre Jesu nicht übereinstimmenden unduldsamen Charakter, nur geeignet, die konfessionellen Gegensätze zu verschärfen, besonders aber da, wo der autoritative Einfluß der Geistlichkeit in so hohem Grade vorhanden ist, wie in Deutschland. Wir können uns daher aus den vorstehenden Überlegungen heraus auch des Eindrucks nicht erwehren, als sei der vor einigen Monaten ergangene **Erlaß des Papstes in Bezug auf die Mischehe** im Hinblick auf die absolute Ergebenheit der katholischen Bevölkerung Deutschlands gegenüber der Kirche und des ausgesprochen gemischt-konfessionellen Charakters unseres Staates in erster Linie auf die Schaffung neuer konfessioneller Gegensätze in Deutschland berechnet gewesen. Es ist begreiflich, daß der Erlaß, der nicht nur in der Familie sondern auch in der Schule und im völkischen Gemeinschaftsleben überhaupt eine Menge Konfliktsstoffe zu schaffen geeignet ist, bei der andern Konfession berechtigtes Aufsehen erregt hat, und wir müssen gestehen, daß es uns, falls nicht **politische** Momente die Haupttriebfeder dieses Erlasses sind, unbegreiflich erscheint, wie das Oberhaupt der katholischen Kirche angesichts der schwersten aller Menschheitskatastrophen, die ein geschlossenes Zusammengehen der gesamten christlichen Organisationen zu Zwecken des sittlichen Wiederaufbaus u. E. als erstes Erfordernis in den Vordergrund jeder religiösen Betätigung hätte rücken sollen, dazu kommt, gerade jetzt derartige Konfliktsmomente in die Konfessionen zu tragen. Wer jedoch die Bedeutung des konfessionellen Moments in den heute maßgebenden Staaten (Frankreich), England und

Amerika) kennt, und die dortigen Beziehungen der christlichen Konfessionen untereinander, weiß, daß der Erlaß in diesen Staaten im großen ganzen ungefährlich für den konfessionellen und damit innerpolitischen Frieden war, weil dort die religiöse Anschauung mehr als Privatangelegenheit des einzelnen Volksgenossen betrachtet wird, sodaß sie niemals infolge fremden Einflusses staatsgefährlichen Charakter anzunehmen vermochte.

Daß die nach dem äußeren Zusammenbruch des deutschen Volkes offen zu Tage getretenen Bemühungen Frankreichs mit Hilfe des Papsttums durch Geltendmachung der konfessionellen Gegensätze auch den inneren Zerfall Deutschlands herbeizuführen, vorläufig mißlungen sind, dürfen wir als günstiges Zeichen dafür betrachten, daß die politischen Führer der katholischen Bevölkerung trotz ihrer völligen Ahnungslosigkeit bezüglich der deutschfeindlichen Haltung des Papsttums die Gefahren einer absoluten Trennung der deutschen Stämme nach konfessionellen Gesichtspunkten rechtzeitig erkannt haben, und wir begrüßen im Intresse der Existenz des deutschen Volkes die Erklärung des derzeitigen preußischen Ministerpräsidenten und Führers der katholischen Arbeiterorganisationen, Stegerwald, anläßlich der Tagung der christlichen Gewerkschaften in Essen, in der er aufs wärmste für den konfessionellen Frieden mit folgenden Worten eingetreten ist: „Heute, wo insgeheim (!) und offen an allen deutschen Grenzen starke Magnete angesetzt sind, um den brüchig gewordenen Stahlblock auseinanderzuziehen, da bedeutet **die schroffe politische Scheidung der Protestanten und Katholiken eine ungeheure Gefahr.** Aus dauernd getrennten politischen Verschiedenheiten können starke Entfremdungen und Spannungen eintreten. **Die Entfremdung zwischen Brüdern ist der erste Schritt zur offenen Feindschaft.** Dieses Unglück darf nicht noch zu allem andern über Deutschland kommen. Darum müssen wir alle christlichen Kräfte zusammenfassen solange es noch Zeit ist. Wir werden uns entschieden auf den Boden der alten **deutschen christlichen Volkskultur** zu stellen und dafür resolut zu kämpfen haben." **Wir möchten** zum Schluß unserer Betrachtungen über das Papsttum nochmals **betonen, daß unsere Überlegungen keineswegs die Tendenz verfolgen, die katholische Bevölkerung Deutschlands dem hierarchischen Dogma des Papsttums zu entfremden, wir wollen durch unsere Ausführungen nur erreichen, daß man in Rom endlich die Bestrebungen der Bekämpfung des Germanentums zu Gunsten einer politischen Vorherrschaft der Romanen und der mit ihnen verbündeten rein katholischen Staaden des Südens und Ostens in Europa aufgibt.**

Der Sozialismus.

Die infolge der Fortschritte der Technik in der Mitte des vorigen Jahrhunderts einsetzende **Industrialisierung der Volkswirtschaft bildete die Grundlage zur Entwicklung einer neuen Bewegung der Massenpsyche auf wirtschaftlichem Gebiete,** die naturgemäß auch auf das politische Gebiet übertragen wurde. Daß die Industrialisierung der Volkswirtschaft ihren Anfang in England genommen hat, ist in dem insularen Charakter dieses Landes und der daraus hervorgehenden Einstellung auf den Seehandel und im Zusammenhang damit den Erwerb großer Kolonial-

gebiete begründet. Aus der auf dieser Grundlage aufgebauten Erziehung des englischen Volkes wuchs jene Veranlagung zu praktischem Denken und Handeln heraus, aus der gesetzmäßig die Fähigkeiten sich entwickelten, die Erfahrungen der Wissenschaft und Technik in der Richtung möglichster Ablösung der menschlichen durch maschinelle Kräfte zu verwerten, d. h. den handwerksmäßigen durch den industriellen Betrieb zu ersetzen, wodurch die Möglichkeit der Steigerung der Produktion und damit der Ausfuhr um ein Mehrfaches gegeben wurde. Die Industrialisierung der Volkswirtschaft hatte nun die Folge, daß mit der Zeit sich große industrielle Zentren bildeten, die zur Ansammlung einer entsprechend großen Anzahl von Arbeitskräften führten, die lediglich auf den Verdienst in den Fabriken angewiesen, also auf Gedeih und Verderb mit den wechselnden Konjunkturerscheinungen verbunden waren. Während noch in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts das europäische Wirtschaftsleben in der Hauptsache landwirtschaftlichen Charakter trug, und der handwerksmäßige Betrieb vorherrschte, der den darunter fallenden Berufsständen eine gewisse wirtschaftliche und damit individuelle Selbständigkeit ermöglichte, brachte **die Industrialisierung große Bevölkerungsschichten in absolute wirtschaftliche Abhängigkeit.** Diese wirtschaftliche Abhängigkeit und Unsicherheit zeitigte begreiflicherweise entsprechende, dem Selbsterhaltungstrieb entspringende seelische Auslösungen, die ihren Ausdruck in der **Gründung von Arbeiterorganisationen***) zum Zwecke der Verbesserung und Sicherung der wirtschaftlichen Existenz fanden. Auf dieser Grundlage entwickelten sich die **praktischen** Auswirkungen der **Vorstellungswelt des Sozialismus.** Als ideellen Vorläufer des Sozialismus haben wir die christliche Religion zu betrachten, die die Psyche der west- und mitteleuropäischen Völker im Sinne des sozialen Ausgleichs beeinflußte. Die Reformation gab einen weiteren Anstoß in dieser Richtung, indem sie das in der staatlichen Autoritätsidee erstarrte religiöse Führertum auf die ursprünglichen Ziele der Lehre Jesu hinwies. Die geistige Fortentwicklung der europäischen Völkerpsyche führte naturgemäß zu ideologischen Versuchen einer rein praktischen Verwertung der christlichen Anschauungswelt inbezug auf die sozialen Probleme. Solche Versuche finden wir in den sog. utopistischen Staatsromanen, deren Verfasser hauptsächlich die Umgestaltung des Gesellschaftslebens im Sinne der Gleichberechtigung aller Menschen inbezug auf Lebensgenuß, d. h. also auf Befriedigung der Äußerungen des Lebenstriebs behandelten. Von diesem Gedankengang ausgehend wurde die Aufhebung des Privateigentums und die gleichmäßige Verteilung des Ertrags der Arbeit gewünscht. Wir sehen hier also, psychologisch betrachtet, den Beginn der Entwicklung des subjektiven Rechtsbewußtseins der Massenpsyche, aus der heraus die Ideen des Kommunismus und Sozialismus entsprangen, und zwar auf Grund derselben ideologischen Vorstellungswelt wie auf religiös-ethischem Gebiete die Ideen der christlichen Religion. Daß die utopistischen Staatsromane größtenteils Franzosen (Rousseau, Saint-Simon, Cabet, Louis Blanc) als Verfasser haben, dürfen wir uns wohl aus der rascheren geistigen Entwicklung des französischen Volkes nach dem dreißigjährigen Kriege erklären, im Zusammenhang mit der auf der lateinischen Sprach-

*) Siehe „Das Urteil der Vernunft" über die Psychologie des Wirtschaftslebens und den sozialen Gedanken S. 502 u. f.

kultur aufgebauten besseren formaltechnischen Ausbildung der Sprache sowie der politischen Vormachtstellung in Europa, die beide das Fortschreiten der geistigen Ausbildung der Volkspsyche fraglos begünstigt haben. Die konkrete Auswirkung der Ideenwelt der utopistischen Staatsromane zeigte sich später dann in den Äußerungen der geistigen und politischen Träger der französischen Revolutionen. Während in Frankreich die Entwicklung des Sozialismus einen vorwiegend geistig-politischen Charakter trug, wurde er in England entsprechend der Veranlagung der Volkspsyche in vorwiegend praktische Bahnen geleitet, wodurch das politische Moment großenteils in den Hintergrund gedrängt wurde. So nahm charakteristischerweise die Bewegung der Konsumentenorganisation gerade von England ihren Ausgang, auch die psychologisch wohldurchdachte Methode der Durcharbeitszeit und der Gedanke der Arbeiterferien stammen von England.

Entsprechend der in der Erziehung begründeten Veranlagung der deutschen Volkspsyche erhielt der Sozialismus in **Deutschland** seine wissenschaftlich-methodologischen Grundlagen durch Marx und Engels, und es ist gleichfalls bezeichnend für die deutsche Volkspsyche, daß seine Anhänger in Deutschland von Anfang an die letzten Konsequenzen aus der sozialistischen Ideenwelt zogen, indem sie die Notwendigkeit der **„internationalen Solidarität des Proletariats"** betonten und auch alle Unternehmungen in dieser Richtung unterstützten. Wir sehen hier also **ein ideologisches Analogon zu der Haltung der deutschen Katholiken inbezug auf den angeblich internationalen Charakter der Ziele des Papsttums.** In beiden Fällen haben wir den Ausfluß der durch die autoritative und gleichzeitig wissenschaftlich-methodologische Erziehung erworbenen **Charaktereigenschaft der deutschen Volkspsyche** zu erblicken, die sich — wie wir später noch weiter zeigen werden — in der **Veranlagung zu strengster Disziplinierung und Systematisierung auf allen Gebieten des geistigen und seelischen Lebens** auswirkte. Neben der Einwirkung dieser Hauptcharaktereigenschaft der deutschen Volkspsyche waren auch noch andere Einflußmomente wirksam, nämlich **die Jahrhunderte lange politische Abhängigkeit des deutschen Volkes vom Auslande** und die zentrale Lage Deutschlands, die naturgemäß das Bestreben nach Aufnahme der kulturellen Erscheinungen der Nachbarvölker in viel höherem Grade als bei geographisch mehr isolierten Völkern begünstigte. Aus diesen beiden Einflußmomenten wuchs **die die gesunde Entwicklung des völkischen Instinktes** (des Selbsterhaltungstriebs) **gefährdende Fähigkeit zur Aufnahme einer überstaatlichen Weltanschauung** heraus, die in Deutschland besonders noch **durch die übertriebene Bewertung der humanistischen Erziehung begünstigt** wurde. Die humanistische Sprachforschung und Erziehung, deren Vorzüge in der Richtung der Erwerbung methodologischer Fähigkeiten inbezug auf die Denktätigkeit und damit auf das Geistesleben überhaupt wir schon früher gekennzeichnet haben, hatte nämlich auch im Hinblick auf die nationale Erziehung den Nachteil, daß **die vorherrschende Einstellung** der führenden Schichten Deutschlands, namentlich aber **der zur geistigen und seelischen Ausbildung der Jugend bestimmten Kreise, auf die Völker- und Kulturgeschichte des klassischen Altertums eine Idealisierung bzw. Vergeistigung des nationalen Instinktes zur Folge** hatte, die gesetzmäßig zu einer Vernachlässigung der praktischen nationalen Erziehung führte, weil durch die vorwiegende Beschäftigung

mit der Geschichte anderer Völker die Betrachtungen über die eigene Geschichte des deutschen Volkes vielfach in den Hintergrund gedrängt wurden, und das natürlich umsomehr, als die nationale Zerrissenheit Deutschlands seit dem dreißigjährigen Kriege wenig Anhaltspunkte zur Erziehung des deutschvölkischen Gedankens bot. Übrigens wäre auch eine solche Erziehung aus dynastischen Gründen verboten worden, wofür wir ja Beispiele in der Bekämpfung der deutschen Turnerschaft, der akademischen Jugend und schließlich der Einigungsbestrebungen der 48er-Bewegung besitzen. **Es ist klar, daß bei einer Jahrhunderte langen Beeinflussung der deutschen Volkspsyche durch die Einwirkungsmomente der politischen Abhängigkeit vom Auslande, des stammlichen oder vielmehr dynastischen Partikularismus und der darin begründeten besonderen Einstellung auf den Humanismus und die Kultur der herrschenden Nachbarvölker, also namentlich Frankreichs, die Ausbildung eines gefestigten völkischen Instinktes** (im Sinne der Geltendmachung des subjektiven Rechtsbewußtseins) **nicht möglich** war. **In den vorgenannten Einwirkungsfaktoren haben wir den Ursprung der nationalen Instinktlosigkeit des deutschen Volkes zu erblicken.**

Nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme wurde wie bekannt aus politischen und konfessionellen, und hier und dort auch aus wirtschaftlichen Gründen der sog. „Partikularismus", der angeblich aus der „Stammeseigenart" entsprang, offiziell gepflegt. Und begreiflicherweise war es auch nicht möglich, die Jahrhunderte alten Erziehungseinflüsse des Humanismus, die die Heranbildung einer **weltbürgerlichen Vorstellungswelt** begünstigt hatten, sowie **die aus unserer politischen Unselbständigkeit resultierende Neigung zur Nachahmung und einer daraus hervorgehenden Bewunderung der kulturellen Erscheinungen bei andern Völkern,** sofort auszuschalten bzw. auszumerzen. Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die geistige und seelische Ausbildung eines Volkes denselben Entwicklungsgesetzen unterworfen ist, wie die des Einzelmenschen. Die geistig und inbezug auf Charakterbildung und -form noch unentwickelte und daher unselbständige Jugend wird — besonders bei reger Veranlagung des Geistes — immer geneigt sein, selbständige Charaktere in der Umgebung sich zum Vorbild zu nehmen und als etwas Erstrebenswertes nachzuahmen, während umgekehrt ausgereifte Charaktere (aus Gründen des individuellen Selbsterhaltungstriebs) die Aufnahme neuer Eindrücke irgendwelcher Art, von deren Einwirkung sie eine Beeinträchtigung ihrer geistigen und seelischen Individualität befüchten, grundsätzlich ablehnen. Diese psychologische Erfahrungstatsache können wir auch bei Beobachtung der Beziehungen der Völker untereinander hinsichtlich des Austauschs der Kulturerscheinungen feststellen. Das englische Volk, das infolge seiner glücklichen insularen Lage am raschesten eine innere Konsolidation in der Richtung möglichsten Ausgleichs der Gesellschafts- und Klassengegensätze zu erreichen vermochte, und dadurch auch rascher zur politischen Reife gelangte als die andern Völker Europas, war bekanntlich seit Jahrhunderten tonangebend für die Erziehung des völkischen und politischen „Stils", und zwar sowohl inbezug auf den Charakter als auch die entsprechenden Ausdrucksformen, die beide heute noch als vorbildlich gelten, und nicht mit Unrecht mit dem Typus der alten Römer verglichen werden. Die Auswirkung dieser politischen und völkischen

Reife des englischen Volkes zeigt sich nun darin, daß es seinen völkischen Charakter namentlich auch im Auslande in einem Grade betont, der von Überhebung und Anmaßung vielfach nicht weit entfernt ist. Der Durchschnittsengländer lernt aus diesem völkischen Selbstbewußtsein heraus deshalb auch ganz wenig fremde Sprachen, weil er der Anschauung ist, daß seine Sprache überall verstanden werden soll. Eine ähnliche Charaktererscheinung hat sich auch bei dem inbezug auf völkische und damit auch politische Entwicklung nächst reifen Volke, den Franzosen, herausgebildet. In dieser Betonung des Nationalcharakters, der als primärer Erziehungsfaktor alle politischen, gesellschaftlichen, kulturellen, ja sittlich-ethischen und sittlich-religiösen Erziehungsmomente beeinflußte und beherrschte, haben wir den Ursprung der gewaltigen national-politischen Aktivität dieser beiden Völker zu suchen, in der Richtung der Geltendmachung des subjektiven Rechtsbewußtseins inbezug auf die Ansprüche nach außen hin, woraus psychologisch gesetzmäßig **das dauernde Streben nach Machterweiterung** entstand, das in den letzten Jahrhunderten die Außenpolitik beider Völker beherrscht hat.

Daß die deutsche Volkspsyche nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme nicht jene nationale Aktivität annahm, wie die der vorgenannten Staaten, hat neben der Nachwirkung des Stammespartikularismus und der Fortdauer der den nationalen Instinkt neutralisierenden, bzw. objektivierenden Einwirkung der humanistischen und der daraus hervorgehenden wissenschaftlich-methodisierenden Erziehung seinen Grund auch in der **Einstellung des gesamten Erziehungsapparats auf die veralteten Methoden der Autoritätsidee**, die weniger auf die Ausbildung des nationalen Empfindens und Denkens als auf die absolute Wirksamkeit des monarchistischen Prinzips mit seiner traditionellen gesellschaftlichen Hierarchie gerichtet waren. Wir haben die Vorzüge der Wirksamkeit der autoritativen Erziehung auf sittlich-ethischem, beruflichem und gesellschaftlichem Gebiete ja früher schon eingehend gekennzeichnet, und ebenso die Nachteile, die in einer Überschätzung der Berufs- und Standesfragen zum Ausdruck kamen, wodurch im Verhältnis zur geistigen Ausbildung der Volkspsyche psychologisch gesetzmäßig eine Verschärfung der Klassengegensätze eintreten mußte. Es ist begreiflich, daß gerade jene Gesellschaftsschichten, die unter der Überschätzung der Berufs- und Standesfragen, aus der, wie früher schon gezeigt, sich eine Geringschätzung aller auf Handarbeit begründeten Berufe und dementsprechend auch der betreffenden Bevölkerungskreise ergab, sich seelisch mit diesem gesellschaftlichen System nicht abzufinden vermochten. Es ist nach unsern vielseitigen Wahrnehmungen und Erfahrungen ein schwerer Irrtum, wenn man die **Haltung der deutschen Sozialdemokratie** gegenüber nationalen Fragen lediglich auf die Wirksamkeit der dogmatischen Grundsätze der sozialistischen Internationale zurückführt. Wer die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland ohne parteipolitische Voreingenommenheit verfolgt hat, wird sich der Erkenntnis nicht zu verschließen vermögen, daß die **grundsätzliche Betonung des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung durch die deutschen Sozialistenführer am stärksten durch die gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen der veralteten Methoden der Autoritätsidee beeinflußt worden** ist.

Wie im Verhältnis zur geistigen Ausbildung das selbständige Bürgertum An-

spruch auf aktive Teilnahme an der Verwaltung des Staatsorganismus im Sinne der Geltendmachung des staatsbürgerlichen Gedankens erhob, so mußte psychologisch ebenso gesetzmäßig die geistige Fortbildung der Psyche der untersten Volksschichten ebenfalls eine entsprechende Auswirkung auf sozialem, politischem und gesellschaftlichem Gebiete zur Folge haben. Die Ansammlung wirtschaftlich und gesellschaftlich und damit auch politisch in gleicher Richtung interessierter Bevölkerungsschichten in den Industriezentren und größeren Städten begünstigte naturgemäß den organisatorischen Gedanken, dessen Wirksamkeit umso stärker sein mußte, als die Stoßkraft der Organisation weder durch wirtschaftliche noch gesellschaftliche Differenzierung der Bestrebungen gefährdet wurde. Den **psychologischen Ursprung des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung** haben wir nämlich darin zu suchen, **daß infolge der Mechanisierung der Arbeit in der Industrie das individuelle Moment** des handwerklichen Berufs mehr oder weniger **ausgeschaltet** wurde, wodurch im Zusammenhang mit der gleichartigen Arbeitsweise auch die gleiche Bewertung der Arbeit zum Verlust der persönlichen Interessen an der Arbeit führte, denn die Arbeiterschaft erkannte natürlich bald, daß das Akkordsystem, das die persönlichen Fähigkeiten und die Arbeitslust anspornen sollte, hier und dort zur Herabsetzung der Löhne führte. Zu dem Nivellisierungsmoment der **Mechanisierung und entsprechenden gleichartigen Bewertung der Arbeit trat sodann auch die Erkenntnis der Wechselbeziehungen der volkswirtschaftlichen Produktion der verschiedenen Industriestaaten hinsichtlich der Preisbildung und im Zusammenhang damit der Regelung der Lohnverhältnisse,** und schließlich als **stärkster Faktor das Bewußtsein, daß der großen Masse der Arbeiterbevölkerung durch die Industrialisierung der Weltwirtschaft die individuelle Entwicklungsmöglichkeit genommen war,** die jeder andere Beruf immerhin bis zu gewissem Grade bietet. Die im großen ganzen gleichwertige Entlohnung der Arbeiterschaft schuf gleichartige wirtschaftliche und damit gesellschaftliche Verhältnisse, über die die Masse der Arbeiterbevölkerung nicht hinauszukommen vermochte. Alle diese psychologischen Momente haben zusammengewirkt in der Richtung der Internationalisierung der Arbeiterbewegung, durch die man allein eine wirtschaftliche, soziale und damit auch gesellschaftliche Hebung der Arbeiterklasse erhoffte.

Das internationale Moment der Arbeiterbewegung ist aber bis heute über den ideellen und formalen Charakter nicht hinausgekommen, weil begreiflicherweise — ebenso wie bezüglich der internationalen Idee des Papsttums — **die instinktive oder bewußte Einwirkung der nationalen Erziehung die praktische Solidarität über die Grenzen der nationalen Empfindungswelt hinaus verhindert hat.** Daß die deutschen Sozialisten in weit höherem Grade als die Gesinnungsgenossen der andern großen Nationalstaaten den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung betont und ihre Weltanschauung auch vielfach praktisch betätigt haben, hängt, wie wir schon angedeutet haben, mit der Auswirkung des deutschen Erziehungssystems in pädagogischer, gesellschaftlicher und politischer Hinsicht zusammen. Der Wirksamkeit der organisierten Arbeiterbewegung mußte selbstverständlich von Seiten der Regierungen der Nationalstaaten Beachtung geschenkt werden. In England und Frankreich war, wie wir gesehen haben, durch die Einrichtung des Parlamentarismus im Sinne

der Erziehung aller Volksgenossen zum staatsbürgerlichen Gedanken die Arbeiterbewegung seelisch in der nationalen Vorstellungswelt erhalten worden, weil die Arbeiterbevölkerung sich politisch und damit auch in nationaler Hinsicht infolge der Möglichkeit aktiver Teilnahme an der Entwicklung des Staatsorganismus gleichberechtigt zu fühlen vermochte. Im Hinblick auf die uns wohl bekannte Verständnislosigkeit gerade der oberen Gesellschaftsschichten und leider auch der Erzieher der akademischen Jugend in Deutschland hinsichtlich der **gewaltigen Bedeutung des parlamentarischen Systems für die politische und nationale Erziehung** möchten wir hervorheben, daß der nationale Einfluß des Parlamentarismus auf die Arbeiterbewegung nicht etwa dadurch entstanden ist, daß die Arbeiterschaft innerhalb dieses Staatssystems **größere wirtschaftliche und soziale Vorteile** für sich zu erringen in der Lage gewesen wäre als in einem durch ein traditionelles Führertum regierten Staate, wie es beispielsweise Deutschland vor dem Kriege war. **Der Wert des Parlamentarismus liegt in seinem ideellen Einfluß auf die Volkspsyche.** Gerade das psychologische Moment ist fraglos für die Entwicklung des englischen und später des französischen Regierungssystems zum Parlamentarismus ausschlaggebend gewesen, und man hat daher auch wohl gegenüber den großen Vorzügen dieses Systems inbezug auf politische und nationale Erziehung die etwaigen Nachteile verwaltungstechnischer Schwierigkeiten mit in den Kauf genommen. Der ideelle Einfluß des Parlamentarismus liegt in der politischen Schulung, die zur Disziplinierung wie Individualisierung in der Richtung der Erwerbung und Festigung staatsbürgerlichen Denkens und Handelns führt. **Die Festigung des Gedankens der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ist aber die sicherste Grundlage zur Erziehung und Erhaltung der nationalen Vorstellungswelt,** im Sinne der unwillkürlich wirksamen Geltendmachung des subjektiven Rechtsbewußtseins (auf nationalem Gebiete) nach außen hin. Die einfachsten Überlegungen über die Wechselbeziehungen zwischen der geistigen und seelischen Entwicklung des Einzelmenschen dürften unsere Auffassung über die Bedeutung der staatsbürgerlichen Erziehung durch den Parlamentarismus in der Richtung der Festigung der nationalen Vorstellungswelt bestätigen. Das instinktiv oder bewußt verfolgte Ziel des heranreifenden jungen Menschen ist und bleibt die in den Auswirkungen seines Selbsterhaltungs- bzw. Lebenstriebs begründete Erwerbung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit. In diesem Streben haben wir **den elementarsten Lebensgrundsatz** zu erblicken, der **für alle Gebiete geistigen und seelischen Lebens gilt,** und selbstverständlich nicht nur für die Lebensäußerungen des Einzelmenschen, sondern **auch für jede irgendwie geartete Gemeinschaft** (Familie, Gesellschaftsklasse, Volk). Wir registrieren weiterhin nur eine einfache, psychologische Erfahrungstatsache, wenn wir feststellen, daß jeder Mensch bei diesem natürlichen Streben nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit, d. h. nach Geltendmachung seiner (geistigen und seelischen) Individualität, die ihm entgegenstehenden Hemmungen zu bekämpfen versucht und zwar selbstverständlich im Verhältnis zu seiner geistigen und seelischen (vererbten) Veranlagung, Erziehung und Umgebung, bzw. den daraus erworbenen geistigen Fähigkeiten und seelischen Eigenschaften. Dasselbe gilt natürlich auch für jede irgendwie geartete menschliche Gemeinschaft. Die instinktive oder bewußte Erkenntnis dieser Grundgesetze aller Lebensäußerungen

und damit die Einstellung auf die mannigfaltigen Möglichkeiten ihrer Auswirkung, gehört zu den Haupteigenschaften, die den wirklichen Jugend- und Volkserzieher kennzeichnen, und die daher auch zu den Grundforderungen für die Qualifikation eines Politikers und namentlich Staatsmannes gezählt werden müssen.

In der Beachtung der Entwicklungstendenzen der gekennzeichneten Lebensgesetze haben wir auch den psychologischen Ursprung des Parlamentarismus zu erblicken, der in seiner Auswirkung auf alle Volksschichten den großen Nationalstaaten des Westens jene gewaltige völkische Aktivität verliehen hat und im Zusammenhang damit ein völkisches Führertum geschaffen hat, dessen glänzende psychologische Fähigkeiten sich nicht nur in einer meisterhaften Behandlung des eigenen Volkes, sondern auch inbezug auf die Beeinflussung der Psyche anderer Völker zeigten. Denn der **Parlamentarismus** erhöhte nicht nur das Intresse des Volkes an der Entwicklung des Staatsorganismus, er **zwang auch die Parteien und deren Führer, sowie insbesondere die Staatsmänner sich auf die Volkspsyche in viel höherem Grade als in nicht parlamentarisch regierten Staaten einzustellen,** wodurch die führenden Politiker und Staatsmänner sowohl inbezug auf die Behandlung des eigenen Volkes wie auch anderer Völker geschult wurden.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme die Bestrebungen des Liberalismus und der Demokratie nach Demokratisierung des Regierungssystems, die bekanntlich in Preußen bis zum Kriege von 1866 reichen, und ihren konkreten Ausdruck in dem Verfassungskonflikt fanden, deshalb von den maßgebenden Kreisen des Bürgertums und der Intelligenz aufgegeben wurden, weil erstens die gewaltigen Erfolge Bismarcks in der Außenpolitik, die fast über die kühnsten Träume der deutschen Vaterlandsfreunde hinausgegangen waren, und zweitens der ebenso gewaltige wirtschaftliche Aufstieg die politischen Intressen dieser Kreise in andere Bahnen geleitet hatte. Dazu trat noch die Einwirkung des gesellschaftlichen Klassenbewußtseins, dessen Träger von der Demokratisierung des Staatsregimes instinktiv oder bewußt eine Gefährdung der Bedeutung ihres Standes und damit ihrer gesellschaftlichen Stellung befürchteten. Wir haben fernerhin schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Zentrum, dessen Anhänger lediglich aus konfessionellen Beweggründen dieser Partei angehörten, und die schon durch ihre religiöse Erziehung in hohem Grade auf die Autoritätsidee eingestellt waren, auch kein besonderes Intresse an der Demokratisierung der Staatsverwaltung hatte, sodaß für den Parlamentarismus neben einem verhältnismäßig kleinen Kreise von Intellektuellen in der Hauptsache nur der selbständige und unselbständige Mittelstand (Angestellten), sowie die Arbeiterschaft politisch tätig waren. Daß die vorgenannten gesellschaftlichen Schichten des bürgerlichen Mittelstands und der Arbeiterschaft sich für die Demokratisierung der Staatsverwaltung einsetzten, in der Verfolgung des Ziels der Erwerbung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß diese Bevölkerungsschichten, wie wir früher schon gezeigt haben, durch die scharfe Betonung des Klassen- und Standesbewußtseins sich zurückgesetzt fühlten, und deshalb begreiflicherweise danach trachteten, den Gedanken staatsbürgerlicher Gleichberechtigung zur Geltung zu bringen, von dessen Durchführung sie neben der politischen Gleichstellung wohl

auch eine gewisse Anerkennung in gesellschaftlicher Hinsicht erhofften. Neben den Auswirkungen der autoritativen Erziehung durch die Schule, das Militär und eine entsprechende Haltung der Büreaukratie war es daher insbesondere die Wirkung der gesellschaftlichen Gegensätze, die die politischen Kämpfe von der Wiedervereinigung an bis zum Ausbruch des Weltkriegs am meisten beeinflußte.

Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir auch die Haltung der Sozialdemokratie in Deutschland zu betrachten. **Nicht die internationale Idee des Sozialismus führte der Sozialdemokratie die Massen gerade der intelligenten Arbeiterschaft zu, sondern die in der Betonung unserer Gesellschaftshierarchie unwillkürlich zum Ausdruck gelangende Mißachtung der handarbeitenden Stände** (des Gewerbestandes, der Arbeiter und auch des Kleinbauernstandes) und eine entsprechende geringschätzige Behandlung derselben. Da die **Betonung des Klassen- und Standesbewußtseins auf gesellschaftlichem Gebiete gewissermaßen zu einem „Kampf aller gegen alle" führte, weil ein Berufs- oder Gesellschaftsstand entsprechend seiner Eingliederung in die Gesellschaftshierarchie gefühlsmäßig oder bewußt sowohl nach oben wie** (ganz besonders) **nach unten gegen den andern ausgespielt** wurde, so machten sich weiteste Kreise, namentlich aber die durch Beruf, Stand und Vermögen sich gesellschaftlich bevorrechtigt fühlenden über die in der Familie und durch den gesellschaftlichen Verkehr anerzogene unwillkürlich wirksame Klassifizierung in der Behandlung anderer Gesellschaftsschichten keinerlei Gedanken und **waren sich daher meistens auch der verletzenden Wirkung ihrer Haltung gegenüber den unteren Klassen nicht bewußt.** Während die Mittelstandskreise aus wirtschaftlichen und beruflichen Gründen gezwungen waren, sich auf die scharf hervortretende Gesellschaftshierarchie einzustellen, nahm die sozialistisch orientierte Arbeiterschaft im Hinblick auf die Aussichtslosigkeit der Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Stellung innerhalb einer solchen Anschauungswelt den Kampf gegen die Betonung des Klassenstandpunktes auf, indem sie der herrschenden Gesellschaftspsyche die Idee des „klassenbewußten Proletariats" entgegensetzte. Der psychologische Ursprung dieser Kampfidee ist ohne weiteres als anfangs gefühlsmäßige, später wohl bewußte Äußerung des Selbsterhaltungstriebs der Massenpsyche zu erkennen, in der Richtung der Geltendmachung des mit der Zeit erworbenen subjektiven Rechtsempfindens gegenüber den herrschenden Klassen und der durch sie vertretenen Staats- und Gesellschaftsordnung. Es war also, wie wir früher schon angedeutet haben, **nicht allein das wirtschaftliche Moment,** und letzteres wahrscheinlich nicht einmal ausschlaggebend, **das dem Kampf der sozialistischen Bewegung die besondere propagandistische Note gab, sondern vielleicht mehr noch die gesellschaftlichen und rein politischen Verhältnisse, die den Charakter des Kampfes der geistig fortgeschrittenen Arbeiterschaft bestimmt haben.** Ein Vergleich mit der Anschauungswelt anderer Berufsstände dürfte die hier angestellten psychologischen Überlegungen noch besser klarstellen. Wir haben früher schon darauf hingewiesen, daß beispielsweise viele Angehörige der oberen und mittleren Gesellschaftsschichten ohne Rücksicht auf die begrenzten, ja anfangs unzulänglichen wirtschaftlichen Verhältnisse die Offiziers- und Beamtenlaufbahn erstrebten, wobei in erster Linie das ideelle Moment der bevorzugten gesellschaftlichen Stellung

mitsprach. Wer sich die Mühe nimmt, sich in die Psyche der geistig fortgeschrittenen Arbeiterbevölkerung hineinzudenken, wird aus dem vorstehenden Beispiel die entsprechenden Schlüsse zu ziehen vermögen.

Die Richtigkeit unserer Auffassung bezüglich des politischen und gesellschaftlichen Einflusses auf die Haltung der Sozialdemokratie finden wir in der **verschiedenartigen Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland** bestätigt. Die radikale Strömung der sozialistischen Bewegung vor dem Kriege in den norddeutschen Staaten ist auf die Rückständigkeit des dort herrschenden Verfassungslebens sowie in engem Zusammenhang damit auf die scharfe Betonung der gesellschaftlichen Rangordnung zurückzuführen, deren Auswirkungen entsprechende Gegenaktionen seitens der organisierten Arbeiterschaft zur Folge hatten. Während die scharfe Betonung der gesellschaftlichen Hierarchie und das damit zusammenhängende Bestreben der Aufrechterhaltung der politischen Macht durch das die herrschenden Klassen begünstigende Staatsregime in den norddeutschen Staaten, namentlich aber in Preußen, bis zu gewissem Grade durch die äußeren disziplinierenden und formalisierenden Erziehungsmethoden begründet werden kann, die sich aus dem Jahrhunderte langen harten Kampf des preußischen Staates um Geltung nach außen hin herausgebildet hatten, sodann aus der daraus sich ergebenden besonders starken Stellung des preußischen Adels in der Regierung, im Heer und in der Verwaltung, und wohl nicht zuletzt aus dem psychischen Einfluß des östlichen Nachbarn, mit dem man natürlicherweise mancherlei gesellschaftliche und damit auch politische Berührungspunkte hatte, hatte sich die gesellschaftliche und damit verfassungsrechtliche Entwicklung in den süddeutschen Staaten ebenso natürlicherweise unter dem Einfluß der freieren, individualisierenden Staatsauffassung der westeuropäischen Völker vollzogen, mit denen man — namentlich mit Frankreich — infolge der politischen Zerrissenheit der deutschen Stämme einen regeren kulturellen Austausch zu unterhalten gezwungen war, der selbstverständlich auch nicht ohne Wirkung auf die Bildung der politischen Anschauung bleiben konnte. Neben dieser psychischen Beeinflussung von Westen her wirkte auf die **gesellschaftliche und politische Ausbildung der süddeutschen Stämme** auch die **aus der Notwendigkeit der politischen Einstellung nach allen Seiten hin und in Verbindung damit durch das wachsende Streben nach entsprechender Aufnahme geistiger und gesamtkultureller Anregungen sich ergebende größere geistige und seelische Elastizität**, die wir beim Vergleich mit den aus den norddeutschen Stämmen hervorgehenden schöpferischen Fähigkeiten wie auch den Äußerungen der Psyche dieser Stämme auf allen Gebieten kulturellen Lebens verfolgen können. Aus den vorgenannten, durch die Umgebung beeinflußten Erziehungsmethoden und die entsprechende geistige Aufnahme von außen lassen sich die Unterschiede in den Stammescharakteren des Nordens und Südens sehr gut erklären: Im Norden die durch die außenpolitischen Ziele Preußens bedingte streng disziplinierte Erziehung, die in Verbindung mit der ohnehin etwas kühleren Natur des Norddeutschen eine mehr auf das formale, zurückhaltende Moment eingestellte Charakterentwicklung begünstigte, im Süden die Jahrhunderte dauernde Einwirkung der Abhängigkeit vom Auslande, die einerseits die Entwicklung des Geisteslebens zu größerer Beweglichkeit begünstigte, andererseits aber auch die Einstellung auf

fremde Machtäußerungen notwendig machte, aus der heraus die Fähigkeit rascherer Anpassung an die gegebenen Verhältnisse entstand. Wenn wir von einer größeren geistigen Beweglichkeit der süddeutschen Stammespsyche sprechen, so soll damit nicht etwa ein Werturteil bezüglich der Qualität und Produktivität der geistigen Arbeitsleistungen abgegeben werden, — das durch die vorstehenden Überlegungen auch gar nicht begründet werden könnte — es handelt sich hier in erster Linie um den Versuch einer Kennzeichnung des Unterschieds der Ausdrucksformen, d. h. der Physiognomie des geistigen und seelischen Lebens, die durch die verschiedenartige Umgebung, die dadurch beeinflußte Erziehung und die aus diesen beiden Einwirkungsfaktoren hervorgehende Veranlagung sich entwickelt hatten: In **Preußen-Norddeutschland** jener Charakterzug strenger innerer und äußerer Disziplin, der durch Kants kategorischen Imperativ gekennzeichnet ist und sich hinsichtlich der Gesellschaftsbildung in der Richtung eines gewissen Formalismus unter besonderer Betonung des Klassenstandpunktes ausprägte, woraus wiederum das starre Festhalten an den überlieferten Staatseinrichtungen zu erklären ist, und ebenso auch Form und Charakter des preußischen „Militarismus", d. h. des militärischen Erziehungssystems, das wie wir später noch sehen werden, mit den bei andern Völkern herrschenden Erziehungsmethoden zum Imperialismus und übertriebenen Nationalismus gar nichts zu tun hatte, sondern lediglich auf die in der Veranlagung und Erziehung begründete Unfähigkeit der Anwendung neuzeitlicher Erziehungsmethoden zurückzuführen ist. In **Süddeutschland** die durch Umgebung und Erziehung bewirkte größere Lebhaftigkeit und Beweglichkeit der Ausdrucksformen geistigen und seelischen Lebens, die die Individualisierung der Volkspsyche begünstigten, und im Zusammenhang damit auch eine bessere Grundlage für die gesellschaftliche und politische Entwicklung boten.

Die gesellschaftliche und politische Auswirkung der gekennzeichneten Charakterunterschiede der norddeutschen und süddeutschen Stammespsyche war es denn auch, die neben der Hervorkehrung der konfessionellen Gegensätze in erster Linie die Heranbildung einer einheitlichen nationalen Vorstellungswelt und damit eines gesamtvölkischen Ziels nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme verhinderte. Während in Norddeutschland, und namentlich in Preußen, die äußeren Formen des gesellschaftlichen und damit auch des politischen Lebens im Verhältnis zur geistigen Fortbildung der Volkspsyche immer schärfer werdende Gegensätze herausbildeten, weil die herrschenden Gesellschaftsschichten infolge der Einwirkung der traditionellen, auf die Autoritätsidee eingestellten Erziehungsmethoden den nach Anerkennung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung strebenden unteren Ständen keine Zugeständnisse in dieser Richtung glaubten machen zu dürfen, bewegte sich die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Süddeutschland in ruhigeren Bahnen, da hier die gekennzeichneten Einflüsse der Umgebung auf die Erziehung eine größere Elastizität und damit bessere Anpassungsfähigkeit inbezug auf die Behandlung der geistig fortgeschrittenen unteren Volksschichten bewirkt hatten. Aus der Einwirkung der vorgenannten Faktoren auf die Ausbildung der norddeutschen und süddeutschen Stammespsyche erklärt sich die Kennzeichnung der Charakterunterschiede durch das bekannte Wort von der **„geistigen und politischen Mainlinie"**. Der gesellschaftliche und damit auch politische Ausgleich wurde in den süddeutschen Staaten auch dadurch

erleichtert, daß hier das Bürgertum den vorherrschenden Einfluß besaß, und von den Monarchien nicht wie in Preußen durch eine infolge traditioneller Bevorzugung gesellschaftlich und politisch sehr rege Adelsschicht getrennt war, die dort so ziemlich den gesamten staatlichen Verwaltungsapparat beherrschte und begreiflicherweise keinerlei Neigung zur Aufgabe ihrer Machtstellung zeigte. Es ist psychologisch durchaus verständlich, daß die scharfe Betonung gesellschaftlicher und politischer Vorrechte seitens der herrschenden Klassen auf der andern Seite eine ebenso scharfe Gegenwirkung ausgelöst hat. So begreifen wir auch den radikalen Charakter der sozialistischen Bewegung in Norddeutschland, der seinen Ursprung aus der gesellschaftlichen und politischen Behandlung der unteren Schichten herleitete. Naturgemäß hat weiterhin die in den Erziehungsmethoden begründete Veranlagung zu starren äußeren Formen den Doktrinarismus innerhalb der norddeutschen Sozialdemokratie begünstigt, ähnlich wie die Erziehung auch die äußeren Formen des gesellschaftlichen und militärischen Systems in der Richtung strengster Disziplinierung und Formalisierung beeinflußt hat. Bekanntlich haben die aus der gesellschaftlichen und politischen Erziehung resultierenden verschiedenartigen Charakterveranlagungen der Führer der norddeutschen und süddeutschen Sozialdemokratie zu getrennten Anschauungen über die gegenüber dem bestehenden Staatssystem einzunehmende Haltung geführt. Während der größte Teil der norddeutschen Sozialistenführer fraglos aus ihrer gesellschaftlichen und politischen Kampfstellung und -stimmung heraus, im Intresse der Erhaltung einer wirksamen geschlossenen Stoßkraft des Proletariats für unbedingte Opposition gegenüber dem herrschenden Gesellschafts- und Staatssystem eintrat, wurde die gemäßigte Richtung des „Revisionismus", der unter bestimmten Umständen auch die positive Mitarbeit innerhalb der gegebenen Staatsverhältnisse für möglich und nützlich erachtete, in der Hauptsache von der süddeutschen Sozialdemokratie vertreten. Die Versuche des anfangs ganz unter dem Einfluß der norddeutschen Genossen stehenden Parteivorstandes, die gemäßigte süddeutsche Richtung durch Entsendung norddeutscher Genossen lahmzulegen, mißlangen so ziemlich alle, weil die eingewanderten Genossen weder entsprechende Angriffspunkte noch auch einen entsprechenden Resonanzboden bei den süddeutschen Parteigenossen fanden, die infolge der mehr ausgeglichenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sowohl inbezug auf Propaganda wie parlamentarische Tätigkeit eine gemäßigtere Haltung angenommen hatten. Und die Mehrzahl der übersiedelten Parteigenossen paßte sich auch bald den neuen Verhältnissen an, weil man eben keinen geeigneten Boden für die scharfe Tonart des Nordens fand. Bekanntlich nahmen die süddeutschen Sozialisten auch keine besonders oppositionelle Stellung gegenüber der Monarchie ein, was sich hier und dort bei parlamentarischen Abenden zeigte. Ein charakteristisches Beispiel für die Fähigkeit der süddeutschen Monarchieen, sich den Anforderungen der neuen Zeit anzupassen, bietet die Regierungstätigkeit des Königs von Württemberg, der es nicht unter seiner Würde hielt, die Fortentwicklung des Verfassungslebens zu begrüßen, und der infolge seiner objektiven, stets zur Vermittlung und zum Ausgleich bereiten Haltung gegenüber den Parteien wohl nirgends im Lande einen ernsten Feind hatte. Schrieb doch das Organ der württembergischen Sozialdemokratie zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Königs, daß ihn selbst die Sozialdemokraten

in einer Republik ruhig zum Präsidenten wählen könnten. Daß freiheitliche Verfassungseinrichtungen und die damit zusammenhängende Milderung der Klassengegensätze die nationale Erziehung am besten unterstützen, dafür dürfte auch das Urteil Ludendorffs über die Qualität der württembergischen Truppen sprechen, wenn er in seinen Kriegserinnerungen sagt, daß alle deutschen Stämme gute und weniger gute Regimenter gehabt hätten, daß aber die Württemberger n u r gute Regimenter gestellt hätten. Von der militärischen Erziehung in Württemberg wird allgemein behauptet, daß sie inbezug auf „Drill" vielfach „preußischer als die preußische" gewesen sei und ebenso ist bekannt, daß die wirtschaftlichen Kriegsverordnungen und namentlich die Maßnahmen bezüglich der Ernährung in Württemberg strenger als anderswo durchgeführt worden sind. Daß der württembergische Soldat und die württembergische Bevölkerung ihre nationale Pflicht bis zum äußersten erfüllt haben, das hängt fraglos in hohem Grade mit der Einwirkung des auf mehr demokratischer Grundlage aufgebauten Staatssystems zusammen, das seinen Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaftspsyche nicht verfehlte, denn ein nach den Grundsätzen staatsbürgerlicher Freiheit und Gleichberechtigung erzogenes Volk wird in Zeiten der Not eine weit größere Disziplin und Geschlossenheit beweisen und daher eine stärkere Widerstandsfähigkeit entfalten als ein Volk, das in höchster nationaler Gefahr von dem Empfinden der Klassenherrschaft ungünstig beeinflußt wird. Diese Erfahrungstatsache haben wir in Deutschland anläßlich des Kampfes um eine freiheitliche Ausgestaltung der preußischen Verfassung bestätigt gefunden, die die nationale Geschlossenheit in den letzten Kriegsjahren aufs empfindlichste geschädigt hat, und in besonders schroffer Auswirkung, — die dem Grade der seitherigen politischen und gesellschaftlichen Unfreiheit entsprach — anläßlich der Revolution in Rußland.

Wir glauben mit den vorstehenden Überlegungen bezüglich der unterschiedlichen Haltung der norddeutschen und süddeutschen Sozialdemokratie zum Staate und der Gesellschaft den Beweis dafür erbracht zu haben, daß die Ausdrucksformen der sozialistischen Arbeiterbewegung vor dem Kriege und bis zu gewissem Grade auch heute noch nicht so sehr von dem wirtschaftlichen Charakter ihres Programms beeinflußt wurden, als vielmehr von gesellschaftlichen und politischen Momenten. Wir erinnern an die vorbildliche soziale Gesetzgebung in Deutschland, mit der weder die englische, geschweige denn die französische einen Vergleich auszuhalten vermag. Und doch mußte die Schaffung ihrer Grundlagen wie die Durchführung des Ausbaus gegen die Stimmen der Sozialdemokratie erfolgen, nicht weil diese etwa die Einrichtung als solche verworfen hätte, sondern weil man damit die Opposition der Arbeiterschaft gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung zum Ausdruck bringen wollte, und in der sozialen Gesetzgebung lediglich ein Gnadengeschenk oder ein Mittel der herrschenden Klassen erblickte, den politischen Forderungen der Arbeiterschaft nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung ihre Stoßkraft zu nehmen. Wer die Empfindungswelt der geistig fortgeschrittenen Arbeiterpsyche kennt, und namentlich auch in den großen Industriestaaten England und Amerika in ihren Äußerungen kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat, der weiß, daß es nicht allein die etwas gehobenere Lebenshaltung der Arbeiterschaft dieser Staaten war, die sie in der nationalen Vorstellungswelt erhalten hat, sondern in erster Linie das Empfinden

staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Freiheit, das durch die Einrichtungen dieser Staatswesen und die entsprechende äußere Milderung der Klassengegensätze anerzogen worden war. Dieses Empfinden staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Freiheit gab der Arbeiterschaft dieser Staaten auch rein äußerlich jene sichere selbstbewußte Haltung, durch die sich die Fähigkeit selbständigen Denkens und Handelns kennzeichnet, und die die beste Sicherheit gegen die ungesunde Beeinflussung und Schädigung durch internationale Ideologieen bietet. Es ist ebenso eine überall zu beachtende Erfahrungstatsache, daß der Parlamentarismus, der die Erziehungsgrundlage für die Ausbildung des staatsbürgerlichen und damit wahrhaft nationalen Gedankens bildet, in keinem der nach diesem System regierten Staaten eine Radikalisierung der Staats- oder Gesellschaftsordnung in der Richtung einer vernunftlosen Massenherrschaft hervorgerufen oder auch nur begünstigt hat. Im Gegenteil wird ein jeder objektiver Beobachter zugeben müssen, daß namentlich in den großen parlamentarischen Staaten inbezug auf die Erhaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unverkennbar ein starker konservativer Zug vorherrscht, was natürlich nicht verhindert hat, daß die herrschenden Parteien und Gesellschaftsschichten den in der geistigen Fortentwicklung begründeten Ansprüchen der unteren Gesellschaftsklassen und ihrer Empfindungswelt sich anzupassen versucht haben, soweit das im nationalen Intresse für notwendig erachtet wurde. Wenn wir demgegenüber die politischen Auswirkungen der Arbeiterbewegung in Deutschland vergleichen, so haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß der Einfluß der sozialistischen Arbeiterbewegung auf die unteren Volksklassen in den letzten Jahrzehnten — von vorübergehenden Rückschlägen abgesehen — in dauerndem Steigen begriffen war. Die Reichstagswahlen von 1912, die den Sozialdemokraten trotz der ihnen durchaus nicht günstigen Wahlkreiseinteilung fast ein Drittel aller Sitze einbrachten, sind fraglos als Ausdruck der Oppositionsstimmung weitester Volkskreise — und nicht nur der Arbeiterbevölkerung — gegen die überall in Erscheinung tretende Erstarrung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung zu bewerten. Denn irgend ein das allgemeine Intresse besonders anregender Gegenstand von politischer Bedeutung stand nicht zur Debatte und es waren daher auch keine aktuellen Wahlparolen ausgegeben. Der Wahlkampf der Sozialdemokratie aber war in erster Linie gegen den „Klassenstaat" und seine politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen gerichtet, und mit diesem Losungswort vermochte sie ihre gewaltigen Erfolge zu erringen.

Daß die Betonung des internationalen Moments der sozialistischen Arbeiterbewegung vor dem Kriege, wie wir früher schon betont haben, lediglich ideellen und formalen, d. h. propagandistischen Charakter getragen hat, das hat der Weltkrieg mit wünschenswerter Deutlichkeit bewiesen. Wer das Wesen der Massenpsyche kennt, war sich von Anfang an darüber klar, daß nicht nur materielle Machtfaktoren eines völkischen Organismus alle Volksschichten im Falle eines Krieges zu geschlossenem Vorgehen vereinigen würden, sondern überhaupt der reine Selbsterhaltungstrieb der Massenpsyche jeder nationalen Gemeinschaft instinktiv auf tatsächliche oder von den eigenen Staatsmännern vorgetäuschte bzw. herausgeforderte Angriffsabsichten feindlich gesinnter Staaten reagieren würde, und daß deshalb die sog. „internationale Solidarität", die von den sozialistischen Arbeiterorganisationen aller Län-

der immer hervorgehoben worden war, für den Kriegsfall keine praktische Bedeutung erlangen würde. Das haben ja auch die bedeutendsten Sozialistenführer Deutschlands und Frankreichs, beispielsweise Bebel und Jaurès durchaus zugegeben. Der internationale Charakter des Sozialismus bezog sich also vor dem Kriege praktisch in erster Linie auf die Solidarität bezüglich der wirtschaftlichen Interessenvertretung, während dem Solidaritätsgedanken inbezug auf die Bekämpfung des „Militarismus und Imperialismus", der aus dem Empfinden zu erklären ist, daß die Arbeiterschaft aller Staaten durch einen Krieg keinerlei Vorteile zu gewinnen Aussicht habe, lediglich ideelle Bedeutung beizumessen ist. Daß die deutsche Sozialdemokratie mehr als die sozialistischen Organisationen der Westmächte sich die internationale Vorstellungswelt des Sozialismus angeeignet hat, erklärt sich, wie schon früher angedeutet, einmal aus der in der Erziehung begründeten Veranlagung der deutschen Volkspsyche zu methodologischem Denken und entsprechendem Handeln bis zur letzten Konsequenz, aus der auch die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus durch Marx herausgewachsen sein dürfte, sodann aber besonders aus der die Empfindungswelt der geistig fortgeschrittenen Arbeiterschaft verletzenden Einwirkung der Erziehungsmethoden der Autoritätsidee in der Schule wie beim Militär und deren hier und dort schroff in Erscheinung tretenden Ausdrucksformen auf allen Gebieten der Staats- und Gesellschaftsordnung. Gerade die starren Ausdrucksformen des Verfassungs- und des damit zusammenhängenden Gesellschaftslebens, durch die sich die unteren Volksschichten politisch und gesellschaftlich bevormundet fühlten, bildeten — nach der auf langjährigen Beobachtungen des Verfassers beruhenden Auffassung — die Hauptursache für die Neigung der deutschen Sozialdemokraten zur Betonung der internationalen Idee des Sozialismus. Vom psychologischen Gesichtspunkt aus betrachtet ist diese Neigung begreiflich. Das Gefühl der Bevormundung, ja Unterdrückung durch das herrschende Staats- und Gesellschaftssystem und das Empfinden der Unmöglichkeit dieses System durch Propaganda innerhalb der nationalen Vorstellungswelt zu überwinden, haben fraglos den stärksten Einfluß auf die Entwicklung in der Richtung internationaler Denkweise ausgeübt, während durch die freiere Ausgestaltung des Verfassungslebens und im Zusammenhang damit durch die Milderung der Ausdrucksformen der Gesellschaftsordnung in den großen Nationalstaaten des Westens die Arbeiterbewegung vielmehr in der nationalen Vorstellungswelt erhalten wurde, wenn man hier auch aus wirtschaftlichen und politisch-taktischen Beweggründen die internationale Solidarität betont hat.

Die Auswirkungen der Erziehungsmethoden der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Wie die geistigen Fähigkeiten und die seelischen Eigenschaften des Einzelmenschen von seiner (vererbten) Veranlagung, sowie der Erziehung und Umgebung gebildet und beeinflußt werden, so sind diese Faktoren naturgemäß auch inbezug auf die geistige und seelische Entwicklung eines Volkes wirksam. Von dieser Grundanschauung aus wollen wir nun versuchen, unter Berücksichtigung der seither gekennzeichneten geistigen und seelischen Einwirkungsfaktoren ein möglichst zusammenfassen-

des und übersichtliches Gesamtbild über die Entwicklung des deutschen Volkes nach der Wiedervereinigung zu erhalten, und zwar sowohl bezüglich der Gestaltung der inneren Verhältnisse wie der Beziehungen nach außen hin. Wenn wir in unsern vorhergehenden Betrachtungen in dem Bestreben nach möglichster Klarstellung des Ursprungs und des Wesens der einwirkenden Kräfte, die der deutschen Volkspsyche im Laufe der Entwicklung ihren spezifischen geistigen und seelischen Charakter gegeben haben, diese Kräfte und ihre Auswirkungstendenzen hier und dort besonders stark unterstrichen haben, so geschah das nicht, um dabei subjektive oder gar parteipolitische Anschauungen zur Geltung zu bringen, sondern lediglich in der Absicht, den jeweils geschilderten Kräftewirkungen die entgegenwirkenden Faktoren möglichst auffällig gegenüberzustellen, um so die psychologischen Grundlagen zur Bildung eines unvoreingenommenen Urteils zu schaffen. In den nachfolgenden zusammenfassenden Betrachtungen wird die Pointierung dieser Einzelmomente im Intresse der Herausarbeitung eines möglichst übersichtlichen Gesamtbildes natürlicherweise etwas an Schärfe verlieren müssen.

Es ist verständlich, daß nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme im Hinblick auf die Jahrhunderte lange Abhängigkeit vom Auslande, die vielfach schwere Unterdrückung und verletzende Bevormundung seitens der Nachbarstaaten das Bestreben in weitesten Kreisen des deutschen Volkes zur Geltung kam, den lange ersehnten Zusammenschluß für alle Zeiten sicher zu stellen. Es war daher durchaus gerechtfertigt, wenn man in der Schlagfertigkeit des deutschen Heeres und später — in Anbetracht der stetig zunehmenden Überseeintressen — im Ausbau der Kriegsflotte die beste Gewähr für die Existenz des neuen Deutschen Reiches erblickte. So war es auch weiterhin durchaus selbstverständlich, daß man dem Staat, durch dessen militärische Kraft in erster Linie die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches ermöglicht worden war, die ihm auch zahlenmäßig zukommende militärische und politische Vormachtstellung einräumte. In dem schweren, Jahrhunderte dauernden Kampf Preußens um seine Geltung hatten sich einerseits jene Charaktereigenschaften strengster Disziplin und unerschütterlicher Pflichttreue herausgebildet, die den preußischen Militär- und Beamtenorganismus auszeichneten, andererseits machte sich aber auch — psychologisch gesetzmäßig — die Neigung geltend, die in der herrschenden Staatsauffassung begründete bevorrechtete Stellung des Militärs und Beamtentums auch nach außen hin scharf zu betonen, woraus sich die bekannten — so viel befeindeten Ausdrucksformen des preußischen Militär- und Beamtenstaats herleiten. Das Wesen dieser Staatsauffassung kennzeichnet sich durch eine straff organisierte Militär- und Beamtenhierarchie mit dem Monarchen als höchster Instanz an der Spitze, deren Haupterziehungsgrundsatz in der Geltendmachung des absoluten Autoritätsgedankens — selbstverständlich innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Grenzen — bestand. Es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß diese Grundsätze auch in den anderen Bundesstaaten die Staatsauffassung bis zu gewissem Grade beeinflußten, namentlich inbezug auf die Anerkennung der bevorrechteten Stellung des Militärs und der Bürokratie. Auf diesen Grundformen des staatlichen Organismus baute sich nun das gesamte

Verfassungs- und Gesellschaftsleben auf, von dessen Vorstellungswelt natürlicherweise auch sämtliche Erziehungseinrichtungen beherrscht waren.

Da, worauf wir schon früher hingewiesen haben, weite Kreise des Bürgertums sich nach der Gründung des neuen Deutschen Reichs fast ausschließlich auf das mächtig emporstrebende Wirtschaftsleben einstellten, so wurde die Übernahme des staatlichen Verwaltungsapparats durch die Bürokratie von dieser Seite gewissermaßen als Erleichterung empfunden, weil man dadurch des größten Teils der Verantwortung bezüglich der Entwicklung des Staatsorganismus überhoben wurde. Dieses Empfinden führte aber **in weitesten Kreisen des Bürgertums zu einer fast völligen Vernachlässigung der Pflichten des Staatsbürgers namentlich inbezug auf die Reichszugehörigkeit**, deren Betätigung — wie die Ausgestaltung der Verfassung in den süddeutschen Staaten zeigt — auch im Rahmen des konstitutionellen Systems eine Erstarrung des Verfassungslebens und im Zusammenhang damit eine Verschärfung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze verhindert hätte. Besonders in Preußen bewirkte das in starren traditionellen hierarchischen Ausdrucksformen sich bewegende Verfassungs- und gesellschaftliche Leben eine scharfe Herausbildung der Klassengegensätze. Das Wahlrecht, das vollständig auf die Intressen des Besitzes, insbesondere aber des großen Grundbesitzes zugeschnitten war, und das zudem durch die Vorschrift der öffentlichen Abstimmung noch einen starken Druck auf die wirtschaftlich abhängigen Bevölkerungsschichten auszuüben vermochte, ermöglichte die Aufrechterhaltung eines feudalistisch-konservativen Regierungssystems, auf das der gesamte bureaukratische Organismus eingestellt war. Wenn man früher in Deutschland über das parlamentarische System sich unterhielt, so wurde dagegen in erster Linie das Bedenken geltend gemacht, daß es die Parteiherrschaft begünstige und damit die Gefahr der politischen Korruption. Wer die Verhältnisse in Preußen vor dem Kriege kennt, weiß, daß dort tatsächlich die Konservativen in den letzten Jahrzehnten den gesamten staatlichen Verwaltungsapparat fast unbeschränkt beherrscht haben. Es war selbstverständlich, daß jeder höhere Beamte — vom Offizierskorps gar nicht zu sprechen — wenn nicht Angehöriger, so doch offener Anhänger der konservativen Partei oder (in den Landkreisen) des Bundes der Landwirte war. Höhere Beamte mit liberaler Gesinnung wurden mit größtem Mißtrauen verfolgt und in ihrer Laufbahn gehindert. So ist es nicht verwunderlich, daß schließlich im Hinblick auf die traditionell bevorrechtete Stellung des Offizierskorps und Beamtentums in den führenden Schichten des Bürgertums, die mehr oder weniger in gesellschaftlichem Verkehr mit diesen Kreisen standen oder ihn doch als erstrebenswert betrachteten, **die konservative Anschauung nicht nur vom politischen oder wirtschaftspolitischen, sondern in erster Linie vom gesellschaftlichen Gesichtspunkt aus als die einzig mögliche**, ohne weiteres angenommen wurde. Das offene Bekenntnis zu einer liberalen oder demokratischen Anschauung in diesen Kreisen hätte nämlich ebenso wie ein grober Verstoß gegen die gesellschaftliche Etikette unverzeihlichen Anstoß erregt, wenn nicht gar die „Verurteilung" zur Gesellschaftsunfähigkeit zur Folge gehabt. In derselben psychologischen Entwicklungslinie lag dann letzten Endes **auch die Geltendmachung der Auffassung, daß die konservative Politik die nationalen Intressen am besten vertrete, daß also konservative Gesinnung gleichbedeutend mit**

nationaler Gesinnung sei. Die konsequente Vertretung dieser Auffassung hatte zur Folge, daß sie in den führenden Schichten des Volkes als Selbstverständlichkeit hingenommen wurde, und daher auch die heranwachsende Jugend in diesen Kreisen, sofern sie überhaupt etwas von Politik zu hören bekam, in derselben Vorstellungswelt erzogen wurde. Da die büreaukratische und im Zusammenhang damit auch die gesellschaftliche Hierarchie in den süddeutschen Staaten dieselbe war wie in Preußen, wenn sie auch infolge der freieren Ausgestaltung der Verfassungen mildere Ausdrucksformen auf politischem wie gesellschaftlichem Gebiete angenommen hatte, so behielt auch hier — allerdings in gemäßigteren Formen — die gleiche starr traditionelle Anschauung über Staat und Gesellschaft vorherrschende Geltung in den maßgebenden Kreisen. Und eine entsprechende Erziehung in der Familie, in den höheren Schulen und namentlich auf den Hochschulen trug natürlich zur Festigung dieser Vorstellungswelt bei. Während die **Universitäten** eigentlich den Konzentrationspunkt der Pflege national-kulturellen Lebens darstellen sollten, boten sie infolge der durch den größten Teil ihrer Besucher mitgebrachten, vorstehend gekennzeichneten traditionellen Auffassung über Staat und Gesellschaft, die durch eine entsprechende Erziehung in den ebenfalls nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten gebildeten studentischen Vereinigungen noch vertieft wurde, in der Hauptsache ein leider nur zu getreues und durch den jugendlichen Drang nach möglichst auffälligen Ausdrucksformen hier und dort noch greller zur Auswirkung gelangendes Abbild der herrschenden Gesellschaftspsyche. Diese gesellschaftshierarchische Physiognomie beherrschte das gesamte Universitätsleben und zwar auf allen deutschen Universitäten, denn auch in Süddeutschland, wo Angehörige des kleineren und mittleren Bürgertums in größerem Umfange als in Norddeutschland die Hochschule besuchten, und damit Zutritt zu den höheren Berufsständen erlangten, paßten sich diese aufstrebenden Kreise aus beruflichem und gesellschaftlichem Selbsterhaltungstrieb heraus den traditionellen Anschauungen der Gesellschaftspsyche an.

Daß die gekennzeichnete gesellschaftliche und in Verbindung damit politische und nationale Vorstellungswelt, wie sie das akademische Leben beherrschte, auch auf den aus ihm hervorgehenden **Lehrkörper** überging, ist selbstverständlich, was wiederum die Folge hatte, daß sich fast alle Professoren auf die überlieferten staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse einstellten. Der Einfluß der völligen Einstellung auf die gegebenen Verhältnisse mußte sich naturgemäß auch inbezug auf die **Stellungnahme zu den Lehrfächern der sog. flüssigen Wissenschaften** geltend machen, also zu den Wissenschaften, die von der jeweiligen Entwicklung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens abhängig sind. So konnte es nicht ausbleiben, daß auf **den Gebieten der Staatswissenschaft, der Volkswirtschaft, der Rechtswissenschaft und namentlich auch der Geschichte vielfach eine Erstarrung**, d. h. eine Veräußerlichung **in der Richtung der Aufrechterhaltung der überlieferten gesellschaftlichen Anschauungswelt** zu beobachten war, weil infolge der an die Erziehung gebundenen Auffassungsweise die meisten Professoren schon innerlich der Entwicklung neuer staatsrechtlicher und damit politischer, gesellschaftlicher und sozialer Anschauungen passiv, wenn nicht — je nach Temperament und Gesinnung — gar feindselig gegenüberstanden. Dazu trat noch **der wissenschaftlich-methodologische Charakter** unserer gesamten Er-

ziehungsweise, **durch den sich der deutsche Akademiker besonders auszeichnet,** und der durch die daraus hervorgegangenen Fähigkeiten zu systematischem bzw. streng logischem Denken und Handeln die exakten und die durch diese befruchteten praktischen Wissenschaften aller Art aufs beste in ihrer Entwicklung gefördert hat, **der aber gerade bezüglich der** — oben genannten — **flüssigen Wissenschaften versagte,** weil deren selbständige Fortbildung bis zu gewissem Grade doch die Geltendmachung einer **subjektiven** Stellungnahme zu den noch im Flusse befindlichen Entwicklungsbestrebungen erfordert hätte. Das aber erschien und erscheint heute noch dem deutschen Wissenschaftler aus der auf allen Gebieten wirksamen, in seiner Erziehung begründeten Anschauungswelt heraus als das größte Vergehen gegen den **Grundsatz unbedingter Objektivität,** von dem jede wissenschaftliche Forschung auszugehen hat. In der Befolgung dieses Grundsatzes und fraglos auch unter der bewußten oder gefühlsmäßigen Einwirkung der anerzogenen Gesellschaftspsyche nahm man zu den großen, in der geistigen Fortentwicklung der modernen Kulturvölker begründeten neuen Problemen über Staatsauffassung und Gesellschaftsordnung nur eine passive, möglichst unpersönliche Stellung ein, denn nach der grundsätzlich nicht angreifbaren Auffassung der meisten Hochschullehrer nahm der Unterrichtsstoff der flüssigen Wissenschaften erst dann einen eigentlich wissenschaftlichen Charakter an, wenn er geschichtliche Tatsache geworden war, bzw. durch Gesetz eine rechtliche Grundlage erhalten hatte. Dabei ist noch zu beachten, daß die Lehrfreiheit gerade inbezug auf die flüssigen Wissenschaften doch gewissen Beschränkungen hinsichtlich des Staatsregimes im allgemeinen, und der Gesellschaftsordnung im besonderen unterworfen war, und daß die Hochschullehrer schon im Hinblick auf die Anstellungsformalitäten sich bis zu gewissem Grade doch als Staatsbeamte fühlen und dementsprechend verhalten mußten.

Die absolute Einstellung des Lehrkörpers der Universitäten auf das bestehende Staatsregime und die herrschende Gesellschaftsordnung im Zusammenhang mit der gekennzeichneten wissenschaftlichen Anschauungsweise hatte zur Folge, daß **der deutsche Akademiker auf den Gebieten der flüssigen (lebendigen) Wissenschaften den Kontakt mit der Wirklichkeit verlor.** So erklärt sich, daß **die Mehrzahl der akademisch Gebildeten,** also die sog. Intelligenz, **den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bestrebungen der geistig stetig fortschreitenden unteren und mittleren Volksschichten nur wenig oder gar kein Verständnis entgegenzubringen vermochte,** und daß **die meisten akademisch Gebildeten politisch gleichgültig waren,** denn sowohl ihre gesellschaftliche wie ihre wissenschaftliche Erziehung legte ihnen inbezug auf die Stellungnahme zur Politik mit ihren aktuellen staatsrechtlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen strenge Reserve auf. Wenn man bedenkt, daß durch die Universitäten nicht nur dem gesamten höheren Beamtentum, sondern auch der gesamten höheren Lehrerschaft neben der geistigen auch die gesellschaftliche Erziehung vermittelt wurde, so versteht man **die Erstarrung der Psyche der führenden Gesellschaftsschichten in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Die aus dieser Erstarrung resultierende Gleichgültigkeit inbezug auf politische Fragen mußte naturgemäß auch zur politischen Urteilslosigkeit führen,** und **damit zur Unfähigkeit politischen Denkens und Handelns,** denn selbstverständlich gehört auch zur Erwerbung politischer Reife entsprechende Erziehung und Schulung. Da die führenden Gesell-

schaftsschichten aber infolge völliger Vernachlässigung der politischen Ausbildung die nur durch Erziehung und Schulung zu erwerbenden psychologischen Fähigkeiten zu einer geschickten Behandlung politischer Fragen begreiflicherweise gar nicht oder doch nur in geringem Maße besaßen, so half man sich vielfach mit dem Ersatzmittel der „nationalen Gesinnung", deren Bekenntnis sich in der absoluten Anerkennung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und deren Ausdrucksformen kundgab, sowie in der Geringschätzung, ja Verachtung jeder politischen Richtung, die eine Änderung der bestehenden Verhältnisse anstrebte, etwa in demselben Sinne, wie man in der scharfen Betonung der Berufs- und Gesellschaftsstellung gleichzeitig der Geringschätzung der unteren Berufsstände Ausdruck gab. Auch aus dieser „politischen" Anschauung des größten Teils der führenden Gesellschaftsschichten ergab sich eine Verschärfung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze, die besonders in Preußen, wo das Wahlrecht die Klassenherrschaft in Permanenz begünstigte, von Jahr zu Jahr ernsteren Charakter annahmen.

Wie die gesellschaftliche Erziehung der oberen Schichten eine sachliche Stellungnahme zu den der Neuzeit angepaßten Bestrebungen der unteren Bevölkerungsklassen erschwerte, wenn nicht unmöglich machte, so war auch die soeben gekennzeichnete „Erziehung" der führenden Kreise inbezug auf politische Fragen — in weitestem Sinne verstanden — nicht geeignet, dem Streben des geistig fortgeschrittenen Volkes nach aktiver Teilnahme am Staatsleben Verständnis entgegenzubringen. Im Gegenteil brachte es die Erziehung und selbstverständlich auch die auf Änderung der bestehenden Verhältnisse berechnete Kritik mit sich, daß die durch die Staats- und Gesellschaftsordnung bevorzugten Klassen (Offizierskorps, Beamtentum) und die ihnen gesellschaftlich nahestehenden Kreise der akademisch Gebildeten und des Besitzes die Tätigkeit der Volksvertretung mit Geringschätzung betrachteten, und sie so in ihrer Bedeutung in der Öffentlichkeit herabzusetzen versuchten. Die Bestrebungen nach einer neuzeitlichen Ausgestaltung der Verfassung wurden mit dem Hinweis abgetan, das deutsche Volk sei für den Parlamentarismus nicht reif. Bekanntlich wird dieser Einwand auch heute noch gegen das parlamentarische System ins Feld geführt. Begründet wurde diese Behauptung damit, daß wir zuviel Parteien seien, und daß der Deutsche überhaupt nicht genügend politisch geschult und diszipliniert für eine erfolgversprechende Handhabung dieses Systems sei. Wir haben früher schon betont, daß selbstverständlich auch die Beherrschung der Politik entsprechende Erziehung und Schulung erfordert. Und wenn andere Völker, denen das deutsche Volk inbezug auf Allgemeinbildung mindestens ebenbürtig ist, für den Parlamentarismus reif befunden wurden, so hätte man bei dem geistig hochstehenden deutschen Volke ruhig einen Versuch damit machen können, denn gerade durch die Zuerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung hätte man nicht nur den Parteien, sondern auch dem einzelnen Staatsbürger Gelegenheit zur Schulung und Disziplinierung gegeben, und damit im Intresse der Stärkung des nationalen Gedankens eine Milderung der gesellschaftlichen Gegensätze erreicht. Die heutigen Verhältnisse können **nicht** als Beweis gegen die Richtigkeit unserer Auffassung verwendet werden, denn die gewaltige innere Umwälzung und der furchtbare Druck von außen haben naturgemäß auch eine außergewöhnliche psychologische Ein-

stellung der Parteien veranlaßt, aus der heraus keinerlei feste Schlüsse über etwaige Entwicklungstendenzen für die Zukunft gezogen werden können, denn die aus dem Einfluß der inneren und äußeren Verhältnisse sich ergebenden Auseinandersetzungen der extremen Parteien erschweren begreiflicherweise eine ruhige parlamentarische Entwicklung, was natürlich auch auf die Regierungskoalition zurückwirkt, namentlich wenn sie auf die Unterstützung von links oder rechts angewiesen ist. Die durch die Parteiverhältnisse gegebene Möglichkeit von Minderheitsregierungen steht u. E. mit den Grundsätzen des Parlamentarismus keineswegs im Widerspruch, denn gerade die Notwendigkeit bzw. Möglichkeit der Einstellung der Regierung auf die Unterstützung von links oder rechts wird mit der Zeit nicht nur eine Schulung und Disziplinierung der Regierung, sondern auch der Parteien und letzten Endes der Wähler zur Folge haben, die zur gewünschten Klärung und einer gewissen Stetigkeit der Mehrheitsverhältnisse führen dürfte. Bekanntlich hat sich der französische Parlamentarismus unter ähnlichen Parteiverhältnissen vom Standpunkt des nationalen Gedankens aus betrachtet glänzend bewährt.

Die deutsche Presse.

Das gesellschaftliche und berufliche Erziehungssystem und im Zusammenhang damit die reservierte Haltung der führenden Gesellschaftsschichten zur Politik bewirkte auch eine entsprechende **Stellungnahme zur Presse.** Die Gegenüberstellung des Urteils der beiden genialsten Staatsmänner Europas im letzten Jahrhundert, **Napoleons** und **Bismarcks**, über das Wesen und die Bedeutung der Presse kennzeichnet im großen ganzen auch die Auffassung der führenden Kreise jener beiden Staaten über den Wert der öffentlichen Meinung. Bekannt ist **das Wort Napoleons, daß die Presse die 7. Großmacht darstelle.** Wenn man bedenkt, daß zur Zeit Napoleons das Zeitungswesen, namentlich aber die politische Zeitung inbezug auf Ausgestaltung des Inhalts, Verbreitung und Organisation mit dem Stand zu Bismarcks Zeiten keinerlei Vergleich auszuhalten vermag, so ist **das Urteil Bismarcks, daß der Journalismus ein verfehlter Beruf sei,** umso verwunderlicher. Wenn wir jedoch dem Ursprung dieser eigenartigen Auffassung nachzugehen versuchen, werden wir finden, daß das Urteil Bismarcks lediglich als Ausdruck unserer beruflichen, gesellschaftlichen und in Verbindung damit politischen, oder richtiger gesagt unpolitischen Erziehungsweise zu deuten ist, und daß es daher tatsächlich die positive Anschauung, und vielfach auch die gefühlsmäßige Stimmung der führenden Stände und Gesellschaftsklassen Deutschlands wiedergab, die heute noch in hohem Grade diese Kreise beherrscht, wenn sie auch nicht so brüsk wie früher geäußert wird. In der „Jugend" stand einmal der Gedankensplitter: „Journalist ist kein Beruf, sondern ein Talent." In diesem Wort dürften sowohl der innere Charakter des Journalismus wie seine Ausdrucksformen richtig gekennzeichnet sein. Das Wesen der Zeitung bringt es mit sich, daß der größte Teil ihres Inhalts auf einen Leserkreis mit den verschiedensten Bildungsstufen eingestellt sein muß, daß der Inhalt selbst großenteils auf die Wirkung des Augenblicks berechnet ist, und daß die Bearbeitung des Stoffs auf jeglichem Gebiet so gehalten sein muß, daß der

Leser in möglichst kurzer Form einen möglichst befriedigenden Überblick erhält. Dazu kommt, daß mit der technischen Entwicklung des Zeitungswesens und aus Gründen des Wettbewerbs auch das Bestreben nach stetiger Erweiterung des Stoffgebiets einsetzte. Die Einstellung von Inhalt und Form des Stoffes auf das Niveau eines verschiedenartig gebildeten Leserkreises, die zunehmende Mannigfaltigkeit des Stoffes aus allen Gebieten des Kulturlebens, sowie die auf rascheste Arbeiten berechnete Technik des Zeitungsbetriebs bringt es mit sich, daß der Stoff sowohl hinsichtlich des Inhalts wie der Form nicht immer den Ansprüchen der Fachleute auf den behandelten Gebieten zu genügen vermag, was übrigens meistens von dem Verfasser nicht erwartet wird, und im Hinblick auf die Raumverhältnisse auch grundsätzlich nicht verlangt werden kann. Wenn es sich nun um die Veröffentlichung fachwissenschaftlicher, oder irgendwelche Fachwissenschaft berührender Aufsätze handelt, so ist die Schriftleitung — und wenn sie einen noch so vielseitig gebildeten Redaktionsstab besitzt — vielfach nicht in der Lage, die Einsendungen, die oft eine rasche Erledigung verlangen, fachkritisch zu beurteilen. Heute besitzt zwar jede große Zeitung einen Stab fachwissenschaftlicher Mitarbeiter für alle nur möglichen Gebiete, was jedoch nicht ausschließt, daß auch Beiträge aufgenommen werden, die der fachwissenschaftlichen Prüfung — besonders wenn sich die Fachleute über ein Gebiet selbst nicht einig sind — nicht immer nach jeder Richtung standzuhalten vermögen. Die Fülle des an den Journalisten herantretenden Stoffes würde nun eigentlich eine kosmopolitische Bildung erfordern. Da aber eine darauf bezügliche Wertungsprüfung bis heute selbst in dem inbezug auf Organisation des Prüfungswesens unerreicht dastehenden Deutschland noch nicht eingeführt werden konnte, so mußte sich der deutsche Journalist mit einem praktischen Befähigungsnachweis begnügen, denn erst in den letzten Jahren sind Hochschulen, bzw. Hochschulkurse für Journalisten eingerichtet worden. Die Tatsache, daß im Journalismus Angehörige fast aller Berufsstände vertreten sind, die ihre Neigung bzw. Fähigkeit in den meisten Fällen vielleicht erst nach längerer Betätigung in andern Berufen, vielleicht auch schon während der Ausbildungszeit in diesen Berufen erkannt haben, oder doch erkannt zu haben glauben, und weiterhin die psychologisch durchaus begründete Erfahrungstatsache, daß viele Journalisten aus einem andern Beruf herausgegangen sind, weil sie nicht die Eigenschaften und die Ausdauer besaßen, die dazu erforderlichen Fachprüfungen, die doch immer auf eine meist einseitige Ausbildung eingestellt sind, zu absolvieren, hat die in den weitesten Kreisen gerade der gebildeten Klassen herrschende Auffassung Bismarcks über den Journalismus und eine entsprechende geringschätzige Bewertung dieses Standes in Deutschland gezeitigt. Die Ansprüche des journalistischen Berufs, der die Aktivität und Phantasie des Künstlers, einfühlende und nachempfindende Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit, und doch wieder die nüchterne Beobachtungsgabe und entsprechend klare Urteilsfähigkeit des fachlich geschulten Berufsmenschen erfordert, entzogen sich der Erfassung durch das büreaukratisch organisierte Prüfungswesen des beruflichen Erziehungssystems, und die Folge war die Disqualifikation dieses Standes inbezug auf die Einordnung in die Hierarchie der Berufsstände und damit der Gesellschaft. Namentlich in den Kreisen der akademisch Gebildeten und selbstverständlich auf den Universitäten wurde aus der Geringschätzung

des journalistischen Berufes kein Hehl gemacht, und es ist daher begreiflich, daß fast **die gesamte deutsche Intelligenz für die Bedeutung der Presse sowohl als nationaler Erziehungsfaktor wie als internationales Propagandamittel nur geringes oder gar kein Verständnis** hatte. Die deutsche Erziehungsweise brachte es auch mit sich, daß der größte Teil der Presse entgegen der eigentlichen Bestimmung der Unterrichtung eines verschiedenartig gebildeten Leserkreises bestrebt war, in erster Linie den Ansprüchen der höher gebildeten Kreise Rechnung zu tragen, und daher vielfach einen Stil und eine Ausdrucksweise gebrauchte, die der Durchschnittsleser nicht zu verarbeiten vermochte, was gerade auf politischem Gebiete oft die Erziehung und Schulung behinderte. Erst im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege ist hier — wohl unter dem Einfluß der stetigen Erweiterung des Leserkreises — eine bessere Anpassung zu beobachten gewesen. Andererseits wirkte der Einfluß unseres auf die Erzielung geistiger Höchstleistungen eingestellten Erziehungssystems in der Richtung dauernden Bestrebens der deutschen Presse, ihren Inhalt den glänzenden Fortschritten des gesamten deutschen Kulturlebens auf allen Gebieten anzupassen. Die in der gesamten deutschen Presse zu beobachtenden Bestrebungen nach einer möglichst vollkommenen Erfassung der Errungenschaften nicht nur des deutschen Kulturlebens, sondern — und das ist charakteristisch für den Deutschen — der gesamten Kulturwelt überhaupt erforderten naturgemäß steigende Ansprüche an die Vorbildung des Journalistenstandes und eine engere Fühlungnahme mit den akademischen Berufsständen, die sich denn auch in den letzten Jahren mehr und mehr als Mitarbeiter zur Verfügung gestellt haben. So darf heute von der deutschen Presse gesagt werden, daß sie als **kultureller** Erziehungsfaktor in der Welt unerreicht dasteht, während ihr zur nationalen Erziehung und zu einer aus nationalem Empfinden entspringenden Propaganda für den deutschen Gedanken auch heute noch vielfach der richtige Instinkt und der dazu gehörige Takt sowie die Disziplin fehlt, durch die die angelsächsische und französische Presse die gewaltigen Erfolge inbezug auf die nationale Erziehung ihrer eigenen Völker wie die Beeinflussung der gesamten öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt erreicht hat.

Daß die deutsche Presse als Gesamtorganisation hinsichtlich der nationalen Erziehung und der Geltendmachung einer deutschen Kulturanschauung nach außen hin nicht jene Erfolge aufzuweisen hat, bzw. zu erreichen vermochte wie die Presse der vorgenannten Völker, ist auf die gekennzeichneten Auswirkungen unserer in Traditionen erstarrten Staats- und Gesellschaftsordnung zurückzuführen. Es ist selbstverständlich, daß die in den Auswirkungen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung begründete scharfe Betonung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze in der politischen Tagespresse einen entsprechenden Widerhall fand. Der Teil der Presse, der die auf eine den Anschauungen der Neuzeit angepaßte Staats- und Gesellschaftsordnung hinzielenden Bestrebungen vertrat, also die linksliberale, demokratische und sozialistische Parteipresse, richtete seine Angriffe begreiflicherweise in erster Linie gegen die Machtfaktoren, die nach seiner Ansicht das stärkste Hindernis gegen eine Fortentwicklung des Staats- und Gesellschaftslebens darstellten, also gegen die durch die Staats- und Gesellschaftsordnung bevorrechteten Stände und Klassen, und deren Verhalten dem Volke gegenüber, d. h. gegen die bevorrechtete

Stellung des Adels, des Militärs und der Büreaukratie, sowie gegen die Erziehungseinrichtungen und die Gesellschaftsschichten und Parteien, die die Aufrechterhaltung dieses Systems förderten bzw. unterstützten. Daraus erklärt sich beispielsweise auch die gefühlsmäßige Opposition der linksliberalen und demokratischen Kreise gegen Heeresverstärkungen, weil man gerade in den auf die Geltendmachung absoluter Autorität gerichteten Ausdrucksformen unserer militärischen Erziehung und in den daraus entspringenden Anschauungen über Staat und Gesellschaft das größte Hemmnis gegen die Heranbildung des staatsbürgerlichen Gedankens erblickte. Tatsächlich waren es auch nur die äußeren Formen unserer militärischen Erziehungsmethoden, sowie die formelle Einstellung des staatlichen Organismus und in Verbindung damit der Gesellschaftsordnung auf die militärische und büreaukratische Hierarchie, die im Auslande die für uns verhängnisvolle Meinung erweckten, als sei Deutschland ein ausgesprochener Militär- und Beamtenstaat, dessen innere und äußere Politik also ohne Rücksicht auf die Anschauung der Mehrheit des Volkes lediglich von einer militärisch-büreaukratisch orientierten „Autokratie" bestimmt werde. Diese Auffassung wurde noch dadurch gestärkt, daß die deutsche Reichsverfassung der Volksvertretung einen direkten Einfluß weder auf die Leitung der Heeresorganisation noch auf die Führung der Außenpolitik zugestand, denn sowohl das preußische Militärkabinett, und sein militärisch-technisches Organ, der deutsche Generalstab, wie das Auswärtige Amt und dessen Organe unterstanden ausschließlich der Autorität des Kaisers. Da die Bestellung der staatsrechtlich für diese wichtigsten und höchsten Staatsorgane verantwortlichen Minister, also des preußischen Kriegsministers und des deutschen Reichskanzlers, auch lediglich von der Auswahl des Kaisers (und seiner etwaigen unverantwortlichen Ratgeber) abhängig war, diese Minister also doch in der Hauptsache Beamtencharakter trugen, so lag tatsächlich das Recht der Besetzung der wichtigsten Ämter ausschließlich in der Hand des Monarchen und seiner staatsrechtlich nicht verantwortlichen Ratgeber, denn die Gegenzeichnung der Minister bedeutete, namentlich wenn der Kaiser eine selbständige bzw. selbstbewußte Persönlichkeit war, doch in den meisten Fällen nur eine Formsache. Zu dieser durch die Verfassung festgelegten absoluten Machtvollkommenheit des Kaisers hinsichtlich der Leitung der Heeresorganisation wie der Außenpolitik trat noch das weitere ausschließliche Recht der Entscheidung über Krieg und Friedensschluß. Auch hier bestand zwar die verfassungsrechtliche Einschränkung, daß der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten gehört werden mußte, aber auch dieser Hemmungsfaktor trug doch im wesentlichen nur formalen Charakter, denn die Mitglieder des Ausschusses mußten gegebenenfalls doch immer fertigen Tatsachen gegenüberstehen, sodaß die Möglichkeit selbständiger Stellungnahme nur ganz gering war. Diese absolute Machtvollkommenheit des Kaisers inbezug auf die Führung der Außenpolitik im Zusammenhang mit der Einstellung der Gesellschaftsordnung auf das militärisch-büreaukratische Rangsystem, und der daraus hervorgehenden bevorrechteten Stellung des Militärs, die nach außen scharf betont wurde, bewirkte einerseits die Herausbildung einer ebenso scharfen, durch Parteien und Presse zum Ausdruck gelangenden Kampfstellung der sich von diesem System politisch und gesellschaftlich bedrückt fühlenden Bevölkerungsschichten, andererseits begünstigten diese

verfassungsrechtlichen und in Verbindung damit gesellschaftlichen Verhältnisse die Bildung der Anschauung in den modernen Kulturstaaten, als ob das deutsche Volk von einer militärischen Autokratie beherrscht werde, deren Außenpolitik unabhängig von der Anschauung und Stimmung des Volkes sei, und von der daher eine dauernde Bedrohung des Friedens befürchtet werden müsse. In Wirklichkeit fühlte sich trotz der verfassungsmäßig sichergestellten Handlungsfreiheit hinsichtlich der Außenpolitik die deutsche Regierung in ihren Entschlüssen bezüglich der Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen oft viel mehr beengt als die Regierungen der Staaten mit parlamentarischer Regierungsform, weil sie sich eigentlich nie recht auf feste Mehrheiten stützen konnte, und infolge des geringen Kontakts zwischen Regierung, Parteien und Presse die Gefahr von Mißverständnissen und daraus entstehenden Konflikten in viel höherem Grade als bei der parlamentarischen Regierungsweise gegeben war. Bismarck selbst sagt in seinem — später noch zu behandelnden — Briefe an den englischen Ministerpräsidenten Lord Salisbury im Jahre 1887, die Öffentlichkeit der parlamentarischen Regierungsform in England gebe uns eine genügende Quelle von Informationen, während die **weniger durchsichtige Weise, in der bei uns die Geschäfte** (der Außenpolitik) **erledigt würden, der Anlaß zu schwer zu vermeidenden Irrtümern werden könne.** Er suchte aber im Hinblick auf die gerade zu jener Zeit beginnende Furcht Englands vor der deutschen Überseepolitik und im Zusammenhang damit das englische Mißtrauen gegen die angeblich antienglische und prorussische Haltung des damaligen Prinzen Wilhelm und späteren Kaisers Wilhelm II. die englische Regierung dadurch zu beruhigen, daß er mit Recht darauf hinwies, daß die deutsche Außenpolitik nicht von dynastischen Stimmungen und Verstimmungen oder monarchischem Ehrgeiz abhängig sei, sondern nur durch die Intressen des Deutschen Reiches bestimmt werde, denn „es wäre widersinnig, anzunehmen, daß die Regierung einer Nation von 50 Millionen Einwohnern — bei dem Maße von Zivilisation und der **Macht der öffentlichen Meinung**, wie sie in Deutschland vorhanden ist — diesem Lande die Leiden, welcher ein jeder große, auch ein siegreicher Krieg im Gefolge hat, auferlegen würde, ohne der Nation genügende schwerwiegende und schlagende Beweise zu geben, um die öffentliche Meinung von der **Notwendigkeit** des Krieges zu überzeugen". Durch diese beiden Äußerungen Bismarcks über „die weniger durchsichtige Weise" der Geschäftsführung der Außenpolitik und „die Macht der öffentlichen Meinung" in Deutschland dürfte unsere Auffassung indirekt bestätigt werden, daß sich der konstitutionellen Regierungsweise in Deutschland infolge Mangels an Kontakt mit der Volksvertretung und der Presse hinsichtlich der Außenpolitik viel größere Schwierigkeiten entgegenstellten, als der parlamentarischen Regierung der Westmächte, weil bei letzteren die Politik der Regierung von den Mehrheitsparteien gedeckt wird, sodaß die führenden Staatsmänner in den meisten Fällen der Unterstützung durch die Mehrheit der Volksvertretung und Presse sicher sind, während erstere durch die Ausschaltung der aktiven Mitarbeit der Volksvertretung nicht nur von außen her Verdächtigungen ausgesetzt war, sondern auch im Innern mit weit stärkeren Hemmungen zu kämpfen hatte.

*

Die Idee der Demokratie.

Mit den vorstehenden Überlegungen gelangen wir nun zum Kernpunkt der Frage, **wie es den Ententestaaten gelungen ist, Deutschland in der ganzen Kulturwelt als absolutistisch regierten Militärstaat zu verdächtigen, durch dessen Autokratie und Militärherrschaft der Frieden der Welt dauernd bedroht** werde. Wir haben früher schon auf die gewaltigen moralischen Erfolge hingewiesen, die England seit Jahrhunderten mit seiner glänzenden psychologisch durchgebildeten Innenpolitik nicht nur in der Richtung des Ausgleichs der politischen und damit der gesellschaftlichen Gegensätze im Innern sondern auch hinsichtlich der Hebung seines Ansehens nach außen hin erzielt hat. Es ist bekannt, daß namentlich seit dem Beginn der Industrialisierung Deutschlands Tausende junger Deutscher aller Berufsstände zur Vervollkommnung ihrer beruflichen und vielleicht auch gesellschaftlichen Ausbildung nach England geschickt wurden, und mit wenig Ausnahmen waren alle — ohne Unterschied des Berufs und der gesellschaftlichen Stellung **von der gesellschaftlichen Lebensweise des englischen Volkes begeistert.** Selbst Bismarck, der doch den Charakter der englischen Politik recht wohl kannte, gibt zu, daß er sich trotz dieser Kenntnis des gefährlichen politischen Charakters der englischen Volkspsyche von einem sympathischen Gefühl für die Lebensweise des englischen Volkes nie habe freizumachen vermocht. Und wer Gelegenheit gehabt hat, vor dem Kriege im Auslande Äußerungen über den Charakter der Völker zu hören, der wird uns bestätigen müssen, daß diese Sympathien für den englischen Volkscharakter überall dieselben waren. Dieselben moralischen Erfolge vermochten durch die freiheitliche Ausgestaltung des Verfassungslebens und im Zusammenhang damit durch die Milderung der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze Frankreich und in noch größerem Ausmaße die Vereinigten Staaten von Nordamerika als „Land der Freiheit" für sich zu erringen. Wer sich die Mühe nimmt, dem psychologischen Ursprung dieser Erfolge nachzugehen, wird erkennen, daß es die **Idee der Demokratie und ihre praktische politische und gesellschaftliche Auswertung** gewesen ist, auf Grund deren die vorgenannten Völker nicht nur den Ansprüchen der geistig fortgeschrittenen unteren Volksschichten Rechnung zu tragen vermochten, sondern gleichzeitig auch nach außen hin ihre glänzenden „moralischen Eroberungen" zu machen verstanden. Es ist charakteristisch für die Wirksamkeit der autoritativen Erziehungsmethoden in Deutschland und der daraus hervorgehenden gesellschaftlichen und politischen Anschauungsweise der oberen Bevölkerungsschichten, daß bei uns die **gewaltige Bedeutung der demokratischen Idee** vor dem Kriege nicht erkannt worden ist, und auch heute noch trotz der Erfahrungen des Krieges nicht richtig gewürdigt wird. **Der Gedanke der Demokratie leitet seinen Ursprung in erster Linie von einer sittlich-ethischen Weltanschauung her, und trägt daher auch dieselbe psychologische Werbekraft in sich, wie etwa die christliche Religion oder später der Sozialismus.** Wie die christliche Religion in ihrer praktischen Auswirkung den sozialen Ausgleich erstrebte, und damit begreiflicherweise zuerst die untersten Schichten der Völker zu gewinnen vermochte, so hat die Idee der Demokratie mit ihrem **Grundsatz von der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen** naturgemäß ebenfalls zu-

erst in der Vorstellungswelt der Volkskreise Boden gefaßt, die sich durch die Herrschaft der absolutistischen Monarchie, des Adels, der Geistlichkeit und ihrer Organe, des Militärs und der Bureaukratie bedrückt fühlten, also im Bürgertum im weitesten Sinne verstanden. Dieser Gedanke, der im Verhältnis zur geistigen Höherentwicklung der europäischen Völker dauernd Fortschritte machte, fand seine erste praktische Auslösung durch die französische Revolution, die allerdings — wie fast jede Umwälzung — zuerst die extremen Elemente zur Herrschaft brachte, und dann infolge der Gegenwirkung von innen und außen her ins nationalistische Fahrwasser geriet. Der demokratische Gedanke konnte aber seit jener Zeit nicht mehr zum Stillstand gebracht werden, und er hatte durch die Revolution von 1848, die über ganz West- und Mitteleuropa hinging, und die schon wesentlich gemäßigtere Formen zeigte, neue Kräfte gewonnen.

In der Idee der Demokratie gelangt der Grundsatz zur Geltung, daß die Gesamtheit aller Volksgenossen Träger des Staatsgedankens ist, daß also alle Staatseinrichtungen sowie die Äußerungen des Staatsorganismus der Kontrolle des Volkes, bzw. der von ihm gewählten Volksvertretung unterstehen müssen, und daß weiterhin in der Konsequenz dieses Gedankengangs auch die das Vertrauen des Volkes bzw. der Volksmehrheit genießenden Führer die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen haben. Die demokratische Idee und ihre praktische Anwendung auf die Staatsverwaltung in der Form des parlamentarischen Systems verfolgen also das Ziel, im Staatsorganismus die Gefahr der einseitigen Herrschaft irgend einer Dynastie, Militär- oder Beamtenkaste, oder einer bevorrechteten Gesellschaftsschicht so gut als möglich auszuschalten, und die bestmögliche Gewähr zu schaffen, daß die Verwaltung des Staatsorganismus im Innern wie nach außen hin von dem Vertrauen also auch von dem Willen der Mehrheit des Volkes getragen werden. Darin aber liegt eine unschätzbare moralische Bedeutung dieser Idee für die nationale Erziehung, denn jeder Volksgenosse fühlt sich als gleichberechtigter Staatsbürger, dessen Rechte nicht durch die Vorherrschaft einer Adels-, Militär- und Beamtenkaste geschmälert werden. Im demokratischen Staate sind Militär und Beamtentum nur Organe des Staats, die für seine Sicherheit nach außen hin bzw. für ein richtiges Funktionieren des Verwaltungsapparats zu sorgen haben, entsprechend ihrem Stande auch das gebührende Ansehen besitzen, aber doch keinen beherrschenden Einfluß auf die innen- oder außenpolitische Geschäftsführung auszuüben vermögen. Aus dieser Grundauffassung der demokratischen Regierungsweise ergibt sich die weitere Folge, daß die vorgenannten Stände weder beruflich noch gesellschaftlich gegenüber den andern Ständen und Gesellschaftsschichten eine ausgesprochen bevorzugte Stellung im Staate einnehmen, wie das bei dem konstitutionellen oder absolutistischen Regierungssystem der Fall ist, das seine Macht und sein Ansehen in erster Linie auf die Autorität der Bureaukratie und des Militärs gründen zu können glaubt. Durch die Einfügung dieser Stände in die **bürgerliche** Gesellschaftsordnung erleiden jedoch ihre tatsächliche berufliche und damit auch gesellschaftliche Stellung und die ihnen zukommende Geltung im Staatsorganismus keinerlei Einbuße; nur die äußeren Formen in der Ausübung des

Berufs und in den Beziehungen zur Gesellschaft tragen einen beherrschteren Charakter im Intresse der nationalen Erziehung.

Die praktische Anwendung der demokratischen Idee durch den Parlamentarismus und die daraus hervorgehende Staats- und Gesellschaftsordnung sind es bekanntlich gewesen, durch deren moralische Wirkung England, Frankreich und Amerika nicht nur ihre Kulturpropaganda im Frieden in erster Linie betrieben, sondern auch ihre psychologische Beeinflussung der Völker im Kriege bestritten haben. Die psychologische Begründung der gewaltigen Erfolge, die dadurch vor dem Kriege und während desselben erreicht wurden, liegt auf der Hand. Die Fortschritte der Technik auf dem Gebiete der Nachrichtenübermittlung, die wunderbare technische Entwicklung des Herstellungsverfahrens in der Buchdruckerkunst im allgemeinen und des Zeitungsbetriebs im besonderen brachten es mit sich, daß nicht nur die Ereignisse in aller Welt in denkbar kürzester Zeit von Land zu Land bekannt wurden, daß nicht nur ein reger Gedankenaustausch auf allen Gebieten kulturellen Lebens namentlich zwischen den sog. zivilisierten Völkern ermöglicht wurde, der zu Vergleichen und daraus hervorgehenden Anregungen aller Art führen mußte, auch die politischen Beziehungen der Völker zueinander und im Zusammenhang damit ihre inneren Verhältnisse wurden auf diese Weise in steigendem Umfange in den Kreis der Betrachtungen und Auseinandersetzungen gezogen. So wurde die Presse — in weitestem Sinne verstanden — das Vermittlungsorgan für den Austausch aller Äußerungen geistigen und seelischen Lebens der Völker, aber in noch höherem Grade **kulturelles und politisches Propaganda- bzw. Kampfmittel**, und in dieser Eigenschaft nicht etwa nur die „siebente", sondern **die erste Großmacht der Welt.** Betrachten wir von diesem Gesichtspunkt aus die Auswirkungen, die die innerstaatlichen Verhältnisse eines Volkes nach außen hin auszuüben vermochten, so verstehen wir die gewaltige Wirkung des moralischen Einflusses der westeuropäischen Staaten und Amerikas auf die öffentliche Meinung der Welt, sowie im Zusammenhang damit aber auch die Erfolge ihrer politischen Propaganda gegen Deutschland vor dem Kriege und der psychologischen Kriegführung während des Krieges. Es versteht sich von selbst, daß im Verhältnis zur Fortbildung des Zeitungswesens die politischen Kämpfe in steigendem Maße in der Presse durchgeführt wurden, wodurch diese wie auf geistig-kulturellem so auch auf politischem Gebiete in gewissem Grade ein Spiegelbild der innerpolitischen Verhältnisse bot. Während nun in den Staaten mit parlamentarischer Regierungsform die Auseinandersetzungen im großen Ganzen sachlich durchgeführt wurden, weil durch das parlamentarische System die politischen und damit auch die gesellschaftlichen Gegensätze gemildert wurden, und im Hinblick auf den mit diesem System verbundenen engeren Kontakt zwischen Regierung, Parteien und Presse letztere zu größerer Disziplin erzogen wurde, trugen die Parteikämpfe in den politisch weniger fortgeschrittenen Staaten naturgemäß auch in der Presse schärferen Charakter, und zwar im Verhältnis zum geistigen Fortschritt der unteren Bevölkerungsschichten. Es ist daher begreiflich, daß gerade in Deutschland, das auf dem Gebiete der **rein** geistigen Ausbildung des Volkes vorbildlich war, und dessen Bevölkerung dadurch tatsächlich die größte Durchschnittsbildung und im Zusammenhang damit auch die größte volkswirtschaftliche und kulturelle Lei-

stungsfähigkeit im Vergleich mit den anderen Kulturvölkern erworben hatte, die politischen Kämpfe besonders scharfe Ausdrucksformen annahmen. **Daß man bei uns einerseits die größten Anstrengungen machte, das Volk auf eine möglichst hohe geistige Bildungsstufe zu bringen, andererseits aber ebenso mit allen erzieherischen Mitteln bestrebt war, das geistig hochgezüchtete Volk in politischer Unselbständigkeit zu erhalten, ist auf den Mangel an psychologischen Fähigkeiten der herrschenden Kreise zurückzuführen, der wiederum seinen Ursprung aus der Erstarrung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung in äußeren Fomen herleitet.** Gerade aber die starren und hier und dort auch schroffen Ausdrucksformen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung, wie sie in der äußeren Haltung ihrer Träger, also der führenden Gesellschaftsschichten sich zeigten, waren es, durch die sich die geistig fortgeschrittenen unteren Klassen in erster Linie verletzt fühlten, weil sie darin im Zusammenhang mit dem Bestreben nach unbedingter Aufrechterhaltung dieser politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse den Willen nach Beherrschung und Bevormundung des Volkes erblickten. Deshalb wurde auch von den aus diesen Bevölkerungsschichten hervorgehenden Parteien und ihrer Presse der Kampf gegen alle Einrichtungen, Organisationen, Berufsstände, Gesellschaftskreise und Parteien, die dieses Staats- und Gesellschaftssystem stützten, mit großer Heftigkeit geführt, die naturgemäß in dem Grade sich steigerte, in dem von der andern Seite der entgegengesetzte Standpunkt zur Geltung gebracht wurde. Natürlich war die Presse dieser Parteien bestrebt, bei Begründung der Forderungen der Neugestaltung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung die Verhältnisse in den Staaten mit demokratischer Verfassung zum Vergleich heranzuziehen, wobei selbstverständlich in erster Linie die innerpolitischen Fragen behandelt wurden, an denen diese Parteien das größte Intresse hatten, und das umsomehr, als die Volksvertretung ja überdies bezüglich der Gestaltung der Außenpolitik von jedem direkten oder indirekten Einfluß verfassungsgemäß ausgeschaltet war. Denn das Recht der Kritik an der Außenpolitik anläßlich der Beratung des Etats des Reichskanzlers kann wohl kaum als hinreichendes Auskunftsmittel in dieser Richtung bezeichnet werden. Durch die vergleichsweise Einstellung unserer Oppositionspresse fast ausschließlich auf die innerpolitischen Verhältnisse der Westmächte wurde bei einem großen Teil unseres ohnehin völlig unpolitisch erzogenen und daher auch entsprechend denkenden Volkes der Blick für die Außenpolitik dieser Staaten getrübt, eine Erscheinung, die übrigens nicht nur in Deutschland, sondern so ziemlich in fast allen zivilisierten Staaten, die den Charakter der Politik der Westmächte nicht direkt am eigenen Leibe schon zu spüren bekommen hatten, zu beobachten war, und namentlich zu Anfang des Krieges für uns recht fühlbar zu Tage getreten ist. **Die Ursachen der Sympathie, die die Westmächte bei dem größten Teil der Bevölkerung der zivilisierten Völker sich zu erringen vermochten, sind psychologischer Natur, d. h. sie tragen hauptsächlich gefühlsmäßigen Charakter,** wie andererseits auch die während des Krieges hervorgetretene Abneigung gegen Deutschland — abgesehen von der vorausgegangenen antideutschen Propaganda — in der Hauptsache auf Gefühlsmomente zurückzuführen ist, als instinktive oder bewußte Reaktion gegen die Ausdrucksformen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Eine einfache Überlegung läßt uns den psycho-

logischen Ursprung dieser Gefühlsempfindungen und -Äußerungen leicht erkennen. Ein Mensch, der seiner Umgebung gegenüber ohne Unterschied des Standes und Berufes verbindliche Umgangsformen zeigt, der auch den anderen Menschen als solchen gelten läßt, wird in seiner Umgebung, ohne daß er seine persönliche und gesellschaftliche Anschauung oder seinen Intressenstandpunkt aufzugeben gezwungen ist, immer größeres Entgegenkommen und im Zusammenhang damit auch Vertrauen finden, als andere, die bei jeder Gelegenheit, besonders nach unten hin, die beruflichen, Standes- und damit Klassenunterschiede ohne innere Notwendigkeit zur Schau tragen, und dadurch den gefühlsmäßigen, im Selbsterhaltungstrieb begründeten Widerstand der unteren Stände herausfordern. Beide Formen der äußeren Haltung sind **Angelegenheiten der Erziehung** und es muß im Intresse unserer künftigen nationalen Erziehung, von deren Ergebnis in der Richtung einer innerlich geschlossenen geistigen und seelischen Willensbildung unsere Existenz abhängt, offen gesagt werden, daß gerade unsere autoritativen Erziehungsmethoden im Zusammenhang mit den Auswirkungen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung die Heranbildung des letzteren Menschentyps begünstigt haben, der nach oben hin mehr oder weniger widerspruchslos absolute Unterordnung bewies, nach unten hin aber umso mehr Selbstbewußtsein, wenn nicht Überhebung zum Ausdruck zu bringen geneigt war, eine psychologisch übrigens begreifliche Erfahrungstatsache. Demgegenüber bewirkte die demokratische Verfassung in den Weststaaten eine Erziehung der oberen Volksschichten zur Selbstdisziplin gegenüber den unteren Ständen, woraus sich das reibungslosere politische und gesellschaftliche Leben von selbst ergibt.

Eine Bestätigung unserer vorstehenden Betrachtungen über die Wirkung der Ausdrucksformen der Staats- und Gesellschaftsordnung nach außen hin haben wir ja zur Genüge im Frieden und besonders im Kriege erlebt. Wir erinnern daran, mit welcher Verachtung und Entrüstung man vor dem Kriege über die brutalen Methoden der Regierungsweise und die damit zusammenhängenden skandalösen politischen und gesellschaftlichen Zustände in Rußland geurteilt hat. Und wer Gelegenheit gehabt hat, im Auslande Urteile über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu hören, wird uns zugeben müssen, daß überall die Betonung der Vorrechte von Militär und Bureaukratie und in Verbindung damit die Hervorkehrung des Klassenstandpunktes abfällig beurteilt wurde. Das war nicht nur ein Ausfluß der Stellungnahme der deutschen Oppositionsparteien zu diesen Verhältnissen, die selbstverständlich auch ins Ausland übermittelt wurde, das war auch nicht nur die Auswirkung der englisch-französischen Propaganda gegen Deutschland, sondern in der Hauptsache der gekennzeichnete **gefühlsmäßige Widerstand geistig fortgeschrittener Völker gegen ein veraltetes Staats- und Gesellschaftssystem, dessen etwaige Machtäußerungen man instinktiv** — unbewußt oder bewußt — **fürchtete. Und darin liegt das Geheimnis des moralischen Erfolgs der demokratischen Staaten auf die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt, daß man unwillkürlich von den Äußerungen ihrer nach den Grundsätzen staatsbürgerlicher Gleichberechtigung aufgebauten Staats- und Gesellschaftsordnung auch auf ihre etwaige Haltung nach außen hin schloß, von der man gefühlsmäßig annahm, daß sie sich von denselben Grundsätzen demokratischer Freiheit und Gleichberechtigung leiten lasse.** Auf diese

Weise vermochten die Ententestaaten nicht nur die ganze Welt über ihre imperialistischen Pläne zu täuschen, auf diese Weise haben sie es auch fertig gebracht, Deutschland als für den Weltfrieden gefährlichen Militärstaat zu verdächtigen. Die gewaltige psychologische Wirkung dieser Propagandamethode ist durch folgende Überlegung gegeben: Man sagte, die Regierung eines nach demokratischen Grundsätzen regierten Staatswesens wird vom Volke, bzw. von dessen Vertretung gewählt, ist also von dessen Gesamtwillen abhängig, und wird daher viel weniger geneigt sein, sich von kriegerischen Plänen ehrgeiziger Monarchen, Staatsmänner oder Generale, oder aber einer bestimmten Oberschicht bzw. Intressenclique leiten zu lassen, die die Volksmehrheit, der sie ihre Macht verdankt, nicht billigen würde. Kurz gesagt, in dem parlamentarischen System wird gefühlsmäßig eine größere Sicherung des Volkes gegen unbeschränkte autokratische bzw. plutokratische Machtgelüste im Innern wie nach außen hin erblickt, wie andererseits eine Staats- und Gesellschaftsordnung, die das Volk von der aktiven Mitwirkung an den Geschäften der Staatsverwaltung ausschließt, und dadurch die Möglichkeit bietet, daß die bevorrechteten Kreise des Adels, Militärs und der Bureaukratie ihre weniger gehemmte Macht zu militärischen Abenteuern benützen, als gefährlich für das Volk selbst aber noch mehr für seine Umgebung betrachtet wurde. Aus dieser hauptsächlich gefühlsmäßigen Anschauung heraus erklärt sich auch die feindselige Haltung namentlich der liberalen und Arbeiterpresse des neutralen Auslandes zu Anfang des Krieges, die neben der Wirkung des Einmarsches in Belgien noch dadurch erhöht wurde, daß sich die deutsche Regierung den diplomatischen Manövern der Entente, die den Zweck verfolgten, uns die Kriegserklärung und damit die Verantwortung für den Krieg zuzuschieben, nicht gewachsen zeigte.

Auch die hauptsächliche Einstellung des größten Teils der oppositionellen Presse Deutschlands auf die Innenpolitik und die daraus hervorgehende Orientierung dieser Presse aus den gleichgesinnten Blättern der Westmächte fast ausschließlich auf diesem Gebiete verhinderte im Zusammenhang mit dem völligen Mangel an Kontakt zwischen Regierung, Volksvertretung und Presse inbezug auf die Fragen der Außenpolitik eine Aufklärung der deutschen Oppositionspresse über die wahren Pläne der Westmächte gegen Deutschland, denn die Linkspresse in diesen Staaten war natürlich ebenso wie die Deutschlands entsprechend den Grundlagen ihrer ethischen und damit politischen Weltanschauung (bis zu gewissem Grade) bestrebt, die daraus sich ergebenden moralischen Grundsätze inbezug auf das gesellschaftliche und völkische Leben im Innern wie nach außen hin zur Geltung zu bringen. Aus diesen geistigen und politischen Wechselbeziehungen erklären sich auch in Verbindung mit dem systematischen Streben unserer Erziehungsfaktoren nach Erhaltung des Volkes in politischer Unselbständigkeit nicht nur die Sympathieen der deutschen Linkspresse für die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den westlichen Staaten, sondern auch die trügerische gefühlsmäßige Auffassung, daß die Linksparteien in diesen Staaten aus ihrer grundsätzlichen Weltanschauung heraus auch den dort vorhandenen nationalistischen und imperialistischen Bestrebungen entsprechenden Widerstand entgegenzusetzen in der Lage und auch gewillt seien. Und weiterhin verstehen wir aus der psychologischen Wirkung dieser Wechselbeziehungen heraus die mehr oder weniger gefühls-

mäßige Hoffnung eines großen Teils unserer Linksparteien und deren Presse während des Krieges auf etwaige hemmende Einwirkungen der Linksparteien der feindlichen Länder hinsichtlich der immer offener und brutaler in Erscheinung tretenden Eroberungs- und Vergewaltigungsbestrebungen der Regierungen dieser Staaten. Wir werden später noch über den Ursprung und die Wirkung dieser Auffassung zu sprechen haben.

Die Judenfrage.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen halten wir es für notwendig, ein Problem zu berühren, das in Deutschland schon seit Jahren im Mittelpunkt der politischen und nationalen Erörterungen steht, nämlich die **Judenfrage**. Bekanntlich sind gerade die führenden Zeitungen der demokratischen Presse Deutschlands in den Händen jüdischer Kapitalisten. Es ist auch kein Geheimnis, daß speziell die „Frankfurter Zeitung", deren Tendenz seit Jahrzehnten von der antisemitischen Bewegung als charakteristisch für die nationale Haltung der Juden bekämpft wird, wohl die beste Außenorganisation unter allen deutschen Zeitungen von jeher besessen hat, und daher auch in Deutschland wie im Auslande wohl am meisten von den führenden Kreisen der Finanz und Politik gelesen wurde. Nun hat, wie bekannt, schon Bismarck gegen die „Frankfurter Zeitung" die Beschuldigung erhoben, daß sie entweder von England finanziert oder doch finanziell unterstützt werde, woraus ihre englandfreundliche, antinationale, und im Prinzip pazifistisch-internationalistische Haltung herzuleiten sei. Dieselbe Beschuldigung hat, wie ebenfalls bekannt, während des Krieges der zum Deutschtum übergetretene Engländer Stewart Chamberlain ausgesprochen, und auch sonst haben deutschvölkische Schriftsteller den Beweis für diese Anschauung auf Grund von gesammelten Leitaufsätzen der Zeitung zu erbringen versucht. Anläßlich der jeweiligen gerichtlichen Austragung dieser Beschuldigungen war es weder Bismarck noch Chamberlain begreiflicherweise möglich, die materiellen Unterlagen für ihre Behauptungen zu liefern, denn selbst wenn direkte oder indirekte Beziehungen zwischen der Zeitung und der englischen Regierung oder ihren Hintermännern vorhanden gewesen wären, wäre eine juristisch stichhaltige Beweisführung in dieser Richtung kaum möglich gewesen. Die Hauptgründe für die Haltung eines großen Teils der von jüdischen Kapitalisten finanzierten Presse in Deutschland liegen — abgesehen von der rein wirtschaftlich-spekulativen Seite — u. E. auf innerpolitischem und gesellschaftlichem Gebiete. Aus der Tatsache, daß die „Frankfurter Zeitung" (neben anderen von Juden finanzierten Presseorganen) die Grundsätze einer demokratischen Staatsauffassung vertritt, und aus dieser Anschauung heraus unsere bisherige Staats- und Gesellschaftsordnung, sowie deren Träger und Auswirkungen im Staats- und Gesellschaftsleben bekämpft hat, wird vielfach von den Gegnern des demokratischen Gedankens der Schluß gezogen, die Anhänger der Demokratie in Deutschland und ihre Führer ständen unter dem Einfluß der jüdischen Presse und daher der Juden überhaupt. Und die nächste Folgerung war die, daß die Anhänger der Demokratie also ebenfalls in nationaler Beziehung mindestens gleichgültig, weiterhin aber internationalistisch und pazifistisch gesinnt seien.

Diese Auffassung stellt die historische Entwicklung des demokratischen Gedankens aber gerade auf den Kopf. Denn die demokratische Idee ist in Deutschland wie anderswo auch aus der fortschreitenden geistigen Entwicklung des Volkes herausgewachsen und die Juden, die besonders auch in Deutschland unter den Gesetzen einer starren gesellschaftlichen Anschauung von jeher schwer zu leiden hatten, haben begreiflicherweise **das größte Intresse an einer Demokratisierung unserer Staats- und damit Gesellschaftsordnung gehabt, von der sie Befreiung von der offenen gesellschaftlichen Verfemung erhofften.** Die gesellschaftliche Verfemung und Boykottierung der Juden in Europa steht wohl im Zusammenhang mit der Ausdehnung der Herrschaft der christlichen Kirche. Die gefühlsmäßige Verurteilung des Judenvolkes wegen der Behandlung der Person Jesu, sodann aber die Tatsache, daß die Juden das Leben und die Lehre Jesu*) in dem Bestreben nach Erhaltung ihrer völkisch-religiösen Vorstellungswelt sowohl als religiöses Mysterium wie als geschichtliches Ereignis leugneten, haben fraglos zu einer bewußten moralischen Bekämpfung des Judenvolkes seitens der Organe der christlichen Kirche geführt, weil man wohl eine Gefährdung der christlich-religiösen Anschauungswelt durch die Angehörigen dieses Volkes befürchtete. So wurde als **moralisches Schutzmittel** die Minderwertigkeit des Charakters des jüdischen Volkes erfunden. Ein Analogon finden wir in der gesellschaftlichen Behandlung der Griechen und Armenier im Orient. Hier war es die Furcht der religiösen Führer des Islams vor dem Eindringen der christlichen Religion in die religiöse Vorstellungswelt der orientalischen Völker, die zu der moralischen Bekämpfung der Angehörigen dieser Völker geführt hat. In beiden Fällen wurde der Charakter der Angehörigen der verfemten Völker dadurch herabzusetzen versucht, daß man ihnen ein unmoralisches Geschäftsgebaren nachsagte. Die moralische Herabwürdigung und die damit zusammenhängende gesellschaftliche Boykottierung der Juden brachte es mit sich, daß die Angehörigen dieses Volkes sich in Europa in der Hauptsache den niederen Handelsgeschäften widmeten, die womöglich von einem ständigen Wohnsitz unabhängig waren, denn die Frage der beruflichen Seßhaftmachung hängt natürlich in hohem Grade von dem persönlichen und moralischen Ansehen ab, auf das man in seiner Umgebung glaubt Anspruch erheben zu dürfen. Dieser Seßhaftmachung und der daraus etwa entstehenden Einbürgerung wurde aber in den früheren Jahrhunderten dadurch in den meisten europäischen Staaten entgegengearbeitet, daß man den Juden verbot, ein „ehrliches" Handwerk zu treiben. Auf diese Weise wurden die Angehörigen dieses Volkes direkt auf das Gebiet der Handelsgeschäfte getrieben, woraus naturgemäß auch ihre große Befähigung bezüglich des Handels- und Finanzwesens herzuleiten ist. Die so erlangten Fähigkeiten bildeten die Grundlage zur Entwicklung großer kapitalistischer Unternehmungen durch die Juden, die dadurch bekanntlich Jahrhunderte lang auch die Geldgeber und teilweise Berater der Fürsten fast aller europäischen Staaten gewesen sind. Die Tatsache nun, daß in fast allen zivilisierten Staaten der Welt die Juden in den kapitalistischen Unternehmungen stark vertreten sind, und daß die Entwicklung des Kapitalismus internationale Wechselbeziehungen zwecks möglichster Sicherung des weltwirtschaftlichen Verkehrs erforderlich machte,

*) „Das Urteil der Vernunft" über die christliche Religion S. 331 u. f.

führte zu der Anschauung, daß der Kapitalismus eine internationale Macht darstelle, die in erster Linie von den Juden für ihr Ziel der finanziellen Beherrschung und Ausbeutung der Welt benützt werde. Aus dieser Anschauung wird dann die weitere Folgerung gezogen, daß das jüdische Kapital, also **„die Goldene Internationale"** in dem Bestreben nach Erlangung der absoluten Weltherrschaft die Tendenz verfolge, zersetzend auf das nationale Empfinden der Völker zu wirken.

Die Auffassung über das Wesen und die angeblichen Ziele der sog. „Goldenen Internationale" muß bei objektiver Beurteilung der hier in Betracht kommenden Faktoren als ebenso irreführend bezeichnet werden wie die Anschauung über die Wirksamkeit der sog. „Schwarzen" und „Roten" Internationale. Während hinsichtlich des Gedankens der Herrschaft der katholischen Kirche und der gleichartigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und damit politischen Bestrebungen der Arbeiterorganisationen bis zu gewissem Grade wenigstens eine internationale ideelle, zum Teil auch materielle Solidarität angenommen werden kann, trifft dies für den Kapitalismus, wie ja ganz besonders der Weltkrieg klar erwiesen hat, nicht zu, denn die kapitalistischen Organisationen sind mit der Volkswirtschaft eines Landes, und damit mit der Existenz desselben so eng verbunden, daß sie an der Erhaltung der staatlichen Macht im Innern wie nach außen hin mindestens dasselbe Interesse haben müssen wie etwa Industrie und Handel, die bekanntlich heute die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft bilden. An dieser Tatsache ändert auch die übrigens uralte Tendenz des Kapitalismus nichts, seine Werte in ausländischen Unternehmungen anzulegen, denn gerade durch diese Bestrebungen, wie sie ja auch Handel und Industrie*) zeigen, sind die kapitalistischen Organisationen in besonders hohem Grade an der Macht des Staates, aus dem sie hervorgehen, interessiert. Dieses Interesse ist auch nicht im Hinblick auf die größere Beweglichkeit der rein kapitalistischen Unternehmungen gegenüber den Industrie- und Handelsunternehmungen geringer zu bewerten, denn wie wir tagtäglich sehen, ist **der Wert des Kapitals in erster Linie von der Einwirkung nationaler Faktoren abhängig, nämlich von den absoluten Werten der Volkswirtschaft und von der relativen Bewertung durch die Weltwirtschaft, die aber bekanntlich stark politischen Charakter trägt.** Im übrigen liefern doch die Entwicklung der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten, während des Krieges und namentlich die offensichtlichen Tendenzen der heutigen Zeit den klaren Beweis, daß **der Kapitalismus in Verbindung mit Industrie und Handel keine internationalen Bestrebungen verfolgt, sondern in höchstem Grade nationale, bzw. nationalistische und imperialistische Ziele,** an deren Vorhandensein auch die scheinbare, in der Beweglichkeit und den notwendigen formalen Wechselbeziehungen der kapitalistischen Unternehmungen begründete „Solidarität" der Finanzwelt aller Staaten nichts zu ändern vermag.

Es hängt mit unserer unpolitischen Erziehungsweise eng zusammen, daß gerade in den führenden Kreisen unserer Volkswirtschaft und in Verbindung damit in den einschlägigen Universitätskreisen vor dem Kriege vielfach die Ansicht vertreten wurde, daß England aus volkswirtschaftlichen Gründen, d. h. im Hinblick darauf, daß Deutschland der beste Kunde Englands sei, sich nicht ohne Not in einen Krieg mit

*) Siehe „Das Urteil der Vernunft" über die Psychologie des Wirtschaftslebens S. 502 u. f.

Deutschland einlassen werde, und ebenso wurde trotz der gegenteiligen Erfahrungen bezüglich Englands dieselbe Auffassung vor dem offenen Eingreifen Amerikas in den Krieg zum Ausdruck gebracht. Und auch durch die heute ganz klar in Erscheinung tretenden Absichten der Angelsachen lassen sich gerade unsere in erster Linie wirtschaftlich orientierten Kreise immer noch nicht von der Meinung abbringen, daß England oder Amerika ein besonderes **wirtschaftliches** Intresse an dem Wiederaufkommen unserer Volkswirtschaft hätten, und deshalb gegebenenfalls die Zertrümmerungspolitik der Franzosen durchkreuzen würden. Diese in den vorgenannten Kreisen wie in der Presse immer und immer wieder auftauchende Anschauung läßt sich nur durch die einseitige wirtschaftspolitische Denkweise erklären, einer Folge der Ausschaltung des Volkes von der aktiven Teilnahme an den Geschäften der Staatsverwaltung und der daraus sich ergebenden mangelnden Gelegenheit zur politischen Schulung. In das gleiche Gebiet einer unpolitischen Denkweise gehört auch die in den letzten Jahren in Deutschland vielfach ventilierte Frage der Möglichkeit eines Krieges zwischen England und Amerika in Verbindung mit der wahrscheinlichen Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Beherrschung Asiens. Auch in dieser Anschauung, die wir in der deutschen Presse **aller** Richtungen vertreten gefunden haben, bis in den letzten Monaten die Angelsachsen hüben und drüben die Maske bezüglich der Behandlung der japanischen und asiatischen Frage etwas gelüftet haben, kennzeichnet sich die in der Fortwirkung unserer verhängnisvollen unpolitischen Erziehung begründete geringe Kenntnis über die Wechselbeziehungen zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege herausgebildet haben. Abgesehen davon, daß die Frage eines Krieges zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika vom Standpunkt **neuzeitlicher** rassenpolitischer Überlegungen sowie im Hinblick auf die Stellungnahme der einflußreichen englischen Herrschaftsgebiete Kanada und Australien ernstlich gar nicht diskutierbar ist, hat man in Deutschland wie auch sonst in der Welt, **irregeführt** durch die geschickte Verschleierung der Tatsachen vermittelst der glänzend geschulten angelsächsischen Presse, die sich in den letzten Jahrzehnten immer enger gestaltenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen England und Nordamerika, — die sich nicht nur auf das finanzielle, sondern auch auf das industrielle Gebiet erstreckt haben, und die auch durch die systematische Anbahnung persönlicher Verhältnisse (Heiraten) der Hochfinanz und Großindustrie, wie überhaupt der führenden Schichten beider Länder begünstigt wurden, — politisch nicht gebührend zu bewerten verstanden.

Die Entwicklungstendenzen der modernen Volkswirtschaft.

Die **Entwicklung der Volkswirtschaft der großen Industriestaaten** besonders im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege zeigt die ausgesprochene Tendenz der **Konzentration des Kapitals auf allen Wirtschaftsgebieten.** In der psychologischen Entwicklungslinie des Kapitalismus auf industriellem Gebete lag die Gründung von Aktiengesellschaften zwecks Anhäufung von Kapital zur Produktionserweiterung, die Bildung von Kartellen und Syndikaten und letzten Endes die Trustbildung. Das

Endziel der vereinigten Wirksamkeit von Industrie und Kapital stellt bekanntlich der Trust dar, dessen Prinzip darin besteht, auf irgend einem Wirtschaftsgebiet — und zwar womöglich von der Rohstoffgewinnung an bis zur Fertigfabrikation — **das private Monopol** zu erreichen, d. h. den freien Wettbewerb auf dem betreffenden Gebiete sowohl bezüglich der Produktion wie konsequenterweise auch des Marktes und damit auch der Preisbildung auszuschalten. Die Vorläufer des Trusts sind Kartell und Syndikat, d. h. die Organisation mehrerer an sich selbständiger, gleichartiger Werke zum Zwecke der Beherrschung des Marktes und der Preisbildung. Die im Kartell vereinigten Werke haben nur eine einheitliche Preisbildung, während das Syndikat schon nicht nur die Preise feststellt, sondern auch den Werken die Quantität der Produktion durch die sog. Anteilquote vorschreibt. Das Syndikat kann also die Produktion zu Zwecken der Erlangung eines höheren Preises für die Ware einschränken. Zudem ist beim Syndikat die Möglichkeit gegeben, daß größere Werke die kleineren aufkaufen, um sich die Anteilsquote zu sichern, und gleichzeitig den eigenen Betrieb besser ausnützen zu können. In Deutschland tritt die Monopolisierung der Industrie in erster Linie in der Eisen-, Kohlen-, und Elektrizitätswirtschaft in gewissem Grade in Erscheinung, bis jetzt noch im genossenschaftlichen Monopol, also im Kartell und Syndikat, der Trustgedanke hat aber infolge der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller volkswirtschaftlichen Kräfte und der dadurch erhofften Vereinfachung und Verbilligung des Wirtschaftsprozesses nach dem Kriege stark an Boden gewonnen, obwohl ihm große Hemmungen politischer und sozialer Art entgegenwirken dürften. Bekanntlich ist die Trustentwicklung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika am meisten fortgeschritten, weil sich dort die kapitalistischen Kräfte am wenigsten durch Traditionen behindert zu entwickeln vermochten. Es dürfte wohl noch in Erinnerung sein, daß schon seit einer Reihe von Jahren vor dem Weltkriege die Präsidentschaftswahlen daselbst im Zeichen einer Gegenbewegung gegen diese sich immer rücksichtsloser äußernde Wirtschaftsform gestanden sind. Auch **Wilson** hat 1913 anläßlich seiner Bewerbung um die Präsidentschaft wie seine in dieser Richtung erfolglosen Vorgänger seinen Wählern versprochen, daß er die Ausartungen des Trustwesens aufs schärfste bekämpfen werde. Es dürfte gerade heute interessant sein, wie er in seiner theoretischen Kriegführung durch Reden und Pressepropaganda die Gefahren der Vertrustung des amerikanischen Wirtschaftslebens schilderte. Er machte vor allem auf die Folgen der Ausschaltung des freien Wettbewerbs aufmerksam. Der Trust verhindere das Aufkommen unternehmungslustiger, leistungsfähiger Kräfte, er ruiniere neben ihm aufstrebende Industriezweige und halte auch die Fortschritte der Technik hintan, indem er die besten individuellen Kräfte lahmlege, und nach Erreichung des Monopols kein Intresse mehr habe, große umwälzende technische Erfindungen zu Zwecken der Verbilligung des Produktionsprozesses oder der Verbesserung der Produkte in seinen Werken einzuführen. An der Verbilligung des Produktionsprozesses habe der Trust nur solange Intresse, als er den weniger kapitalkräftigen Konkurrenten aus dem Felde schlagen könne. Erfindungen, die auf seinem Gebiete gemacht würden, würden dann aufgekauft und unbenützt liegen gelassen. Das bedeute dann Stillstand der Technik und in weiterem Sinne Kulturstillstand.

Die **Bildung des Trusts** vollzieht sich folgendermaßen: Die Produzenten auf irgendeinem Wirtschaftsgebiet, das, wie schon gesagt, alle Zweige von der Rohstoffgewinnung bis zur Fertigfabrikation umfassen kann, werden auf Grund von Vereinbarungen oder durch Zwang (Preisunterbietung, Kreditentzug infolge Beeinflussung der Banken) veranlaßt, dem sich bildenden Trust beizutreten, indem sie ihre Werke an diesen verkaufen. Vom Standpunkt des Kapitals aus ergeben sich nun folgende Vorteile der Konzentration: Man kann die meisten so herangezogenen, weniger rentablen Werke stillegen, und nur die besteingerichteten Werke benützen und ausbeuten, es wird eine straffere Organisation ermöglicht, und man hat vor **allem die unbeschränkte Macht der Preisbildung und des Marktes.** Denkt man sich nun das Prinzip des Trustwesens bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, so ergibt sich eine **Organisation von privaten Monopolen auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten in der Hand eines kleinen Kreises von Wirtschaftsführern, die infolge der gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen wiederum unter sich verbunden sind, und so das ganze Wirtschaftsleben beherrschen.** Aus naheliegenden Gründen hat die Kartell- und Trustbewegung **internationalen Charakter** in dem Sinne, daß wenn in einem Lande dieses Prinzip durchgeführt ist, die Produzenten und Kapitalisten des andern Landes gezwungen sind, das gleiche zu tun, wenn sie nicht riskieren wollen, ihr Land von fremden, billigeren Waren überschwemmt zu sehen. So kommt man letzten Endes wieder zu Vereinbarungen mit dem unterlegenen Mitbewerber und die internationale „Verständigung" ist fertig.

Die vorstehend gekennzeichneten Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft in den großen Industriestaaten und im Zusammenhang damit die täglich stärker in Erscheinung tretenden Konzentrations- und Expansionsbestrebungen des Kapitals durch entsprechende Zusammenlegung und zentralisierende Organisation industrieller und Handelsunternehmungen, insbesondere auch der großen Geldinstitute, sowie die aus der gewaltigen Ausdehnung der Weltwirtschaft sich ergebenden formalen Wechselbeziehungen der Finanzwelt haben naturgemäß die Auffassung verstärkt, als ob der Kapitalismus eine **internationale** Macht sei, die das nationale Moment nur insoweit interessiere, als es für ihr Ziel der Beherrschung der gesamten Weltwirtschaft zweckdienlich erscheine, und da an einer Reihe großer Finanzinstitute, die selbstverständlich wiederum große Industrie- und Handelsunternehmungen kontrollieren, Juden beteiligt sind, so wurde der für unsere gesellschaftliche wie nationalpolitische Erziehung verhängnisvolle Schluß gezogen, daß der Kapitalismus in erster Linie vom Judentum abhängig und in seinem Sinne geleitet werde. Wenn kein noch so eingehender Gegenbeweis diese irrige Anschauung bisher zu widerlegen imstande gewesen ist, so dürften doch für den **objektiven** Beobachter die heute klarliegenden **Ursachen, Erscheinungen und Auswirkungen des Weltkrieges den unumstößlichen Beweis geliefert haben, daß es in erster Linie, der nach der Beherrschung der Weltwirtschaft strebende Wirtschaftsimperialismus der Angelsachsen gewesen ist, der in der konsequenten Verfolgung dieses Zieles die gewaltsame Ausschaltung des deutschen Konkurrenten seit Jahrzehnten „moralisch", poli-**

tisch und militärisch vorbereitet hat. Gerade dadurch, daß unsere führenden Bevölkerungsschichten, namentlich aber die Führer des deutschen Wirtschaftslebens und unsere Intelligenz aus den mehrfach geschilderten, in unserer rückständigen Staats- und Gesellschaftsordnung begründeten Erziehungsmethoden heraus nur wenig oder gar kein Verständnis für die innigen Wechselwirkungen zwischen Politik und Weltwirtschaft aufzubringen, und wenn die Kenntnis darüber vorhanden war, sie infolge der Ausschaltung der Volksvertretung von der aktiven Einwirkung auf die Außenpolitik nicht zu verwerten vermochten, haben es die angelsächsischen Staaten fertig gebracht, das deutsche Volk und seine führenden Kreise über ihre wahren Ziele zu täuschen, oder doch im Unklaren zu lassen, und auch heute noch ihre großangelegten raffinierten Verschleierungsmanöver fortzuführen. Es ist bezeichnend für die unpolitische Denkweise unserer akademischen Kreise, daß man auf den Hochschulen die gekennzeichneten Entwicklungstendenzen der Volkswirtschaft der modernen Industriestaaten bis ins Kleinste darzustellen verstand, daß man auch **theoretisch** die Möglichkeiten der Beeinflussung der Politik durch die „Könige" des Wirtschaftslebens in den Bereich der Erörterung gezogen hat, aber die **praktischen** Folgerungen aus dem Ergebnis dieser Überlegungen zu ziehen, dazu fehlte die politische Einstellung, d. h. **der nationale Instinkt, der alle Erscheinungen des geistigen und seelischen Lebens im Intresse des gesamt-nationalen Gedankens zu verwerten trachtet.** Dieser nationale Instinkt, den die Demokratieen des Westens in unübertrefflicher Weise durch die Anpassung der Staats- und Gesellschaftsordnung an die durch die geistige Entwicklung begründete individualistisch-freiheitlich-staatsbürgerliche Vorstellungswelt der Psyche der modernen Kulturvölker heranzubilden verstanden, hat allen Schichten unseres Volkes vor dem Kriege gefehlt, weil die Erziehungsmethoden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung in erster Linie auf die einseitige Hervorkehrung des Klassen- und Berufsstandpunktes und im Zusammenhang damit auf die Betonung der Autoritätsidee eingestellt waren, durch deren Einwirkung der weitaus größte Teil unseres Volkes die **praktische** Verfolgung des nationalen Gedankens in der Richtung möglichster Orientierung über die Verhältnisse in der Außenwelt den „zuständigen" Stellen überlassen zu können, bzw. zu **müssen** glaubte. Der Adel aber, dem aus traditioneller Überlieferung heraus die **alleinige** Vertretung unserer Außenpolitik überlassen wurde, besaß infolge seiner einseitigen aristokratisch-feudalistischen Erziehung, die fast ausschließlich auf die Repräsentation und den Verkehr mit den höchsten Gesellschaftsklassen eingestellt war, nicht die zur Beurteilung der großen weltpolitischen bzw. weltwirtschaftlichen Fragen nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten, die nur durch engste Verbindung mit den dabei in Betracht kommenden politischen, wirtschaftlichen und **psychologischen** Machtfaktoren zu erwerben waren, denen gegenüber aber im Hinblick auf die anerzogene Anschauung strengste Reserve beobachtet wurde. Dagegen haben die Staatsmänner und Diplomaten unserer nachmaligen Feinde, die durch die Notwendigkeit der Einstellung auf die beweglichere, flüssigere und damit lebendigere Staats- und Gesellschaftsordnung ihrer Länder gezwungen waren, einen dauernden Kontakt mit den vorgenannten Machtfaktoren aufrechtzuerhalten, auf diesen Gebieten eine weit bessere Schulung

erhalten, und waren dadurch den unsrigen, die zudem noch mit dem mehr oder weniger hemmenden Bewußtsein des Beamtencharakters belastet waren, an Elastizität, Aktivität und Initiative überlegen. Wir möchten hier gleich betonen, daß sich unser Urteil über die Fähigkeiten der deutschen Diplomatie nicht auf Einzelpersönlichkeiten oder auf den Adelsstand an sich bezieht, wenn wir auch andererseits darauf hinweisen müssen, daß die in der ausschließlichen Verwendung des Adels zu den höchsten Staatsämtern und der Vertretung unserer auswärtigen Beziehungen angewandte Innenzucht aus biologischen wie berufspsychologischen Gründen im Hinblick auf die gewaltigen Aufgaben und die ebenso große Verantwortung, die eine nach neuzeitlichen Grundsätzen geführte Außenpolitik den Staatsmännern notwendigerweise aufladen mußte, nicht zu rechtfertigen ist. **Der Hauptgrund für das doch wohl kaum ernstlich bestrittene vollständige Versagen unserer Außenpolitik liegt in der Einwirkung des Systems unserer Staats- und Gesellschaftsordnung auch auf die Inhaber der höchsten Staatsämter, die ebenso der Erstarrung in äußeren Formen anheimgefallen waren, wie unser gesamter Staats- und Gesellschaftsorganismus.**

Die bisherigen Betrachtungen über die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus innerhalb der Volks- und Weltwirtschaft dürften unsere Auffassung rechtfertigen, daß **die Bestrebungen des Kapitals in erster Linie von nationalen Triebkräften bisher geleitet worden sind und in Zukunft geleitet werden.** Das allerdings wollen und können wir nicht bestreiten, daß **das Wesen des Kapitalismus auf eine vollständige Beherrschung des Weltmarktes, und zwar auf allen Wirtschaftsgebieten hindrängt.** Und das war ja das Ziel des Weltkrieges, dessen erster Abschnitt zur Vernichtung des fähigsten und stärksten Konkurrenten der Träger des wirtschaftlichen Weltherrschaftsgedankens, der Angelsachsen geführt hat. **Wie die Idee der Weltherrschaft der katholischen Kirche und des Sozialismus von nationalen Faktoren für die Zwecke völkischer Machtbestrebungen ausgenützt worden ist, und heute offen und versteckt von diesen nationalen Triebkräften weiter für ihre Ziele in Anspruch genommen wird, so ist auch die Idee der Beherrschung der Welt durch den Kapitalismus von völkischen Triebkräften zur Verwirklichung ihres Machtziels verwertet worden.** Die Bestrebungen des Papsttums nach Anerkennung als Staatskirche gingen bekanntlich in der Erkenntnis, daß die Verwirklichung des Gedankens der Weltherrschaft nur auf der Grundlage einer realen Macht erreicht werden könne, darauf aus, die jeweils herrschenden Nationalstaaten seinem Machtbereich zu unterwerfen, und wir sehen heute dieselben Anstrengungen der Anhänger der sozialistischen Idee in Rußland, denn **die Verwirklichung jeder Idee bedarf der Machtgrundlage,** sei es nun die einer geistigen bzw. seelischen Macht (Massensuggestion) oder einer organisierten Gewalt. **Also ohne die reale Macht völkischer Organisationen ist die Weltherrschaft des Kapitalismus nicht möglich,** und die weitere logische Folgerung dieser Überlegung ist die, daß die völkischen Organisationen, bzw. Nationalstaaten, die sich die Idee der Weltherrschaft des Kapitalismus zu eigen gemacht haben, selbstverständlich bestrebt waren und bestrebt sind, sich nicht in diesen Welttrust als Teilhaber einzuordnen, sondern denselben ihren nationalen bzw. Rassenzielen unterzuordnen. Von diesem Gesichtspunkt aus verstehen wir den Ursprung und die Ziele des Weltkrieges und werden wir auch die weiteren zu gewär-

tigenden machtpolitischen Auseinandersetzungen der Zukunft verstehen können. Wenn wir nun auf Grund unserer seitherigen Überlegungen versuchen wollen, über die Judenfrage und die damit in Zusammenhang gebrachte Idee der „Goldenen Internationale" uns ein von Schlagworten ungetrübtes Bild zu machen, so müssen wir erstens feststellen, daß an der „inter"-nationalen Organisation des Kapitalismus doch nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz von Juden beteiligt ist, und daß es ohne allen Zweifel feststeht, daß der heute nach der Weltherrschaft strebende Wirtschaftsimperialismus keinen internationalen, sondern einen eminent nationalen bzw. rassenpolitischen Charakter trägt, woran die Tatsache, daß an ihm **mehrere Völker** beteiligt sind, — weil eben die Angelsachsen **allein** dieses Ziel nicht zu erreichen vermögen — natürlich gar nichts ändert.

Der nationale Gedanke.

Eine andere Frage ist die, ob, warum und inwieweit die Juden, wie von antisemitischer Seite behauptet wird, durch ihre Haltung und die von jüdischem Kapital finanzierte Presse eine **nationale Gefahr** für das deutsche Volk darstellen. Um den Charakter der „nationalen Gefahr" festzustellen, müssen wir uns aber zuerst darüber Klarheit zu verschaffen suchen, welche Haltung oder Betätigung irgend einer Persönlichkeit, Gesellschaftsklasse, Partei, fremdvölkischen oder internationalen Organisation eine Gefahr für die Existenz des deutschen Volkes bedeutet, oder doch bedeuten kann. **Objektiv betrachtet bedeutet jede unbewußte oder bewußte Haltung, Handlung oder Unterlassung, die das Ansehen, die Sicherheit und gesunde Entwicklung eines Staatswesens beeinträchtigt oder gefährdet, eine Gefahr für die Existenz des Staates, also eine nationale Gefahr.** Der Grad der Gefahr richtet sich natürlich nach der Bedeutung und damit dem Einfluß des das Ansehen, die Sicherheit und die Entwicklung des Staatswesens gefährdenden Einwirkungsmoments. Betrachten wir von der Grundlage dieser Definition aus die Möglichkeiten der nationalen Gefahren, so ergibt sich als Maßstab für ein diesbezügliches **objektives** (also nicht einseitig gefühlsmäßig oder gar bewußt subjektives) Urteil **der Grad des Einflusses auf das Staatswesen, aus dem sich der entsprechende Grad der Verantwortung von selbst herleitet.** Da **das Wesen des nationalen Gedankens,** aus dessen Kenntnis heraus naturnotwendig auch nur die Möglichkeiten der nationalen Gefahren richtig zu beurteilen sind, vor dem Kriege und besonders heute den mannigfaltigsten gefühlsmäßig oder bewußt subjektiven Auslegungen ausgesetzt war, so wollen wir zur Begründung unserer Definition einige konkrete Beispiele folgen lassen, in denen die verschiedenen prinzipiellen Auffassungen über die Frage der nationalen Gefahren, oder positiv gedacht, des nationalen Gedankens behandelt werden sollen. Die in Deutschland vor dem Kriege und auch heute noch in weiten Kreisen vorherrschende, aus unserer unpolitischen, autoritativen Erziehungsweise sich ergebende Auffassung über das Wesen des nationalen Gedankens ging, worauf wir schon früher hingewiesen haben, dahin, daß die nationale Gesinnung gleichbedeutend mit der absoluten Unterordnung unter die traditionellen **Verhältnisse der bestehenden Staats-,** Wirt-

schafts- und Gesellschaftsordnung sei, daß also die Bekämpfung der Hauptgrundsätze der bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als antinational zu betrachten sei, und somit jede Person, Gesellschaftsgruppe oder Partei, die andere Grundsätze vertrete, antinational und damit gegebenenfalls staatsgefährlich sei. Die Gesellschaftsschichten und die durch sie gebildeten politischen Parteien, die vor dem Kriege in erster Linie die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung vertreten und verteidigt haben, haben sich daher als sog. **staatserhaltende Parteien** bezeichnet. Objektiv betrachtet war diese Bezeichnung, die zudem zu der unglückseligen Klassifizierung inbezug auf nationale Gesinnung führte, falsch, denn **die Erhaltung und Sicherung eines Staatswesens hängt**, wie die Geschichte und namentlich die neueste gezeigt hat, **keineswegs von bestimmten staatsrechtlichen und gesellschaftlichen Ausdrucksformen ab, sondern von den Eigenschaften und Fähigkeiten seiner Bevölkerung und ganz besonders der Führer des Volkes.** Sind diese Führer unfähig, so kann auch das fähigste und lebensvollste Volk zugrunde gehen. Die geistige und seelische Entwicklung der Völker unterliegt genau so den biologischen und psychologischen Gesetzen wie die des Einzelmenschen und der Familie. Wenn ein Volk also geistig und seelisch lebendig bleiben, d. h. seine natürliche, in den Instinkten des Lebenstriebs begründete Aktivität nicht verlieren soll, so müssen seine Führer, die — biologisch gedacht, — das Hirn des Volksorganismus darstellen, dauernd frische Kräfte aus dem Volkskörper aufnehmen, d. h. sie müssen mit den geistigen und seelischen Triebkräften des Volkes in stetigem Kontakt bleiben, um so die Richtlinien für ihre Haltung und Handlung am besten bestimmen zu können.

China.

Wir möchten im Hinblick auf die obigen Überlegungen einer etwaigen mißverständlichen Auslegung unserer Gedanken dahin vorbeugen, als ob wir die Auffassung vertreten, daß die Führer eines Volkes lediglich die Träger bzw. ausführenden Organe der Stimmungsausdrücke oder Wünsche der Volkspsyche darstellen sollen. Eine solche Deutung der Grundgedanken unserer gesamten völkerpsychologischen Betrachtungen würde unserer tatsächlichen Auffassung keineswegs entsprechen, denn es liegt im **Wesen der Massen- bzw. der Volkspsyche, daß alle ihre geistigen wie seelischen Äußerungen reproduktiven, d. h. nach- oder mitempfindenden, bzw. nachschaffenden Charakter tragen. Die Initiative muß also stets vom Führertum ausgehen**, wie das ja auf allen Gebieten geistigen und seelischen Lebens der Fall ist. Die Frage ist nun die, ob das Führertum, d. h. die herrschende Dynastie, Führerkaste oder Gesellschaftsklasse die Eigenschaften und Fähigkeiten besitzt, um die **gesunde** Entwicklung des Staatswesens im Innern, und seine Sicherheit und Existenz nach außen hin zu gewährleisten. **Begünstigt die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung eines Volkes die traditionelle Herrschaft einer Führerkaste, so besteht, wie auf allen Gebieten geistigen und seelischen Lebens die Gefahr, daß die Führer den Kontakt mit den lebendigen Triebkräften des Volkes verlieren, und daß ihre Betätigung in äußeren Formen erstarrt**, sodaß sie die

Eigenschaften und Fähigkeiten sowohl zur Leitung des Volkes selbst wie zu seiner zielbewußten Vertretung nach außen hin nicht mehr oder nur in ungenügendem Maße besitzen. Die Erstarrung des völkischen Führertums kann nun, wenn sie von einer entsprechenden Erziehung des Volkes begünstigt wird, auch zur Erstarrung der Volkspsyche selbst führen. Wir haben dafür ein typisches aber auch lehrreiches **Beispiel an der Entwicklung Chinas.** Das chinesische Volk blickt auf eine Jahrtausende alte hohe Kultur zurück. Daß es in den letzten Jahrhunderten auf allen Gebieten geistigen Lebens von den europäischen Völkern und im letzten Jahrhundert auch von seinem japanischen Rassenbruder überflügelt worden ist, ist lediglich die Folge seiner Erstarrung in einer traditionellen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die „chinesische Mauer", die als Bollwerk gegen etwaige Einfallsabsichten der benachbarten Barbaren, d. h. der Völker, die damals weit unter dem Kulturniveau des chinesischen Volkes standen, errichtet worden war, kann als Symbol für die damalige Auffassung der chinesischen Volkspsyche angesprochen werden. Man erachtete sich geistig erhaben über die Umgebung und schloß sich daher völlig von der Außenwelt ab. Die Vertreter fremder handeltreibender Völker oder gar Missionare wurden nicht in das Innere des Landes gelassen. So lebte das Volk fast ohne jede geistige Anregung von außen her, woraus sich mit der Zeit die starre Einstellung auf die überlieferten Einrichtungen und Ausdrucksformen des staatlichen, gesellschaftlichen, sozialen, und damit gesamtkulturellen Lebens ergab. So wurden schließlich alle Erscheinungen des völkischen Innenlebens bis ins Kleinste ganz bestimmten Vorschriften unterworfen, sodaß der Einzelmensch wie die verschiedenen Gesellschaftsschichten von der Wiege bis zum Grabe ihren genau vorgeschriebenen Lebens- und Bewegungskreis zugeteilt erhielten, von dem kein Schritt breit abgeirrt werden durfte. Die Bevölkerung war in Standes- und Berufskasten eingeteilt, die in sich vollkommen abgeschlossen waren, sodaß eine Änderung des Berufs nicht ermöglicht wurde. Diese traditionelle Einwirkung der Staats- und Gesellschaftsordnung mußte gesetzmäßig eine Erstarrung des gesamten Geisteslebens der chinesischen Volkspsyche zur Folge haben, die natürlicherweise auch die Triebkräfte des Staatsorganismus im Innern und nach außen hin lahm legte. Das teils gewaltsame, teils friedliche Eindringen der Europäer und ganz besonders der Amerikaner in das Reich der Mitte während der letzten Jahrzehnte, namentlich aber das Studium amerikanischer Staatskultur hat offensichtlich auf die chinesische Volkspsyche belebend gewirkt, und die daraus sich ergebenden Auswirkungen zeigten sich nicht nur in der Revolution, in der bevorstehenden Vereinfachung der Schriftsprache, sie haben sich auch naturgemäß schon in einer Neubelebung des Nationalbewußtseins geltend gemacht, die zu dem Streben nach Befreiung von fremdem Einfluß geführt hat. Wir sehen aus dem chinesischen Beispiel, daß die starre Aufrechterhaltung einer traditionellen Staats- und Gesellschaftsordnung und die damit zusammenhängende Abschließung von neuen Ideen, die aus der geistig fortschreitenden Volkspsyche und ihren lebendigen Triebkräften herauswachsen, die gesunde Entwicklung des Staatswesens und damit seine Sicherheit und Existenz aufs schwerste zu gefährden vermögen.

Rußland.

In ganz besonders eindringlicher Weise wird die verhängnisvolle Wirkung der mehr oder weniger gewaltsamen Aufrechterhaltung einer in Traditionen erstarrten Staats- und Gesellschaftsordnung durch den **Zusammenbruch des russischen Kaiserreichs** veranschaulicht. Während das chinesische Volk einerseits durch die Wirksamkeit der asiatischen Kultur an sich, die mehr zur Ausbildung einer betrachtenden Lebensweise neigte, andererseits infolge der verhältnismäßig doch geringen Möglichkeit des Eindringens der aktiveren Lebensauffassung der Kultur der weißen Rasse nicht sofort zu einer grundlegenden Umwälzung der staatlichen, gesellschaftlichen und gesamtkulturellen Anschauungswelt fähig war und auch nicht fähig sein konnte, stand das russische Volk, namentlich aber seine **Intelligenz**, in regem Verkehr mit der europäischen und nordamerikanischen Kulturwelt, und empfand so die schmachvolle und entwürdigende Behandlung seitens der herrschenden Machthaber, Adel, Militär, Beamtentum, die durch die Mitwirkung der Geistlichkeit an der Aufrechterhaltung des Staats- und Gesellschaftssystems noch unterstützt wurden, um so intensiver. Man wird uns erwidern, die russische Volksseele sei ja so stupid und abgestumpft gewesen, daß sie die unwürdige Behandlungsweise gar nicht empfunden habe, wir haben aber schon früher darauf hingewiesen, daß die Volkspsyche ihrem Wesen nach nicht schöpferisch tätig sei, also auch keine Initiativkraft besitze. Die schöpferischen Kräfte jedoch, die aus dem Volksorganismus herauswuchsen, vereinigten umsomehr alle die gegenwirkenden Empfindungen in sich, und die unerschütterlich und vor keiner noch so fürchterlichen Drohung zurückschreckende revolutionäre Propaganda der russischen Intelligenz war nur der Ausdruck der in den Führern der revolutionären Bewegung aufgespeicherten Empfindungswelt der russischen Volksseele, deren Selbsterhaltungstrieb sich in Dumpfheit, Stumpfheit, Melancholie und Resignation kundgab. Daß das System des russischen Zarismus einmal ein gewaltsames Ende nehmen würde, war für jeden nüchtern Denkenden klar, und das „freiheitliche" England, das mit dem Zarentum sich verbündet hatte, um treu seiner Tradition den gefährlichsten Konkurrenten auf dem Kontinent (s. belgische Akten S. 15) zu vernichten, und in Petersburg Versprechungen bezüglich Konstantinopels gemacht hatte, hat sich zu diesen Zugeständnissen im Orient **zweifellos** mit dem Hintergedanken bereit erklärt, daß der russische Koloß doch eines Tages zusammenbrechen wird, — nötigenfalls mit ein wenig Nachhilfe von englischer Seite —, sodaß man die Zugeständnisse recht leicht wieder rückgängig hätte machen können. Und so ist es ja auch gekommen. Auch Bismarck hatte diese Entwicklung in Rußland in den Bereich seiner außenpolitischen Überlegungen gezogen, und er gibt in dem erwähnten Briefe an den englischen Ministerpräsidenten im November 1887 seiner Auffassung über die russischen Verhältnisse Ausdruck, indem er anläßlich der Schilderung der antideutschen Politik Frankreichs und Rußlands, die gerade in jener Zeit festere Formen anzunehmen begann, darauf hinwies, daß die Gründe für die herausfordernde Haltung Rußlands einerseits in den Expansionsbestrebungen des Panslawismus, andererseits aber in **innerpolitischen Fragen** zu suchen seien, denn **die russische Umsturzpartei** erhoffe von einem auswärtigen Kriege die Befreiung von der Monarchie.

Wir sehen aus den Betrachtungen über China und Rußland, daß erstens die starre Aufrechterhaltung einer traditionellen Staats- und Gesellschaftsordnung die geistige und damit auch seelische Aktivität des Volksorganismus in seiner Gesamtheit im Verhältnis zur Einwirkungsdauer mehr oder weniger zu lähmen vermag, und daß dadurch die Sicherheit des Staatswesens im Innern wie nach außen hin gefährdet wird. Nach außen hin dadurch, daß die durch Tradition bestellte Führerkaste vielfach nicht die Elastizität und die Kenntnisse besitzt, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötig sind, weil sie zu leicht (durch das Vorrecht des Standes und daraus hervorgehende Protektion) zu den führenden Stellen gelangt, und weil auch nicht eine genügende Auswahl von Bewerbern vorhanden ist, die als Ansporn zur Erwerbung von entsprechenden Fähigkeiten dienen könnte, im Innern dadurch, daß einmal die Führerkaste dauernd ihr Augenmerk den innerpolitischen Gefahren zuzuwenden hat, und so von der eigentlichen Hauptaufgabe eines gesunden Staatswesens, der Sicherung nach außen hin stark abgelenkt wird, zum andern, daß der Staatsorganismus im Falle eines starken Drucks von außen her, also etwa eines großen Krieges in Gefahr gerät, innerlich auseinanderzufallen, weil die unterdrückten oder die sich unterdrückt fühlenden Volksschichten infolge der ungeschickten Erziehungsweise nicht den Grad nationalpolitischer Erkenntnis besitzen, daß sie — namentlich unter dem Druck großer körperlicher und seelischer Anstrengungen — zu der logischen Überlegung fähig wären, daß der Zusammenbruch des Staatsorganismus auch sie ebenso schwer trifft wie die führenden Schichten. Je nach dem Grade körperlicher und seelischer Depression, die durch die Leiden des Krieges hervorgerufen werden, bedarf es nicht einmal großer propagandistischer Betätigung der den Umsturz erstrebenden Elemente, um im Volke oder Heere die natürliche Kriegsmüdigkeit, die sich bei ungünstiger militärischer Lage immer einstellt, noch durch Aufhetzung gegen die herrschenden Machtfaktoren und Klassen zu verstärken, denn derartige Überlegungen stellen sich bei den unteren Schichten eines Volkes, das unter dem Eindruck großer politischer und damit gesellschaftlicher Klassengegensätze erzogen wurde, und den daraus hervorgehenden Soldaten, die naturgemäß immer die Mehrheit eines Volksheeres darstellen, im Verhältnis zur Dauer und den Anstrengungen des Krieges ganz von selbst ein. **Der politisch unselbständige Angehörige der unteren Klassen**, der zu Hause oder im Kriege das furchtbarste Elend sieht, bzw. die furchtbarsten Strapazen unter stetiger Todesgefahr mitzumachen hat, dauernd unter dem Druck der autoritativen Einwirkung, **kommt mit der Zeit unter den immer intensiver in Erscheinung tretenden Auswirkungen seines ganz elementaren Selbsterhaltungstriebs zu der Auffassung, daß er eigentlich doch wenig Intresse an dem Ausgang des Krieges habe, denn er werde nach wie vor von den oberen Schichten beherrscht werden und sein kümmerliches Dasein werde auch durch einen Sieg seines Volkes nicht besser gestaltet.** Die nächste gefühlsmäßige Folgerung dieser unpolitischen Denkweise geht dahin, daß **der Krieg nur für die herrschenden bzw. besitzenden Klassen geführt werde, an deren Wohlergehen die unteren Schichten des Volkes kein Intresse hätten.** Solange das Heer siegreich ist, und die Verpflegungsverhältnisse noch einigermaßen erträglich sind, werden derartige Empfindungen und Überlegungen nicht die Oberhand zu gewinnen vermögen, sobald aber ein Umschwung

in der militärischen Lage, oder gar eine große Niederlage eintritt, und die Ernährung schlecht ist, nehmen vorgenannte Vorstellungen einen immer größeren Raum in der Empfindungswelt des Volkes und Heeres ein, und lassen sich nicht durch die strengsten Maßnahmen disziplinärer Natur oder der Zensur bzw. durch die raffiniertesten Beeinflussungsmethoden der Presse mehr zurückdrängen. Die in dieser Richtung sich geltend machenden Reaktionen des Selbsterhaltungstriebs der Massenpsyche gelangen naturgemäß umso stärker und ungehemmter zum Ausdruck, je mehr infolge der Einwirkung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ohnehin schon eine mißtrauische oder gar feindselige Stimmung gegen die führenden Schichten und die herrschenden Machtfaktoren gefühlsmäßig oder bewußt vorhanden war.

Die soeben gekennzeichnete elementare Auswirkung des Selbsterhaltungstriebs der Massenpsyche eines politisch und gesellschaftlich bevormundeten Volkes können wir an der **Entwicklung der russischen Revolution** verfolgen. Die erste Revolution, die unter Mitwirkung der angelsächsischen Propaganda den Sturz des Kaisertums bezweckte, brachte eine demokratisch-nationalsozialistische Regierung ans Ruder, die die Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln weiter betrieb, und die fraglos deutschfeindlicher als die Zarenregierung war. Es ist für die Gestaltung der künftigen Beziehungen Deutschlands zu einem wieder zur politischen und wirtschaftlichen Gesundung gelangenden **Rußland** — soweit die Anknüpfung von politischen Beziehungen überhaupt von den herrschenden Weltmächten zugelassen wird — von großer Wichtigkeit, daß wir über die Stimmung der verschiedenen Gesellschaftsschichten Rußlands gegenüber Deutschland unterrichtet sind. Während der russische Adel, der über die Beziehungen des baltischen Adels mit der deutschen Aristokratie vielfach in gesellschaftlichem und damit bis zu gewissem Grade auch in politischem Kontakt stand, aus Gründen gleichgerichteter gesellschaftlicher und damit politischer Intressen Deutschland, d. h. dem bei uns herrschenden Staats- und Gesellschaftssystem im großen ganzen sympathisch gegenüber stand, wurden die **russische Intelligenz und die wirtschaftlich intressierten Kreise** im Verhältnis zum Eindringen europäischer Kultur **zu einer ausgesprochen deutschfeindlichen Stimmung** erzogen, weil die nach freiheitlicher Ausgestaltung des Staatslebens strebende Intelligenz in dem preußisch-deutschen Staats- und Gesellschaftssystem und in den engen Beziehungen der herrschenden Kreise Rußlands und Deutschlands einen starken Hemmschuh gegen die Erlangung ihres Ziels erblickten, und weil die Wirtschaftskreise die Überlegenheit der deutschen Volkswirtschaft und Technik, die besonders im Westen Rußlands große Erfolge aufzuweisen hatte, mit Mißtrauen verfolgten, eine Erscheinung, die überall zu beobachten ist, wenn der geistige Fortschritt sich mit rückständigen Verhältnissen auseinanderzusetzen hat. Wenn unsere maßgebenden Kreise die russische Literatur der letzten Jahrzehnte nicht nur auf ihre Gefühlsausdrücke und -werte hin geprüft hätten, sondern auch nach nationalpolitischen Gesichtspunkten, so hätte ihnen die gefühlsmäßige oder bewußte Feindseligkeit gegen das Deutschtum, wie es in seiner Betätigung in Rußland beurteilt wurde, nicht entgehen können. Wir finden fast überall in der russischen Romanliteratur, und namentlich auch bei den Schriftstellern, die in Deutschland am meisten gelesen wurden (Tolstoi, Gorki, Puschkin) offen oder versteckt das Bestreben, dem Deutschen schlechte sittliche

Charaktereigenschaften, besonders Habgier und Hinterlistigkeit anzudichten. Der Intrigant des Romans ist vielfach ein Deutscher. Die sich entwickelnde Deutschfeindlichkeit wurde auch dadurch verstärkt, daß viele Russen aus den europäischen Weststaaten und Amerika moderne politische und gesellschaftliche Anschauungen mitbrachten, und daß die französische und später auch die englische Pressepropaganda (durch Ankauf russischer Zeitungen) die deutschfeindliche Stimmungsmache so intensiv als möglich zu unterstützen bestrebt war.

Betrachten wir von diesen Gesichtspunkten aus die **außenpolitische Stellungnahme der ersten Revolutionsregierung**, so verstehen wir, daß die demokratisch-nationalsozialistische Regierung, die durch den Sturz des Zarentums an die Regierung kam, nicht gewillt war, mit Deutschland Frieden zu schließen, denn die Träger des neuen Regimes waren infolge der Einwirkung ihrer Erziehung, ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen, noch weit größere Feinde des Deutschen Reichs als die Träger des alten Regimes. Den äußeren Anlaß zum Sturz des Zarentums gab bekanntlich die Fühlungnahme der Regierung mit Deutschland über etwaige Friedensmöglichkeiten im allgemeinen, bzw. den Abschluß eines Sonderfriedens. Die Gründe für die Friedensbereitschaft der russischen Regierung waren verschiedener Art. Einmal beklagte sich der russische Generalstab — und wohl nicht mit Unrecht — daß die Westmächte die russische Kriegsführung nicht genügend unterstützten, sei es, daß sie bei den russischen Offensiven an der Westfront nicht mitwirkten, sei es, daß sie durch ebensolche Passivität anläßlich der deutsch-östreichischen Angriffe die russischen Niederlagen indirekt mitverschuldeten. Weiterhin konnte es der russischen Regierung nicht entgehen, daß die Engländer alle Kräfte anspannten, um in den Besitz der Dardanellen und Konstantinopels zu kommen, während doch nach dem Geheimvertrag der Besitz dieser strategischen Hauptpunkte für die Weltpolitik den Russen zugesprochen war. Auch die mehr oder weniger offene Unterstützung der polnischen Abtrennungsbestrebungen durch die Pariser und Londoner Regierung mußte die russische Regierung stutzig machen. Dazu kamen natürlich noch die Befürchtungen bezüglich der fortschreitenden revolutionären Bewegung im Innern, sodaß die Zarenregierung einmal aus dem Bestreben nach Erhaltung des Regimes, zum andern aus der Erkenntnis heraus, von den alliierten Westmächten mißbraucht und hintergangen worden zu sein, nach einem möglichst annehmbaren Frieden strebte. Auf welcher Basis die gegenseitige Fühlungnahme stattgefunden hat, entzieht sich bis heute noch der Kenntnis der Öffentlichkeit. Die Befürchtung darf aber wohl nicht unausgesprochen bleiben, daß vielleicht infolge nicht genügender Berücksichtigung unserer militärischen, politischen und kriegswirtschaftlichen Lage und unter dem Einfluß der östreichischen Polenpartei, die in Wien großen Einfluß besaß, die Verhandlungen verschleppt wurden, denn es war klar, daß die Zarenregierung, wenn sie etwa einen Frieden auf der Grundlage der Abtretung der baltischen Staaten und der Autonomie Polens geschlossen hätte, auch keine lange Lebensdauer mehr gehabt hätte. Allerdings kann man im Hinblick auf die ohnehin unhaltbaren Zustände, wie sie aus dem zaristischen Regime hervorgehen mußten, bezweifeln, ob die Zarenregierung sich noch lange gegen die immer stärker werdende revolutionäre Bewegung der Intelligenz und des Bürgertums, in die selbstverständ-

lich die gesamte fast rechtlose Volksmasse in Stadt und Land jeden Augenblick mit Leichtigkeit mit hineingerissen werden konnte, hätte behaupten können. Das System, das weniger durch etwaige Machtgelüste des Herrschers aufrechterhalten wurde als durch das Bestreben des Adels, des Militärs und des Beamtentums nach Aufrechterhaltung ihrer fast absoluten politischen und gesellschaftlichen Machtstellung, hatte infolge der Anwendung mittelalterlicher Regierungsmethoden sowohl vom moralischen wie vom Standpunkt neuzeitlicher Staatsauffassung aus betrachtet, vollständig abgewirtschaftet. In London und Paris war man durch die engen Beziehungen mit den russischen Nationaldemokraten und -sozialisten natürlich darüber wohl unterrichtet, daß im Falle eines Abschwenkens der Zarenregierung von der Kriegspolitik der Entente diese Parteien die Macht besitzen würden, die Regierung an sich zu reißen, und daß die Alliierten ihren Einfluß bei einer aus diesen Parteien hervorgehenden neuen Regierung nicht verlieren würden.

Auch hier wieder sehen wir **den ungeheuren Einfluß der demokratischen Idee, durch den die Alliierten alle fortgeschrittenen Elemente der Welt für sich zu gewinnen verstanden haben.** Dadurch daß man mit den nach Neugestaltung der Staatsordnung strebenden Parteien auf **privatem** Wege engste Verbindungen unterhielt, dadurch daß man nach außen hin keine Gelegenheit vorübergehen ließ, den demokratischen Charakter, mit dem die Vorstellung von Recht, Freiheit und Gleichberechtigung immer verbunden wurde, zu betonen, vermochte die französische und englische Politik auch die Sympathieen der Mehrheit des unter dem Druck des absolutistischen Zarenregimes lebenden russischen Volkes zu gewinnen, und gleichzeitig die ohnehin schon durch die oben gekennzeichneten Einwirkungsmomente vorhandene **Feindseligkeit gegen Deutschland noch durch die Verdächtigung zu verstärken, daß die deutsche Regierung das bestehende drückende Staats- und Gesellschaftssystem in Rußland begünstige.** Hier zeigt sich wieder deutlich einerseits die **schwere Belastung der deutschen Außenpolitik durch die Aufrechterhaltung unseres starren Staats- und Gesellschaftssystems gegenüber den die Weltpolitik beherrschenden westlichen Demokratieen,** deren Ruf durch das offene Bündnis Frankreichs und die in den letzten Jahren (seit 1905) immer sichtbarer in Erscheinung tretende Sympathisierung der offiziellen englischen Politik mit dem zaristischen Rußland keineswegs gelitten hatte, weil man eben gleichzeitig inoffiziell durch den gewaltigen moralischen Einfluß der Wirksamkeit der demokratischen Idee die russischen Umsturzparteien für sich zu gewinnen verstand, während die nach der alten Schule arbeitende deutsche Diplomatie weder den Ansprüchen des zaristischen noch denen des freiheitlich gesinnten Rußlands gerecht zu werden vermochte. So brachte uns der Zusammenbruch des Zarentums nicht die erhoffte und dringend nötige militärische und damit auch politische und wirtschaftliche Erleichterung, die wir zu einer annehmbaren Liquidierung des Krieges im Sinne der Sicherung und ungehemmten Entwicklung des Deutschen Reichs gebraucht hätten, denn die nationaldemokratisch-sozialistische Regierung Miljukow-Kerenski vermochte den Krieg gegen das von diesen Parteien besonders gehaßte Deutschland fortzuführen, weil man durch dessen etwaigen Sieg, abgesehen von den zu gewärtigenden Folgen einer Niederlage für die nationalen Ziele Rußlands, eine Wiederherstellung des Zarentums befürchtete, und dadurch eine noch erhöhte Gewaltherrschaft des alten Systems.

Daß die erste Revolutionsregierung schließlich ebenfalls zusammenbrach, hat seinen Grund darin, daß die furchtbaren Kerenskioffensiven keinen entscheidenden Erfolg zu verzeichnen hatten, daß die durch die inneren Verhältnisse begünstigte wirtschaftliche Desorganisation auf den moralischen Zustand von Heer und Volk immer stärker wirkte, und daß **nicht zuletzt die große Masse des Heeres und Volkes**, die sich für die erste Revolution eingesetzt hatte, weil sie von ihr den Frieden erhoffte, **nicht die hinreichende politische Schulung zur Erkenntnis der nationalen Notwendigkeit bezüglich der Fortführung des Krieges besaß, bzw. besitzen konnte.** Hier rächte sich also wiederum die Aufrechterhaltung der Autoritätsidee, und im Zusammenhang damit die absichtliche Hintertreibung der geistigen, politischen und sozialen Entwicklung des Volkes zum Schaden des nationalen Gedankens. Die große Masse des in hündischer Abhängigkeit erzogenen Volkes war zu einem letzten nationalen Aufschwung nicht mehr zu begeistern, und befürchtete, von den neuen Machthabern genau so mißbraucht und betrogen zu werden, wie von den alten.

So waren es unter dem Druck physischer und seelischer Ermattung die elementaren Auswirkungen des reinen Selbsterhaltungstriebs der Massenpsyche, — denen weder politische noch nationale, durch entsprechende Erziehung zu bildende Hemmungen entgegenstanden — durch die das Volk unter den Einfluß der **Idee des Bolschewismus**, d. h. des reinen Staatssozialismus, geriet. Ob die deutsche Regierung, wie sich General Hoffmann bedauernd geäußert haben soll, durch die Beförderung Lenins und Trotzkis an die russische Front der Errichtung der bolschewistischen Herrschaft entscheidenden Vorschub geleistet hat, wagen wir im Hinblick auf die fraglos in dieser Richtung sich bewegende Gesamtverfassung der russischen Volkspsyche in jener Zeit zu bezweifeln, das Eintreffen dieser beiden hervorragenden Kenner der Volksseele und mit glänzender Beredsamkeit und entsprechenden Führereigenschaften begabten Revolutionäre gab wohl nur den Anstoß zu dem seelisch schon lange vorbereiteten zweiten Akt der russischen Revolution, der im Zusammenhang mit den inneren Zuständen und der erzwungenen Fortsetzung des Krieges fast mit Naturnotwendigkeit eintreten mußte. Wir haben hier dieselbe psychologische Entwicklungslinie wie anläßlich der ersten französischen Revolution. Wie wir gesehen haben, bildete die ideelle Grundlage der französischen Revolution das Bestreben der breitesten Schichten des Volkes nach politischer und gesellschaftlicher Gleichberechtigung im Staate und damit aktiver Teilnahme an der Gestaltung des Schicksals des Staates. „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" das war das Losungs- und Kampfgeschrei der Revolutionäre gegen die herrschenden Mächte des Königtums, des Adels, der Geistlichkeit und des Beamtentums, die ihre Macht dem Volke gegenüber mißbraucht hatten. Der unorganisierte Ausbruch der Revolution brachte es mit sich, daß die Macht in die Hände der radikalen Elemente geriet, die den nach ungehemmter Auslösung strebenden Instinkten der Massenpsyche, welche sich endlich von dem sie seither beherrschenden Druck von oben frei zu fühlen begann, am weitesten entgegenkamen. Dieselbe seelische Stimmung war es auch, die die Vorbedingungen zum Erfolg der zweiten russischen Revolution bildete. Man muß den Zustand und das Bildungsniveau, auf dem das Volk systematisch erhalten worden war, gebührend in Rechnung stellen, um die Durchführung und Aufrechterhaltung des Bolschewismus begreifen zu

können. Wenn die erste Revolutionsregierung nicht im Banne der englisch-französischen Demokratie gestanden wäre, und aus dieser Anschauungswelt heraus nicht hätte befürchten müssen, daß ein siegreiches Deutschland die Wiederherstellung des alten Regimes, also die Reaktion, begünstigen würde, wenn diese Regierung weiterhin nicht zu der Befürchtung Anlaß gehabt hätte, daß Deutschland im Nordwesten Rußlands Eroberungen und die Abtrennung Polens plane, so hätte es einer geschickten und nach modernen Gesichtspunkten arbeitenden deutschen Diplomatie nicht allzuschwer fallen sollen, die erste Revolutionsregierung auf die Hinterlist ihrer Verbündeten und im Zusammenhang damit auf die Nutzlosigkeit der Fortführung des Krieges, sowie die dabei zu gewärtigenden inneren Gefahren aufmerksam zu machen. Auf diese Weise hätte zum Nutzen Europas und der ganzen Welt — mit Ausnahme natürlich der angelsächsisch-französischen Weltherrschaftsbestrebungen — der Weltkrieg auf einer Grundlage liquidiert werden können, die die Freiheit der Völker wirklich in anderer Weise gewährleistet hätte, als heute, wo zwei Drittel der Menschheit indirekt oder direkt unter der furchtbaren Zwangsherrschaft der Entente zu leiden hat, und wo der gesamten Menschheit vielleicht noch viel größere Leiden bevorstehen, bis dieser Völkertrust die ganze Menschheit unter seine Botmäßigkeit gezwungen haben wird. Wäre es unserer Diplomatie gelungen, Rußland nach der ersten Revolution zu einem für beide Seiten annehmbaren Frieden zu bewegen, so wäre die russische Demokratie wohl in der Lage gewesen, die weitere Entwicklung der Revolution durch der neuzeitlichen Staatsauffassung angepaßte demokratische und soziale Maßnahmen zu verhindern. Wir müssen allerdings unter Hinweis auf unsere früheren Ausführungen zugestehen, daß für eine derartige Lösung sowohl die ideelle wie die politische Verständigungsbasis nicht gegeben war, weil einerseits unser diplomatischer Apparat, der zudem noch stark unter dem Einfluß einer mehr militärisch-politischen als völkerpsychologischen Anschauungsweise stand, nicht die genügende Elastizität zur Ausnützung der skizzierten Möglichkeiten besaß, und zudem das von Anfang an wie eine Zentnerlast wirkende Bündnis mit Österreich großzügige diplomatische Aktionen behinderte.

Darin, daß die erste russische Revolutionsregierung im Hinblick auf die vorwiegende Einstellung auf die innen- und außenpolitischen Verhältnisse, die scheinbar eine Verständigung mit Deutschland nicht gestatteten, — ob sie von deutscher Seite versucht wurde, entzieht sich unserer Kenntnis — nicht in der Lage war, dem russischen Volke den für seinen seelischen Zustand dringend notwendigen Frieden zu bringen, haben wir den psychologischen Ursprung des Gelingens der zweiten Revolution zu erblicken. Besonders begünstigt wurde der Sieg der extremen Elemente dadurch, daß die Träger der zweiten Revolution schon vor dem Kriege eine gut organisierte Propaganda unterhalten hatten, und daß sie die Massenpsyche rasch zu gewinnen verstanden, indem sie den durch die ebenso furchtbaren wie im Grunde ergebnislosen Kerenskioffensiven demoralisierten Soldaten und Arbeitern Frieden, Freiheit und Brot versprachen, den Bauern aber eigenen Grundbesitz. Durch diese Versprechungen erlangten die Bolschewisten bald die Herrschaft über die große Masse des seither rechtlosen und geknechteten Volkes, das die Ideale der von der ersten Revolutionsregierung angepriesenen demokratischen Freiheit ohne konkrete Garan-

tien nicht gebührend zu bewerten vermochte. Nur auf der so geschaffenen realen Machtgrundlage war die **Durchführung der Idee des Staatssozialismus** möglich. Daß ihre Verwirklichung unter den gegebenen innen- und außenpolitisch, sowie namentlich volkswirtschaftlich und verwaltungstechnisch denkbar ungünstigsten Bedingungen bis zu gewissem Grade doch erreicht und bis heute aufrechterhalten werden konnte, ist neben den hervorragenden psychologischen und organisatorischen Fähigkeiten der Bolschewistenführer dem in der Hauptsache agrarischen Charakter des Landes und seinen reichen Bodenschätzen, insbesondere aber dem durch die seitherige Staats- und Gesellschaftsordnung herangezogenen, auf unbedingte Autorität eingestellten, zu einer fatalistischen Passivität neigenden Wesen der russischen Volkspsyche zuzuschreiben. Eine auf die Einwirkung der reinen Instinkte des Selbsterhaltungstriebs der Masse berechnete Idee wird naturgemäß umso rascher Aufnahme finden, je größer der Druck war, der auf die Massenpsyche vorher ausgeübt worden ist, und je geringer die geistigen Fähigkeiten sind, die zur Beurteilung der praktischen Auswirkungen der Idee dienen und dementsprechend etwa hemmend wirken könnten. Die Einstellung der großen Masse des Volkes auf die **Diktatur** der Führer des Proletariats war umso leichter, als diese Masse von jeher an strengste Unterordnung und damit geistige und seelische Passivität inbezug auf die Staats- und Gesellschaftsordnung gewöhnt war.

Wenn wir die äußere Entwicklung der zweiten Revolution psychologisch betrachten wollen, so müssen wir bezüglich der zur Durchführung der Ideen seitens der Träger der Revolution angewandten Methoden, sowie der damit zusammenhängenden Ausartungen beachten, daß sowohl die Führer wie die Volksmassen im Grunde genommen eben dieselben Machtmittel gebraucht haben wie ihre ehemaligen Unterdrücker, und zwar mit derselben Brutalität, wie sie ihnen gegenüber zuvor angewendet worden war. Seit Jahrzehnten war die russische Regierung auf die Folgen aufmerksam gemacht worden, die die Fortführung des von ihr mit allen Gewaltmitteln aufrechterhaltenen Staats- und Gesellschaftssystems eines Tages mit Naturnotwendigkeit zeitigen müsse. Auch von deutscher Seite waren Warnungen erfolgt. Wir erinnern an den Brief des deutschen Kaisers an den Zaren, dessen romantisch-mystische Darstellungsweise ja allerdings auch nicht den Ansprüchen moderner Staatsauffassung entsprach, weiterhin an den im Hinblick auf die unfreundliche Haltung Rußlands anläßlich der Algeciraskonferenz ausgesprochenen Wunsch Bülows, dieses Reich möge nun endlich durch freiheitliche Einrichtungen in die Reihe der Kulturstaaten einrücken. Als man in den letzten Jahren so etwas wie eine Volksvertretung schuf, war der psychologische Moment, der eine Überbrückung der Gegensätze hätte zustande bringen können, schon verpaßt, und die letzten Träger des alten Regimes mußten eben — genau so wie anläßlich der französischen Revolution, der auch gewisse Zugeständnisse an das Volk vorangegangen waren — die schweren Begehungs- und Unterlassungssünden dieses mittelalterlichen Systems büßen. Daß der Staatssozialismus in dem von den Bolschewisten beherrschten Teile Rußlands, soweit wir unterrichtet sind, sich bis heute erhalten konnte, liegt, wie schon angedeutet, an den verhältnismäßig primitiven Wirtschaftsverhältnissen des Landes sowie daran, daß er eben durch die organisierte Macht des größten Teils der bisher recht-

losen und daher jetzt umso stärker an den neuen Staats- und Gesellschaftsverhältnissen interessierten Volksmasse gehalten wird. Bei einem geistig hochstehenden Volke, namentlich aber in einem modernen Industriestaate wäre dieses System nicht von so langer Dauer gewesen, denn **so wenig heute noch ein zivilisiertes Volk durch die Diktatur einer einzelnen Gesellschafts- oder Wirtschaftsklasse von oben herab auf die Dauer beherrscht werden kann, so wenig ist es möglich, daß ein Staatswesen durch die einseitige Macht der unteren Schichten sich dauernd erhalten kann.** Bisher haben die seelische und geistige Nachwirkung der ehemaligen Staats- und Gesellschaftsordnung sowie die äußeren Verhältnisse die Aufrechterhaltung des Bolschewismus begünstigt. Wie man hört, mußten die Bolschewisten jedoch im Intresse der Wiederaufrichtung bzw. Fortführung des Wirtschaftslebens der Psyche der kapitalistischen Vorstellungswelt, d. h. dem subjektiven Rechtsempfinden der Einzelpsyche, schon wesentliche Zugeständnisse machen. Erstens gelang begreiflicherweise die Sozialisierung der Landwirtschaft nicht, weil im **Kleinbetrieb** selbstverständlich die Produktion im Verhältnis zum individuellen Intresse steht, der Kleinbetrieb aber zwecks Gewinnung der Bauern für die Staatsidee aufrechterhalten werden mußte. Zweitens mußte man schließlich zur Leitung und Organisierung der Industrie, des Handels, wie überhaupt der ganzen Volkswirtschaft die entsprechend geistig, wirtschaftlich, wissenschaftlich und technisch geschulten Kräfte wieder heranholen, die man naturgemäß aus der neuen herrschenden Klasse der Arbeiter, Bauern und Soldaten nicht rekrutieren konnte, und drittens mußte man zwecks einer beweglicheren Gestaltung des Wirtschaftslebens schließlich auch die kleineren Industrie-, Handels- und Gewerbebetriebe, wenn auch alles unter Kontrolle, bis zu gewissem Grade doch wieder zulassen.

Es wird sich auch bei der Idee des Sozialismus zeigen, daß sie, wenn sie nicht an sich selbst zugrunde gehen will, sich den **natürlichen Lebensgesetzen anpassen muß, deren Ursprung im individuellen Selbsterhaltungstrieb und im Zusammenhang damit in den seelischen und geistigen Lebensäußerungen der Familie** zu suchen ist. Nehmen wir an, der Sozialismus, wie er heute in der Vorstellungswelt seiner Vorkämpfer und Anhänger besteht, würde die Staats-, Wirtschafts- und im Zusammenhang damit die Gesellschaftsordnung eines Volkes beherrschen, so müßte also jede Art von Arbeit gleich bewertet werden, ein Grundsatz, der heute schon im bolschewistischen Rußland durchbrochen werden mußte, indem man zur Anreizung der Arbeitslust und entsprechenden Steigerung der Leistungen Vorzugsprämien aussetzen mußte. Außerdem erfordert eine geordnete Durchführung der Wirtschaftsorganisation eines zivilisierten Staates geistig, wirtschaftsorganisatorisch, wissenschaftlich und technisch geschulte Kräfte, die die Handarbeiter anleiten, ihre Arbeitsleistung beaufsichtigen und gegebenenfalls kontrollieren. Diese Kräfte müssen alle vorher entsprechend ausgebildet werden. Da aber im rein sozialistischen Staat doch alle Volksgenossen gleichen Anspruch — je nach ihrer Veranlagung und Befähigung — auf jede Berufsbetätigung haben, so denke man sich die gewaltigen organisatorischen, pädagogischen und psychologischen Aufgaben, die hier für die Erziehung der Jugend zum späteren Berufe bewältigt werden müßten, ganz abgesehen davon, daß die verschiedenartigen, oft unergründbaren Neigungen der Jugend männ-

lichen wie weiblichen Geschlechts zu einem bestimmten Berufe keinerlei Gewähr dafür bieten, daß der Betreffende später auch sich tatsächlich für dieses Betätigungsgebiet eignet. Weiterhin müßte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß durch die schematisch durchgeführte Freiheit der Berufswahl der oder jener Beruf überfüllt würde, sodaß also, — wie das heute schon in unserm übervölkerten Staate allerdings nur durch das Mittel der Aufklärung geschieht — der Zudrang zu dem betreffenden Berufe abgeleitet, also doch eine Beeinflussung der Berufswahl vorgenommen werden müßte, die sowohl zu ungerechter Bevorzugung wie Benachteiligung dieses oder jenes Schülers führen könnte. Andererseits könnte die jetzt schon — und nicht nur in Arbeiterkreisen — vielfach zu beobachtende **Unterschätzung der Bedeutung der geistigen Arbeit** sowohl in der Bewertung der Leistung an sich wie für das Wirtschafts- und Kulturleben im Zusammenhang mit einer entsprechend geringen Entlohnung dieser Berufstätigkeit, die heute schon hier und dort in bedauerlicher Weise in Erscheinung tritt, **zu der Entwicklung führen, daß der Anreiz zur geistigen Arbeitsleistung überhaupt nachläßt. Das würde mit der Zeit zur geistigen und damit auch seelischen, bzw. kulturellen Verarmung führen, zu Gunsten einer das Volksleben schließlich innerlich verödenden Materialisierung, deren unausbleibliches Endergebnis die Degeneration wäre.** Die Entwicklung der Berufsstände im rein sozialistischen Staatswesen würde also letzten Endes doch mehr oder weniger auf eine Reglementierung hinauslaufen, ähnlich wie die des Zunftwesens oder der ehemaligen chinesischen Staats- und Gesellschaftsordnung, nur auf einer demokratischen Basis. Der demokratische Charakter dieser Berufsregelung würde aber wohl bald ebenfalls verloren gehen, denn man muß immer daran denken, daß der menschliche Egoismus und seine Auswirkungen auch im sozialistischen Staatswesen nicht völlig auszuschalten sein werden. **Wie jede Reglementierung, die die natürliche, individuelle, geistige und seelische Veranlagung und Fähigkeit des Menschen allzusehr beengt bzw. ausschaltet, zu einer Erstarrung der Lebensäußerungen führt, müßte auch die sozialistische Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung letzten Endes in äußeren Formen erstarren.** Im übrigen würde auch die auf reinen sozialistischen Grundsätzen aufgebaute Staats- und Gesellschaftsordnung im Laufe der Zeit aus Gründen der beruflichen Betätigung und im Zusammenhang damit der geistigen und seelischen Bedürfnisse des Einzelmenschen wie der verschiedenen Berufsgruppen wiederum zur Klassenbildung führen, die auch nicht viel andersartige Ausdrucksformen annehmen würde wie die heutige Gesellschaftsordnung.

Die **Entwicklungstendenzen der sozialistischen Idee** gehen wie diejenigen jeder großen umwälzenden Weltanschauung auf die Beherrschung der Vorstellungswelt der gesamten Menschheit aus. Aber wie die Träger der christlichen Weltanschauung, mit der sie durch die Vorstellungswelt des sozialen Gedankens verwandt ist, werden sich auch die Anhänger der sozialistischen Idee darauf beschränken müssen, innerhalb der durch die natürliche Entwicklung gegebenen Machtverhältnisse, d. h. innerhalb der **völkischen**, zum Unterschiede von der internationalen Gemeinschaft, ihre in dem Fortschreiten der sittlich-kulturellen Anschauungswelt der zivilisierten Menschheit begründeten Grundsätze geltend zu machen. Die geistige Entwicklung der europäischen Völker in den letzten Jahrhunderten hatte zuerst zu der Befreiung von dem un-

erträglich gewordenen seelischen Druck des in äußeren Formen erstarrten Papsttums geführt, weiterhin zu der Befreiung des Bürgertums von der absoluten Autorität der Fürsten, des Adels und den Organen des fürstlichen Absolutismus, und es bedeutet daher nur eine gesetzmäßige psychologische Entwicklung, daß im Verhältnis zur fortschreitenden geistigen Ausbildung der Massenpsyche auch die untersten Schichten der zivilisierten Völker sowohl in wirtschaftlicher wie politischer und gesellschaftlicher Hinsicht entsprechende Ansprüche an den Staat und die Gesellschaft stellen. Im Verhältnis zur geistigen Fortbildung der unteren Volksschichten mußte naturgemäß auch die Erkenntnis der **Macht der Organisation** zunehmen, wie sie ja überall in Staat und Wirtschaft in Erscheinung getreten war. Diese Erkenntnis wird sich immer mehr in den Bevölkerungsschichten, deren Erwerbsmöglichkeit lediglich in der Ausnützung ihrer (körperlichen oder geistigen) Arbeitskraft liegt, festigen. Diese Entwicklungstendenz war schon vor dem Kriege von den Staatsmännern und Politikern der großen Westmächte, die durch die Wirksamkeit des parlamentarischen Systems dauernd in engem Kontakt mit der Vorstellungswelt aller Volkskreise bleiben mußten, erkannt worden, und man hat daher auch diesen Organisationen weder staatsrechtlich noch wirtschaftlich Hemmungen bereitet, sondern war im Gegenteil, namentlich in England, stets bemüht, im Falle von Auseinandersetzungen zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen in vermittelndem Sinne zu wirken, wodurch auch den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen die **moralische** Berechtigung zur Ausnützung der ihnen durch Zusammenschluß gegebenen Machtmittel zwecks Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zugestanden wurde. Bei uns wurde dem wirtschaftlichen Kampfmittel des Streiks immer eine unmoralische Note gegeben, während man andererseits sich gar nicht aufregte, wenn Tausende von Arbeitern infolge Stillegung industrieller Werke oder Einschränkung der Produktion wegen Überfüllung des Marktes entlassen wurden. Auf dieser Anschauungsgrundlage, die in der Hauptsache der Ausbildung einer einseitigen kapitalistischen Vorstellungswelt — trotz der Wirksamkeit der christlichen Religion — zuzuschreiben ist, wird die Weiterentwicklung der zukünftigen Wirtschaftsverhältnisse nicht mehr möglich sein. Wenn man auch nicht verlangen kann, daß der Unternehmer bei eintretendem Absatzmangel unwirtschaftlich weiter produziert, so muß doch die **Erwerbslosenfrage einer gesunden** Lösung entgegengeführt werden. Der Volksgenosse, der gegebenenfalls sein Gut und Leben und das seiner Angehörigen aufs Spiel setzen muß, sollte nicht mehr acht- und mitleidslos seinem Schicksal überlassen werden. Es gibt sicherlich gangbare Wege erstens auf dem Gebiete der Erwerbslosenversicherung, die vielleicht zu $^2/_3$ vom Arbeitnehmer, zu $^1/_3$ vom Arbeitgeber getragen werden könnte, zweitens der **produktiven Erwerbslosenfürsorge** durch Gemeinde, Körperschaft, Staat und Privatwirtschaft, auf Grund deren die Arbeitslosen zeitweise beschäftigt werden können. Allerdings muß andererseits auch von den Arbeitslosen verlangt werden, daß sie eine ihnen zugewiesene Arbeit, auch wenn sie nicht ihrer Neigung entspricht, annehmen. In dieser Richtung sind ja unsere Studenten und viele entlassene Offiziere vorbildlich vorgegangen. Gerade die rücksichtslosen Ausdrucksformen des sog. Manchesterliberalismus, der auf wirtschaftlichem Gebiete das „Spiel der freien Kräfte" als Ideal betrachtete, haben als Gegenwirkung die

Idee des internationalen Sozialismus geschaffen und ihre Fortbildung und Festigung begünstigt. Wir müssen dabei allerdings wiederholt darauf hinweisen, daß der internationale Charakter der sozialistischen Bewegung nur da in erster Linie betont wurde, wo die Staats- und Gesellschaftsordnung die Psyche des geistig fortgeschrittenen Arbeiters nicht richtig dem nationalen Gedanken einzuordnen verstanden hat.

Einen augenscheinlichen Beweis für diese Auffassung bietet **die Stellungnahme der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen der zivilisierten Staaten Europas und Amerikas zum Bolschewismus in Rußland.** Die Bolschewisten, d. h. die Träger des reinen Staatssozialismus, wie er durch Marx theoretisch skizziert worden war, sind bei der Verfolgung des Ziels der praktischen Anwendung dieser Idee mit einer psychologischen Folgerichtigkeit vorgegangen, wie sie eben nur auf dem Boden der durch die rücksichtsloseste Geltendmachung der Autoritätsidee geschaffenen Veranlagung der russischen Volkspsyche möglich war. Während die Träger und Anhänger des Sozialismus in den modernen Kulturstaaten mehr im Sinne der marxistischen Lehre auf friedlichem Wege den Sieg der sozialistischen Idee über den Kapitalismus und die damit zusammenhängende Staats- und Gesellschaftsordnung erstreben bzw. erwarten, und bis zu diesem Zeitpunkt, der für die meisten gerade der intelligentesten Führer doch in der Hauptsache nur ideelle Bedeutung hat, im Rahmen der bestehenden Verhältnisse die Intressen ihrer Berufs- und Gesellschaftsklasse politisch, wirtschaftlich und kulturell so gut wie möglich zur Geltung zu bringen suchen, haben die Bolschewisten auf der Grundlage der zweiten Revolution ihre Idee mit Gewalt durchgeführt, indem sie alle etwa als Hemmung für den Aufbau der neuen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Betracht kommenden moralischen und materiellen Machtfaktoren des alten Regimes beseitigt haben. **Die Bolschewisten sind sich selbstverständlich darüber klar, daß das von ihnen gegründete, auf der Anwendung schärfster Gewaltmethoden beruhende Staatswesen auf die Dauer nur bestehen kann, wenn auch andere Staaten die von ihnen durchgeführte Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung annehmen, und deshalb besteht ihre ganze Außenpolitik in dem Bestreben, einen gleichen Umsturz auch in anderen Staaten hervorzurufen.** Es zeugt von den hohen geistigen, politischen und psychologischen Fähigkeiten der erdrückenden Mehrheit der Führer der wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft Europas und Amerikas, daß sie die Methoden des Bolschewismus grundsätzlich ablehnen, weil sie wohl wissen, daß ihre Durchführung in einem modernen Staatswesen nicht nur an dem Widerstande der Mehrheit des Volkes scheitern würde, sondern daß sie auch alle kulturellen Errungenschaften eines solchen Staates vernichten würden.

Die falschen nationalen Erziehungsmethoden in Deutschland.

Daß die Idee des Bolschewismus, also der sog. Diktatur des Proletariats, in **Deutschland** einen verhältnismäßig größeren Anhängerkreis als in den Sieger- und neutralen Staaten gefunden hat, ist psychologisch durchaus begreiflich. Denn erstens haben die unteren Schichten unseres Volkes körperlich und damit seelisch unter der fluchwürdigen Hungerblockade unserer Feinde unsäglich gelitten, und sind dadurch solchen Ideen naturgemäß viel besser zugänglich, zweitens haben sich große Kreise

unserer oberen Schichten bedauerlicherweise — wenn auch gesellschaftspsychologisch verständlich — immer noch nicht einer neuzeitlichen Staatsauffassung anzupassen vermocht, aus der heraus der politische Kampf im nationalen Intresse weniger schroff geführt werden könnte, wodurch die Befürchtung der unteren Schichten, ein gewaltsamer Umsturz könnte sie wieder in völlige Abhängigkeit und Bevormundung bringen, dauernd wirksam ist und eine entsprechende scharfe Stellungnahme dieser Klassen und der aus ihnen rekrutierten Parteien begünstigt. Wir haben schon früher auf die Tatsache hingewiesen, daß in den parlamentarisch regierten Staaten vor dem Kriege die Sozialisten verhältnismäßig wenig Anhänger gehabt haben; in den angelsächsischen Staaten hatte der sog. internationale Sozialismus überhaupt fast gar keinen Boden zu fassen vermocht, in Frankreich und Italien waren die Auswirkungen der sozialistischen Idee einmal in ihren äußeren Formen und der Rhetorik durch das Temperament des Volkscharakters beeinflußt, was in Deutschland zu falschen Schlüssen Anlaß gegeben hat, zum andern aber hielten sie sich, abgesehen von propagandistischen Gesten, die bekanntlich auch die Führer der angelsächsischen Arbeiterbewegung sehr gut zu gebrauchen wissen, durchaus im Bereich der nationalen Vorstellungswelt. Weiterhin haben wir ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Sozialisten bei den letzten Friedenswahlen zum deutschen Reichstag fast ein Drittel der Sitze zu gewinnen vermochten, eine Erscheinung die fraglos in erster Linie auf die im Verhältnis zum geistigen Fortschritt der unteren Volksschichten immer schroffer in Erscheinung tretenden Auswirkungen unserer in Traditionen erstarrten Staats- und Gesellschaftsordnung zurückzuführen ist. Wer die Wahlversammlungen der sozialistischen Parteien damals besucht hat, weiß daß der Kampf hauptsächlich den Ausartungen des Klassenstaats gegolten hat. Eine **psychologische** Beurteilung der Wahlergebnisse zum deutschen Reichstag und zum preußischen Landtag dürfte übrigens indirekt unsere Auffassung bestätigen. Die Wahlen zur Nationalversammlung wollen wir außer acht lassen, weil hier wohl noch in hohem Grade die Stimmung unter dem Eindruck der schweren Depression des Krieges stand. Die Wahlen zum Reichstag im Juni vorigen Jahres dürften aber jedem, der nicht parteipolitisch, sondern national denkt, ein Bild von der tatsächlichen Stimmung im Volke geben. Die sozialistischen Parteien aller Schattierungen haben bei diesen Wahlen von 464 Sitzen 195, also **41 Prozent** gewonnen, davon die Mehrheitssozialisten 112, die Unabhängigen 81, die Kommunisten 2. Im Hinblick auf den ungeheuerlichen Betrug, den unsere Feinde am deutschen Volke durch die Nichtachtung der Wilsonschen Punkte und der Waffenstillstandsbedingungen begangen hatten, angesichts des starken wirtschaftlichen Drucks, der auf die besitzenden Klassen ausgeübt werden mußte, sowie der moralischen Gegenwirkungen der kommunistischen Umtriebe, und schließlich der systematisch schmachvollen Behandlung unseres Volkes durch die Entente, war in manchen Kreisen die Hoffnung geweckt worden, daß die Wahlen eine Niederlage der sozialistischen Parteien bringen würden. Tatsächlich war nur eine Verschiebung der Stärkeverhältnisse innerhalb dieser Parteien eingetreten, und zwar **nach links**. Die Unabhängigen hatten infolge der Teilnahme der Mehrheitssozialisten an der Regierung und der hieraus hervorgehenden Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die anderen Koalitionsparteien große

Volksmassen für sich zu gewinnen vermocht, weil sie die Mehrheitssozialisten des „Verrats" am Proletariat beschuldigen konnten. Die Wahlen zum preußischen Landtag in diesem Jahre zeigen ein ähnliches Bild. Die sozialistischen Parteien haben auch hier ihre Stärke beizubehalten vermocht, während aber in diesem Falle die Mehrheitssozialisten ungeschwächt aus dem Wahlkampfe hervorgegangen sind, zweifellos deshalb, weil die geschulten Wähler die Vorteile der Beteiligung ihrer Führer an der Regierung erkannt hatten, verloren die Unabhängigen ihre Stimmen an die Kommunisten, die die sehr zu beachtende Zahl von 30 Sitzen erobern konnten.

Wenn man die beiden Ergebnisse vom nationalpsychologischen Standpunkt aus zu bewerten versucht, wird man sich fragen, warum trotz der furchtbaren Ausbeutung, Peinigung und offensichtlichen Vernichtungssucht unserer Feinde ein sehr großer Teil unseres Volkes immer noch „sozialistisch", und teilweise radikal-sozialistisch gesinnt ist. Wer (wie der Verfasser seit beinahe zwei Jahrzehnten) **unvoreingenommen** die Entwicklung der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und gesamtkulturellen Verhältnisse in Deutschland beobachtet, und wer namentlich die Erscheinungen des Krieges und der Nachkriegszeit auf den vorgenannten Gebieten verfolgt hat, ist über diese Ergebnisse nicht verwundert. Die Aufrechterhaltung der veralteten Staats- und Gesellschaftsordnung mit ihren oft brüsken Ausdrucksformen — die sicherlich größtenteils nicht bösem Willen, sondern nur einer der modernen Lebensauffassung der Kulturvölker nicht Rechnung tragenden ungeschickten Erziehung zuzuschreiben sind — mußte, wie wir gesehen haben, im Verhältnis zu der gewaltigen geistigen Entwicklung des Volkes in den letzten Jahrzehnten die Idee des Sozialismus in der Volkspsyche geradezu züchten. Nachdem nun infolge unseres militärischen Zusammenbruchs die sozialistischen Arbeiterorganisationen in Verbindung mit den großen Massen des ausgehungerten, physisch und seelisch völlig erschöpften Heeres die Staatsgewalt an sich gerissen, und die Gestaltung der neuen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung soweit als möglich in ihrem Sinne zu beeinflussen versucht hatten, ist es begreiflich, daß die Volksschichten, die diese Neuordnung des Staatssystems unterstützt haben, nicht gewillt sind, die auf diese Weise erworbenen politischen, sozialen und im Zusammenhang damit gesellschaftlichen Errungenschaften kampflos wieder preiszugeben. **Je stärker nun seit der Revolution die Faktoren wieder sich geltend machen, die auf eine mehr oder weniger vollkommene Wiederherstellung des alten Regimes hinarbeiten, umso mehr wird innerhalb der unteren Bevölkerungsschichten die Strömung nach der extremen Linken einsetzen.** Die Strömung nach der radikalen Seite wird weiterhin an Stärke gewinnen, je schärfer die Ausdrucksformen des Kampfes von rechts her sind. Eine andere Folge dieser Entwicklung ist, wie wir gesehen haben und täglich beobachten können, die, daß die gemäßigten Sozialisten, um nicht den Kontakt mit den Volksmassen und damit ihr Vertrauen zu verlieren, ebenfalls eine radikalere Stellung einzunehmen gezwungen sind, als sie es im Intresse einer praktischen Mitwirkung an der Entwicklung des Staates vielleicht für gut halten. Wir behaupten also — und die Entwicklung der Parteiverhältnisse in den Weststaaten beweisen das ebenso augenscheinlich wie die entsprechende Entwicklung in Deutschland und seinen Bundesstaaten — daß die innerpolitischen Verhältnisse eines Staates sich umso radikaler gestalten, je schärfer

die Kampfes-Art der oberen Schichten des Volkes war oder ist. So verstehen wir die Radikalisierung der Staatsverhältnisse in Rußland, so verstehen wir auch das Ergebnis der Reichstagswahlen im vorigen Jahre, das den Unabhängigen so große Erfolge brachte, und namentlich das Anwachsen der kommunistischen Stimmen in Preußen, wo gewisse Kreise sich immer noch nicht eine moderne Auffassung des Staatsgedankens zu eigen zu machen vermocht haben. **Es kann im Intresse unserer nationalen Wiedergesundung nicht laut genug gesagt werden, daß es heute nicht mehr möglich ist, Innen- und Außenpolitik voneinander zu trennen,** denn eine erfolgreiche nationale Außenpolitik, das hat doch der seitherige Verlauf des Weltkrieges offensichtlich erwiesen, kann nur geführt werden, wenn die große Mehrheit des Volkes gefühlsmäßig oder bewußt die Haltung und Handlungen der Regierung unterstützt. Eine solche Unterstützung erfordert aber Vertrauen, und das wird ein geistig hochstehendes Volk nur den Männern schenken, die es in freier Wahl zur Leitung der Staatsgeschäfte berufen hat. Deshalb muß heute — wiederum im Intresse unserer nationalen Gesundung — von allen Klassen und Parteien gefordert werden, daß sie sich **rückhaltlos** auf den Boden der durch freiestes Wahlrecht geschaffenen Verfassung stellen, und auf dieser Grundlage ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Anschauungen zur Geltung zu bringen suchen, dann werden sich in den breitesten Schichten der nationale Gedanke und die Freude an den kulturellen Errungenschaften unseres Volkes, die uns kein noch so brutaler Feind wird rauben können, wieder einstellen, und die politischen Radikalisierungsbestrebungen werden ebenso wie in den großen Weststaaten bei den unteren Volksschichten keinen aufnahmefähigen Boden mehr finden.

Wenn man sich bei uns in allen Kreisen darüber klar wird, daß einerseits **unsere Feinde das größte Intresse an einer Zerklüftung unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens, und damit auch unserer Volkswirtschaft haben, andererseits die Radikalisierung unserer unteren Volksschichten von den derzeitigen Inhabern der Staatsgewalt in Rußland gewünscht wird,** so werden sich auch die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen in einer Weise gestalten lassen, die dem Gedanken der nationalen Zusammengehörigkeit Rechnung trägt.

Auch hinsichtlich der Erziehung zum nationalen Gedanken gilt das Wort: **Vom Feinde muß man lernen.** Wir haben gesehen, wie, abgesehen von unserer wissenschaftlich-methodologischen Erziehungsweise, unsere Jahrhunderte dauernde nationale Zersplitterung den **völkisch-politischen** Tendenzen des Papsttums in einer unsere nationale Geschlossenheit gefährdenden Weise Eingang verschafft hat, — ohne daß die meisten Anhänger des Katholizismus sich dieser Gefahr überhaupt bewußt geworden sind —, wir haben gesehen, daß in den großen Demokratieen des Westens die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft infolge der Gewährung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und einer daraus hervorgehenden mehr ausgleichenden politischen und gesellschaftlichen Erziehung weit mehr in der nationalen Vorstellungswelt erhalten worden ist, als unsere mindestens ebenso intelligente Arbeiterschaft, die man durch die Ausdrucksformen unserer starren Staats- und Gesellschaftsordnung — wenn auch vielfach unbewußt verletzte, **wir müssen auch auf andern Gebieten umlernen.** Anläßlich der Behandlung der Frage der „Goldenen Internationale" haben

wir die Judenfrage in der Hauptsache nur vom historischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet. Das Hauptmoment der heutigen Betrachtungsweise liegt aber auf rassenpolitischem, oder richtiger gesagt rassenpsychologischem bzw. -biologischem Gebiete. Die Antisemiten, deren Tätigkeit seit Kriegsende in geradezu erschreckender Weise zugenommen hat, stehen auf dem Standpunkt, daß der „jüdische Geist" unser ganzes Volksleben zu verweichlichen drohe, indem das Judentum namentlich durch seine Presse, dann aber auch durch die Beeinflussung der Parteien, d. h. der Demokratie und der Sozialdemokratie, (ein deutschnationaler Parteiführer hat kürzlich behauptet, auch in der Deutschen Volkspartei seien die Juden stark vertreten), weiterhin durch seinen starken Einfluß in der Finanz- und dadurch in der Volkswirtschaft überhaupt den **Internationalismus** bzw. **Pazifismus** zum Schaden des nationalen Gedankens und damit unserer völkischen Existenz begünstige. Wir glauben durch unsere seitherigen Ausführungen das Schlagwort von der angeblich unter der Herrschaft der Juden stehenden „Goldenen Internationale" entkräftigt zu haben, und werden unsere Auffassung durch die nachfolgenden Überlegungen darüber noch weiter zu begründen suchen. Wenn die Juden in Deutschland, soweit sie nicht durch Heirat mit Deutschen schon lange nationalisiert sind — länger als manche Halbdeutsche, die als große Patrioten gelten — sich zu denjenigen Organisationen und Parteien hingezogen fühlen, die der Ideologie des Internationalismus und damit Pazifismus zugänglich sind, so kann man das ihnen — wir müssen es ehrlich gestehen — nicht verdenken. Wie wir den größten Teil unserer Arbeiterschaft durch die Ausdrucksformen unserer veralteten Staats- und Gesellschaftsordnung der internationalen Vorstellungswelt geradezu zugetrieben haben, so haben dieselben Einrichtungen und Äußerungen dieser Staats- und Gesellschaftsordnung die **Nationalisierung der Juden**, von denen ein großer Teil schon Jahrzehnte, ja Jahrhunderte lang in Deutschland lebt, also unsere Sprache und unsere Kultur vollständig in sich aufgenommen hat, **direkt verhindert**. Gewiß, wir sind der Ansicht, daß der nationale Selbsterhaltungstrieb unseres übervölkerten Staates es erfordert, daß wir dem Eindringen fremdvölkischer Elemente von Osten her unbedingt Einhalt tun, — und wir hätten diesen Gedanken bezüglich der Einwanderung polnischer Land- und Industriearbeiter auch schon vor dem Kriege zur Geltung bringen sollen, dann brauchten wir vielleicht heute nicht um Oberschlesien kämpfen — aber die Behandlung, wie wir sie gesellschaftlich den **deutschen** Juden vor dem Kriege und heute in noch brüskerer Form angedeihen ließen bzw. lassen, war und ist wirklich nicht dazu angetan, deren Zuneigung für unser Land zu wecken bzw. zu festigen. Die Juden wurden von den oberen Schichten unseres Volkes bis auf den heutigen Tag gesellschaftlich geradezu verfemt, das Volk wurde systematisch zur Antipathie gegen das Judentum erzogen, und jetzt wendet man sogar die plumpen Methoden des russischen Zarismus an, indem man die Schuld an unserem ganzen Elend dem Judentum zuschreibt. Und angesichts dieser Tatsachen wundert man sich, wenn die Juden sich den Organisationen und Parteien anschließen, die sie menschlich und gesellschaftlich nicht verachten, und die eine modernere Staats- und Gesellschaftsordnung erstrebt haben bzw. stützen. In Rußland und anderen auf niedriger Kulturstufe stehenden Ländern wurde ehemals, wenn die Fürsten, der Adel und das Beamtentum das Land ins Elend

gewirtschaftet hatten, der darob im Volke nach Ausdruck strebende Unmut auf die Juden abgeleitet, indem man systematisch Judenhetzen inszenierte. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß gegenwärtig dieselben Methoden — wenn auch in zivilisierterer Form — bei uns anzuwenden versucht werden. Die Organisationen, die sich die Bekämpfung des Judentums, oder wie man die Sache zu umschreiben pflegt, des immer größer werdenden Einflusses der Juden auf die Gestaltung unseres nationalen Lebens zur Aufgabe machen, würden sich um die Belebung des völkischen Gedankens weit größere Verdienste erwerben, wenn sie die hohen nationalen und kulturellen Ideale, die das Wesen des Germanentums von jeher ausgezeichnet, und dadurch die germanische Rasse kulturell über die Angelsachsen mit ihren rein materialistischen Zielen gestellt haben, in alle Kreise unseres Volkes tragen, und dadurch national-ethisch aufbauend wirken würden, anstatt durch antisemitische Propaganda unser völkisches und gesellschaftliches Leben noch mehr zu zersetzen als das schon geschehen ist. Sowohl der Einzelmensch wie die gesellschaftliche oder völkische Gruppe, die die Sprache und Kultur eines Landes, in dem sie nicht direkt und dauernd als lästiger Fremdkörper behandelt werden, in sich aufgenommen haben, werden dieses Land als Heimat betrachten, wenn es ihnen Schutz ihres Lebens und Besitztums, sowie persönliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung gewährleistet. Diese psychologische Erfahrungstatsache haben sich die demokratischen Staaten des Westens schon lange zum Vorteil der Sicherung des nationalen Gedankens in der Volkspsyche zu eigen gemacht, und deshalb hat in jenen Staaten weder die konfessionelle, noch die sozialistische noch die Judenfrage zu einer „nationalen Gefahr" auszuarten vermocht. **Die Einwirkung der Erziehungsfaktoren unserer starren Staats- und Gesellschaftsordnung hat,** wie wir gesehen haben, **unser gesamtes politisches und gesellschaftliches Leben in der Richtung der Geltendmachung ebenso starrer Ausdrucksformen beeinflußt, sodaß uns die Beweglichkeit und** — wir möchten fast sagen — **Gefälligkeit in der Behandlung aller in dieses Gebiet fallenden Fragen fehlt.** Durch diese Erziehungseinwirkung im Zusammenhang mit unserer wissenschaftlich-methodologischen Veranlagung wird **bei uns jede Frage politischer, sozialer, gesellschaftlicher oder ethisch-kultureller Art auf eine prinzipielle Auseinandersetzung hin zugespitzt,** woraus naturgemäß sich eine Verschärfung der Gegensätze auf diesen Gebieten ergibt. Das muß in Zukunft anders werden, wenn wir unsere völkische Stoßkraft nach außen hin wieder gewinnen wollen. **Die Auseinandersetzungen auf allen diesen Gebieten müssen ihre Grenze da haben, wo das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit dauernd verletzt werden könnte.** Und in dieser Richtung müssen unsere oberen Schichten mit gutem Beispiel voran gehen, denn sie haben doch die größere Gelegenheit, sich für die Fragen geistig vorzubereiten, deren Kenntnis die nationale Erziehung erfordert. **Die nationale Erziehung verlangt aber ebenso wie die beim Einzelmenschen Anpassung an die geistigen Fortschritte des zu Erziehenden und die entsprechend geartete Lebensauffassung.** Weil die Führer der Demokratieen des Westens infolge des engeren Kontakts mit dem Volke sich diesem elementaren psychologischen Erziehungsgrundsatz angepaßt haben, haben sie nicht nur ihre eigenen Völker in höchster nationaler Aktivität zu erhalten, sondern auch die Sympathien anderer Völker zu ge-

winnen vermocht, weil sie diesen Völkern die Vorstellung zu suggerieren, auf deutsch vorzutäuschen verstanden haben, als ob sie die im eigenen Lande geltenden Grundsätze auch anderen Völkern gegenüber anwenden würden.

So gibt es in den demokratischen Staaten des Westens **offiziell** keine antisemitische Bewegung, obwohl dort selbstverständlich auch inoffiziell derartige Stimmungen und Strömungen oft aus sehr durchsichtigen Gründen heraus vorhanden sind. Gerade durch eine geschickte Behandlung der Judenfrage haben sich die Engländer die Sympathieen der Juden aller Länder erworben, genau so wie die liberal gesinnten Kreise aller Völker von jeher mit Bewunderung den englischen Parlamentarismus und die fraglos daraus hervorgehende glänzende politische, gesellschaftliche und damit auch nationale Schulung dieses Volkes betrachtet haben. Daher leitet sich wohl auch die Sympathie der in der Hauptsache von jüdischen Kapitalisten finanzierten großen demokratischen Zeitungen in Deutschland für das englische Volk und damit für die englische Politik her, und andererseits die oppositionelle Stellungnahme dieser Zeitungen gegen unsere ehemalige Staats- und Gesellschaftsordnung und ihre Ausdrucksformen, die bekanntlich einen ausgesprochen antisemitischen Charakter trugen. In welch hervorragender Weise die Angelsachsen das jüdische Problem für ihre Zwecke auszunützen verstehen, zeigen zwei eklatante Fälle der letzten Jahre. Einmal die Gewährung der Ansiedlungsfreiheit für die Juden in dem den Türken geraubten **Palästina**, wodurch man einerseits auf billige Weise dieses Land dem englischen Einfluß zu unterwerfen versucht, andererseits wieder einmal mit einer ebenso billigen Gebärde moralische Eroberungen zu machen verstanden hat. Sodann ist es in dem unpolitisch erzogenen und entsprechend denkenden Deutschland gar nicht beachtet worden, daß die Angelsachsen mit der recht auffällig propagierten Ehrung des Professors Einstein in erster Linie **politische** Zwecke verfolgt haben. Bekanntlich hat die seit der Revolution systematisch gesteigerte Judenhetze in Deutschland zu **unwürdigen** Anfeindungen deutsch-jüdischer Professoren geführt, darunter auch gegen Einstein. Die Angelsachsen haben diese vom gesellschaftlichen wie kulturellen, und wie der Fall Einstein zeigt, ganz besonders auch nationalen Gesichtspunkt aus zu verurteilenden Ausartungen für sich verwertet, wie **unsere Feinde überhaupt jede Gelegenheit wahrgenommen haben und wahrnehmen, die bei uns in Erscheinung tretenden politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gegensätze zu ihrem Nutzen auszubeuten, und zu diesem Zwecke womöglich noch zu verschärfen.**

Wie die Demokratieen des Westens durch die Wirksamkeit ihrer beweglicheren Staats- und Gesellschaftsordnung die internationalen Ideen des Sozialismus und des Papsttums zu nationalisieren verstanden haben, wie sie der Judenfrage ihren für die nationale Entwicklung gefährlichen Charakter zu nehmen, ja sie in einem ihren nationalen Zielen günstigen Sinne zu gestalten vermocht haben, so haben sie auch die Idee **des Pazifismus** für ihre Zwecke in geradezu glänzender Weise auszunützen verstanden. **Die psychologische Entwicklungslinie inbezug auf die Fortbildung der kulturellen Vorstellungswelt bei den sog. zivilisierten Völkern nahm von der Grundlage der christlich-sozial-ethischen Anschauung aus** folgenden Verlauf: Zuerst machte sich bei den geistig fortgeschrittenen Völkern die große Bewegung gegen die Materialisierung und die damit zusammenhängende Entartung der Kirche und ihrer Organe

geltend, die zur **Reformation** führte. Die durch die Reformation erlangte größere Geistesfreiheit führte zur **Entwicklung des demokratischen Gedankens** von der Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger, aus dem heraus die französische Revolution und die Revolutionsbewegung von 1848 entstanden sind. Die industrielle Entwicklung der großen Kulturstaaten brachte sodann **das soziale bzw. sozialistische Problem** und mit ihm, sowie im Zusammenhang mit dem stetigen Fortschreiten der Naturwissenschaften sowie des geistigen und kulturellen Lebens überhaupt den Gedanken des **Pazifismus**, d. h. der friedlichen Entwicklung aller Völker. Vom religiösen und philosophischen Gesichtspunkt aus betrachtet ist dieser Gedanke natürlich nicht neu, und er ist auch in Staatsphilosophieen und -romanen zu allen Zeiten behandelt worden. **Neu** war wie hinsichtlich der Idee des Sozialismus **nur der organisatorische Charakter der Bewegung.** Eigentlich hätte man annehmen sollen, daß die Träger der christlichen Weltanschauung den Gedanken der friedlichen Entwicklung der Völker in ihr Programm aufnehmen würden. Die Entwicklung der christlichen Lehre zur Staatsreligion hat ihr aber den internationalen pazifistischen Charakter, den sie ursprünglich trug, genommen, wodurch sie heute, abgesehen von der religiösen Vorstellungswelt, grundsätzlich nur noch als sittlich-ethischer Erziehungsfaktor auf nationaler Grundlage anzusprechen ist. Nur ein paar christliche Sekten haben die pazifistische Anschauung in ihrer Lehre durchgeführt, und haben diese Auffassung auch im Weltkriege durch offenes Bekenntnis und entsprechende Haltung zum Ausdruck gebracht. Die internationale pazifistische Grundanschauung des Sozialismus, die sich durch Geltendmachung der Solidarität der Arbeiterschaft der vom Kriege bedrohten Völker als Abwehrmittel hätte erweisen sollen, hat die auf sie gesetzten Hoffnungen bis heute nicht erfüllt, und wird sie auch nicht erfüllen können, solange in den betreffenden Staaten die Sozialisten nicht die Staatsgewalt beherrschen, und, was noch wesentlicher ist, auch den **ehrlichen Willen** zur Verhütung eines Krieges haben. Daß wir aber soweit noch lange nicht sind, dürfte wohl der Weltkrieg in einer selbst die unentwegteste Ideologie erschütternden Klarheit dargetan haben. Auch die auf rein ideeller Grundlage aufgebauten **Friedensbewegungen** in den sog. zivilisierten Staaten, an denen namentlich die Intelligenz führend beteiligt ist, und die zu gegenseitigen ethischen Aussprachen und Anfreundungen geführt haben, haben bis jetzt irgend welche praktischen Erfolge in der Richtung einer wirklichen Verständigung der Völker untereinander nicht zu zeitigen vermocht.

Die Kriegsschuldfrage.

Dagegen haben wir nach Beendigung der militärischen Operationen dieses Krieges — der politische und wirtschaftliche Krieg gegen Deutschland und andere Staaten geht ja weiter — die Beobachtung zu machen Gelegenheit gehabt, daß wie das Papsttum politisch in der Richtung der romanischen Vorherrschaft in Europa orientiert ist, **die sog. „internationalen" Sozialisten- und Friedenskongresse der letzten Jahre vollständig unter dem Einfluß der Ententesozialisten bzw. -Pazifisten gestanden sind, und in diesem Sinne eine ausgesprochen deutschfeindliche Propaganda entfaltet haben.** Bekanntlich stand auf den Kongressen die **Kriegsschuldfrage** als Hauptpunkt zur Erörterung. Die Ententesozialisten wie -pazifisten, von denen frag-

los die meisten sich völlig klar darüber waren, daß **Deutschland**, dem vom moralischen wie völkerrechtlichen Standpunkt aus bezüglich seiner Haltung bei Kriegsausbruch **das Recht der Notwehr** zugesprochen werden muß, **objektiv** betrachtet der geringste Teil der Schuld trifft, machten sich restlos die Beschuldigungen der Ententestaatsmänner zu eigen, und verlangten von den deutschen Sozialisten bzw. Pazifisten, daß sie ein entsprechendes Schuldgeständnis ablegten. Daß ein solches Geständnis hinsichtlich der Verantwortung für den Kriegsausbruch von Seiten deutscher Sozialisten und Pazifisten gemacht worden ist, wenn auch mit der Abschwächung, daß an den Kriegsursachen alle Völker beteiligt gewesen seien, ist **tief bedauerlich**. Die beiden Kongresse waren nämlich offensichtlich zu dem Zwecke arrangiert worden, gewissermaßen vor einem „internationalen", also angeblich neutralen und daher objektiven „Gerichtshof" die Kriegsschuld Deutschland zuzuschreiben, um alle die nachfolgenden Verbrechen an der Zivilisation der Welt, und vor allem am deutschen Volke selbst zu rechtfertigen, und gleichzeitig die seit Jahren offiziell und inoffiziell von den Ententestaaten zur Verschleierung ihrer Weltherrschaftspolitik eingeleitete und hervorragend organisierte „Friedens- und Abrüstungs"-Bewegung weiter fortzuführen. Bekanntlich stützten sich die Entente und die von ihr beeinflußten Organisationen bezüglich der Kriegsschuldfrage auf die Tatsache, daß die Kriegserklärung sowohl an Rußland wie an Frankreich von deutscher Seite erfolgt sei, daß also Deutschland für den Ausbruch des Krieges verantwortlich sei. Diese rein **formaljuristische** Betrachtungsweise ist natürlich weder vom rechtlichen noch vom moralethischen Gesichtspunkte aus betrachtet haltbar, denn die **Umstände**, unter denen die Kriegserklärung und damit der **offizielle** Beginn der militärischen Operationen erfolgte, **gewähren der deutschen Regierung den absoluten Anspruch auf Geltendmachung des Rechts der Notwehr.** Nicht nur — wie wir später sehen werden — die politische Entwicklung des letzten Jahrzehnts, namentlich aber der letzten Jahre zeigte klar und deutlich die Angriffsabsichten der Ententestaaten gegenüber den Mittelmächten, auch die militärischen Vorbereitungen wiesen offen daraufhin. Wir erinnern nur an die Konzentrierung der englischen Hochseeflotte in der Nordsee im Frühjahr 1914, an die schon seit März festgestellte Mobilisierung und Westwärtsbewegung der russischen Truppen aus den östlichen Provinzen, und nicht zu vergessen, an die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich, die wie der alte Briand damals selbst sagte „den Krieg bedeutete". Weiterhin ist zu beachten, daß während die Mittelmächte irgendwelche **positiven** Kriegsziele nicht hatten, sämtliche drei Ententestaaten schon jahrelang durch ihre Presse die von ihnen verfolgten Pläne, deren Durchführung nur durch einen Krieg zu erreichen war, mehr oder weniger offen kundgegeben hatten. Wir wollen hier von den belgischen Akten, von dem Ergebnis des Suchimlinowprozesses und den Beweisen der russischen Geheimakten, die alle auf Grund von Aussagen sowie der späteren politischen und militärischen Aktionen der damals leitenden Staatsmänner der Entente in unzweifelhafter Weise den Kriegswillen dieser Mächte kundgeben, ganz absehen, wir wollen hier lediglich die Entwicklung betrachten, die den **äußeren** Anlaß zum Kriege gegeben hat. Die durch Rußland und Frankreich gestützte systematische Hetze der Serben in den südwestlichen Provinzen Östreich-Ungarns hatte zum Mord von Serajewo geführt, der

den Anlaß zu dem Ultimatum an Serbien bot. Die Berliner und die Wiener Regierung vertraten den nicht angreifbaren Standpunkt, daß die daraus zwischen Österreich-Ungarn und Serbien hervorgehenden Auseinandersetzungen andere Mächte nicht berühren könnten, daß also die Angelegenheit zwischen den beiden Staaten allein zu regeln sei. Das diplomatische Eingreifen Rußlands komplizierte den Fall. Die Wiener Regierung glaubte, trotzdem sie eigentlich **nicht** dazu verpflichtet war, der russischen Anschauung dadurch Rechnung tragen zu sollen, daß sie die Erklärung abgab, sie beabsichtige bei einer etwaigen militärischen Auseinandersetzung keine Gebietsvergrößerung, sondern erstrebe lediglich die Aufgabe der österreichfeindlichen Politik seitens Serbiens. Mit dieser Erklärung war Rußland, weil es eben unbedingt zum Kriege drängte, nicht zufrieden. Um die rechtlich völlig haltlose Stellungnahme Rußlands sowie seiner selbstverständlich hinter ihm stehenden Verbündeten zu dieser Frage ins rechte Licht zu stellen, möchten wir ein paar Beispiele anführen, wie die Ententestaaten in ähnlichen Fällen vorgegangen sind. **England** erklärte den **Burenrepubliken** den Krieg, weil sie einen von England provozierten Einfall in ihr Land zurückgewiesen hatten. Man wird sich aber noch der Entrüstung entsinnen können, die die englische Presse lediglich über die **moralische** Unterstützung der Buren seitens der öffentlichen Meinung in Europa an den Tag gelegt hat. Damals ist, wie bekannt, von russischer Seite ein allerdings sehr vorsichtiger Fühler nach Berlin ausgestreckt worden in der Richtung eines Zusammengehens Rußlands, Deutschlands und Frankreichs zwecks Intervention zu Gunsten der Buren. Während aber die öffentliche Meinung Frankreichs, die damals zweifellos als Ausdruck der Volksstimmung eine ausgesprochene Englandhetze betrieb, einem solchen Schritt wohl nicht unsympathisch gegenüber gestanden wäre, war die offizielle französische Politik unentwegt auf die Wiedereroberung des Elsaß gerichtet. Man steckte daher die Niederlage, die Frankreich kurz vorher in Ägypten gegenüber England erlitten hatte, ruhig ein, und der damalige Außenminister **Delcassé** war redlich bestrebt, die Verstimmung Englands bezüglich der deutschen Burensympathien auszunützen. Bemerkenswert ist auch die Erklärung des damaligen Kammerpräsidenten und späteren Nachfolgers Poincaré's auf dem Präsidentenstuhl, **Deschanel**, in der Kammer, das französische Volk solle sich nicht durch Gefühle von den großen Fragen seiner Außenpolitik abbringen lassen. Wir sehen hier also, daß, abgesehen von der konsequent seit 1870 durchgeführten deutsch-feindlichen Politik Frankreichs sich anläßlich des Burenkriegs hätte ein europäischer, vielleicht auch ein Weltkrieg entwickeln können, denn es ist anzunehmen, daß England sich damals schon in Voraussicht der feindseligen Stimmung Europas anderweitig gesichert hatte. Auch der **amerikanisch-spanische Krieg** bietet dieselbe Vergleichsmöglichkeit. Um einerseits die großen Antillen zwecks Beherrschung der Verbindung zwischen Nord- und Südamerika in ihren Besitz zu bekommen, andererseits die Philippinen als marinestrategischen Stützpunkt in Asien zu gewinnen, ließ man in Manila ein amerikanisches Kriegsschiff in Brand stecken, behauptete dann, es sei von spanischer Seite geschehen, und erklärte darauf den Spaniern den Krieg. Nehmen wir an, die europäischen Staaten hätten sich mit Spanien solidarisch erklärt, so hätte aus dieser Stellungnahme ebenfalls ein Weltkonflikt entstehen können, der vielleicht damals schon das geheime Zusam-

menarbeiten zwischen England und Amerika aufgedeckt hätte. Wir sehen beim Vergleich dieser beiden Fälle mit dem östreichisch-serbischen Konflikt, daß die von den Mittelmächten angestrebte Lokalisierung der Auseinandersetzungen möglich gewesen wäre, wenn nicht die hinter Serbien stehenden Ententemächte den Krieg direkt gewünscht hätten. Diese Kriegsabsicht tritt noch umso schärfer in Erscheinung, als Östreich, wie schon gesagt, die Erklärung abgegeben hatte, daß es keine Gebietserweiterung anstrebe, während in den beiden vorgenannten Fällen ausgesprochene Eroberungspolitik vorlag. Der serbisch-östreichische Konflikt wurde also, wie später noch näher zu beweisen sein wird, lediglich zum äußeren Anlaß für die Kriegspolitik der Entente benützt, und wir haben eine Reihe von Gründen und Beweisen dafür, daß er direkt von Seiten der Ententemächte provoziert worden ist, zwecks Schaffung einer möglichst günstigen moralischen und politischen Grundlage zur Durchführung ihrer Pläne. Der Wiener und Berliner Regierung waren diese Pläne und Machenschaften natürlich bekannt, und namentlich bezüglich der Stellungnahme Frankreichs gegenüber dem drohenden russisch-deutschen Konflikt hatte sich die deutsche Regierung vorher vergewissert, denn sie erhielt auf eine Anfrage die deutliche Antwort, Frankreich werde tun, was seine „Intressen" erfordern. Die russische Generalmobilmachung machte auch den englischen Konferenzvorschlag, der übrigens im Hinblick auf die ausgesprochene feindselige Politik Englands gegenüber Deutschland im letzten Jahrzehnt lediglich als Verzögerungsmanöver zwecks Begünstigung des russischen Aufmarsches und gleichzeitig als moralische Geste zu bewerten sein dürfte, zunichte. Daß die deutsche Regierung daraufhin die diplomatische Ungeschicklichkeit der formalen Kriegserklärung an Rußland und späterhin an Frankreich beging, von welch letzterem man bestimmt wußte, daß es dem russischen Verbündeten Kriegsfolge leisten würde, und damit das Odium der Verantwortung für den Kriegsausbruch auf Deutschland lud, gehört mit zu der großen Reihe von schweren Fehlern, die unserer nachbismarckschen Außenpolitik nachzusagen sind. Es darf übrigens als unangreifbare Tatsache bezeichnet werden, die sowohl durch Aussagen russischer wie französischer Staatsmänner und die gegenseitigen Besuche kurz vor dem Kriege dokumentiert wird, daß die beiden Festlandmächte es auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Deutschland nicht hätten ankommen lassen, wenn sie nicht der unbedingten aktiven Unterstützung Englands sicher gewesen wären.

Wir werden später unsere Auffassung über die Kriegsschuld noch näher zu begründen haben, durch die vorhergehenden Betrachtungen wollten wir nur einmal die Beschuldigungen der Ententesozialisten und -pazifisten widerlegen, zum andern aber zeigen, daß **bis auf den heutigen Tag die Beziehungen der zivilisierten Staaten zu einander weder von rechtlichen noch von moralischen Gesichtspunkten aus behandelt wurden, sondern lediglich vom Standpunkt ihrer Intressen und der gegebenen Machtverhältnisse, daß also der ganze moralische Feldzug gegen Deutschland, der schon vor dem Kriege, namentlich aber während desselben und heute noch von den Ententestaaten inoffiziell und offiziell durchgeführt wurde bzw. wird, nichts anderes bedeutet als eine großangelegte psychologische Kriegführung zum Zwecke der Verschleierung der imperialistischen Ziele dieser Staaten und der Vernichtung des politischen und moralischen Ansehens des deutschen Volkes.** Ein typisches Beispiel

dafür, daß weder rechtliche noch moralische Momente, sondern lediglich reine Interessengesichtspunkte eines Staates für die Gestaltung seiner Beziehungen zu andern Staaten ausschlaggebend sind, bietet die Botschaft des neuen amerikanischen Präsidenten **Harding**, die besagt, daß Amerika seine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa habe, und daß es **jeden gegen irgend welche Macht oder Gruppe von Mächten gerichteten Angriff als gegen seine Sicherheit gerichtet behandeln würde.** Wir sehen hier also, die Vereinigten Staaten von Amerika, die bisher den Grundsatz der Monroedoktrin geltend gemacht haben, daß keinem Staate das Recht eingeräumt werden dürfe, sich in die Verhältnisse auf dem amerikanischen Kontinent einzumischen, nicht nur der Entente durch ihr **unbegründetes** Eingreifen in den europäischen Krieg zum Siege verholfen haben, sondern jetzt sogar das brutale **Recht der Macht in Anspruch** nehmen, **jedes ihnen nicht genehme Bündnis oder jeden ihnen nicht genehmen Krieg zwischen andern Mächten oder Mächtegruppen als gegen ihre „Sicherheit" gerichtet zu betrachten, d. h. zu verbieten.** Welche politischen Konsequenzen diese Erklärung hat, darüber wird später noch zu sprechen sein, wir möchten hier nur feststellen, daß die Regierung des Volkes, auf dessen moralische Qualitäten man in Europa, und nicht zuletzt in Deutschland so große Hoffnungen gesetzt hat, daß es die Führerrolle zur Schaffung eines die Rechte und Freiheit aller Völker achtenden und schätzenden Völkerbundes übernehmen könnte, nicht nur dazu beigetragen hat, daß fast $^2/_3$ aller Völker der Welt durch eine brutale Mächtegruppe unterdrückt werden können, sondern daß sie sogar **den anmaßenden Anspruch erhebt, die Beziehungen aller Völker der Welt zu kontrollieren.**

Das Geständnis einiger deutschen Sozialisten und Pazifisten hinsichtlich der Kriegsschuldfrage darf aber nicht nur vom nationalen Gesichtspunkt aus betrachtet werden, — von dem aus es **absolut** und ohne Einschränkung strengstens zu verurteilen ist, — sondern auch von der psychologischen Seite. Es ist eine alte **psychologische Erfahrungstatsache, daß die Fehler und Schwächen der Veranlagung und Erziehung des Einzelmenschen wie der Familie oder irgend einer Gemeinschaft, also auch eines Volkes, umso offener in Erscheinung treten, je stärker ein physischer, geistiger und seelischer Druck sich von innen oder außen her geltend macht.** Die hierauf bezüglichen mildernden Umstände wird man in hohem Grade der Mehrzahl derjenigen Angehörigen unseres Volkes zugestehen müssen, die entweder der deutschen Regierung die Hauptschuld am Ausbruche des Krieges zugeschrieben haben oder aber doch schwankend sind bezüglich der Verteilung der Schuld. **Die Hauptursache dafür, daß das gesamte deutsche Volk nicht sofort über die Verantwortung am Kriegsausbruch Klarheit besaß, liegt an unserem unpolitischen Erziehungssystem.** Während in den Ententestaaten schon jahrelang vorher das Volk auf den Krieg gegen Deutschland psychologisch vorbereitet worden war, und durch den engeren Kontakt zwischen Regierung, Parlament und Presse auch stets auf dem Laufenden gehalten wurde über die Entwicklung der auswärtigen Ereignisse und Beziehungen, waren sowohl Parlament wie Presse in Deutschland in der Hauptsache auf die aus mehr oder weniger zuverlässigen Quellen stammenden Mitteilungen aus dem Auslande angewiesen, sodann auf den kärglichen Nachrichtendienst des offiziösen Wolffbüreaus, das aber wiederum in erster Linie von Reuter und Havas abhängig war,

und daher oft geradezu zum unfreiwilligen Vermittler tendenziöser oder absichtlich irreführender Nachrichten der Ententestaaten wurde, wie das ja heute noch vielfach in gefährlicher Weise der Fall ist. Die Regierung und sämtliche Behörden erblickten aber in möglichster Zugeknöpftheit und Stillschweigen die höchste Kunst ihres Amtes — und wie sich später zeigte, waren sie über die Vorgänge in der Welt ja auch nicht unterrichtet, oder doch nicht so, wie es die Regierung eines großen Volkes sein muß — und so wurde weder im Parlament noch in der Presse mit wenig Ausnahmen die furchtbare Gefahr erkannt, die seit Jahren das Reich bedrohte. Die Regierung wie die obersten militärischen Stellen, die übrigens in nur ganz loser Verbindung miteinander standen, wenn sie sich nicht direkt entgegenarbeiteten, vertraten den Standpunkt, daß es nur auf das glatte Funktionieren des militärischen Apparats ankomme, eine Anschauung, die in unserer vorherrschend autoritativen militärischen Erziehungsweise begründet war, und die eben im Verhältnis zur Dauer des Krieges und zur zunehmenden Macht der Feinde schließlich Fiasko machen mußte, denn naturgemäß kamen all die Schwächen und Fehler unseres veralteten Staats- und Gesellschaftssystems erst mit der zunehmenden körperlichen, geistigen und seelischen Erschöpfung der großen Masse des Volkes zum Ausdruck und zur Geltung. In den ersten Kriegsjahren, in denen das Volk noch seine körperliche Frische, und damit seine geistige und seelische Spannkraft besaß, zeigten sich nirgends Äußerungen nationaler Schwächen, obwohl das Volk angesichts der dauernd zunehmenden Zahl unserer Feinde doch wahrlich Grund zur Beschwerde über die unfähige Leitung unserer Außenpolitik gehabt hätte. Und in jedem andern modernen Staatswesen wären in diesem Falle schwere Angriffe gegen die Regierung gerichtet worden. Wir erinnern nur an die Worte eines englischen Unterhausmitglieds, der anläßlich der Kriegserklärung zum Außenminister sagte: „Wissen Sie, Mister Grey, daß Sie **gehängt** werden, wenn England diesen Krieg verliert?!" Und wir glauben weiterhin — ohne begründeten Widerspruch erwarten zu müssen — behaupten zu können, **daß kein Volk der Welt unter einem solchen Druck solange ausgehalten hätte wie das deutsche.** Erst als die Nahrungsnot von Monat zu Monat stieg, als ein Feind nach dem andern sich einstellte, als Amerika schließlich noch offen in den Krieg eingriff, da begann mit der zunehmenden physischen und geistigen Erschöpfung auch die **seelische Zermürbung**, die durch die verschiedensten Einwirkungen begünstigt wurde.

Eine Vorstellung davon, wie ernst die Oberste Heeresleitung unsere militärische Lage schon **Ende 1916** ansah, zeigt ein Bericht, in dem sie die Ansicht vertritt, daß im Hinblick auf die gegenseitigen Machtverhältnisse an einen militärischen Sieg nicht zu denken sei, wenn nicht der **unbeschränkte U-Bootkrieg** erklärt werde. Ob die Oberste Heeresleitung im Benehmen mit der Marineleitung sich von der Durchführung des unbeschränkten U-Bootkrieges nur eine moralische Unterstützung oder eine tatsächliche Entlastung unserer Landkriegsführung versprach, können wir nicht beurteilen, wir sind aber auf Grund einer Reihe von marinetechnischen und -strategischen Urteilen, sowie ganz besonders vom gesamtpolitischen Standpunkt aus der Ansicht, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg, selbst wenn er, wie geplant, schon 1915 durchgeführt worden wäre, uns militärisch nicht ausschlaggebend entlastet, politisch

aber noch mehr als wir schon damals ertragen konnten, belastet hätte. Wenn wir im Jahre 1915 vielleicht 100 und mehr wirklich seetüchtige U-Boote gehabt hätten anstatt dem starken Dutzend noch wenig erprobter Schiffe, dann wäre dieser Gedanke eher erwägenswert gewesen. Aber bekanntlich war unsere Marineleitung in erster Linie auf den Ausbau der Hochseeflotte und zwar der größten Schiffsklasse bedacht, eine Auffassung, die nur dann von Wert gewesen wäre, wenn wir Aussicht gehabt hätten, der englischen Flotte Seestreitkräfte in einigermaßen erträglichem Verhältnis entgegenzustellen, oder aber, wenn unsere politische Leitung ein Bündnis mit einer Macht oder Mächtegruppe geschlossen hätte, das uns die Möglichkeit gegeben hätte, den schon seit mehr als einem Jahrzehnt von England geschürten Konflikt zur See auszutragen. Wie aber aus den „Erinnerungen" von Tirpitz und den späteren Erklärungen deutscher Staatsmänner und Diplomaten hervorgeht, herrschte **gerade da, wo wir eine straffe Zentralleitung am nötigsten gebraucht hätten, nämlich in den Beziehungen des Auswärtigen Amtes zum Generalstab und zur Marineleitung eine** (dem Laien) **unerklärliche Desorganisation,** die anscheinend auf mancherlei Meinungsverschiedenheiten bei der Vertretung der Ressorts, in der Hauptsache aber wohl auch darauf zurückzuführen waren, daß die Militärs die politische Leitung, die eben immer wieder auf die Volksvertretung Rücksicht zu nehmen, und vor allem seit Bismarck keinen Staatsmann von überragenden Fähigkeiten mehr aufzuweisen hatte, der auch das Vertrauen und damit die Achtung des Militärs sich hätte zu erwerben vermocht, nicht genügend respektierten, was naturgemäß vielfach zu Reibereien und Kompetenzstreitigkeiten Anlaß gab. **Das Mißtrauen des Militärs gegen die politische Leitung, ja die Geringschätzung ihrer Tätigkeit, stieg begreiflicherweise in dem Grade, in dem es im Laufe des Krieges immer offensichtlicher zu Tage trat, daß unsere Außenpolitik vollständig versagt hatte,** daß also, wie **Stresemann** treffend urteilte, **der Krieg schon diplomatisch verloren war, als er militärisch begann.** Es braucht heute nicht mehr verschwiegen zu werden, daß nicht nur in den Kreisen der Obersten Heeresleitung, sondern auch in weitesten Kreisen unseres Offizierskorps — und nicht ohne Berechtigung — eine große Erbitterung herrschte über die überaus schwierige politische wie militärische Lage, die wir durch die Unfähigkeit der Leitung der auswärtigen Politik von Anfang an vorfanden. Namentlich der Eintritt Englands in den Krieg, die „Neutralitäts"-Erklärungen Italiens und Rumäniens hatten eine sehr deprimierte Stimmung ausgelöst.

Die Überzeugung, daß unsere politische Leitung den Ansprüchen der Kriegführung nicht gewachsen sei, wuchs dann aber noch, als sowohl Italien wie Rumänien gegen uns in den Krieg eintraten. Von da an ist **eine klar erkennbare Feindseligkeit der obersten Heeresstellen gegen die politische Leitung** zu erkennen. **Ihren äußeren Ausdruck fand diese Feindseligkeit in dem verhängnisvollen politischen und psychologischen Gegeneinanderarbeiten beider Stellen, das sich nicht nur auf die unmittelbar interessierten Kreise, sondern auch naturgemäß auf die Parteien und damit auf das Volk übertrug.** Während die politische Leitung auf Grund der unseres Erachtens besseren Unterrichtung über die außenpolitische Lage und die Gesamtverfassung, d. h. den Grad der noch vorhandenen physischen und moralischen Wider-

standsfähigkeit des Volkes für einen sog. „**Verständigungsfrieden**" eintrat, erblickten die Heeresleitung und die ihrer Denkweise nahestehenden Kreise und Parteien in einer Friedensbereitschaftserklärung oder gar in der Zustimmung zu einem Frieden ohne militärische Entscheidung, also ohne Sieg, ein Zugeständnis an Schwäche und Erschöpfung, das die Gegenseite unbedingt in dem Willen zur Fortführung des Krieges bestärken müsse. Deshalb sollen, wie man hört, die militärischen Kreise trotz der damals schon sehr pessimistischen Auffassung über die Möglichkeit einer siegreichen Beendigung des Krieges auch gegen den im Dezember 1916 vom Kaiser gemachten Friedensvorschlag gewesen sein. Als dieser erfolglos war, scheint die Heeresleitung den vorherrschenden Einfluß auf die Leitung der politischen Geschäfte erhalten zu haben, wie auch aus der Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges hervorgehen dürfte. Wir möchten hier gleich betonen, daß wir von Anfang an nicht die Auffassung der Kreise geteilt haben, die in der unbeschränkten U-Bootkriegführung den Grund zum militärischen Eingreifen Amerikas erblickt haben, trotzdem aber vertreten wir den Standpunkt, daß es im Hinblick auf die Zahl unserer jeweils aktionsfähigen U-Boote, die technisch tatsächlich, wie wir gesehen haben, nicht in der Lage waren, weder England zur wirtschaftlichen Erschöpfung zu bringen noch die amerikanische Truppen- und kriegstechnische wie -wirtschaftliche Unterstützung für unsere Front auch nur fühlbar zu behindern, ein großer Fehler war, der amerikanischen Regierung den lange ersehnten **Vorwand** zur Kriegserklärung zu geben. Gewiß, Amerika hätte den gewünschten Grund,, und wenn er noch so fadenscheinig gewesen wäre, doch noch gefunden, und Wilson hat es ja auch unumwunden zugegeben, daß Amerika, „so wie sich die Verhältnisse entwickelt hatten" auch ohne unbeschränkten U-Bootkrieg eingegriffen hätte, denn es war, — wie wir später sehen werden — von Anfang an der stille Teilhaber und die schon lange bereit gestellte, letzte ausschlaggebende Reservekraft der Alliierten, aber wir haben in unserer schwierigen Lage keinen Anlaß gehabt, der Washingtoner Regierung auch noch den Gefallen zu tun, ihre Absichten mit einer moralischen Geste verzieren zu können. Es sind später Nachrichten von der englischen Presse und von Marinesachverständigen verbreitet worden, die besagen, England hätte nicht lange mehr aushalten können, wir müssen offen gestehen, wir glauben nicht an die Wahrheit dieser Erklärungen, und halten sie lediglich für Tendenzmeldungen zum Zwecke der Verschärfung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland. Wenn man auch in England bis zu gewissem Grade Nahrungsmangel hatte, so groß wie bei uns war er noch lange nicht, und wäre er im Hinblick auf den immer stärker werdenden Schutz der Lebensmitteltransporte auch nicht bald geworden. Wenn man bedenkt, welche riesigen Truppentransporte sowie welche Fülle von Kriegs- und kriegswirtschaftlichem Material von Amerika herüberkam, deren Verwendung schließlich unsere Front zahlenmäßig und technisch geradezu erdrückte, wenn man weiterhin feststellen muß, daß uns die Unterbrechung der Kanalverbindung zwischen England und Frankreich **nicht** gelungen ist, so wird man die Behauptung, daß der U-Bootkrieg hätte in verhältnismäßig kurzer Frist die Entente zum Abschluß eines für uns annehmbaren Friedens zwingen können, nicht ohne Berechtigung stark anzweifeln dürfen.

„Verständigungs"- oder „Sieg"-Frieden.

Was die Frage des **„Verständigungs- oder Siegfriedens"** anbelangt, so kann sie, besonders im Hinblick auf das Eingreifen Amerikas unseres Erachtens nicht vom rein militärischen Standpunkt aus betrachtet werden, sondern in erster Linie vom politischen bzw. psychologischen. Man muß beachten, daß selbst wenn wir in der Zeit von Frühjahr bis Herbst 1918 das durch amerikanische Truppen verstärkte Ententeheer im Westen entscheidend hätten schlagen können, — eine Annahme, die auch Sachverständige angesichts der ungeheuren zahlenmäßigen und kriegstechnischen Übermacht der Alliierten, sowie der tatsächlich in höchstem Grade vorhandenen physischen und damit moralischen Erschöpfung unserer Kampftruppen bei ruhiger objektiver Beurteilung nicht in den Bereich der Möglichkeit werden stellen können — ein solcher Landsieg, der uns also günstigsten Falls in den Besitz Frankreichs gebracht hätte, noch lange keine Kapitulation der angelsächsischen Mächte zur Folge gehabt hätte. Denn erstens hätten wir die vereinigten Flotten der Entente niemals besiegen können, zweitens waren wir bezüglich unserer Ernährungsmöglichkeiten, wie die furchtbaren Folgen des Hungerkrieges zeigen, am Ende, und drittens wäre es uns aus militärisch-technischen Gründen unmöglich gewesen, ganz Europa mit Einschluß des europäischen Rußlands auf unabsehbare Zeit ohne Gefährdung unserer Hauptkriegführung besetzt zu halten. Die Entente hätte aber noch ungezählte frische Truppen aufbringen können, abgesehen davon, daß wahrscheinlich ein sehr großer Teil des Heeres hätte in Sicherheit gebracht werden können. Also rein militärisch war an einen Sieg, auf Grund dessen wir hätten der Entente, d. h. den führenden Mächten der Welt, unsere Bedingungen aufzwingen können, gar nicht zu denken, weil wir eben in der furchtbaren Lage waren, daß wir **unsere militärischen Landerfolge** gegenüber der straffen Organisation unserer Feinde, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch diplomatisch und moralisch die ganze Welt beherrschten, **politisch nicht auszuwerten** vermocht hätten, selbst wenn wir im Jahre 1918 die fähigsten Staatsmänner an der Spitze gehabt hätten. Unter den damaligen Umständen wäre **nur dann** ein einigermaßen erfolgreicher Abschluß des Krieges zu erreichen gewesen, wenn die inneren Verhältnisse Rußlands eine Annäherung an diesen Staat gestattet hätten. Unter den gegebenen Umständen aber war u. E. schlechterdings ein sog. Siegfrieden im Jahre 1918 nicht zu erzielen.

Eine andere Frage ist die, ob die wiederholte Erklärung der Bereitschaft zu einem sog. Verständigungsfrieden durch **die Friedensresolution des Reichstags** erstens den Kriegswillen der Gegner gestärkt, zweitens die Kampfkraft unseres Heeres und die Bereitwilligkeit des Volkes zum Durchhalten geschwächt hat. Die Haltung der Obersten Heeresleitung zu dieser Frage, sowie der Bevölkerungsschichten und Parteien, die denselben Standpunkt vertreten haben und heute noch vertreten, ist aus der Erziehungs- und entsprechenden Anschauungsweise dieser Berufs- bzw. Gesellschaftsklassen heraus psychologisch durchaus zu verstehen. Die Vorstellungswelt dieser Kreise war und ist heute noch in erster Linie seelisch und damit auch geistig, d. h. inbezug auf ihre Denkweise, auf den Autoritätsgedanken eingestellt, der beim Militär selbstverständlich — auch im freiesten Staate — der vorherrschende, ja ausschlaggebende Erziehungsfaktor ist und bleiben wird, der aber auch, wie wir

schon früher gezeigt haben, durch die Erziehungsmethoden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung die geistig, politisch und wirtschaftlich führenden Schichten unseres Volkes überwiegend beherrscht hatte. Von der Grundlage dieser Anschauungsweise aus betrachtet war daher **das rein autoritativ-militärische Moment für die Stellungnahme der genannten Kreise und Parteien zur Kriegführung auch in politischer Hinsicht ausschlaggebend.** Daß diese rein militärische Einstellung inbezug auf die Sicherung des Staates gegebenenfalls sehr gefährlich werden kann, dafür haben wir an den napoleonischen Kriegen ein typisches Beispiel. Wäre Napoleon letzten Endes mehr staatsmännisches als militärisches Genie gewesen, so hätte er sich wahrscheinlich nicht in das Abenteuer des russischen Feldzugs gestürzt, wodurch die englische Methode der Beherrschung des europäischen Kontinents durch die Verschärfung und Entfesselung der völkischen Gegensätze hätte unwirksam gemacht werden können. Die Vorherrschaft des militärischen Gedankens bei Napoleon ist hier übrigens umso beachtenswerter, als Napoleon wie aus allen seinen Äußerungen und Kundgebungen hervorgeht, den Charakter der englischen Politik vollkommen durchschaut hatte, — das Wort vom „perfiden Albion" stammt von ihm — und daß er nach seinem endgültigen Sturze aus der Erkenntnis des mehr unbeteiligten, daher umso objektiver und nüchterner urteilenden Beobachters heraus die französische Eroberungspolitik auf dem Kontinent verwarf, und seinem Volke die koloniale Betätigung empfahl. Das Beispiel bezüglich Napoleons ist aber nur bis zu gewissem Grade als Vergleich heranzuziehen, denn unsere militärische und politische Lage im Jahre 1917 war trotz aller Siege ungleich schwieriger als die Napoleons, der vor dem russischen Feldzuge sowohl militärisch wie politisch die absolute Vorherrschaft in West- und Mitteleuropa besaß, und nach dessen Zusammenbruch durch eine Verständigung mit den kontinentalen Hauptmächten warscheinlich auch der endgültigen Katastrophe hätte entgehen können. Wir aber befanden uns nicht nur militärisch in einer ausgesprochenen Defensive, die nur durch die bestmögliche Ausnützung der inneren Linie, sowie infolge der überragenden strategischen Fähigkeiten und taktischen Elastizität unserer Heerführer, und nicht zuletzt durch die unvergleichlichen Leistungen unseres Heeres und unserer Flotte offensiven Charakter anzunehmen vermochte. Diese offensive Defensive ist durch die großen taktischen Operationen im Westen, auf der die gegnerischen Hauptstreitkräfte standen, gekennzeichnet. Wir erinnern an den Rückzug von der Marne im September 1914, den daraufhin einsetzenden Befestigungs- oder Schützengrabenkrieg, die Schlacht bei Verdun, den großen Rückzug im Frühjahr 1917, und die letzten ungeheuren Kraftanstrengungen vom Frühjahr bis Juli 1918, die infolge der stetig wachsenden zahlenmäßigen und kriegstechnischen Übermacht der Gegner an allen Haupteinsatzstellen letzten Endes scheiterten, weil der Feind über genügende Reserven zur Unterstützung der bedrohten Frontteile verfügte. Auf die Dauer waren aber diese Methoden nicht durchführbar, weil das Zahlenverhältnis sich fortwährend zu unsern Ungunsten fortentwickelt hatte, und weil wir außerdem noch durch die Notwendigkeit der Hilfeleistung an sämtliche Verbündeten und die Inanspruchnahme großer Truppenmassen für die besetzten Gebiete belastet waren. Dazu trat die seit 1917 von Monat zu Monat immer schlimmere Gestalt annehmende Ernährungsnot bei Heer und Volk auf der einen Seite, der

auf der andern Seite die übelsten Ausartungen des Genußlebens in Kriegsgewinnerkreisen gegenüberstanden. Diese letztere Erscheinung ist übrigens in allen kriegführenden und auch in den neutralen Staaten zu Tage getreten, und hätte wohl auch durch die strengsten Verordnungen nicht beseitigt werden können, bei uns aber mußte sie naturgemäß umso aufreizender wirken, je höher die Not der großen Mehrheit des Volkes stieg. Das alles waren Momente, deren täglich steigende Einwirkungskraft bei der Kriegführung unbedingt berücksichtigt werden mußte. Es ist charakteristisch für die psychologischen Fähigkeiten unserer Gegner, daß sie das Mittel der Aushungerung schon vor dem Kriege als einen der wichtigsten Faktoren ihrer Kriegführung in Rechnung gestellt hatten, und andererseits ebenso typisch für die rein militärische Denkweise unserer leitenden Stellen, daß diese mit einem solchen physischen und im Zusammenhang damit seelischen Einwirkungsfaktor anscheinend nicht gerechnet haben, denn sonst hätte dieser Krieg im Hinblick auf die denkbar größte Wahrscheinlichkeit der Teilnahme Englands auf der Seite unserer Gegner nicht geführt werden dürfen, abgesehen davon, daß man wahrscheinlich die Stärke der Landstreitkräfte unserer kontinentalen Gegner unterschätzt hatte, und deshalb auch wohl die Rücksichtnahme auf die Haltung der „verbündeten" Mächte Italien und Rumänien im Kriegsfalle glaubte fallen lassen zu dürfen.

Angesichts des steigenden Drucks sowohl in militärischer wie kriegswirtschaftlicher Hinsicht und namentlich inbezug auf die Ernährung war im Volke wie im Heere im Verhältnis zur Abnahme der physischen Kräfte auch mit dem Nachlassen der seelischen Spannkraft zu rechnen, und das umsomehr, als Volk und Heer in regem persönlichem und brieflichem Gedankenaustausch miteinander standen, und daher die Verhältnisse an der Front wie in der Heimat recht gut zu beurteilen vermochten. Dabei ist noch zu beachten, daß der hohe geistige Bildungsgrad unseres Volkes das Bestreben nach möglichst selbständiger Beurteilung der Lage naturgemäß begünstigte. Die Heranbildung eines selbständigen Urteils seitens der breiten Schichten des Volkes zeigte sich in dem **seit 1917 steigenden Mißtrauen gegen die selbstverständlich optimistische Darstellung der Kriegslage durch die Presse.** Wer Gelegenheit genommen hat, die Volksstimmung in jener Zeit zu beobachten, wird sich wohl noch erinnern können, wie spöttisch, ja teilweise entrüstet man die Pressedarstellungen in weitesten Schichten des Volkes beurteilte. Es ist nach unsern Beobachtungen eine völlig irrige Auffassung, wenn man die seit 1917 dauernd abnehmende Hoffnung auf einen militärischen Sieg und im Zusammenhang damit das zunehmende Mißtrauen gegen die optimistische Darstellung der Lage etwa auf die „Mießmacherei" schwächlicher Gemüter oder aber die Propaganda radikaler Elemente zurückführen wollte. Der Verfasser hat Gelegenheit gehabt, bei propagandistischer Betätigung für die Kriegsanleihe die Entwicklung des Stimmungsumschwungs in einem rein ländlichen und stark religiösen Bezirk Württembergs zu beobachten, in dem von umstürzlerischer Gesinnung bis zum Kriegsende kein Anzeichen vorhanden war. Und doch war auch hier im letzten Kriegsjahr (1917/18) die Stimmung dauernd schlechter geworden, und zwar nicht nur in städtischen sondern auch in ländlichen Kreisen, die doch unter der Hungersnot am wenigsten zu leiden hatten. Beim letzten Kriegsvortrag zu Zwecken der Zeichnung der Kriegsanleihe

im September 1918 wurde den Rednern — Dekan und Oberamtmann — von einem alten Landwirt zugerufen: „Schluß machen sollen sie". Wenn man bedenkt, welches Ansehen die vorgenannten Persönlichkeiten in einem kleinen ländlichen Bezirke genießen, so wird man bei Beurteilung dieses Zurufs sich ein Bild von der Stimmung der Bevölkerung machen können.

Es ist vom psychologischen und daher auch vom politischen Gesichtspunkt aus betrachtet, nicht verwunderlich, daß gerade die Linksparteien und das Zentrum sich Mitte 1917 für den sog. „Verständigungs"-frieden eingesetzt haben, denn die Führer dieser Parteien standen in viel engerem Kontakt mit der großen Masse der Bevölkerung, und waren daher auch viel besser in der Lage, die seelische Verfassung derselben kennen zu lernen. Sie hatten deshalb auch einen besseren Blick zur Beurteilung der noch in der Bevölkerung vorhandenen seelischen Spannkraft. Außerdem standen sie auch nicht in dem Grade wie die Führer und Anhänger der Rechtsparteien, die sich aus den oberen Gesellschaftsschichten rekrutierten, so stark unter dem Eindruck rein militärisch-autoritativer Denkweise, und besaßen deshalb über die Grenzen der Wirksamkeit der militärischen Disziplin gefühlsmäßig oder bewußt ein objektiveres Urteil. Von diesen politisch-psychologischen Gesichtspunkten aus haben wir in erster Linie den Ursprung des Gedankens der Friedensresolution zu betrachten. Zu der Beurteilung der Verfassung des seelischen Zustandes der überwiegenden Mehrheit des Volkes und der Berücksichtigung unserer ernsten militärischen Lage trat noch die **Absicht einer Gegenaktion gegen den „moralischen" Feldzug der Entente**, der bekanntlich mit den Schlagwörtern vom Kampf gegen den preußisch-deutschen Militarismus und die deutsche Autokratie, die die Weltherrschaft erstreben wolle, geführt wurde. Von Seiten der Rechten und ihrer Anhänger war gegen die Reichstagsresolution geltend gemacht worden, daß nachdem die Entente die offizielle Erklärung der Mittelmächte zur Friedensbereitschaft auf der Grundlage gegenseitiger Verständigung in brüsker Form abgelehnt habe, man keinen Grund mehr habe, die Friedensbereitschaft auch durch die Volksvertretung nochmals zum Ausdruck bringen zu lassen, und das umsoweniger, als dadurch nur der Eindruck auf der Gegenseite gestärkt würde, daß wir am Ende unserer Kraft seien. Das Ergebnis dieser Folgerung auf der Gegenseite sei also die erneute Stärkung des Kriegswillens unserer Gegner, und damit die Verlängerung des Kriegs.

Wir sind der Ansicht, daß **nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg weder mit einem Sieg- noch mit einem Verständigungsfrieden mehr zu rechnen war, denn das Ziel der amerikanischen Regierung war und mußte nach dem aktiven Eingreifen im Hinblick auf die weltpolitischen Verhältnisse die Vernichtung der militärischen Macht Deutschlands und damit seiner Bündnisfähigkeit gegenüber den späteren Gegnern Amerikas sein.** Es ist selbstverständlich, daß das aktive Eingreifen Amerikas den absoluten Siegeswillen der Entente neu belebte. Außerdem waren die Alliierten durch ihre vorzügliche, in der Hauptsache von Agenten der neutralen Staaten betriebenen Spionageorganisation ziemlich genau über unsere kriegswirtschaftliche und Ernährungslage, ebenso auch über die moralische Verfassung unseres Volkes unterrichtet, noch besser aber über die zunehmende Zersetzung des österreich-ungarischen Nationalitätenstaates, in dem an allen Enden und Ecken geheime und

offene Freunde der Alliierten saßen, sodaß auch ohne die offizielle Kenntnis des Czerninschen Geheimberichts man sich über die Lage der Donaumonarchie durchaus klar gewesen wäre. Von den tatsächlichen militärischen, politischen und moralischen Machtverhältnissen im Sommer 1917 aus betrachtet konnte u. E. die Streitfrage, ob wir als Losungswort für die Fortführung des Kampfes den „Siegfrieden" oder den „Verständigungsfrieden" wählen wollten, nur eine psychologische sein, und bei der Entscheidung darüber hätte sowohl die voraussichtliche Wirkung im Innern, wie im Heere und nicht zuletzt auf die Volkspsyche unserer Gegner in Rechnung gestellt werden sollen. Die Einstellung des Volkes auf den absoluten militärischen Sieg hätte u. E. nur dann Aussicht auf Erfolg, d. h. auf durchgreifende belebende Wirkung gehabt, wenn wir auch nur annähernd unter denselben militärischen und kriegswirtschaftlichen Machtverhältnissen der Entente gegenüber gestanden wären wie diese im letzten Kriegsjahr uns gegenüber. Unsere physische und im Zusammenhang damit moralische Ermattung, die sich von Monat zu Monat steigernde zahlenmäßige Unterlegenheit, die kriegswirtschaftliche Erschöpfung und vor allem die täglich steigende Hungersnot traten jedoch immer mehr so klar in Erscheinung, daß weder im Volke noch im Heere bei noch so starker disziplinärer oder moralischer Einwirkung der Gedanke an den Sieg hätte aufrecht erhalten werden können. Daß die Oberste Heeresleitung und ein großer Teil der führenden Kreise unseres Volkes über die zusehends abnehmende Spannkraft im Volke und Heere nicht genau unterrichtet war, ist begreiflich. Es ist uns wohl bekannt, daß schon im Sommer 1917 von den Frontoffizieren, von denen Berichte über die Stimmung der Truppen angefordert wurden, sehr pessimistische Urteile abgegeben worden sind. Derartige Berichte kamen aber meist zuerst nicht weiter als bis zum Regimentskommandeur, schließlich zur Brigade-, und in den seltensten Fällen zur Kommandostelle der Division oder des Armeekorps, weil natürlich die Führer für ihre Stellung befürchteten, da bekanntlich der Oberführer immer für die Vorgänge in seinem Truppenteil verantwortlich gemacht wird. Weiter ist bekannt, daß schon 1917 in den Garnisonen offene Widerstände und Demonstrationen gegen den Abtransport ins Feld vorkamen. Auch hier handelt es sich zweifellos weniger um umstürzlerische Agitation als um die psychologisch begreifliche Auswirkung des Selbsterhaltungstriebs gerade der Soldaten, die schon mehrmals im Felde gestanden waren, und bei denen die Eindrücke von der Front im Zusammenhang mit der Abnahme der physischen und moralischen Kräfte die Vorherrschaft über die Hemmungen der Disziplin erhalten hatten. Diese Beobachtung konnte man ja bei fast jedem im Urlaub befindlichen Soldaten machen. Wir erinnern an die offene Rebellion großer Teile des französischen Heeres im Juli 1917, die eben nur deshalb nicht zum Zusammenbruch führen konnte, weil dahinter die Engländer und Amerikaner standen, durch deren Deckung es der französischen Heeresleitung ermöglicht wurde, mittelst größtenteils moralischer, d. h. gütlicher Einwirkung die Disziplin wieder herzustellen.

Gerade dieser moralische Halt, der durch den Hinweis starker Unterstützung seitens der Bundesgenossen auf Seiten der Entente immer wieder zur Geltung gebracht werden konnte, fehlte im Endkampfe unsern Truppen und unserem Volke, und deshalb neigen wir auch zu der Auffassung, daß das Bekenntnis zum Verstän-

digungsfrieden, wie es durch die Mehrheitsparteien des Reichstags abgegeben worden ist, unter den gegebenen Umständen an sich durchaus eine günstige politische und moralische Wirkung hätte haben können, und zwar im Innern wie nach außen hin. Nach außen hin deshalb, weil man durch die Kundgebung des deutschen Reichstags der Ententepropaganda entgegentreten konnte, die bekanntlich dahin ging, daß die Alliierten nur die deutsche Autokratie bekämpfen wollten, und damit die Erklärung der Regierung, daß sie weiterhin zur Verständigung bereit sei, noch zu unterstreichen vermochte. Die Auffassung, als ob die Kundgebung des Reichstags den Kriegswillen der Entente neu belebt hat, dürfte bei näherer Betrachtung der Lage nicht haltbar sein. Wir wiederholen hier nochmals unsere Anschauung, daß nach dem Eingreifen Amerikas, besonders im Hinblick auf die Ausschaltung Rußlands als etwaigen militärischen oder politischen Machtfaktor, und im Hinblick auf die Kenntnis unserer kriegswirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse an dem absoluten Siegeswillen der Entente nichts mehr hätte geändert werden können, selbst wenn nach außen hin — was übrigens organisatorisch unmöglich gewesen wäre — diesem Ziele der deutsche Siegeswillen hätte gegenüber gestellt werden können. Im Innern hätte nach unsern Beobachtungen die Friedensresolution, wenn ihr nicht eine scharfe Gegenpropaganda entgegengesetzt worden wäre, die Wirkung haben können, daß der größte Teil des Volkes trotz aller Not angesichts des Vernichtungswillens unserer Feinde sich in dem Bewußtsein der Notwendigkeit des Durchhaltens zusammengefunden hätte. **Die Gegenüberstellung unserer Verständigungsbereitschaft und des Vernichtungswillens unserer Feinde hätte u. E. ein wirkungsvolles Losungswort für Volk und Heer gegeben, und wohl auch für die Einwirkung auf die feindlichen Völker und Heere.**

Was die letztere Frage anbelangt, so wäre bei ständiger Einwirkung auf die Psyche des französischen Heeres und Volkes im Hinblick auf die schon vor dem Kriege vorhandene von deutscher Seite leider zu wenig praktisch unterstützte Bewegung für eine Verständigung mit Deutschland, die bekanntlich auch im Kriege nicht ganz unterdrückt werden konnte, und die erst jetzt nach dem Sieg der Entente wohl auf absehbare Zeit keine Aussichten mehr haben dürfte, vielleicht doch ein gewisses Ergebnis zu erzielen gewesen, besonders wenn man gleichzeitig die Franzosen davon hätte überzeugen können, daß sie eigentlich nur als Hilfsvolk der angelsächsischen Weltherrschaftspolitik fungiert haben. Man wird nicht sehr weit fehl gehen, wenn man die Rebellion im Heere im Jahre 1917 zum großen Teile der Wirkung des deutschen Friedensschritts zuschreibt, auf Grund dessen die Anhänger der Verständigung auch im Heere Unterstützung gefunden haben dürften.

Die Opposition der Rechten gegen die Friedensresolution hätte an sich ebenfalls nicht schädlich gewirkt, wenn man auf die Haltung der Mehrheitsparteien hin nicht eine scharfe Gegenaktion unternommen hätte, in der die Parteiführer und Abgeordneten der Mießmacherei und damit der Untergrabung der moralischen Kraft in Volk und Heer beschuldigt wurden. In dieser Gegenaktion zeigte sich die unpolitische Erziehung unserer oberen Schichten, und damit im Zusammenhang mit dem geringen Kontakt zu der breiten Masse des Volkes auch die Unkenntnis über den Grad der noch vorhandenen moralischen Kräfte. Gerade weil wir die Erziehungsmethoden und die daraus hervorgegangene Denkweise unserer führenden Gesellschaftsschichten

genau kennen, verstehen wir die Opposition gegen die Friedensresolution, andererseits aber mußten die Formen des Kampfes unbedingt zur inneren Zersetzung führen, die unseres Erachtens entweder durch eine mehr sachliche Opposition, oder aber noch besser durch stillschweigende Hinnahme hätte vermieden werden können. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist auch der von der Obersten Heeresleitung und der Rechten veranlaßte Rücktritt Bethmann-Hollwegs zu bedauern. Gewiß, seine Vorkriegspolitik nach außen hin und seine ungeschickte Haltung bei Kriegsausbruch zeigen, daß er kein Staatsmann war, wie wir ihn gebraucht hätten, aber die große Masse des Volkes hat er doch bei jedem Auftreten zu fassen gewußt, und die Parteien der Linken und des Zentrums haben ihn ja auch nur zwecks besserer Verständigung mit der Obersten Heeresleitung fallen lassen. Der Unterschied in der Stellungnahme der beiden gegnerischen Gruppen zur Friedensresolution bestand darin, daß die Mehrheitsparteien bei ihrer Haltung die ungeheure militärische Übermacht unserer Feinde, die ernste kriegswirtschaftliche und Ernährungslage sowie die tatsächlich vorhandene moralische Erschöpfung im Volke sowie die immer schlimmer werdenden Verhältnisse bei unsern Bundesgenossen in Rechnung stellten, während die Anhänger des Losungsworts vom Siegfrieden zwar zum großen Teil ernsthaft wohl auch nicht an einen endgültigen Sieg glaubten, aber doch im Innern wie nach außen hin diesen Eindruck aufrecht erhalten wollten, um einerseits die Moral des Volkes zu stärken, andrerseits den Kriegswillen der Feinde zu schwächen. Diese letztere Auffassung war aber lediglich auf der militärisch-autoritativen Denkweise aufgebaut, die eine moralische Erschöpfung und die daraus etwa zu ziehenden psychologischen und damit politischen Folgerungen nicht gelten läßt. Wie aber die autoritative Einwirkung bei zunehmender physischer und damit seelischer Ermattung selbst beim disziplinierteſten Menschen nur bis zu gewissem Grade möglich ist, nämlich bis zum Eintreten der Apathie, d. h. zum Stillstande der Reaktionen des Selbsterhaltungstriebs, so hat auch der Selbsterhaltungstrieb eines Volkes eine Grenze seiner Wirkungskraft, die bei großem Druck von außen her viel besser durch psychologische Beeinflussung als nur durch Geltendmachung rein militärischer Gedankengänge noch weiter hinausgeschoben werden kann. Aus diesen psychologischen Überlegungen heraus haben wir das von der Obersten Heeresleitung gewünschte und von den infolge entsprechender Erziehung ihrer Denkweise wesensverwandten rechtsstehenden Kreisen übernommene Losungswort vom Siegfrieden in anbetracht unserer sich täglich verschlimmernden Lage nicht für glücklich gehalten. Wir wissen wohl, daß die Anhänger des Losungsworts vom Siegfrieden auf Grund ihrer Erziehungs- und Denkweise uns auf dem Wege dieser Gedankengänge nicht zu folgen vermögen, wir möchten aber doch zu bedenken geben, daß die hier in Betracht kommenden Kreise infolge ihrer militärischen, beruflichen und gesellschaftlichen Erziehung viel größere Reserven an Selbstdisziplin und damit auch Energie besaßen, als die große Masse des Volkes, und deshalb auch nicht die Vorstellung der Möglichkeit eines aus der physischen Erschöpfung sich ergebenden seelischen Zusammenbruchs über sich Herr werden ließen. Daß man aber glaubte, diese anerzogene Selbstdisziplin und Energie durch das Losungswort vom Siegfrieden auf das physisch und seelisch völlig erschöpfte Volk übertragen zu können, das war u. E. der verhängnisvolle Trugschluß dieser Kreise.

Die Ursachen der Revolution.

Daß die zunehmende Apathie zuerst im Volke sichtbar zum Ausdruck kam, ist durchaus verständlich, denn das Heer stand dauernd unter dem furchtbaren Druck der feindlichen Fronten und auch unter größerer autoritativer und disziplinärer Einwirkung, aber wie wir schon früher gesagt haben, konnte man die pessimistische Stimmung im Heere am besten in den Garnisonen und bei den in den Urlaub kommenden Feldgrauen beobachten. Deshalb ist auch nach unseren Beobachtungen die Auffassung vom „Dolchstoß von hinten" irrig, denn die Garnisonstruppen, die großenteils im Felde gestanden waren und die beurlaubten Feldgrauen waren nicht allein von der Stimmung der Heimat „infiziert" — eine Einwirkung übrigens, die gar nicht zu vermeiden war —, sie machten ihre Aussagen in erster Linie auf Grund ihres eigenen Urteils namentlich hinsichtlich der stetig steigenden zahlenmäßigen und technischen Überlegenheit des Gegners. Wer daher versucht, die Erscheinungen der „Revolution" von einem parteipolitisch unbeeinflußten Standpunkt und unter möglichster Ausschaltung seines nationalen Empfindens für die Dauer dieser Betrachtungen auf ihren wahren Ursprung hin zu ergründen, der wird sich unserer Auffassung nicht ganz entziehen können, daß **nicht die umstürzlerische Propaganda einer Handvoll landesverräterischer Fanatiker den Hauptanlaß zur Revolution gegeben hat, sondern eine ganze Reihe von zusammenwirkenden Momenten, deren Auslösung auf die physische und moralische Erschöpfung von Volk und Heer zurückzuführen ist.** Zur Begründung dieser Auffassung müssen wir uns die Gesamtlage zu jener Zeit ins Gedächtnis zurückrufen. Der Abschluß des „Friedens" mit Sowjetrußland hatte im Volke die Hoffnung erweckt, als seien nun genügend Reserven zu einem letzten Schlage an der Westfront bereit. Leider wurde diese Hoffnung auch von militärischer Seite genährt, um die Stimmung hochzuhalten. Es ist nach der Revolution selbst von rein militärisch denkenden Kreisen das Bedenken ausgesprochen worden, ob es richtig war, unsere militärische Lage dauernd optimistisch darzustellen, wodurch das Volk über den wahren Ernst der Lage hinweggetäuscht wurde. Diese Anschauung gibt aber indirekt denjenigen recht, die für den „Verständigungsfrieden" eingetreten sind, auf dessen Grundlage man das Volk u. E. weit besser zum Durchhalten, d. h. zur Hergabe der letzten Kräfte im Intresse unserer nationalen Existenz hätte zusammenschweißen können. Man darf heute wohl auch der Ansicht Ausdruck geben, ob es im Hinblick auf unsere zahlenmäßige und technische Unterlegenheit sowohl strategisch als hinsichtlich der moralischen Wirkung im Innern wie nach außen hin nicht besser gewesen wäre, sich grundsätzlich auf die Defensive zu verlegen, und dies vielleicht etwa mit der offenen Erklärung zu begründen, daß wir keinen Eroberungskrieg führen, und daher im Intresse unserer Existenz nur die Front halten wollen. Erstens hätte eine solche Stellungnahme Heer und Volk trotz der Erschöpfung zu einer gewaltigen Einheitsfront zusammengeführt, zweitens hätte sie vielleicht — und wenn auch nur im französischen Volk und Heer — den Kriegswillen beeinträchtigen, und dadurch die unbeugsame Haltung der englischen und amerikanischen Staatsmänner beeinflussen können. Selbstverständlich kennen wir auch die strategischen und psychologischen Gegengründe, die dahin gehen, daß man dann — abgesehen von

dem absoluten Offensivgeist des deutschen Militärs — wiederum den Eindruck der Schwäche erweckt, und gleichzeitig auch die Moral unserer Truppen geschwächt hätte, denn die dauernde Defensive, namentlich unter der furchtbaren Einwirkung der sich stetig erweiternden Kriegstechnik kann gegebenenfalls auch demoralisierend wirken. Außerdem könnte als Gegengrund noch angeführt werden, daß unsere Ernährungslage sowie die Möglichkeit stetiger Verstärkung der feindlichen Front den Versuch eines entscheidenden Schlags notwendig machten.

Die Entwicklung der militärischen Lage vom Beginn der Frühjahrsoffensive an läßt aber doch deutlich erkennen, daß alle strategische Überlegenheit unserer Heeresleitung alle geistige, militärische und technische Fähigkeit unserer Unterführer jeden Grades, und aller nochmals glänzend betätigte Heldengeist unserer unvergleichlichen Truppen nicht mehr imstande waren, die von Monat zu Monat steigende zahlenmäßige und technische Überlegenheit der Gegner auszugleichen. Man darf es heute doch ruhig zugestehen, ohne die Leistungen eines Hindenburg und Ludendorff, die tatsächlich nicht ihresgleichen in der Weltgeschichte mehr finden werden, herabzuwürdigen, daß die großen Durchbruchsversuche vom März bis Juli 1918 ihr letztes Ziel der Umfassung der feindlichen Front von Norden und später von Süden her, bzw. der Durchschneidung in der Mitte nicht erreichen konnten, weil unsern Gegnern eben die genügenden Reserven zum jeweiligen Einsatz an den gefährdeten Stellen zur Verfügung standen, genau so wie im September 1914 und in der Verdunschlacht unsere Angriffe aus diesem Grunde gescheitert waren. Der Luftstoß bei Reims und der darauf einsetzende Flankenangriff des Gegners bei Soissons kennzeichnen den Anfang des Zusammenbruchs unserer Front, an dessen Tatsache auch die noch so glänzend durchgeführten Rückzugsbewegungen und die wundervolle Haltung unserer Truppen nichts zu ändern vermögen. Was unsere Heerführer und Truppen während des ganzen Krieges mit verhältnismäßig geringen Kräften gegenüber denen des Gegners durch die Überlegenheit unserer Kriegskunst, unseres Geistes und Willens unter wenn auch meistens stiller Bewunderung der ganzen Welt geleistet hatten, das brachten die Alliierten schließlich nach mehr als 4 Jahren durch das grobe Mittel der Überzahl inbezug auf Menschen und Material fertig, abgesehen von der noch brutaleren Einwirkung der Aushungerung unseres Volkes. Daß wir die umfassenden Flankenbewegungen der Gegner nicht mehr aufzuhalten vermochten, zeigt, daß uns dafür keine geeigneten Reserven mehr zur Verfügung standen. Namentlich der schwere Druck von der belgischen Front her deutet darauf hin, daß die Umgehung von Norden her über die Maas und den Rhein geplant war, sodaß wir im Hinblick auf die schweren Verluste an Gefangenen und Material und die durch den fast 4 Monate dauernden ununterbrochenen Rückzug nicht zu vermeidende Demoralisation wohl kaum die Rheinlinie lange hätten halten können, eine Ansicht die übrigens auch von militärischer Seite nicht rundweg bestritten wird. Die moralische Wirkung des Rückzugs unseres Hauptheeres war direkt katastrophal. Wir können nicht beurteilen, ob der gleichzeitige Rückzug des türkischen Heeres in Syrien unter dem Einfluß der militärischen Ereignisse an der deutschen Hauptfront erfolgt ist, darin ist jedoch kein Zweifel möglich, daß das Zurückgehen der Bulgaren auf den deutschen Rückzug zurückzuführen

ist, ebenso wie der gleichfalls unvermittelte Zusammenbruch der östreichischen Front in Italien. Die sich so überstürzenden militärischen Ereignisse, denen die diplomatischen Erörterungen über den von unserer Seite gewünschten Waffenstillstand sich zugesellten, übten auf das ganze Volk, das ohnehin schon physisch und seelisch an der Grenze seiner Willenskraft stand, direkt eine lähmende Wirkung aus, **auf Grund deren die Revolution eigentlich nur noch als formaler Schlußakt der Katastrophe angesehen werden kann.**

Wenn man die Erscheinungen der Revolution unvoreingenommen betrachtet, wird man uns diese Auffassung nicht verübeln können. Bekanntlich ging der Anstoß zur Revolution von der Marine aus. Es wird gesagt, daß der Entschluß zur Rebellion der Mannschaften der Flotte dem Gerücht entsprungen sei, es sei Befehl gegeben worden, die gesamte Flotte solle zur Entscheidungsschlacht in der Nordsee ausfahren. In diesem Befehl hätten die Mannschaften die Absicht eines unnützen Verzweiflungsakts erblickt, der angesichts der Übermacht der englischen Flotte zum Untergang der ganzen deutschen Flotte hätte führen müssen. Daß ein solcher Befehl in Aussicht gestanden habe, wird von zuständiger Seite bestritten. Und wenn die Absicht zu einem solchen letzten Schritte bestanden hätte, so wäre das vom militärischen und nationalen Standpunkt aus betrachtet auch kein Verbrechen gewesen, denn wie wir an dem Ergebnis der Skagerrakschlacht gesehen haben, hätte eine offene Seeschlacht angesichts der strategischen Überlegenheit unserer Führer, der Tüchtigkeit unserer Mannschaften und der Vorzüglichkeit unseres Materials durchaus nicht zur Katastrophe für die deutsche Flotte führen müssen. Noch ein Jahr vorher wäre ein solcher Plan auch keineswegs auf Widerstand bei den Mannschaften gestoßen, und heute wäre die größte Zahl dieser Mannschaften wahrscheinlich gerne bereit, ihr Leben nochmals zum Schutze unserer nationalen Existenz in die Schanze zu schlagen, genau so wie Millionen unserer Fronttruppen es 4½ Jahre lang ohne Bedenken getan haben. Wir wollen nicht bestreiten, daß die umstürzlerische Agitation gerade in der Marine am stärksten tätig gewesen ist, und auch sein konnte, denn das Leben in den großen Hafenstädten war von jeher auf einen rauhen Ton gestimmt, und die Seeleute, die an kein regelmäßiges Familienleben gebunden sind, sind auch abenteuerlichen Ideen viel besser zugänglich als andere Menschen. Daß aber der Anstoß zur Revolution von der Marine ausging, zeigt erstens, daß der Gedanke nicht vom Volke ausging, sondern von den Angehörigen des Heeres, und zweitens daß eben die autoritative Gewalt nicht mehr in der Lage war, diesen Gedanken zu unterdrücken. Wir haben hier eine Bestätigung unserer Auffassung, daß die autoritative Einwirkung selbst beim disziplinierteſten Heere eine Grenze hat, über die hinaus sie ihre Macht verliert. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Rebellion der Marine im engsten Zusammenhang mit dem Rückzuge im Westen stand. Hätte sich das Heer, wenn auch nur unter größten Anstrengungen, halten können, so hätte es die Marine sicherlich nicht gewagt, zum offenen Aufruhr zu schreiten. Aber einerseits das Empfinden des Herannahens der Katastrophe, das durch alle Anstrengungen der Presse, die militärische Lage in günstigerem Lichte erscheinen zu lassen, nicht mehr aus der Vorstellungswelt des größten Teils der Mannschaften auszuschalten war,

und im Zusammenhang damit die Einwirkung des infolge der moralischen Erschöpfung hemmungslos gewordenen **individuellen** Selbsterhaltungstriebs haben diesen Schritt begünstigt.

Vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet hätte der Rebellion durch Entsendung von disziplinierten Truppen vorgebeugt werden können. So wie wir die Lage in jener Zeit zu beurteilen vermögen, wäre das wohl kaum möglich gewesen, denn wir haben ja gesehen, daß eine Handvoll Matrosen in kürzester Zeit sämtliche Garnisonstruppen des Reichs für die Revolution zu gewinnen vermochte, und es ist außerdem zu bedenken, daß selbst, wenn man Fronttruppen zur Herstellung der Ordnung herangeholt hätte, diese infolge der physischen Erschöpfung durch das monatelange Ringen wohl kaum genügend energisch gegen die Aufrührer vorgegangen wären, abgesehen davon, daß wahrscheinlich die Garnisonstruppen aus denselben Beweggründen heraus wie die Marine die Bewegung begünstigt hätten, denn die Stimmung in den Garnisonen war ebenfalls so apathisch und revolutionär wie dort. Weiterhin ist zu beachten, daß die zum großen Teil reklamierte Arbeiterschaft der kriegswirtschaftlichen Industriezentren ebenso wie die Marine und die Garnisonstruppen gegen die Fortsetzung des Krieges war, und tatsächlich auch sofort in die Revolutionsbewegung aktiv eingegriffen hat. Das Volk aber war gegenüber den hier wirksamen, rasch organisierten Kräften machtlos und hätte auch die Kraft zu einem aussichtsreichen Widerstande wohl kaum mehr aufgebracht, ja man darf ruhig sagen, die physische und moralische Erschöpfung sowie die uns anerzogene unselbständige Denkweise, die daran gewöhnt war, ihre Richtlinien nur von oben zu empfangen, brachten es mit sich, daß der größte Teil des Volkes in diesem Augenblick die Folgen der Revolution für unsere nationale Existenz gar nicht zu erkennen vermochte, sondern in erster Linie ein Gefühl der Erleichterung von dem ungeheuren Druck empfand. Genau dasselbe Gefühl aber war — vom seelischen Standpunkt aus begreiflich — bei der Mehrzahl der zurückkehrenden Fronttruppen zu beobachten, die Offiziere, die aus dem Empfinden ihrer Standesehre und der schärferen Urteilsfähigkeit heraus die Folgen des Waffenstillstands ernster nahmen, bzw. richtiger zu bewerten vermochten, natürlich ausgenommen. Die Auffassung, daß das Frontheer, d. h. die große Masse der Feldgrauen, der Revolution feindselig gegenüberstanden, wird man bei näherer Betrachtung wohl kaum aufrecht erhalten können. Gewiß, ein sehr großer Teil der urteilsfähigen Angehörigen des Feldheeres — wir sprechen hier immer nur von den Mannschaften — hat sicherlich den Charakter der Revolution und ihre Begleiterscheinungen innerlich verurteilt, und hätte zweifellos den Abschluß eines Waffenstillstands ohne diese unsere moralische Stellung bei den Verhandlungen beeinträchtigende Bewegung lieber gesehen, aber die Darstellung, als ob das Heer moralisch, d. h. bezüglich der Disziplin, noch völlig intakt gewesen wäre, ist für jeden Kenner der Verhältnisse unhaltbar. Man muß beachten, daß die Mehrzahl der Formationen unserer Fronttruppen monatelang fast ohne Unterbrechung dem schärfsten Druck ausgesetzt war, den jemals ein Heer ertragen hatte, und daß diese Truppen seit fast 4 Monaten ununterbrochen trotz heldenmütigsten Widerstandes zum Rückzuge gezwungen waren, ganz abgesehen davon, daß auch begreiflicherweise bei diesen Rückzugsbewegungen die Ernährungsmöglichkeiten dauernd schlechter ge-

worden waren. Wir haben auch tatsächlich bei diesem 4monatlichen Rückzuge mehr Gefangene verloren als während des ganzen Krieges auf allen Fronten, was wohl ebenfalls als Zeichen der abnehmenden moralischen Widerstandskraft gedeutet werden darf. Formell hat das Feldheer ja auch sofort nach Bekanntwerden der Revolution diese anerkannt durch die Einführung von Soldatenräten, und zwar, wie aus dem Werke „Der große Krieg in Feld und Heimat" von Oberst Bauer hervorgeht, der Abteilungschef in der Obersten Heeresleitung war, sogar im Großen Hauptquartier. Man wird uns zugeben müssen, daß die Zulassung von Soldatenräten in einem Feldheere mit der dauernden Aufrechterhaltung straffer Disziplin schlechterdings unvereinbar ist. Und wie die Verhandlungen zwischen Regierung und Hauptquartier über die Haltung bezüglich des Angebots und der Annahme eines Waffenstillstandes zeigen, war in den letzten Wochen die Oberste Heeresleitung sich tatsächlich über die Widerstandskraft und die Moral des Heeres nicht mehr ganz klar, denn in der späteren Erklärung, daß man sich über die Haltung der Truppen getäuscht habe, liegt eben doch der Beweis der Unsicherheit über die Zuverlässigkeit des Heeres im letzten Augenblicke. Daß das Heer nach Abschluß des Waffenstillstandes trotz der drückendsten Bedingungen einen im großen ganzen geordneten Rückzug antrat, erklärt sich leicht daraus, daß die Truppen einmal von dem ungeheuren Druck befreit, sich ihres militärischen Geistes wieder voll bewußt wurden, und erkannten, daß nur bei Folgeleistung der Anordnungen ihrer Führer das Gelingen des beschleunigten Rückmarsches ermöglicht werde, und daß sie sich gegen die Rüpeleien der Revolutionsmacher beim Einmarsch in die Heimat zur Wehr setzten, ist ebenfalls begreiflich. Im übrigen kann wohl nicht bestritten werden, daß das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung stark unter dem Einfluß der sehr schlechten Stimmung der Feldgrauen während der letzten Kriegsmonate zustande gekommen ist. Man kann die Frage offen lassen, ob ohne den Abschluß eines Waffenstillstandes und ohne Revolution der tatsächliche Ausgang des Krieges ein wesentlich anderes Ergebnis gehabt hätte. Wenn man die militärische Lage im Westen, die ungleichen Kräfteverhältnisse zu unseren Ungunsten und die Möglichkeit neuer Feindseligkeiten von Süden (Italien, Tschechoslowakei und Südslavien) sowie von Osten (Polen) her, weiterhin unsere Ernährungslage, und letzten Endes den durch alle diese Umstände gestärkten Siegeswillen unserer Feinde in Betracht zieht, so wird man wohl kaum annehmen dürfen, daß ohne die vorgenannten formalen Äußerungen unseres Zusammenbruchs wir einen wesentlich besseren Friedensschluß erzielt hätten, denn die Feinde besaßen eben schließlich alle Machtmittel, uns den Frieden zu diktieren.

Unsere vorstehende Auffassung, die wir im Rahmen dieses Werkes natürlich nur in großen Strichen kennzeichnen konnten, verhindert aber nicht, daß der Verfasser sich sowohl aus nationalem Empfinden wie aus psychologischen Überlegungen militärischer und politischer Natur heraus publizistisch gegen den Abschluß eines Waffenstillstands auf der von der Entente geforderten Grundlage ausgesprochen hat, weil er sich selbstverständlich über die Absichten unserer Feinde vollständig im klaren war, und daß er auch aus diesem Grunde für einen nationalen Aufruf eingetreten ist, und ebenso in scharfer Weise die Revolution bekämpft hat. Gerade aber weil der Verfasser in jenen furchtbaren Wochen und Tagen gerade so gefühlt und gedacht hat wie jeder damals noch urteilsfähige Deutsche, und daher das Empfinden und

die Haltung jener Volksgenossen verstehen kann, die in der Tatsache, daß wir nicht den allerletzten Rest unserer Kraft darangegeben haben für den Versuch einer Rettung unserer nationalen Selbständigkeit, ein schweres Vergehen erblicken, deshalb erhoffen wir durch diese mehr nüchterne Darstellung der Ereignisse und Gegenüberstellung der Meinungen **im Intresse des inneren Wiederaufbaus unseres Vaterlandes** weite Kreise wenn auch nicht für unsere Anschauung gewinnen zu können, so doch dafür, daß man auch die Auffassung einer sehr großen Anzahl andersdenkender Volksgenossen einmal ruhig auf sich wirken läßt.

Wir möchten noch einmal betonen, daß wir weder objektiv noch subjektiv der Obersten Heeresleitung oder dem Offizierskorps im allgemeinen eine Schuld an der Entwicklung zur Katastrophe zuzuschreiben vermögen, denn nach dem Zusammenbruch Rußlands und dem aktiven Eingreifen Amerikas war u. E. keine Möglichkeit mehr vorhanden, einen annehmbaren Frieden zu erhalten, außer unter der Bedingung der Aufgabe Elsaß-Lothringens und der Auslieferung unserer Flotte, sowie unter Aufgabe unserer Bundesgenossen. Ob dann aber die diplomatische Inangriffnahme dieses letzteren Problems nicht ebenfalls zu einer vollständigen Isolierung und damit zu weitergehenden Forderungen unserer Feinde geführt hätte, möge dahingestellt bleiben. Wir waren eben von Anfang an militärisch wie politisch in einer fast aussichtslosen Zwangslage, in die wir immer enger verstrickt wurden, weil wir nach Kriegsausbruch einerseits auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal unserer militärisch wie politisch äußerst schwach gestellten Verbündeten verknüpft waren, und andererseits weder militärisch noch diplomatisch imstande waren, die glänzende Organisation unserer Gegner zu sprengen. So war es tatsächlich **von Anfang an ein Verzweiflungskampf, den unser Heer führen mußte, der uns schließlich zermürbt hat. Dieses Eingeständnis aber nimmt unseren Führern aller Grade kein Jota von ihrer Ehre, und der Anerkennung ihrer unvergleichlichen Leistungen für das Vaterland.** Es würde viel zum Wiederaufbau des inneren Friedens beitragen, wenn inbezug auf die Frage bezüglich der Gründe unseres Zusammenbruchs die Anhänger der beiden extremsten Anschauungen sich — ohne von ihrer persönlichen, doch mehr oder weniger gefühlsmäßigen Auffassung abgehen zu müssen — mit der Darstellung des Pressechefs der Obersten Heeresleitung, Frhr. **Freytag v. Lorringhoven** in der Kyffhäuser-Korrespondenz zufrieden geben würden, die dahin geht, daß das deutsche Volk nach dem Eingreifen Amerikas schließlich der feindlichen Übermacht an Zahl und Material unterlegen ist. Wir sind überzeugt, daß bei dieser Erklärung das militärische Pflichtbewußtsein des preußischen Generals vielleicht nicht ohne Gewalt gegenüber dem Empfinden als **Mensch** und **deutscher Volksgenosse** zurückgedrängt werden mußte, denn wir wissen wohl, daß die Erziehungs- und Denkweise des deutschen Offiziers den moralischen Zusammenbruch bei der eigenen Truppe einfach nicht gelten läßt, — sonst hätte unser Heer auch solche Leistungen nie vollbringen können — **aber hier waren die Verhältnisse stärker als der eisernste Wille,** und eine **Unmenge seelischer Einflüsse aller Art,** die im Rahmen dieses Werkes gar nicht alle zur Besprechung kommen konnten, haben unter dem furchtbaren Druck von außen her mitgewirkt, daß der u. E. ohne Änderung der äußeren Konstellation schließlich doch nicht mehr aufzuhaltende Zusammenbruch etwas früher und in einer das nationale Pflichtbewußtsein verletzenden Form eingetreten ist.

Wir haben die vorstehenden Betrachtungen über den Krieg unseren weiteren Überlegungen über die **Wirksamkeit der Ideen des Pazifismus und der sozialistischen Internationale innerhalb des deutschen Volkes** voranstellen müssen, weil nach unseren Beobachtungen die Auseinandersetzungen über diese Frage sehr stark, wenn nicht gar in erster Linie, unter dem Einfluß der Meinungsverschiedenheiten der hier in Betracht kommenden Gesellschaftsschichten und Parteien hinsichtlich der psychologischen und politischen Kriegführung gestanden sind. Bekanntlich hatte vor dem Kriege sowohl der Pazifismus wie die sozialistische Internationale Anhänger in allen großen und kleinen Kulturstaaten, und namentlich auch bei unsern nachmaligen Feinden. **Daß diese beiden Bewegungen bei uns ideologisch ernster genommen wurden, steht,** wie wir früher schon gezeigt haben, **mit der Aufrechterhaltung unserer starren Staats- und Gesellschaftsordnung in engem Zusammenhang, die einerseits eine Einstellung der führenden Kreise auf die geistig stetig fortschreitende Psyche der Kulturvölker nicht zuließ, und die andererseits durch ihre staatsrechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Ausdrucksformen den Verlust des inneren, nationalen Kontaktes mit den breiten Schichten des Volkes zur Folge hatte.** Der ungeheure physische und seelische Druck, der im Laufe der Kriegsjahre immer stärker naturgemäß gerade auf die unteren Schichten des Volkes sich auswirkte, preßte nun nach und nach alle Fehler und Schwächen unserer im Verhältnis zu den Fortschritten der anderen großen Kulturvölker erstarrten Staats- und Gesellschaftsordnung mehr und mehr an die Oberfläche, eine Erscheinung, die wir auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, sei es in der Familie, sei es in einer irgendwie gearteten Gemeinschaft, und selbstverständlich auch im Leben eines Volkes beobachten können. So wurde im Zusammenhang mit dem zunehmenden Empfinden im Volke, daß alle Anstrengungen, Entbehrungen und Opfer im Hinblick auf die stetig wachsende Überlegenheit unserer Feinde schließlich doch unsere sich zusehends verschlimmernde Lage nicht mehr verbessern könnten, die Propaganda der rechtsstehenden Kreise und ihrer Presse für den sog. Siegfrieden das erste Sprengmittel gegen die innere Einheitsfront. Die Anhänger des Siegfriedens behaupten dagegen, daß — umgekehrt — das Losungswort vom Verständigungsfrieden, das von den Linksparteien und dem Zentrum ausging, die Erschütterung der Einheitsfront zur Folge gehabt habe, und daß die Schuld daran die Führer dieser Parteien und deren Presse treffe. Wir haben uns über diese letztere Auffassung ja schon dahin geäußert, daß wir sie aus der Erziehungs- und Denkweise dieser Kreise wohl verstehen können, daß wir sie aber auf Grund unserer Beobachtungen für irrig halten, denn **die Führer und die Presse der Linksparteien und des Zentrums haben u. E. das Losungswort vom Verständigungsfrieden in richtiger Erkenntnis der Volksstimmung ausgegeben, weil sie die nicht unbegründete Befürchtung hegen mußten, daß ihre Anhänger bei Aufrechterhaltung des Losungsworts vom Siegfrieden ihnen die Gefolgschaft verweigern würden, wodurch die Gefahr der Revolutionierung der Volkspsyche durch radikale Elemente wohl noch rascher in Erscheinung getreten wäre.** Wenn von Seiten der rechtsstehenden Kreise auf Grund ihrer rein militärisch-autoritativen Anschauungsweise die Ansicht vertreten wird, daß bei einer entsprechenden Beeinflussung des Volkes durch die Führer und die Presse der Linksparteien und des Zentrums die Stimmung

des Volkes für den Siegfrieden hätte aufrechterhalten werden können, so müssen wir diese Auffassung auf Grund unserer Beobachtungen als nicht haltbar bezeichnen, denn der größte Teil des Volkes brachte der bis zum Waffenstillstand optimistischen Darstellung unserer militärischen Lage seitens der Presse aller Schattierungen schon Mitte 1917 keinen Glauben mehr entgegen, da die Bevölkerung natürlich durch die Beziehungen zum Frontheer über den stetig zunehmenden militärischen Druck und die schlechten Ernährungsverhältnisse auch an der Front wohl unterrichtet war. Auch die schärfsten Maßnahmen zur Beeinflussung der Volksstimmung hätten fraglos keinen dauernden Erfolg gehabt, ja vielleicht sogar die Katastrophe noch beschleunigt. Wir erinnern daran, daß sowohl an der Front wie in der Heimat gerade die Führer der Parteien, die den Verständigungsfrieden als Losungswort herausgegeben hatten, ihr Möglichstes getan haben, um im Volk den Willen zum Durchhalten immer wieder zu stärken, wir erinnern an die Worte des Führers der Mehrheitssozialisten Scheidemann, **„Wehe dem Volke, das zuerst die Gewehre an die Wand stellt"**, gegen die zunehmende Apathie war einfach nicht mehr aufzukommen. Die vom nationalen, — wenn auch nicht vom psychologischen Standpunkt aus — begründete Gegenpropaganda für den Siegfrieden löste nun nach und nach alle politischen und gesellschaftlichen Gegensätze aus, die im Anfang des Krieges in dem Empfinden der gemeinsamen nationalen Intressen zurückgedrängt worden waren, und zu denen noch durch die mit der zunehmenden Not auf allen Wirtschaftsgebieten gesetzmäßig sich steigernde Sucht der Ausnützung dieser Verhältnisse ein weiterer sehr schwer wiegender Einwirkungsfaktor trat.

Alle die vorgenannten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Gegensätze erfuhren während und nach der Revolution begreiflicherweise eine ungehemmte Auslösung und hierbei zeigten sich immer offensichtlicher die **schweren Fehler und großen Schwächen der Erziehungsmethoden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung**, die auch heute noch zum Schaden unseres nationalen Wiederaufbaus wirksam sind. Durch das Einspringen der Führer der Mehrheitssozialisten, des Zentrums und der Demokratie wurde die vollständige Radikalisierung der Umwälzung und damit die sonst wahrscheinlich kaum aufzuhaltenden Ausartungen einer Revolution vermieden. Gerade die Erscheinungen der Revolution zeigen noch einmal die wunderbare innere Disziplin des größten Teils der Bevölkerung unseres Volkes. Während unsere Feinde hofften, daß nun vielleicht der durch die ganze Geschichte des deutschen Volkes gehende zersetzende Partikularismus, auf deutsch die durch die Betonung egoistischer Intressen der Dynastieen genährte Stammesselbstsucht, die erhoffte vollständige Vernichtung der deutschen Einheit bringen würde, wurde das Volk trotz der infolge der Katastrophe nun in noch höherem Maße hervortretenden inneren Gegensätze durch die gemeinsame Not in der Erkenntnis der furchtbaren Bedrohung seiner Existenz vom rein nationalen Standpunkt aus betrachtet nur noch enger zusammengeschweißt, eine Tatsache, die Briand anläßlich der englisch-französischen Auseinandersetzungen über Oberschlesien im Mai dieses Jahres wahrscheinlich im Hinblick auf das Fehlschlagen der französischen Bemühungen inbezug auf die Errichtung eines großen katholischen Staates aus den südlichen und westlichen Teilen Deutschlands resigniert zugegeben hat, als er erklärte, daß das

deutsche Volk durch die Abtrennung der „fremdvölkischen" Teile im Westen und Osten jetzt eine viel kompaktere Masse als früher geworden sei.

Während nun das deutsche Volk nach dem physischen und seelischen Zusammenbruch mit seinen unvermeidlichen radikalen Begleiterscheinungen und Nachwirkungen verhältnismäßig rasch wieder aus seiner Apathie herauskam, und in der steigenden Erkenntnis seiner furchtbaren Lage, die zwar nicht offen sichtbar, aber doch gefühlsmäßig in den breitesten Schichten des Volkes nach und nach zum Durchbruch gelangte, durch die Bildung einer sich mehr und mehr erweiternden Einheitsfront gegen den brutalen Vernichtungswillen seiner unerbittlichen Feinde Stellung nahm, wurde der innere Kampf leider in einer Form fortgesetzt, die das überall wieder in den Vordergrund tretende Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit der schwersten Belastungsprobe aussetzte und noch heutigen Tags aussetzt. Die infolge des militärischen und moralischen Zusammenbruchs ermöglichte Revolution wurde begreiflicherweise zum Gegenstand schärfster Auseinandersetzungen gemacht, an denen nicht nur die Parteien der extremen Linken und Rechten beteiligt waren, in die auch infolge ihres Einspringens zwecks Vermeidung von Ausartungen die Mittelparteien, das Zentrum und die Demokratie hineingezogen wurden. Es war vom Standpunkt der radikalen Sozialisten, also der Unabhängigen, deren Führer an der Entwicklung der revolutionären Bewegung nach ihrem eigenen Bekenntnis sehr stark beteiligt gewesen sind, begreiflich, daß sie ihre unnationale Haltung damit zu begründen und zu rechtfertigen versuchten, daß sie die ehemalige kaiserliche Regierung der Schuld am Kriege und die Oberste Heeresleitung der Verantwortung für die Verlängerung des Krieges und damit schließlich für den Zusammenbruch des Volkes bezichtigten. Die Beschuldigung der Verantwortung für den Kriegsausbruch war aber gleichzeitig auch noch von der in diesen wie in radikal-pazifistischen Kreisen herrschenden, nur aus unserer unpolitischen Erziehung heraus möglichen, unglaublich naiven Anschauung beeinflußt, daß das Eingeständnis der Kriegsschuld nach dem Sturze der Hohenzollern die Feinde zu einer versöhnlicheren Haltung gegenüber dem neuen Staatsregime veranlassen werde. Wir wissen nicht, ob die Nachricht, daß der damalige bayrische Ministerpräsident Eisner seine Veröffentlichungen, die die Schuld der Berliner Regierung am Kriegsausbruch beweisen sollten, tatsächlich auf Grund von geheimen Versprechungen Clémenceau's in dieser Richtung gemacht hat. Denkbar wäre dieses naive Vertrauen Eisners einerseits, vor allem aber die raffinierte Handlungsweise des französischen Ministerpräsidenten. Diese naive Grundanschauung, deren Äußerung nur bei einem in staatsrechtlicher und damit politischer Unselbständigkeit erzogenen Volke möglich ist, trat, worauf wir früher schon hingewiesen haben, nun auch bei den sog. „internationalen" sozialistischen und pazifistischen Friedenskongressen in Erscheinung. Die Ententevertreter auf diesen Kongressen, namentlich aber die Franzosen, bemühten sich hier, genau so wie Clémenceau, die deutschen Vertreter zu einem Bekenntnis der Kriegsschuld zu bewegen, indem sie diesen vorredeten, daß nur auf die Weise die künftige „Versöhnung" ermöglicht werden könne. Die damals aus der gekennzeichneten unpolitischen Denkweise und wohl auch aus innerpolitischen Beweggründen heraus gemachten Zugeständnisse werden heute von den Mehrheitssozialisten, unter denen die

Hauptführer diese Anschauung grundsätzlich überhaupt nicht vertreten haben, nicht mehr aufrechterhalten, und von den Unabhängigen mußte der durch das Studium der deutschen Akten am besten unterrichtete Kautsky, nachdem er anfänglich sogar in einem für diese Zwecke zurechtgestutzten Auszug aus den Akten die Kriegsschuld der Berliner Regierung nachzuweisen versucht hatte, jetzt zugeben, daß er seine diesbezüglichen Behauptungen nicht aufrecht erhalten könne.

Die politischen Auseinandersetzungen nach der Revolution standen bekanntlich im Zeichen der Kämpfe um die Frage der Verantwortlichkeit für den militärischen und moralischen Zusammenbruch. Während die Rechtsparteien den Standpunkt vertraten, daß die Linksparteien für den moralischen Zusammenbruch verantwortlich seien, weil sie mit dem Losungswort vom „Verständigungsfrieden" den Siegeswillen im Volke untergraben hätten, machten die Linksparteien und das Zentrum die Rechtsparteien für den Zusammenbruch verantwortlich, indem sie aus ihrer Auffassung heraus die Absicht der Erringung eines Siegfriedens für verderblich erklärten, da das Volk und Heer im Hinblick auf die vollkommene physische und moralische Erschöpfung und die stetig zunehmende zahlenmäßige und technische Übermacht des Feindes einer solchen Aufgabe nicht mehr gewachsen gewesen sei, woraus schließlich infolge der Durchführung des unbeschränkten U-Bootkriegs und des daraus hervorgehenden Eingreifens Amerikas der militärische Zusammenbruch mit seinen Folgen im Innern herzuleiten sei. Nach dem Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung, das den Rechtsparteien 67 Sitze von 421 brachte, hatten sich mehr als $^5/_7$ des Volkes für die Parteien entschieden, die für den Verständigungsfrieden eingetreten waren, woraus man über die damalige Stimmung des Volkes doch gewisse Schlüsse zu ziehen berechtigt ist. Es handelt sich hier nicht darum, das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung etwa zur Beweisführung dafür heranzuziehen, daß das Losungswort vom Verständigungsfrieden das richtige für die Kriegführung gewesen sei, wir wollen hier nur feststellen, daß die große Mehrheit des Volkes diesen Parteien durch die Wahl ihr Vertrauen ausgesprochen hat. Auch die Reichstagswahlen vom Juni 1920 und die preußischen Wahlen in diesem Jahre, die doch unter dem Eindruck der schwersten Bedrohung unserer nationalen Existenz stattfanden, was im allgemeinen regelmäßig eine Stärkung der Rechtsparteien zur Folge hat, haben bei objektiver Betrachtung der Ergebnisse diese Stimmung im großen ganzen nicht zu beeinflussen vermocht, trotzdem die Rechtsparteien konsequenterweise die Verantwortung für unsere innere und äußere Lage den Parteien zuschoben, die während und nach der Revolution die Regierung übernommen und schließlich auch die Friedensbedingungen angenommen hatten. Wenn man also in Betracht zieht, daß im Hinblick auf unsere Erziehung bei den vorgenannten Wahlen die gefühlsmäßige nationale Gesinnung im Zusammenhang mit der anerzogenen Geringschätzung demokratischer Grundsätze bei den oberen Gesellschaftsschichten wieder zur Geltung kam, wenn man weiterhin bedenkt, daß bei diesen Wahlen die wirtschaftlichen Fragen (Steuern, Zwangswirtschaft usw.) und die religiösen Momente wieder eine für eine große Anzahl von Wählern ausschlaggebende Bedeutung erlangten, so berechtigt die Tatsache, daß die Rechtsparteien nur etwa $^1/_3$ der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen vermochten,

zu der Folgerung, daß trotz aller für sie ungünstigen inneren und äußeren Einwirkungsmomente die Parteien, die für den Verständigungsfrieden eingetreten waren, und später sich für die Annahme der Friedensbedingungen hergegeben hatten, im Volke doch den größten Anhang besitzen.

Wenn wir schon oben festgestellt haben, daß nach unsern Beobachtungen die Einheitsfront nach außen hin sich immer mehr erbreitert und festigt, so dürfen wir andererseits aber im Zusammenhang mit den vorstehenden Betrachtungen im Intresse unserer nationalen Wiedergesundung nicht versäumen, auf Grund der Reichstags- und preußischen Wahlen auf die offensichtliche Linksradikalisierung hinzuweisen, die fraglos als Gegenwirkung auf die Art der Äußerungen nationaler Gesinnung seitens der Rechtsparteien und der Führung des politischen Kampfes von dieser Seite her zurückzuführen ist. Wenn man nicht Katastrophenpolitiker ist, sondern die nationale Wiedergeburt auf breitester Grundlage wünscht, — und nur so ist sie u. E. überhaupt noch möglich — so muß man den Mut haben, unseren oberen Schichten und den von ihnen gebildeten Parteien zu sagen, daß ihre nationalen und politischen Erziehungsmethoden unbedingt einer Anpassung an eine neuzeitliche Staats- und Gesellschaftsauffassung bedürfen. Man versuche nur einmal, sich in die Psyche der unteren Schichten hineinzudenken, dann wird man verstehen, daß die dauernde Verächtlichmachung und die mehr oder weniger offene Bedrohung der jetzigen Staatsordnung und der Parteien, die sie vertreten, niemals zu einer inneren Gesundung des Volkes führen kann, denn erstens ist es ein psychologischer Trugschluß, wenn man glaubt, durch Verächtlichmachung der Parteiführer die Anhänger dieser Parteien zur Verweigerung der Gefolgschaft bewegen zu können, und zweitens werden große Teile der unteren Schichten aus den instinktiven Äußerungen des persönlichen und wirtschaftlichen Selbsterhaltungstriebs heraus, wie wir bei den letzten Wahlen gesehen haben, direkt den linksradikalen Demagogen in die Arme getrieben, wodurch die gemäßigten Arbeiterführer begreiflicherweise zu schärferer Stellungnahme gedrängt werden. Es handelt sich hier, wie jeder Kenner der politischen Verhältnisse uns wird zugestehen müssen, weniger um wirtschaftliche Momente, es handelt sich hier auch nicht um die parteipolitische Anschauung, denn in jedem Staatswesen gibt es und wird es in Zukunft konservative Parteien geben, die aus gesellschaftlicher und kultureller Anschauung und auch wirtschaftlichen bzw. beruflichen Intressen heraus neue Ideen bekämpfen, und in einem geordneten, sozial und gesellschaftlich mehr ausgeglichenen Staatswesen werden diese Kreise bei entsprechender Befähigung auch immer den vorherrschenden Einfluß haben, **der politische Kampf wird heute in erster Linie dadurch verschärft, daß weite Kreise des Volkes die Befürchtung hegen, die Rechtsparteien wollten das jetzige Staatsregime bei Gelegenheit mit Gewalt stürzen.**

Wer die Äußerungen der Psyche der unteren Gesellschaftsschichten vor dem Kriege und während des Kriegs, sowie während und nach der Revolution zu beobachten Gelegenheit genommen hat, weiß, daß **gerade in der Geltendmachung der Autoritätsidee** durch die führenden Kreise, wie sie durch die Erziehungsmethoden unserer in Traditionen erstarrten Staats- und Gesellschaftsordnung begünstigt wurde, **die sozialen, gesellschaftlichen und politischen Gegensätze ihre besondere Ver-**

schärfung erfahren haben. Diese scharfe Betonung des Klassen- und Standesbewußtseins der oberen Schichten hatte einen besonders aufnahmefähigen Boden für die Idee des internationalen Sozialismus bei uns geschaffen, sie trug auch die Schuld daran, daß die Frage des Verständigungs- bzw. Siegfriedens zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen führte, da die unteren Schichten in dem Losungswort vom Siegfrieden, das von den Rechtsparteien ausgegeben worden war, in anbetracht unserer verzweifelten Lage schließlich nur noch den Willen nach Machtäußerung des Militärs und der oberen Schichten und das Streben nach Geltendmachung egoistischer Ansprüche dieser Kreise erblickten, und sie war es auch, die während der Revolution, den nachfolgenden Wahlkämpfen und Links- und Rechtsputschen die Stimmung ausschlaggebend beherrscht hat. Die Erziehungsmethoden und entsprechenden Ausdrucksformen unserer veralteten Staats- und Gesellschaftsordnung, mit einem Wort, **die Idee des Obrigkeitsstaats, war im Verhältnis zum geistigen Fortschritt der unteren Schichten unhaltbar geworden,** und da sich die oberen Schichten infolge ihrer anerzogenen Anschauung dieser Entwicklung nicht anzupassen vermochten, (wie es die führenden Schichten der demokratischen Staaten in virtuoser Weise verstanden haben), so mußten unter dem furchtbaren Druck von außen her und im Hinblick auf die daraus sich entwickelnden Meinungsverschiedenheiten über die Kriegführung die Gegensätze begreiflicherweise schließlich immer mehr zum Ausdruck kommen.

Wenn wir einen sehr großen Teil der Ausführungen in diesem Werke den Erscheinungen und Äußerungen der Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Lebens Deutschlands gewidmet haben, so geschah das nicht etwa aus parteipolitischen Gründen, sondern in dem Bestreben der Kennzeichnung der Gefahren, die in der Aufrechterhaltung einer überlebten Staats- und Gesellschaftsordnung sowohl im Innern wie nach außen hin für ein Volk liegen. Wie die Möglichkeit autoritativer Einwirkung auf den Einzelmenschen im Verhältnis zu seinem geistigen Ausbildungsgrade abnimmt, nimmt die Wirksamkeit der Autoritätsidee auch bei einem Volke in dem Grade ab, in dem seine geistige Ausbildung die Entwicklung vom passiven bzw. aktiven zum subjektiven Rechtsempfinden gegenüber den staatsrechtlichen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Machtäußerungen der führenden Schichten gefördert hat. Wird dieses subjektive Rechtsempfinden von den führenden Schichten beachtet, so wird die Psyche der Mehrheit des Volkes in der nationalen Vorstellungswelt erhalten, d. h. jeder einzelne Volksgenosse fühlt sich als gleichberechtigter Staatsbürger, wodurch auch inbezug auf sein nationales Empfinden bei jeder Gelegenheit in erster Linie das subjektive Rechtsbewußtsein, und damit der **aktive nationale Selbsterhaltungstrieb** zur Geltung gelangt. Und hierin haben wir den psychologischen Ursprung der großartigen Erfolge der politischen und nationalen Erziehungsmethoden unserer Feinde zu erblicken, die bekanntlich nicht nur im Innern, sondern auch nach außen hin aufs wirkungsvollste zur Geltung gekommen sind. Gerade dadurch, daß unsere erstarrte Staats- und Gesellschaftsordnung den größten Teil unseres Volkes inbezug auf die Mitarbeit an unserem Staatswesen in der Hauptsache zur Passivität verurteilte, wurde **in fast allen Kreisen die Erstarrung des nationalen Instinkts direkt gefördert,** die schließlich im

Hinblick auf die systematisch durchgeführte Innenzucht auch unsere Diplomatie ergriff, woraus der Zusammenbruch unserer Außenpolitik sich herleitet und in Verbindung damit die militärische Katastrophe. Unsere Feinde hatten diese Schwächen unserer passiven politischen und nationalen Erziehung wohl erkannt und aufs beste ausgenützt. Die Franzosen beurteilten die deutsche Volkspsyche nicht unrichtig, als sie das Wort von der „Schafherde" prägten, und eine ähnliche Anschauung äußerte auch ein rumänischer Staatsmann mit dem Urteil über das deutsche Volk: „Stark wie ein Löwe, aber dumm wie ein Schaf". Die Vergleiche mit den Charaktereigenschaften des Schafes bezogen sich natürlich nur auf die Politik, womit angedeutet werden sollte, daß das deutsche Volk inbezug auf politische Denkweise wie eine Schafherde sich benehme, die in ihrer Unselbständigkeit sich blindlings auf die ihr gestellten Führer verlasse, selbst wenn diese als noch so unfähig sich erweisen. Unsere nationale Erstarrung zeigte sich — wie die geistige auf dem Gebiete der flüssigen Wissenschaften — darin, daß man bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit den Geist Bismarcks glaubte zitieren zu müssen. Ein großes gesundes Volk, dessen geistiges und seelisches, und damit auch nationales Leben in Kontakt bleibt mit der Entwicklung seiner Umgebung wird immer die Staatsmänner heranzubilden vermögen, die die Fähigkeiten besitzen, die Intressen des Staates wahrzunehmen, denn man kann wohl die großen Richtlinien bedeutender Staatsmänner verwenden, nie aber sklavisch ihre Methoden auf Verhältnisse anwenden, die durch die geistige, kulturelle und politische Entwicklung ganz andere Anforderungen stellen. Während unsere Feinde infolge der Beweglichkeit ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung auf allen Gebieten politisch-nationaler Betätigungsmöglichkeit die besten Kräfte zu mobilisieren vermochten, während sie zur Geltendmachung ihrer nationalen Bestrebungen alle Fortschritte des Geistes- und Kulturlebens diesem Ziele dienstbar zu machen verstanden, und so selbst, wie wir später noch besser sehen werden, neben dem demokratischen Gedanken die Ideen des Sozialismus und Pazifismus für ihre Zwecke zu verwerten vermochten, weil die Träger dieser Ideen die Grundlage nationalen Empfindens, d. h. des subjektiven Rechtsbewußtseins gegenüber den Gesinnungsgenossen anderer Staaten nie aufgegeben haben und nie aufgeben werden, verhinderten die Erziehungsmethoden unserer veralteten Staats- und Gesellschaftsordnung die Zusammenfassung und Auswertung unserer überragenden geistigen und sittlichen Leistungen gerade auf dem wichtigsten Gebiete der Sicherung unserer Existenz. Wir werden in den nachfolgenden Ausführungen im einzelnen bei Gelegenheit auf die ernsten Folgen dieser nationalen Erziehungsmängel noch zurückkommen.

Deutschlands Außenpolitik seit 1871.

Die nachstehenden Betrachtungen über die Gestaltung der Beziehungen Deutschlands zu den führenden Weltmächten seit 1871 können im Rahmen unseres Werkes natürlich nur die großen Richtlinien behandeln, die schließlich zum Endpunkt des europäischen und im Zusammenhang damit des Weltkrieges geführt haben.

Der Sieg der vereinigten deutschen Stämme im Jahre 1871 hatte der seit

dem 30jährigen Kriege unausgesetzt verfolgten Politik Frankreichs, die Vorherrschaft in Europa aufrechtzuerhalten, und gleichzeitig seine Grenzen soweit als möglich nach Osten zu verschieben, ein vorläufiges Ende bereitet. Daß das Führertum Frankreichs die Wiedereroberung des deutschen Elsaß nicht als fertige Tatsache hinnehmen würde, damit mußte die deutsche Politik von Anfang an rechnen. Genau so wie die englische Politik systematisch die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft, sowie die Abrundung des kolonialen Weltreichs von Indien bis Afrika verfolgte, und jeden etwaigen Wettbewerber, der England auf dem Wege zur Erreichung und Festhaltung dieses Ziels hindernd im Wege stand, beseitigt hat, so war auch die französische Politik — ebenfalls durch eine glückliche Lage des Landes begünstigt — von jeher auf eine Erweiterung des Machtbereichs nach Osten eingestellt. Aus dieser **gesetzmäßigen Wirkung des aktiven aggressiven Selbsterhaltungstriebs** der französischen Volkspsyche leitet sich auch die dauernde Verschiebung des deutsch-französischen Sprachgebiets zugunsten der französischen Sprache her. So sehen wir in Belgien das germanische Flamentum verschwinden, Luxemburg und das Elsaß wurden französisiert, und auch die Schweiz ist sprachlich und kulturell immer mehr unter französischen Einfluß geraten. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß diese Entwicklung des politischen und kulturellen Einflusses Frankreichs auf die deutschen Grenzgebiete in erster Linie auf die Uneinigkeit der deutschen Stammesfürsten zurückzuführen ist. Mit diesem Faktor hatte die französische Politik auch 1866 und 1870 gerechnet, denn wenn Napoleon geahnt hätte, daß die Kriege von 1863/64 und 1866 Bismarck nur als taktische Operationen zur Vorbereitung der Einigung der deutschen Stämme gedient hatten, so hätte sich Frankreich wahrscheinlich in jener Zeit nicht so ruhig verhalten, und das umso weniger, als England anläßlich des dänischen Konflikts anfangs eine durchaus nicht freundliche Haltung gegenüber Preußen eingenommen hatte. In der Voraussicht dieser Komplikationen hatte Bismarck ja auch inbezug auf die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage den Weg des gemeinschaftlichen Vorgehens mit Österreich gewählt, und auf diese Weise ein Eingreifen Frankreichs und Englands zu verhindern verstanden. Die Austragung des Konflikts bezüglich der politischen Vorherrschaft in Deutschland zwischen Preußen und Österreich-Ungarn wurde ohne Einmischung der andern Großmächte dann dadurch ermöglicht, daß er sich die Freundschaft Rußlands sicherte, — das vielleicht spätere Zugeständnisse inbezug auf österreichische Gebiete erhoffte, — und gleichzeitig Frankreich auf dem Glauben ließ, als würde er gegen die Rheinlandspolitik der Franzosen keine Einwendungen erheben. England aber verhielt sich neutral, weil es Frankreich zur damaligen Zeit im Hinblick auf dessen Einfluß in Italien und dessen freundschaftliche Beziehungen zu Österreich-Ungarn für den gefährlichsten Festlandskonkurrenten hielt, und außerdem auch die Austragung rein kontinentaler Konflikte nicht ungern sah, weil sie immer die Möglichkeit späterer Stellungnahme zugunsten der einen oder anderen Macht offen ließ, und damit die Erwerbung von Freundschaften für seine Zwecke. Aus diesem Grunde verhinderte England dann auch die von den deutschen Militärs gewünschte bessere strategische Grenze im Südwesten.

Bismarcks Außenpolitik war nun während seiner ganzen Regierungszeit darauf

gerichtet, die befürchtete französische Revanchepolitik zu durchkreuzen, und es ist bekannt, daß er auch nach seiner Entlassung jede Gelegenheit wahrnahm, in diesem Sinne zu wirken. Zunächst zeigte sich die machtpolitische Auswirkung der Einigung der deutschen Stämme durch die Geltung, die Deutschland im Konzert der europäischen Staaten erhielt. Wir haben oben angedeutet, daß Rußland für seine neutrale Haltung anläßlich der kriegerischen Auseinandersetzungen Preußens mit Österreich-Ungarn und Frankreich wohl Zugeständnisse bezüglich seiner Politik gegenüber Österreich-Ungarn und dem Orient erhofft hatte. Diese Auffassung dürfte wohl ihre Bestätigung durch den Ausbruch des russisch-türkischen Krieges finden. Die panslawistischen Aufstände, die auf dem Balkan inszeniert worden waren, haben fraglos von Rußland ihren Ausgang genommen, denn die russische Regierung trat sofort als Schützerin der slawischen Christen auf, und erklärte 1877 der Türkei den Krieg, an dem auch Österreich-Ungarn und England infolge der Verletzung ihrer Balkan- bzw. Orientintressen teilzunehmen drohten. Wie aus den aufschlußreichen Erinnerungen Otto Hammanns „zur Vorgeschichte des Weltkrieges" hervorgeht, war von Seiten Rußlands schon 1876 an Bismarck die Frage gerichtet worden, ob Deutschland im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich-Ungarn wegen der orientalischen Fragen neutral bleiben würde. Die Antwort hat nach Hammann dahin gelautet, daß sich bei Gefährdung des Besitzstandes Österreich-Ungarns für Deutschland die Zwangslage ergäbe, für letztere Monarchie einzutreten, deren lebensgefährliche Verwundung es nicht dulden könne. Die Gegenfrage Bismarcks, ob Rußland gegen Unterstützung im Orient auf einen Garantievertrag für den deutschen Besitzstand eingehen wollte, wurde von der Petersburger Regierung abgelehnt. Die deutsche Machtstellung, insonderheit aber das gewaltige Ansehen, das Bismarck bei den europäischen Mächten besaß, trat augenscheinlich zu Tage anläßlich der Schlichtung der durch den russisch-türkischen Krieg hervorgerufenen orientalischen Streitfragen durch den **Berliner Kongreß** im Jahre 1878, dessen Berufung Bismarck zur Vermeidung eines drohenden europäischen Konflikts vorgeschlagen und durchgesetzt hatte. Hier gelang es Bismarck mit Unterstützung Englands und Österreich-Ungarns die russischen Ansprüche gegenüber der Türkei zurückzuschrauben, und gleichzeitig die englischen Intressen im Orient und diejenigen Österreich-Ungarns auf dem Balkan (Zugeständnis der Besitzergreifung Bosniens und der Herzegowina) zu sichern. Die Stellungnahme Bismarcks auf dem Kongreß hatte aber begreiflicherweise zur Folge, daß man in Petersburg Deutschland als hemmenden Faktor gegen die Verfolgung der russischen Intressen im Orient und auf dem Balkan erblickte. Aus jener Zeit stammt auch das bekannte russische Wort: „Der Weg nach Konstantinopel geht über Berlin." Bismarck hatte also die Hoffnungen Rußlands getäuscht, und an dieser Tatsache und den daraus für die russische Politik sich ergebenden Folgerungen vermochten auch die Rückversicherungsverträge und die vorübergehenden formalen Annäherungen beider Mächte nichts zu ändern. Bekanntlich ist sowohl nach dem Rücktritt Bismarcks wie besonders auch anläßlich des Ausbruchs des Weltkriegs immer wieder die Frage zur Erörterung gestanden, warum der Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht erneuert worden sei. Wenn man die Entwicklung der politischen Verhältnisse seit dem Berliner Kongreß be-

trachtet, so erscheint uns die Beantwortung dieser Frage nicht allzuschwer. Es war klar, daß nach den Ergebnissen des Berliner Friedens und des auf Grund derselben ein Jahr darauf zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn abgeschlossenen offiziellen Schutz- und Trutzbündnisses die Bindung Rußlands durch den Rückversicherungsvertrag ohne entsprechende **konkrete** Zugeständnisse auf die Dauer nicht durchzuführen war. Die russische Politik, die auf die Erwerbung eines direkten Ausfuhrwegs für die landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffe zum Weltmarkt ging, war mit der Frage der Lösung des Orient- bzw. Balkanproblems eng verknüpft. Die eine Lösung wäre der Besitz der Dardanellen gewesen, die andere der Weg über den Balkan ins adriatische Meer. Die letztere Lösung suchte man durch die Propaganda der panslawistischen Idee. Beiden Lösungen aber stand Deutschland, das sein Interesse an der Aufrechterhaltung der österreich-ungarischen Vormachtstellung auf dem Balkan und der Erhaltung der Türkei erklärte, hindernd im Wege. Es konnte daher nicht ausbleiben, daß Rußland den im Interesse seiner Revanchepolitik dauernd betriebenen Liebeswerbungen Frankreichs schließlich nachgab, und das umso lieber, als Frankreich inbezug auf vorgenannte Bestrebungen fraglos keine Vorbehalte machte, und außerdem noch außerordentlich große Geldmittel zu Rüstungszwecken zur Verfügung stellte. Daß Bismarck die Gefahren, die in der Festhaltung an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn inbezug auf die Gestaltung der Beziehungen zu Rußland lagen, erkannt hatte, beweist sein schon früher erwähnter Brief an den englischen Ministerpräsidenten, Lord Salisbury, im Jahre 1887. Bismarck legte in dem Briefe dar, daß der Bestand Österreich-Ungarns für uns eine Notwendigkeit allerersten Ranges sei, daß wir aber, wenn wir von Rußland und Frankreich gleichzeitig angegriffen würden, und das Bündnis mit den befreundeten, von denselben kriegerischen Nationen bedrohten Mächten uns im Stiche ließe, versuchen würden, uns den Krieg durch eine freundschaftliche Verständigung mit Rußland zu ersparen für den Fall, daß wir ihn **ohne** Bundesgenossen führen müßten. Interessant für die spätere Politik der deutschen Regierung ist die Begründung der Auffassung Bismarcks bezüglich der gekennzeichneten Möglichkeit eines Zweifrontenkriegs, die dahin geht, daß der Krieg gegen das vereinte Frankreich und Rußland, selbst angenommen, daß er als militärischer Erfolg ebenso ruhmvoll für uns endigen würde wie der Siebenjährige Krieg, immerhin ein so **großes Unglück für das Land** sein würde, daß wir lieber eine freundschaftliche Verständigung mit Rußland vorziehen würden. Bismarck schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, er wünsche, daß die befreundeten Mächte (England, Österreich-Ungarn und Italien), welche im Orient Interessen zu beschützen hätten, die nicht die unsrigen sind, durch ihren Zusammenschluß und durch ihre Streitkräfte sich stark genug machen, um das russische Schwert in der Scheide zu halten, oder um demselben Widerstand leisten zu können, falls die Umstände zu einem Bruch führen sollten. Solange kein deutsches Interesse dabei auf dem Spiele stände, würden wir neutral bleiben, aber unmöglich sei die Annahme, daß jemals ein deutscher Kaiser Rußland die Unterstützung seiner Waffen leihen könnte, um ihnen zu helfen, eine derjenigen Mächte niederzuwerfen oder zu schwächen, auf deren Beistand wir rechnen, sei es, um einen Krieg mit Rußland zu verhindern, sei es, um uns zu helfen, ihm die Stirn zu bieten. Von diesem Gesichtspunkte

aus werde die deutsche Politik immer gezwungen sein, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, wenn die Unabhängigkeit Österreichs durch einen russischen Angriff bedroht wäre, oder England oder Italien Gefahr liefen, durch französische Heere überflutet zu werden. Der Brief verfolgte, wie früher schon angedeutet, den Zweck, das in der öffentlichen Meinung Englands damals schon einsetzende, vielleicht auch geschürte Mißtrauen gegen Deutschland zu beseitigen, und galt, wie die letzten Bemerkungen andeuten, auch der Sondierung über die Möglichkeit eines näheren Anschlusses der beiden Staaten. Die Londoner Regierung wich aber, wie Hammann mitteilt, einem Eingehen auf diese letztere Frage aus, ein Zeichen, daß man sich nicht binden wollte. In dem Brief Bismarcks an Salisbury ist einerseits der gesamte Fragenkomplex hinsichtlich der damaligen Konstellation der europäischen Mächte gekennzeichnet, andererseits aber auch die Politik der deutschen Regierung, die seit 1870 unentwegt auf die Erhaltung des Friedens eingestellt war. Deutschland fühlte sich, wie Bismarck in dem Briefe sagte, nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme als saturierter, d. h. befriedigter, und daher friedliebender Staat, dessen Streben deshalb nur auf die Aufrechterhaltung und Sicherung der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse in Europa ausging. Die sichtlich zunehmende Annäherung Rußlands an Frankreich dürfte der Hauptanlaß für Bismarcks Brief an den englischen Ministerpräsidenten gewesen sein. Wir sehen also, die deutsche Politik stand schon um die Zeit der Kanzlerkrisis vor der Entscheidung zwischen einer Annäherung an England oder der Gewährung von Zugeständnissen an Rußland. Die passive Haltung Englands auf die Bismarcksche Sondierung dürfte wohl die letzte Erneuerung des Rückversicherungsvertrags beeinflußt haben, der in einer Geheimklausel den russischen Intressen im Orient Zugeständnisse machte.

Wenn man die nachbismarcksche Außenpolitik vorurteilslos betrachten will, so muß man beachten, daß unsere zentrale Lage in Europa der deutschen Diplomatie weit schwierigere Aufgaben stellte als jeder andern Großmacht. Die glückliche insulare Lage Englands gestattete ihm nach Belieben eine Konstellation zu unterstützen oder herbeizuführen, die seinen Intressen am besten diente. Frankreich hatte nur ein Ziel, nämlich das der Erweiterung seines Machtbereichs nach Osten hin, das konsequent seit dem 30jährigen Kriege seine Außenpolitik beherrschte, Rußland aber strebte nach einer direkten Verbindung mit dem Weltmarkt durch das Meer. Durch die Verbindung mit Österreich-Ungarn waren wir unglückseligerweise in unsern Entscheidungen aufs schwerste behindert. Die verschiedenen Versöhnungsversuche gegenüber Frankreich blieben erfolglos, weil einerseits der in unserer Erziehung begründete starre Charakter unseres diplomatischen Systems und die unpolitische Denkweise der führenden Kreise ein Hinausgehen über formale Verständigungsversuche zu einer psychologischen Beeinflussung der öffentlichen Meinung Frankreichs nicht zuließ, andererseits aber auch England bemüht war, eine solche Verständigung, die seinen Einfluß auf die Gestaltung der europäischen Politik vollständig ausgeschaltet hätte, von Anfang an zu hintertreiben. Bekanntlich hat Bismarck, um Frankreich von seiner Revanchepolitik abzulenken, die kolonialen Erwerbungen der Franzosen begünstigt, allerdings ohne den gewünschten Erfolg. Hätte man durch private Initiative diese Bemühungen fortgesetzt, indem man dem französischen Volke den Wahnsinn der

gegenseitigen Aufreibungspolitik klar gemacht hätte, so wäre vielleicht doch mit der Zeit ein Umschwung in der Volkspsyche zu erreichen gewesen, denn die Deutschenhetze wurde nur methodisch von einer verhältnismäßig kleinen, allerdings umso energischeren Nationalistenliga aufrechterhalten. Zu einer solchen großzügigen Politik, deren Erfolg die Anstrengungen der Edelsten beider Nationen wert gewesen wäre, fehlten uns allerdings infolge unserer unpolitischen Erziehungsweise, die den größten Teil unserer Intelligenz und auch unserer öffentlichen Meinung in passiver Haltung inbezug auf die Außenpolitik erhielt, die dazu befähigten organisatorischen Kräfte, während solche den demokratischen Staaten mit ihrem aktiveren, die politischen und nationalen Fähigkeiten dauernd anregenden und belebenden Staatssystem für solche Zwecke immer zur Verfügung standen. Wir erinnern an die Einrichtung von deutschen Lehrstühlen an den amerikanischen Universitäten. Unsere Austauschprofessoren haben drüben sicherlich eine ersprießliche kulturelle Tätigkeit entwickelt, aber daß sie zu einer nationalen Propaganda für Deutschland fähig gewesen wären, wie sie beispielsweise die Franzosen jeglichen Berufs in aller Herren Länder in virtuoser Weise durchgeführt haben, namentlich aber in den europäischen Kleinstaaten und auf dem Balkan, davon haben wir nichts zu spüren bekommen, denn der deutsche Gelehrte war eben infolge unserer unpolitischen Erziehung in erster Linie Wissenschaftler, und glaubte durch diese Betätigung allein schon seinem Volke im Auslande nützen zu können. Und so national er inbezug auf Gesinnung und Opferwilligkeit war, die **Objektivität der wissenschaftlichen Forschung** durfte nicht dadurch getrübt werden, daß man im Auslande etwa den Eindruck nationalpropagandistischer Betätigung erhielt. Dieselbe Beobachtung haben wir ja auch hinsichtlich der Haltung unserer Auslandsdeutschen und unserer wirtschaftlichen Kreise machen können, und nicht zuletzt standen auch die Angehörigen unserer Diplomatie und unseres Konsulatswesens unter dem die nationale Propaganda im Auslande hemmenden Einfluß der anerzogenen politischen Passivität nach außen, woraus sich letzten Endes die schweren Unterlassungssünden einmal hinsichtlich der Beobachtung der Äußerungen der Volkspsyche anderer Völker herleiten, andererseits der völlige Mangel an organisierten Gegenaktionen gegen die im letzten Jahrzehnt immer offensichtlicher in Erscheinung tretende deutschfeindliche Propaganda der Entente in der ganzen Welt. Das deutsche Volk, das infolge der teils **methodologisch-wissenschaftlichen Erziehungsweise, die naturgemäß auch objektivierend auf die Ausbildung der sittlich-ethischen Anschauungswelt** einwirkte, teils autoritativen und unpolitischen Erziehung, die die Heranbildung eines subjektiven, d. h. **selbständig** sich geltend machenden nationalen Rechtsbewußtseins verhinderte, **für eine nationale Haßpropaganda gar nicht empfänglich war**, hätte die psychologischen Annäherungsversuche an Frankreich gerne unterstützt. Hatte man doch unsere nationalen Feiern, von denen man annahm, sie könnten die Franzosen verletzen, in den letzten Jahren so gut wie möglich ohne Geräusch abgehalten, und jedes gute Wort von jenseits des Rheins mit Freuden aufgenommen. Vielleicht haben wir dadurch das ohnehin zur Überhebung neigende nationale Selbstbewußtsein der Franzosen noch gesteigert, da man es drüben in den nationalistischen Kreisen nicht als Willenskundgebungen des physisch Stärkeren zur Verständigung, sondern als Ausdruck geistiger Unterlegenheit bewertete, ja als ein Zeichen von

Dummheit betrachtete. Diese Auffassung in den nationalistischen Kreisen Frankreichs wäre jedoch vielleicht bei einem **konsequent** durchgeführten Verständigungsversuch, der die große Masse des Volkes hätte überzeugen müssen, doch überwunden worden, namentlich wenn man die Franzosen darauf hingewiesen hätte, daß sie mit ihrer blinden Haßpolitik gegen Deutschland eigentlich nur als Werkzeug Englands zur Aufrechterhaltung seines „Gleichgewichts"-prinzips dienten. Aber auch hier wie gegenüber Rußland besaß England im Hinblick auf seine glückliche insulare Lage die besseren Trümpfe, denn es vermochte, wie sich später zeigte, den Franzosen nicht nur koloniale Erwerbungen zu garantieren, soweit diese die eigenen Kreise (siehe Ägypten) nicht störten, sondern auch territoriale Erweiterungen des eigenen Landes, die vom **rassenbiologischen** Gesichtspunkt aus betrachtet immer die wertvolleren sind.

Das schwierigste Problem unserer Außenpolitik bot aber schließlich in dem Grade, in dem sich unsere Beziehungen zu Rußland durch die Hemmungen, die wir seinen Bestrebungen aus unserer Bündnispolitik heraus entgegensetzten, verschlechterten, die **Gestaltung unserer Beziehungen zu England.** Der gewaltige wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands im Zusammenhang mit der dauernden Steigerung unserer Bevölkerungszahl machte eine weitestgehende Einstellung unserer Volkswirtschaft auf den Weltmarkt, d. h. auf den Export und in Verbindung damit den Seeverkehr notwendig. Die weitere Folge dieser Entwicklung war das natürliche Streben nach Sicherung unserer Seeschiffahrt durch eine Kriegsflotte und nach Erwerbung von Kolonien zwecks Unabhängigmachung hinsichtlich der Rohstoffe für unsere Industrie und Ansiedlung unserer überschüssigen Bevölkerung. Auf dem Wege zu diesem Ziele mußten wir früher oder später mit England in Kollision geraten. Wir wollen damit nicht sagen, daß die aus der Entwicklung Deutschlands von einer Kontinental- zu einer Weltmacht sich herausbildenden Reibungsflächen gegenüber England unbedingt zum offenen Konflikt haben führen müssen, von **deutscher** Seite war dies, soweit wir zu sehen vermögen, sicherlich nicht beabsichtigt, und der beste Beweis für diese Auffassung liegt wohl darin, daß unsere Regierung bis zum letzten Augenblick eine aktive Teilnahme Englands an dem europäischen Kriege nicht in Rechnung gestellt hatte, denn sonst müßten wir ja die Politik unserer Regierung in den letzten Vorkriegsjahren nicht nur als unfähig, sondern direkt als ein Verbrechen am Volke bezeichnen. Wir haben aber, wie wir später sehen werden, eine Reihe einwandfreier Beweise dafür, daß die raffinierte und skrupellose englische Politik die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick tatsächlich irregeführt hat, um bei Gelegenheit, wie der englische Außenminister **Grey** schon im Sommer 1912 auf eine Anfrage Rußlands, was es von England im Falle eines bewaffneten Zusammenstoßes mit Deutschland zu erwarten habe, bemerkte, **„der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag versetzen zu können".**

Schon Mitte der 90er Jahre setzte in England eine antideutsche Stimmung ein, die angeblich aus der industriellen und Handelskonkurrenz entsprang. Während noch in den 80er Jahren die deutsche Ware als schlecht und billig abgetan wurde, nahm infolge der stetigen Fortschritte der deutschen Wissenschaft und Technik der wirtschaftliche Wettbewerb für England bald ernsteren Charakter an, und das umsomehr, als die deutsche Ware nicht nur inbezug auf Qualität gewonnen, sondern auch

billiger war, weil die deutsche Industrie im Hinblick auf die starke Zunahme der Bevölkerung und das daraus sich ergebende starke Arbeitsangebot auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens niedrigere Arbeitslöhne als England zahlte. Der durch diese Konkurrenz hervorgerufenen Stimmung in englischen Wirtschaftskreisen gab im Jahre 1897 die angesehene Zeitschrift „Saturday Revue" charakteristischen Ausdruck in folgendem Aufsatze: „England und Deutschland wetteifern auf der ganzen Erde miteinander. Überall, wo der englische Handelsreisende erscheint, stellt sich auch der Deutsche ein, und nimmt den Kampf mit ihm auf. Ob es gilt, eine Eisenbahn zu bauen, ein Bergwerk auszubeuten, Eingeborenen statt der Brotfrucht Fleischkonserven anzubieten, immer suchen die beiden einander zuvorzukommen. — Eine Million von Nörgeleien, sie **schaffen den größten Kriegsfall, den die Welt gesehen hat. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer, der nicht entsprechend reicher wäre.** Um eine Stadt oder einen Erbanspruch haben Völker jahrelang gekämpft, warum sollten sie nicht auch um den jährlichen Handel von 5 Milliarden Mark Krieg führen? Eine große Flotte (Deutschland) würde den Schlag nur schwerer machen, die deutschen Schiffe würden auf dem Grund des Meeres liegen, oder als Prise in englische Häfen gebracht werden. Hamburg und Bremen, der Kieler Kanal und die Ostseehäfen würden unter den Kanonen von England liegen und warten müssen, bis die Entscheidung festgesetzt wäre. **Wenn wir dann fertig wären, könnten wir zu Frankreich und Rußland sagen: sucht euch Kompensationen aus, nehmt von Deutschland, was ihr wollt,** ihr könnt es haben. Deutschland ist vernichtet." Das englische Mißtrauen wurde aber noch stärker, als im Jahre 1900 zum ersten Male das deutsche Flottenprogramm festgesetzt wurde. Außerdem machte sich Deutschland durch seine Kolonialpolitik dadurch verdächtig, daß Bismarck im Jahre 1885 auf einem allgemeinen Kolonialkongreß die Zuerkennung des Kongostaates an Belgien durchsetzte, und daß Deutschland Ostafrika erwarb, wodurch Englands Plan der Verbindung der Südspitze Afrikas mit Ägypten durchkreuzt wurde. Ebenso bedeutete der Bau der Bagdadbahn im Jahre 1902 mit deutschem Kapital einen großen Schlag für England, weil man Mesopotamien als englisches Einflußgebiet auf dem Wege von Ägypten nach Indien betrachtete. Die englische Feindseligkeit gegenüber Deutschland ging schließlich soweit, daß 1905 der erste Lord der Admiralität in einer Rede im Unterhaus erklärte, England müsse zwar nicht mit Angst, aber doch mit Besorgnis nach der Nordsee schauen. Es sei deswegen nötig, daß die deutsche Flotte im Falle eines Krieges vernichtet werde, ehe nur die Kriegserklärung in den deutschen Zeitungen bekannt geworden sei. Die Haltung der öffentlichen Meinung Deutschlands während des Burenkriegs und das Krügertelegramm des Kaisers brachten die Stimmung Englands ebenfalls in stärkste Erregung gegen uns. Und so sehen wir schon auf der **Algeciraskonferenz** England als strammen Sekundanten Frankreichs, ja wahrscheinlich sogar als den treibenden Faktor inbezug auf dessen Haltung, und außerdem trotz der wohlwollenden Haltung der deutschen Regierung Rußland gegenüber im russisch-japanischen Kriege letzteres ebenfalls an der Seite Frankreichs. Die ausgesprochen deutschfeindliche Haltung Englands zur Zeit der Marokkokrisis geht auch aus den Berichten der Londoner und Berliner Gesandten Belgiens im letzten

Viertel des Jahres 1905 deutlich hervor, wie überhaupt gerade diese Akten, die unsere Truppen bei ihrem Vormarsch in Brüssel beschlagnahmt haben, das beste objektive Urteil über die offensichtliche und geradlinige englisch-französische Kriegspolitik seit 1905 ermöglichen, denn die belgischen Gesandten hatten keinen Grund, ihre Beobachtungen zu Gunsten Deutschlands zu färben. Die Zusammenstellung hätte schon längst von privater Seite in eine fortlaufende Übersicht über die politischen Ereignisse und Stimmungen jener Zeit umgearbeitet und nicht nur den weitesten Kreisen im deutschen Volke, sondern auch den neutralen Völkern zugänglich gemacht werden sollen. So schreibt beispielsweise der belgische Gesandte in Berlin im Oktober 1905 im Hinblick auf die von der englischen Presse mit der Begründung der Befürchtung eines deutschen Angriffs genährte Deutschenhetze: „Ob wohl die Leute, die in England **Furcht vor einem unausführbaren deutschen Angriff zur Schau tragen**, ganz aufrichtig sind? Schützen sie derartige Besorgnisse nicht etwa nur vor, um einen Krieg anzufachen, in dem die deutsche Kriegsflotte vernichtet, die deutsche Handelsmarine und der deutsche überseeische Handel zerstört werden würden? England befindet sich in sicherer Lage, Deutschland hingegen ist leicht zu treffen. **Wenn England eines Tages Deutschland angreift, nur um einen Rivalen loszuwerden, so würde es damit nur seinen alten Grundsätzen folgen.** Es hat der Reihe nach vernichtet: die holländische Flotte im Einvernehmen mit Ludwig XIV., darauf die französische Flotte, die dänische Flotte, letztere mitten im Frieden, und ohne Grund, nur weil sie eine ansehnliche Macht zur See darstellte. Zwischen Deutschland und England gibt es keinen vernünftigen Kriegsgrund. Der englische Haß gegen Deutschland entspringt einzig und allein dem Neid, den die Entwicklung der deutschen Marine, des deutschen Handels und der deutschen Industrie hervorrufen."

Wir sehen aus den seitherigen Betrachtungen, daß seit Mitte der 90er Jahre die englische Politik gleich der französischen geradlinig auf einen Konflikt mit Deutschland hinstrebte. Wenn wir nun auf Grund dieser Tatsachen, die selbstverständlich auch nicht der Beobachtung der deutschen Regierung entgehen konnten, die weitere Entwicklung der politischen Ereignisse inbezug auf die Haltung Englands gegenüber Deutschland verfolgen, so begreifen wir, daß weite Kreise in Deutschland seit der ersten Marokkokonferenz der englischen Politik scharfes Mißtrauen entgegenbrachten, und zwar mit Recht. Bekanntlich erfolgte die erste Marokkokrisis dadurch, daß England, Frankreich und Spanien im Jahre 1904 Abmachungen trafen, **ohne die übrigen intressierten Mächte**, also auch Deutschland, nur zu verständigen. Deutschland, das ein wirtschaftliches Intresse daran hatte, daß dieses große Gebiet nicht ohne weiteres an Frankreich überging, und damit dem Bereich des deutschen Handels entzogen würde, machte gegen dieses Vorgehen der drei Mächte Einwendungen, die umso berechtigter waren, als England in einem solchen Falle, wie sich später anläßlich der 2. Marokkokrisis zeigte, solche Abmachungen ohne seine Mitwirkung nie zugelassen hätte. Sagte doch der englische Außenminister Grey anläßlich der zweiten Marokkokrisis, England könne nicht zugeben, daß eine Frage, die seine Intressen (!) berühre, ohne seine Mitwirkung geregelt werde. **Intressen aber kann ein Staat bekanntlich immer und überall geltend machen, sofern er die Macht dazu hat, und dabei bestimmte direkte oder indirekte Absichten verfolgt; sei es zur Sicherung seiner Exi-**

stenz, sei es, — wie im Falle der englischen Politik — **zwecks Unterstützung eines Verbündeten oder Herausforderung eines unbequemen Konkurrenten.** Die wohlwollende Haltung der deutschen Regierung im russisch-japanischen Kriege Rußland gegenüber wurde, wie schon angedeutet, von der Petersburger Regierung keineswegs belohnt, sondern im Gegenteil sofort mit der feindseligen Haltung Rußlands auf der Algeciraskonferenz quittiert. Außerdem hatte man durch diese Haltung auch noch Japan aufs schwerste verletzt. Nach der Niederlage im Osten wandte sich die russische Politik nun wieder den Plänen im Westen zu, und England verstand es meisterhaft, diese Bestrebungen zu unterstützen. Schon im Oktober 1905 schrieb der belgische Gesandte in Berlin an seine Regierung, Frhr. v. Richthofen (damaliger Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt) habe ihm gesagt, er glaube nicht an eine russisch-englische Entente, weil zu einer solchen die Grundlage fehle. Das war eine echt deutsche Anschauung, die nur der in unserer Erziehung begründeten Instinktlosigkeit und der daraus hervorgehenden Passivität der politischen Denkweise unserer Diplomatie zuzuschreiben ist. Der belgische Gesandte hatte denn auch eine ganz andere Auffassung über diese Frage, denn er bemerkte dazu: „**England desinteressiert sich jetzt vollkommen an dem Schicksal der Türkei,** deren Erhaltung solange der Grundsatz seiner Politik gewesen sei. Es könnte Rußland in Kleinasien freie Hand lassen. In seinen Augen würde eine derartige Kombination außerdem den Vorzug haben, **die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu trüben, und Deutschlands Isolierung ist augenblicklich das Hauptziel der englischen Politik.**"

Während England nun sein Bündnis mit Japan auf weitere zehn Jahre verlängerte, und sich damit, wie wir später noch sehen werden, die Sicherung seines indischen Besitzes garantieren ließ, ohne dem japanischen Bundesgenossen mehr als eine **ideelle** „Freundschaft" dafür zu bieten, ging es auch tatsächlich sofort daran, Rußland für seine Einkreisungspolitik gegen Deutschland zu gewinnen, indem es 1907 mit diesem Staate den **persischen Teilungsvertrag** schloß, der Persien in zwei Einflußsphären teilte, von denen die nördliche Rußland zufiel, die südliche England zugesprochen wurde. Durch diese Teilung wurde ein weiterer Schritt vorwärts zu der Verbindung der afrikanischen Kolonieen mit Indien getan, und gleichzeitig der Weg geebnet zur **Aufteilung der Türkei,** die doch, wie aus den späteren Veröffentlichungen aus den russischen Geheimarchiven klar hervorgeht, die Grundlage der sich anbahnenden Verständigung Englands, Frankreichs, Rußlands und Italiens über ihre kolonialen Bestrebungen von Afrika bis Mittelasien bildete. Dieser Vertrag mit Rußland sollte gleichzeitig auch das russische Mißtrauen bezüglich der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses beseitigen. Wie der belgische Botschafter in Berlin seiner Regierung darüber mitteilte, stellte der englische Botschafter in Petersburg die Sache so dar, daß das Bündnis keineswegs gegen Rußland gerichtet sei, wenn auch ein Passus, nämlich die Erwähnung Indiens, diese Meinung rechtfertigen könne. **Man könne den Vertrag auch ebensogut als gegen Deutschland gerichtet ansehen!** In Wahrheit stellte der Vertrag im Zusammenhang mit dem späteren englisch-russischen Abkommen über Persien und den weiteren, wenn auch nur andeutungsweise getroffenen stillschweigenden Vereinbarungen über das Schicksal der Türkei das **raffinierteste Doppelspiel Englands** dar, das die Welt

je gesehen hat, denn die Abmachungen banden sowohl Japan als auch Rußland, und verhinderten so einmal den Abschluß von Bündnissen miteinander, zum andern aber auch mit einer dritten Macht, also gegebenenfalls Deutschland, und das war das Ziel Englands.

Das Propagandamittel des „Völkerrechts."

Gleichlaufend mit der seit 1905 systematisch durchgeführten Einkreisungspolitik wurde nun auch eine moralische Propaganda gegen Deutschland unternommen, wie sie jetzt wieder gegen Japan in Szene gesetzt wird. Wir meinen hier die sog. Friedenskonferenzen im Haag im Jahre 1907 und 1909, bei denen die späteren Ententemächte durch geschickte Haltung den Mittelmächten, namentlich aber Deutschland, die Schuld an der Hintanhaltung der Ausgestaltung des Völkerrechts zuzuschieben bestrebt waren. Es fehlt uns sowohl der Raum als die Zeit, auf diese Fragen hier näher einzugehen, wir möchten aber doch dem Wunsche Ausdruck geben, daß sich bis zum Zusammentritt der Washingtoner „Abrüstungs"konferenz — wenn sie überhaupt zustandekommt — in Deutschland Juristen, Staatsmänner und Politiker finden, die **ohne ideologische Befangenheit** dieses Problem inbezug auf das bisherige Ergebnis dahin zielender Bestrebungen sowie auf die künftigen Aussichten hin untersuchen, um unser unpolitisch denkendes Volk und andere daran intressierte Staaten in dieser Richtung aufzuklären. **Seit die Welt besteht, ist eine Rechtsbildung immer nur auf der Grundlage einer Macht möglich gewesen, die der erstrebten oder vorhandenen Rechts- bzw. Moralanschauung die nötige Geltung verschafft. Die Rechts- bzw. Moralanschauung trägt also immer nur relativen Charakter, weil sie jeweils von den vorhandenen oder sich neu bildenden physischen oder moralischen Machtfaktoren abhängig ist.** Diese Grundsätze gelten für das Einzel- wie für das Staats- und Völkerrecht. Während das Einzel- und Staatsrecht im Laufe der Jahrtausende im Intresse des Zusammenlebens und der Sicherung nach außen hin innerhalb der völkischen Gemeinschaften im Verhältnis zur geistigen Entwicklung der Völker soweit ausgebaut wurde, daß der Einzelmensch auf Grund der Erziehung und der moralischen wie straf- oder zivilrechtlichen Zwangsmöglichkeit zur Beobachtung der bestehenden Gesetze angehalten werden konnte, war eine solche Entwicklung in den Beziehungen der Völker zueinander bis auf den heutigen Tag nicht zu erreichen, trotz der fraglos vorhandenen großen Fortschritte der geistigen und sittlichen Entwicklung **innerhalb** der großen Kulturstaaten, trotz der 2000 Jahre alten Wirksamkeit der christlichen Weltreligion, die doch als Grundlage der Versöhnung aller Menschen und Völker untereinander gedacht war. Daß die Rechts- und Moralanschauung, wie sie sich namentlich im letzten Jahrhundert nach und nach innerhalb der zivilisierten Nationen ausgebildet hatte, nicht auch auf die Beziehungen der Staaten untereinander übertragen wurde, ist auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführen. Der erste Hindernisgrund liegt in der **instinktiven Wirksamkeit des Selbsterhaltungstriebs der Massenpsyche,***) die zu allen Zeiten sowohl im Tierreich wie beim Menschengeschlecht sich geltend gemacht hat. Die Höherentwicklung des

*) Siehe „Das Urteil der Vernunft" über Volksbewußtsein und Volkspsyche S. 462 u. f.

Menschengeschlechts führte infolge der Ausbildung der menschlichen Gemeinschaften zur mehr bewußten, d. h. verstandesmäßigen Betätigung ihres Selbsterhaltungstriebs zu dem mehr oder weniger anhaltenden **Zustande des bewaffneten Friedens**, der bis auf den heutigen Tag sich erhalten hat. Die bewußte, bzw. verstandesmäßige Betätigung des Selbsterhaltungstriebs hat ihren Ursprung natürlich nicht in etwaigen **Auswirkungen der Massenpsyche**, die wie jede Massenkundgebung **grundsätzlich nur reproduktiven, d. h. nachempfindenden bzw. nachschaffenden oder -handelnden Charakter** tragen, sie ist **in erster Linie der Ausfluß der Wirksamkeit des Führertums der Gemeinschaft**, sei diese nun ein Stamm, ein Volk oder eine Rasse. In den Zeiten, in denen die Völker noch auf einer primitiven Entwicklungsstufe standen, war es vielfach auch der elementarste Nahrungstrieb, der zur Verdrängung, Vernichtung oder Versklavung eines Volkes führte, dadurch daß ein Nachbarvolk infolge Mangels an Nahrungsmitteln oder starker Bevölkerungszunahme nach Veränderung bzw. Erweiterung seines Wohnbereichs strebte. Mit der Seßhaftmachung der Völker nahmen die Auswirkungen des Lebenstriebs der Völker im Verhältnis zu ihrer kulturellen Entwicklung andere Ausdrucksformen an, wobei jedoch der Lebenstrieb, bzw. der Selbsterhaltungs- und Nahrungstrieb immer die ausschlaggebende Rolle bei der Gestaltung der Beziehungen zueinander spielen.

Von dieser Grundlage aus haben wir die ganze geschichtliche Entwicklung der Gestaltung der rechtlichen, bzw. moralischen Beziehungen der Völker zu einander zu betrachten. Es muß also betont werden, daß **grundsätzlich bei allen Vereinbarungen und Verträgen zwischen den Völkern für jeden vertragschließenden Teil das Bestreben nach Sicherung der Existenz und Entwicklungsmöglichkeit in der Richtung der Geltendmachung des subjektiven (nationalen) Rechtsempfindens vorherrschend war und heute noch ist, wobei selbstverständlich die Machtverhältnisse die ausschlaggebende Rolle spielen.** Diese Machtverhältnisse können durch die geographische Lage, die Bevölkerungszahl sowie die Intelligenz der völkischen Führer beeinflußt werden, wenn letztere durch überragende Fähigkeiten die Machtverteilung zu Gunsten ihres Volkes zu gestalten vermögen. Verfolgen wir nun von diesen Gesichtspunkten aus das Ergebnis der sog. **Haager Friedenskonferenzen** vom Jahre 1899, 1907 und 1909, so finden wir, daß sie in der Hauptsache nur über Punkte Vereinbarungen zu erzielen vermochten, deren Geltung in den Beziehungen der Völker zueinander im eigensten Intresse eines jeden Volkes liegt. Sobald aber im Kriegsfalle eine Macht oder Mächtegruppe die geltenden Vereinbarungen im Intresse einer erfolgreichen Kriegführung oder der Erhaltung der Existenz glaubt ohne die Gefahr entsprechender sie übermäßig schädigender Repressivmaßnahmen fallen lassen zu können oder zu müssen, werden diese Vereinbarungen, wie der Krieg klar gezeigt hat, einfach nicht beachtet, insofern **keine Macht vorhanden** ist, die die Verstöße gegen die Vereinbarungen zu ahnden imstande ist. Solange nur zwei Mächte gegeneinander kämpfen, die das Einschreiten stärkerer Mächte zu befürchten haben, werden im allgemeinen — sofern die neutralen Mächte überhaupt Intresse daran haben — die kämpfenden Parteien danach trachten, Verstöße gegen völkerrechtliche Grundsätze zu vermeiden. Stehen aber, wie beispielsweise im Weltkriege, sich große Mächtegruppen gegenüber, die entweder in dem Bestreben der völligen Unterwerfung der

Gegner oder aber der Rettung ihrer Selbständigkeit alle Machtmittel zur Auswirkung bringen, so werden die völkerrechtlichen Vereinbarungen gegebenenfalls, d. h. wenn sie nach Ansicht der Kämpfenden den Sieg des einen behindern oder verzögern, bzw. die Existenz des andern gefährden, beiseite geschoben. Parallelen für diese Erfahrungstatsachen inbezug auf die Geltung und Wirksamkeit völkerrechtlicher Bestimmungen haben wir beispielsweise bei der Anwendung des Strafrechts im Falle der Notwehr, und hinsichtlich der Geltung des Staatsrechts im Falle einer gewaltsamen Umwälzung. Die Friedenskonferenz von 1899 führte nun zur Einrichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofs, der aber nur dann zu entscheiden hatte, wenn er von beiden Streitteilen angerufen worden war. Sodann hatten beide Teile außerdem das Recht, den Schiedsspruch anzunehmen oder abzulehnen. In dem Artikel II der Vereinbarungen, die von den meisten Kulturstaaten der Welt unterzeichnet waren, wird der Zweck der Einrichtung des Schiedsgerichtshofs dahin gedeutet, daß dieser die möglichste (!) Wahrung des Rechtsfriedens unter den Staaten gewährleisten solle. Als praktisches Ergebnis dieser Vereinbarung haben wir gleich darauf die Unterwerfung der Burenrepubliken durch England, die Teilung Persiens durch Rußland und England, und den Raub von Tripolis durch Italien zu verzeichnen, obwohl sowohl Persien wie die Türkei zu den Teilnehmern der Konferenz gehörten. Man wird es uns daher, namentlich im Hinblick auf die damalige, oben gekennzeichnete politische Konstellation und die ausgesprochene Einkreisungspolitik Englands nicht verübeln können, wenn wir die Konferenzen von 1907 und 1909 lediglich als Propagandamittel der Ententestaaten (England, Rußland und Frankreich) betrachten, durch welches sie die völkerrechtliche Entwicklung zu ihren Gunsten zu gestalten versuchten, um gegebenenfalls die Mittelmächte dadurch in Schach halten zu können. Daß namentlich England keines seiner lediglich durch Machtäußerungen erlangten Vorrechte zur See fallen zu lassen gewillt war, das ging aus seiner Haltung bei den Besprechungen über das Seekriegsrecht deutlich hervor. Der Antrag, die Prisenordnung im Sinne des Landkriegsrechts, das den Schutz des Privateigentums gewährleistete, umzugestalten, wurde von England abgelehnt, und übrigens haben die Ententestaaten ja auch von Anfang an im Weltkriege die Vereinbarungen über das Privateigentum nicht eingehalten.

In derselben Richtung der Geltendmachung des subjektiven Rechtsempfindens bewegen sich auch sämtliche Kundgebungen des Präsidenten Wilson, die alle den ausgesprochenen Charakter der einseitigen Unterstützung der Ententestaaten tragen. Auch ohne Annahme unserer Auffassung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika schon bei Kriegsausbruch im geheimen Bunde mit England stand, können wir diese Tatsache bei jeglicher Stellungnahme zu den Seekriegsmaßnahmen der feindlichen Parteien beobachten. Wilson war es wohl bewußt, daß das deutsche Vorgehen zur See immer nur Gegenmaßnahmen gegen die völkerrechtswidrige Blockade und ebenso widerrechtliche dauernde Erweiterung des Prisenrechts seitens Englands darstellte, trotzdem hat er aber in erster Linie seine Drohungen gegen Deutschland gerichtet. Ein eklatanter Beweis für die Unehrlichkeit bzw. Heuchelei der Wilsonschen Politik ist die Ablehnung des Vorschlags der europäischen Neutralen, gemeinsam in der Angelegenheit der Seekriegführung vorzugehen. Wäre

Wilson, wie er nach seiner **theoretischen** Stellungnahme es konsequenterweise hätte tun müssen, darauf eingegangen, so wäre das natürlich gleichbedeutend mit einer Verurteilung und damit einer Verhinderung der völkerrechtswidrigen Seekriegführung Englands gewesen, und das lag eben nicht in der Absicht Wilsons. Als Wilson schließlich seine „moralische" Kriegführung gegen Deutschland mit der offenen Kriegserklärung vertauschte, und sämtliche Staaten der Welt zum Abbruch der Beziehungen zu Deutschland aufrief, hatte er denn auch bei den neutralen Staaten Europas, die seine Heuchelei wohl durchschaut hatten, kein Glück, ja der schwedische Ministerpräsident besaß sogar den Mut, offiziell den Charakter dieser Politik in seiner ablehnenden Antwortnote an den Pranger zu stellen, wenn er diese mutige Tat auch bald danach mit dem durch den Ententefreund Branting erzwungenen Rücktritt büßen mußte. Auch **Wilsons Eintreten für einen Frieden ohne Sieger und Besiegte und ohne Entschädigung, sowie für die Bildung eines Völkerbunds auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker** ist keineswegs vom Standpunkt völkerrechtlicher Betrachtungen zu bewerten, die doch in erster Linie den Charakter **objektiver** Stellungnahme gegenüber den Parteien tragen müßten, sondern **steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen und militärischen Verhältnisse, und ist geleitet von dem offensichtlichen Bestreben der Unterstützung der Alliierten.** Wir haben schon früher angedeutet, daß im Jahre 1916 innerhalb der russischen Regierung aus inner- und außerpolitischen Beweggründen heraus der Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland in Erwägung gezogen wurde. Wie aus späteren Veröffentlichungen bekannt wurde, hatte Rußland mit den Ententemächten eine Vereinbarung getroffen, daß es im Falle revolutionärer Bewegungen im Innern zu einem solchen Schritte berechtigt sei. Die schweren Niederlagen des russischen Heeres begünstigten naturgemäß den durch die unglückselige Aufrechterhaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung seit Jahrzehnten fortschreitenden Gärungsprozeß, sodaß bei Fortführung des Krieges die Gefahr einer Revolution in den Bereich der Wahrscheinlichkeit getreten war. Außerdem hatte sich innerhalb der russischen Regierungskreise nach und nach die Erkenntnis durchgerungen, daß man seine Kräfte lediglich für die Ziele der Angelsachsen und Franzosen einsetzen würde, denn das Bestreben Englands, einerseits in den Besitz von Konstantinopel und der Dardanellen zu gelangen, andererseits in erster Linie seine Pläne im Orient (Palästina, Arabien, Mesopotamien und Persien) zu verwirklichen, trat immer deutlicher in Erscheinung. Auch die mehr oder weniger versteckten Sympathieen der Westmächte, namentlich aber Frankreichs, gegenüber den Polen mußte Rußland stutzig machen. Mit Recht beklagte sich auch die russische Regierung über die ungenügende militärische Unterstützung seitens der Entente im Westen während der Offensiven der Mittelmächte gegen Rußland. In jener Zeit nun setzte Wilson mit seinen „moralischen" Offensiven ein, die den sog. Verständigungsfrieden ohne Sieger und Besiegte, sowie ohne gegenseitige Kriegsentschädigung propagierten, und außerdem das angebliche Ziel eines Völkerbunds auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und der Freiheit aller Völker verfolgten. Aus der Fassung und dem Inhalt der Noten ging aber deutlich hervor, daß sie lediglich auf die Beeinflussung der Stimmung der Neutralen und der Völker der Mittelmächte gerichtet waren.

Aus den neutralen Pressestimmen war denn auch sofort ersichtlich, daß man die Absichten dieser Propaganda erkannt hatte, denn als man die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht auch für die von den Alliierten unterdrückten Völker (Irland, Indien, Ägypten, Burenrepubliken usw.) in Anspruch nahm, da verließ Herrn Wilson seine völkerbeglückende Moralanschauung vollständig. Bezeichnend für seine Haltung ist dann, als der Zusammenbruch Rußlands immer näher rückte, sein offenes Eintreten für die Wiederherstellung Polens, dem er unbekümmert um die völkischen Verhältnisse auch das Recht eines Ausgangs zum Meere zusprach. Wir sehen hier also schon die Anfänge der angelsächsischen Politik der Trennung Rußlands von Deutschland durch die Errichtung von großen, ententefreundlichen Pufferstaaten.

Der rein politische und zwar ausgesprochen deutschfeindliche Charakter der Wilsonschen Verständigungs- und Völkerbundspropaganda, die neben der Behinderung der deutschen Seekriegführung herging, trat nach dem militärischen Eingreifen Amerikas, das, wie Wilson später selbst zugestand, nicht auf die Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges zurückzuführen ist, sondern, wie wir später noch sehen werden, rein weltpolitischen Erwägungen entsprang, immer klarer in Erscheinung. Seine psychologische Kriegführung richtete sich nun in erster Linie gegen die „deutsche Autokratie" und den von ihr geschaffenen „Militarismus", die beide vernichtet werden müßten, weil sie den Weltfrieden bedrohten. Es war jetzt auf einmal keine Rede mehr von einem Frieden ohne Sieger und Besiegte, und wir erinnern an seine das amerikanische Volk zu höchster Kraftanstrengung anspornende Kundgebung, die **„Gewalt, Gewalt, und wieder Gewalt"** als das letzte Ziel der Kriegführung in der Richtung der Vernichtung des deutschen Heeres vor Augen hatte. Es ist später von amerikanischer und neutraler Seite die von der öffentlichen Meinung Deutschlands vielfach als glaubhaft angenommene Darstellung verbreitet worden, als habe Wilson anläßlich des Waffenstillstandes sowie im Verlauf der Friedensverhandlungen seine bekannten 14 Punkte, die doch die Grundlage seiner ganzen „Verständigungs"- und Kriegspropaganda gebildet hatten, und auch im wesentlichen als Vorbedingung für die Annahme der Waffenstillstandsforderungen durch Deutschland gelten sollten, unter dem Drucke der Alliierten fallen gelassen. Aus unserer später noch näher zu begründenden Auffassung über die amerikanische Politik müssen wir dieser Darstellung im Intresse der Erkenntnis der Hauptrichtlinien des weltpolitischen Ziels Amerikas unbedingt entgegentreten. Bekanntlich mußten wir während der telegraphischen Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung von den 14 Punkten der Wilsonschen Völkerbeglückungstheorie schon sowohl die Forderung der „Freiheit der Meere" fallen lassen, wie auch diejenige, daß Kriegsentschädigungen nicht verlangt werden dürfen. Damit waren schon die Hauptgrundsätze der neuen Wilsonschen Völkerrechtsidee durchbrochen, und wie wir später gesehen haben, hat die amerikanische Regierung **praktisch** sämtliche Punkte dieses Programms widerstandslos fallen gelassen. Ein Zeichen dafür, daß man weder in Deutschland noch innerhalb der öffentlichen Meinung der neutralen Staaten Europas den Charakter und die Ziele der amerikanischen Politik auch nur annähernd erkannt hatte, bildet die von Amerika aus suggerierte Auffassung, daß im Hinblick auf die nach dem Waffenstillstand einsetzende Gewaltpolitik der europäischen Alliierten Wilson sich immer mehr

von den Friedensverhandlungen zurückgezogen habe, weil er diese Politik nicht mehr mit seinen Anschauungen zu vereinbaren vermochte. Wenn es Wilson überhaupt je um die Durchführung seiner völkerrechtlichen Ideen zu tun gewesen wäre, so wäre er erstens nie in den Krieg eingetreten, und zweitens hätte angesichts der entscheidenden Mitwirkung Amerikas am Siege der Entente die Auffassung der amerikanischen Regierung in jedem Zeitpunkt der Verhandlungen, also schon anläßlich der Waffenstillstandsverhandlungen das ausschlaggebende Gewicht der militärischen und politischen Macht Amerikas in die Wagschale werfen können. Aber **Amerika wollte die vollständige militärische und politische Vernichtung der deutschen Macht und zwar zwecks Ermöglichung der unbehinderten Verfolgung seiner Bestrebungen in Asien.** Wenn Wilson wirklich die Herbeiführung einer „Verständigung" der kämpfenden Parteien erstrebt hätte — und wäre es auch nur zum Zwecke der moralischen und politischen Unterstützung der Alliierten gewesen — so hätte er anläßlich des Friedensvorschlags der Mittelmächte im Dezember 1916 Gelegenheit genügend dazu gehabt, wenn er auf die Entente einen entsprechenden Druck (Verweigerung der Kriegslieferungen) ausgeübt hätte. Die Darstellung des deutschen Botschafters in Washington, daß Wilson sich dadurch, daß die Mittelmächte seinem angeblich geplanten Vermittlungsangebot zuvorgekommen seien, verletzt gefühlt habe, bietet, abgesehen davon, daß wir heute über die schon im Jahre 1912 und besonders September 1914 zum Ausdruck gebrachten Kriegsabsichten der maßgebenden Kreise Amerikas unterrichtet sind, für die Begründung eines etwaigen Verständigungswillens der amerikanischen Regierung eine doch zu sehr auf Gefühlsmomenten aufgebaute Grundlage, als daß man demgegenüber die harten politischen Tatsachen unberücksichtigt lassen könnte. Wenn die amerikanische Regierung nicht die vollständige Niederwerfung Deutschlands beabsichtigt hätte, so hätte sie genau so wie Japan sich militärisch passiv verhalten können, und dabei trotzdem vielleicht gerade auf der von den Mittelmächten angestrebten Friedenskonferenz ihre Ideen auf Grund ihrer militärischen und politischen Macht zur Geltung bringen können, denn darin lag ja doch, — allerdings nur angesichts des drohenden russischen Sonderfriedens in der letzten Hälfte des Jahres 1916! — der **Grundgedanke der Wilsonschen „Theorie", daß man den Sieg des einen Teils vermeiden müsse, um eine Verständigung zu ermöglichen.** Wilson hatte aber eben nur solange ein Intresse an einem „Frieden ohne Sieger und Besiegte", als die Gefahr vorhanden war, daß die Mittelmächte diesen Sieg erringen könnten. Die aus unserer in Traditionen erstarrten kontinental-politischen Denkweise herzuleitende Unfähigkeit zu weltpolitischen Überlegungen, aus der heraus letzten Endes sowohl unser politischer als auch militärischer Zusammenbruch sich ergab, trägt die Schuld daran, daß weder unsere Diplomatie noch der größte Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands den Charakter der amerikanischen Politik weder vor dem Kriege noch während desselben zu erkennen vermochte.

*

Amerika und Japan.

Das amerikanische Volk und die amerikanische Politik.

Während noch in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts der Schwerpunkt der Weltpolitik in Europa lag, machte sich um die Wende des Jahrhunderts das Bestreben zweier Großmächte bemerkbar, auf die Gestaltung der weltpolitischen Verhältnisse ebenfalls Einfluß zu erlangen, bzw. sich möglichst große Sicherungen für ihre teils volkswirtschaftliche, teils völkische Entwicklung zu verschaffen. Wir meinen hier die Vereinigten Staaten von Nordamerika einerseits, und Japan andererseits.

Die **Vereinigten Staaten von Nordamerika** sind bekanntlich aus den Kolonien entstanden, welche die Engländer an der Goldküste Amerikas gründeten. Die Bevölkerung setzt sich daher in erster Linie aus englischen bzw. irischen Auswanderern zusammen, in zweiter Linie aus Deutschen und weiterhin aus einem großen Gemisch von Angehörigen aller europäischen Völker mit Einschluß Rußlands, sodaß das nordamerikanische Volk, biologisch betrachtet, eine Mischzüchtung sämtlicher europäischen Völker darstellt. England hatte es, wie überall in der Welt, verstanden, die europäischen Kolonialstaaten nach und nach aus ihren amerikanischen Besitzungen zu verdrängen, und so hat auch in den Vereinigten Staaten das angelsächsische Element einmal durch die Sprache und im Zusammenhang damit durch die Übernahme der wirtschaftlichen und politischen Führung bald die Vorherrschaft an sich zu reißen vermocht. Wenn wir die **Entwicklung der amerikanischen Volkspsyche** richtig bewerten wollen, so müssen wir uns die Hauptbeweggründe vor Augen halten, die die meisten Auswanderer der europäischen Staaten bewogen haben, ihre Heimat zu verlassen. In der Hauptsache war es der **Drang nach möglichst leichtem und möglichst umfangreichem Gelderwerb**, der in den in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Traditionen erstarrten europäischen Staaten nicht oder nicht in dem Umfange befriedigt werden konnte wie in dem Riesengebiete des wirtschaftlich jungfräulichen und politisch und gesellschaftlich von Überlieferungen ungehemmten Landes über dem Ozean. Es waren also hauptsächlich die unteren Schichten der europäischen Völker, die mit ihrem ursprünglichen, gesunden aktiven Lebenstrieb nach Auswirkung ihrer noch größtenteils im Instinktiven verankerten Lebenskraft strebten. Ferner hatte die in der Richtung des Strebens nach individueller Freiheit auf Grund der geistigen Ausbildung fortschreitende Massenpsyche in Europa dazu beigetragen, daß geistig regsame Elemente, namentlich auch aus Deutschland, denen die gesellschaftliche Atmosphäre im Hinblick auf ihre nach größerem Bewegungskreis trachtende Ideenwelt zu stickig geworden war, ebenfalls auswanderten, um über dem Ozean freiere Entwicklungsmöglichkeiten zu suchen. So können wir gerade in den Jahren der geistig-politischen Umgestaltung Europas, also seit der ersten französischen Revolution bis in die 90er Jahre des vorigen Jahrunderts eine stetig zunehmende Einwanderung aus Europa beobachten, deren Stärke teils wirtschaftlichen, teils politischen Beweggründen entsprang. Stellen wir diese beiden psychologischen, dem aktiven Selbsterhaltungstrieb entspringenden Hauptfaktoren bei Betrachtung der Ent-

wicklungstendenzen der amerikanischen Volkspsyche gebührend in Rechnung, so verstehen wir einmal jene **gewaltigen Äußerungen wirtschaftlicher Produktivität**, zum andern den **grenzenlosen individuellen Freiheitsdrang der Einzel- wie der Massenpsyche**, die beide alle gesellschaftlichen Schichten beherrschen. Daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Land der größten individuellen Freiheit sind, und das der unbegrenzten Möglichkeiten der Produktivität, das wird jedem Amerikaner von der ersten Jugend an beigebracht, und diese glänzende Erziehung der Volkspsyche ist es, die einerseits die stärksten Äußerungen wirtschaftlicher Individualität, Originalität und Intensität, andererseits jenen Nationalstolz geschaffen hat, dessen Erscheinungsformen inbezug auf Überschwenglichkeit des Gefühls nicht mehr übertroffen werden können. Man muß einmal den Nationalfeiertag in Amerika, den Tag der Unabhängigkeitserklärung (4. Juli) mitgemacht haben, um empfinden zu können, welche ungeheure Summe von instinktiver nationaler Lebenskraft in diesem Volke steckt, die sich in einer naiven Lebenslust kundgibt, welche beim Europäer, namentlich aber beim Deutschen, nur Kopfschütteln verursachen würde. An jenem Tage, oder vielmehr in jener dem 4. Juli vorausgehenden Nacht, bekommt man den Eindruck, daß der Amerikaner unter „Freiheit" eigentlich nur die Erlaubnis zur Zügellosigkeit versteht. Auch bei den Veranstaltungen der großen gesellschaftlichen Vereinigungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten, den sog. „Logen", die über das ganze Land organisiert sind, ist das Streben nach naivem, ausgelassenem Genuß zu beobachten, das wohl aus dem Mangel an tieferer Geistes- und Gemütsbildung, wie sie die Jahrtausend alte europäische, namentlich aber die deutsche Kultur geschaffen hat, zu erklären ist.

Wenn man aber von diesen äußeren Erscheinungen auf die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse sowie auf das Familienleben des größten Teils der amerikanischen und amerikanisierten Bevölkerung im allgemeinen schließen würde, so würde man ein einseitiges ungünstiges Bild von der Lebensauffassung und Kulturanschauung dieses Volkes bekommen. Die von allen Traditionen der alten Kulturländer ungehemmte Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in Amerika brachte es mit sich, daß als Grundlage der Lebensauffassung die **individuelle** Freiheit betrachtet wird. **Die sozialen und gesellschaftlichen Unterschiede treten hier also grundsätzlich nur in der Form der Lebenshaltung in Erscheinung,** nicht aber wie in Europa, und namentlich in Deutschland, in der Form der Betonung von Standes- und Berufsunterschieden. **Der gesellschaftliche Wertmesser ist lediglich der Dollar.** Ein offensichtliches Hervorkehren von Standes-, Berufs- und Besitzunterschieden, die selbstverständlich die Physiognomie der Gesellschaftsbildung genau so wie in Europa beeinflussen, gibt es nicht, weil dazu eben einmal die Tradition als psychologische Grundlage fehlt, und andererseits das Geld als gesellschaftlicher Wertmesser einen demokratisierenden Einfluß besitzt. Diese gesellschaftliche Grundanschauung bringt es mit sich, daß auch in den unteren Schichten des amerikanischen Volkes ein den Europäer sehr sympathisch berührendes Selbstbewußtsein vorhanden ist, das einerseits die äußeren Formen günstig beeinflußt, andererseits aber auch das Nationalbewußtsein ganz wesentlich zu stärken und zu festigen geeignet ist. Die Arbeiterbevölkerung bewegt sich dort entsprechend den finanziellen Verhältnissen genau so

„gentlemanlike" in Haltung und Kleidung wie der Besitzende. Es wird auf gute Wäsche und Körperpflege sehr großer Wert gelegt; selbst der Neger, der die Straße kehrt, benützt Handschuhe, ebenso der Maschinist oder das Dienstmädchen, wenn sie schmutzige Arbeit zu verrichten haben. Die Lebenshaltung — Ernährung, Kleidung und Wohnung — der arbeitenden Schichten war neben der des englischen Arbeiters vor dem Kriege wohl auf der höchsten Stufe, und die amerikanischen Arbeiterführer waren auch stets bemüht, diesen Lebensstandard durch Bekämpfung der Einwanderung billiger Arbeitskräfte aufrechtzuerhalten. Die vorstehende Charakterisierung bezieht sich natürlich hauptsächlich auf die ansässige oder schon längere Zeit eingewanderte Arbeiterbevölkerung. Es ist begreiflich, daß diese gesellschaftlichen Verhältnisse von den europäischen Einwanderern, die sich doch größtenteils aus den unteren Bevölkerungsschichten rekrutierten, wenn sie sich einmal eingelebt hatten, im Gegensatz zu den Erscheinungen der europäischen Gesellschaftsordnung sehr angenehm empfunden wurden, und wir haben ja auch durchweg die Beobachtung machen können, daß besonders die deutschen Einwanderer, wenn sie später als Deutschamerikaner herüber kamen, mit Stolz die freiheitlichen Einrichtungen ihrer neuen Heimat betont haben. Von derselben Stimmung sind auch vor dem Kriege, — wie der Verfasser zu beobachten Gelegenheit hatte — sämtliche Gesellschaftsklassen des Deutschamerikanertums beherrscht gewesen, wenn man drüben Vergleiche zwischen der deutschen und der amerikanischen Gesellschaftsordnung anstellte. Und gerade die Ausdrucksformen dieser demokratischen Gesellschaftsordnung sind es ja gewesen, durch die sich das amerikanische Volk nicht nur die Sympathieen der Völker Europas, sondern der ganzen Welt, besonders in den letzten Jahrzehnten erobert hatte. Tatsächlich hat ja, ohne daß man es in Europa eigentlich so recht bemerkt hatte, die amerikanische Kulturauffassung in den letzten Jahrzehnten auch bei uns den Ton angegeben. Nicht nur amerikanische Moden und Tänze wurden bei uns eingeführt, auch das Bestreben nach größerer Bewegungsfreiheit der Frau ist amerikanischen Ursprungs und namentlich die neuen Methoden der Kindererziehung, nämlich der Übergang von der autoritativen zur psychologischen Erziehung, die der individuellen Veranlagung der Jugend größere Freiheit läßt, haben ihren Ausgang von Amerika genommen.

Wenn wir uns nun über die innenpolitische und die damit in engem Zusammenhang stehende außenpolitische Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Urteil zu bilden versuchen wollen, so müssen wir beachten, daß **die wirtschaftliche, gesellschaftliche und daraus hervorgehend die politische Führung von jeher in den Händen angelsächsischer Elemente** war, die ihre Herrschaft bis auf den heutigen Tag aufrechtzuerhalten wußten. Es war nicht allein die Sprache, die dem englischen Element die Überlegenheit verschaffte, sondern in erster Linie die Jahrhunderte alte politische Erziehung, die dem Engländer ja überall in der Welt den vorherrschenden Einfluß verschafft hat. Daß die Angehörigen fremder Nationalitäten in Amerika keinen erheblichen Einfluß auf die Politik zu erhalten vermochten, ist leicht begreiflich. Die fremden Einwanderer mußten zuerst unter den schwierigsten Umständen um ihre Existenz kämpfen, und dann nach und nach die Sprache erlernen. Hatten sie eine einigermaßen gesicherte Existenz errungen, so blieb doch

noch immer das Erwerbsmoment und nebenher das Bestreben nach gesellschaftlicher Geltung, das jedoch nur durch die Anpassung, oder besser gesagt, die Unterordnung unter die angelsächsische Anschauungswelt gefördert werden konnte, vorherrschend, sodaß sich die fremden Elemente auch nach der Amerikanisierung entweder gar keines oder doch nur in ganz geringem Grade ein politisches Urteil zu bilden vermochten. Die Stellungnahme zu den Parteien geschah daher von dieser Seite großenteils gar nicht aus politischen Überlegungen heraus, denn dazu hätte bei den dort herrschenden, mehr oder weniger undurchsichtigen politischen Verhältnissen eine eingehende Erziehung gehört, über die die fremden Elemente nicht verfügten, und auch heute noch nicht verfügen, man schloß sich daher entweder aus wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen oder sonst welchen privaten Beweggründen eben der einen oder andern Partei an, ohne sich weiter um deren Ziele zu bekümmern. In einer solchen politischen Unerfahrenheit ist besonders auch das deutsche Element erzogen worden, trotz der Wirksamkeit der deutsch-amerikanischen Presse, die aus unserer Veranlagung heraus in erster Linie das national-kulturelle, und nicht wie die angelsächsische Presse das national-politische Moment betonte. Die absolute politische Vorherrschaft des angelsächsischen, vollkommen nach England orientierten Elements ist aber nicht nur auf dessen sprachliche, wirtschaftliche, gesellschaftliche und im Zusammenhang mit diesen Einwirkungsfaktoren auch politische Vormachtstellung zurückzuführen, sondern in hohem Grade auf die raffinierte Beeinflussung der Volkspsyche. Von den 90 Millionen Einwohnern der Vereinigten Staaten sind nur etwa 20 Millionen rein englischen Ursprungs, wozu allerdings eine ziemlich große Anzahl von geborenen Amerikanern, namentlich irischer und deutscher Herkunft, kommt, die in Anpassung an die herrschenden Klassen eine ausgesprochen angelsächsische Denkweise angenommen haben. Dieser englisch orientierte Nationalisierungsprozeß wurde dadurch beschleunigt, daß **die herrschenden angelsächsischen Kreise systematisch das Ansehen sowohl des irischen wie des deutschen Elements zu untergraben verstanden.** Das wurde nicht etwa in offenem Angriff gemacht, — dazu ist der Angelsachse zu schlau — sondern in unauffälliger Weise, indem man diesen beiden Volksteilen sowohl inbezug auf ihren Charakter als auch ihre Fähigkeiten minderwertige Veranlagung andichtete. Der Deutsche und auch der sprachlich noch nicht feste Deutschamerikaner wurden als dumm behandelt, der Ire als trunksüchtig, streitsüchtig und ebenfalls wenig intelligent bezeichnet. Bekanntlich hat England durch diese Methode jahrhundertelang die Welt über sein Verbrechen am irischen Volke zu täuschen vermocht, und die Angelsachsen in Amerika haben dasselbe System mit dem gleichen Erfolge fortgesetzt. Es ist psychologisch begreiflich, daß durch diese „moralischen" Beeinflussungsmethoden die Nationalisierung der vorgenannten beiden Volkselemente in englischem Sinne rasch und wirkungsvoll vonstatten ging, weil sie naturgemäß danach strebten, das Odium ihrer Herkunft sobald als möglich loszuwerden, um als Vollamerikaner zu gelten. Und selbstverständlich wurde auch die gesamte Presse englischer Sprache sowohl kulturell wie politisch in ausgesprochen angelsächsischem Sinne geleitet, denn die großen Zeitungssyndikate waren durchweg von englisch orientierten Kapitalisten finanziert.

Der gewaltige Rohstoffreichtum auf allen industriellen Produktionsgebieten so-

wie die wirtschaftlichen und wirtschaftstechnischen Ausdehnungsmöglichkeiten, die nicht so wie die Volkswirtschaft der europäischen Industriestaaten durch den technisch-wissenschaftlichen und damit wirtschaftlich langsameren Entwicklungsprozeß behindert wurden, trugen im Zusammenhang mit der durch Veranlagung und Erziehung begünstigten, durch keinerlei Traditionen gehemmten außerordentlichen Aktivität der führenden Wirtschaftskreise dazu bei, daß die kapitalistischen Entwicklungstendenzen der industriellen und finanziellen Konzentration in der Richtung des Trustsystems in ihrer praktischen Auswirkung zuerst in Amerika in Erscheinung traten. Theoretisch war man über diese neuen volkswirtschaftlichen Erscheinungen und ihre gefährlichen Entwicklungsmöglichkeiten bei uns wohl unterrichtet, — genau so wie bei uns jeder angehende oder aktive Staatsmann und Diplomat über Machiavellis Schriften über den Staat und seine Sicherung genau Bescheid wußte — praktisch hat unsere Regierung und Diplomatie aus der einseitigen Auswahl und Erziehung ihrer Angehörigen heraus den Einwirkungsmöglichkeiten dieses neuen Systems auf die Politik eines Staatswesens wohl kaum nähere Beachtung geschenkt, denn dazu fehlte unsern Staatsmännern und Diplomaten, die immer noch auf die alten Methoden der Kontinentalpolitik eingestellt waren, der Blick für die großen Fragen der Weltwirtschaft und damit auch Weltpolitik, wie sie seit dem russisch-japanischen Kriege immer deutlicher in Erscheinung getreten waren. Nur so ist es zu erklären, daß man bei uns die weltwirtschaftlichen und damit auch weltpolitischen Absichten des mehr oder weniger offenen **Zusammenarbeitens der amerikanischen und englischen Wirtschafts- und Finanzkreise**, die außerdem — wie auch bei uns überall bekannt war — vielfach durch verwandtschaftliche Beziehungen Fühlung untereinander hatten, nicht erkannte, und daher auch nicht entsprechend auszuwerten verstand. Die Verbindung der führenden Wirtschaftskreise der Vereinigten Staaten und Englands untereinander bildete aber nur die Grundlage zur **Vereinigung der weltwirtschaftlichen und damit weltpolitischen Bestrebungen der beiden Staaten.** Die englische und englisch-amerikanische Presse, die beide, wie es in einem modernen Staate Grundbedingung einer zielbewußten Außenpolitik sein muß, in stetiger Fühlung mit den maßgebenden Regierungskreisen standen, hat diese Bestrebungen bis in die letzte Zeit hinein glänzend zu verschleiern gewußt, indem immer ein Teil der Presse angebliche Gegensätze zwischen den beiden Staaten hervorhob, und nach außen hin den Eindruck erweckte, als würden die beiden Völker in schärfster wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz stehen, während sie tatsächlich im geheimen zusammenarbeiteten. Diese **geheime** Zusammenarbeit hatte ihren Grund in ganz einfachen weltpolitischen Überlegungen. Es ist klar, daß wenn England und Amerika ihre gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Ziele durch den formellen Abschluß eines Bündnisses aufgedeckt hätten, die andern Großmächte, und zwar sowohl Deutschland wie Rußland und Japan, die alle drei der Erlangung des angelsächsischen Endzieles im Wege standen, ihre Außenpolitik entsprechend dieser feststehenden Tatsache anders orientiert hätten. **Dadurch** aber, daß einerseits die amerikanische Regierung sich den Anschein zu geben verstand, daß sie der historischen Überlieferung, keinerlei Bündnis abzuschließen, treu bleibe, und andererseits England außer dem formalen Bündnis mit Japan, das diesen Staat an dem Abschluß

anderer Bündnisverträge mehr oder weniger hinderte, mit Frankreich und Rußland angeblich nur eine „lose" Entente cordiale schloß, deren wahrer Charakter namentlich in Deutschland nicht erkannt wurde, verhinderten beide Staaten den Zusammenschluß dieser drei Völker, durch den das Weltherrschaftsziel der Angelsachsen eine entsprechende Hemmung erfahren hätte.

Ein Beispiel dafür, wie die Regierungen der beiden angelsächsischen Staaten und die von ihnen inspirierte Presse, gearbeitet haben, um ihre gemeinsamen politischen Ziele zu verschleiern, wollen wir hier beiläufig zur Illustration unserer Auffassung einfügen. Als Amerika nach mehr oder weniger gewaltsamer Erwerbung des Panamagebiets sich anschickte, den von ihm gebauten **Panamakanal**, der angeblich nur den Zwecken der Handelsschiffahrt dienen sollte, zu befestigen, in Wirklichkeit aber die flottenstrategische Absicht verfolgte, die amerikanische Flotte auf kürzestem Wege vom atlantischen in den großen Ozean — und umgekehrt — zu bringen, demonstrierte die englische Regierung und Presse mit allen Mitteln ihrer glänzenden politischen Regie gegen dieses Vorhaben, und zwar ganz besonders noch in der letzten Zeit vor dem Kriege. Angeblich wurde aus dieser „Verstimmung" heraus auch die Beschickung der amerikanischen Weltausstellung abgelehnt. Der Zweck dieser Theatermache war aber lediglich die Täuschung sowohl der deutschen wie der japanischen Regierung, denn in Wirklichkeit richtete sich der Bau und die Befestigung des Panamastützpunktes nicht etwa gegen England, wie man in England zu befürchten vorgab, sondern sowohl gegen Deutschland als namentlich auch gegen Japan. Während man in Deutschland für dessen Diplomatie, wie wir später zu unserem Schaden sehen mußten, die amerikanische Politik eine „quantité négligeable" zu sein schien, diesem Bau kaum einen politischen, noch viel weniger aber weltpolitischen Charakter zugeschrieben hat, wurden die damit verfolgten Absichten naturgemäß in Japan, das schon seit Jahren vor dem Kriege von Amerika mit besonderer Feindseligkeit verfolgt worden war, besser erkannt. Vielleicht ist auch die — allerdings bis heute offiziell nicht bestätigte — Fühlungnahme Japans im Jahre 1913 mit deutschen Regierungskreisen auf diese Kriegsvorbereitungen Amerikas zurückzuführen.

Der erste sichtbare imperialistische Schritt, den die amerikanische Politik vollzog, war, worauf oben schon hingewiesen wurde, die Provozierung des Krieges mit Spanien zwecks Erwerbung der Mittelamerika vorgelagerten spanischen Inseln und der Philippinen, die beide als flottenstrategische Stützpunkte erster Ordnung gelten. Durch den Besitz von Cuba und Haïti beherrschen die Amerikaner den Golf von Mexiko sowie das karibische Meer und damit in Verbindung mit der Erwerbung des Panamakanals den Land- wie den Seeweg von Nord- nach Südamerika und umgekehrt. Durch diese letztgenannten Erwerbungen hat Nordamerika die Herrschaft über die Verbindungswege zu Lande wie zur See zwischen Nord- und Südamerika an sich gerissen, und damit die Trennung von Mexiko und den mittelamerikanischen Republiken, — die man vorerst als wirtschaftliches und politisches „Einflußgebiet" betrachtet, — von Südamerika erreicht. Bekanntlich beginnt von Mexiko an die Vorherrschaft der lateinischen Rasse, die im übrigen von Mittel- und Südamerika Besitz genommen hat. Diese Rassengrenze wird nun von den

Angelsachsen systematisch nach Süden zurückzudrängen gesucht. Aus diesem Grunde wird seit Jahrzehnten das mit gewaltigem Bodenreichtum gesegnete Mexiko vermittelst amerikanischem Gelde in dauerndem Unruhezustand erhalten, und auch auf die mittelamerikanischen Republiken wird ein stetiger Druck ausgeübt. Diese Einflußnahme auf Mexiko und Mittelamerika, deren Einverleibung, mindestens aber absolute politische Beherrschung das letzte Ziel der amerikanischen Politik in dieser Richtung ist, hat aber noch einen andern Zweck, nämlich den, diese Staaten dem etwaigen Bestreben der südamerikanischen Staaten nach engerer Fühlungnahme mit den lateinischen Schwesterrepubliken zu entziehen. Daß die Nordamerikaner es bis jetzt noch nicht gewagt haben, Mexiko auch formell zu annektieren, ist auf den hier angedeuteten Rassengegensatz zurückzuführen. Wie bekannt, vertreten die Nordamerikaner den Grundsatz: **„Amerika den Amerikanern!"** Sie verstehen aber darunter nicht etwa nur ihr eigenes Gebiet, sondern **den ganzen amerikanischen Kontinent**, einschließlich der südamerikanischen Staaten. Bis zum Kriege hatten diese Vorherrschaftsbestrebungen Amerikas in Südamerika wenig Gegenliebe gefunden. Das zeigte sich auch inbezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen, die seitens der südamerikanischen Staaten zu Europa, namentlich aber zu Deutschland in viel größerem Umfange als zu Nordamerika unterhalten wurden. Erst während des Krieges, als verschiedene der kapitalschwachen Agrarstaaten infolge der englischen Blockade zwecks Flüssigmachung ihrer Produktion bei dem reichen angelsächsischen Nachbar Anleihen aufnehmen mußten, gewannen die Vereinigten Staaten mit dem wirtschaftlichen auch größeren politischen Einfluß, der anläßlich des aktiven Eingreifens Amerikas durch die mehr oder weniger erzwungenen Kriegserklärungen dieser Staaten an Deutschland praktischen Ausdruck fand. Dieser wirtschaftliche und politische Einfluß scheint aber nach den Meldungen der letzten Zeit wieder zurückgegangen zu sein, trotz der zweifellos amerikafreundlichen französischen Propaganda, die doch im Sinne eines Zusammengehens der Angelsachsen und Romanen erfolgte, denn erstens nehmen außer Brasilien die größeren südamerikanischen Republiken eine sehr reservierte Haltung gegenüber den jetzt mit Hochdruck arbeitenden angelsächsisch-französischen Propagandabewegungen ein, und zweitens wurde erst in allerletzter Zeit durch eine amerikanische Studienkommission festgestellt, daß die amerikanische Ware in Südamerika nicht den nach der gewaltsamen Verdrängung Deutschlands vom Weltmarkt erhofften Anklang gefunden hat, und daß man dort **lieber deutsche Ware wolle, weil sie besser und billiger sei.** Wenn auch letzteres Urteil seitens der südamerikanischen Intressenten wohl als objektiv zu betrachten ist, so werden die Amerikaner hier doch vielleicht einen politischen Unterton heraushören, der den ohnehin nicht geringen Haß der führenden Wirtschaftskreise gegen Deutschland, die auch die Politik ausschlaggebend beeinflussen, noch steigern dürften, denn was nützen die Amerikaner und Engländer ihre **Antidumpinggesetze**, wenn sie dieselben nicht auch allen andern Staaten direkt (wie die Einfuhrzölle auf deutsche Waren für die Ententeländer) oder indirekt aufzuzwingen vermögen.

Innerhalb der öffentlichen Meinung Deutschlands und auch in politischen Kreisen hatte man anläßlich des Eintritts Englands in den Krieg im Hinblick auf die in den letzten Jahren von beiden Seiten zur Schau getragenen angeblichen wirt-

schaftlichen und politischen Gegensätze der Hoffnung Raum gegeben, Amerika könnte nun die Gelegenheit wahrnehmen, um sich **Kanada** anzugliedern, also auch in dieser Richtung die Monroedoktrin zur Geltung zu bringen. Wenn tatsächlich die vermuteten Gegensätze zwischen den beiden angelsächsischen Staaten bestanden hätten, so hätte ein solcher Schritt Amerikas, auf dessen Beachtung hin ja auch das englische Bündnis mit Japan angeblich geschlossen worden war, immerhin im Bereich der Möglichkeit liegen können, und das umsomehr als für eine dahinzielende Politik bei entsprechender Propaganda sich eine durch Deutschamerikaner und Iren unterstützte Mehrheit wohl hätte bilden lassen. **Die amerikanische Regierung** hat diese Auffassung in den ersten Kriegsjahren auch **geflissentlich** unterstützt, indem sie sich mit ihrer Propaganda von der „Freiheit der Meere" den Anschein zu geben wußte, als ob sie **mit der angeblichen Bekämpfung der englischen Vorherrschaft zur See,** die bekanntlich in der amerikanischen Presse in ebenso heuchlerischer Weise lebhaftesten Widerhall fand, irgend welche politischen Absichten gegen England verfolge. In Wirklichkeit **bezweckte** diese Stellungnahme **nichts anderes als die Vermeidung der Lockerung des englisch-japanischen Bündnisses,** das ebenso wie das englisch-russische bei etwaiger Erkenntnis der Geheimpolitik der beiden angelsächsischen Staaten mitten im Kriege hätte gefährdet sein können, womit der Krieg für England wenn auch nicht verloren gegangen, so doch mindestens unentschieden geblieben wäre. **Ein unentschiedener Krieg wäre aber inbezug auf die zu gewärtigende künftige Gestaltung der weltpolitischen Beziehungen gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch des angelsächsischen Weltherrschaftsziels gewesen.** Daß die Vereinigten Staaten also die Monroedoktrin nicht auf das Riesengebiet des Nordens auszudehnen beabsichtigt haben, das dürfte neben der von Anfang an einsetzenden kriegswirtschaftlichen und versteckten politischen Unterstützung der Entente u. E. mit einer der sichersten Beweise dafür sein, daß die Betonung sämtlicher konstruierten Gegensätze vor dem Kriege und während desselben nur auf Täuschung berechnet war.

Dagegen trat der **aggressive Charakter der amerikanischen Politik gegenüber Japan in Verbindung mit seinen wirtschaftlichen Ausdehnungsbestrebungen in Asien,** namentlich aber in China, schon seit Jahren offen in Erscheinung. Die neben der wirtschaftlichen Durchdringung Chinas seit Jahren einhergehende kulturelle und politische Einflußnahme Amerikas in diesem Staate, die namentlich dadurch in großem Umfange herbeigeführt wurde, daß man chinesische Studenten (trotzdem der Chinese, wie überhaupt die gelbe Rasse, und schließlich jede fremde Nationalität, mit Ausnahme der Engländer und Franzosen (!) geringschätzig vom Vollamerikaner betrachtet wird) in großer Zahl auf Kosten des amerikanischen Staats in Amerika studieren ließ, hat nicht nur das Ansehen Amerikas in den gebildeten Kreisen Chinas in hohem Grade zu heben vermocht, sie hat auch fraglos den inneren Anstoß zum Sturz der dortigen Staats- und Gesellschaftsordnung gegeben. Gleichlaufend mit der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einflußnahme in China ging **im Verhältnis zur Machtentwicklung Japans eine japanfeindliche Stimmungsmache in Amerika und China.** Die japanfeindliche Propaganda wurde in Amerika selbst größtenteils innerhalb der Weststaaten betrieben, die sich gegen die Einwanderung der billigen und fleißigen japanischen Arbeiterbevölkerung schon seit Jahren ge-

wehrt haben. Auch der japanische Einfluß in Mexiko wurde übel vermerkt. Deshalb haben die Weststaaten schon lange vor dem Kriege die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes verlangt, das die Ansiedlung japanischer Einwanderer behindern bzw. verhindern soll. Japan hat begreiflicherweise gegen ein solches Ausnahmegesetz stets protestiert, und solange die angelsächsischen Staaten ein Intresse an der Betonung ihrer angeblich gegensätzlichen Politik hatten, dürfte sich auch England immer den Anschein der Unterstützung Japans in dieser Frage gegeben haben. Die beabsichtigte Washingtoner Konferenz wird aber — je nach der bis dorthin vorhandenen Verteilung der Machtverhältnisse — sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen haben, und wie aus den diesbezüglichen Erörterungen der japanischen Presse zu entnehmen ist, wird Japan gegebenenfalls — d. h. wenn ihm von Seiten Amerikas Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage sowie inbezug auf die von Japan verlangte Sicherung seiner Vormachtstellung in Asien gemacht werden — das **Rassenproblem** zur Debatte stellen, und als Hauptmacht der gelben Rasse deren Selbständigkeit und Gleichberechtigung unter den Kulturnationen verlangen. Welche weltpolitische Bedeutung die Aufrollung dieser Frage haben kann, braucht nicht besonders betont zu werden.

Japan.

Was nun die **Entwicklung Japans** in den letzten Jahrzehnten anbelangt, so steht sie in engstem Zusammenhang mit der geographischen Lage des Landes und seiner stetigen Bevölkerungszunahme. Die Zusammendrängung des Volkes auf dem kleinen Inselreiche begünstigte die Herausbildung einer straffen staatlichen Organisation, und daraus hervorgehend eine starke Entwicklung des Nationalbewußtseins einerseits, sowie die Ausbildung aller geistigen und seelischen Kräfte im Dienste des nationalen Gedankens. Nicht ohne Berechtigung hat man Japan sowohl inbezug auf seine geographische Lage als auch seine nationalen Charaktereigenschaften das England des Ostens genannt. Während aber England aus Gründen **weltpolitischer** Betätigung in den letzten Jahrhunderten seine Bestrebungen der Einflußnahme auf die Gestaltung der europäischen Machtverhältnisse durch Erwerbung von festländischem Gebiete (Nordfrankreich) zu Gunsten **rein** politischer Beeinflussung der Machtverhältnisse und der ausschließlichen Geltendmachung seiner Seeherrschaft aufgab, war **Japan infolge der zunehmenden Übervölkerung sowie zwecks Sicherung seiner Existenz und Entwicklungsmöglichkeit gezwungen, festländisches Gebiet zu erwerben.** Wenn wir die geographische Lage Japans vom nationalpolitischen bzw. völkerbiologischen Gesichtspunkt aus betrachten, so ist es einerseits verständlich, daß die Japaner nach der Herstellung einer Verbindung mit dem asiatischen Kontinent strebten, und dort nach der Erwerbung von Ansiedlungsgebieten für seine überschüssige Bevölkerung, weiterhin nach der strategischen Sicherung dieser Verbindung durch die Erwerbung der dazu nötigen Inseln und Halbinseln, sowie durch die Schaffung einer diesen Aufgaben gewachsenen Flotte. Von der vorstehend gekennzeichneten Grundlage aus haben wir die außenpolitische Betätigung Japans in den letzten Jahrzehnten zu betrachten, und in ihrer Auswirkung auf die Gestaltung der weltpolitischen Machtverhältnisse die geheimen oder offenen Gegen-

maßnahmen der auch in Asien nach wirtschaftlicher und damit politischer Vormachtstellung strebenden Angelsachsen. Der erste Schritt Japans in der Richtung der Fundierung und Sicherung seines nationalen Ziels war die **Erwerbung Koreas** durch den Krieg mit China im Jahre 1895. Die Halbinsel Korea, die unter ziemlich losem politischem Einfluß Chinas stand, bildet das Sprungbrett Japans auf den Kontinent, und gleichzeitig kann Japan durch den Besitz Koreas sich vermittelst Schließung der Koreastraße vor einem Eindringen überlegener feindlicher Seekräfte in das japanische Meer von Süden her schützen, dessen Gelingen die Abtrennung der japanischen Inseln vom Kontinent zur Folge hätte und damit sowohl die Lahmlegung seiner Landstreitkräfte als auch die eventuelle Aushungerung seiner Bevölkerung. Der nächste Sicherungsschritt war die Erwerbung des Küstengebiets der Mandschurei sowie der südlichen Hälfte der Insel Sachalin durch den Krieg mit Rußland im Jahre 1904/05, wodurch die Verbindung des Inselreichs mit dem Festland auch im Norden gesichert und im Zusammenhang damit die vollständige Abschließung des japanischen Meers erreicht wurde.

Durch diese Erwerbungen waren nun die außerpolitischen Maßnahmen Japans zur Sicherung seiner nationalen Existenz und Entwicklungsmöglichkeit vorläufig abgeschlossen. Wie bekannt erfolgte der zwecks Erwerbung der letztgenannten Gebiete gegen Rußland geführte Krieg unter politischer Rückendeckung Englands, das sich für diese rein platonische Hilfeleistung den Anspruch auf Verteidigung seines indischen Besitzes durch Japan erwarb. Im gleichen Jahre wurde das englisch-japanische Bündnis erneuert, und zwar wahrscheinlich auf der Grundlage, daß Japan weiterhin verpflichtet war, für die Sicherung Indiens nach außen hin einzutreten, oder gegebenenfalls einen Aufstand der Inder zu unterdrücken. Dagegen hat wohl England die politische und eventuell militärische Unterstützung Japans im Falle eines Konflikts des letzteren Staats mit Rußland oder den Vereinigten Staaten im „geheimen" zusagen müssen. Anläßlich der Kriegserklärung Englands an Deutschland stellte sich dann heraus, daß **Japan auch die Verpflichtung übernommen hatte, das „Übergreifen" des Krieges auf Asien zu verhüten,** weshalb es die Übergabe des deutschen Schutzgebiets **Kiautschou** und der Halbinsel Schantung von Deutschland verlangte. Daß die deutsche Regierung die Herausgabe angesichts der Aussichtslosigkeit der Verteidigung verweigerte, ist eine jener politischen Unbegreiflichkeiten, die einerseits auf die vollständige Verkennung des Ernstes der politischen und militärischen Gesamtlage, andererseits aber auch auf die romantisch-ritterliche Erziehung unserer führenden Kreise zurückzuführen ist, der die Betonung des Ehrenstandpunktes höher und näher stand als die politische Überlegung. Die Haltung der deutschen Regierung darf aber auch als Beweis dafür in Anspruch genommen werden, **daß die Regierung und mit ihr naturgemäß auch die Heeresleitung zu Beginn des Krieges keine Ahnung von der gegen die Mittelmächte gerichteten weltpolitischen Konstellation hatten, denn sonst wäre es u. E. doch unmöglich gewesen, daß man auch noch die Feindschaft dieses Staates auf sich genommen hätte.** Infolge des von Amerika unterstützten Protestes der chinesischen Regierung gegen die fortdauernde Besetzung der Halbinsel Schantung durch japanische Truppen nach dem Kriege erfuhr man, daß die Entente zwecks weiterer Teilnahme Japans an dem

Bündnis diesem das dauernde Besetzungsrecht zugesprochen hatte, und außerdem auch noch das Recht des vorherrschenden wirtschaftlichen Einflusses auf China. Die Halbinsel Schantung hat für Japan insofern strategischen Wert, als von ihr aus Peking verhältnismäßig leicht zu erreichen ist, zum andern aber auch im Zusammenhang mit dem Besitz Koreas, da von dort aus der nördliche Teil des gelben Meeres abgeschlossen werden kann.

Die angelsächsische Weltherrschaftspolitik.

Auf Grund der **Entwicklung des ostasiatischen Problems** seit dem Zusammenbruch Rußlands, mit dem, wie aus dem Bündnisvertrag zu schließen ist, die Entente im voraus schon gerechnet hatte, und dem daraufhin erfolgten aktiven Eingreifen Amerikas vermögen wir den Ring der Beweisführung für unsere Auffassung zu schließen, daß **England und Amerika in dem Bestreben der Erringung der Weltherrschaft seit Jahren im geheimen zusammengearbeitet haben, um zuerst die ihnen auf dem Wege zu diesem Ziele entgegenstehende militärische und politische Macht Deutschlands zu vernichten, und daraufhin den letzten Gegner, Japan, zu erledigen.** Genau so wie die Haltung Englands bis zu seiner Kriegserklärung infolge der dauernd wechselnden taktischen Manöver, deren Charakter und Ziel später noch gekennzeichnet werden soll, für seine politisch nicht ebenbürtigen Gegner mehr oder weniger undurchsichtig blieb, genau so hat auch Amerika seine Absichten aus denselben Beweggründen heraus bis zum letzten Augenblick zu verschleiern gewußt. Der Beweggrund für dieses geheime Zusammenarbeiten und für die getrennten politischen Aktionen bestand **in der Vermeidung eines Zusammenschlusses der bedrohten Völker, also Deutschlands, Japans und letzten Endes auch Rußlands, dessen inneren Zusammenbruch und die daraus hervorgehende Zersplitterung des Riesenreichs man ebenfalls in Rechnung gestellt hatte.** Um Rußland und Japan zu binden, hatte England Verträge mit diesen Staaten abgeschlossen, gleichzeitig aber auch koloniale Abmachungen mit Deutschland über Mesopotamien und Portugiesisch-Angola noch im Juli 1914 vorbereitet, um die deutsche Regierung in Sicherheit zu wiegen, während schon militärische Zusagen sowohl an Frankreich wie Rußland gemacht worden waren, und das zwecks Sicherung Gibraltars gegen Spanien gerichtete Bündnis mit Portugal, das letzterem den Besitz gerade Angolas gewährleisten sollte, aufrechterhalten wurde. **Während England so sämtliche europäischen und asiatischen Bündnissysteme beherrschte, und gleichzeitig deren feindselige Spitze gegen Deutschland,** wie wir später sehen werden, von 1912 ab durch scheinbare Annäherungsbestrebungen zu verschleiern verstand, hielt sich Amerika hinsichtlich der europäischen Politik soviel wie möglich im Hintergrund, um die durch die englische Einkreisungspolitik gegen die Mittelmächte geschaffene Konstellation nicht zu stören. In Wirklichkeit aber war auch schon lange vor Beginn des Krieges der Kampf gegen Deutschland sowohl psychologisch wie politisch vorbereitet worden. Wenn man auch annehmen kann, daß die Ausdrucksformen unserer überlebten Staats- und Gesellschaftsordnung die Stimmung der im Hinblick auf ihre Erziehung gerade in dieser Richtung scharf reagierenden Amerikaner von vornherein in gewissem Grade gegen uns eingenommen hatten, — namentlich auch deswegen, weil die Mehrzahl der aus

den unteren Bevölkerungsschichten Deutschlands hervorgegangenen Deutschamerikaner selbst unser Staats- und Gesellschaftssystem im Vergleich mit den dortigen Verhältnissen nicht günstig beurteilte — so bietet doch die Art und Weise, wie die große Masse der amerikanischen Bevölkerung über den deutschen Staat und das deutsche Volk „unterrichtet" wurde, einen Beweis dafür, daß die angelsächsische Presse seit Jahren systematisch das Volk gegen Deutschland aufgehetzt hatte. Der Verfasser hatte Gelegenheit, schon im Jahre 1907 die augenscheinlich von der dortigen Presse propagierte antideutsche Stimmung in Amerika kennen zu lernen. Wir müssen vorausschicken, daß die große Masse des amerikanischen Volkes einen Vergleich mit der geistigen Durchschnittsbildung des deutschen Volkes nicht auszuhalten vermag, denn schon aus der ganzen traditionslosen geschichtlichen und kulturellen Entwicklung der Amerikaner, die in erster Linie auf die Ausbildung einer rein materialistischen Weltanschauung eingestellt war, läßt sich begreifen, daß man die geistige Bildung nicht — wie bei uns — als das erstrebenswerteste Ziel betrachtete. Es ist daher nicht verwunderlich, daß den meisten Amerikanern die politischen und kulturellen Verhältnisse Europas vor dem Kriege völlig unbekannt waren, sodaß ihre Unterrichtung darüber in der Hauptsache durch die Zeitung, die das Haupt-„Bildungs"-mittel des Amerikaners darstellt, erfolgte. Die amerikanische Tageszeitung aber ist, — abgesehen von ihrer politischen Tendenz — entsprechend dem naiven Charakter der Volkspsyche und ihres (nach unsern Begriffen) verhältnismäßig geringen geistigen Anspruchs — in erster Linie auf Sensation gerichtet. Es darf daher ohne weiteres als Ausfluß angelsächsischer Propaganda bezeichnet werden, daß gerade im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege das deutsche Staatssystem und seine führenden Persönlichkeiten fast täglich in schärfster Weise in der angelsächsischen Presse entweder direkt angegriffen oder aber — noch häufiger — verhöhnt wurden. So konnte man auch die auffällige Beobachtung machen, daß der Durchschnittsamerikaner zwar von den völkischen, staatsrechtlichen, und gesamtkulturellen Verhältnissen der europäischen Staaten, im besonderen auch Deutschlands, keine Ahnung hatte und sie daher nach dem meistens wenig günstigen Eindruck über die eingewanderten Angehörigen der europäischen Völker zu beurteilen geneigt war, aber merkwürdigerweise bei einer Unterhaltung über Deutschland, über die dortigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse genau „Bescheid" wußte. Deutschland wurde nämlich auf Grund der dahingehenden Darstellungen der angelsächsischen Presse stets als militaristischer Polizei- und Beamtenstaat bezeichnet, in dem das Volk überhaupt nichts zu sagen habe. Namentlich aber wurden die Angehörigen des Hohenzollernhauses bei jeder Gelegenheit karikiert und verunglimpft. Im Gegensatz dazu brachte man dem englischen und französischen Staatsregime zweifellos auch deshalb, weil es dem amerikanischen wesensverwandt war, große Sympathieen entgegen, und behandelte daher auch die Angehörigen dieser Staaten mit größerer Achtung als die deutschen Staatsangehörigen und die ihre Nationalität nicht verleugnenden Deutschamerikaner. Auf der Grundlage einer solchen Stimmungsmache gegen Deutschland war natürlich die Vorbereitung zu einer deutschfeindlichen Stellungnahme nach Ausbruch des Krieges verhältnismäßig leicht, und das umsomehr, als England ohne besonderen Protest der amerikanischen Regierung unter Ver-

letzung des Völkerrechts sofort das deutsche Kabel durchschnitten hat, wodurch die amerikanische Presse auf den englischen Nachrichtendienst beschränkt wurde.

Die geheime Verbindung zwischen der amerikanischen und englischen Regierung gegen Deutschland war aber in deutschamerikanischen Kreisen schon vor Kriegsausbruch bekannt. Schon 1912 hatte der Präsident der Deutschamerikaner auf dem Bundestage in Chicago darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung im Bunde mit England einen Krieg gegen Deutschland plane, wogegen aber die zehn Millionen Deutschamerikaner mit aller Macht sich wehren würden. Wenn wir uns die oben gekennzeichneten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse innerhalb des amerikanischen Staates vom Gesichtspunkt der Nationalitätenfrage ins Gedächtnis zurückrufen, so verstehen wir, daß — wenn auch der Wille der Deutschamerikaner zur Vermeidung eines Konfliktes mit ihrem Mutterlande **unbedingt** vorhanden war — ihre unpolitische, aus der historischen Entwicklung der Eingewanderten heraus verständliche Erziehungs- und Anschauungsweise nicht geeignet sein konnte, der glänzend organisierten und zur Führung hervorragend befähigten angelsächsischen Oberschicht eine ebenbürtige politische Organisation entgegenzustellen, deren Aussichten im Bunde mit den ebenfalls vom Angelsachsentum geringschätzig behandelten Iren nicht ungünstig gewesen wären. **Gerade aber derartige innerpolitische Überlegungen dürften die angelsächsische Führerschaft zu möglichster Geheimhaltung ihrer weltpolitischen und im Zusammenhang damit deutschfeindlichen Pläne veranlaßt haben.**

Die ausgesprochen deutschfeindliche Tendenz der amerikanischen Politik zeigte sich sofort beim Ausbruch des Krieges, denn mit einem Schlage nahm die gesamte Presse englischer Sprache gegen Deutschland Stellung, das ohne weiteres der Verantwortung für den Krieg beschuldigt wurde. Vermittelst der belgischen Greuelmärchenpropaganda wurde der Haß des Volkes, das auf Grund seiner freiheitlichen Anschauung naturgemäß für solche Stimmungsmache sehr empfänglich war, dauernd wachgehalten; sodann wurde der gesamte Kriegsnachrichtendienst lediglich im Sinne der Entente frisiert, wogegen der Einfluß der deutschamerikanischen Presse nicht aufkommen konnte. Die durchweg englisch orientierten Wirtschaftskräfte der Industrie, des Handels und der Finanz stellten sich sofort auf die Unterstützung der Ententekriegführung ein, die bekanntlich in größtem Maßstabe erfolgte, und durch die gewaltigen Lieferungen an Kriegsmaterial sowie durch Gewährung von Anleihen direkt neutralitätswidrigen Charakter annahm. Die stärkste indirekte Unterstützung seitens Amerikas erfuhr die Ententekriegführung aber durch die Verhinderung der Ausnützung der Deutschland in seinen U-Booten zur Verfügung stehenden Seekriegsmittel gegen die völkerrechtswidrige englische Blockade. Wie bekannt, hatte der frühere Präsident Roosevelt, trotzdem er von deutscher Seite bei jeder Gelegenheit mit Auszeichnung behandelt worden war, schon vor dem Kriege eine starke Kriegshetze gegen Deutschland betrieben, und wir haben aus den Aufzeichnungen eines französischen Politikers nach dem Kriege erfahren, daß im September 1914, als die französische Regierung infolge der Bedrohung von Paris durch die ungestüm vordringenden deutschen Heere nach Bordeaux flüchten mußte, und zu einem Sonderfrieden geneigt war, der Gesandte Roosevelts, Robert Bacon, zusammen mit

dem damaligen amerikanischen Botschafter in Paris, Harrick, und seinem Nachfolger, Sharp, die Franzosen überredet haben, den Krieg fortzusetzen, da Amerika nicht nur Geld und Munition, sondern gegebenenfalls auch Mannschaften zur Verfügung stellen werde. Durch diesen Schritt haben die Amerikaner also ganz klar bewiesen, daß sie von Anfang an auf der Seite der Entente standen. Es ist unseres Erachtens ganz ausgeschlossen, daß die vorgenannten amerikanischen Diplomaten ohne Fühlung mit den maßgebenden Regierungs- und politischen Kreisen gehandelt haben, denn fraglos standen damals schon die Hauptlinien der amerikanischen Politik fest, während die offizielle Haltung Wilsons lediglich taktischen Beweggründen entsprang.

Wie wenig nicht nur der größte Teil der deutschen Presse, sondern auch unsere in den Traditionen der alten Schule erstarrte Diplomatie **die taktischen Äußerungen der Politik** unserer Gegner, die genau so wie bei der militärischen Kriegführung **dazu bestimmt** sind, **die prinzipiellen Richtlinien zu verschleiern**, zu bewerten vermochte, das sehen wir daraus, daß unsere Diplomaten sich nicht nur durch die raffinierte Annäherungspolitik Englands in den letzten beiden Vorkriegsjahren sowie die offiziell freundliche Politik der italienischen Regierung täuschen ließen, sondern zu unserem Verhängnis besonders auch durch die glänzenden taktischen Manöver der amerikanischen Regierung, durch die sich ja heute noch weite Kreise in Deutschland irreführen lassen. Nun ist es allerdings nicht leicht, das Hauptziel einer Regierung von ihrer jeweils den gegebenen Verhältnissen angepaßten äußeren Haltung zu unterscheiden, aber die großen Richtlinien muß ein geschulter Staatsmann und Diplomat immer zu erkennen fähig sein, sonst darf er eben keinen Anspruch auf die Leitung bzw. Vertretung eines Volkes erheben. Wie es für die englische Regierung in den letzten Jahren vor dem Kriege darauf ankam, nach ihrer von 1905 bis 1911 ausgesprochen deutschfeindlichen Politik sich Deutschland wieder zu nähern, bis zu dem Augenblick, in dem man den Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen für günstig hielt, so hatte auch die amerikanische Regierung und zwar nicht nur innenpolitische, sondern in hohem Grade auch außenpolitische Beweggründe, das Hauptziel ihrer Politik bis zum günstigsten Augenblick zu verschleiern. Man muß nämlich beachten, daß auch die vertrautesten Beziehungen zweier Staaten zu einander keine **absolute Gewähr** für einen Staat bilden, auf deren Grundlage seine Regierung eine auf lange Sicht eingestellte grundsätzliche Politik aufbauen könnte. Noch komplizierter aber werden die Verhältnisse und die daraus sich ergebenden Wege zur Sicherung der Existenz eines Staates, wenn es sich um die Schaffung einer möglichst günstigen Konstellation innerhalb großer Mächtegruppen handelt, wie sie in den letzten Jahren vor dem Kriege ganz klar in Erscheinung getreten war. Durch den Eintritt Amerikas und Japans in die Arena der Weltpolitik, der für ersteren Staat in erster Linie in der gewaltigen Entwicklung seiner Volkswirtschaft begründet ist, für Japan aber in der Frage der Schaffung geeigneten Gebiets zur Ansiedlung seiner überschüssigen Bevölkerung, war der Übergang von der Kontinentalpolitik der europäischen Großmächte zur Weltpolitik gegeben. Daß England durch seine in der ganzen Welt zerstreuten, wenn auch bis zu gewissem Grade selbständigen Kolonien gezwungen war, diesen Schritt zuerst zu machen, war vorauszusehen.

Man muß nämlich, wenn man ein richtiges Urteil über die grundsätzliche Politik Englands gewinnen will, sich darüber klar sein, daß die insulare Lage dieses Landes nur insolange als glücklich angesehen werden kann, als das Volk einerseits die Macht besitzt, durch die Überlegenheit seiner Flotte die Herrschaft zur See aufrechtzuerhalten, andererseits seine Diplomatie fähig ist, Konstellationen von Mächtegruppen auf dem Kontinent, bzw. auf zusammenhängenden Kontinenten (Europa und Asien) zu verhindern, die die englische Überlegenheit zur See illusorisch machen könnten. Wir erinnern hier an unsere Ausführungen über die Politik der deutschen Kaiser und nach dem dreißigjährigen Kriege der französischen Herrscher, die jeweils auf die Schaffung eines einheitlich geführten europäischen Staates gerichtet war. Dadurch daß diese Bestrebungen aber immer aggressiven Charakter trugen, also auf die absolute Vorherrschaft eines Volkes gerichtet waren, anstatt auf die Schaffung eines Staatenbundes, vermochten sie keine dauernd tragfähige Grundlage zu gewinnen. **Gerade aber durch die Ausnützung und gegebenenfalls Schürung der völkischen Gegensätze in Europa vermochte England seine Weltherrschaftspolitik in den letzten Jahrhunderten aufzubauen und durchzuführen.** Während die Fortsetzung der traditionellen aggressiven Politik der Franzosen nach der Wiedervereinigung der deutschen Stämme England eine jeder Zeit zur Verfügung stehende Unterstützung gegen das machtpolitisch und weltwirtschaftlich emporstrebende Deutschland von Westen her gewährleistete, kam das ebenfalls zur Großmacht sich entwickelnde Japan der englischen Politik gerade recht, um es zu Zwecken der Sicherung seines asiatischen Besitzes und seines Einflusses im Orient gegen Rußland, dessen zeitweise freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland ohnehin in London mißtrauisch verfolgt wurden, zu benützen. Der Erfolg war die gekennzeichnete kriegerische Auseinandersetzung zwischen Japan und Rußland, wodurch ersteres noch fester an das englische Bündnis gekettet wurde, während gleichzeitig die englische Diplomatie daranging, in Petersburg eine durch die Begünstigung Japans etwa zu befürchtende dauernde Verstimmung in Verbindung mit einer möglichen Annäherung an Deutschland zu verhindern, indem man den persischen Teilungsvertrag abschloß, und auch die seitherige Politik der Aufrechterhaltung des türkischen Hoheitsgebiets aufgab. Wir sehen hier ganz klar die **Hauptrichtlinien der englischen Politik,** die seit Jahrhunderten die gleichen geblieben waren: **Teilung der Machtverhältnisse auf dem europäischen und asiatischen Kontinent unter der Führung Englands und gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Seeherrschaft.** Für diese Politik, die England einerseits die Haltung eines Landheeres ersparte, — da man immer nur mit den Truppen fremder Mächte Krieg führte, — andererseits die Sicherung und den stetigen Ausbau des kolonialen Weltreichs ermöglichte, bestanden zwei Gefahren, nämlich einmal die schon mehrfach erwähnte Vereinigung einer Gruppe von starken Kontinentalmächten, zum andern die Verbindung von Seemächten, die zusammen der englischen Flotte gewachsen gewesen wären. Zu Zeiten der Vorherrschaft der europäischen Mächte wären also etwa Bündnisse zwischen Frankreich, Deutschland und Östreich-Ungarn, oder Frankreich, Deutschland und Rußland, und schließlich Deutschland, Östreich-Ungarn und Rußland, möglich gewesen, die die englische Machtteilungspolitik zu durchkreuzen geeignet gewesen wären, wenn der westliche bzw. der östliche Nachbar Deutschlands eine kon-

tinentale Expansionspolitik aufgegeben, d. h. die nach 1870 vorhandenen Grenzverhältnisse zwischen den großen europäischen Staaten als definitiv betrachtet hätte. Mit der Entwicklung Japans zur Großmacht war wiederum eine Reihe von Bündniskombinationen gegeben, die die englische Vorherrschaftspolitik hätte schachmatt setzen können. Einmal ein Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und Japan, auf Grund dessen diese drei Mächte den gesamten europäischen und asiatischen Kontinent hätten zu beherrschen vermögen, denn Frankreich hätte in diesem Falle wohl wenig Lust gehabt, sich ins englische Schlepptau nehmen zu lassen, und der österreich-ungarische Nationalitätenstaat hätte diese Bündnispolitik kaum behindern können, namentlich dann nicht, wenn man auch noch Italien in den Bund einbezogen, und wie die Entente es später gemacht hat, jenes nicht mehr lebensfähige Völkerkonglomerat liquidiert hätte. Durch ein Bündnis mit Japan hätte Deutschland aber auch die englische Vorherrschaft zur See zum mindesten in Frage stellen können, und deshalb hat England auch bis zum letzten Augenblick, d. h. bis zur Vernichtung der deutschen Flotte, Japan alle Versprechungen bezüglich seiner Ansprüche in Asien gemacht, um die japanische Regierung von einem solchen Bündnis abzuhalten. Deshalb besteht aber auch für uns kein Zweifel, daß England, ebenso wie es gleichzeitig mit Japan und Rußland Bündnisse abschloß, die es gegen Deutschland verwenden konnte, die aber auch gerade so gut gegebenenfalls, d. h. im Falle des Anschlusses einer dieser beiden Staaten an Deutschland gegen den andern gerichtet sein konnten, neben dem japanischen Bündnis, das Japan Unterstützung fraglos auch gegen Amerika zusicherte, geheime vertragliche Abmachungen mit den Vereinigten Staaten gegen Japan getroffen hatte.

In der Erkenntnis dieser letzteren Bündniskombination, deren kriegerische Auswirkung seit der Vernichtung der deutschen Land- und Seemacht nun von den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit allen Mitteln ebenso raffinierter wie brutaler Politik erstrebt wird, besitzen wir den Schlüssel zur Ergründung der Ursachen des Weltkrieges im allgemeinen und der englischen wie amerikanischen Politik im besonderen. **Die Hauptursache des Weltkrieges haben wir in dem von England und Amerika insgeheim betriebenen Plan einer Organisation der Weltwirtschaft zu erblicken, im Sinne der Errichtung eines angelsächsischen Welttrustes, dem direkt oder indirekt sämtliche Rohstoff-, Produktions- und Absatzgebiete zur Verfügung stehen sollen. Zur Erreichung dieses Ziels war aber die Schaffung einer tragfähigen machtpolitischen Grundlage notwendig,** denn die angelsächsischen Staaten allein hätten gegen die übrigen Großmächte selbstverständlich ihre Absichten nicht durchzuführen vermocht.

Die von **England** zu diesem Zwecke betriebene **Bündnispolitik** tritt in ihrer raffinierten, nach dem Prinzip „Teile und herrsche" durchgeführten **Hauptkonstruktion** klar in Erscheinung: **der gesamte europäische und asiatische Kontinent wurde durch England möglichst wenig bindende Bündnisverträge so geteilt, daß gegebenenfalls immer ein Staat gegen den andern ausgespielt werden konnte.** Diese ausgeklügelte künstliche Konstruktion der englischen Politik war aber nur infolge der glücklichen insularen Lage Englands einerseits, und seiner skrupellosen Haltung inbezug auf den Besitz anderer Völker möglich, der je nach der einen oder andern Seite hin

als politisches Handelsobjekt benützt wurde. **Gerade dadurch, daß sowohl in Europa wie in Asien führende Großmächte** (Frankreich, Rußland und Japan) **ihre nationalen Grenzen nicht als abgeschlossen betrachteten, war es England im letzten Jahrzehnt gelungen, die durch seine Bündnisverträge gekennzeichnete Führung auf dem weltpolitischen Schachbrett zu übernehmen.** Aus der Erkenntnis der heute angesichts der Einkreisung Japans mit voller Deutlichkeit in Erscheinung tretenden Weltherrschaftspolitik der Angelsachsen heraus vermögen wir auch die Auffassung verschiedener deutscher Diplomaten, Politiker und führender Zeitungen **nicht** zu teilen, daß das **englische Bündnisangebot an Deutschland im Jahre 1912** ehrlich gemeint gewesen wäre. Auch ohne die Kenntnis der Erklärung des russischen Außenministers Sassonow, daß Grey ihm schon im Sommer 1912 die Zusage **aktiver** englischer Unterstützung im Falle eines russisch-deutschen Konflikts gegeben habe, kann man lediglich auf Grund der politischen Ereignisse des letzten Jahrzehnts vor dem Kriege und der entsprechenden Stellungnahme Englands, sowie der Haltung der englischen Regierung bei Kriegsausbruch und weiterhin angesichts der konsequenten Parteinahme Amerikas für die Entente sowohl den ausgesprochenen Kriegswillen Englands wie späterhin Amerikas sehr gut erkennen. Die Sendung Haldanes im Jahre 1912 war u. E. lediglich ein **taktisches** Manöver der englischen Kriegspolitik zu dem Zwecke der Hintertreibung einer Annäherung Deutschlands an Rußland und weiterhin eventuell an Japan. Die englische Regierung konnte doch nach dem Ausgang der Marokkokonferenz von 1911, die den vorläufigen Abschluß einer fast 10jährigen englischen Hetz- und Einkreisungspropaganda gegen Deutschland gebildet hatte, nicht annehmen, daß die deutsche Regierung gegen die offensichtliche Feindseligkeit Englands **keinerlei** Gegenmaßnahmen ergreifen würde, und das umsomehr, als man doch in London Bismarcks Brief von 1887 besaß, in dem klipp und klar zum Ausdruck gebracht war, daß Deutschland im Falle eines **Zweifrontenkrieges**, in dem es auf keine genügend starke Unterstützung rechnen könnte, eine freundschaftliche Verständigung mit Rußland suchen würde. Haldane hatte daher u. E. zwei Aufgaben, nämlich einmal den Anschein einer Schwenkung der englischen Einkreisungspolitik zu erwecken, andererseits aber eine Sondierung in Berlin über etwa schon in Vorbereitung befindliche neue Kombinationen vorzunehmen, deren Richtung sich wohl aus den Unterhandlungen hätte ergeben können. Die Forderungen Englands hinsichtlich einer Einschränkung des deutschen Flottenbaus waren daher auch so gestellt, daß Deutschland gar nicht darauf eingehen konnte, denn auf die deutsche Gegenfrage der Unterstützung Deutschlands in einem Zweifrontenkriege vermochte Haldane keine Zusicherungen zu geben, sodaß also das Opfer Deutschlands, wie England das bei allen seinen Bündnissen gemacht hat, ohne Gegenleistung gebracht worden wäre. Auf einer solchen Basis war natürlich eine Annäherung mit konkreter Grundlage unmöglich. Die Drohung Haldanes übrigens, daß England nun, um nicht „isoliert" zu sein, andere Bündniskombinationen suchen müsse, war selbstverständlich lediglich eine Redensart, denn die geheimen Abmachungen sowohl mit Frankreich als auch Rußland, Italien und Japan waren zu jener Zeit zweifellos schon getroffen, wenn England auch keine festen Zusicherungen gegeben hatte, die bei etwaigem, immer in Aussicht zu nehmendem Frontwechsel der betreffenden Staaten

das englische Doppelspiel verraten hätten. Aber nicht nur die jahrelang systematisch betriebene Einkreisungspolitik Englands und seine durch gekaufte Zeitungen in allen Entente- und neutralen Staaten organisierte Hetzpropaganda gegen Deutschland bestätigen unsere Auffassung, daß England der **treibende** Faktor der aggressiven Ententepolitik gewesen ist, vor allem ist es die im Zusammenhang mit dem angelsächsischen Endziele der absoluten Beherrschung der Weltwirtschaft angestellte einfache Überlegung, daß, solange Deutschland sowohl als Land- wie als Seemacht zu Bündnissen fähig war, die die Ausführung der angelsächsischen Pläne in Frage gestellt hätten, England danach trachten mußte, diesen Machtfaktor unter allen Umständen und womöglich für **immer** auszuschalten. Die Lage Frankreichs und seine militärische Stärke bildeten keinerlei Gefahr für England, wenn es seine traditionellen Bestrebungen der Ausbreitung nach Osten und damit seinen Deutschenhaß nicht aufgab, dagegen war die Möglichkeit einer Verständigung Deutschlands mit Rußland auf Englands Kosten im Orient und in Asien immer offen, und letzten Endes im Hinblick auf die von Jahr zu Jahr stärker in Erscheinung tretenden amerikanisch-japanischen Gegensätze auch eines Bündnisses jener beiden Staaten mit Japan und in beiden Fällen wäre zum mindesten die führende Stellung Englands im Konzert der Großmächte verloren gegangen. Und wenn England tatsächlich Deutschland in die geplante feste weltwirtschaftliche und weltpolitische Organisation der Angelsachen hätte aufnehmen wollen, so hätte man doch keinen Grund gehabt, den deutschen Flottenbau als Hinderungsgrund anzusehen, sowenig man in London heute auch nur ein Wort über die ungeheuren amerikanischen Flottenrüstungen verliert, die jetzt schon die Stärke der englischen Flotte übersteigen. Gerade dadurch, daß **die englische Politik ausgesprochen aggressiven Charakter** trug, weil die Bündnisverträge nur durch **konkrete** Versprechungen hinsichtlich des gegnerischen Besitzes gesichert waren, war die englische Regierung gezwungen, alle ihre Abmachungen einmal geheim zu halten, zum andern aber so lose und unverfänglich zu gestalten, daß die Vertragskontrahenten nie feste Zusicherungen bekamen, beziehungsweise erst als sie in den Krieg eingetreten waren, also eine Schwenkung nicht leicht mehr vorzunehmen vermochten.

Betrachten wir nun von der Grundlage der feststehenden Tatsache aus, daß **England** in jener Zeit die Gestaltung sowohl der europäischen wie der asiatischen Machtverhältnisse in seinen Händen gehalten hat, so können wir die Entwicklung der politischen wie der militärischen Ereignisse seit 1911 ganz eindeutig auf ihre Ursprünge zurückführen, und damit auch die letzten Ziele der Ententepolitik erkennen. Mit dem persischen Teilungsvertrag hatte England zwecks Einkreisung Deutschlands zugleich auch seine Politik der Erhaltung des Besitzstandes der Türkei, die selbstverständlich nur dem Beweggrund der Offenhaltung des Weges von Ägypten nach Indien entsprang, aufgegeben. Es ist wahrscheinlich, daß die Verteilung der Türkei, wie sie später in den von den Bolschewisten veröffentlichten Geheimverträgen gekennzeichnet und heute zum größten Teil Tatsache geworden ist, bis zum Eintritt der Türkei in den Krieg in der Hauptsache nur durch mündliche Abmachungen vereinbart wurde, die jeden Staat zwar politisch und militärisch banden, aber doch nur so, daß bei etwaigen Schwenkungen dieses oder jenes Staates nicht eine klar erkennbare

Kompromittierung der anderen Regierung in Erscheinung getreten wäre. In dieser Kunst der Bindung eines Vertragskontrahenten ohne gleichzeitige feste Zusicherungen von englischer Seite hat die englische Politik ja von jeher fabelhafte Leistungen zu verzeichnen gehabt. Und deshalb vermochte sie auch die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick zu täuschen.

Ein Beispiel übrigens, wie subtil selbst aggressive Bündnisverträge, d. h. solche, die auf der Grundlage des Versprechens von großen Gebietsteilen voraussichtlicher Gegner abgeschlossen werden, behandelt werden müssen, bietet die während der **Marokkokrisis von 1911** vorübergehend eingetretene englisch-französische Dissonanz. Damals war Caillaux, der Führer der bürgerlichen Linken, französischer Ministerpräsident. Während unter seiner Führung die französische Regierung zur Mäßigung bereit war, und am liebsten das gesamte Marokkoproblem zusammen mit etwaigen deutschen Kompensationsforderungen — denn Deutschland wollte den französischen Einfluß in **Marokko** keineswegs beschränken oder unterbinden — zwischen beiden Staaten allein geregelt hätte, wurden die Franzosen von englischer Seite direkt zu einer scharfen Stellungnahme gegen Deutschland bei den Verhandlungen gedrängt. Die anmaßende Haltung des englischen Vertreters gegenüber Caillaux hat, wie später bekannt wurde, diesen zu der Bemerkung veranlaßt, daß Frankreich auch noch andere Wege für seine Politik zur Verfügung stehen, daß es also nicht unter allen Umständen auf die Unterstützung Englands angewiesen sei. Tatsächlich war England damals schon im Falle einer Zuspitzung der Verhandlungen zum Kriege bereit, während Caillaux in der Erkenntnis, daß Frankreich sich in diesem Falle in der Hauptsache nur für Englands Intresse einsetzen würde, die Verhandlungen nicht zum Scheitern kommen lassen wollte. Diese Auffassung wurde auch von dem damaligen **belgischen Botschafter in Paris** seiner Regierung zum Ausdruck gebracht, indem er schrieb: „Im allgemeinen habe ich ein **geringes Zutrauen zu den friedlichen Absichten Großbritanniens, das nicht ungern sieht, wenn die andern sich gegenseitig verschlingen.** Aber in diesem Falle würde es für England schwierig, — ich möchte sagen unmöglich — sein, nicht mit den Waffen einzugreifen. .... Wie ich es vom ersten Tage annahm, liegt der **Schwerpunkt der Situation in London. Nur dort kann sie ernst werden.** Die Franzosen werden in allen Punkten nachgeben, um den Frieden zu erhalten. Nicht so die Engländer, die sich über gewisse Grundsätze und Forderungen nicht vergleichen werden." Das Bestreben Caillaux' nach Erhaltung des Friedens und seine Haltung gegenüber England haben ihm begreiflicherweise den Haß der Engländer zugezogen. Die englische Presse erging sich denn auch nach Beendigung der Konferenz in wenig freundlichen Urteilen über die Haltung der französischen Regierung, und man kam über dem Kanale zu dem Schluß, daß es die Franzosen gar nicht wert gewesen seien, daß sich die englische Regierung so für sie eingesetzt habe. Im Zusammenhang mit dieser Verärgerung wird man auch die Sendung Haldanes im folgenden Jahre besser verstehen können. England hatte aber in Frankreich den größten Teil der großen Presse für sich, und eine sehr rührige Clique von unentwegten Deutschenhassern. Und so setzte auch sofort eine scharfe Propaganda gegen Caillaux ein, in dem man den Verfechter einer Aussöhnungspolitik mit Deutschland erblickte, die nicht nur die Revancheidee

endlich zum Absterben gebracht, sondern vor allem auch den stets zur Inszenierung von Reibereien benützten englischen Einfluß auf die Gestaltung der europäischen Machtverhältnisse ausgeschaltet hätte. Den Höhepunkt dieser Hetzpropaganda bildete, wie erinnerlich, der Angriff des Direktors des „Figaro", Calmette, der einen Brief Caillaux' an seine frühere Frau und spätere Gattin Caillaux', in dem letzteren belastende politische Bemerkungen enthalten waren, veröffentlichte, worauf die Gattin Caillaux' ihren früheren Gatten erschoß. Dieser zweifellos zwecks Erschütterung der politischen Stellung Caillaux' provozierte Skandal erfüllte tatsächlich auch die darauf gestellten Erwartungen, und so war wieder freie Bahn für den von England unterstützten französischen Chauvinismus. Wir dürfen aber doch wohl der früher schon angedeuteten Auffassung wiederholten Ausdruck verleihen, daß bei einer konsequenten Durchführung des Verständigungsgedankens seitens Deutschlands in den letzten Jahrzehnten bei der Mehrheit des französischen Volkes trotz der verbrecherischen systematischen Vergiftung der Volkspsyche, wie sie schon in die Jugend hineingetragen wurde, vielleicht doch eine Aussöhnung möglich gewesen wäre, wenn man damals ganz nüchtern einerseits die großen politischen und wirtschaftlichen Vorteile einer solchen Verständigung dem französischen Volke so deutlich und so viel als möglich vor Augen geführt hätte, andererseits aber auch die nicht wiedergutzumachenden Nachteile einer nochmaligen kriegerischen Auseinandersetzung für beide Teile, und zwar für den Sieger wie für den Besiegten. Frankreich ist heute vermittelst der Hilfe der Angelsachsen und durch eine inbezug auf dauernde Tragfähigkeit sehr problematische Bündniskonstellation (Polen und die kleine Entente) in der Lage, seinen seit 1871 in geradezu krankhafter Weise gesteigerten Haß am deutschen Volke auszulassen. Man macht sich offenbar darüber in Paris keine Gedanken, daß die Behandlung, wie sie das deutsche Volk seit dem Waffenstillstand von Seiten Frankreichs zu ertragen hat, eines Tages unbedingt furchtbare Früchte tragen wird. Gewiß, das deutsche Volk war bisher infolge seiner sittlich auf dem höchsten Stande stehenden Erziehung zu keinerlei Haßgefühl fähig, es hat nach französischem Urteil — leider — eine richtige „Schafsnatur" an den Tag gelegt, aber Clémenceau täuscht sich, wenn er glaubt, daß die französische Vergewaltigungs- und Demoralisierungspolitik in 50 Jahren zu einer den Machtplänen Frankreichs günstigen Mentalität der deutschen Volkspsyche führen werde, in dem Sinne, daß das Volk zu einer aktiven Betätigung seines Lebenstriebs nicht mehr fähig sein würde. Wir wissen, daß auf dieser psychologischen Überlegung nicht nur die französischen Eroberungspläne hinsichtlich des Rheinlandes und einer etwaigen Trennung Süddeutschlands von Norddeutschland aufgebaut sind, auch die Angelsachsen wünschen diese Entwicklung, die einen ihnen wegen seiner geistigen und vor allem auch sittlich-nationalen Überlegenheit unbequemen Konkurrenten auf solche Weise recht gern für immer ausgeschaltet wissen möchten. Hat doch Lloyd George anläßlich der Begründung des Friedensvertrags im Unterhause ebenso zynisch wie brutal erklärt, das deutsche Volk müsse sich darüber klar werden, daß es seit 150 Jahren eine falsche (!) Politik getrieben habe. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß England und mit ihm seine Bundesgenossen, die angeblich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestritten haben, dieses Recht des Zusammenschlusses dem

deutschen Volke bestreiten, und es also wieder in seine Stammesbestandteile zergliedert sehen möchten, wie zu der Zeit vor Beginn der brandenburgisch-hohenzollerischen Machtentwicklung, da die deutschen Stämme als Spielball der Politik fremder Staaten benützt wurden, und das deutsche Land als Tummelplatz ihrer kriegerischen Auseinandersetzungen. Wir galten damals als „das Land der Denker und Dichter", aber man sprach nicht mit Hochachtung von den hohen sittlichen Eigenschaften unseres Volkes und seinen Leistungen für die Kultur, sondern mit der gnädigen Herablassung, mit der etwa der allgewaltige Römer einst die kulturellen Leistungen des von ihm beherrschten griechischen Volkes taxierte, wenn er vom „Griechlein" sprach. In diesen Zustand sollen wir wieder zurückgestoßen werden, das war das letzte Ziele der Kriegspolitik der Alliierten, und auf dieser Entwicklungslinie sind auch die Ursprünge der unerfüllbaren Bedingungen des sog. Friedensvertrags von Versailles zu suchen.

Die letzten Vorbereitungen der Entente zum Kriege.

Wie wir früher schon ausgeführt haben, mußte nach der ernsten Krisis von 1911, — deren verhältnismäßig ruhiger Ausgang einerseits der besonnenen Haltung Caillaux' zuzuschreiben, andererseits aber wohl nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen ist, daß Rußland seine Kriegsvorbereitungen noch nicht beendet hatte, — England bestrebt sein, die befürchtete Annäherung Deutschlands an Rußland und eventuell Japan zu hintertreiben. Das geschah wie gesagt, einmal durch die Sendung Haldanes, zum andern durch koloniale Abmachungen, von denen die Engländer genau wußten, daß sie im Kriegsfalle hinfällig und für Deutschland wertlos werden würden. Es handelte sich hier um ein Abkommen über Afrika dahingehend, daß im Kriegsfalle die Kolonien in Berücksichtigung der Erziehung der Eingeborenenbevölkerung nicht in die militärischen Aktionen hereingezogen werden sollten, eine Vereinbarung, die England bekanntlich sofort nach Kriegsausbruch gebrochen hat, weiterhin um wirtschaftliche Zugeständnisse an Deutschland im belgischen Kongogebiet und Portugiesisch-Angola, und schließlich noch im Juli 1914 um die Anerkennung der wirtschaftlichen Vormachtstellung Deutschlands in Mesopotamien, durch die Billigung der Verlängerung der Bagdadbahn bis Basra, also bis zum persischen Golf. Dieses letztere „Zugeständnis" Englands war im Hinblick auf die **weltwirtschaftliche und strategische Bedeutung der Bagdadbahn und ihres Durchgangsgebiets** für Deutschland so überaus groß, daß wir, ohne in den Verdacht einseitiger Auffassung gelangen zu können, wohl ruhig sagen dürfen, daß es niemals ehrlich gemeint, sondern lediglich darauf berechnet war, Deutschland in Sicherheit zu wiegen. Bei Beurteilung dieses Abkommens, das übrigens nicht ratifiziert wurde, muß man sich nämlich einmal die geographische Lage Mesopotamiens vor Augen halten, zum andern aber die grundsätzlichen Bestrebungen Englands im Orient, die darauf ausgingen, eine Landverbindung zwischen seinen afrikanischen Kolonien, Ägypten und Indien herzustellen. Zu diesem Zwecke war doch auch der russisch-englische Teilungsvertrag hinsichtlich Persiens abgeschlossen worden, — mit dem Hintergedanken Englands, daß später Nordpersien ebenfalls seinem Einfluß unterworfen werden könnte, was ja auch nach dem Zusammenbruch Rußlands sofort versucht wurde, bis

jetzt jedoch mit ausgesprochenem Mißerfolge — und es ist daher ganz ausgeschlossen, daß England mit ehrlichem Vertragswillen daran gegangen wäre, ausgerechnet sich von Deutschland, seinem stärksten wirtschaftlichen Konkurrenten, durch die Anerkennung der Vorhand für das außerdem rohstoffreiche Mesopotamien eine weltwirtschaftlich wie strategisch gleich bedeutungsvolle Landzunge zwischen sein vorderasiatisches Einflußgebiet setzen zu lassen.

Im Intresse der Gewinnung eines Überblicks über **die Außenpolitik Deutschlands vor Ausbruch des Krieges** können wir hier bei Gelegenheit der Behandlung des mesopotamischen Problems auch gleich die etwa verfolgten **kolonialen Ziele** der deutschen Regierung behandeln. Infolge des späten nationalen Zusammenschlusses Deutschlands hatten wir eigentlich wenig Aussichten zu günstigen kolonialen Erwerbungen, die wir im Hinblick auf unsere gewaltige industrielle Entwicklung und auf unsere starke Bevölkerungszunahme auf dem verhältnismäßig kleinen Gebiete notwendig brauchten. So ging man denn an die Erwerbung von Togoland, Kamerun, und Teilen von Südost- und Südwestafrika, und es ist nicht ausgeschlossen, daß später versucht worden wäre, — genau so wie die Franzosen und Engländer es anderswo auch gemacht haben — wirtschaftlichen Einfluß im belgischen Kongo und in Portugiesisch-Angola zu erlangen, um so ein zusammenhängendes zentralafrikanisches Einfluß- und Ansiedlungsgebiet zu erlangen, das wahrlich für uns bei dem von Jahr zu Jahr in immer unangenehmeren Formen in Erscheinung tretenden Bevölkerungsüberschuß für unsere nationale Fortentwicklung vom biologischen Gesichtspunkt aus betrachtet, ein wirkliches Bedürfnis war, wenn wir nicht unsere geistig, wirtschaftlich und technisch zu höchsten Leistungen herangezogenen besten Arbeitskräfte an fremde Staaten verlieren wollten. Es lag diesen kolonialen Erwerbungen also keineswegs ein die Existenz anderer Völker gefährdender aggressiver Imperialismus zu Grunde, wie er sich in den kolonialen und nationalen Expansionsbestrebungen Frankreichs und Italiens, und dem Ziele der Angelsachsen nach Beherrschung der gesamten Weltwirtschaft und im Zusammenhang damit der absoluten oder mindestens politischen Beherrschung der wichtigsten Rohstoffländer äußerte. Deutschland hat denn auch in allen seinen Kolonialgebieten in weit höherem Maße als die andern großen Staaten wirklich koloniale, d. h. wirtschaftlich und kulturell aufbauende Arbeit geleistet, und nicht nur die Eingeborenen ausgenützt und die Länder ausgebeutet. Das wurde trotz aller Verleumdungen der Entente von jedem neutralen Beobachter und sogar von Angehörigen feindlicher Staaten bestätigt. Wenn daher die Alliierten gegen die Versprechungen Wilsons uns unsere Kolonien geraubt haben mit der Begründung, daß das deutsche Volk wegen seiner „schlechten moralischen Qualitäten" keinen Anspruch auf koloniale Betätigung erheben dürfe, so ist das nicht nur eine unerhörte Anmaßung, sondern auch im Hinblick auf die brutale Gewalt- und Ausbeutungspolitik der Alliierten in den von ihnen beherrschten Kolonien (Marokko, Indien, Ägypten, und jetzt im ganzen Orient) eine Verleumdung, deren Zynismus nicht mehr übertroffen werden kann. Das Bestreben der wirtschaftlichen Erschließung Mesopotamiens unter Anerkennung der Oberhoheit der Türkei über dieses Gebiet, unter deren Zubilligung der Bau der Bagdadbahn ja auch erfolgt war, war ebenfalls auf friedlichem Wege zu erreichen. Gleichzeitig

war damit wohl der **Plan der Schaffung eines Landweges zum indischen Ozean zwecks Ausgestaltung unserer Handelsbeziehungen mit dem Orient und weiterhin Asien verbunden.** Leider wurde dieses rein volkswirtschaftlich-organisatorische Ziel durch das ungeschickte, vom politischen Gesichtspunkt aus bewertete Schlagwort: „Von Hamburg bis zum persischen Golf" verdächtigt, indem die feindliche Propaganda den hier angezeigten Handelsweg so deutete, als wollten wir sämtliche Länder von Hamburg bis zum persischen Golf, also Österreich-Ungarn, den Balkan und die Türkei beherrschen.

In Wirklichkeit aber war es die Entente, die die Aufteilung der Türkei beschlossen hatte. Daß man in Berlin die **Teilnahme Italiens** an diesem Aufteilungskonzern nicht bemerkt hatte, trotz der verschiedenen unzweideutigen Merkzeichen, die von jener Seite ausgegangen waren, ist eigentlich unerklärlich. Schon während der Marokkoangelegenheiten hatte sich Italien deutlich von seinen „Verbündeten" ferngehalten; wenn Bülow diese Haltung als „Extratour" bezeichnet hatte, so zeigt das, daß er tatsächlich über die **grundsätzliche** Politik der italienischen Regierung nicht unterrichtet war, denn die „Extratour" hatte den sehr realen Beweggrund, daß die Italiener sich mit England und Frankreich über die Verteilung Nordafrikas verständigt hatten, wobei Italien die Inbesitznahme von Tripolis zugesprochen worden war. Außerdem verriet auch die Zunahme der irredentistischen Bewegung in den österreichischen Provinzen mit vorwiegend italienischer Sprache, welche Pläne Italien weiterhin noch befolgte. Schon 1911 wurde in Italien wie in den Ententeländern offen davon gesprochen, daß im Falle eines Krieges die Italiener den Bündnisvertrag nicht einhalten würden, und übrigens wurde ja auch in Deutschland die italienische Bündnistreue sehr gering bewertet. Es scheint, daß Bülow, der ja noch vor der Kriegserklärung Italiens als Botschafter nach Rom ging, wie manche unserer Diplomaten und Politiker in anderen Fällen, die taktische Haltung bestimmter Staatsmänner als Ausdruck der grundsätzlichen Richtung der italienischen Politik glaubte deuten zu können, denn sonst hätte man sich über die wahren Absichten des Staats doch nicht so täuschen lassen können. Es kann heute wohl nicht mehr als Vertrauensbruch bezeichnet werden, wenn wir darauf hinweisen, daß anläßlich der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn die deutsche Presse vom Auswärtigen Amt ersucht wurde, keine allzuscharfe Stellung gegen Italien einzunehmen, weil es nicht unmöglich sei, daß schließlich doch noch die neutralistischen Parteien die Oberhand erhalten könnten. Eine solche, gelinde gesagt, naive Auffassung über die italienische Politik, deren Charakter damals wahrlich deutlich genug nicht nur in den Äußerungen der Volksstimmung, sondern auch in den maßlosen Forderungen an Österreich-Ungarn zum Ausdruck gekommen war, hätte niemals aufkommen können, wenn wir eine auch nur einigermaßen ihren Aufgaben gewachsene Diplomatie gehabt hätten. Schon der Tripoliskrieg, und später die feindselige Haltung der italienischen Presse während des Balkankrieges, sowie die keineswegs bundesfreundliche Stellungnahme der italienischen Regierung gegenüber Österreich-Ungarn bei der vorläufigen Regelung der dort angeschnittenen Fragen hätte unserer Regierung und Diplomatie die Augen öffnen, und sie aus ihrer, man kann ruhig sagen, fatalistischen Passivität erwecken sollen, denn jeder einigermaßen geschulte

Diplomat mußte die Zusammenhänge dieser Ereignisse erkennen. Wer die Sympathiekundgebungen der italienischen Bevölkerung für die anläßlich des Balkankriegs über die süditalienischen Häfen nach ihrer Heimat überführten Auslandsserben mit angesehen hat, der mußte sich über die Zusammenhänge dieser Freundschaftsäußerungen ebenfalls Gedanken machen. Handelte es sich doch beim Tripolis- wie beim Balkankriege um nichts anderes als die endgültige Schließung des Rings um die Mittelmächte, und gleichzeitig den Beginn der Aufteilung der Türkei, auf deren Kosten England und Frankreich das gewaltige Bündnis gegen Deutschland zusammengeschmiedet hatten. Die Haltung der französischen und russischen Presse während des Balkankriegs ließ ebenfalls deutlich erkennen, daß hinter den Balkanstaaten diese beiden Großmächte standen. Die deutsche Regierung, deren ehrliche Friedenspolitik während dieser Zeit niemand in Zweifel ziehen konnte, hätte eigentlich in Verbindung mit der schon damals von serbischer Seite mehr oder weniger offen bedrohten östreich-ungarischen Monarchie Grund zu aktiverem Eingreifen gehabt, denn das Zusammengehen der Balkanstaaten bedeutete ebenso wie das Vorgehen Italiens in Tripolis die klare Absicht der Schwächung der Türkei, und damit gegebenenfalls, wie wir später gesehen haben, die Gewinnung aller dieser Staaten für eine gegen die Mittelmächte gerichtete Politik. Daß die rumänische Regierung ebenso wie Griechenland schon damals von der Entente bearbeitet war, war ebenfalls aus der Stellungnahme dieser beiden Staaten zu ersehen. Bezeichnend für die englische Täuschungspolitik war die reservierte, angeblich auf die Eindämmung des Brandherdes bedachte Haltung der englischen Regierung während des Krieges sowie während der Friedensverhandlungen. Wir wissen nicht, ob man in Berlin jene Haltung für ehrlich gehalten hat, jedenfalls betonte der Reichskanzler während dem Kriege und nach Abschluß desselben in seinen Erklärungen vor dem Reichstage immer wieder die Übereinstimmung mit England inbezug auf die Bemühungen der Lokalisierung des Brandherdes. Man hatte in Berlin, namentlich aber in Wien, schließlich doch erkannt, daß hinter den Balkanvölkern zum allermindesten Rußland und mit ihm Frankreich standen, und wenn die italienische Regierung sich bei den Verhandlungen über Albanien vorläufig nicht ganz ablehnend verhalten hatte, so war daran sicherlich nicht die Rücksicht auf das Bundesverhältnis beteiligt, sondern in erster Linie wohl der Umstand, daß die Dinge für die letzten Entscheidungen noch nicht reif waren, weshalb man wie England sich den Anschein der Nichtbeteiligung an dem Balkankriege gab.

Der Ursprung und Ausgang des Tripolis- wie des Balkankrieges hätten in Berlin unbedingt zu der grundsätzlichen Überlegung führen müssen, ob angesichts der politischen und kriegerischen Ereignisse der letzten Jahre — also von 1905 bis 1913 — die Aufrechterhaltung unserer seitherigen Bundespolitik, namentlich auch im Hinblick auf die unzuverlässige Haltung Italiens während dieser Zeit noch eine genügend starke Grundlage zur Sicherung unserer Existenz bieten könne, denn der zum allermindesten in ihren Umrissen erkennbaren deutschfeindlichen Konstellation der europäischen Hauptmächte durfte nicht nur mit weiteren Rüstungen begegnet werden, weil ein einziges noch so starkes Volk eben auf die Dauer einer Gruppe von zahlenmäßig überlegenen Gegnern nicht standhalten kann, abgesehen davon, daß

schon aus volksbiologischen Gründen die Regierung eines Staates immer darauf bedacht sein muß, bei notwendig werdenden kriegerischen Auseinandersetzungen durch entsprechende Bündnisse die eigene Volkskraft so viel als möglich zu schonen. Für diese volksbiologische Denkweise, deren Anwendung logischerweise zum Abschluß von Bündnissen mit möglichst starken Mächten führen muß, haben uns die angelsächsischen wie die französischen Staatsmänner und Militärs sowohl hinsichtlich ihrer Bündnispolitik wie der Kriegführung vorbildliche Beispiele gegeben. Während Deutschland überall seine schwachen Bundesgenossen stützen mußte, haben die Engländer namentlich in den ersten Jahren des Krieges zuerst die Franzosen und Russen für Englands Intressen bluten lassen, und diese wiederum die kleineren Hilfsvölker auf dem Balkan. Erst als die Franzosen am Ende waren, bequemte man sich in England zur allmählichen Einführung der Dienstpflicht. Weiterhin bedeutete auch die Verwendung der hunderttausende von Angehörigen der Kolonialvölker eine bedeutende Schonung der eigenen Volksangehörigen Englands und Frankreichs. Und schließlich zeigte sich auch die überlegene, fraglos aus der demokratischen Anschauungswelt hervorgangene, volksbiologische Denkweise der Ententevölker in einer der Entwicklung der Technik besser angepaßten modernen Auffassung hinsichtlich der technischen Kriegführung (Stahlhelm, Tank usw.), die der aus einer romantisch-ritterlichen Erziehungsweise resultierenden Anschauung des deutschen Militärs anfangs zuwider war. Typisch für letztgenannte Anschauungsweise war die Verachtung der Methoden der französischen Alpenjäger seitens des deutschen Militärs, weil erstere von Baumverstecken herunter den Gegner beschossen. Wir sind uns über die Psychologie der Erziehungsmethoden des deutschen Militärs vollständig im Klaren, das das vorgenannte technische und Geländeschutzmittel als dem offensiven Charakter der Kriegführung abträglich betrachtete, die Entwicklung der technischen Kriegführung hat jedoch gezeigt, daß beide Methoden miteinander vereinbar sind. Die dem deutschen Heere anerzogene romantisch-ritterliche Anschauungsweise und der damit zusammenhängende absolute Offensivgeist, aus dem heraus man jede zahlenmäßige Überlegenheit des Gegners durch das Ungestüm des Angriffs und die unbedingte Disziplin glaubte aufwiegen zu können, und in den ersten Jahren, — solange das Heer noch physisch intakt und die Übermacht nicht erdrückend war — auch tatsächlich aufgewogen hat, tragen, unbewußt natürlich, wohl einen großen Teil der Schuld daran, daß der deutsche Generalstab angesichts der durch den Dreiverband drohenden Kriegsgefahr nicht zu einer Änderung unserer Bündnispolitik gedrängt, sondern den vom politischen Gesichtspunkt aus bedenklichen Einmarschplan nach Belgien beibehalten hat. Über den Wert des östreich-ungarischen Nationalitätenheeres durfte man sich angesichts der erbitterten Kämpfe in der Donaumonarchie keinen Illusionen hingeben, und das umsoweniger, als der östreichische Generalstabschef sein Urteil dahin abgegeben hatte, daß die Einheit des Heeres sich nicht sehr lange mehr werde halten lassen können. Das regimenterweise Überlaufen der Tschechen, der geringe Gefechtswert der südslawischen und polnischen Truppen hat dieses Urteil ja später auch bestätigt. Zudem mußte von vornherein mit dem Ausbleiben einer militärischen Unterstützung seitens Italiens gerechnet werden.

Wenn man in Berlin die gekennzeichneten politischen und militärischen Über-

legungen, deren Richtlinien auf Grund der Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in den letzten Jahren ohne weiteres im Intresse der Erhaltung unserer Existenz gegeben waren, angestellt hätte, so hätte man unbedingt, namentlich aber im Hinblick auf die Einführung der dreijährigen Militärzeit in Frankreich zu einer Überprüfung unserer Lage in der Richtung einer etwaigen Änderung, bzw. Erweiterung der seitherigen Bündnispolitik gelangen müssen. Dafür, daß man in dieser Richtung keinerlei Schritte getan hat, können wir eigentlich nur zwei Beweggründe sehen, einmal den, daß die Reichsregierung durch die taktischen Manöver der englischen Regierung in den letzten Jahren sich über deren grundsätzliche Haltung und **absolute** Kriegspolitik hat täuschen lassen, und zum andern darüber, daß man glaubte, die größere Schlagfertigkeit des deutschen Heeres würde die zahlenmäßige Überlegenheit Rußlands und Frankreichs ausgleichen, sodaß in verhältnismäßig kurzer Zeit beide Gegner zum Frieden gezwungen werden könnten, wodurch weitere politische Schwierigkeiten, vielleicht bezüglich Italiens beseitigt worden wären. Tatsächlich hat auch **England seinen Kriegswillen** aus der Befürchtung heraus, daß Deutschland schließlich doch nicht in die gestellte Falle gehen, und sich noch im letzten Augenblick mit Rußland verständigen könnte, was bei einer einigermaßen befähigten Leitung der Geschäfte des Auswärtigen Amtes auch durchaus im Bereich der Möglichkeit gelegen wäre, **solange zu verschleiern gewußt, bis Rußland und Frankreich im Kriege waren und also nicht gut mehr eine Schwenkung vorzunehmen vermochten.** Um seinen absoluten Kriegswillen zu verdecken, hat England auch die Konferenzvorschläge gemacht, auf die angesichts der Kriegsmaßnahmen Rußlands die Mittelmächte aus reinem Selbsterhaltungstrieb heraus gar nicht mehr eingehen konnten, abgesehen davon, daß bei einem **wahrscheinlichen** Scheitern der Verhandlungen die Mittelmächte noch schlimmer bedroht gewesen wären, denn es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die russischen Mobilisierungsmaßnahmen während dieser Zeit nicht eingestellt worden wären. **Daß aber die drohende Haltung Rußlands nur im Zusammenhang mit der Zusicherung der Unterstützung seitens Englands möglich war, zu dieser Überlegung hätte man in Berlin unbedingt fähig sein sollen.** Das Vorschieben Serbiens als Anlaß zur kriegerischen Auseinandersetzung, das im Falle eines Nachgebens Östreich-Ungarns zweifellos in anderer Form wiederholt worden wäre, geschah aus der raffinierten Überlegung heraus, erstens die Mittelmächte der aggressiven Politik gegenüber einem kleinen Staate zu bezichtigen, zum andern, um den fraglos schon in geheimem Bunde mit den Ententemächten stehenden „Verbündeten" der Mittelmächte, **Italien** und **Rumänien**, einen wenn auch noch so fadenscheinigen Grund zur Ablehnung des Bündnisfalls zu geben, der nur im Falle eines Angriffs seitens Frankreichs bzw. Rußlands in Kraft treten sollte. In Wirklichkeit lag ja die Tatsache der angriffsweisen Bedrohung der Mittelmächte klar auf der Hand, denn wenn die Ententemächte nicht unter allen Umständen den Krieg gewollt hätten, wäre es ihnen nicht eingefallen, sich in den Streit zwischen Östreich und Serbien zu mischen, sowenig die europäischen Mächte seinerzeit die Buren gegen England in Schutz genommen haben, oder Deutschland dem türkischen Bundesgenossen, — was die Entente übrigens gehofft zu haben scheint — gegen Italien bzw. die Balkanstaaten zu Hilfe gekommen ist. Als in den letzten Monaten

die Beweisgründe für die Schuld der Entente am Weltkriege sich immer mehr häuften, da hat der englische Ministerpräsident Lloyd George wohl aus dem Gefühl heraus, daß die Behauptung von der alleinigen Verantwortung Deutschlands für den Krieg sich nicht lange mehr aufrecht erhalten lassen werde, die Erklärung abgegeben, **die Staatsmänner der kriegführenden Staaten seien in den Krieg hinein „gestolpert"**. Was die Haltung der Mittelmächte anbelangt, so könnte man diese Auslegung vielleicht bis zu gewissem Grade gelten lassen, obwohl hier das Moment der Notwehr als grundsätzlich vorherrschend bezeichnet werden muß, für **die Entente gilt diese Entschuldigung auf keinen Fall, denn hier liegen**, — selbst für den in die Geheimakten der Archive der auswärtigen Ämter nicht eingeweihten Beobachter — **die Schuldbeweise so klar, daß die Regierungen der Alliierten, vor allem diejenige Englands, nicht etwa in den Krieg „hineingestolpert" sind, sondern daß sie die Mittelmächte in den Krieg hineinmanövriert haben.**

Die angelsächsische Politik während des Krieges.

Auch während des Krieges ging die englische Politik dahin, ihre wahren Kriegsziele, nämlich die einer vollständigen Vernichtung der deutschen Machtstellung, immer wieder zu verschleiern, um einer selbstverständlich auch im Kriege noch möglichen Verständigung Deutschlands mit einem der Kriegsgegner, in diesem Falle Rußland, vorzubeugen. Wir erinnern an die Worte Greys, die er bei der Verabschiedung des deutschen Botschafters aus Anlaß der englischen Kriegserklärung an diesen gerichtet hat. **Grey sagte zu ihm, England werde durch die Teilnahme am Kriege Deutschland gegebenenfalls mehr helfen können, als wenn es neutral geblieben wäre.** Es kann bei nüchterner Überlegung gar keine Rede davon sein, daß diese Erklärung ehrlich gemeint war, denn England **mußte** damit rechnen, daß wenn Deutschland aus dem Kriege, wenn auch nur unter Rettung seiner Unabhängigkeit hervorgehen würde, nicht zum zweiten Male auf die machiavellistischen Methoden der englischen Regierung hereinfallen, also Sicherungen in anderer Richtung suchen würde. Das unter allen Umständen zu hintertreiben war das Ziel der englischen Politik während des ganzen Krieges. In dem Bestreben der Verschleierung des absoluten Vernichtungsziels wurde die Regierung durch die liberale und Arbeiterpresse aufs beste unterstützt, indem diese eine gemäßigte Haltung gegenüber Deutschland, soweit sie im Rahmen der Kriegspropaganda möglich war, einnahm, und dadurch in vielen Kreisen Deutschlands den Eindruck erweckte, als sei ein großer Teil des englischen Volkes nicht mit ganzem Herzen bei diesem Kriege, und eventuell für einen möglichst baldigen Friedensschluß. Diese Taktik der Verteilung der Rollen inbezug auf die Haltung nach außen hin ist seit Jahrhunderten sowohl im Parlament wie in der Presse Englands mit Erfolg angewendet, und wie wir später noch sehen werden, von den Angelsachsen in Amerika mit ebenso erfolgreichem Ergebnis nachgeahmt worden. Die Verwendung solcher Methoden setzt aber natürlich erstens eine große nationalhistorische und politische Schulung, zum andern im Innern möglichst konsolidierte gesellschaftliche und soziale, und im Zusammenhang damit politische Verhältnisse voraus, sodaß das Schwergewicht der Politik in der Hauptsache nach außen verlegt werden kann.

Genau so wie bestimmte saturierte, d. h. innerlich befriedigte Gesellschafts-, Berufs- und Wirtschaftskreise, und deren Parteiorganisationen, deren Interessen nach innen lediglich auf die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Vormachtstellung gerichtet sind, sich begreiflicherweise weit mehr auf die Außenpolitik einstellen, als die Gesellschafts- und Berufskreise und deren Parteien, die noch nach Geltung im Innern ringen, so finden wir auch, daß die im Innern gesellschaftlich und politisch mehr ausgeglichenen Staaten, d. h. jene Staaten, in denen das Prinzip des Staatsbürgertums in erster Linie betont wird, die stärkste Aktivität nach außen hin an den Tag legen. Das ist kein Zufall, das ist auch nicht nur nationale „Eigenart", sondern das instinktiv oder bewußt herbeigeführte Ergebnis der Wirksamkeit des überall, — beim Einzelmenschen, wie bei irgend welcher Gemeinschaft — zu beobachtenden psychologischen Gesetzes, daß die Erziehung zu selbständigem Denken und Handeln immer ein stärkeres Bindemittel ist als die absolute autoritative Erziehung. Aus dieser psychologischen Erfahrungstatsache, die grundsätzlich für alle Gebiete der Erziehung gilt, also selbstverständlich auch für die nationale Erziehung, haben wir unsere, nicht aus parteipolitischen, sondern aus völkerpsychologischen Überlegungen heraus gebildete Auffassung hergeleitet, daß der demokratische und parlamentarische Staat die sicherste Grundlage für die nationale Erziehung bildet, weil das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem den größten Teil des Volkes am besten in der nationalen Vorstellungswelt zu erhalten vermag, und das umso mehr, je höher das geistige Bildungsniveau eines Volkes sich hebt, und damit gesetzmäßig auch das Bedürfnis nach selbständigem politischem Denken und Handeln, d. h. nach aktiver Mitwirkung im Staatsleben.

Selbstverständlich werden die führenden Gesellschafts-, Berufs- und Wirtschaftskreise auch im demokratischen Staate notwendiger und berechtigter Weise die Führung haben, sofern ihnen die — ebenfalls nur durch Erziehung zu erlangenden — psychologischen Fähigkeiten zur Verfügung stehen, und wir haben ja gerade anläßlich des Weltkrieges gesehen, daß die nach demokratischen Grundsätzen regierten Völker nicht nur die besten Führer gehabt haben, sondern diesen Führern auch in jeder Richtung willig gefolgt sind.

Die Anwendung der Methoden der Angelsachsen inbezug auf die Haltung ihrer Parteien und Presse nach außen hin wurde aber auch durch die glückliche geographische Lage sowohl Englands wie Amerikas begünstigt. Dadurch daß die Angelsachsen keine die Sicherheit ihres Landes direkt bedrohenden starken Nachbarn haben, vermögen sie einmal die außenpolitischen Verhältnisse nüchterner und damit klarer zu überschauen als andere Völker, die durch ihre geographische Lage sich bei einer für sie ungünstigen Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen dauernd bedroht fühlen können oder müssen, zum andern aber ermöglichte diese Lage sowohl den Engländern wie den Amerikanern ihre Politik ganz auf die durch die geographischen Verhältnisse und die damit psychologisch zusammenhängenden, vielfach nur konstruierten oder provozierten nationalen Gegensätze der anderen Staaten einzustellen, und durch Unterstützung der einen Macht oder Mächtegruppe gegen die andere ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Nur so vermochte England bis auf den heutigen Tag die

Gestaltung der Machtverhältnisse in Europa zu beeinflussen und zu beaufsichtigen, und gleichzeitig unter Aufrechterhaltung der Herrschaft sein riesiges Kolonialreich zu schaffen, nur so ist es Amerika in geheimer Verbindung mit England gelungen, die absolute Vorherrschaft auf dem gesamten amerikanischen Kontinent zu erhalten und gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Erringung der politischen und wirtschaftlichen Vormachtstellung in Asien zu treffen, durch die infolge der Vernichtung der Machtstellung Deutschlands vollzogene Einkreisung Japans. Während Frankreich, Rußland und Italien, sowie die kleineren Hilfsvölker der Entente in den Krieg eingetreten waren, um bestimmte Gebiete anderer Völker aus angeblich nationalen Beweggründen heraus zu gewinnen, in Wirklichkeit aber aus nationalistischer Eroberungssucht, und diese Absichten höchstens mit nationalen Redensarten zu begründen versuchten, vermochten die Angelsachen ihre nicht so offen in Erscheinung tretenden Hauptkriegsziele, nämlich die Beherrschung der Weltherrschaft und im Zusammenhang damit des Meeres, d. h. der Seeschiffahrt und des Überseehandels, viel besser zu verscheiern, weil sie eigentlich keine direkten Eroberungen fremden Gebiets — mit Ausnahme der kolonialen Wünsche Englands im Orient und der Absichten Amerikas auf Mexiko — erstrebten. So ist es auch psychologisch begreiflich, daß namentlich die europäischen Völker lange Zeit die „moralische" Kriegführung der Angelsachsen als Ausdruck höherer Moralität betrachteten, und daher geneigt waren, diesen Völkern ihre Sympathien eher zuzuwenden als dem deutschen Staate, der durch seine geographische Lage und die Erfahrungen der letzten Jahrhunderte zu einer straffen militärischen Erziehung seiner Volksangehörigen gezwungen war, woraus sich auch die allerdings dem modernen Empfinden nicht angepaßten Ausdrucksformen der militärischen und im Zusammenhang damit gesellschaftlichen Erziehungsmethoden herleiteten, eine psychologisch begreifliche Entwicklung, deren extremer Auswirkungsgefahr die Angelsachsen natürlich nicht ausgesetzt waren, weil ihre günstige geographische Lage und die daraus sich ergebende Politik die Haltung eines stehenden Volksheeres erübrigt hatte. Diese glückliche geographische Lage gewährte aber auch den für eine günstige Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen nicht hoch genug einzuschätzenden Vorteil, daß man im Falle eines Krieges oder nach Abschluß desselben **den Haß der bekriegten bzw. besiegten Völker immer geschickt auf die Bundesgenossen ablenken konnte, die unmittelbare Nachbarn der Gegner waren, und als solche meistens Kompensationen hinsichtlich des feindlichen Gebiets von Seiten Englands zugestanden erhielten,** und darum natürlich ihrerseits auch gefühlsmäßig, d. h. aus Gründen der Wirksamkeit des aggressiven Selbsterhaltungstriebs, viel stärker gegenüber dem Gegner engagiert waren, als die Engländer, die die gesamte Kriegführung, weil ihr Land nicht unmittelbar bedroht war, leidenschaftsloser zu betrachten vermochten, besonders aber dann, als sie ihr eigenes Ziel erreicht hatten. **Gerade weil England, in Verbindung mit seinen kolonialen Bestrebungen, nur immer das Ziel der Aufrechterhaltung der Seeherrschaft und damit der Beherrschung des überseeischen Handels und der Weltwirtschaft verfolgte, und im Zusammenhang damit die Ausbalancierung der Kräfteverhältnisse unter den europäischen und später den asiatischen Großmächten, konnte es auch immer nach Erlangung des gesteckten Ziels mit seinen vormaligen Gegnern**

wieder Freundschaften und Bündnisse schließen. Wir erinnern beispielsweise an sein Verhalten nach den napoleonischen Kriegen, nach dem russisch-japanischen Kriege, und auch jetzt sind es die Angelsachsen, die nach Erledigung des deutschen Rivalen im Intresse der Verfolgung ihrer weiteren Absichten in Asien dem französischen Bundesgenossen immer wieder Mäßigung anraten, soweit es ihre Sicherheit gestattet, wodurch sie sich natürlich auf billige Weise die Sympathien unpolitischer Gemüter erwerben.

Betrachten wir von dieser psychologischen Grundlage aus die politische und die „moralische" Kriegführung Englands wie Amerikas, so werden wir nicht nur die Tendenzen der Haltung der Angelsachsen während des Weltkrieges zu erkennen, sondern auch ihre Erfolge zu begreifen vermögen. Wir können uns auf Grund unserer Beobachtungen der politischen wie der militärischen Kriegführung Deutschlands, die leider infolge Mangels des richtigen Kontaktes zwischen politischer und militärischer Leitung keinen einheitlichen Charakter trug, des Eindrucks nicht erwehren, als seien beide von Anfang an durch die in ihrer Systematik auch tatsächlich eine klare Stellungnahme erschwerenden Methoden einmal der politischen Taktik, sodann auch der psychologischen Kriegführung Englands beeinflußt worden. Die zweifellos bis zum letzten Augenblick genährte, allerdings durch die englische Taktik vielleicht begründete Hoffnung, England werde neutral bleiben, war der erste und zugleich schwerste Konstruktionsfehler inbezug auf die Beurteilung der Lage. Nach dem Eintritt Englands in den Krieg hätte man aber sofort politisch und im Zusammenhang damit auch militärisch die Konsequenzen dahin ziehen sollen, daß in London der Hauptsitz des Kriegswillens unserer Gegner ist, — denn ohne England hätte weder Frankreich noch Rußland den Krieg gewagt — daß also unsere politische wie militärische Kriegführung in erster Linie mindestens auf die Lahmlegung des Haupt- und zugleich fähigsten Gegners gerichtet sein mußte. Man wird uns entgegnen, daß diese Auffassung heute recht leicht zu konstruieren ist, und tatsächlich waren die Aufgaben der politischen wie der militärischen Leitung, nachdem England uns in den Krieg hineinmanövriert hatte, auch so riesengroß, daß selbst der genialste Staatsmann daran hätte verzweifeln können. Eine siegreiche Beendigung des Krieges war angesichts der zahlenmäßigen und vor allem kriegswirtschaftlichen Überlegenheit unserer Gegner nur möglich, wenn man einen der Gegner durch militärische oder politische Aktionen hätte ausschalten können. Der in dieser Richtung nach Westen hin gemachte Versuch scheiterte infolge der unfreundlichen Haltung des italienischen „Bundesgenossen", die es den Franzosen ermöglichte, ihre Südarmee im entscheidenden Augenblick an die Marne zu werfen. Die weitere militärische Kriegführung wurde nun unserem Empfinden nach unter dem politisch-psychologischen Gesichtspunkt geführt, daß man das russische Heer am besten erledigen könne, und daß dann unsere westlichen Gegner zu einem Frieden auf Kosten Rußlands eher geneigt sein würden, denn im Westen hatten wir von 1871 an unsere Grenzverhältnisse grundsätzlich als saturiert betrachtet, und man hätte sich daher nach dieser Richtung wohl mit kolonialen Zugeständnissen begnügt, während man infolge der russischen Herausforderung begreiflicherweise schon im Hinblick auf die immer stärker in Erscheinung tretende Übervölkerung sich vielleicht mit dem Gedanken getragen hatte,

die wenig besiedelten Ostseestaaten zu erwerben. Diese Verquickung von militärischer und politischer Kriegführung beruhte aber, sofern derartige Überlegungen wirklich für die Kriegführung in den beiden ersten Jahren ausschlaggebend waren, auf der Verkennung des wahren Kriegsziels Englands und des absoluten Vernichtungswillens des der englischen Politik auf Gedeih und Verderb ausgelieferten Frankreichs. Durch unsere grundsätzlich defensive Haltung gegenüber den Westmächten haben wir einmal deren Kriegswillen nur noch gestärkt, zum andern die infolge der ihnen zur Verfügung stehenden Kriegsindustrie fast der ganzen Welt von Tag zu Tag fortschreitende Vervollkommnung ihrer technischen Kriegsmittel ermöglicht. Wir verkennen selbstverständlich auch nicht die Überlegungen, die die Notwendigkeit der jeweiligen Erledigung der schwächsten Gegner (Rußland, Serbien, Rumänien und Italien) aus politischen (Prestige-)Gründen wie vom Gesichtspunkt der Kriegswirtschaft und Ernährung aus in den Vordergrund der politischen und militärischen Entscheidungen gerückt haben dürften, aber den Kriegswillen unserer Hauptgegner vermochten diese Erfolge eben nicht zu lähmen, während die dauernde Erweiterung der Kriegsschauplätze unsere Hauptkraft immer mehr zersplitterte, und dadurch den Vorzug der inneren Linie nach und nach illusorisch machte.

Die einzige Möglichkeit zu einem guten Frieden zu kommen, wäre eine möglichst baldige Verständigung mit Rußland, selbst auf die Gefahr der Auflösung Österreich-Ungarns hin, gewesen. Wir weisen darauf hin, daß dieser Gedanke bald nach den Erfahrungen mit dem österreichischen Heere sowohl im Osten wie im Süden — Überlaufen der Tschechen und Südslawen, Unzuverlässigkeit der Polen — in weiten Kreisen Deutschlands, wenn auch nicht öffentlich, ventiliert worden ist. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, daß im Krieg die Aufrollung einer solchen grundsätzlichen Frage nicht ohne ernste Gefahr gewesen wäre, denn es wäre nicht ausgeschlossen gewesen, daß die Entente unter Führung Englands, das ohnedies in Wien immer gute Beziehungen zu unterhalten verstanden hatte, die deutschen Absichten zu durchkreuzen und durch eine schon früher seitens der englischen Regierung versuchte Lösung des österreichischen Bündnisses mit Deutschland uns ganz zu isolieren versucht hätte, mit dem Hintergedanken, daß die Liquidierung des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates im Sinne der Ententemächte nach der Niederwerfung Deutschlands noch leichter durchzuführen gewesen wäre. Denn **auch die Auflösung Österreich-Ungarns lag von Anfang an im Plane sämtlicher Ententemächte, weil dieser Staat ebenso wie die Türkei als Kompensationsgebiet zur Sicherung der Beteiligung daran interessierter Mächte, also in diesem Falle Rußlands, Italiens, Rumäniens und Serbiens, an dem aggressiven Bündnis gegen Deutschland betrachtet wurde.** Wenn unser Regierungssystem nicht zu sehr in alten traditionellen Anschauungen befangen gewesen wäre, aus denen heraus namentlich der Gedanke der Erhaltung der Habsburger Dynastie wohl am meisten gegen die in den letzten Jahren immer mehr in Erscheinung tretenden Zersetzungsbestrebungen, — deren letzte Konsequenzen nur mit Mühe und Not, d. h. unter fortwährender Ausspielung einer Nationalität gegen die andere, hintangehalten zu werden vermochten, — in den Vordergrund gedrängt wurde, so hätten wir der Gefahr der Isolierung vorbeugen können, unter gleichzeitiger Geltendmachung des völkischen Prinzips, das von deutsch-öst-

reichischer Seite im Hinblick auf die von unsern Stammesbrüdern geführten schweren nationalen Kämpfe wahrlich dringend und laut genug betont worden war. Aber auch hier wurde uns die starre Aufrechterhaltung der traditionellen Anschauungen und im Zusammenhang damit der autoritativen Vorstellungswelt zum Verhängnis, indem wir uns einerseits aus Ehrfurcht vor der Dynastie dieses lebensunfähigen Nationalitätenstaates nicht auf den Gedanken einer Auflösung einzustellen vermochten, andererseits die Bindekraft der dynastischen Autorität überschätzten. So wie die politischen Verhältnisse sich in den letzten Jahrzehnten sowohl in Österreich-Ungarn wie auf dem Balkan entwickelt hatten, besaß bei richtiger Einschätzung der sich gleichzeitig gegen Deutschland bildenden Konstellation der europäischen Hauptmächte auch die Idee der Schaffung eines politisch fundierten Handelswegs über Österreich-Ungarn und den Balkan nach dem Orient und Vorderasien keine reale Grundlage mehr, und das umsoweniger als nicht nur die Staatsmänner, sondern auch die Presse der Ententestaaten ganz offen über die bevorstehende Liquidierung der österreich-ungarischen Monarchie gesprochen und diese in ihre politischen Überlegungen als konkreten Faktor eingestellt hatten. Die absolute Erhaltung der österreich-ungarischen Monarchie konnte aus allen diesen Gründen also nicht wie 20 Jahre früher, als dort noch mehr ausgeglichene Verhältnisse herrschten, für uns als Existenzfrage gelten, im Gegenteil ist uns die starre Festhaltung an dieser historischen Überlegung neben der Verkennung der englischen Vernichtungspolitik zum Verhängnis geworden. Denn gerade das Bündnis mit Österreich-Ungarn behinderte unsere militärische und namentlich die politische Kriegführung aufs schwerste. Erstens mußten wir dauernd das Bundesgebiet schützen helfen, zweitens zogen wir uns durch das Bündnis auch die Gegnerschaft Italiens und Rumäniens zu, und drittens verhinderte es auch noch die einzige gute Friedensmöglichkeit nach Osten hin durch das polnische Problem, das ebenso wie das tschechische von unsern Feinden sofort zu ihren Gunsten ausgenützt worden war, sodaß heute diese Staaten bekanntlich zu den besten Aktivposten der Entente in ihrer neuen Bündnispolitik gegen Deutschland zählen.

Die Betrachtungen über das österreich-ungarische Problem dürften die auf Verschleierung seiner **absoluten** Kriegspolitik gerichtete **taktische** Haltung Englands in den letzten 2 Jahren vor dem Kriege noch besonders begründet erscheinen lassen, denn die englische Regierung durfte doch nicht annehmen, daß man in Berlin trotz der Erfahrungen der letzten Jahre (Marokko, Tripolis- und Balkankrieg und schließlich 3jährige Dienstzeit in Frankreich) die passive Politik der Aufrechterhaltung der seitherigen in ihrer Bedeutung für die Sicherung der Existenz Deutschlands sehr fragwürdig gewordenen Bündnisverhältnisse für ausreichend halten konnte, und das umso weniger, als die noch in letzter Zeit angebahnten, vertrauten Beziehungen zwischen Rom und Petersburg nicht unbemerkt bleiben konnten, und in Österreich die inneren Zustände immer unerquicklicher geworden waren. **Daß die deutsche Regierung trotz aller dieser Vorgänge nicht zu einer aktiveren Politik übergegangen ist, ist wohl der stärkste Beweis für ihre friedfertigen Bestrebungen, zugleich aber auch die schwerste Belastung ihrer Verantwortung für die Sicherheit des deutschen Volkes.** Die Tatsachen, daß die deutsche Regierung **mit dem vollen Rechte der Notwehr in den Krieg gegangen ist,** liegen so offen zutage, daß man nicht viel Worte

darüber zu verlieren braucht. Erstens konnte Deutschland unter den gegebenen Bündnisverhältnissen nicht gestatten, daß die Existenz Österreich-Ungarns durch russische Heere bedroht wurde, die zudem nach etwaiger Niederwerfung der Donaumonarchie in Flankenstellung zum Deutschen Reiche gestanden wären, also im Hinblick auf das aggressive Bündnis mit Frankreich die schwerste Bedrohung Deutschlands gebildet hätten. Zum andern aber hätte angesichts unserer offenen Grenze im Osten jede Verzögerung durch eine Konferenz nur die Chancen unserer Feinde im zweifellos doch eintretenden Kriegsfalle erhöht, und das umsomehr, als Rußland trotz mehrfacher Vorstellungen seitens Deutschlands die Mobilisierungsmaßnahmen nicht eingestellt hatte. Der politische Kriegsplan, der seinem ganzen Charakter nach die Kennzeichen englischer Methoden trägt, war eben so raffiniert angelegt, daß nach dem Verbrechen von Serajewo die deutsche Handlungsfreiheit in der Richtung einer Verhinderung des kriegerischen Konflikts so ziemlich ausgeschaltet war, und gleichzeitig durch die Verlegung des politischen Hauptangriffsplans nach dem Balkan der Eindruck einer aggressiven Haltung Deutschlands erweckt werden konnte. Auch bezüglich Belgiens waren wir in derselben Zwangslage. Abgesehen davon, daß wir darüber unterrichtet waren, daß englisch-französische Pläne bezüglich eines Einmarsches in Belgien tatsächlich vorhanden waren, mußte der deutsche Generalstab, nachdem man sich in fatalistischer Ergebenheit einmal auf den Zweifrontenkrieg eingestellt hatte, mit der Möglichkeit eines englisch-französischen Flankenangriffs von Belgien her rechnen, der auch zweifellos unter Zuhilfenahme eines provozierten Vorwandes erfolgt wäre, eine Auffassung, aus der bekanntlich englische Militärs und Politiker nie ein Hehl gemacht haben.

Es ist klar, daß alle diese aus den Notwehrmaßnahmen sich ergebenden Zwangsmomente nach außen hin den Anschein aggressiven Vorgehens erwecken mußten, wodurch unsere Kriegführung von Anfang an moralisch aufs schwerste belastet wurde. Es war daher für die seit Jahren betriebene englische Propaganda gegen Deutschland nicht schwer, alle diese scheinbaren Beweise für die Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch zu einer ungeheuerlichen Hetze zu verwenden, die nicht nur die feindlichen Länder überflutete, sondern auch in allen neutralen Staaten durch angekaufte Zeitungen und sonstige Unternehmungen aller Art systematisch durchgeführt wurde. Zugleich mit dieser Hetzpropaganda wurde aber englischerseits auch eine mehr oder weniger versteckte „Verständigungs"-Propaganda, und zwar durch die liberale und Arbeiterpresse inszeniert, sowie durch die immer wiederholten Erklärungen der englischen Staatsmänner, daß man die Existenz des deutschen Volkes keineswegs vernichten, sondern nur den „Militarismus der deutschen Autokratie", der die Freiheit der kleinen Staaten bedrohe, bekämpfe. Diese Taktik, die lediglich darauf berechnet war, einerseits eine Annäherung Deutschlands an einen der Kriegsgegner zu verhindern, bzw. bei einer etwaigen für England ungünstigen Wendung der militärischen oder politischen Kriegsereignisse sich die Vorhand zu Anbahnung von Verhandlungen durch Umstellung des Kabinetts zu sichern, wurde bis zum Eintritt Amerikas in den Krieg fortgesetzt.

Und ganz dieselben Methoden hat sowohl die amerikanische Regierung wie die Presse aus den gleichen Gründen bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes an-

gewendet. Ungeschickter Weise hat unsere Presseabteilung auch noch, wir möchten fast sagen ausschlaggebend, dazu beigetragen, daß das deutsche Volk weder die letzten Ziele Englands noch die Amerikas richtig erkannte, dadurch daß das Wolffbüreau viel zu viel Wert auf die Veröffentlichungen der gemäßigt gehaltenen Pressestimmen dieser Staaten gelegt hatte, und auch die einseitige Betonung unserer günstigen militärischen Lage zu Lande, der gegenüber die absolute Vorherrschaft der Entente zur See mit allen ihren Folgerungen nicht genügend berücksichtigt wurde, trägt einen großen Teil der Schuld daran, daß unser Volk über die Lage des Schwerpunktes der politischen und militärischen Entscheidungen keine klaren Vorstellungen zu erlangen vermochte.

Die **Haltung der amerikanischen Regierung** war nämlich, worauf wir schon früher hingewiesen haben, wie die Politik Englands bis zum Ausbruch des Krieges darauf angelegt, die wahren Absichten Amerikas zwecks Hintertreibung eines politischen Frontwechsels sowohl Rußlands wie Japans zu verschleiern. Von diesem grundsätzlichen Gesichtspunkt aus können wir den Charakter der sog. „Verständigungs"-Politik Wilsons leicht erkennen. Während man einerseits keinerlei Maßnahmen ergriff, um die kriegstechnische und -wirtschaftliche Unterstützung der Alliierten durch die gesamte amerikanische Volkswirtschaft zu verhindern, während man durch eine einseitige Stellungnahme die aus der völkerrechtswidrigen Seekriegführung Englands sich ergebenden Gegenmaßnahmen Deutschlands dauernd unter schärfsten Drohungen bekämpfte, mußte man sich andererseits den Anschein geben, als wolle man keine Partei nach der einen oder anderen Seite hin nehmen. So entstanden die Thesen vom Frieden ohne Sieger und Besiegte, sowie ohne Kriegsentschädigung, die Forderung von der Freiheit der Meere, und als Krönung dieses ganzen völkerrechtlichen Ideals der Wunsch nach Bildung eines „Völkerbundes". Auch die amerikanische Regierung wurde bei diesen raffinierten Täuschungsmanövern durch die Presse glänzend unterstützt, indem sich ein Teil, die sog. Hearst-Presse, den Anschein der Deutschfreundlichkeit und der Englandfeindlichkeit gab. Außerdem wurden auch die Rollen im Parlament, teils aus innerpolitischen, teils aus außerpolitischen Gründen geschickt verteilt. Abgeordnete und Senatoren, die auf deutsche und irische Stimmen angewiesen waren, nahmen im Senat wie im Repräsentantenhaus eine deutschfreundliche und englandfeindliche Haltung ein, obwohl die meisten von ihnen gar nicht daran dachten, sich ernstlich für ihre zum Fenster hinaus gesprochene Auffassung einzusetzen, da sie selbstverständlich über das letzte Ziel der amerikanischen Politik im Klaren waren. Diese großzügige Täuschungspolitik ermöglichte Wilson auch die Wiederwahl im November 1916, die er bekanntlich nur deswegen erreichte, weil er den Deutschen und Iren den Willen zur Aufrechterhaltung der Neutralität vorspiegelte. Die Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges im Februar 1917, die auf die Ablehnung des Friedensangebots der Vierbundmächte im Dezember 1916 erfolgt war, gab Wilson dann den Anlaß zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Ob auch die im April nachfolgende Kriegserklärung an Deutschland erfolgt wäre, wenn nicht im März die Revolution in Rußland ausgebrochen wäre, ist nicht ohne nähere Einsicht in die Auffassung der politischen und militärischen Kreise Amerikas zu entscheiden. Es ist nämlich, worauf

wir früher schon hingewiesen haben, zu beachten, daß seit Mitte 1916 aus inner- und außerpolitischen Gründen in Petersburg sich eine immer stärker werdende Strömung zur Anbahnung eines Sonderfriedens Rußlands mit den Mittelmächten bemerkbar gemacht hatte. Die amerikanische Presse brachte nach dem endgültigen Ausbruch der Revolution die Meldung, die russische Regierung habe sich **im geheimen Einverständnis mit Japan** zu einem Sonderfrieden mit den Mittelmächten entschlossen. Ob diese Meldungen konkreten Unterlagen entsprungen waren, oder nur zum Zwecke der Verdächtigung Japans und im Zusammenhang damit der Kriegshetze gegen Deutschland abgefaßt worden sind, können wir nicht feststellen, denn bis heute ist darüber noch kein Aufschluß erfolgt. Merkwürdig aber waren im Sommer 1917 die höhnischen Kommentare der amerikanischen Presse anläßlich der Überbringung des japanischen Marschallstabes an den König von England, die den mehr oder weniger versteckten Ton der Schadenfreude darüber trugen, daß die Japaner sich nun wieder an England anschließen müßten.

Gerade in jener Zeit gingen die bekannten Gerüchte von einer **Friedensmöglichkeit**, die durch den Vatikan hätte in die Wege geleitet werden sollen. Daß die Alliierten zu jener Zeit im Hinblick auf die schwere Krisis im französischen Heere und die durch die Revolution erheblich geschwächte Aktionsfähigkeit Rußlands, sowie die reservierte Haltung Japans, das natürlich nach und nach die wahren Absichten Amerikas erkennen mußte, zu Sondierungen geneigt waren, ist begreiflich, daß sie aber zu einem Frieden nach den Wünschen der damals maßgebenden Auffassung in Deutschland bereit gewesen wären, darf wohl kaum als möglich angenommen werden, und das umso weniger, als die Entente über unsere Heeresreserven als auch die Not unserer Kriegswirtschaft und Ernährung und nicht zuletzt über die zerrütteten Zustände in Österreich-Ungarn fraglos aufs beste informiert war. Die Hauptursache der Sondierung dürfte aber mehr in taktischen als in grundsätzlichen Absichten zu suchen sein. Die im Zusammenhang mit der russischen Revolution eingetretenen Gefahren der Verschiebung der Machtverhältnisse erforderten die Abwartung einer Klärung, und dieses Warten konnte nicht besser verschleiert und ausgenützt werden als durch die Ausstreckung von Friedensfühlern, durch die man einerseits den Gegner täuschen, andererseits aber auch über seine Haltung und im Zusammenhang damit seine noch vorhandenen Kräfte manches in Erfahrung bringen konnte. Die Auffassung, daß kurz nach der Kriegserklärung Amerikas, die infolge des Drucks der amerikanischen Regierung auch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mehrerer mittel- und südamerikanischer Staaten, sowie bezeichnender Weise Chinas mit Deutschland nach sich gezogen hatte, die Alliierten zu Friedensverhandlungen womöglich auf der Basis des von Wilson propagierten Verständigungsprogramms geneigt gewesen wären, ist u. E. nicht diskutabel, denn wir halten es für **ganz ausgeschlossen**, daß die Staatsmänner der Entente, denen die militärischen und wirtschaftlichen Kraftquellen der ganzen Welt zur Verfügung standen, mit einem „Remis" zufrieden gewesen wären, das es Deutschland ermöglicht hätte, sich wieder voll zu erholen, und seine Unterlassungssünden hinsichtlich der Beachtung der Mächtekonstellation wiedergutzumachen. Wilson hat auch später auf die Frage, ob Amerika auch ohne Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges aktiv in den

Krieg eingegriffen hätte, ganz unumwunden zugegeben, daß im Hinblick auf die Entwicklung der Ereignisse Amerika unter allen Umständen zu einer Beteiligung gelangt wäre. Die „Entwicklung der Ereignisse", die nach Wilson das Eingreifen notwendig machte, bestand in der russischen Revolution, von der man in Washington nicht wissen konnte, welchen Verlauf sie nehmen würde, und deren psychische Auswirkungen im Hinblick auf die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse über kurz oder lang doch zu einer Ausschaltung Rußlands als erheblicher Kriegsfaktor führen mußten. Dieser **Wegfall Rußlands und die unentwegte Nichteinmischung Japans, das seinen wirklichen Gegner ganz wo anders wußte, waren ausschlaggebend für die Wilsonsche Kriegserklärung.** Eine einfache Überlegung in dieser Richtung dürfte unsere Auffassung noch weiter stärken: Wenn Amerika **nicht** eingegriffen hätte, so wäre nach der militärischen Ausschaltung Rußlands im Hinblick auf die überlegene Führung und Gefechtskraft unserer Landstreitkräfte ebenso auch angesichts der Einwirkung des U-Bootkrieges schließlich doch mit einer schweren militärischen Niederlage der Alliierten an der Westfront zu rechnen gewesen, die zu einem erzwungenen Sonderfrieden auch Frankreichs und Italiens hätte führen können. Hätte Deutschland sich dann mit Rußland einigen können, so wäre eine Verbindung auch mit Japan möglich gewesen, und die Angelsachsen wären politisch isoliert worden. Daß Deutschland im Hinblick auf die Kriegsunterstützung der Alliierten seitens Amerikas dann womöglich eine ententefreundliche Intervention der Washingtoner Regierung bei den Friedensverhandlungen zugelassen oder später nicht versucht hätte, sich gegen die feindselige Politik Amerikas zu schützen, war trotz aller Gutmütigkeit des deutschen Charakters doch nicht anzunehmen. Es waren also klar liegende weltpolitische Überlegungen, die Wilson zum Eingreifen in den Krieg geführt haben, und die der größte Teil unseres Volkes deshalb nicht erkannt hat, weil wir erstens absolut unpolitisch erzogen worden waren, zweitens aus unserer kontinentalen Denkweise nicht herauszukommen vermochten, und schließlich infolge einseitiger Einstellung auf das wirtschaftliche Moment die amerikanische Frage nur vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus betrachteten. Die Auffassung, daß Amerika nur in den Krieg eingegriffen habe, damit es sein an die Alliierten in Ware und bar geliefertes Geld wieder bekomme, wurde in weitesten Kreisen des deutschen Volkes als absolut feststehende Kriegsursache angesehen, und wie wir von verschiedener Seite erfahren haben, wird diese Anschauung auch in den Kreisen der gerade so unpolitisch denkenden Deutschamerikaner geteilt, was für uns eine große Gefahr bedeutet, weil wir vielfach heute noch ausschließlich von deutschamerikanischer Seite, und damit völlig falsch über die Stimmung in Amerika und die amerikanische Politik unterrichtet werden.

Der Waffenstillstand.

Es lag im Wesen der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Kriegsziele der Angelsachsen, daß sie in ihrer psychologischen Kriegführung sich den Anschein zu geben vermochten, als sei ihre Beteiligung an dem Kriege lediglich der Ausfluß höchststehender Völkermoralität, denn ihre wahren Ziele, die Niederwerfung des unbequemen politischen und wirtschaftlichen Nebenbuhlers in Europa und die dadurch

gegebene vorläufige, möglichst aber endgültige Isolierung des ebenso unbequemen Nebenbuhlers in Asien, sowie die „Neben"-pläne der Erwerbung des Verbindungswegs zwischen Afrika und Indien einerseits und der Beherrschung ganz Amerikas andererseits traten im Hinblick auf die Kriegsziele ihrer Alliierten so wenig konkret in Erscheinung, daß der Außenstehende nicht sofort die sehr realen Beweggründe der Kriegsbeteiligung Englands und später Amerikas zu erkennen vermochte. So konnte Wilson auch nach der Kriegserklärung seine Redensarten vom „Kampf für die Menschenrechte und die Freiheit der Völker" weiter benützen, und seine 14 Punkte haben ja dann schließlich dazu gedient, den gemeinsten Betrug an einem Volke zu begehen, den die Weltgeschichte je erlebt hat. Wir haben früher schon unserer Ansicht über die Auffassung, Wilson habe unter dem Druck der Alliierten sein Programm nach und nach aufgeben müssen, dahin Ausdruck gegeben, daß sie nur für die zwar rechtliche aber umso unpolitischere Denkweise der deutschen Volkspsyche möglich ist. Denn jeder politisch Denkende wußte doch von Anfang an, daß **die gesamte „moralische" Kriegspropaganda der Entente mit einem objektiven Rechtsempfinden ihrer Staatsmänner, d. h. mit der Bereitwilligkeit nach möglichster Achtung der Rechte auch der andern Partei aber auch gar nichts zu tun gehabt hat.** Und so haben wir denn auch von Anfang an die gesamte Propaganda Englands wie Amerikas „für den Sieg der Demokratieen gegenüber der preußisch-deutschen Autokratie und des von ihr geschaffenen Militarismus", das Eintreten „für die Freiheit der kleinen Völker" und schließlich die Wilsonsche „Völkerbunds"-Idee als nichts anderes betrachtet als eine **psychologische Kriegführung zum Zwecke der Verschleierung der wahren Ziele der Entente, der Lähmung des gegnerischen Siegeswillens und womöglich der Demoralisation der gegnerischen Heere und Völker. Und so bedeuteten die Bedingungen des Waffenstillstandes auch nichts anderes als die Fortführung des Krieges mit andern Mitteln,** denn nach der Durchführung der ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen, (Rückzug des deutschen Heeres hinter den Rhein, Auslieferung des größten Teils des Kriegsmaterials, vor allem aber unserer Flotte) war es natürlich umso leichter, die geplanten vernichtenden Friedensbedingungen durchzudrücken. Also auch hier hat **angelsächsische Tücke und Hinterlist es fertig gebracht, das deutsche Volk in den Vernichtungsfrieden hineinzumanövrieren.** Es ist anzunehmen, daß sowohl die deutsche Regierung wie deren Unterhändler sich über die Tragweite der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen vollständig klar waren. Hatte doch Scheidemann noch kurz zuvor die wahren Worte gesprochen: „Wehe dem Volke, das die Waffen zuerst an die Wand stellt." Und wie aus den späteren Erklärungen des Prinzen Max zu ersehen ist, wollte dieser das Waffenstillstandsangebot angesichts des Kabinettswechsels und der sehr ungünstigen militärischen Lage in jener Zeit gar nicht machen, und lieber einen günstigeren Augenblick abwarten. Aber die Oberste Heeresleitung hatte infolge der sehr ernsten Frontberichte in den entscheidenden Tagen den Gesamteindruck, daß die Aufrechterhaltung der einheitlichen Front gefährdet sei, wodurch natürlich die Gefahr einer militärischen Katastrophe in den Bereich der Möglichkeit getreten war, und hatte deshalb auf die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen und, wie die Regierungsmitglieder behaupten, auch auf Annahme der Bedingungen gedrungen.

Die Revolution hat ja dann schließlich alle weiteren, wenn auch nur taktischen Maßnahmen zur Abschwächung der Bedingungen unmöglich gemacht.

Die Verhandlungen und Schritte, die letzten Endes zum Abschluß des Waffenstillstandes geführt haben, sind begreiflicherweise zum Gegenstand erbitterter Auseinandersetzungen gemacht worden, weil eben durch die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen die Katastrophe ihren äußeren Abschluß erreichte. Unseres Erachtens sprechen hier genau so wie hinsichtlich des immer noch weiterfressenden Streites über die Wirkung der Losungsworte vom Verständigungs- bzw. Siegfrieden Gefühlsmomente, gesellschaftliche und Parteianschauungen mit, sodaß eine unzweideutige, objektive Klarstellung der Sachlage nie zu gewärtigen ist, weshalb ein Streit um diese Fragen zwecklos ist und das umso mehr, als an den Tatsachen und ihren Folgen nichts mehr geändert werden kann, und wir wahrlich heute andere Aufgaben haben, als die ohnehin scharfen Gegensätze im Volke noch weiter durch solche nutzlosen Anklagen und Beschuldigungen zu vertiefen. Wie bei dem Streit darüber, ob das Losungswort vom „Verständigungs"-frieden oder vom „Sieg"-frieden das richtigere sei, so sind auch bei der Frage des Abschlusses des Waffenstillstandes und weiterhin der Revolution die Urteile durch rein individuelle Gefühlsmomente, gesellschaftliche und Parteianschauungen und -intressen getrübt worden, sodaß **die tatsächlichen Verhältnisse**, nämlich die Hauptfaktoren unserer damaligen militärischen, politischen, wirtschaftlichen Lage und ganz besonders der physischen und damit moralischen Verfassung unseres Volkes, **fast gar nicht in Betracht gezogen werden.** Wie die dauernd zunehmende zahlenmäßige und kriegstechnische Übermacht unserer Feinde, sowie unsere in demselben Grade sich verschlimmernde kriegswirtschaftliche und Ernährungslage den Hauptanlaß zur Prägung des Losungsworts vom Verständigungsfrieden gebildet hat, — nicht etwa weichliche und weltfremde pazifistische Ideen der Führer der betreffenden Parteien, deren überwiegende Mehrheit sich nach unsern Beobachtungen über den Vernichtungswillen unserer Gegner keinen Illusionen hingegeben hatte — so ist auch der Abschluß des Waffenstillstandes nicht etwa der absoluten Unfähigkeit oder gar unverantwortlicher Leichtfertigkeit der Unterhändler zuzuschreiben, sondern dem Druck der gegebenen Verhältnisse. Je mehr man sich von den Gegenständen aller dieser heute noch mit Erbitterung erörterten Streitfragen entfernt, umso mehr steigert sich die Gefahr, daß man die tatsächlichen Verhältnisse, deren Rekonstruktion allein nur ein einigermaßen objektives Urteil zuläßt, zugunsten subjektiver Gefühls- oder Intressenmomente zu vernachlässigen geneigt ist. Wir haben schon früher auf die militärischen Ereignisse vor Ausbruch der Revolution, die dauernd abnehmende Moral und Disziplin im Heere, namentlich aber in den Heimatgarnisonen, die furchtbare Einwirkung der Hungersnot, — deren Folgen in ihrer Auswirkung ja später mit erschreckender Deutlichkeit in Erscheinung getreten sind — hingewiesen, welch letztere unser Volk schließlich vollständig apathisch gemacht hatte, und dazu bemerkt, daß wir die Katastrophe aus dem Zusammenwirken aller dieser Faktoren heraus verstehen müssen. Die Gesamtphysiognomie der Revolution zeigt denn auch klar den Charakter eines physischen Zusammenbruchs, auf Grund dessen sowohl die instinktiven wie bewußten Auswirkungen des völkischen Selbsterhaltungstriebs zu reagieren nicht

mehr fähig waren. Wenn wir uns an den ausgelassenen Vergnügungstaumel erinnern, dem sich nach dem Waffenstillstand gerade auch — und schließlich begreiflicherweise — die Angehörigen des Frontheeres hingaben, wenn wir uns erinnern, daß die Mehrzahl der Feldgrauen, — ausgenommen die Offiziere, die natürlich über die Folgen der Katastrophe ein klareres Urteil besaßen — sich ebensowenig wie die Masse des unpolitisch erzogenen Volkes kaum Gedanken über die furchtbaren Aussichten unserer Zukunft machte, so wird man unsere Auffassung, daß unser Volk tatsächlich am Ende nicht nur seiner physischen, sondern auch moralischen Kräfte war, und deshalb weder zu einem organisierten Widerstand gegen die Revolution fähig gewesen wäre, noch auch die notwendige Aktivität zu einer letzten Kraftanstrengung nach außen hin aufgebracht hätte, nicht ohne weiteres abzulehnen vermögen. Unter dem Gesamteindruck der gekennzeichneten Umstände und angesichts der sich wie ein Lauffeuer über das ganze Reich **hemmungslos** ausbreitenden, meistens von jungen, halbwüchsigen Burschen und Soldaten der Garnisonen durchgeführten „Revolution" ist denn auch der **Abschluß des Waffenstillstandes** erfolgt, und nüchtern betrachtet, war er **vielleicht trotz allem noch das kleinere Übel**, weil er einmal den Vormarsch der feindlichen Heere in unser Land, zum andern aber den Bürgerkrieg und damit das völlige Chaos verhindert hat. Dadurch daß die Führer der Mittelparteien zusammen mit den Mehrheitssozialisten die Regierungsgewalt nach und nach an sich genommen haben, wurde auch die Wiederherstellung eines gewissen Ordnungs- und Rechtszustandes ermöglicht, die Folgen der aus inneren und äußeren Verhältnissen heraus erzwungenen Annahme der Waffenstillstandsbedingungen vermochten sie naturgemäß aber nicht mehr weder zu verhindern noch abzuschwächen.

Der Charakter der Friedensbedingungen.

Durch die infolge der Einwirkung des moralischen Zusammenbruchs im Innern und des äußeren Drucks erzwungene Annahme der Friedensbedingungen hatten die Alliierten die Grundlage zu dem von Anfang an erstrebten Gewalt- und Vernichtungs-„Frieden" geschaffen. Die in den Waffenstillstandsbedingungen gegebene „Rechts"-Grundlage der 14 Punkte Wilsons für die Friedensverhandlungen, von der, wie bereits angedeutet, zwei Hauptpunkte, nämlich der gegenseitige Verzicht auf Kriegsentschädigungen und die Forderung der Freiheit der Meere schon anläßlich der Waffenstillstandsbedingungen fallen gelassen werden mußten, bildete nach der Durchführung der Bedingungen, wie vorauszusehen war, nur noch einen Tummelplatz für juristische Spitzfindigkeiten, und wurde im übrigen nur dann bei den Verhandlungen verwendet, wenn sie den Intressen der Alliierten nicht im Wege stand, und als Waffe gegen Deutschland in Anspruch genommen werden konnte. Von dem Streben nach einem sog. „Rechts"-Frieden, dessen Erringung doch als angebliches Ziel der Angelsachsen, namentlich aber der amerikanischen Regierung, bezeichnet worden war, war selbstverständlich keine Rede mehr, denn die Alliierten hatten nach der militärischen Niederringung Deutschlands und dem politischen Erfolge der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen, die im Zusammenhang mit der durch die Revolution veranlaßten Auflösung unseres Heeres die Vernichtung unserer

militärischen Widerstandskraft vollkommen gemacht hatte, die absolute Macht in der Hand, sodaß weder Deutschland noch sonst irgend ein Staat oder eine Staatengruppe sie zur Berücksichtigung der anerkannten Rechtsgrundlage hätte zwingen können. Sämtliche Friedensbedingungen wurden denn auch nach dem von schärfster aggressiver Tendenz beeinflußten rein subjektiven „Rechts"-Empfinden der Alliierten ausgearbeitet. **Die Friedensbedingungen, die Deutschland sowie seinen Verbündeten aufgezwungen wurden, sind von drei Hauptgesichtspunkten geleitet: Einmal von dem Bestreben nach absoluter Vernichtung der militärischen und politischen Selbständigkeit der gegnerischen Mächte, zum andern der dauernden Aufrechterhaltung einer militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kontrolle, und schließlich der Sicherung der neugeschaffenen Machtverhältnisse durch die Begünstigung der Bundesgenossen sowie der Nachfolgestaaten der östreich-ungarischen Monarchie und der russischen Randstaaten bei der Neuregelung der Gebietsverhältnisse.**

Daß man den von Wilson aufgestellten, und von den Alliierten anerkannten Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker bei der Neuregelung der Gebietsverhältnisse nicht achten würde, war anzunehmen, daß man aber diesen Grundsatz zur Verhöhnung jeglicher Rechts- und Moralanschauung, wie sie seither in den Beziehungen der Völker zu einander wenigstens nach außen hin Geltung besaß, benützt hat, zeigt den nicht mehr zu überbietenden sittlichen Tiefstand der Moral der Ententestaatsmänner, und läßt zugleich ein Urteil darüber zu, was wir von der Herrschaft der Ententemächte über sämtliche Völker der Welt noch zu erwarten haben. Derselbe Wilson, der als Professor der Geschichte in seinem Werke „Der Staat" die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen als durchaus berechtigt bezeichnet, und den Jahrhunderte lang zu verfolgenden aggressiven Charakter der französischen Politik gegenüber Deutschland gebührend verurteilt hatte, scheute sich nicht, von der Pflicht Deutschlands zu sprechen, das an Frankreich im Jahre 1871 begangene „Unrecht" wiedergutzumachen. Und so wurde das Land alter deutscher Sprache und Kultur einfach ohne Abstimmung und ohne Berücksichtigung des nationalen Grundcharakters der Bevölkerung Frankreich zugesprochen. Noch brutaler aber ging man in der Verzerrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker vor durch die Schaffung des sog. polnischen Korridors zum Zwecke der Gewährung eines freien Handelswegs für Polen zum Meere. Wenn man diesen „Grundsatz" überall durchführen wollte, so gäbe es wenig Staaten, die noch selbständig über ihr Gebiet verfügen könnten. Es handelte sich hier ja auch nicht um die Geltendmachung von Rechtsgrundsätzen, sondern wie bei der „Internationalisierung" der deutschen Hauptströme um die **Konstruktion scharfer Gegensätze Deutschlands zu seinen Nachbarn zwecks Verhinderung einer politischen Annäherung.** Und so wurde auch der Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Stämme Östreichs unbeachtet gelassen, ja man ging soweit, rein deutsche Gebiete mit 3½ Millionen Einwohnern der Tschechoslowakei anzugliedern, und Südtirol aus strategischen Gründen den Italienern zu überlassen. Daß man das deutschsprachige Westungarn Östreich zugesprochen hat, geschah ebenfalls aus politischen Beweggründen, weil man auf diese Weise zwischen den beiden Ländern erwünschte nationale Streitfragen schaffen konnte.

Wenn die Polen seinerzeit nicht die deutsche Revolution benützt hätten, um

uns die Provinz Posen zu entreißen, so wäre sie sicherlich trotzdem durch den Friedensvertrag diesem von den Franzosen protegierten Staat zugesprochen worden. Und aus demselben rein politischen Grunde wird auch die oberschlesische Frage, die im Augenblick der Abfassung dieser letzten Betrachtungen in Paris zur Erörterung steht, entschieden werden. Nach dem Ergebnis der Abstimmung müßte, wenn der Wortlaut und Sinn des Friedensvertrags bei der Entscheidung maßgebend wäre, das gesamte Abstimmungsgebiet an Deutschland fallen. Frankreich will uns aber das wertvolle, zur Aufrechterhaltung der Existenzfähigkeit und Unabhängigkeit unserer Industrie notwendige oberschlesische Industrie- und Kohlengebiet nicht lassen, weil es sich erstens wahrscheinlich in dem französisch-polnischen Bündnisvertrag verpflichtet hat, dieses Gebiet den Polen zuzuschanzen, weil es zweitens durch die indirekte (finanzielle) Beherrschung dieses Gebiets in Verbindung mit dem Ausbeutungsrecht hinsichtlich des Saargebiets ein Kohlenmonopol für Europa errichten möchte, und weil es schließlich, worauf unverhohlen in der französischen Presse hingewiesen wird, das Kohlengebiet unter seiner (direkten oder indirekten) Kontrolle halten will, damit es im „Kriegsfalle" der deutschen Kriegsindustrie entzogen werden kann. Aus allen diesen Gründen wurden mit mehr oder weniger offener Unterstützung der Franzosen in den letzten Monaten die polnischen Aufstände im Abstimmungsgebiet inszeniert, die den Anschein erwecken sollten, als wollten sich die polnischen Bewohner gegen eine Zuteilung an Deutschland wehren. In Wirklichkeit aber verfolgten sie lediglich den Zweck, die deutschen Abstimmungsberechtigten einzuschüchtern und aus dem Gebiete zu vertreiben, und sie durch zuziehende Polen zu ersetzen. Vor der Besetzung des Abstimmungsgebiets durch alliierte Truppen herrschte trotz der Einwirkungen der deutschen Revolution Ruhe und Ordnung in Oberschlesien; erst als die Franzosen die Herrschaft übernahmen, setzte der polnische Terrorismus ein. Die letzte Forderung Frankreichs nach neuen Truppenverstärkungen hat aber noch einen weiteren hochpolitischen Hintergrund. Man rechnet dauernd mit einem russisch-polnischen Kriege, weil man sich darüber klar ist, daß Rußland, ob es nun noch eine Zeitlang unter dem bolschewistischen Regime steht oder von einem andern Staatssystem abgelöst wird, die jetzige künstliche Grenzführung, die es von Europa vollständig abtrennen soll, nicht als endgültigen Zustand anerkennen wird. In der letzten Zeit nun haben sich die Nachrichten über eine mit der Hungersnot zusammenhängende bevorstehende neue Umwälzung verdichtet, von der man außenpolitische Auswirkungen zu befürchten scheint, denen man durch Bereithaltung eines starken französischen Heeres (auf Kosten Deutschlands) gegebenenfalls begegnen möchte und zwar in der Richtung der Verhinderung einer Unterstützung der Russen durch Deutschland, die trotz der restlos durchgeführten Entwaffnung und der erzwungenen Verminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann die Franzosen immer wieder befürchten, bzw. zu befürchten vorgeben.

Während durch die gewaltsame Neuregelung der Gebietsverhältnisse in Europa Deutschland und das stammverwandte Österreich vollständig von feindlichen Militärstaaten umstellt wurden, — auch die „kleine Entente" hat lediglich den Zweck der militärischen Unterstützung der Vorherrschaft Frankreichs in Europa und auf dem Balkan — wurden im Friedensvertrag weiterhin geeignete Bestimmungen ge-

schaffen, **um die Wiedererrichtung der früheren wirtschaftlichen Machtstellung des deutschen Volkes wenn nicht ganz zu unterbinden, so doch so viel als möglich zu behindern.** In der Verfolgung dieses Ziels liegt die Wegnahme der deutschen Handelsflotte, die ungeheuren Forderungen bezüglich der Lieferung von Kohlen, sowie der sonstigen gewaltigen Sachleistungen, und schließlich die Aufstellung einer Reparationssumme, die alle seitherigen Vorstellungen an Ungeheuerlichkeit übertrifft. Und dazu kommen noch Einfuhrzölle auf deutsche Waren in den alliierten Ländern, die lediglich dazu bestimmt sind, die deutsche Konkurrenz in diesen Staaten zu erschweren, wenn nicht überhaupt auszuschalten, abgesehen von den in England und Amerika gegen die Einfuhr deutscher Waren gerichteten „Antidumpinggesetzen". Auch die Aufrechterhaltung der widerrechtlichen Beschlagnahme des im feindlichen Auslande befindlichen deutschen Privateigentums und die Verpflichtung Deutschlands, seinen geschädigten Staatsangehörigen Schadenersatz zu leisten, war auf die dauernde Schädigung der deutschen Volkswirtschaft im Auslande berechnet. Erstens wollte man dadurch das deutsche Ansehen treffen, zum andern aber den deutschen Unternehmungsgeist im Auslande untergraben, weil man sich nicht ohne Berechtigung sagte, daß die auf diese Weise geschaffene Rechtsunsicherheit sowohl den ausländischen Geschäftsmann wie den deutschen Außenhandel und Auslandsdeutschen in ihren Dispositionen beeinträchtigen würden. Und schließlich nahm man uns noch **sämtliche Kolonien** weg, mit der ebenso ungeheuerlichen wie zynischen Begründung, das deutsche Volk besitze nicht die moralischen Qualitäten zur zivilisatorischen Betätigung. Tatsache ist, daß die deutsche Kolonialarbeit sowohl inbezug auf wirtschaftliche, wie sanitäre und moralische Leistungen anerkanntermaßen die denkbar besten Erfolge in allen Herrschaftsgebieten erreicht hat.

Der fortdauernde „moralische" Krieg gegen Deutschland.

Und neben den militärischen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die wir dem Umfang wie dem Charakter nach im Rahmen unserer Gesamtbetrachtungen nur ganz flüchtig und andeutungsweise skizzieren konnten, wurde und wird **der „moralische" Krieg gegen Deutschland konsequent und systematisch weitergeführt.** Vor allem wird selbstverständlich trotz einer Menge sogar von Angehörigen der Ententestaaten gelieferten Gegenbeweismaterials die Beschuldigung aufrechterhalten, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei, und deshalb auch sämtliche Kriegsschäden wieder gutzumachen habe. Daß die Mehrzahl der Ententestaaten aus mehr oder weniger nichtigem Anlaß, oder vielmehr aus dem offensichtlichen Bestreben heraus, Eroberungen gegnerischen Gebietes machen zu können, den Mittelmächten den Krieg erklärt hat, wird natürlich totgeschwiegen. Um aber die Farce der „Befreiung" der Welt vom Militarismus und seinen Auswüchsen ganz durchzuführen, wurde von den am meisten an der Aufrechterhaltung des Hasses gegen Deutschland interessierten Ententestaaten eine sog. **„Kriegsverbrecher"-Liste** eingereicht, auf Grund deren alle jene deutschen Offiziere, Militärbeamten und Mannschaften bestraft werden sollen, die sich eines Kriegsverbrechens nach den geltenden Bestimmungen des Völkerrechts schuldig gemacht haben sollen. Anfangs wurde sogar verlangt, daß

sich die Beschuldigten vor den Gerichtshöfen der Kläger verantworten sollten. Da dieses Ansinnen aber nicht nur einen Sturm der Entrüstung im deutschen Volke entfachte, sondern auch als technisch undurchführbar erkannt wurde, — denn kein deutscher Beamter würde sich zu einem solchen Schergendienste hergeben, — so wurde die Prozeßführung dem deutschen Reichsgericht überlassen, selbstverständlich mit der Einschränkung etwaigen Einspruchs, der anscheinend nun auch erfolgen soll, weil, wie vorauszusehen war, die Alliierten die Urteile als parteiisch zugunsten der Angeklagten betrachten. Es ist also anzunehmen, daß auch hier weitere Erpressungen folgen werden, je nach dem politischen Bedürfnis der Alliierten. Selbstverständlich fällt es den Alliierten nicht ein, die Kriegsverbrechen ihrer Heeresangehörigen zu ahnden. Das deutsche auswärtige Amt besitzt eine große Anzahl beeideter Anklagen gegen Kriegsverbrecher, die wohl, wenn die Entente zwecks weiterer Stimmungsmache gegen Deutschland ihre Forderungen nach „Revision" der Urteile oder gar Verhandlung vor einem Gerichtshof der betreffenden alliierten Staaten nicht aufgibt, ebenfalls der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürften. Abgesehen davon, daß Kriegsverbrechen bestraft werden sollen und müssen, erfordert die propagandistische Behandlung dieses einseitigen Verfahrens, das an die schlimmsten Zeiten der Inquisition erinnert, schärfste Zurückweisung. Das deutsche Heer ist überall in Feindesland gestanden, und nur ganz selten hat man Klagen der feindlichen Zivilbevölkerung über schlechte Behandlung oder gar Mißhandlungen vernommen, denn, wir dürfen es ohne Überhebung sagen, **das deutsche Heer war nicht nur das beste, es war auch das disziplinierteste aller kriegführenden Staaten,** weil es nicht wie die Angehörigen der feindlichen Staaten zu blindem, fanatischem Haß erzogen worden ist, sondern in erster Linie zu unbedingter Disziplin, deren absolute Wirkung sich besonders im Feindeslande gezeigt hat. Wenn die fanatisierten, und von Angehörigen unzivilisierter Völker durchsetzten Ententeheere umgekehrt in deutsche Gebiete gedrungen wären, so hätten sie wahrscheinlich die Zivilbevölkerung nicht so rücksichtsvoll behandelt wie die deutschen Feldgrauen, die angesichts des gegen uns durchgeführten Haß- und Hungerfeldzuges wahrlich Grund genug zu berechtigtem Zorne gehabt hätten. Wir haben ja jetzt Gelegenheit, **mitten im Frieden** die Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten zu beobachten. Was im Rheinland und in Oberschlesien unter den Augen der alliierten Behörden an Gewalt- und Schandtaten geschieht, das gibt uns ein Bild im Kleinen, wie im Kriege die Disziplin in den Ententeheeren gehandhabt worden wäre. Im Zusammenhang mit der Charakterisierung der Stimmungsmache der Entente bezüglich der deutschen Kriegsbeschuldigten muß auch der tendenziösen Behauptung der Alliierten entgegengetreten werden, daß der „barbarische" Charakter der deutschen Kriegführung sich in der systematischen Zerstörung des Kriegsgebiets gezeigt habe. Abgesehen davon, daß an der Zerstörung des Kriegsgebiets im Westen die Alliierten mindestens denselben Anteil haben, muß darauf hingewiesen werden, daß die Zerstörung von Einrichtungen, die dem Gegner beim Vorrücken nützlich sein können, eine Selbstverständlichkeit der Kriegführung ist, und wir sind überzeugt, daß die Alliierten an der Stelle des deutschen Heeres kein Haar anders gehandelt hätten. Haben

wir doch Beweise an den russischen Rückzügen, und in Rumänien haben bekanntlich englische Ingenieure ihr Möglichstes getan, die Anlagen der Petroleumindustrie zu zerstören.

Der „Völker"-Bund.

Für die Alliierten kommt es ja auch gar nicht darauf an, völkerrechtliche Grundsätze zur Geltung zu bringen, denn sowohl ihre Kriegführung wie ihre Friedensschlüsse und die fortdauernde Gewaltherrschaft überall in der Welt beweisen, daß sie durch ihre Macht und Gewalt sich jegliches „Recht" zu schaffen gewillt sind. Und von diesem Gesichtspunkt aus, daß die brutale Macht die erste „Rechts"-Grundlage bildet, haben wir auch die Einrichtung des „Völker"-Bundes zu betrachten. Als Wilson die Idee des Völkerbundes zur Erörterung stellte, war es ihm in erster Linie darum zu tun, durch sein Programm einmal die unneutrale Haltung Amerikas zu bemänteln, zum andern die Kriegführung der Entente moralisch zu unterstützen, **das Hauptziel dabei aber war die Schaffung einer Weltorganisation unter der Führung der Angelsachsen.** Dieses letzte Ziel durfte natürlich nicht offen propagiert werden, solange die Möglichkeit der Bildung einer Gegenkoalition bestand, die den Weltherrschaftsabsichten der Angelsachsen und Franzosen entgegenzuwirken in der Lage gewesen wäre. Hätte Wilson ehrlich eine einigermaßen objektive Rechtsgrundlage für die Bildung eines sämtliche zivilisierten Staaten der Welt, oder wenigstens sämtliche Großmächte umfassenden Völkerbundes schaffen wollen, so hätte seine Politik, wie sie sich anfangs den Anschein gab, auf Verständigung der Kriegführenden ausgehen müssen. Die Propaganda Wilsons für den Verständigungsfrieden wurde aber, wie wir gezeigt haben, nur solange betrieben, als die Entente Gefahr lief, in dem europäischen Kriege zu unterliegen, bzw. die Möglichkeit einer Schwenkung Rußlands und Japans bestand, die nach und nach den Charakter der Politik der Westmächte und vor allem die Absichten der hinter ihnen stehenden Vereinigten Staaten von Amerika erkannt hatten. Als deshalb Rußland zusammengebrochen, und Japan dadurch ein etwaiger militärischer Kontakt mit den Mittelmächten genommen war, und das umsomehr, als die amerikanische Politik sofort China als Hemmungsfaktor vorschob, hielt Wilson den Zeitpunkt für gekommen, den entscheidenden Schlag gegen Deutschland zu führen, als dem stärksten Gegner auf dem Wege zur Erringung der angelsächsisch-französischen Weltherrschaft. **Wenn die amerikanische Regierung nach der erfolgten Niederwerfung Deutschlands eine formale Beteiligung an der Neugestaltung der Machtverhältnisse im Zusammenhang mit der Abfassung der Friedensverträge ablehnte, so geschah das nicht aus „moralischen" Bedenken, sondern aus rein taktischen Gründen, deren Ursprünge sowohl in der inneren wie äußeren Politik zu suchen sind.** Die Wiederwahl Wilsons war nur infolge seines Versprechens, die Neutralität aufrechtzuerhalten, erfolgt. Die ungeheuerlichen Friedensbedingungen in Verbindung mit der Fortdauer der englischen Gewaltpolitik in Irland riefen nun einen starken Sturm innerhalb der deutschen und irischen Bevölkerung hervor, dem man am besten durch die Erklärung zu begegnen vermochte, daß die amerikanische Regierung mit diesem Frieden nichts zu tun haben wolle, und sich daher zurückziehe, ebenso auch von dem von den Alli-

ierten daraufhin geschaffenen „Völker"-Bunde, dessen Mitglieder verpflichtet wurden, die Friedensverträge als Rechtsgrundlage dieser Weltorganisation zu betrachten. Die von dem Vertrauen der deutschen und irischen Wähler abhängigen Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses mußten natürlich dafür eintreten, daß der Vertrag von Versailles nicht ratifiziert wird, und so konnte man einmal den Friedensschluß mit Deutschland vorläufig hinausschieben, andererseits aber auch den Eintritt in den „Völker"-Bund ablehnen. Die so gegebene Haltung der amerikanischen Regierung hatte zwei große Vorteile, die darin bestanden, daß man sich weiterhin den Anschein zu geben vermochte, als sei Amerika Gegner der Gewaltpolitik der Entente, und daß man auf die Weise der wenn auch nur formalen Bindung durch die „Völker"-Bundsgrundsätze im Hinblick auf die letzten Ziele in Asien enthoben war.

Das Ergebnis der Präsidentenwahl bestätigte die Zweckmäßigkeit der hinzögernden Behandlung der Friedens- und Völkerbundsfrage, denn die Politik Wilsons wurde dadurch gerichtet. Allerdings beging man bei uns in Deutschland den in der Unkenntnis der innerpolitischen Verhältnisse Amerikas begründeten Konstruktionsfehler, anzunehmen, daß die Wahl Hardings nun eine Abkehr der amerikanischen Politik von ihrem seitherigen Wege bedeute. Auch hier ist wieder ein großer Teil der öffentlichen Meinung der Welt einem Riesenbetruge der amerikanischen Propaganda zum Opfer gefallen. Die heute die Regierung beherrschende republikanische Mehrheit ist selbstverständlich bestrebt, die von Anfang an durch Wilson verfolgte Politik der Unterstützung der Entente und damit der Erstrebung der angelsächsischen Weltherrschaft konsequent weiterzuführen, die Zurückhaltung gegenüber den Vorgängen in Europa wurde nur geübt, um eine Überbrückung der durch den Krieg in hohem Grade zur Auswirkung gelangten Nationalitätengegensätze zu erreichen, und gleichzeitig damit die Bildung einer neuen Einheitsfront nach außen hin vorzubereiten. Die Botschaft des neuen Präsidenten an den Kongreß läßt denn auch keinen Zweifel darüber, daß die amerikanische Politik im Hinblick auf ihre letzten Ziele an dem geheimen Bündnis mit den Alliierten festhalten, und deshalb, auch ohne formelles Eingeständnis der Billigung des Friedensvertrags die Maßnahmen der Entente gegen Deutschland insgeheim unterstützen wird. Die Botschaft besagt, daß die Entscheidung des Kongresses zugunsten eines Sonderfriedens mit Deutschland keine Schwierigkeiten bieten dürfe bei der Ausführung „gerechter" (!) Reparationen und des Wiederaufbaus. Weiterhin wird auch selbstverständlich die Beschuldigung aufrechterhalten, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich sei. Im übrigen behalten sich nach einem Zusatz zu der Botschaft die Vereinigten Staaten ihre Rechte (!) aus dem Versailler Vertrag vor, was also doch eine indirekte Anerkennung des Vertrags bedeutet. Wenn „im Hinblick auf den wohlerwogenen Willensausdruck des amerikanischen Volkes" die amerikanische Regierung an dem „Völker"-Bund, als einer „Weltregierung mit Übervollmachten unter keinen Umständen" angeblich teilnehmen will, so wird man diese Stellungnahme aus den oben gekennzeichneten Ursachen heraus entsprechend zu bewerten haben. Daß die amerikanische Regierung aber trotzdem die Führung bei der Neugestaltung der Konstellation der Weltmächte übernehmen will, geht aus der Er-

klärung hervor, daß Amerika seine Verpflichtungen bei der Schaffung der Ruhe in Europa habe. Wie man sich in Washington diese Verpflichtungen vorstellt, das ist aus den Ausführungen über die Möglichkeit der Teilnahme Amerikas an einer „Gesellschaft der Nationen" zu ersehen, die besagen, daß **für die Zukunft keine nützliche Gesellschaft der Nationen auf Gerechtigkeit (!) gegründet und zum Frieden verpflichtet werden könne, bevor Verträge, die den Frieden wiederherstellen, von den Nationen besiegelt werden, die sich im Kriege befinden.** Da Amerika den Alliierten durch seine entscheidende Teilnahme am Kriege und den Verzicht auf Geltendmachung seiner angeblichen Opposition gegen die Verteilung der Welt unter die Ententestaaten und deren Hilfsvölker sich zum indirekten Mitträger dieser Neuregelung gemacht hat, so ist ohne weiteres anzunehmen, daß man gegebenenfalls die erzwungenen Verträge einfach als Rechtsgrundlage für die Neugestaltung der Beziehungen der Völker untereinander, oder deutlicher gesagt, für die Geltendmachung der Weltherrschaft der Entente mit Einschluß Amerikas anerkennen wird.

Wie sich die Durchführung der Völkerbundsidee unter Mitwirkung Amerikas gestalten soll, das zeigen ja die heute schon deutlich in Erscheinung tretenden Entwicklungstendenzen. In einem weiteren Zusatze zu der Botschaft des Präsidenten wurde zum Ausdruck gebracht, daß Amerika jeden gegen irgendwelche Macht oder Gruppe von Mächten gerichteten Angriff als gegen seine Sicherheit gerichtet behandeln würde, d. h. also, daß die amerikanische Regierung gegebenenfalls gegen jedes Staatenbündnis vorgehen will, das nach ihrer Ansicht die Vereinigten Staaten bedrohen könnte. Man darf also füglich annehmen, daß man in Washington die Bündnisverträge der Entente und deren Geschöpf: den „Völker"-Bund nicht als gegen Amerika gerichtet betrachtet, und also auch nicht die Politik der Alliierten. Dagegen weisen die seit Abschluß des Waffenstillstandes mit Unterstützung der gesamten öffentlichen Meinung einsetzende Hetze gegen Japan, und die gewaltigen Rüstungen zur See ganz offen darauf hin, welches die nächsten Absichten der amerikanischen Politik sind. Wenn nicht schon früher eine Auseinandersetzung mit diesem Staat gesucht wird, der noch die einzige Hemmung gegen die Errichtung der angelsächsischen Weltherrschaft bildet, so wird die von Harding einberufene „Abrüstungs"-konferenz der Welt die Augen über das Endziel der angelsächsischen Politik öffnen. Auf dieser Konferenz soll die Frage der Abrüstung zur See und das asiatische Problem behandelt werden. In Tokio ist man sich natürlich über den Charakter dieser Konferenz vollständig im Klaren. Hier werden die Angelsachsen versuchen, entweder Japan wie ehedem Deutschland des „Militarismus und Imperialismus" zu bezichtigen, oder aber es zur Aufgabe seiner strategischen Sicherung zwingen, in der Richtung der Beherrschung der Gebiete, die eine absolute Aufrechterhaltung der Landverbindung ermöglichen. Zu dieser Sicherung gehört, falls China unter dem Einfluß Amerikas seine japanfeindliche Haltung beibehalten sollte, auch eventuell der Besitz Schantungs, weiterhin aber, solange in Rußland keine geordneten Zustände herrschen, die Vormachtstellung in der russischen Mandschurei und in Nordostsibirien. Hier dürfte aber der amerikanische Protest einsetzen. Und außerdem wird man in der Abrüstungsfrage für Japan unannehmbare Vorschläge machen, da jetzt auch England, wie vorauszusehen war, seine Maske fallen läßt, und so mit

Amerika zusammen bei Annahme jedes Abrüstungsvorschlags immer die Vorherrschaft zur See wird aufrechterhalten können. Wie gut der „Völker"-Bund die amerikanische Politik durchschaut, geht aus einer Erklärung der „gemischten Kommission für die Herabsetzung der Rüstungen" hervor, die mit Nachdruck feststellte, daß alle derartigen Konferenzen, die in der Absicht abgehalten würden, schrittweise zu einer Lösung des Problems der Abrüstung zu gelangen, vom Völkerbund mit Freuden begrüßt würden. Allerdings fügte der englische Delegierte sofort hinzu, was die **Frage der Landrüstungen** betreffe, so sei es angebracht, Vorsicht (!) zu zeigen, solange Deutschland und Rußland außerhalb des Völkerbundes stehen. Und prompt ging auch vom Auswärtigen Amt in Washington die Antwort ein, daß man diese Verhältnisse wohl berücksichtigen werde. Man sieht hieraus ganz klar das Zusammenarbeiten der Entente mit Amerika, wenn auch vorerst aus taktischen Gründen getrennte Wege zum letzten Ziele eingeschlagen werden.

In der Richtung der „Pazifizierung" der Welt unter der **absoluten** Vorherrschaft der Angelsachsen und Franzosen mit ihren Hilfsvölkern sind denn auch sämtliche Maßnahmen des „Völker"-Bunds zu betrachten. Deshalb wird jetzt in allen von Angehörigen der Ententestaaten geleiteten „internationalen" Organisationen, mögen es nun Friedensvereine oder Arbeiterorganisationen sein, die Friedensbewegung mit dem Ziele der Sabotage jeglicher Kriegsmaßnahme, namentlich aber der Herstellung von Kriegsmaterial propagiert, denn die Entente hat im wesentlichen ihre Kriegsziele erreicht. Zwar verfolgt man noch die „Pazifizierung" der „Mandats"-Gebiete im Orient mit Unruhe, ebenso wie die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland, denn Asien und der Orient könnten gegebenenfalls noch einmal sämtliche Berechnungen der Entente ins Schwanken bringen, und ehe hier keine sicheren Zustände vorhanden sind, die die Vorherrschaft der Alliierten auch in diesen Gebieten gewährleisten, werden die Bestimmungen des Versailler Vertrags immer eine Handhabe bieten, um Deutschland weiter zu knebeln.

Des deutschen Volkes Recht und Hoffnung.

Das deutsche Volk hat vorläufig kein Mittel, um dieser in der Weltgeschichte unerhörten Schandtat der Versklavung eines großen Kulturvolkes gebührend entgegenzutreten. Wir haben nur das gute Gewissen, daß unsere Regierung diesen Krieg nicht gewollt und ihn auch nicht herbeigeführt hat, sondern aus Notwehr das Schwert ergreifen mußte. Gerade die sittlich hohe Erziehung unseres Volkes zum Pflichtbewußtsein und zu strengster Disziplin hat im Zusammenhang mit unserer auf wissenschaftlich methodologischer Grundlage aufgebauten geistigen Ausbildung die deutsche Volkspsyche zur höchsten kulturellen Entwicklung, nämlich zur Annahme **eines objektiven Rechtsempfindens auch gegenüber den andern Völkern** gebracht. Und von diesem objektiven Moral- und Rechtsempfinden waren alle Schichten unseres Volkes getragen, auch unsere Regierung und mit ihr der Kaiser. Daß auf der Grundlage einer solchen Anschauung unsere Diplomatie den von aggressivsten Beweggründen beherrschten Staatsmännern der Entente nicht gewachsen war, das müssen wir als „Schuld Deutschlands am Kriege" bezeichnen. Denn die Wirk-

samkeit des objektiven Rechtsbewußtseins, das sich, wie früher schon hervorgehoben, dadurch kennzeichnet, daß bei jeder Gelegenheit die Rechte anderer ebenso geachtet werden, wie man die eigenen Rechtsansprüche beachtet wissen will, kann auch den Nachteil zeitigen, daß der Besitzer dieser Eigenschaft in einer Umgebung, in der andere Personen, Gesellschaftskreise, bzw. Völker das subjektive Rechtsempfinden in der Richtung möglichster Erweiterung ihrer Rechtsansprüche geltend zu machen gewöhnt sind, inbezug auf seine eigenen Rechtsansprüche zur Nachsicht und damit zur Nachgiebigkeit veranlaßt wird, ja daß er, sofern er infolge vererbter Veranlagung und entsprechender Erziehung noch unter dem Druck einer passiven Äußerung des Selbsterhaltungstriebs steht, in dem Bestreben nach möglichstem Verständnis der gerechtfertigten oder ungerechtfertigten Rechtsansprüche der andern und daher möglichster Berücksichtigung derselben direkt zu einer Vernachlässigung der eigenen Rechte neigt, was von den andern bei Erkenntnis dieser Schwäche naturgemäß ausgebeutet wird. Wie es eine überall zu beobachtende Erfahrungstatsache ist, daß mit subjektivem Rechtsbewußtsein, d. h. mit einem gesunden Egoismus ausgestattete Einzelmenschen, bzw. irgendwie geartete Gemeinschaften immer am besten vorwärts kommen, so trifft dies auch bei ganzen Völkern zu. Während das englische und französische Volk Jahrhunderte lang zu schärfster Geltendmachung des subjektiven nationalen Rechtsbewußtseins in der Richtung einer brutalen Auswirkung des aggressiven völkischen Selbsterhaltungstriebs erzogen worden waren, war die Erziehung des deutschen Volkes neben dem Bestreben nach möglichst hoher geistiger Ausbildung und sittlicher Festigung von Anfang an im Sinne der Kundgebung des deutschen Kaisers anläßlich der Kaiserproklamation gehalten, daß „die deutschen Kaiser alle Zeit Mehrer des Reichs sein wollten, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung. Auch Bismarck hat nach 1870 20 Jahre lang eine ausgesprochene Friedenspolitik getrieben, deren Charakter durch den mehrfach gekennzeichneten Brief an den englischen Ministerpräsidenten im Jahre 1878 eindeutig feststeht. Und heute müssen wir sagen, zu unserem Schaden haben unsere Staatsmänner nach Bismarck ebenfalls eine vollständig passive, d. h. lediglich auf die Verteidigung beschränkte Außenpolitik getrieben, die es unsern Gegnern gestattete, ihre Vernichtungspläne umso besser durchführen zu können. Gerade weil in der Gestaltung unserer Beziehungen zu den Nachbarvölkern auch das sittliche Moment unserer Erziehung zu einem objektiven Rechtsempfinden mitgesprochen hat, deshalb haben unsere Staatsmänner keine aggressive Außenpolitik getrieben, die auch wie Bismarck richtig sagte, von der großen Mehrheit des in strenger Rechtlichkeit gegenüber andern Völkern erzogenen deutschen Volkes niemals gutgeheißen worden wäre.

Daß die deutsche Volkspsyche auch nach außen hin die höchste Stufe des Rechtsbewußtseins, also auch die höchste Stufe sittlicher Kultur erreicht hatte, das hat der Krieg für jeden objektiven Beobachter klar erwiesen. Während die Völker unserer Gegner sich in den widerlichsten Äußerungen des Hasses und der Beschimpfung des deutschen Volkes ergingen, hat das deutsche Volk trotz der offensichtlichen Vernichtungsbestrebungen seiner Gegner, trotz der brutalsten Kampf-

methoden, wie sie die Aushungerung darstellte, ein solches Haßgefühl nicht aufgebracht, und auch heute noch, wo die Auswirkungen der **absoluten** Versklavungspolitik unserer Feinde immer schärfer sich bemerkbar machen, finden wir nirgends jenen Fanatismus, wie er das nationale Empfinden unserer Gegner beherrscht. Daß unsere Staatsmänner von wahrem sittlichem Empfinden, d. h. von **objektivem** Rechtsbewußtsein auch bei ihren Handlungen nach außen hin sich leiten ließen, das haben wir — ebenfalls zu unserem Schaden — an der Erklärung Bethmann-Hollwegs über das „Unrecht" an Belgien, sowie an den Kriegserklärungen gesehen, die beide von Ententestaatsmännern **niemals** abgegeben worden wären, ganz bestimmt aber nicht in diesen Fällen, wo das **Recht der Notwehr** auf unserer Seite war. Ebenso wäre in unserer Lage bei keinem Volke der Alliierten die Frage der Kriegsschuld in so objektiver, ja selbstkritischer Weise erörtert worden, denn das hätte schon der nationale Instinkt nicht zugegeben. Und wenn wir bedenken, daß zu derselben Zeit, wo in den Ententeländern alle deutschen Erzeugnisse der Wissenschaft und Gesamtkultur boykottiert und beschimpft wurden, in Deutschland niemand an der Aufführung, Wiedergabe und Ausstellung der Werke von Meistern der feindlichen Nationen Anstoß nahm, wenn wir Vergleiche ziehen zwischen dem jeder sittlichen Anschauung Hohn sprechenden Lügen- und Verleumdungsfeldzug der Ententepropaganda und der sachlichen Kampfart der deutschen Presse, so dürfen wir ohne Überhebung sagen, daß **die Haltung des deutschen Volkes im Weltkriege weit über dem sittlichen Niveau der Ententevölker gestanden ist.**

Wenn auch unserer in Traditionen erstarrten Staats- und Gesellschaftsordnung viele Fehler im Innern zuzuschreiben sind, die sich begreiflicherweise auch nach außen hin auswirken mußten, so hat sie doch vom Standpunkt der geistigen und sittlichen Entwicklung unseres Volkes aus betrachtet, so viel Gutes geschaffen, daß wir trotz der furchtbaren Niederlage den Mut nicht sinken lassen dürfen, wenn wir alle jene vererbten und fortgebildeten Eigenschaften und Fähigkeiten: **unbedingtes Pflichtgefühl, eisernen Fleiß, gründliches Wissen und sittlich ernstes Streben** auch in Zukunft als unser Ziel betrachten, zusammen aber mit dem Streben nach nationalem Denken und Handeln nicht von der Art der Angelsachsen und Franzosen mit ihrem unersättlichen Mammonismus und Nationalismus, sondern unter Beibehaltung unserer sittlich hohen Weltanschauung, die jedoch nicht dazu führen darf, daß wir die berechtigten Ansprüche auf Freiheit und Gleichberechtigung unter den Völkern, also auch auf **Zusammenschluß aller deutschen Stämme** aufgeben.

Volksschriften-Verlag Calw

Das Urteil der Vernunft

Von Otto Seltmann

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung über Ursprung und gesetzmäßige Entwicklung des geistigen und seelischen Lebens

geh. Mk. 28.–, gebunden Mk. 35.–

Aus dem Inhalt: Das geistige und seelische Leben des Tieres – Die Menschwerdung – Das menschliche Geistes- und Seelenleben – Das Rechtsbewußtsein – Die Religion – Die Charakterbildung – Der Unterschied des geistigen und seelischen Lebens zwischen Mann und Weib – Massenpsyche und Fortpflanzungstrieb – Die Kunst – Psychologie des Wirtschaftslebens – Der soziale Gedanke – Die gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands – Zur Psychologie des Weltkrieges

*

Die „Berliner Morgenzeitung" über das Buch:

Eine fabelhafte Fülle von Stoff ist in dem Buche verarbeitet, gewaltige Probleme werden, gestützt auf Erfahrungen und Beobachtungen, gedanklich vertieft, zwischen Mensch und Welt, Seele und Schicksal im Einzelleben wie im Dasein der Völker werden interessante Beziehungen aufgezeigt und umfassende Betrachtungen und Untersuchungen führen zur Aufstellung von Lebensgesetzen, so daß das Werk als eine der besten und gründlichsten Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Soziologie – obwohl es darüber hinausgreift – anzusprechen ist.

Volksschriften-Verlag Calw

Der Grenzertragsausgleich

bei Robert Liefmann und sein Zusammenhang mit der Grenznutzentheorie

von Dr. Arnold Kupper.

Ein Versuch der Tiefergründung und Zusammenfügung der in ihren Wert- und Nutzenlehren von H. H. Gossen, W. St. Jevons, C. Menger, L. Walras und R. Liefmann gelieferten Bausteine zu einer einheitlichen Nutzenlehre.

114 Seiten, geh. Mk. 20.–.

Aus dem Inhalt:

Die Lust- und Unlustgefühle, ihre Beschaffenheit, Gegenüberstellung, Messungs- bezw. Schätzungsmöglichkeit — Ihre Beziehung zu Nutzen und Kosten — Schätzungsmöglichkeit und Gegenüberstellung von Nutzen und Kosten — Der Grundsatz des Ausgleiches der Grenzerträge als Bedingung der Erfüllung des Grundsatzes des Wirtschaftlichen — Sein Zusammenhang mit dem Grundsatz des Grenznutzenausgleiches — Der Giltigkeitsbereich der beiden Grundsätze — Ihr Ersatz durch einen neuen allgemeineren Grundsatz — Der Uebergang vom Einzelwesen zur Gesellschaft (Die Entstehung des Tauschverhältnisses.) ** **

Der Verfasser zeigt in seiner Abhandlung die seelischen Grundlagen des Wirtschaftslebens. Er tut dies in der Form einer Prüfung des ersten Teiles von Robert Liefmann's neuem vielbewunderten und ebenso viel bekämpften Werk: „Die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre I: Die Grundlagen der Wirtschaft", von dem das gleiche Ziel verfolgt wird. Die Untersuchung endet, nach der Bloßlegung der vielen Mängel der Liefmann'schen Ableitungen, einerseits mit der Feststellung der — von Liefmann stets scharf in Abrede gestellten — bis zur vollständigen sachlichen Uebereinstimmung gehenden Verwandtschaft des Grundsatzes des Grenzertragsausgleiches mit dem Grundsatz des Grenznutzenausgleiches und andererseits mit dem Ersatze der beiden Grundsätze durch einen neuen allgemein gültigen.

Auf eine von entbehrlichem Beiwerk möglichst befreite Darstellung in einfacher fast fremdwortfreier Sprache wurde besondere Sorgfalt gelegt.

J. Beck, Mittelschullehrer

Elementarschrift und Elementar-Lesemethode

Zwei Hilfsmittel für das I. Schuljahr.

Kleinoktav 44 Seiten kart. Mk. 6.–

Der Lehrer-Bote:

Wer Lesen und Schreiben zur Freude seiner Schüler und zu seiner eigenen Befriedigung naturgemäß erteilen will, greife zu dieser praktischen Schrift ...

Magazin für Pädagogik:

... Der Grundgedanke des Verfassers ist gesund und richtig ...

3 0112 115337054